

**JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE**

**1973 · TEIL II**

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow  
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Horst Heining, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,  
Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig,  
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann  
Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter  
Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1973 · TEIL II



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1973

**Redaktionsschluß: 15. 9. 1972**

**Anschrift der Redaktion:**

**108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26**

**Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 – 4**

**Copyright 1973 by Akademie-Verlag**

**Lizenznummer: 202 · 100/75/73**

**Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR**

**Bestellnummer: 2103/73/2 · ES 5 B 2 · 14 D**

**EDV 752 35 62**

**Einzelpreis des Bandes 20, – M**

**Abonnementpreis des Jahrganges 72, – M (4 Bände), Einzelband 18, – M**

# INHALT

Zu diesem Band

7

## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

J. Kuczynski	Probleme der Periodisierung der Menschheitsgeschichte	11	A
S. I. Tjul'panov/ G. M. Vejce	Zur Tätigkeit der staatlichen Unternehmen Indiens	19	E
P. Aleku	Zur Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland bis zum zweiten Weltkrieg	37	CD
<i>onia</i> M. de los Angeles Ayón	Die Arbeiterbewegung im Elektrizitätsmonopol in Havanna	59	g
<i>and</i> K. Obermann	Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849	79	BD qm
<i>nich</i> E. Donnert	Zur Gesellschaftsauffassung Dmitrij Golicyns. Bemerkungen zum ökonomischen und gesellschaftlichen Denken in Rußland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	121	CC
<i>W. gones</i> W. Mägdefrau	Zum Waid- und Tuchhandel thüringischer Städte im späten Mittelalter	131	BE
I. F. Fichman	Sklaven und Sklavenarbeit im spätrömischen Oxyrhynchos (im historischen Längsschnitt)	149	X
DISKUSSIONEN			
M. Lötsch	Einige Bemerkungen zur Diskussion über den Charakter der Arbeiterklasse	209	
W. Strenz	Geographisches Milieu und räumliche Standortstrukturen - Forschungsobjekte bei einer Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte	217	
S. Epperlein	Zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in West- und Osteuropa. Bemerkungen zu: Bruno Widera, Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß	223	



Seit der 1970 erfolgten Annahme des "Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975" haben wir zahlreiche Anregungen aus diesem Beschluß bezogen. Nun, beim "Halbzeit-Stand", darf wohl mit einiger Berechtigung festgestellt werden, daß auch unser Jahrbuch ein Stück vorangekommen ist im Hinblick auf die im Beschluß der Wirtschaftsgeschichte gestellten Aufgabe, "einen wesentlichen Beitrag zu leisten, um das Wirken der ökonomischen Gesetze und die Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im historischen Prozeß und in der Gegenwart zu erforschen."<sup>+</sup> Unser Augenmerk galt besonders der weiteren Qualitätsverbesserung der Beiträge, der Intensivierung der Verbindungen zu Wirtschaftshistorikern aus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, der weiteren Stimulierung wissenschaftlicher Diskussionen und der verstärkten bibliographischen Information.

Der vorliegende Band darf als ein Spiegelbild dieser Bemühungen aufgefaßt werden. Wir lassen in ihm Autoren zu Wort kommen, die ein breites wirtschaftshistorisches Spektrum vertreten: methodologisch-theoriegeschichtliche Fragen, Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Entwicklungsländer, Untersuchungen über Klassenstrukturen, Kapitalexpert und anderes. Die Betriebsgeschichtskollektive werden für ihre Arbeit besonders die zusammenfassende Anleitung begrüßen, die hier vorgelegt wird.

Dezember 1972

+ Einheit, 2/1972, S. 180.

# **Abhandlungen, Studien, Miscellen**



## PROBLEME DER PERIODISIERUNG DER MENSCHHEITSGESCHICHTE

von Jürgen Kuczynski

Um die Periodisierung der Menschheitsgeschichte, nicht der Weltgeschichte, geht es hier, denn Weltgeschichte setzt eine einheitliche Entwicklung in der Welt voraus, und davon kann vor dem Kapitalismus nicht die Rede sein.

Natürlich gibt es universale Gesetze, die alle Geschichte der Menschheit beherrschen – wie das Gesetz des Fortschritts in der Meisterung der Natur, das ich als das Grundgesetz aller bisherigen geschichtlichen Bewegung bezeichnen möchte. Man kann es unter bestimmtem Aspekt auch das Gesetz der wachsenden Produktivität der Arbeit nennen und so eine direkte Verbindung zu der Beobachtung von Marx und Engels herstellen, daß der Mensch als Arbeitender begann. Aber die universale Geltung bestimmter Gesetze in der Menschheitsgeschichte beseitigt nicht eine außerordentliche Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung, die zum Teil auf der Isolierung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in verschiedenen Gegenden der Welt beruht. Die einzelnen Menschengruppierungen wußten nichts voneinander, waren zwar alle Menschen, bildeten aber noch keine Welt. Und selbst wenn sie voneinander wußten, lebten sie unter gesellschaftlichen Verhältnissen, die nicht verlangten, daß die Welt nach ihrem Bild geformt werde. Darum notiert auch Marx für die "Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie": "Weltgeschichte existierte nicht immer; die Geschichte als Weltgeschichte Resultat"<sup>1</sup> – Resultat der Entwicklung der gesellschaftlichen Formation des Kapitalismus.

Diesen Vorgang schildern Engels und Marx im "Kommunistischen Manifest":

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produk-

1 Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 640.

tion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur."<sup>2</sup>

Die Vorstellung, daß die Menschheitsgeschichte eine Geschichte des Fortschritts ist, ist relativ neu. Zwar gab es sowohl in der Gesellschaft der Sklavenhalter wie in der Feudalzeit einzelne Denker, die in diese Richtung tendierten, aber sie waren selten. Religiöse Ideologien, die in der vorkapitalistischen Geschichte der Menschen dominierten, sind der Fortschrittsidee im allgemeinen feindlich, da ja die Götter und das Paradies vor den Menschen da waren, diese mit ihrem irdischen Leben einen Rückschritt darstellten, vielfach ihr irdisches Leben überhaupt als nichtig angesehen wurde, und der Himmel etc. keinen Fortschritt, sondern einen Sprung in eine ganz andere Welt bedeutete.

Die großen Begründer der Fortschrittsidee in der Geschichte waren Bodin, Bacon, Descartes und Leibniz - Vertreter des frühen Bürgertums in der Spätzeit der Renaissance, als die Wissenschaft in ihrer Funktion als Mittel zum Verständnis und zur Meisterung des Weltgeschehens wundervoll zu blühen begann und de facto neben die Religion treten durfte, wenn natürlich auch protokollmäßig noch hinter ihr rangierend.

In unserer Zeit, in der das Bürgertum, verwandelt in eine dekadente Bourgeoisie, seine Gesellschaftsordnung vom Untergang bedroht sieht, bemühen sich seine Ideologen, die Idee des Fortschritts wieder aus der Gedankenwelt der Menschen zu vertreiben. Darum schreibt der sowjetische Geschichtsphilosoph Kon mit Recht: "Ein charakteristischer Zug der bürgerlichen Geschichtsphilosophie der Epoche des Imperialismus ist die direkte oder indirekte Negierung der inneren Einheit der Weltgeschichte. Diese Negierung entspringt organisch aus der Ablehnung der Idee der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses. Wenn es keine objektiven Geschichtsgesetze gibt, wenn alles in der Geschichte unwiederholbar und individuell ist, dann kann man selbstverständlich weder von einer Einheit des weltgeschichtlichen Prozesses im Raum noch in der Zeit sprechen. Dadurch wird nicht nur die Idee der Einheit des Geschichtsprozesses verneint, sondern auch die Idee seiner Kontinuität und Vorwärtsbewegung. Daraus wiederum wird der Schluß gezogen, wissenschaftliche Verallgemeinerungen weltgeschichtlichen Charakters seien unmöglich und es ermangele einer 'empirischen Grundlage' für die Aufstellung von soziologischen Gesetzen gleich welcher Art. In eben diesem Circulus vitiosus dreht sich das bürgerliche geschichtsphilosophische Denken."<sup>3</sup>

Darum ist es auch für die Entwicklung der Geschichte der Menschheit von so entscheidender Bedeutung, daß sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts die verschiedenen Ideen und Vorstellungen von Geschichte als fortschrittlicher Entwicklung in einer Wissenschaft vom Fortschritt zur Reife brachte - in der Wissenschaft des historischen Materialismus, die den Fortschritt als zunehmende Meisterung der Natur und der Organisation der menschlichen Gesellschaft sieht. Der Fortschritt in der Geschichte wird also durch die Erfahrung und ihr entsprechend entwickelte Technik, später, auf höherer Stufe, durch die Entwicklung von Technologie und dann von Naturwissenschaft auf der einen Seite - durch Erfahrung und ihr entsprechend entwickelte Politik und Organisation, später, auf höherer Stufe, durch die Entwicklung von Organisationslehre (zunächst vor allem landwirtschaftlicher Betriebslehre und staatlicher Verwaltungslehre) und Gesellschaftswissenschaft auf der anderen Seite vorangetrieben. Da nun eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte auch eine bestimmte Entwicklung der Produktionsverhältnisse verlangt, so verlangt auch eine bestimmte Entwicklung der Meisterung der Natur eine bestimmte Entwicklung der Meisterung der Gesellschaft. Dem Gesetz von der Notwendigkeit der Übereinstimmung von Produktivkräften

2 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 466.

3 Kon, I. S., Die Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Berlin 1964, S. 221.

und Produktionsverhältnissen entspricht ein Gesetz von der Notwendigkeit der Übereinstimmung von Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft - in frühesten Zeiten von Naturerfahrung und Gesellschaftserfahrung.

## 1. Die Periodisierung der Menschheitsgeschichte bis in die Gegenwart

Kon, den wir schon zitiert haben, teilt uns eine überaus fruchtbare und geistvolle Überlegung mit: "Das Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts muß man dort suchen, wo die Hauptgesetzmäßigkeiten der Geschichtsentwicklung liegen, d. h. auf dem Gebiet der materiellen Produktion. Von den zwei Seiten der Produktionsweise drücken die Produktionsverhältnisse die Diskontinuität, die Diskretheit des Geschichtsprozesses und den spezifischen Charakter seiner sozialen Formen am vollkommensten aus. Umgekehrt beweist die Entwicklung der Produktivkräfte am eindrucksvollsten die Kontinuität der Geschichtsentwicklung und seinen kumulativen Charakter."<sup>4</sup>

Ich bin nicht der Meinung, daß Kon recht hat. Die Frage der Kontinuität und Diskontinuität ist von größter Bedeutung und als Doppelvorgang natürlich eng verbunden sowohl - und das sieht Kon nicht - mit Problemen der Evolution und Revolution in der Entwicklung der Produktivkräfte wie auch - und das sieht Kon sehr wohl - der Produktionsverhältnisse. Kontinuität und Diskontinuität, Evolution und Revolution sind Entwicklungsformen, die die Geschichte der Menschheit immer bestimmt haben und immer bestimmen werden - selbstverständlich auch im vollendeten Kommunismus! Letztlich bringt jeder Umschlag von Quantität in Qualität eine Diskontinuität, eine Revolution. Wenn heute manche Wissenschaftler in den sozialistischen Ländern die Kontinuität als einziges Entwicklungsprinzip im Sozialismus und in aller künftigen Geschichte sehen, wenn sie am liebsten den Begriff des Widerspruchs in der sozialistischen Gesellschaft und in aller künftigen Geschichte abschaffen würden, dann geben sie damit die Dialektik und so den Marxismus auf.

Jedoch berührt Kon mit seiner Charakterisierung der Produktionsverhältnisse als vollkommensten Ausdruck der Diskontinuität und Diskretheit des Geschichtsprozesses die entscheidende Frage der Periodisierung. Denn jede Periodisierung muß auf Diskontinuität, auf Diskretheit, präziser ausgedrückt, auf einem epochemachenden Umschlag, einer epochemachenden Revolution eines entscheidenden gesellschaftlichen Prozesses beruhen.

Marx und Engels haben zunächst die Produktionsverhältnisse als Maß von Perioden und deren Veränderungen als Marksteine der Periodisierung benutzt. Also Sklavenhalter-, feudale, kapitalistische, sozialistische Produktionsverhältnisse ... und am Anfang die der Urgemeinschaft. Später entdeckten sie noch eine andere Gesellschaftsformation, die sie jedoch - und das ist ganz ungenügend bisher beachtet worden - nicht mit ihren Produktionsverhältnissen, sondern durch die Kombination ihrer Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse als Asiatische Produktionsweise charakterisierten.

Diese Periodisierung der Menschheitsgeschichte ist, mit allen Modifikationen, die weitere Einzelerkenntnisse noch bringen mögen, die einzig richtige für etwa 5 000 bis 10 000 Jahre der Menschheitsgeschichte. Aber sie ist nicht geeignet zur Periodisierung in früherer und späterer Zeit. Wollte man sich mit ihr begnügen, dann gäbe es folgende Periodisierung der Menschheitsgeschichte:

<sup>4</sup> Ebenda, S. 267.

Urgemeinschaft - etwa 1 000 000 Jahre,  
Asiatische Produktionsweise - etwa 5 000 Jahre,  
Sklavenhaltergesellschaft - etwa 2 000 Jahre,  
Feudalgesellschaft - etwa 1 500 Jahre,  
Kapitalismus - etwa 450 Jahre,  
Sozialismus/Kommunismus - etwa 1 000 000<sup>x</sup> Jahre.

Das heißt, wir hätten vier Perioden von je rund 500 bis 5 000 Jahren, eine Periode von rund 1 000 000 Jahren und eine Periode von rund 1 000 000<sup>x</sup> Jahren. Das aber ist natürlich keine befriedigende Periodisierung.

Engels hat daher in seinem Buch "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" für die Urgemeinschaft ein neues Periodisierungsprinzip gesucht und in der Entwicklung der Technik, in der Meisterung der Natur zu Zwecken der Hebung des Lebensstandards der Menschen gefunden: Gebrauch des Feuers, von Bogen und Pfeil, Töpferei, Zähmung von Haustieren, Schmelzen des Eisenerzes sind für ihn Marksteine der Periodisierung.

Andere ziehen die 1836 gleichzeitig (und unabhängig voneinander) von Christian Jürgensen Thomsen sowie von Johann Friedrich Danneil vorgeschlagene Dreiteilung der Urgeschichte nach dem Material der Produktionsinstrumente in Steinzeit, Bronzezeit und Eisenzeit vor, wobei dann die Steinzeit zum Beispiel im Laufe der Zeit in

Altpaläolithikum,  
Jungpaläolithikum,  
Mesolithikum,  
Neolithikum

mit einer vor allem im Orient beobachteten Stein-Kupferzeit (rund 6 000 bis 3 000 v. u. Z.) als Nachfolge des Neolithikums untergliedert wird.

Doch wie immer die Gliederung, und ob wir den Vorschlägen von Engels folgen oder, auf Grund heute weit größerer Einzelkenntnisse, einer anderen Gliederung den Vorzug geben - stets handelt es sich um eine Periodisierung auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte und nicht der Produktionsverhältnisse.

Das heißt natürlich nicht, daß innerhalb der Produktionsverhältnisse der Urgemeinschaft (Gemeineigentum der Produktionsmittel und, wenn wir von der letzten Phase des Übergangs zur Asiatischen Produktionsweise oder zur Sklavenhaltergesellschaft absehen, keine Produktion von Mehrproduktion) im Gefolge des Fortschritts der Produktivkräfte nicht auch sehr erhebliche Veränderungen stattfinden. Man braucht nur daran zu denken, was die Kombination von Zähmung der Tiere und Pflanzen und die damit verbundene Möglichkeit der festen Siedlung für die Produktionsverhältnisse bedeuten. Aber die Produktionsverhältnisse bleiben im Grundcharakter die gleichen.

Darum ist es auch nicht richtig, daß die Gliederung der ersten eine Million Jahre der Geschichte der Menschheit nach Produktivkräften auf mangelnder Kenntnis der Produktionsverhältnisse in so ferner Vergangenheit beruht. Natürlich ist es richtig, daß wir die Produktionsverhältnisse in ihren Wandlungen damals nicht so gut kennen wie die späteren. Aber man kann doch nicht bestreiten, daß zumindest folgende Gliederung nach Produktionsverhältnissen richtig ist:

Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Produktion von keinem Mehrprodukt,  
Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Produktion von Mehrprodukt bzw. Mehrwert und der Ausbeutung,  
Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Produktion von Mehrwert und gesellschaftlichem Eigentum am Mehrprodukt.

Und in einer Million Jahren wird man einmal gliedern:

Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Produktion von keinem Mehrprodukt - Vorgeschichte der Menschheit - Dauer rund eine Million Jahre;

Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Produktion von Mehrprodukt - Geschichte der Menschheit - Dauer = Geschichte der Menschheit in alle Zukunft.

Zwischen beiden Produktionsverhältnissen wird man, gewissermaßen unter dem Mikroskop, eine ganz kurze Übergangszeit von ein paar tausend Jahren beobachten, in der die Menschheit mit der Erscheinung des Mehrprodukts noch nicht fertig wurde und, bei großartigen Kulturleistungen, die zwar zur weiteren Entwicklung der Produktivität notwendigen, aber an sich ganz kümmerlichen und grotesken Produktionsverhältnisse der Ausbeutung hervorbrachte.

Das heißt, die Produktionsverhältnisse eignen sich sehr wohl zur Gliederung der Menschheitsgeschichte in Vorgeschichte und Geschichte wie auch zum Spezialstudium der Übergangszeit für die Zeit von der Vorgeschichte zur Geschichte, aber für nicht mehr.

Meiner Meinung nach hatte Engels darum völlig recht, und wir sollten ihm darin folgen, wieviel wir auch immer noch über Modifikationen der Produktionsverhältnisse in der Vorgeschichte erfahren mögen, die Produktivkräfte und ihre Entwicklung als Maßstab der Periodisierung der Vorgeschichte zu betrachten.

Wir kommen damit also zu folgenden Periodisierungsprinzipien:

Vorgeschichte: Marksteine der Periodisierung liefert die Entwicklung der Produktivkräfte.

Übergang zur Geschichte (Ausbeuterverhältnisse und ihre Vernichtung): Marksteine der Periodisierung liefert die Entwicklung der Produktionsverhältnisse - im einen Falle die Kombination von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (Asiatische Produktionsweise).

Wir müssen noch einige Worte über diese Übergangsperiode zur Geschichte, die in fernster Zukunft einen mikroskopisch kleinen Eindruck machen wird, sagen. Nicht weil die Mehrheit der Menschheit heute noch in dieser Übergangsperiode lebt, sondern weil in dieser, nur wenige tausend Jahre dauernden Periode die unmittelbare Grundlage für die Geschichte der Menschheit, in der Mehrprodukt ohne Ausbeutung produziert wird, gelegt wurde.

Jede Produktionsweise dieser Übergangsperiode dauerte kürzer als die vorangehende. Der Fortschritt der Geschichte der Menschheit beschleunigte sich außerordentlich, und sein Tempo erreichte einen Höhepunkt im Kapitalismus, der auch die Weltgeschichte einleitete. Sowohl die Meisterung der Natur wie auch die des gesellschaftlichen Zusammenlebens eilten rapide voran.

In dieser an der Gesamtgeschichte gemessen winzig kleinen Übergangsperiode von der Urgemeinschaft zur Kommunistischen Gesellschaft bewies sich die Menschheit als geschichtsbildende Kraft von Weltbedeutung - mit dem Höhepunkt der Schaffung der sozialistischen Gesellschaft unter Führung des Proletariats.

Winzig, gemessen an ihrer Zeitdauer, nannten wir mit Recht diese Zeit der Ausbeutergesellschaften und ihrer Vernichtung durch den Sieg des Proletariats. Und doch - ist sie nicht auch eine Zeit, die tieferes Leid und größeren Heroismus der Menschheit brachte, als sie je wieder in der Geschichte gefordert werden!

Einst wird man mit Galilei sagen, der dem Andrea auf seine Bemerkung "Unglücklich das Land, das keine Helden hat" antwortete: "Nein. Unglücklich das Land, das Helden nötig hat."<sup>5</sup>

5 Brecht, Bertolt, Leben des Galilei, 13. Szene, in: Brecht, Stücke, Bd. 8, Berlin 1957, S. 162 f.

Wir aber, die wir in dieser Zeit unendlicher Leiden und heroischer Taten leben, denken wie Lenin, von dem Gorki erzählt:

"Er achtete viel zuwenig auf sich selbst, um mit anderen über sich zu sprechen; wie kein anderer verstand er zu schweigen über die geheimen Stürme in seiner Seele. Aber einmal sagte er in Gorki, während er Kinder liebte:

'Ja, die werden es einmal besser haben als wir. Vieles, was uns das Leben brachte, werden sie nicht durchzumachen haben. Ihr Leben wird weniger grausam sein.'

Er schaute in die Ferne, zu den Hügeln, wo ein Dorf fest eingenistet lag, und fügte sinnend hinzu:

'Trotzdem beneide ich sie nicht. Unserer Generation ist es gelungen, eine Arbeit von enormer, historischer Bedeutung zu vollbringen. Die durch die Verhältnisse erzwungene Grausamkeit unseres Lebens wird einmal verstanden und gebilligt werden. Alles wird verstanden werden, - alles!'

Kinder liebte er sehr behutsam, besonders leicht und schonend."<sup>6</sup>

Wir neiden der Menschheit nicht den vollendeten Kommunismus, wir tun alles, um ihn näher zu bringen -

aber wir sind froh, in unserer Zeit wirken zu können.

## 2. Die Periodisierung der Menschheitsgeschichte in der kommunistischen Gesellschaft

Wie werden wir die Geschichte der Menschheit unter dem Sozialismus bzw. Kommunismus gliedern?

Genau wie es eine Übergangsperiode von der Vorgeschichte der Menschheit zur Geschichte gibt, so gibt es eine Übergangszeit von den Ausbeutergesellschaften zum Kommunismus. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß das gesellschaftliche Mehrprodukt nach der Leistung verteilt wird. Marx schreibt:

"Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum ...

Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird ...

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft."<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Gorki, Maxim, Erinnerungen an Zeitgenossen, Berlin 1951, S. 249.

<sup>7</sup> Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 20 f. (Hervorhebung im Original).

Und dann folgt die unendlich lange Zeit, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und nach seinen Bedürfnissen erhält. Von dieser Zeit sagt Marx: "In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"<sup>8</sup>

Das heißt, die Menschheit ist in eine Zeit eingetreten, in der zwar immer noch das Grundgesetz aller Ökonomie, das Gesetz der "Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion"<sup>9</sup> gilt, in der aber weder die Produktivkräfte noch die Produktionsverhältnisse mehr als Marksteine der Periodisierung dienen können. Die Produktionsverhältnisse nicht, da sie (genau wie während der langen Vorgeschichte der Menschheit in der Urgemeinschaft) keine grundlegenden Wandlungen erfahren, die Produktivkräfte nicht, da sie keine entscheidenden Wandlungen mehr in die Menschheitsgeschichte bringen können ... erhält doch jeder stets nach seinen Bedürfnissen.

Es werden also andere Faktoren der Realität eine Rolle für die Periodisierung spielen. Man könnte sich vorstellen, daß Überbaufaktoren Marksteine abgeben. Das deutet eigentlich auch Marx schon an, wenn er im dritten Band des "Kapital" schreibt: "Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Notwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehn, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung."<sup>10</sup>

Sobald der Mensch nach seinen Bedürfnissen erhält und die Produktivität eine starke Verkürzung des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche erlaubt hat, ist das "Reich der Notwendigkeit" so geschrumpft, daß es stark an Ausstrahlungskraft auf die jeweils spezifische Gestaltung des Reiches der Freiheit, das "jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion" liegt, also auf den Überbau, verloren hat. Dann würden wir somit als Periodisierungsfaktoren haben:

Vorgeschichte: Produktivkräfte,  
Übergangszeit: Produktionsverhältnisse,  
Geschichte (ab Kommunismus): Überbau.

8 Ebenda, S. 21.

9 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 89.

10 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1971, S. 828.

Man könnte sich aber auch vorstellen, daß die Menschen andere Planeten entdecken, auf denen das Leben angenehmer ist - in solcher Zeit wären vielleicht geographisch-kosmische Daten Periodisierungsmerkmale. Darum sollte man vielleicht statt Überbau den Marxschen Begriff Menschliche Kraftentwicklung als Selbstzweck verwenden.

Das einzige, was man wohl mit Sicherheit sagen kann, ist, daß weder die Entwicklung der Produktivkräfte noch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse Marksteine der Periodisierung liefern werden. Alles andere sind Spekulationen, die nur als Andeutungen in eine wissenschaftliche Studie gehören.

Andeutungen, daß man sich verschiedene Umzugs- und Siedlungsperioden im Weltall vorstellen kann, daß man sich aber auch Perioden denken kann, die durch eine größere Bedeutung der Kunst als der Wissenschaft im Leben der Menschen gekennzeichnet sind, oder auch dadurch, daß sich spezifische Sprachen herausbilden, wie solche für Wissenschaftler oder für Instrumente wie Computer, während die Nationalsprachen für Lyrik und Romane erhalten bleiben, oder Perioden, in denen die Menschen sich durch viel längeres Leben auszeichnen und ganz neue Begriffe und Inhalte von Generationen entstehen, zum Beispiel auch Renaisancen abgeschafft werden, weil alle Menschen in ihrer Jugend sterben, die Jugend aber viele hundert Jahre dauert. All das sind Faktoren, die für die Periodisierung eine Rolle spielen können, und es ist schön und erlaubt, sich auch schon heute, wo wir uns im Übergang zu diesen Zeiten befinden, Gedanken über solche Periodisierungen zu machen. Träume von späteren Periodisierungen sind von der Art, die Lenin realistische Träume nennt.



## ZUR TÄTIGKEIT DER STAATLICHEN UNTERNEHMEN INDIENS

von S. I. Tjul'panov/G. M. Vejce

1. Die Zweigstruktur des staatlichen Sektors
2. Die Struktur der Aktiva der staatlichen Unternehmen
3. Die Aufwendungen der staatlichen Unternehmen für den Aufbau und die Unterhaltung von Wohnungen und kommunalen Einrichtungen
4. Die Nichtauslastung der Produktionskapazität
5. Die Besonderheiten der Preisbildung

Der Beginn des vierten Fünfjahrplans (1969/70 bis 1973/74) in Indien kennzeichnet eine wichtige Etappe des Kampfes um ökonomische Unabhängigkeit. Dabei entstand - wie eine Analyse der Erfüllung der drei Fünfjahrpläne in Indien zeigt - eine mehr oder weniger geschlossene Konzeption für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft. In Indien wurden nicht nur Organe zur praktischen Leitung der Wirtschaft gebildet, sondern auch wissenschaftliche Institute, die die theoretischen Probleme der optimalsten Modelle für die wirtschaftliche Entwicklung erforschen und die spezifischen Aufgaben des Landes begründen. Dabei wurde es fast zu einem Axiom, daß die wesentliche Belastung bei der Durchführung der Grundaufgaben - die Zerstörung der traditionellen kolonialen Wirtschaftsstruktur, ihre Diversifikation auf ein modernes Niveau, die Schaffung einer vielseitigen Wirtschaft, die fähig ist, der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit ein rasches Wachstum zu sichern - wie auch schon früher der staatliche Sektor übernehmen soll und übernimmt. Die Anzahl staatlicher Betriebe im Lande wächst merklich, ihr Grundkapital vergrößert sich. Für die Zeitspanne 1951/52 bis 1969/70 wuchs die Anzahl von Unternehmen der Zentralregierung von 5 auf 91, und ihre Investitionen stiegen von 290 Millionen auf 43 Milliarden Rupien, also fast auf das 148fache.<sup>1</sup> Nach einer Schätzung des Büros für staatliche Unternehmen im Finanzministerium wurden die Gesamtinvestitionen in den staatlichen Betrieben der Zentralregierung und der Regierungen der Staaten nach dem Stand vom 31. März 1969 auf eine Höhe von 125 Milliarden Rupien veranschlagt (ohne Berücksichtigung der Aktiva von Unternehmen der örtlichen Organe).<sup>2</sup> Wie unterschiedlich diese Bewertungen auch sein mögen, so ist doch ganz offensichtlich, daß im staatlichen Sektor riesige Investitionen konzentriert sind. Schon heute entfällt auf ihn fast die Hälfte der Produktionsgrundfonds Indiens (ohne die Landwirtschaft). In der Perspektive wird ein weiteres wesentliches Anwachsen der Regierungsinvestitionen erwartet, in dessen

1 A Handbook of Information on Public Enterprises 1970, S. 1.

2 Lok Udyog, Oktober 1970, S. 825. - Dabei handelt es sich nur um Schätzungen. Die indische offizielle Statistik veröffentlicht keine systematischen Angaben über die Kapitalanlagen im staatlichen Sektor insgesamt. Nach Berechnungen der Zeitschrift "Commerce" betragen die Gesamtinvestitionen im staatlichen Sektor 150 Milliarden Rupien. (Vgl. Lok Udyog, März 1970, S. 1507 f.)

Ergebnis der überwiegende Teil des produktiven Grundkapitals des Landes im staatlichen Sektor konzentriert sein wird.

Unter diesen Bedingungen kommt der Ausarbeitung einer klaren Konzeption für die Effektivität des staatlichen Sektors erstrangige Bedeutung zu. Die Analyse der verschiedenen Standpunkte zu diesem Problem fand auch in der marxistisch-leninistischen ökonomischen Literatur eine gewisse Beachtung. Die Autoren der vorliegenden Studie lenkten die Aufmerksamkeit schon in einer früheren Arbeit darauf.<sup>3</sup> Wir erwähnen hier nur den wichtigen Umstand, daß das mikroökonomische Kriterium der Effektivität, das ausschließlich auf dem Prinzip der Gewinnvergrößerung beruht, keine dauerhafte Position in der indischen Wirtschaftswissenschaft hat, die Zahl seiner Anhänger ist sehr unbedeutend. Sogar viele Vertreter des privaten Großkapitals sind gezwungen, seine Haltlosigkeit anzuerkennen. Die meisten indischen Ökonomen schätzen die Tätigkeit der staatlichen Unternehmen von makroökonomischen Positionen aus ein. Sie gehen aus von deren Rolle bei der Lösung der Grundaufgaben: Rekonstruktion der zurückgebliebenen Wirtschaft, Eroberung der ökonomischen Unabhängigkeit, die unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht von der wissenschaftlich-technischen Revolution zu trennen ist, die wiederum heutzutage in bedeutendem Maße den Inhalt der Kategorie "ökonomische Unabhängigkeit" selbst bestimmt. Diese Haltung erhielt die entschiedene Unterstützung der indischen Regierung. In diesem Sinne nähern sich die Positionen der sowjetischen und der indischen Ökonomen.

In ihrer Grußbotschaft an die Jahresversammlung der Handels- und Industriekammer vom 5. Dezember 1970 unterstrich Premierminister Indira Gandhi ausdrücklich, daß die Tätigkeit des staatlichen Sektors gesamt-nationale Bedeutung hat und vom Gesichtspunkt der Durchführung der globalen Aufgaben zur Entwicklung des Landes (social returns) eingeschätzt werden muß.<sup>4</sup>

Das bedeutet nicht, daß die indischen Ökonomen die Rolle des Gewinns und der Rentabilität als wichtigste Kriterien für das Niveau der Ausnutzung von Ressourcen im staatlichen Sektor verneinen. "In einer sich entwickelnden Wirtschaft", unterstrich S. Sinha, "entspricht der Gewinn, wenn er für die Kapitalakkumulation und zur Finanzierung der Pläne für die ökonomische und soziale Entwicklung so genutzt wird, daß das Nationaleinkommen wächst und der Lebensstandard steigt, den höchsten sozialen Aufgaben des Landes."<sup>5</sup> Trotz einer gewissen Unklarheit in den Formulierungen, die nicht die Unterschiedlichkeit des gegebenen Prozesses im privaten und im staatlichen Sektor hervorheben, wird richtig auf die Lösung der gesamt-nationalen Aufgaben orientiert. Gleichzeitig widerspiegeln diese Formeln indirekt die in der gegebenen Etappe der sozialökonomischen Rekonstruktion der Wirtschaft relativ progressive Bedeutung der Akkumulation im Sektor der indischen nationalen Bourgeoisie, die im Fahrwasser der allgemeinen anti-imperialistischen Politik fährt. R. Deshpand hebt die entscheidende Rolle der Akkumulation in den staatlichen Unternehmen beim Werden und bei der Entwicklung der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern hervor und hält es für notwendig, diese Erfahrungen in Indien auszunutzen.<sup>6</sup>

Das gibt Grund zu der Annahme, daß die indischen Ökonomen zu einem solchen Herangehen an die Einschätzung der Effektivität im staatlichen Sektor gelangen, das eine optimale Kombination makroökonomischer und mikroökonomischer Kriterien, volkswirtschaftlicher und lokaler Rentabilität voraussetzt, die mit den Aufgaben und Zielen des Kampfes Indiens um ökonomische Unabhängigkeit übereinstimmt. Praktisch bedeutet das, daß die Tätigkeit jedes staatlichen Betriebes objektiv vor allem nach dem Niveau der Gesellschaft insgesamt beur-

3 Tjul'panov, S. I./Vejc, G. M., Der staatliche Sektor Indiens: Probleme der Effektivität, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 105 - 114.

4 Lok Udyog, Januar 1971, S. 1153.

5 All India Central Committee, Economic Review, 4. 1. 1962, S. 18.

6 Zit. nach Gupta, G., Issues in Public Enterprises, Delhi 1969, S. 83.

teilt werden kann. Gleichzeitig müssen die Unternehmen die Ressourcen rationell ausnutzen, die Produkte mit minimalen Kosten und in hoher Qualität erzeugen und rentabel arbeiten. Nur dann leistet der staatliche Sektor einen entscheidenden Beitrag zur Bildung des inneren Akkumulationsfonds, offenbart sich sein Vorzug gegenüber dem privaten Sektor und wird er echt zur führenden Kraft bei der ökonomischen Entwicklung des Landes. Im staatlichen Sektor sind bedeutende und wachsende Ressourcen der nationalen Wirtschaft konzentriert, und es wäre unbesonnen, die Wertkriterien ihrer Ausnutzung zu ignorieren.

Die Kombination von Prinzipien der volkswirtschaftlichen Rentabilität und der Rentabilität auf der Betriebsebene (oder der der staatlichen Vereinigung) enthält einen bestimmten Widerspruch. Unter Berücksichtigung dessen schlägt eine Reihe hervorragender indischer Ökonomen vor, die ökonomischen und finanziellen Verpflichtungen der Unternehmen des staatlichen Sektors klar zu definieren. Diese Frage wurde im Januar 1970 auf einer vom Institut für staatliche Unternehmen in Haidarabad einberufenen Konferenz erörtert. Nach dem Bericht seines Direktors, Professor V. Ramanadham, nahm die Konferenz folgende Empfehlungen an<sup>7</sup>:

1. Für jedes Unternehmen müssen Gewinnpläne aufgestellt werden.
2. Die Pläne müssen hohen Gewinn, niedrigen Gewinn, keinen Gewinn oder ein Defizit vorsehen.
3. Die Gewinnpläne müssen den Zeitfaktor berücksichtigen. Sie müssen sowohl für kurze Frist als auch für die Perspektive aufgestellt werden.
4. Für jedes Unternehmen muß die Preispolitik bestimmt werden.

Die Kommission für die Verwaltungsreformen und das Komitee für staatliche Unternehmen beim Parlament unterstützen ebenfalls die Notwendigkeit der Festsetzung von Verpflichtungen für die staatlichen Betriebe.

Die indische Regierung faßte bisher noch keinen Entschluß zu dieser komplizierten Frage. Es scheint, daß die Verwirklichung solcher Vorschläge eine konstruktive Bedeutung hätte und wesentlich zu einer richtigen Einschätzung der Tätigkeit der staatlichen Unternehmen beitragen würde.

Gegenwärtig bleibt die Rentabilitätsrate der staatlichen Unternehmen Indiens niedrig. (Vgl. Tabelle 1)

Bei der Einschätzung dieser Angaben muß man zwei wesentliche Umstände beachten. Erstens entfällt auf den Anteil der großen Gesellschaften der überwiegende Teil des angewandten Kapitals. Deshalb liegt die durchschnittliche Gewinnrate - auf die ganze Gruppe von Gesellschaften in der genannten Zeitspanne bezogen - bei 1,5 bis 2,2 Prozent. Zweitens wird die Höhe des Bruttogewinns in den Bilanzen der indischen staatlichen Unternehmen vor dem Abzug der Zinsen für staatliche Anleihen und Steuern angegeben. Wenn dieser Umstand jedoch berücksichtigt wird, dann erweist sich das Gesamtergebnis ihrer Tätigkeit als verlustbringend.

Tabelle 1

## Bruttogewinnrate der staatlichen Gesellschaften Indiens

Geschäftsjahr	Große Gesellschaften		Übrige Gesellschaften	
	Bruttogewinnrate	Anzahl der Gesellschaften	Bruttogewinnrate	Anzahl der Gesellschaften
1964/65	1,3	6	6,2	41
1965/66	3,3	6	5,3	62
1966/67	0,7	8	6,2	65
1967/68	0,1	11	4,4	70
1968/69	1,1	11	4,3	82

Zusammengestellt nach Reserve Bank of India Bulletin, Oktober 1966, Juli 1967, September 1970, Februar 1970, April 1971.

Tabelle 2

Brutto- und Reingewinn der staatlichen Gesellschaften Indiens 1968/69  
(in Millionen Rupien)

	Hauptgesellschaften (11)	Übrige Gesellschaften (82)	Insgesamt (93)
Bruttogewinn	298,3	348,1	646,4
Reingewinn	- 327,3	- 18,8	- 346,1

Quelle: Reserve Bank of India Bulletin, April 1971, S. 540

Bei der Einschätzung von Kennziffern für die wirtschaftliche Tätigkeit in staatlichen Unternehmen Indiens muß man einen ganzen Komplex von objektiven und subjektiven Faktoren berücksichtigen. Nur dann ist es möglich, die wirtschaftliche Situation im staatlichen Sektor richtig zu bewerten, oberflächliche Urteile und Einschätzungen zu vermeiden und die Perspektiven der Vervollkommnung ihrer Tätigkeit zu verstehen. Vor allem ist es unserer Ansicht nach notwendig, die objektiven Faktoren herauszustellen, die das Gesamtdefizit des staatlichen Sektors hervorrufen. Folgende Faktoren haben entscheidende Bedeutung:

## 1. Die Zweigstruktur des staatlichen Sektors

Man darf nicht vergessen, daß der Hauptanteil der staatlichen Kapitalanlagen auf die Schlüsselzweige der Schwerindustrie entfällt.

Tabelle 3

Die Zweigstruktur der Investitionen in den Unternehmen der Zentralregierung Indiens  
1968/69

Zweig	Investitionen (in Mill. Rupien)	Anteil an den Gesamtinvestitionen (in %)
Stahlerzeugung	13 050	33,4
Maschinen- und Schiffbau	9 600	24,6
Chemie	4 210	10,8
Erdölgewinnung und -verarbeitung	4 030	10,3
Extraktive Industrie	2 990	7,7
Handel	2 680	6,9
Luft- und Seetransport	1 550	4,0
Übrige Zweige	840	2,1
Finanzorganisationen	70	0,2
Insgesamt	39 020	100,0

Quelle: Lok Udyog, Mai 1970, S. 222.

Aus den angeführten Angaben geht hervor, daß auf die Metallurgie, den Maschinenbau und die extraktiven Zweige 76 Prozent aller Investitionen entfallen. Für die Schaffung und Meisterung der Produktionskapazitäten in diesen Zweigen ist eine vergleichsweise lange Zeit erforderlich. Sie beträgt 7 bis 8 Jahre für metallurgische Werke, 5 bis 7 Jahre für Unternehmen des Schwermaschinenbaus und der Chemie. Der Umfang des Fonds liegt hier bedeutend höher als in der Gesamtindustrie. Das führt unvermeidlich zum Anwachsen der Kapitalaufwendungen je Produktionseinheit und kommt in der Effektivität der Investitionen sowie im Rentabilitätsniveau zum Ausdruck. Gerade in diesen drei Zweigen verzeichnen die staatlichen Unternehmen ein Defizit, das das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit des staatlichen Sektors insgesamt wesentlich beeinflusst. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang, daß in den großen Betrieben das niedrigste Rentabilitätsniveau zu beobachten ist. So lag 1967/68 die Bruttogewinnrate in Betrieben bis zu 2 500 Beschäftigten bei 9,8 Prozent, in Betrieben mit 2 500 bis 10 000 Beschäftigten bei 5,2 Prozent, aber in großen Objekten mit mehr als 10 000 Beschäftigten nur bei 1,3 Prozent.<sup>8</sup> Abgesehen von der weiter oben erwähnten Zweigstruktur der Industrie im staatlichen Sektor, bestreitet die Regierung riesige Ausgaben zur Entwicklung der Infrastrukturzweige (Transport, Irrigation, Bau von Häfen, Energiebasen usw.), die in der Regel, obwohl sie die allgemeinen Bedingungen der Effektivität oder sogar die Möglichkeit der Tätigkeit der einzelnen Unternehmen erst schaffen, selbst entweder unrentabel sind oder vorläufig noch eine geringe Rentabilität aufweisen.

Wir erwähnen auch (obwohl das die Grenzen unserer Analyse überschreitet), daß das Problem der Investitionen, selbst ein Bereich erbitterten Klassenkampfes, wiederum ein entscheidender Abschnitt des Kampfes um ökonomische Unabhängigkeit ist. Diese Frage hängt

<sup>8</sup> Ebenda, Januar 1970, S. 1149.

unmittelbar mit den Grundproblemen der wissenschaftlich-technischen Revolution zusammen, mit der Überwindung von Ansichten, die das Eindringen der neuesten Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution in diese führenden, das Gesicht der Industrialisierung vollständig bestimmenden Zweige unterschätzen, Ansichten, die die Zweckmäßigkeit der Entwicklung einer "Zwischentechnik", einer "Zwischentechnologie" verteidigen. Die größte Effektivität der neuen Investitionen ist auch untrennbar mit dem Kampf um die wissenschaftlich-technische Befreiung vom Imperialismus verbunden, jedoch nicht auf der Grundlage eines Bruchs mit den wissenschaftlich-technischen Weltverbindungen, sondern auf der Grundlage der Entwicklung selbständiger, den spezifischen Aufgaben der indischen Wirtschaft dienender wissenschaftlicher Forschungen.

## 2. Die Struktur der Aktiva der staatlichen Unternehmen

Der Anteil des Grundkapitals erweist sich hier als sehr bedeutend. Nach den Angaben der Reserve Bank of India betrug es 1968/69 in der Gruppe der elf großen staatlichen Gesellschaften 87 Prozent, in der Gruppe der übrigen 82 betrug es 58 Prozent.<sup>9</sup> Es ist bekannt, daß im staatlichen Sektor die Eigenfinanzierung eine unbedeutende Rolle spielt. Seine Aktiva werden im wesentlichen aus äußeren Quellen gebildet, deren Anteil zwischen 70 und 80 Prozent schwankt. Das führt im Ergebnis dazu, daß die Unternehmen mit bedeutenden Tilgungsraten sowie mit Zahlungen für staatliche Anleihen belastet sind. Besonders schädlich wirkt sich das auf die Arbeit der größten Unternehmen aus, insbesondere auf das führende Objekt des staatlichen Sektors, die Gesellschaft "Hindustan Steel".

Tabelle 4

Kennziffern der wirtschaftlichen Tätigkeit der "Hindustan Steel"  
(in Millionen Rupien)

Kennziffer	1969/70	1970/71
Bruttoeinnahmen	828	873
Amortisationen	647	668
Zinsen	289	261
Defizit	108	56

Quelle: The Economic Times, 16. 9. 1971.

Nach den Angaben eines Berichts über die Arbeit der in Betrieb befindlichen Unternehmen der Zentralregierung für das Jahr 1970/71 betrug ihr Bruttogewinn 3 136 Millionen Rupien. Nach Abzug der Tilgungsraten (1 750 Millionen Rupien), der Bezahlung der Anleihezinsen (1 240 Millionen Rupien) und der Steuern (0,18 Millionen Rupien) entstand ein Defizit von 34 Millionen Rupien. Im vorhergehenden Geschäftsjahr 1969/70 war es bedeutend größer, es betrug 281 Millionen Rupien.<sup>10</sup> Diese Faktoren darf man bei der Einschätzung der Tätigkeit der staatlichen Unternehmen nicht ignorieren. Die indischen Ökonomen messen dieser Frage große Bedeutung bei. Sie heben hervor, daß man einen solchen Zustand, daß die staatlichen Betriebe die von der Regierung zur Verfügung gestellten Ressourcen als "leichtver-

<sup>9</sup> Reserve Bank of India Bulletin, April 1971, S. 549.

<sup>10</sup> Bjuletefi inostranoj komerčeskoj informacii, 3. 8. 1971.

dientes Geld" betrachten und nicht das gebührende Interesse für deren rationelle Ausnutzung an den Tag legen, nicht zulassen darf. Von diesem Gesichtspunkt aus haben die Zahlungen der Anleihezinsen eine wichtige stimulierende Bedeutung. Sie zwingen die Unternehmen, anzuerkennen, daß nicht genügend Kapital vorhanden ist, daß es einen Preis hat und effektiv genutzt werden muß.<sup>11</sup> Auf der anderen Seite ist die Last der Zinszahlungen sehr bedeutend, besonders im Anfangsstadium der Entwicklung eines Unternehmens. Deshalb verteidigen die indischen Ökonomen eine optimale Struktur des angewandten Kapitals für jedes Unternehmen.<sup>12</sup>

Nach Angaben der Reserve Bank of India betrug 1968/69 das Verhältnis zwischen Anleihe- und Aktionärskapital (debt - equity ratio) in der Gruppe der führenden staatlichen Gesellschaften 1,4 zu 1, in der Gruppe der übrigen 1,17 zu 1.<sup>13</sup> Die Regierung neigt zu dem Standpunkt, daß ein Verhältnis 1 zu 1 das optimale für den staatlichen Sektor insgesamt wäre. Die meisten Ökonomen halten jedoch ein differenzierteres Herangehen, die Berücksichtigung der Spezifik des Unternehmens, des Rentabilitätsgrades sowie der Perspektive seiner Entwicklung, für notwendig. B. Bansal nimmt beispielsweise an, daß für Unternehmen mit mehr oder weniger stabilem Rentabilitätsgrad ein Verhältnis von 1,5 zu 1 begründet wäre. Umgekehrt, wenn Unternehmen sich durch großes kommerzielles Risiko auszeichnen und ihre Rentabilität unbeständig ist, müsse man sie im wesentlichen auf Aktionärskapital orientieren. Das angenommene Verhältnis dürfe nicht konstant sein, es müsse unter dem Einfluß der sich verändernden Tätigkeitsbedingungen eines Unternehmens präzisiert werden.<sup>14</sup> Wir betrachten diese Überlegungen, die die Vielschichtigkeit der indischen Wirtschaft berücksichtigen, als ökonomisch begründet. Was die Unternehmen selbst betrifft, so sind sie natürlich an der Vergrößerung des Anteils des Aktionärskapitals interessiert. Nach den Angaben einer Umfrage, die das Parlamentskomitee für staatliche Unternehmen 1968 durchgeführt hat, sprachen sich 36 von 57 Unternehmen für die Veränderung der Kapitalstruktur aus, dabei handelte es sich um die großen Objekte des staatlichen Sektors, auf deren Anteil 90 Prozent der Investitionen der Zentralregierung entfallen.<sup>15</sup> Ihre Haltung zu verstehen, fällt nicht schwer, weil bei einer Rekonstruktion des Kapitals, in der ein Teil des Anleihekaptals in Aktionärskapital umgewandelt wird, sich das Ausmaß der Zinszahlungen wesentlich verringert. Dadurch verbessert sich die Finanzlage der verlustbringenden Unternehmen und der Unternehmen mit geringer Rentabilität. Das würde jedoch eine eigenartige finanzielle Unterstützung für sie bedeuten. Anscheinend veranlaßt dies die Regierung, eine vorsichtige Haltung in dieser Frage einzunehmen, ungeachtet des Drucks vieler Unternehmen. Nachdem die Verwaltungsreformkommission 1969 der Regierung empfohlen hatte, eine geschmeidige Politik in dieser Frage zu verfolgen, differenziert an die verschiedenen Unternehmen heranzugehen, unter Berücksichtigung ihres Betätigungsfeldes und ihrer Finanzsituation, kam es immerhin in einzelnen Fällen zu einer gewissen Rekonstruktion des Kapitals. Sie wurde teilweise durchgeführt in den Kombinat "Bharat Heavy Electricals" und "Mysore Iron and Steel Company". Es wurde festgelegt, daß die gesamten Aufwendungen für Wohnungs- und kommunale Bauten im "Hindustan Steel" ausschließlich auf Kosten des Aktionärskapitals finanziert werden müssen. Wenn Ende 1969/70 das Verhältnis zwischen Anleihe- und Aktionärskapital dieses größten Unternehmens 0,9 zu 1 betrug, so lag es 1970/71 bei 0,84 zu 1.<sup>16</sup> Auf diese Weise ist die Kapitalstruktur der Unternehmen des staatlichen Sektors eine ganz spezifische geworden (im privaten Sektor der Industrie Indiens beträgt dieses Verhältnis 1 zu 3). Deshalb muß dieser

11 Bansal, B., Financial Planning and Public Enterprises, Bombay 1970, S. 29.

12 Ebenda.

13 Reserve Bank of India Bulletin, April 1971, S. 551.

14 Bansal, B., a. a. O., S. 32.

15 Indian Journal of Economics, Juli 1969, S. 3.

16 The Economic Times, 16. 9. 1971.

objektive Umstand bei der Einschätzung der Effektivität der Tätigkeit in staatlichen Unternehmen unbedingt berücksichtigt werden.

### 3. Die Aufwendungen der staatlichen Unternehmen für den Aufbau und die Unterhaltung von Wohnungen und kommunalen Einrichtungen

Viele der erst vor kurzem errichteten Objekte befinden sich in abgelegenen, wenig erschlossenen Gebieten. Deshalb sind für diesen Zweck bedeutende zusätzliche Kapitalaufwendungen erforderlich. Nach offiziellen Angaben verschlingen sie durchschnittlich 7 Prozent der Gesamtinvestitionen in den Unternehmen der Zentralregierung.<sup>17</sup> Im Geschäftsjahr 1968/69 gab die Gesellschaft "Hindustan Steel" allein für die Entwicklung und Unterhaltung des Wohnungsfonds 78 Millionen Rupien aus bei einem Defizit von 394 Millionen Rupien. Sechzig andere zentral unterstellte Betriebe wandten entsprechend 173 Millionen Rupien bei einem gemeinsamen Reingewinn von 125 Millionen Rupien auf. Insgesamt betrug diese Aufwendungen in allen Gruppen von Unternehmen 251 Millionen Rupien bei einem Gesamtdefizit von 267 Millionen Rupien.<sup>18</sup>

Der starke Einfluß solcher Ausgaben auf die Finanzsituation der Unternehmen gab der Nationalkommission für Arbeit Veranlassung, der Regierung zu empfehlen, dafür einen Spezialfonds zu errichten, der auf Kosten des Budgets der Staaten gebildet werden sollte. Dabei dürften diese Kosten bei der Berechnung der Rentabilität nicht berücksichtigt werden. Ein anderer Vorschlag sieht die Schaffung einer staatlichen Korporation für Wohnungsbau vor, die die Aufwendungen zur Durchführung solcher Arbeiten übernehmen würde. Es gibt auch Anhänger einer direkten Subsidierung derartiger Aufwendungen auf Kosten des Staatshaushalts. Die Regierung meint, daß die Unternehmen diese Aufwendungen selbst aufbringen müssen. Im Seminar für Leiter staatlicher Unternehmen im September 1969 in Bangalur wurde hervorgehoben, daß die Schaffung und Entwicklung der Wohnungs- und kommunalen Infrastruktur große Bedeutung für die Schaffung eines dauerhaften Kontingents an Arbeitskräften und für die Normalisierung der Arbeitsverhältnisse hat. Die Konferenz unterstützte die Vorschläge zur Veränderung des Entschädigungssystems für diese Aufwendungen nicht. Sie hob jedoch hervor, daß sie bei der Einschätzung der Tätigkeit von Unternehmen unbedingt berücksichtigt werden müssen. Dagegen läßt sich nichts einwenden.

### 4. Die Nichtauslastung der Produktionskapazität

Hierbei handelt es sich um eine ausgesprochen krankhafte Erscheinung für die indische Industrie insgesamt, nicht nur für den staatlichen Sektor. Nach Angaben des Forschungsbüros der Zeitung "Economic Times", das eine Untersuchung über den Auslastungsgrad des Produktionsapparates in 1 845 Unternehmen in 325 Zweigen der Industrie durchgeführt hat, lasteten im Jahre 1970 nur 58,7 Prozent aller Betriebe ihre Kapazität mit 60 und mehr Prozent aus. 1968 und 1969 betrug dieser Prozentsatz entsprechend 54,2 und 53 Prozent.<sup>19</sup> Im staatlichen Sektor ist die Situation in dieser Hinsicht sogar noch ungünstiger. Äußerst berechtigt sind die offiziellen Angaben des Büros für staatliche Unternehmen im Finanzministerium, die den Grad der Ausnutzung der Produktionskapazität nach einzelnen Arten von Produkten aufzeigen.

<sup>17</sup> Lok Udyog, November 1969, S. 972.

<sup>18</sup> Ebenda, Mai 1970, S. 224.

<sup>19</sup> The Economic Times, 5. 9. 1971.



Tabelle 5

## Kapazitätsauslastung und Anzahl der produzierten Erzeugnisse

Grad der Kapazitätsauslastung (in %)	Anzahl der produzierten Erzeugnisse
bis 10	7
11 - 20	5
21 - 30	4
31 - 40	7
41 - 50	11
51 - 60	12
61 - 70	19
71 - 80	13
81 - 90	11
91 - 100	12
	<u>101</u>

Zusammengestellt nach Lok Udyog, Dezember 1970, S. 1103 f.

Die Produktionskapazitäten der Unternehmen, die bis zu 60 Prozent ausgenutzt werden, umfassen also 46 Erzeugnisse der Gesamtzahl von 101. Das ist eine äußerst niedrige Kennziffer der Auslastung von Einrichtungen. Nach offiziellen Angaben ist 1970/71 eine Verringerung der Kapazitätsauslastung in den industriellen Unternehmen im staatlichen Sektor zu beobachten. Das metallurgische Werk in Durgapur wurde nur zu 38 Prozent ausgelastet gegenüber 51 Prozent im Jahre 1969/70. In dem analogen Werk in Rurkela wurden die Anlagen entsprechend mit 56 und 61 Prozent ausgelastet. Von fünf Werken, die der "Fertilizers Corporation of India" angehören, nahm in vier Betrieben (außer dem Werk in Trombay) die Nichtauslastung der Kapazität zu. So wurde das Werk in Nangal nur zu 70 Prozent ausgelastet. Die Kapazitätsauslastung bei der Lignitförderung sank ebenfalls und betrug 1970/71 nur 66 Prozent gegenüber 86 Prozent im Geschäftsjahr 1969/70. Die Kapazität des Werkes für Maschinenbau der Gesellschaft "Hindustan Machine Tools" wurde 1970/71 ungefähr zu 40 Prozent ausgelastet gegenüber 47 Prozent 1969/70.<sup>20</sup> Man muß erwähnen, daß die Nichtauslastung des Produktionsapparates durch eine ganze Reihe von objektiven Ursachen hervorgerufen wurde. In einigen Fällen hing sie mit der Erweiterung der projektierten Kapazität zusammen, wofür relativ lange Zeit erforderlich war. Dies trifft beispielsweise auf das metallurgische Unternehmen "Hindustan Steel" zu. In anderen Fällen hing sie mit dem Mangel an Valuta für den Import von Rohstoffen und Ersatzteilen zusammen. Buchstäblich in allen Unternehmen widerspiegelt sich ein Mangel an Elektroenergie und an rollendem Material der Eisenbahnen. Im Verlauf der Jahre 1966 bis 1968 setzte sich das Absinken in der Wirtschaft fort, das im wesentlichen mit den Schwierigkeiten zusammenhängt, die die Landwirtschaft im Resultat der Naturkatastrophen durchmachte, wodurch das Produktionsniveau in vielen Betrieben eingeschränkt wurde. Diese Faktoren müssen zweifellos in Betracht gezogen werden.

<sup>20</sup> Bjulleteri inostranoj komerceskoj informacii, 24. 4. 1971.

## 5. Die Besonderheiten der Preisbildung

Die indische Konzeption der Preise im staatlichen Sektor wurde im dritten Fünfjahrplan (1961 bis 1966) definiert. "Die staatlichen Unternehmen", heißt es im Plan, "spielen bei der Steigerung der Akkumulation eine wachsende Rolle. Sie müssen mit Gewinn arbeiten und den Effektivitätsgrad erhöhen. Das ist für diese Zwecke erforderlich. Eine rationelle und ökonomisch begründete Preispolitik ist notwendig, die entsprechende Kapitalgewinne und eine Beteiligung der staatlichen Unternehmen an der erweiterten Reproduktion der nationalen Wirtschaft sichert."<sup>21</sup>

Im Rahmen der allgemeingültigen Preiskonzeption, die auf dem Rentabilitätsprinzip basiert, war die Praxis der Preisbildung außerordentlich kompliziert und vielgestaltig. Das hing mit der großen Heterogenität der staatlichen Unternehmen und der Spezifik ihrer Verpflichtungen zusammen. Im staatlichen Sektor finden Rechenpreise, Konkurrenzpreise des inneren Marktes, Preise des kapitalistischen Weltmarktes (import-parity price), Vorzugspreise, die die Produktion einzelner Erzeugnisarten stimulieren (price retention) usw. Anwendung. In der Preispolitik im staatlichen Sektor spielt sich ein erbitterter Kampf ab, sie berührt im Grunde genommen die Interessen aller Sektoren der Wirtschaft und folglich die Klasseninteressen. Das private Großkapital nimmt in dieser Frage eine äußerst geschmeidige Position ein. In den Fällen, in denen die mit ihm konkurrierenden staatlichen Unternehmen unter Wachstumsschwierigkeiten leiden und unbefriedigende Resultate aufweisen, richtet die feindliche Gesellschaft unter der Flagge des Kampfes gegen die Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen ihre Angriffe gegen sie, die staatlichen Betriebe werden als von Natur aus uneffektiv erklärt, und ihre Liquidierung wird gefordert. Wenn es um die Unternehmen der Infrastruktur geht, fordert das Großkapital niedrige Preise und bemüht sich, den staatlichen Sektor für die Stimulierung der eigenen Reproduktion auszunutzen. In jenen Fällen, in denen seine Unternehmen eine dominierende Stellung auf dem Markt innehaben (nicht selten zugleich mit staatlichen Unternehmen), stellen sie die Forderung nach Preiserhöhungen als Entschädigung für die steigenden Kosten. Wie die indische Zeitschrift "Economic Review" unterstrich, sind die staatlichen Unternehmen oft gezwungen, die Preise zu senken, ungeachtet dessen, daß im Lande insgesamt entgegengesetzte Tendenzen wirken.<sup>22</sup>

Wenn man die Ursachen für das ständige Defizit der Gesellschaft "Hindustan Steel" analysiert, darf man jenen wichtigen Faktor nicht außer acht lassen, daß die Stahlpreise offensichtlich niedrig sind. Das wird besonders offenbar bei einer Gegenüberstellung mit den Stahlpreisen der führenden kapitalistischen Länder. Zur Zeit beträgt der Großhandelspreis der Unternehmen für eine Tonne Stahl in Indien 717 Rupien, in den USA 1 243, in England 1 085, in der BRD 1 025 und in Australien 927 Rupien (nach vergleichbaren Erzeugnissen berechnet).<sup>23</sup> Im gegebenen Fall ist es schwierig, zu behaupten, die niedrigen Stahlpreise wären das Resultat eines Drucks durch das Privatkapital. Das Oberhaupt der großen Privatfirma "Tata Iron and Steel Company", Dj. Tata, tritt für eine Preiserhöhung ein. Unter den Bedingungen des empfindlichen Stahlmangels im Lande ist eine solche Haltung völlig verständlich. Dagegen ließ jedoch in einem anderen Fall, bei der Festsetzung der Tarife für Elektroenergie, die Haltung des Privatkapitals anschaulicher und definitiv ihren Klassencharakter erkennen. Er zeigte sich besonders offensichtlich 1963/64, als in der indischen Presse eine geräuschvolle Kampagne gegen die Tariferhöhungen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Mission der International Bank for Reconstruction and Raise organisiert worden war. Obwohl das die Regierung nicht geringe Anstrengungen kostete, waren dennoch die Tarife in allen Staaten erhöht worden.

21 Third Five Year Plan, hg. v. Government of India, o. O. 1961, S. 264.

22 A ICC Economic Review, Nr. 11 - 13/1968, S. 36.

23 Capital, 5. 8. 1971.

Man muß auch erwähnen, daß bei der Festsetzung der Preise für Erdöl und Erdölprodukte, für Schiffe, einzelne Arten von schweren Ausrüstungen die Produktionskosten ausländischer Firmen als Grundlage dienen, die diese Produkte auf den indischen Markt exportieren (landed cost). Dieses Prinzip der Preisbildung erweist sich als sehr hart für die sich neu entwickelnden Zweige des staatlichen Sektors. Dadurch geraten die größten Unternehmen - "Heavy Electricals", "Heavy Engineering Corporation", "Hindustan Shipyard" und einige andere - in eine schwierige Situation. Das letztgenannte ist im allgemeinen ohne ständige Subsidien nicht im Stande zu arbeiten. Schließlich muß man sagen, daß die Preise und Tarife für eine Reihe von Erzeugnissen und Dienstleistungen künstlich niedriggehalten werden. Das trifft für Mineraldünger, Antibiotika, Frachttransport, Stahl, Kohle, Nahrungsmittel und Dünger zu. Eine ebensolche Politik führen die Irrigationsbetriebe durch. In allen diesen Fällen bemüht sich die Regierung, den Verbrauch dieser Waren und Dienstleistungen zu stimulieren, um die Entwicklung bestimmter Verbrauchergruppen zu unterstützen, die in Übereinstimmung mit den zu den Fünfjahrplänen gehörenden sozialen Programmen die Priorität haben.

Die Preisbildung hat noch einen weiteren wesentlichen Aspekt, der mit der Inflation zusammenhängt. Im Lande steigen die Preise unentwegt an.

Tabelle 6

Index der Großhandelspreise in Indien 1969/70  
(1961/62 = 100)

Allgemeiner Index	172
Lebensmittel	196
Industrielle Rohstoffe	180
Fertigerzeugnisse	144

Quelle: Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 7/1970, Supplement.

Das Steigen der Preise wirkt sich schwächend auf die Tätigkeit der Unternehmen aus. Ein bedeutendes Anwachsen der Produktionskosten führt in vielen Fällen zur Nichterfüllung des Gewinnplans. Das Defizit der unrentablen Unternehmen wächst. Das zeugt von den Schwierigkeiten bei der ökonomischen Festigung des staatlichen Sektors unter den Bedingungen einer intensiven Tätigkeit des Privatsektors, darunter auch des monopolistischen Typs des nationalen Kapitals sowie des Einflusses der ausländischen Monopole, und folglich auch von den begrenzten Möglichkeiten des staatlichen Sektors. Obwohl er einen wichtigen Platz in der Wirtschaft des Landes einnimmt, hat er bisher nicht die führende ökonomische Position. Seine führende Rolle würde drei Bedingungen voraussetzen: Er müßte alle wesentlichen Sphären der Wirtschaft unmittelbar kontrollieren; seine Akkumulation müßte im Gesamtfonds der inneren Akkumulation überwiegen; er müßte die Grundprozesse der ökonomischen Entwicklung lenken. Bisher spielte der staatliche Sektor keine solche Rolle, wobei auch seine "Hebung" zu dieser Rolle einen komplizierten Komplex von Maßnahmen erfordert. Seine Situation und seine Tätigkeit hängen von Prozessen ab, die er im wesentlichen weder bestimmt noch kontrolliert. Da er insbesondere den Prozeß der Preisbildung nicht beherrscht, kann der staatliche Sektor die Entwicklung der anderen Sektoren und ökonomischen Prozesse nicht effektiv kontrollieren. Die Situation auf dem Gebiet der Preise bestätigt das überzeugend.

Wir haben nur einige der wesentlichsten Ursachen objektiven Charakters gestreift, die das Wachstum der Rentabilität in den Unternehmen des staatlichen Sektors hemmen. Selbstverständlich sind hier nicht alle erwähnt worden. Man könnte auch noch auf die allen Entwick-

lungsländern, darunter auch Indien, eigenen Schwierigkeiten bei der Leitung der modernen Produktion hinweisen, die mit dem empfindlichen Mangel an Leitungskadern und technischen Fachleuten, mit dem niedrigen Niveau der Bildung und der Qualifizierung der Arbeiter, mit ihrer noch nicht vorhandenen Anpassung an den Rhythmus industrieller Unternehmen zusammenhängen. Diese Umstände werden von vielen indischen Ökonomen erwähnt.<sup>24</sup>

Schließlich bedeutet all das nicht, daß man die Bedeutung ernsthafter Mängel in der Organisation der Leitung der staatlichen Unternehmen unterschätzen dürfte. In der indischen Literatur und in den offiziellen Veröffentlichungen findet sich nicht wenig Material in dieser Hinsicht. Der Kritik wahrscheinlich am häufigsten unterworfen ist die Errichtung der Investitionen. Zahlreiche Beispiele für ernsthafte Mängel in den technisch-ökonomischen Begründungen und in den Details der Projekte, lange Fristen bis zu ihrer Bestätigung und deren oftmalige Überprüfungen, Verlängerungen der Bauzeit für solche Projekte, geringe Qualität der Bauarbeiten, fehlende Koordination bei der Planung und der Durchführung der Programme der Kapitalaufwendungen, bürokratische Verzögerungen bei der Verteilung von Bestellungen für Installationen und Rohstoffe, bei der Vergabe von Mitteln in ausländischer Valuta sowie nicht rechtzeitige Bildung der Leitung von Unternehmen<sup>25</sup> werden angeführt. Nach Angaben des Komitees für staatliche Unternehmen wurde der ursprüngliche Wert des Aufbaus von 32 großen staatlichen Unternehmen auf 6 Milliarden Rupien geschätzt, faktisch betrug er aber 10 Milliarden.<sup>26</sup> Diese Erhöhung betrug bei der Gesellschaft "Hindustan Steel" 78 Prozent, bei "Heavy Engineering Corporation" 64 Prozent, bei "Heavy Electrical" 40 Prozent, bei dem Düngemittelwerk der Gesellschaft "Fertilizers Corporation of India" in Trombay 37 Prozent, bei dem in Nangal 49 Prozent usw.<sup>27</sup>

Die Disproportionen, die aus den Mängeln der Planung hervorgehen, führen zu ernststen Folgen. Zum Beispiel erfüllten die Gesellschaften "Heavy Engineering Corporation" und "Mining and Light Machinery Corporation" nicht die Lieferungsverträge von Ausrüstungen für den Aufbau des metallurgischen Werkes in Bokaro. Ihr Einbaftermin wurde dreimal verschoben, die Kapitalaufwendungen wuchsen um 1,2 Milliarden Rupien.<sup>28</sup>

Die Durchführung des Entwicklungsprogramms der Schiffbaugesellschaft "Hindustan Shipyard" wurde um zwei Jahre verzögert, weil es unmöglich war, die bestellten Ausrüstungen rechtzeitig zu erhalten.<sup>29</sup> Nach Mitteilung der Zeitung "Economic Times" hatten sich im Oktober 1971 infolge des Zurückbleibens der Eisenbahnen in den Lagern der "Hindustan Steel" ungefähr 125 000 Tonnen Produkte angesammelt. Dabei leidet die Wirtschaft des Landes unter einem empfindlichen Stahldefizit, das die Entwicklung vieler Zweige hemmt.<sup>30</sup>

Unter den vielen Ursachen, die eine niedrige Arbeitsproduktivität und hohe Produktionskosten in den staatlichen Unternehmen Indiens hervorrufen, hat auch der Umfang der Produktionsvorräte keine geringe Bedeutung. Ihre Größe wächst selbstverständlich in dem Maße, wie die Tätigkeit des staatlichen Sektors zunimmt. Bei ihrer Beurteilung muß aber eine ganze Reihe von Faktoren berücksichtigt werden. Die Betriebe häufen materiell-stoffliche Produktionselemente auf, wobei sie nicht nur vom laufenden Bedarf ausgehen, sondern auch die Entwicklungsperspektiven berücksichtigen. Unter den Bedingungen einer chronischen Nicht-

<sup>24</sup> Gowda, S. N., Management of Public Enterprises in India, Mysore 1967, S. III.

<sup>25</sup> Nach der Bestätigung des Projekts für den Bau des Schwermaschinenbaubetriebes Ranchi war der Hauptingenieur nach 17 Monaten, der Finanzrat nach 26 und der Hauptbuchhalter nach 77 Monaten ernannt worden. Im Werk für Bergbauausrüstungen in Durgapur waren es entsprechend 22, 24 und 76 Monate. (Vgl. Lok Udyog, März 1970, S. 1406.)

<sup>26</sup> Capital, 26. 12. 1968.

<sup>27</sup> Committee on Public Enterprises, Report 13/1965, S. 145.

<sup>28</sup> Lok Udyog, März 1970, S. 1403.

<sup>29</sup> The Economic Times, 31. 8. 1971.

<sup>30</sup> Ebenda, 31. 10. 1971.

auslastung der Produktionskapazität verstärken sich die Bemühungen, Vorräte anzuhäufen, allgemein. Die Disproportionen und die Schwierigkeiten, Valuta zu erhalten, Rohstoffe und Materialien zu erlangen, drängen nicht selten viele Unternehmen auf die Erreichung zirkulierenden Kapitals über den Bedarf hinaus. Außerdem haben die indischen Unternehmen noch nicht genügend Erfahrungen auf dem Gebiet der Materialverwaltung erworben. Ihre Berechnungen stützen sich auf äußerst grobe Schätzungen und Voranschläge. Nach offiziellen Angaben betrug die Gesamtgröße der Produktionsvorräte 1967/68 in 55 zentral unterstellten Betrieben 8,7 Milliarden Rupien.<sup>31</sup>

Nach Meinung indischer Ökonomen ist dieser Umfang der Vorräte sehr bedeutend. Das Verhältnis von Umsatz zu Vorrat betrug 1965/66 im staatlichen Sektor 2 zu 1 gegenüber 2,75 zu 1 im privaten Sektor. In den entwickelten kapitalistischen Ländern beträgt dieses Verhältnis 5 zu 1.<sup>32</sup>

In den staatlichen Betrieben gibt es viele überflüssige Arbeitskräfte. So sind im metallurgischen Werk in Rurkela ungefähr 28 000 Menschen beschäftigt, während in den USA und der BRD der Betrieb eines analogen Unternehmens insgesamt 5 000 Arbeitskräfte erfordert.<sup>33</sup>

Auch ernsthafte Mängel auf dem Gebiet der Organisation und der Entlohnung der Arbeit, die nur begrenzte Ausnutzung eines stimulierenden Lohnzahlungssystems, das die Steigerung der Arbeitsproduktivität unterstützen würde, dürfen nicht unerwähnt bleiben.

In der indischen Literatur werden häufig Materialien zum Problem des Leitungsniveaus in den Betrieben veröffentlicht. Dort wird unterstrichen, daß durch die ungerechtfertigt strenge administrative Kontrolle, aber auch aufgrund der persönlichen Eigenschaften der Administratoren viele von ihnen - besonders die Vertreter des indischen administrativen Dienstes - sich den Bedingungen einer dynamischen Tätigkeit nicht anpassen können. Sie zeigen Konservatismus, weichen der Verantwortung und der eigenen Entscheidung aus. Diese Leute, so schreibt Professor V. Ramanadham, besitzen häufig nicht die für eine solche Arbeit notwendigen Voraussetzungen, sie neigen zu Methoden, die für den Staatsapparat, nicht aber für ein Unternehmen taugen. Der Staatsbeamte ist nicht unbedingt ein guter Leiter, denn dieser Beruf erfordert spezielle Kenntnisse und Erfahrungen.<sup>34</sup>

Andererseits kann man nicht sagen, daß in den staatlichen Betrieben die Bedingungen geschaffen worden wären, die notwendig sind, um junge talentierte Administratoren heranzuziehen, sie effektiv einzusetzen und das Aufrücken von Fachleuten und Angestellten zu ermöglichen. Hier herrscht noch immer das Prinzip der Altersfolge, das für ein kommerzielles Unternehmen unbrauchbar ist. Es ist kein Geheimnis, daß häufig qualifizierte Beamte in den privaten Sektor überwechseln, gelockt durch höhere Gehälter und die Perspektive einer weiteren Erhöhung.<sup>35</sup>

Es ist charakteristisch, daß 1969 die privaten Unternehmen 250 Anforderungen auf die 101 Absolventen der Verwaltungshochschule einreichten. 86 Absolventen erhielten einen Platz im privaten Sektor, und nur 15 waren bereit, im staatlichen Sektor zu arbeiten. (1968 waren es entsprechend 66 und 14, 1967 waren es 73 und 3.) Von 166 führenden staatlichen Unternehmen willigten nur vier ein, junge Absolventen dieser Lehranstalt einzustellen.<sup>36</sup> Der bekannte Ökonom N. Das hatte allen Grund, zu bemerken, daß die Kaste der staatlichen Beamten in

31 A Handbook of Information on Public Sector 1969, S. 88.

32 Commerce, 22. 6. 1968.

33 Ebenda.

34 Prasad, P., Some Economic Problems of Public Enterprises in India, London 1967, S. 176.

35 Capital, 26. 12. 1968.

36 Lok Udyog, Mai 1970, S. 178.

ihren Reihen keine Fremdlinge, keine "Professionellen" dulden wolle.<sup>37</sup> Nach Angaben der Zeitung "Economic Times" nehmen direkte Vertreter aus Regierungsämtern (deputationists) insgesamt 1 390 Posten im staatlichen Sektor ein, davon 44 höchsten Ranges.<sup>38</sup> Die Übernahme solcher Funktionen durch "professionelle" Leiter würde wesentlich zur Vervollkommenung der Tätigkeit von Unternehmen beitragen. Einige indische Ökonomen, zum Beispiel R. Ranachandra, machten den Vorschlag, die Repräsentanz von Regierungsbeamten gesetzgeberisch zu beschränken. Ein Drittel der leitenden Funktionen in den Unternehmen sollten unbedingt durch berufsmäßige Leiter ersetzt werden.<sup>39</sup> Man braucht kaum nochmals zu unterstreichen, daß diese Gruppe von Fragen bei weitem keinen rein organisatorischen Charakter trägt, sondern selbst ein sehr komplizierter Bereich des Klassenkampfes ist, wo die Fronten und Gruppierungen der sozial verschiedenartigen und gegensätzlichen Kräfte nicht so klar sind, wie in vielen anderen Bereichen.

Besonders erhebt sich die Frage der Arbeitsverhältnisse im staatlichen Sektor. Diese Frage hat prinzipielle Bedeutung. Vor allem beeinflusst sie ernsthaft die tägliche Arbeit der Unternehmen. Das Problem besteht jedoch nicht allein darin. Seiner sozialen Natur nach ist der staatliche Sektor Indiens Staatskapitalismus. Jedoch seine soziale Situation hat sich noch nicht stabilisiert, er ist eine sich entwickelnde Übergangskategorie. Daraus erwächst der Kampf der beiden Tendenzen - der staatlich-monopolistischen und der demokratischen -, deren tatsächliche Natur sich im wesentlichen in jener Einwirkung offenbart, die sie auf die Lage der Arbeiterklasse in der Gesellschaft ausüben. Man muß im Auge haben, daß im staatlichen Sektor ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse Indiens konzentriert ist. Für die Periode von 1956 bis 1970 wuchs die Anzahl der Arbeiter und Angestellten in allen Typen der staatlichen Unternehmen und Organisationen von 5,2 auf 10,5 Millionen Menschen.<sup>40</sup> In dem Maße, in dem die Anzahl der Arbeiterklasse im staatlichen Sektor wächst, gewinnt seine Position als wichtigstes Problem der Entwicklung des Landes immer größere Bedeutung. Die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Unternehmen rücken an die vorderste Stelle des Klassenkampfes vor. Die indische Regierung proklamierte das Prinzip des "vorbildlichen Unternehmers" (model employer), wonach im staatlichen Sektor der "industrielle Frieden" gesichert werden soll. Die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben sollten zum Beispiel für das ganze Land werden. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht; im staatlichen Sektor geht ein heftiger Klassenkampf vor sich. Nach Angaben des Arbeitsministeriums wurden 1969 im Lande 2 627 Konflikte registriert, von denen 389 (14,8 Prozent) aus den staatlichen Betrieben hervorgegangen waren. In diese Konflikte waren 1 827 000 Arbeiter einbezogen, davon 337 000 (18,4 Prozent) aus dem staatlichen Sektor.<sup>41</sup>

Diese Konflikte wirken sich schwächend auf die Arbeit der Betriebe aus. 1970 gingen 19 048 000 Arbeitertage (Arbeit eines Menschen pro Tag), davon 1 424 000 (7,4 Prozent) im staatlichen Sektor, verloren.<sup>42</sup> 1970 betrug der Verlust im metallurgischen Werk in Durgapur 1 760 000 Arbeitertage, in dem Werk in Rurkela 292 000 Arbeitertage. Lediglich im Werk in Bhilai waren die industriellen Verhältnisse befriedigend.<sup>43</sup>

Die Analyse der verschiedenen Aspekte der Arbeitsverhältnisse gehört nicht zu unserer Aufgabe. Wir erwähnen nur, daß diesen Konflikten vor allem die schwere Lage der Arbeiterklasse zugrunde liegt. Obwohl der durchschnittliche Arbeitslohn im staatlichen Sektor höher ist als im privaten, ist er auch hier nicht im Stande, das bescheidenste Existenzminimum zu sichern. In dem Zeitraum von 1962 bis 1967 stieg die Arbeitsproduktivität in der Indu-

37 Das, N., The Public Sector in India, London 1966, S. 111.

38 The Economic Times, 10. 9. 1971.

39 Ebenda, 13. 10. 1971.

40 Monthly Abstract of Statistics, Juni 1971, S. I.

41 Indian Labour Journal, Januar 1971, S. 53.

42 Ebenda.

43 The Economic Times, 16. 9. 1971.

strie um 66 Prozent, aber der Reallohn der Arbeiter sank um 5 Prozent.<sup>44</sup> Das Anwachsen der Lohnzahlungen kann das beständige Steigen der Preise nicht kompensieren. Der Preisindex für Waren, die von den Arbeitern verbraucht werden, betrug 184 im Mai 1971 gegenüber 1960.<sup>45</sup> Nach der Aussage des hervorragenden Ökonomen I. Farukvi verschärfen die bürokratischen Leitungsmethoden, und die Tatsache, daß die Leitungen die Bedürfnisse der Arbeiter nicht berücksichtigen, die Konflikte noch. In vielen Unternehmen wird die Arbeitsgesetzgebung verletzt. Von 1963 bis 1966 erwiesen sich nur in 11 von 22 untersuchten Betrieben die Verhältnisse in dieser Hinsicht als befriedigend.<sup>46</sup>

Die Politik der Regierung und der Behörden der Staaten auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse im staatlichen Sektor zeichnet sich, trotz des allgemeinen Bestrebens, die Interessen aller patriotischen Schichten der Bevölkerung zu sichern und progressive sozialökonomische Veränderungen durchzuführen, dennoch durch Inkonsequenz aus. Das hat bei der praktischen Lösung der Konflikte häufig zu Versuchen geführt, den Werktätigen für sie ungünstige Lösungen aufzuzwingen. Einige Organe der Behörden bedienen sich weitgehend antidemokratischer Prozeduren, sie erledigen Konflikte durch Zwangsarbitrage und gerichtliche Entscheidungen. Nicht selten greift die Polizei zum direkten Zwang und jagt friedliche Demonstrationen und Versammlungen streikender Arbeiter auseinander. Darüber finden sich zahlreiche Mitteilungen in der Presse, besonders der gewerkschaftlichen.<sup>47</sup>

Wir sehen also, daß die Vervollkommnung der Arbeit der staatlichen Betriebe in Indien und die Steigerung ihrer Effektivität den ganzen komplizierten Leitungsmechanismus im staatlichen Sektor berühren.

Man kann nicht sagen, daß die Regierung Indiens die Kompliziertheit dieser Probleme unterschätzt hätte. In den letzten Jahren wurden in ihrem Auftrag äußerst gründliche Untersuchungen vorbereitet und Empfehlungen ausgearbeitet, die die verschiedenen Aspekte der staatlichen Unternehmen betreffen. Am wichtigsten war dabei offenbar der Bericht der Verwaltungsreformkommission, der 1968 vorgelegt wurde. Auf der Grundlage dieses Berichts wurden einige konstruktive Beschlüsse gefaßt. Die Kontrolle über die Qualität der Planung und der Durchführung des Programms der Kapitalbauten wurde verstärkt, in gewissem Maße wurden die Rechte der Unternehmen hinsichtlich ihrer Verfügung über die finanziellen Ressourcen und die Heranziehung von Anleihemitteln vom Kapitalmarkt erweitert, ihre gegenseitigen Beziehungen mit höheren Leitungsorganen wurden ein wenig geregelt und ein vollkommeneres System der Rechnungsführung ausgearbeitet. Die Vertretung der staatlichen Beamten in der Zusammensetzung der leitenden Organe des Unternehmens wurde begrenzt, und Personen mit speziellen Erfahrungen und Spezialkenntnissen wurden aktiver in den Vordergrund gerückt. Jedoch diese Entscheidungen berührten nicht die Grundlage des ausgeprägten Leitungsmechanismus, obwohl sie eine Reihe von günstigen Vorbedingungen, darunter auch für die Gesetzgebung, schufen.

In der Periode des vierten Fünfjahrplans (1969/70 bis 1973/74) hat sich die Position des staatlichen Sektors wesentlich gefestigt.

44 Ebenda, 11. 9. 1971.

45 Indian Labour Journal, Juli 1971, S. 1081.

46 Lok Udyog, Mai 1969, S. 126.

47 Trade Union Record, 30. 4. 1971, S. 35.

Tabelle 7

Die Aufwendungen des staatlichen und des privaten Sektors in den Fünfjahrplänen  
(in Millionen Rupien)

Zeitraum	Aufwendungen des staatlichen Sektors	Kapitalanlagen des privaten Sektors	Gesamtaufwendungen
1. Fünfjahrplan	19 600 (52,1 %)	18 000 (47,9 %)	37 600 (100 %)
2. Fünfjahrplan	46 720 (60,1 %)	31 000 (39,9 %)	77 720 (100 %)
3. Fünfjahrplan	85 770 (67,2 %)	41 900 (32,8 %)	127 670 (100 %)
4. Fünfjahrplan	159 020 (63,9 %)	89 800 (36,1 %)	248 820 (100 %)

Quelle: Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 7/1970, S. 1100.

Wie aus diesen Angaben hervorgeht, legt der Plan im staatlichen Sektor Aufwendungen von 159 Milliarden Rupien fest, was ungefähr den Gesamtaufwendungen für seine Entwicklung in den drei vorangegangenen Fünfjahrplänen gleichkommt.<sup>48</sup> Die Plankommission hatte für den staatlichen Sektor 1965/66 eine durchschnittliche Gewinnrate von 10 Prozent vorgesehen. Diese Schätzung erwies sich jedoch aufgrund der oben analysierten Ursachen als nicht real. Jetzt ist diese Aufgabe in den vierten Fünfjahrplan übernommen worden. Es wird vorgeschlagen, daß in diesem Falle die staatliche Akkumulationsrate von 1,5 Prozent 1960/61 auf 4,5 Prozent 1973/74 steigen kann und ihr Anteil an der inneren Gesamtakkumulation entsprechend von 19,2 auf 34 Prozent steigt.<sup>49</sup>

Die indische Regierung bekräftigte in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteitag der herrschenden Partei, des Indischen Nationalkongresses, im Dezember 1969 ihre Entschlossenheit, dem staatlichen Sektor die führende Position in der Wirtschaft des Landes zu sichern. Unter den Bedingungen der Verschärfung des Klassenkampfes im Lande ist die Lösung dieser Aufgabe nicht von der Grundfrage der sozialen Strategie bei der Entwicklung Indiens zu trennen. Nur nach grundlegenden demokratischen Veränderungen in der Wirtschaft und der politischen Struktur der Gesellschaft erscheint eine solche Entwicklung des staatlichen Sektors real. Auf der letzten Session des Arbeiterkomitees des Indischen Nationalkongresses wurde hervorgehoben, daß die Grundschwäche des staatlichen Sektors durch die bürokratischen Kontrollen hervorgerufen worden ist. Die Session hob hervor, daß an der Spitze der staatlichen Betriebe Leute stehen müssen, die die angenommene Konzeption der Entwicklung des Landes und der Rolle des staatlichen Sektors teilen.<sup>50</sup>

Das ist eine sehr richtige Bemerkung und ein großer Erfolg der progressiven Kräfte, ist jedoch nicht mit der Beseitigung der zahlreichen Schwierigkeiten gleichzusetzen, die unter anderem auch mit der Natur des staatlichen Sektors zusammenhängen. Es geht darum, daß der staatliche Sektor Indiens seinem Wesen nach Staatskapitalismus bleibt. Die Werktätigenwer-

<sup>48</sup> Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 7/1970, S. 1102.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 1096.

<sup>50</sup> The Economic Times, 9. 10. 1971.



den praktisch von der Leitung der staatlichen Unternehmen ferngehalten.<sup>51</sup> Indessen tragen Leitungsfragen in höchstem Maße Klassencharakter. Wesentlich ist, wer leitet (das heißt welche Kräfte) und in wessen Interesse das geschieht. Folglich ist die Beseitigung vieler Mängel im Leitungsmechanismus der Unternehmen, über die weiter oben gesprochen wurde, ohne eine aktive Beteiligung der Arbeiterklasse undenkbar. Erst dann können die Früchte der wachsenden Effektivität bedeutend zweckmäßiger für die Lösung der allgemeinen Grundziele der nationalen Entwicklung genutzt werden, die als unverrückbaren Bestandteil die Mehrung des Wohlstandes der Werktätigen einschließen. Nur so, auf der Basis einer entschiedenen Demokratisierung der Leitung (und das setzt die Erhöhung des Volkscharakters des staatlichen Sektors voraus), wächst die Möglichkeit, alle seine Vorzüge auszunutzen, und eröffnet sich der Weg zur Umwandlung des staatlichen Sektors in die führende ökonomische Formation.

(Übersetzt von Renate Günther)

51 Nach Angaben für 1969 gehörte nur in einem der 18 großen staatlichen Betriebe ein Vertreter der Arbeiter zum Rat der Direktoren. (Lok Udyog, Oktober 1969, S. 761.)

## ZUR ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN GRIECHENLAND BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

von Panajotis Aleku

1. Die durch den Befreiungskampf geschaffenen Ausgangsbedingungen
2. Die Entwicklung in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des griechischen Staates
3. Der Beginn der Entwicklung des Industriekapitalismus
4. Die Entwicklung von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg

### 1. Die durch den Befreiungskampf geschaffenen Ausgangsbedingungen

Im Frühjahr 1971 feierte Griechenland den 150. Jahrestag seiner nationalen Erhebung zur Befreiung von der Türkenherrschaft. Die griechische Bourgeoisie, die sich hauptsächlich im Ausland formiert und entwickelt hatte, organisierte diesen Aufstand und leitete ihn in den ersten Jahren. Ihre Führer waren von den Idealen der französischen Revolution stark beeinflusst. Ihr Ziel war, ein freies bürgerliches Griechenland zu schaffen, aufgebaut nach dem Vorbild und der Verfassung des revolutionären Frankreich des 18. Jahrhunderts.

Der nach dem Aufstand von 1821 bis 1829 entstandene kleine freie griechische Staat war aber keineswegs ein bürgerlicher Staat. Den volksfeindlichen feudalen Kräften war es im Verlaufe des Befreiungskampfes gelungen, das noch relativ schwache Bürgertum von der Führung des Kampfes zu verdrängen, seine bedeutendsten Köpfe zu beseitigen und die Macht an sich zu reißen. Mit den reaktionären feudalen Kräften paktierte allerdings auch ein Teil derjenigen griechischen Bourgeoisie, die sich innerhalb Griechenlands entwickelt hatte. Es handelte sich dabei vornehmlich um die traditionelle Schicht der Schiffseigentümer, aus der sich das heutige Reedereikapital entwickelte.

Der Übergang der politischen Führung des Befreiungskampfes und damit auch des neugegründeten Staates in die Hände der feudalen griechischen Reaktion prägte die Entwicklung des Kapitalismus und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands. Die Auswirkungen dessen reichen bis in die Gegenwart.

Unter den durch die Gründung des neugriechischen Staates für die Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland geschaffenen Bedingungen müssen folgende unbedingt erwähnt werden:

1. Die Hauptaufgabe des Aufstandes, die Befreiung Griechenlands von der vierhundertjährigen türkischen Sklaverei, wurde nur zum Teil verwirklicht. Befreit wurden nur der Peloponnes, Zentralgriechenland und einige wenige umliegende Inseln. Der größte Teil Griechenlands, nämlich Thessalien, Epirus, Mazedonien, Thrazien, Kreta, Zypern und die überwiegende Mehrzahl der anderen Inseln verblieben weiterhin unter türkischer Herrschaft. Der in den befreiten Gebieten gegründete neugriechische Staat umfaßte nur rund

- 48 000 Quadratkilometer Fläche und zählte etwas mehr als 500 000 Einwohner, die für die aufstrebende Bourgeoisie einen sehr bescheidenen inneren Markt darstellten.
2. Die Bodenfrage wurde überhaupt nicht gelöst. Die Ländereien der vertriebenen Türken wurden zu "nationalen" Ländereien erklärt und gingen in das Eigentum des Staates über, der Landbesitz der Kirche und der griechischen Großgrundbesitzer blieb unangetastet. Die Masse der Bauern besaß auch weiterhin gar keinen oder so wenig eigenen Grund und Boden, daß sein Ertrag ihre Existenz nicht zu sichern vermochte. Sie waren daher gezwungen, Land hinzuzupachten.
  3. Der neugegründete Staat war nur formell souverän. In Wirklichkeit geriet er noch vor Beendigung des Befreiungskampfes völlig in die politische und ökonomische Abhängigkeit von den sogenannten "Schutzmächten" England, Frankreich und Rußland. Die politische Abhängigkeit war so tiefgreifend, daß sich Griechenland kaum von einer Kolonie unterschied. Hauptsächlich auf Betreiben Englands wurde im Jahre 1832 die Krönung des noch unmündigen bayrischen Prinzen Otto von Wittelsbach zum griechischen König erzwungen. Gestützt auf eine aus Bayern mitgeführte Söldnerarmee und drei ebenfalls aus Bayern stammende Vizekönige (sie bildeten praktisch die eigentliche Regierung), regierte er als Interessenvertreter der "Schutzmächte" und "von Gottes Gnaden" Griechenland. Die Schutzmächte behielten sich bei der Unterzeichnung der den griechisch-türkischen Krieg formell beendenden Londoner Protokolle im Jahre 1832 das Interventionsrecht in Griechenland vor. "Wir haben nicht nur das Recht", hieß es dort, "sondern auch die Pflicht zur Intervention, um Ruhe und Ordnung im Lande zu bewahren."<sup>1</sup> Und von diesem Recht machten sie regen Gebrauch.

Nicht anders verhielt es sich mit der ökonomischen Abhängigkeit. Griechenland hatte bereits während des Befreiungskrieges zwei Anleihen aufgenommen. Die erste gewährte 1824 das Londoner Bankhaus Longham. Ihr Nominalwert betrug 800 000 Pfund Sterling, ihr tatsächlicher Wert jedoch 472 000 Pfund Sterling oder 59 Prozent des Nominalwertes. Davon erhielt Griechenland nur 298 726 Pfund Sterling in Geldform sowie 10 063 Pfund Sterling in Form von Sachwerten. Der Rest wurde für Zinsen und Tilgung sowie als Provision der Unterhändler und zur Deckung der sonstigen Unkosten im voraus einbehalten.<sup>2</sup>

Die zweite Anleihe, 1825 gewährt vom Bankhaus Ricardo, hatte einen Nominalwert von 2 Millionen Pfund Sterling, während der Realwert 1,11 Millionen Pfund Sterling oder 55,5 Prozent des Nominalwertes betrug. Davon erhielt Griechenland 33 713 Pfund Sterling in Geldform - darin waren auch 24 501 Pfund Sterling als Restposten aus der ersten Anleihe enthalten -, Sachwerte in einem Gegenwert von 65 986 Pfund Sterling sowie ein Dampfschiff, für das die unwahrscheinlich hohe Summe von 156 990 Pfund Sterling angerechnet wurde. Den Rest verschlangen wiederum Zinsen, Tilgungen, Provisionen und verschiedene "Unkosten" im Ausland.<sup>3</sup> Während Griechenland also nur 540 977 Pfund Sterling in Form von Geld und Sachwerten erhielt, wurde es verpflichtet, 2,8 Millionen Pfund Sterling zuzüglich den entsprechenden Zinsen und Zinseszinsen als Schuld zu tilgen. Das Ungeheuerlichste war dabei die Tatsache, daß Griechenland den englischen Bankiers dafür seine "nationalen Ländereien", das heißt etwa drei Viertel seiner landwirtschaftlichen Nutzflächen, verpfänden mußte. Es ist nicht übertrieben, zu behaupten, daß der neugriechische Staat auf englischem Pachtterritorium gegründet, von einer ausländischen Söldnerarmee besetzt und von einem im Auftrage Englands eingesetzten ausländischen König regiert wurde. Die politische und ökonomische Abhängigkeit, die kolonialen

1 Zit. nach Fischer, Walter/Rondholz, Eberhard, Revolution und Konterrevolution in Griechenland, in: Das Argument, Nr. 57/1970, S. 97.

2 Vgl. Fotiadis, Dimitris, Karaiskakis, o. O. 1958, S. 176.

3 Ebenda, S. 177 ff.

Methoden vergleichbare Ausplünderung des Landes durch das ausländische Kapital führten dazu, daß der griechische Staat schon vor Beendigung des Befreiungskampfes wirtschaftlichen Bankrott anmelden und die Bedienung der obenerwähnten Anleihen einstellen mußte. Diesem ersten Bankrott folgten in den nächsten hundert Jahren noch drei weitere.

Der zur Gründung des neugriechischen Staates führende Befreiungskampf schuf also für die Entwicklung des Kapitalismus keine günstigen Startbedingungen. Er führte zwar zur Befreiung eines kleinen Teils des griechischen Territoriums, löste aber keine der bis zu diesem Zeitpunkt bereits objektiv herangereiften Hauptaufgaben befriedigend, die darin bestanden hätten:

Übernahme der politischen Macht durch die Bourgeoisie;

Lösung der Bodenfrage;

Herstellung und Wahrung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Landes.

Die in außerordentlich eingeschränktem Umfang erfolgte Lösung der politischen und ökonomischen Hauptaufgabe des Befreiungskampfes übte einen stark hemmenden Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland aus und verzögerte seine Herausbildung um viele Jahrzehnte.

Manche griechische Autoren setzen die Anfänge des Kapitalismus in Griechenland mit der Gründung des neugriechischen Staates gleich; andere vertreten dagegen die Auffassung, daß der Kapitalismus erst nach der bürgerlichen Revolution von 1909 begonnen hätte sich zu entwickeln.<sup>4</sup> Außerdem gibt es auch Autoren, die seine Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ansetzen.<sup>5</sup>

Die Beantwortung der Frage nach dem Beginn der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland bedarf einer genaueren Untersuchung der ökonomischen und sozialen Wandlungen, die der Gründung des neugriechischen Staates folgten.

Bei der Untersuchung der "Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" analysierte Lenin mit vorbildlicher Gründlichkeit die Veränderungen, die in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Industrie, im Transportwesen, im Urbanisierungsprozeß, in der Entwicklung des inneren und äußeren Marktes, des Umfangs der Lohnarbeit und in anderen ökonomischen Prozessen vor sich gingen<sup>6</sup>, und erst dann, gestützt auf die Ergebnisse dieser Analyse, zog er Schlußfolgerungen über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Dabei wies er oft auf die relative Aussagekraft einzelner Erscheinungen und statistischer Daten hin. So betonte er zum Beispiel, daß der Übergang der Großgrundbesitzer zum System der Verpachtung des Bodens an freie Kleinbauern auf der Grundlage der Arbeits- bzw. Produktenrente nach der Aufhebung der Leibeigenschaft keineswegs rein feudale Produktionsverhältnisse, sondern eine Übergangsform zur kapitalistischen Bodenbewirtschaftung darstelle.<sup>7</sup> Diese und zahlreiche andere Hinweise Lenins müssen auch bei der Untersuchung der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland unbedingt berücksichtigt werden.

4 Vgl. Nikolinakos, Marios, Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland, in: Das Argument, Nr. 57/1970, S. 166.

5 Vgl. Mpampanassis, St., I exelixis des ellinikou kapitalismou sto fos tou leninismou (Die Entwicklung des griechischen Kapitalismus im Lichte der leninschen Lehre), in: Kommunistiki Epitheorissi, Nr. 4/1970, S. 39.

6 Vgl. Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1971.

7 Ebenda, S. 188 f., 194 f.

## 2. Die Entwicklung in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des griechischen Staates

Die Verhältnisse, unter denen sich die griechische Bourgeoisie (und damit auch der Kapitalismus in Griechenland) entwickelte, unterschieden sich wesentlich von denen, unter denen sich die Entwicklung der Bourgeoisie der meisten übrigen europäischen Länder vollzog. Erste Ansätze zur Entwicklung einer Bourgeoisie in Griechenland führen bis in das byzantinische Reich zurück, zu dem auch das heutige Griechenland gehörte. Diese Ansätze wurden jedoch durch die türkische Eroberung im 15. Jahrhundert gewaltsam unterbrochen.

Nach der Unterwerfung von Byzanz führten die türkischen Eroberer nur eine Maßnahme ein, die die Lage vor allem der Bauernschaft verbesserte. Sie entzogen nämlich dem byzantinischen Feudaladel seine Vorrechte und hoben damit die Leibeigenschaft auf. Ansonsten übernahmen sie das gesamte Steuer- und Abgabensystem des byzantinischen Reiches, das sehr stark auf den Schultern der werktätigen Massen lastete, und bauten es immer mehr aus, so daß es schließlich unerträglich wurde. Die Finanzierung des aufgeblähten Verwaltungsapparates, der Bau von zahlreichen Militäranlagen (Burgen und ähnliches), der Aufbau einer Kriegsflotte und einer Armee aus Berufssoldaten (der Genitzaren) und vor allem die ununterbrochenen Kriege hatten die Einführung von immer neuen Steuern und Abgaben zur Folge. Alle diese Steuern und Abgaben gliederten sich in drei Kategorien: erstens in solche, die aus dem Koran abgeleitet wurden; zweitens in solche, die durch Erlaß des Sultans erhoben wurden (diese beiden Kategorien von Steuern und Abgaben wurden als "legale" bezeichnet), und drittens in solche, die von den örtlichen Machthabern (Gouverneuren, Großgrundbesitzern, Gemeinden, Kirche usw.) eingeführt wurden und als "willkürliche" bzw. "nicht legale" bezeichnet wurden. Die Landwirtschaft unterlag einer doppelten "legalen" Besteuerung, dem Zehnten und einer Art Grundsteuer, die zusammen etwa 30 Prozent des Bruttoertrages ausmachten. Und zusammen mit der "willkürlichen" Besteuerung wurden den Bauern oft bis zu 50 Prozent des Bruttoertrages entzogen.

Der Im- und Exporthandel wurde mit relativ niedrigen Zöllen belegt, im allgemeinen mit 5 Prozent, der Tabakhandel jedoch mit 30 Prozent. Für die türkischen und die ausländischen Händler galten niedrigere Zolltarife, was die Konkurrenzfähigkeit der griechischen Händler erschwerte.

Zu erwähnen ist noch die "Kopfsteuer", die jeder Nichtmohammedaner, unabhängig vom Alter und Geschlecht, entrichten mußte. Sie schwankte, je nach der wirtschaftlichen Lage, zwischen zwei und vier Gramm Silber pro Kopf und Jahr.

Neben diesen und anderen Steuern und Abgaben erschwerten zusätzlich Schikanen, Verfolgungen, Beschlagnahmungen, Ausrottungen ganzer Dörfer und Städte und anderes mehr eine normale Entwicklung der griechischen Wirtschaft, insbesondere die Formierung und Entwicklung einer griechischen Bourgeoisie innerhalb Griechenlands.

Die vielfältigen und äußerst brutalen Unterdrückungsmethoden der türkischen Herrscher zwangen zahlreiche Griechen, Zuflucht im Ausland zu suchen, wo sie griechische Kolonien gründeten und sich fast ausschließlich mit dem Handel beschäftigten. Mit Ausnahme desjenigen Teils, den die Schiffseigentümer bildeten, formierte sich die griechische Bourgeoisie hauptsächlich außerhalb Griechenlands, vornehmlich in Rußland, Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich, England und Deutschland. Von hier aus organisierte sie den Aufstand gegen die Türken, der zur Befreiung eines Teils von Griechenland führte. In den Ländern, in denen sie sich niedergelassen hatten, knüpften sie enge wirtschaftliche Beziehungen mit der einheimischen Bourgeoisie, hauptsächlich aber mit der sich entwickelnden industriellen Bourgeoisie, an. Diese Beziehungen hielten sie auch aufrecht, nachdem sie später in das befreite Griechenland zurückkehrten, indem sie als Handelsagenten ihrer alten ausländischen Geschäftspartner fungierten. Die beträchtlichen Geldkapitalien, die sie bei ihrer Rückkehr nach Griechenland mitführten, flossen jedoch nicht in die Industrie, sondern wei-

terhin in das Handelsgeschäft, das gegenüber Industrieunternehmen mehrere Vorteile besaß:

Das Handelsgeschäft war für diese Kapitalbesitzer weniger riskant und weniger kapitalaufwendig; es konnte, dank der alten Beziehungen und Bekanntschaften mit dem Auslande, rasch in Gang gebracht werden und warf leicht die gewünschten Gewinne ab. Die Erfahrungen, über die sie auf diesem Gebiet verfügten, waren ein ebenfalls wichtiger Vorteil.

Das im Inneren Griechenlands ansässige Handelskapital konnte sich unter den schweren Bedingungen der türkischen Herrschaft nicht, wie in vielen anderen europäischen Ländern, allmählich über das Verlagswesen zum Industriekapital entwickeln. So treffen wir in dem befreiten Teil Griechenlands mit Ausnahme der Werftindustrie keine weiteren Ansätze eines Industriekapitalismus an. Die Werftindustrie selbst lag in den Händen von Schiffseigentümern, die gleichzeitig auch Handelsgeschäfte tätigten.

Das Fehlen einer auch nur schwachen industriellen Bourgeoisie, die, entsprechend ihren eigenen Interessen, konsequenter als die anderen Teile der Bourgeoisie für ökonomische und soziale Reformen hätte eintreten können, beeinflusste die kapitalistische Entwicklung Griechenlands zweifellos negativ. Die Handelsbourgeoisie und die Reedereibourgeoisie, die im neugegründeten griechischen Staat existierten, waren ihrer ökonomischen Stellung und ihrer Interessen wegen inkonsequent, schwankten zwischen einer eigenständigen Politik und dem Paktieren mit den reaktionären Feudalkräften des Landes hin und her und suchten Schutz und Hilfe bei ausländischen Mächten. Infolgedessen verlor sie die Führung im Befreiungskampf und damit die des neugegründeten Staates. Und die reaktionären Großgrundeigentümer, die die Macht übernahmen, hatten keinerlei Interesse, die notwendigen bürgerlich-demokratischen Reformen durchzuführen, die für die Entwicklung des Kapitalismus unerlässlich sind.

Die Tatsache, daß die notwendigen Reformen ausblieben, erschwerte besonders die Lage der Bauernschaft, die während des Befreiungskampfes die meisten Opfer gebracht hatte.

Während der jahrhundertelangen türkischen Herrschaft wurde die griechische Bauernschaft des größten und fruchtbarsten Teils ihres Bodens beraubt. Die Täler mit ihren ertragreichen Böden waren durch die Türken in Besitz genommen worden, während die griechischen Bauern in die schwer zugänglichen Gebirgszonen mit ihren unfruchtbaren und schwer zu bestellenden Böden vertrieben wurden. So besaßen zum Beispiel die 458 000 Griechen, die kurz vor Beginn des Befreiungskampfes auf dem Peloponnes lebten, nur 150 000 Hektar Gebirgsland, während den 42 550 Türken 300 000 Hektar ebenen Landes gehörten.<sup>8</sup> Ähnlich sahen die Besitzverhältnisse vor der Befreiung auch in den anderen Gebieten aus. Nach der Vertreibung der Türken wurde deren Landbesitz jedoch nicht auf die Bauern und Landlosen verteilt. Der größte Teil dieses Bodens sowie die von den Türken enteigneten Werkstätten gingen in staatliches Eigentum über und wurden, wie bereits erwähnt, den englischen Bankiers als Hypothek für die beiden Anleihen zur Verfügung gestellt. Einen weiteren, allerdings geringen Teil, eigneten sich die Großgrundbesitzer illegal an. Strong macht in seinem Buch "Greece as a Kingdom", das 1842 in London erschien, folgende Angaben über die Besitzverhältnisse des landwirtschaftlich genutzten Bodens für das Jahr 1836: Die nationalen Ländereien betragen 606 802 Hektar, die privaten 251 357 Hektar.<sup>9</sup> Diese Angaben berücksichtigen allerdings Brachland, Wiesen, Weiden, Wälder usw. nicht. Nach anderen Angaben sollen sich 1,2 bis 1,3 Millionen Hektar oder rund die Hälfte des Ackerlandes als nationale Ländereien in den Händen des Staates befunden haben.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Nach Angaben von Jannis Sevgos, zit. bei Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 169.

<sup>9</sup> Zit. bei Fotiadis, Dimitris, O Othonas - I Monarchia (Otto - die Monarchie), o. O. 1965, S. 167.

<sup>10</sup> Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 170.

Aber auch die andere Hälfte befand sich nicht in den Händen der einfachen Bauern. Der größte Teil der nichtstaatlichen Bodenflächen gehörte den Großgrundeigentümern und der Kirche. Fünf Sechstel der Bauern besaßen überhaupt kein Land<sup>11</sup> und ein weiterer Teil nur so wenig, daß sein Ertrag ihnen nur selten das Existenzminimum garantierte. Sie waren daher gezwungen, vom Staat und von den Großgrundeigentümern Land zu pachten, wobei die Pacht in der Regel in Produktenform entrichtet wurde. Die Höhe der Pacht wurde als Prozentsatz auf den zu erwartenden Bodenertrag festgesetzt und variierte je nach dem Anteil, den Pächter und Verpächter an Saatgut, Zugvieh und Arbeitsinstrumenten aufbrachten. In den meisten Fällen aber wurde die Ernte zu je 50 Prozent aufgeteilt. Die Bauern waren aber nicht an den Grund und Boden gebunden, sie waren keine Leibeigenen, sondern freie Bauern. Es wäre daher falsch zu behaupten, daß Griechenland in das Feudalsystem des byzantinischen Reiches zurückgefallen wäre. Vielmehr handelte es sich hier um eine Übergangsform zur kapitalistischen Wirtschaft, wie Lenin sie in seinem Buch "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" beschreibt.<sup>12</sup>

Durch die in der Landwirtschaft herrschenden Verhältnisse wurde den Bauern nicht nur das gesamte Mehrprodukt, sondern auch ein Teil des notwendigen Produkts entzogen. Dadurch wurde einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte stark gehemmt, was in der Entwicklung der Produktion zum Ausdruck kommt. Nach einem kurzen Aufstieg, der unmittelbar nach der Befreiung als Folge der Wiedereingangssetzung der während des Aufstandes lahmgelagerten Landwirtschaft eintrat und bis 1837 andauerte, folgte Stagnation und später ab 1850 sogar Rückgang der Produktion.<sup>13</sup>

Andererseits hemmte der außerordentlich geringe Umfang, in dem die Bauernschaft, die 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, als Käufer und Verkäufer auf dem Markt in Erscheinung trat, die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen und des inneren Marktes.

Der Entfaltung des inneren Marktes und damit auch des Kapitalismus in Griechenland stand aber noch eine Reihe weiterer Hindernisse im Wege.

An erster Stelle müssen hier die Verkehrssituation und der Urbanisierungsprozeß erwähnt werden.

Abgesehen von der Seeschifffahrt, verfügte Griechenland über keine nennenswerten Verbindungswege und Transportmittel. Ein Straßennetz war praktisch nicht vorhanden, und von 1828 bis 1852 wurden nur 168 Kilometer Straßen gebaut. Eine Binnenschifffahrt konnte sich nicht entwickeln, da Griechenland keine schiffbaren Flüsse hat.

Die Schaffung der Grundlagen für das Eisenbahnnetz begann erst viel später, nämlich seit dem Jahre 1867. Die Verbindung zwischen den Dörfern und Städten im Innern des Landes war sehr schwer. Eine Ausnahme bildeten die Dörfer und Städte an der Küste und auf den Inseln, die dank der gut entwickelten Seeschifffahrt nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Ausland in regelmäßiger Verbindung standen.

Für die Entwicklung des Kapitalismus spielt der Urbanisierungsprozeß eine große Rolle. Die Städte nehmen die proletarisierten Massen auf und bilden das notwendige Arbeitskräfte-reservoir. Gleichzeitig stellen sie aber auch einen aufnahmefähigen und sich ständig erweiternden Markt für die Kapitalisten dar. Im befreiten Griechenland gab es jedoch keine einzige Stadt, die diese Bezeichnung zu Recht verdient hätte. Selbst Athen zählte, als es 1834

11 Neeteron enkyklopaïdikon lexikon "Iliou" (Neues enzyklopädisches Lexikon "Helios"), Bd. 7, Athen o. J., S. 1421.

12 Lenin, W. I., a. a. O., S. 188 f., 194 f.

13 Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 172 Anm. 30.

Hauptstadt wurde, nicht mehr als 350 Häuser<sup>14</sup> und etwa 4 000 Einwohner<sup>15</sup>. Der Urbanisierungsprozeß setzte sich nur sehr langsam durch und übte lange Zeit einen negativen Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus aus.

Alle oben erwähnten Umstände (Ausübung der Macht durch die Großgrundbesitzer, ausgebliebene Bodenreform, stagnierende Agrarproduktion, ungenügende Verkehrsverbindung, zögernde Durchsetzung des Urbanisierungsprozesses, begrenzter innerer Markt usw.) setzten der Kapitalakkumulation und der Entfaltung des Kapitalismus, vor allem des Industriekapitalismus, äußerst enge Grenzen. Fast vier Jahrzehnte lang war kein Fortschritt in dieser Richtung zu verzeichnen. 1850 gab es nur sieben Fabriken<sup>16</sup>, die aber eher Handwerks- als Industriebetriebe waren. Erst in den sechziger und insbesondere in den siebziger Jahren setzte sich allmählich der Prozeß der Gründung von Fabriken durch.

Wenn aber bis dahin überhaupt keine Rede von der Entstehung eines Industriekapitalismus sein kann, so bedeutet das keineswegs, daß während dieser Periode jeglicher Ansatz einer kapitalistischen Entwicklung fehlte. Im Gegenteil: Gerade in dieser Periode findet der Formierungsprozeß des Bankkapitals statt. Das bis dahin blühende Wucherkapital, das seinen Besitzern Zinsen zwischen 30 und 50 Prozent einbrachte, organisierte sich nach echtem kapitalistischem Muster in Bankkapital um. Wodurch war dieser Prozeß ursächlich bedingt?

Die Zinsen für die Bankkredite gingen im allgemeinen auf etwa 15 Prozent zurück, es gab allerdings häufig auch Fälle, wo sie mehr als das Doppelte betragen. So wurden zum Beispiel bei Kreditvergabe an die Bauern zur Beschaffung von Saatgut bis zu 40 Prozent Zinsen verlangt.<sup>17</sup>

Aber auch ohne diese Extreme besaß das Bankkapital bessere Profit Chancen als das Wucherkapital. Denn erstens können die Banken mit ihrem Filialennetz einen viel größeren Kundenkreis erfassen, als dies einem Wucherer möglich ist. Daraus ergibt sich, daß zweitens die Banken ihr verfügbares Kapital ständig für sich arbeiten lassen können, während ein Wucherer wegen Mangel an Kunden gezwungen sein kann, Teile seines Geldkapitals zeitweise brachzulegen. Und drittens können die Banken durch die Spareinlagen der Bevölkerung das für sie arbeitende Kapital auf ein Vielfaches vergrößern und sich die Zinsdifferenz aneignen, die den Verwertungsgrad ihres eigenen Kapitals wesentlich erhöht; eine solche Möglichkeit haben die Wucherer nicht. Außerdem erhöhen sich die Einnahmen der Banken durch die verschiedenartigen anderen Geschäfte, die das Wucherkapital nicht ausüben kann.

Die 1841 gegründete erste griechische Bank (die private "Nationalbank von Griechenland") mit einem Gründungskapital von 4 Millionen Drachmen<sup>18</sup> entwickelte sich allmählich zu einer mächtigen Bank, die das Kredit- und Versicherungswesen beherrschte, sich an allen wichtigen Industrie- und anderen Unternehmungen, die später gegründet wurden, beteiligte und auch das Emissionsrecht für Banknoten und andere Wertpapiere erwarb. (Sie verlor dieses Recht, nachdem im Jahre 1927 die staatliche "Bank von Griechenland" gegründet wurde.)

Noch früher und wesentlich schneller entwickelte sich das Reedereikapital. Einen besonders raschen Aufschwung nahm es nach dem russisch-türkischen Friedensvertrag von 1774.

In diesem Vertrag setzte Rußland das Recht für seine "griechischen Glaubensbrüder" durch, ihre Schiffe unter russischer Flagge fahren zu lassen, wovon die griechischen Schiffseigen-

14 Fotiadis, Dimitris, O Othonas - I Monarchia, a. a. O., S. 149 Anm. 1. - Vor Beginn des Befreiungskampfes zählte Athen etwa 3 000 Häuser, sie wurden aber, wie überall, durch die Kampfhandlungen zerstört. (Vgl. ebenda, S. 119.)

15 Ebenda, S. 120.

16 Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 178 Anm. 57.

17 Neoteron enkyklopaïdikon lexikon "Iliou", a. a. O., S. 1425.

18 Zit. bei Mpampanassis, St., a. a. O., S. 44.



tümer fast ausnahmslos Gebrauch machten. Dieses Recht ermöglichte es ihnen, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit und der Ausrüstung ihrer Schiffe mit Kanonen sowie andere schikanierende Maßnahmen der Türken zu umgehen.

Der türkischen Kontrolle nicht mehr unterworfen, rüsteten die Schiffseigentümer ihre Schiffe mit Kanonen aus und betätigten sich neben dem legalen Warentransport ausgiebig auch mit der Seeräuberei und dem Schmugglergeschäft. Besonders während der Kontinentalsperre artete das Schmugglergeschäft zum Hauptgeschäft der griechischen Schiffseigentümer aus. Die günstige Situation während der napoleonischen Kriege ausnutzend, brachten sie die gesamte Schifffahrt im Schwarz- und Mittelmeerraum unter ihre Kontrolle, schmuggelten Waffen und andere Waren für die kriegführenden Länder und erzielten enorme Gewinne. Ihre Flotte zählte im Jahre 1813 615 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 153 580 Tonnen und 17 562 Personen Mannschaft.<sup>19</sup> Im Befreiungskrieg ging diese große Handelsflotte fast völlig verloren (es wurden nur fünfzig Schiffe gerettet), die Schiffseigentümer konnten jedoch, dank der früher angehäuften Profite, die Verluste schnell ausgleichen und ihre Flotte weiter ausbauen.

Zehn Jahre nach der Befreiung zählte die Handelsflotte bereits 3 269 Schiffe, zwei weitere Jahre danach 4 066 Schiffe, das heißt 266 226 Tonnen.<sup>20</sup>

Diese rasche Entwicklung verdankte die Handelsflotte zum Teil dem Vorhandensein einer Reihe eigener und leistungsfähiger Schiffswerften.

Auch das Handelskapital war, wie oben gezeigt wurde, vorhanden, wenn auch stark zersplittert. Thiersch führt in seinem Buch "De l' Etat actuel de la Grèce" an, daß es in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts rund 30 000 Handelsgeschäfte in Griechenland gegeben habe und weitere rund 100 000 griechische Geschäftsleute, die sich im Ausland niedergelassen hatten und Handelsgeschäfte mit Griechenland unterhielten.<sup>21</sup> Wahrscheinlich sind diese Zahlen übertrieben, und das echte Handelskapital war zum genannten Zeitpunkt noch wesentlich geringer, aber dennoch kann seine Existenz nicht geleugnet werden.

Es wäre also nicht richtig, zu behaupten, daß zu dieser Zeit überhaupt keine Tendenz einer kapitalistischen Entwicklung in Griechenland vorhanden gewesen sei. Unbestritten ist jedoch, daß während dieser Periode keine nennenswerten Ansätze eines Industriekapitalismus existierten.

### 3. Der Beginn der Entwicklung des Industriekapitalismus

Der Industriekapitalismus begann sich erst in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu entwickeln. Bereits 1860 wurden die ersten Zölle eingeführt, die die ausländische Konkurrenz einschränkten. 1867 waren bereits 68 Fabriken vorhanden, von denen ein Teil über Dampfkraft verfügte (über insgesamt 296 PS); sie beschäftigten 7 300 Personen, und das Produktionsvolumen betrug 51 Millionen Drachmen.<sup>22</sup> Zehn Jahre später waren es 860 Betriebe mit insgesamt 5 568 PS Motorkraft und 24 286 Beschäftigten.<sup>23</sup>

Dieser Start des industriellen Kapitalismus basierte auf einer Reihe von Voraussetzungen, die allerdings nicht bewußt mit dem Ziel der Entwicklung einer Industrie geschaffen worden waren. Drei davon spielten eine besonders wichtige Rolle:

<sup>19</sup> Vgl. Oikonomikos Tachydromos, Nr. 935/1972, S. 22.

<sup>20</sup> Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 179 f.

<sup>21</sup> Zit. ebenda, S. 180 Anm. 75.

<sup>22</sup> Mpampanassis, St., a. a. O., S. 41.

<sup>23</sup> Ebenda.

### a) Die Einführung der Zölle ab 1860

Das eigentliche Ziel war die Realisierung zusätzlicher Einnahmen für den Staatshaushalt. Die Zollsätze lagen sehr hoch. Daher bestand ihre Nebenwirkung in einem übermäßigen Schutz der im Entstehen begriffenen Industrie. Später und besonders nach dem ersten Weltkrieg wurden die Zölle noch weiter heraufgesetzt, so daß die Industrie und das Handwerk sich "treibhausmäßig" entwickeln konnten mit allen daraus resultierenden positiven, aber auch negativen Folgen.

### b) Die von 1880 bis 1895 andauernde faktische Geldentwertung

Die Parität der Drachme zum französischen Franc, die bis 1880 1 : 1 betrug, fiel allmählich und erreichte 1895 den tiefsten Stand von 1,8 : 1.<sup>24</sup> Das ermöglichte der Bourgeoisie, zusätzliche Profite zu erzielen; einerseits, weil die Löhne und Gehälter relativ konstant blieben, und andererseits, weil sie auf dem Außenmarkt konkurrenzfähiger wurde und die Exporte steigern konnte.

### c) Die Entwicklung der Verkehrsverbindungen im In- und Ausland

Das Straßennetz dehnte sich bis 1867 auf 380 Kilometer, bis 1882 auf 1 137 Kilometer und bis 1894 auf 1 913 Kilometer aus. 1900 erreichte es zirka 2 600 Kilometer.<sup>25</sup> Ab 1867 begann, hauptsächlich durch französisches Kapital, der Bau eines Eisenbahnnetzes, das bis 1909 auf 1 583 Kilometer ausgedehnt werden konnte.<sup>26</sup> Eine noch größere Rolle spielte aber die Entwicklung der internationalen Verkehrsbeziehungen, die der Entfaltung der Außenhandelsbeziehungen neuen Auftrieb gab. Die griechische Handelsflotte, die erneuert worden war und bis 1875 auf 5 437 Schiffe, darunter 27 Dampfschiffe<sup>27</sup>, ausgedehnt wurde, gewährleistete sehr gute Verbindungen zwischen Griechenland und dem Ausland. Der Außenhandelsumsatz, der während der fünfziger Jahre im Durchschnitt 42 Golddrachmen pro Kopf betrug, konnte während der achtziger Jahre auf 98 Golddrachmen erhöht werden.<sup>28</sup> Die Einfuhren stiegen von 23,5 Millionen Drachmen im Jahre 1855 auf 120,8 Millionen im Jahre 1890 und die Ausfuhren entsprechend von 9,7 auf 95,8 Millionen Drachmen.<sup>29</sup>

Die hier angeführten Voraussetzungen erweiterten einerseits die Nachfrage nach Industrieprodukten im Inland und ermöglichten andererseits den Export der Agrarprodukte sowie der Erzeugnisse des Bergbaus, der nun entwickelt werden konnte. Obwohl inkonsequent verwirklicht, stellten sie wichtige Voraussetzungen für die ersten Entwicklungsschritte des Industriekapitalismus in Griechenland dar.

Diese Voraussetzungen erleichterten zwar auch die Kapitalakkumulation, lösten das Problem aber nicht. Der Staat unternahm in dieser Richtung nichts. Im Gegenteil, die vom Ausland erhaltenen Kredite verwendete der Staat fast ausschließlich für unproduktive Zwecke. Die nationalen Ländereien wurden unökonomisch verwaltet. Für die Rückzahlung der Kredite mußten der Bevölkerung daher hohe Steuern auferlegt werden, was sich negativ auf Umfang, Entwicklungstendenzen und vor allem auch die Struktur der privaten Akkumulation auswirkte. Nach einer zweiten Bankrotterklärung im Jahre 1843 erhielt Griechenland über lan-

24 Neoteron enkyklopaïdikon lexikon "Iliou", a. a. O., S. 1427.

25 Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 173 Anm. 33.

26 Ebenda, S. 185; vgl. auch Mpampanassis, St., a. a. O., S. 40.

27 Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 180.

28 Mpampanassis, St., a. a. O., S. 41.

29 Zolotas, Xenophon, Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, Leipzig/Berlin 1926, S. 140.

ge Zeit keine Kredite mehr vom Ausland.<sup>30</sup> Aber auch wenn die Möglichkeit zur Aufnahme weiterer Kredite bestanden hätte, wäre es äußerst fraglich gewesen - wie die Erfahrungen mit früheren, aber auch mit späteren Anleihen zeigen -, ob ein Teil dieser Mittel für die Akkumulation in der Industrie Verwendung gefunden hätte. Die offizielle, von der Regierung vertretene und auch von der sich entwickelnden Bourgeoisie akzeptierte Meinung war: Griechenland sei ein armes Land, besäße keine nennenswerten natürlichen Reichtümer und hätte weder die Kraft noch Potenzen, sich ökonomisch zu entwickeln. Als einzige Variante für die Lösung aller Probleme wurde die Schaffung eines Großgriechenlands betrachtet, dessen Grenzen die des ehemaligen byzantinischen Reiches sein sollten. Daneben bestehe lediglich die Möglichkeit, mit Hilfe des ausländischen Kapitals eine bescheidene Leichtindustrie aufzubauen, die die einheimischen landwirtschaftlichen Produkte verarbeiten sollte. Diese unrealistischen und die gesellschaftlichen Aktivitäten hemmenden Auffassungen blieben zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein vorherrschend.

Und tatsächlich wurden die ersten Betriebe, die Industriecharakter trugen, hauptsächlich mit ausländischem Kapital errichtet. Das Interesse der ausländischen Kapitalisten richtete sich bei Investitionen in Griechenland in erster Linie auf die Ausbeutung der Naturschätze. Der größte Teil des bis 1879 eingeführten ausländischen Privatkapitals in Höhe von 100 Millionen Goldfrancs wurde im Bergbau angelegt.<sup>31</sup> Die 1873 gegründete Lavrion-Bergwerke AG war zum Beispiel eine französische Gesellschaft. Sie beschäftigte sich außer mit der Erzförderung auch mit der Verhüttung von Blei-, Zink- und Silbererz. Ihr Gründungskapital betrug 20 Millionen Drachmen (etwa 18 Millionen Francs). Bis 1888 erwarb sie sieben weitere Unternehmen und beschäftigte rund 2 300 Arbeiter.<sup>32</sup> Ihre beiden Blei- und Zinkhütten blieben die einzigen metallurgischen Betriebe Griechenlands bis zum zweiten Weltkrieg.

Die einheimische Akkumulation war im allgemeinen sehr gering, und die durch das einheimische Kapital errichteten Unternehmen waren in der Regel Zwergbetriebe. Sie beschäftigten nahezu durchweg bis zu fünf Arbeitskräfte, wandten fast ausschließlich manuelle Arbeit an und müssen daher als Handwerksbetriebe betrachtet werden. Die einheimischen Kapitalisten verfügten auch nur selten über Motorantrieb.

Eine Ausnahme bildet das Reedereikapital. Hier war die Akkumulation recht umfangreich. Die großen Profite der Schiffsbesitzer fanden jedoch nicht den Weg in die Industrie. Sie wurden entweder in der Handelsflotte reinvestiert oder in Grundstücken angelegt.

<sup>30</sup> Im Jahre 1833 hatte Griechenland unter Schirmherrschaft der drei "Schutzmächte" eine Staatsanleihe von 60 Millionen Goldfrancs (Nominalwert) erhalten, die 63,9 Millionen Golddrachmen entsprachen. Davon wurden in Griechenland nur 27,5 Millionen Goldfrancs verwendet, der Rest wurde im Ausland für Provisionen an die Rothschilds, für die Tilgung alter Schulden, für Entschädigungen an die Türkei usw. verbraucht. Griechenland zahlte bis 1843 für Zinsen und Tilgung 33,1 Millionen Golddrachmen, schuldet jedoch an die drei Mächte genau 66 842 126,46 Golddrachmen (!) oder rund 3 Millionen Drachmen mehr als die ursprüngliche Summe der Anleihe! Da Griechenlands Finanzen dadurch ruiniert waren und es nicht mehr imstande war, diese Schuld zu begleichen, erklärte es 1843 zum zweitenmal seine Zahlungsunfähigkeit. Darauf blieben sämtliche Banken des Auslands für Griechenland verschlossen. Sie wurden erst wieder geöffnet, als Griechenland sich 1878 bereit erklärte, die Bedienung der alten Schulden wieder aufzunehmen. (Vgl. Fotiadis, Dimitris, O Othonas - i Monarchia, a. a. O., S. 99 ff.; vgl. auch Dertilis, Panajotis, To dimosion chreos tis Ellados (Die öffentliche Verschuldung Griechenlands), Athen 1960, S. 19 Anm. 2, 20.

<sup>31</sup> Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 183 Anm. 87.

<sup>32</sup> Mpampanassis, St., a. a. O., S. 43.

Wenn im Inland die Möglichkeiten für die Kapitalakkumulation auch sehr beschränkt waren, so gab es im Ausland (in Rußland, Deutschland, Rumänien, Frankreich, England, aber auch in der Türkei und in Ägypten) zahlreiche sehr reiche griechische Unternehmen. Sie beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Handel. Sie kauften in Rußland und Rumänien Holz, Baumwolle, Getreide, Felle und Pelzwaren auf, exportierten sie nach Westeuropa und importierten von dort Maschinen, Ausrüstungen und Industriewaren, die sie in den Ländern, in denen sie sich niedergelassen hatten, weiterverkauften. Sie spielten eine Art Vermittlerrolle für die Bourgeoisie dieser Länder und erzielten aus dieser Funktion große Profite. Viele von ihnen verfügten über umfangreiche Geldkapitalien. Nicht wenige kehrten später in ihre Heimat zurück und brachten auch ihre finanziellen Mittel mit, worauf bereits eingegangen wurde.<sup>33</sup> Jedoch auch dieses Geld floß nur zum Teil in die Industrie. Immerhin wurde aber damit der größte Teil der durch griechisches Kapital errichteten Fabriken mit maschineller Ausrüstung gegründet, und ihre Inhaber bildeten den Hauptstamm der sich entwickelnden industriellen Bourgeoisie. Das trifft sinngemäß auch für das Bank- und in geringem Maße für das Handelskapital zu.

Der begonnene Prozeß der kapitalistischen Entwicklung setzte sich trotz des offensichtlichen Kapitalmangels und der fehlenden Unterstützung durch den Staat bis in die neunziger Jahre hinein fort. Unterstützt wurde er insbesondere durch zwei Ereignisse. Das erstewar die Wiedereröffnung des internationalen Kapitalmarktes für Griechenland im Jahre 1878. Zwischen 1878 und 1893 erhielt Griechenland sieben Anleihen, deren Nominalwert 639,7 Millionen und deren Realwert 468 Millionen Goldfrancs (oder 73 Prozent des Nominalwertes) betrug<sup>34</sup>, wovon ein kleiner Teil der Fortführung des Eisenbahnbaus, der gesamte Rest aber unproduktiven Zwecken diente. Außerdem flossen (neben den vor 1878 zugeflossenen 100 Millionen) noch weitere 100 Millionen Goldfrancs an privatem Kapital nach Griechenland, das in großen öffentlichen Projekten der Infrastruktur angelegt wurde.<sup>35</sup>

Das ausländische Kapital übte einen widersprüchlichen Einfluß auf die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland aus. Einerseits wurden mit seiner Hilfe einige neue Betriebe errichtet, der Ausbau des Eisenbahnnetzes fortgeführt, der Kanal nach Korinth gebaut, der die Schiffsfahrtswege nach Westen um rund 200 Seemeilen verkürzte, und anderes mehr, das heißt, die Basis der kapitalistischen Produktionsweise in Griechenland wurde erweitert. Andererseits aber geriet die Wirtschaft Griechenlands, und insbesondere die sich entwickelnde Industrie, auf diese Weise von vornherein unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals, was mit einer erbarmungslosen Ausplünderung des Landes und damit auch einer Beschränkung der kapitalistischen Entwicklungstendenzen verbunden war. 1893 mußte Griechenland zum drittenmal Bankrott erklären. Wenige Jahre später errichteten die ausländischen imperialistischen Gläubigerländer eine internationale Wirtschaftskontrolle über Griechenland, von deren Folgen noch die Rede sein wird.

Das zweite Ereignis war die territoriale Vergrößerung des neugriechischen Staates. 1881 mußte die Türkei im Gefolge eines verlorenen Krieges Thessalien und einen Teil von Epirus an Griechenland abtreten. Damit wurde Griechenlands flächenmäßige Ausdehnung um ein Drittel vergrößert, was gleichzeitig auch eine Vergrößerung der Produktionskapazitäten und vor allem des inneren Marktes bedeutete.

Der Formierungsprozeß des industriellen Kapitals wurde weiterhin durch die Erweiterung des Zollsystems im Jahre 1884 und vor allem durch den fortschreitenden Urbanisierungs-

33 Die Rückkehr der Auslands griechen nahm erst nach der Fertigstellung des Suezkanals größere Ausmaße an, nachdem sich Griechenland nun wegen seiner günstigen geographischen Lage viele Vorteile aus dem Ost-West-Handel erhoffen konnte.

34 Dertilis, Panajotis, a. a. O., S. 21.

35 Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 184.

prozeß beeinflußt. Gab es im Jahre 1853 lediglich sechs Städte mit über 5 000 Einwohnern<sup>36</sup>, in denen nur 79 250 Personen wohnten, so war deren Zahl im Jahre 1889 auf dreizehn Städte mit insgesamt 319 350 Einwohnern gestiegen<sup>37</sup>. Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung und damit der Nachfrage nach Waren hatte eine erhebliche Antriebswirkung für die Entwicklung der Industrie und des Handwerks. Beide Bereiche beschäftigten im Jahre 1882 rund 40 000 Arbeitskräfte (1877 nur 24 300).<sup>38</sup> Die Anzahl der installierten PS erreichte im Jahre 1892 die 10 000.<sup>39</sup> Lenin betrachtete die Anwendung von Dampfmaschinen als Antriebskraft als ein charakteristisches Kennzeichen für die maschinelle Industrie und maß ihr daher große Bedeutung bei. Er führt an, daß 1875 bis 1878 im damaligen zaristischen Rußland 114 977 PS installiert waren, deren Anzahl sich bis 1892 auf 345 209 erhöhte.<sup>40</sup> Berücksichtigen wir den Größenunterschied zwischen beiden Ländern, so ist das Niveau beider Länder zu dieser Zeit in etwa gleich.

Die Formierung des Industriekapitalismus in Griechenland war von Beginn an durch den Monopolisierungsprozeß begleitet.

Das erste Industriemonopol in Form eines Trustes wurde 1877 durch die drei größten Zwinereien unter Beteiligung der Bank für Industriekredite gebildet. Die 1873 gegründete Lavrion-Bergwerke AG kaufte bis 1888 noch sieben weitere Bergwerke auf und erlangte ebenfalls Monopolstellung. Während der Wirtschaftskrise von 1885 bis 1887 kauften die Gebrüder Retsina, die bereits eine führende Stellung in der Webereiindustrie hatten, drei weitere Webereien auf, die Konkurs angemeldet hatten, und beherrschten dadurch den gesamten Industriezweig. 1894 wurde in Athen das Syndikat "Brüderschaft der Gerbereiindustrie" gegründet.<sup>41</sup> Auf dem Gebiet der Aufbereitung bzw. Verarbeitung und des Exports von Korinthen und Sultaninen sowie der Herstellung von alkoholischen Getränken fand der Monopolisierungsprozeß ebenfalls statt und fand einen ersten Abschluß zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die gleiche Erscheinung ist auch im Bankwesen zu beobachten. Von den 27 Banken, die zwischen 1860 und 1897 gegründet wurden, geriet die Mehrzahl unter die Kontrolle der 1841 gegründeten Nationalbank oder fusionierte sogar mit ihr bzw. wurde aufgekauft. Die Nationalbank erlangte eine Monopolstellung und beherrschte das gesamte Kredit- und Versicherungswesen.

1876 beteiligte sie sich mit zwei Dritteln des erforderlichen Kapitals an der Trockenlegung und anschließenden landwirtschaftlichen Nutzung des Sumpfes von Kopais. Zwischen 1880 und 1890 beteiligte sie sich am Bau des Eisenbahnnetzes in Peloponnes und Thessalien. 1881 gewährte sie der den Kanal von Korinth bauenden Gesellschaft einen Kredit von einer halben Million Drachmen; als der Kanal im Jahre 1907 versteigert wurde, kaufte ihn die Nationalbank auf und war bis zu seiner Verstaatlichung alleiniger Nutznießer. Während der Wirtschaftskrise von 1885 bis 1887 kaufte sie eine Reihe von Industriebetrieben auf, die in Schwierigkeiten geraten waren. 1890 beteiligte sie sich mit 10 Millionen Drachmen bei der Gründung einer Reedereigesellschaft. 1891 gründete sie eine eigene Versicherungsgesellschaft, die "Ethniki".<sup>42</sup> Seit ihrer Gründung war die Nationalbank innerhalb Griechenlands der ein-

36 Das waren Athen mit 30 590, Patras mit 15 854, Korfu mit 15 452, Tripolis mit 6 600, Piräus mit 5 434 und Chalkis mit 5 317 Einwohnern. (Vgl. dazu ebenda, S. 175.)

37 Ebenda, S. 175.

38 Ebenda, S. 179. - Nach anderen Quellen waren es 1879 bereits 42 966 Personen. Vgl. auch weiter oben in der vorliegenden Arbeit.

39 Ebenda, S. 178.

40 Lenin, W. I., a. a. O., S. 521.

41 Vgl. Mpampanassis, St., a. a. O.

42 Vgl. ebenda, S. 43 f.

zige Kreditgeber für den Staat. Sie behielt dieses Privileg bis zur Gründung der Staatsbank, der "Bank von Griechenland", im Jahre 1927, was naturgemäß zur Folge hatte, daß die jeweilige Regierung stark von ihr abhängig war, ihr vielerlei besonders profitable Geschäfte zuschanzte, wodurch die Nationalbank ihre Monopolstellung festigen und ausbauen konnte.

Der Monopolisierungsprozeß in der Industrie und im Bankwesen sowie die Verflechtung des Industriekapitals mit dem Bankkapital begannen sich bereits mit den Anfängen der Entstehung einer bescheidenen Industrie durchzusetzen und wurden teilweise durch die direkte oder indirekte Beteiligung des ausländischen Kapitals ausgelöst und vorangetrieben. In der Metallurgie besaß zum Beispiel das französische Kapital das absolute Monopol; eine Monopolstellung besaß es auch im Bergbau. Ausländisches Kapital - vorwiegend französisches und englisches - war in allen bedeutenden Industriebetrieben, Außenhandelsunternehmungen und vor allem im Bankwesen vertreten.

Mit bedeutenden Anteilen war das ausländische Kapital am Aktienkapital der Nationalbank beteiligt. Über die Kapitalbeteiligung der Nationalbank an zahlreichen Industriebetrieben, Versicherungsgesellschaften, Handels- und anderen Unternehmungen war das ausländische Kapital indirekt fast in der gesamten griechischen Wirtschaft vertreten. Außerdem ermöglichte die Gewährung von Anleihen an den griechischen Staat dem ausländischen Kapital, durch ausländische Banken Zugeständnisse, Konzessionen und Privilegien zu erzwingen und dadurch sehr bald maßgebliche Kontrollpositionen über die gesamte Wirtschaft des Landes zu erlangen.

Natürlich lag dem ausländischen Kapital nichts daran, die Volkswirtschaft und insbesondere die Industrie Griechenlands zu entwickeln. Im Gegenteil, nachdem es sich wichtige Kontrollpositionen in der griechischen Wirtschaft gesichert hatte, unternahm es alles, um die wirtschaftliche Entwicklung zu bremsen und die Industrialisierung des Landes zu verhindern. Ihm lag nur daran, sich Griechenland als Absatzmarkt zu sichern. Die Realisierung dieser Absicht wurde ihm dadurch erheblich erleichtert, daß sich die Macht in den Händen der Großgrundbesitzer befand, daß die Möglichkeiten der inneren Akkumulation in der damaligen Zeit außerordentlich gering waren und daß die griechische Bourgeoisie inkonsequent, schwankend und zum Paktieren mit den Großgrundeigentümern geneigt war.

Unabhängig von der hemmenden Rolle, welche das ausländische Kapital hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands spielte, kann festgestellt werden, daß die griechische Industrie (und nicht nur sie) ihre ersten Schritte mit Hilfe des ausländischen Kapitals machte.

Mit diesen Ausführungen soll allerdings nicht behauptet werden, daß bereits in dieser Entwicklungsphase die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dominiert hätten oder der Kapitalismus sogar in ganzer Breite gesiegt hätte. Die angeführten Tatsachen sollen lediglich nachweisen, daß neben der früher entwickelten Handels-, Bank- und Reederbourgeoisie im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts auch die industrielle Bourgeoisie, obwohl noch sehr schwach, entstanden war.

Nikolinakos, der in seinem oft zitierten Artikel die meisten der hier angeführten Tatsachen auch erwähnt, behauptet, daß der Kapitalismus in Griechenland sich erst nach der bürgerlichen Revolution von 1909 zu entwickeln begonnen habe.<sup>43</sup> Er behauptet zwar, ökonomische Kriterien zugrunde legen zu wollen, erhebt aber inkonsequenterweise dann die Ergreifung der politischen Macht zum Hauptkriterium.

Im Wechselverhältnis zwischen Politik und Ökonomie gehört das Primat selbstverständlich der Politik. Diese leninsche Feststellung gilt im allgemeinen auch für den Kapitalismus. Ohne Lösung der politischen Frage, ohne Ergreifung der politischen Macht durch die Bour-

43 Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., insbesondere S. 166, 201 f.

geiste, ist die volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unmöglich. Aber genauso wie die volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ohne Er- greifung der politischen Macht unmöglich ist, genauso unmöglich ist es, die politische Macht ergreifen zu wollen, ohne daß der Kapitalismus bereits eine bestimmte Entwicklungsstufe durchlaufen hat. Offenbar läßt Nikolinakos diese Tatsache außer acht, nämlich, daß sich der Kapitalismus lange Zeit im Schoße des Feudalismus entwickelt bzw. entwickeln muß, bevor es zur Ergreifung der politischen Macht und zur Liquidierung der feudalen Produk- tionsverhältnisse kommt.

Lenin betont, daß sich in Rußland der Kapitalismus parallel mit dem Zerfallsprozeß der feu- dalen Produktionsweise entwickelt habe, wobei in Rußland die Reform von 1861 (Aufhebung der Leibeigenschaft) seine Entfaltung enorm beschleunigte, obwohl die politische Macht sich weiterhin in den Händen der Feudalklasse befand.<sup>44</sup> Lenin maß dem Grad der Verbreitung von Lohnarbeit die größte Bedeutung bei der Einschätzung der kapitalistischen Entwicklung bei, denn "der Kapitalismus ist das Entwicklungsstadium der Warenproduktion, in dem auch die Arbeitskraft zur Ware wird."<sup>45</sup>

Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den Gesamtbeschäftigten betrug im Jahre 1870 bereits 19,5 Prozent<sup>46</sup> und stieg seitdem unaufhörlich an. Wurden 1867 nur 7 300 In- dustriearbeiter gezählt, so stieg ihre Zahl bis 1870 auf 27 400 und bis 1879 bereits auf 42 966. Die Zahl der Matrosen hatte 1870 bereits die 25 178 erreicht (sie ging allerdings bis 1879 auf 16 157 zurück)<sup>47</sup>. Auch die anderen Formen der abhängigen Arbeit dehnten sich rasch aus. Die Hausangestellten, Laufburschen und anderen Bediensteten, die im Jahre 1870 28 500 zählten, erreichten im Jahre 1879 die 41 035.<sup>48</sup> Diese relativ rasche Verbreitung der Lohn- und sonstigen Arbeit liefert neben anderen bereits dargelegten Aspekten ein wesent- liches Argument für die Begründung der These, daß sich der Kapitalismus in Griechenland eben um die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu entwickeln begann.

#### 4. Die Entwicklung von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg

Die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts vor und das erste Jahrzehnt nach der Jahrhundert- wende sind in Griechenland durch eine relative Stagnation hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere des Industriekapitalismus, gekennzeichnet. Die Anleihepolitik der herrschenden Klassen führte mit der Zeit zu einer hohen Auslandsverschuldung Grie- chenlands, dessen Wirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre diese Belastung nicht mehr tra- gen konnte. Allein die fälligen Zinsen und Tilgungsraten waren im Jahre 1890 auf 27 789 000 Goldfrancs angewachsen<sup>49</sup> und stiegen von Jahr zu Jahr. Griechenland war - wie bereits er- wähnt - 1893 zum dritten Mal zahlungsunfähig und stellte die Bedienung seiner Auslands- schulden ein. Fünf Jahre später erzwangen die "Schutzmächte", indem sie die Situation Grie-

<sup>44</sup> Vgl. Lenin, W. I., a. a. O.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 600.

<sup>46</sup> Mpampanassis, St., a. a. O., S. 40.

<sup>47</sup> Der Rückgang war strukturbedingt. Die allmähliche Umstellung von Segelschiffen auf Dampfschiffe führte zu einer Einsparung von Matrosen. Außerdem bewirkte diese Um- stellung auch eine allmähliche Stilllegung der leistungsfähigen Werftindustrie, die sich wegen des vollständigen Fehlens einer Stahl- und Maschinenbauindustrie nicht auf den Bau von Dampfschiffen umstellen konnte.

<sup>48</sup> Kordatos, Jannis, *Istoria tis neoteris Ellados* (Geschichte Neugriechenlands), Bd. 4, Athen 1956, S. 13.

<sup>49</sup> Zolotas, Xenophon, a. a. O., S. 92.

chenlands nach dem verlorenen Krieg von 1897 gegen die Türkei ausnutzten, daß eine umfassende internationale Wirtschaftskontrolle über Griechenland verhängt wurde.<sup>50</sup> Das Ziel dieser Zwangsmaßnahme bestand darin, die erforderlichen Mittel für die Bedienung der Auslands-schulden aufzutreiben. Die dazu eingesetzte "internationale Finanzkommission" kontrollierte die Salz-, Papier-, Zigaretten-, Streichholz-, Spielkarten-, Petroleum- und Schmirgelmonopole, die Tabaksteuer, die Stempelgebühren sowie das Zollamt von Piräus und hatte darüber hinaus das Recht, sechs weitere Zollämter in ihre Kontrolltätigkeit einzubeziehen, falls die Einnahmen nicht ausreichten.

Die Befugnisse der internationalen Kontrollkommission blieben nicht allein auf die Realisierung von Mitteln zur Tilgung der bis dahin aufgelaufenen Staatsschulden beschränkt, sondern wurden im Laufe der Zeit auch auf die Sicherung der Mittel für die Rückzahlung späterer Anleihen ausgedehnt.

Der griechisch-türkische Krieg von 1897 verursachte Griechenland hohe Aufwendungen, zu deren Deckung 1898 eine Auslandsanleihe in Höhe von 170 Millionen Goldfrancs aufgenommen werden mußte. Davon wurden 95 Millionen als Kriegsreparationen an die Türkei gezahlt.<sup>51</sup> Diese maßlose Ausplünderung der griechischen Wirtschaft konnte nicht ohne Auswirkungen auf die innere Kapitalakkumulation bleiben. Die bis 1914 neu aufgenommenen Anleihen<sup>52</sup> dienten zu einem kleinen Teil der Erweiterung des Eisenbahnnetzes, sonst jedoch fiskalischen und Kriegszwecken (Balkankriege), und trugen somit nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Profite des in Griechenland investierten ausländischen Kapitals nicht in der griechischen Wirtschaft investiert, sondern ins Ausland transferiert wurden.

Auf dem Lande spitzten sich nach der Angliederung Thessaliens und eines Teils von Epirus, wo das Großgrundeigentum und feudale Verhältnisse vorherrschten, die Widersprüche erneut zu. Bis 1907 änderten sich die Verhältnisse jedoch überhaupt nicht. Die im Jahre 1907 eingeleitete zweite Bodenreform stellte in ihrer ersten Phase eine offene Verhöhnung der landlosen bzw. landarmen Bauernschaft dar. Der Staat kaufte nämlich von Großgrundeigentümern 26 Höfe zu 90 Drachmen je Hektar auf, kassierte jedoch von den Bauern für den gleichen Boden 400 Drachmen je Hektar.<sup>53</sup> Erst nach der blutigen Niederschlagung des Bauernaufstandes im Jahre 1910 wurde die Bodenreform in ihre zweite Phase übergeleitet; das verteilte Land wurde den Bauern zu einem vernünftigen Preis übergeben, die Flächen jedoch, die verteilt wurden, waren gering. Zwischen 1907 und 1914 wurden insgesamt 150 870 Hektar Land an 7 022 Bauernfamilien verteilt.<sup>54</sup> Das bedeutete aber keineswegs die Lösung der Bodenfrage in Griechenland.

Die enorme Auslandsverschuldung des Landes und die nach wie vor ungelöste Bodenfrage hemmten die Entfaltung des inneren Marktes und der inneren Akkumulation außerordentlich stark. Es sei hier erwähnt, daß die direkte Besteuerung der Bauern und der Bourgeoisie 10 bis 40 Prozent der Nettoeinkünfte betrug, während die Großgrundbesitzer überhaupt kei-

50 Daran waren beteiligt: England, Frankreich, Rußland, Deutschland, Österreich und Italien. Während der junge Sowjetstaat 1918 diese Kontrolle als knechtende Maßnahme anprangerte und auf die weitere Mitwirkung verzichtete, hielten die übrigen Länder diese Bevormundung bis nach dem zweiten Weltkrieg aufrecht und plünderten Griechenland maßlos aus. Ab 1940 war die Kontrolle zwar de facto aufgehoben, de jure bestand sie jedoch bis zum Anfang der sechziger Jahre.

51 Dertilis, Panajotis, a. a. O., S. 23 f.

52 Zwischen 1898 und 1914 wurden im Ausland Anleihen in Höhe von rund 672 Millionen Goldfrancs aufgenommen. (Vgl. ebenda, S. 24.)

53 Panitsidis, Georgios, I exilixi tou agrotikou zitimatatos stin Ellada (Die Entwicklung der Agrarfrage in Griechenland), in: Neos Kosmos, Nr. 9/1971, S. 47.

54 Ebenda, S. 48.



ne Steuern zahlten. Die indirekten Steuern schwankten zwischen 30 und 1 400 Prozent des Warenpreises. Die Pro-Kopf-Besteuerung wird für das Jahr 1903 mit 49 Golddrachmen geschätzt<sup>55</sup>, wobei zu berücksichtigen ist, daß auf Grund der Steuerfreiheit für Großgrundeigentümer die tatsächliche Besteuerung der Bauernschaft, der Handwerker usw. wesentlich über diesen Durchschnittszahlen lag.

Neben diesen Tatsachen, die die Ausdehnung des inneren Marktes, der Produktion und Akkumulation hemmten, trat ab 1900 noch eine rapide Steigerung der Auswanderung ein. Die Zahl der Auswanderer stieg von 2 330 Personen im Jahre 1899 auf 36 580 Personen im Jahre 1907.<sup>56</sup> In ihrer Mehrzahl waren sie Bauern und Industriearbeiter. Auf die Industrie wirkte das in doppelter Hinsicht negativ. Einerseits schwächte es die zahlenmäßige Stärke der ohnehin schwachentwickelten industriellen Arbeiterklasse enorm. Andererseits gingen die in der Landwirtschaft überschüssigen Arbeitskräfte nicht als Lohnarbeiter in die einheimische Industrie, die infolgedessen unter großem Arbeitskräftemangel litt. All das führte zur Stagnation der industriellen Produktion.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Konzentrationsprozeß langsam voranschritt. Zwischen 1894 und 1904 wurden sieben neue Aktiengesellschaften gegründet, und das Kapital aller existierenden Aktiengesellschaften stieg von 52,6 Millionen Drachmen 1896 auf 64,6 Millionen Drachmen 1904.<sup>57</sup> Die bürgerliche Klasse, die bis Ende des 19. Jahrhunderts mit den Feudalkräften paktiert und nie konsequent als selbständige Klasse um die politische Macht gekämpft hatte, erscheint im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts mit dem Anspruch auf alleinige Übernahme der Staatsgewalt auf der politischen Bühne. Seit der Jahrhundertwende beginnt sie sich zielstrebig in Vereinen, Kammern und Verbänden zu organisieren und ihre Kräfte für den Kampf zu sammeln.

Im Jahre 1909 gelang es dann der Bourgeoisie, auf dem Wege einer Revolution ohne Blutvergießen die politische Macht zu übernehmen. Sie liquidierte aber die politischen Machtpositionen der Großgrundbesitzer nicht restlos und ließ deren ökonomische Macht fast unangetastet. Die Arbeiterbewegung war inzwischen erstarkt, und die sozialistischen Ideen hatten, wenn auch in einer etwas verschwommenen Art, breite Massen der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Bevölkerung erfaßt. Getrieben von der Furcht vor dem Machtanspruch der Arbeiterklasse<sup>58</sup>, paktierte die Bourgeoisie erneut mit den Großgrundeigentümern. Diese Inkonsequenz der Bourgeoisie ermöglichte es den Großgrundeigentümern, in der Folgezeit zweimal, 1915 bis 1917 und 1920 bis 1922, ihr in erbitterten Auseinandersetzungen die politische Macht wieder streitig zu machen.

Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1909 gab der kapitalistischen Entwicklung in Griechenland trotz der Inkonsequenz der Bourgeoisie einen erheblichen Auftrieb. Allein in zwei Jahren (1911 bis 1912) wurden 66 neue Industriebetriebe mit einem Gesamtkapital von 230 Millionen Drachmen errichtet.<sup>59</sup>

55 Kordatos, Jannis, a. a. O., Bd. 5, Athen 1958, S. 12.

56 Neoteron enkyklopaïdikon lexikon "Iliou", a. a. O., S. 1427.

57 Zolotas, Xenophon, a. a. O., S. 102. - Das Kapital der gesamten Industrie betrug 1892 rund 42 Millionen Drachmen. Es klingt unwahrscheinlich, daß trotz aller genannten Hemmnisse vier Jahre später das Kapital von nur 13 Aktiengesellschaften bereits um 10,5 Millionen höher lag als vier Jahre zuvor das Kapital der gesamten Industrie. Die Erklärung besteht darin, daß in den 13 Aktiengesellschaften nicht nur Industrie-, sondern auch Handels- und Schiffahrtsgesellschaften enthalten sind.

58 Zwischen 1909 und 1911 wurden in verschiedenen Städten zahlreiche Streiks durch die Arbeiterklasse organisiert, und im Jahre 1910 erhoben sich die Bauern von Thessalien und versetzten die Bourgeoisie in Panik. (Vgl. Kordatos, Jannis, a. a. O., Bd. 5, S. 379 ff.)

59 Ebenda, S. 15.

Die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland wurde weitgehend durch den Balkankrieg, den ersten Weltkrieg und den Kleinasienkrieg beeinflusst.

Durch die Annexionen nach dem Balkankrieg und dem ersten Weltkrieg verdoppelten sich die Fläche und die Bevölkerung Griechenlands.<sup>60</sup> Der innere Markt wurde wesentlich ausgedehnt. Außerdem befanden sich in diesen Gebieten 500 Kilometer Eisenbahnlinie, 2 000 Kilometer Straßen sowie 608 Industriebetriebe (überwiegend Kleinbetriebe) mit 9 200 Arbeitskräften.

Tabelle 1

Die Zweigstruktur der griechischen Industriebetriebe in den annektierten Gebieten<sup>+</sup>

Industriezweig	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter
Lebensmittelindustrie	454	3 221
Gerbereien	42	733
Chemische Industrie	33	638
Spinnereien - Webereien	30	2 249
Zigarettenindustrie	10	1 578
Maschinenindustrie <sup>++</sup>	18	195
Baumaterialindustrie	5	295
andere	16	291

+ Mathiopoulos, Basil, Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821 - 1961), Hannover 1961, S. 83.

++ In Wirklichkeit handelte es sich hierbei um Metallwarenbetriebe.

Die erwähnten Kriege beschleunigten aber auch den Prozeß der inneren Kapitalakkumulation. Die mit der Versorgung der Armee beauftragten Kapitalisten erzielten hohe Profite, die sie zum großen Teil für die Erweiterung ihrer Betriebe verwendeten, da der Absatz ihrer Produkte und die Erzielung von außerordentlich hohen Profiten gesichert waren. Die höchsten Kriegsprofite - mehr als eine Milliarde französische Goldfrancs - erzielten die Besitzer der Handelsflotte, die ihre Schiffe in den Dienst der Ententemächte gestellt hatten.<sup>61</sup> Einen Teil ihrer Profite legten auch sie in der Industrie an.

Der verlorene Kleinasienkrieg (1920 bis 1922) übte auf die Entwicklung der Bedingungen des Kapitalismus in Griechenland einen besonderen Einfluß aus. Im Gefolge dieses Krieges mußten 1,5 Millionen Griechen ihre Heimstätten in Kleinasien verlassen und flohen nach Griechenland. Die Hälfte dieser Flüchtlinge wohnte in den Städten und ließ sich in der Regel in Griechenland ebenfalls in Städten nieder. Dadurch stieg die Zahl der nach Lohnarbeit suchenden Personen enorm an. Das führte einerseits zu einem schnellen Anwachsen der Nachfrage nach Waren und stimulierte die Ausdehnung der Warenproduktion. Andererseits sanken infolge des plötzlichen Überangebots an Arbeitskräften die Löhne. Die Folge davon war ein weiteres Ansteigen der Gewinne der Kapitalisten.

60 Die Fläche vergrößerte sich von 63 200 km<sup>2</sup> im Jahre 1907 auf 129 300 km<sup>2</sup> im Jahre 1920 und die Bevölkerung von 2,6 auf 5 Millionen. (Vgl. Statistical Yearbook of Greece 1967, S. 17.)

61 Im Jahre 1911 zählte die Handelsflotte bereits 343 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 387 634 BRT. Etwa 90 Prozent davon waren in den Dienst des internationalen Seeverkehrs gestellt. (Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 180.) Dazu müssen noch die Segelschiffe gezählt werden, deren Gesamttonnage bei etwa 150 000 BRT gelegen haben soll.

Die Eingliederung und Ansiedlung der übrigen Flüchtlinge in den ländlichen Gebieten machte nunmehr auch die Lösung der Bodenfrage unumgänglich. Die eingeleitete (dritte) Bodenreform war die größte Aktion dieser Art in Griechenland und dauerte bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges an. Nach Angaben von Kalitsounakis wurden insgesamt 2,3 Millionen Hektar Land an zirka 304 000 Bauernfamilien verteilt.<sup>62</sup> Dadurch wurde die ökonomische Macht der Großgrundeigentümer als Klasse im wesentlichen zerschlagen. Da aber die Zwangsenteignung mit staatlicher Entschädigung erfolgte, war die Möglichkeit gegeben, daß sich die ehemaligen Grundbesitzer in kapitalistische Unternehmer verwandelten. In der Regel legten sie das aus der Entschädigung erhaltene Geld in Handels- und Immobiliengeschäften an.

Entsprechend einer Vereinbarung zwischen Griechenland und der Türkei erhielten die umgesiedelten Familien<sup>63</sup> eine Entschädigung für ihr zurückgelassenes Hab und Gut, die allerdings wesentlich unter dem Wert des zurückgelassenen Besitzes lag. Ein Teil der Flüchtlinge konnte Geld bzw. Wertgegenstände retten und mit nach Griechenland bringen. Dadurch tauchte zum ersten Mal das sogenannte Flüchtlingskapital auf, das vorwiegend für die Gründung von Handwerksbetrieben, Handelsunternehmen, aber auch von kleinen Industriebetrieben angelegt wurde.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium übernimmt der imperialistische Staat immer mehr ökonomische Funktionen. Ein analog verlaufender Prozeß ist, wenn auch in geringem Umfang, seit Beginn der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts in Griechenland festzustellen. Der Staat begann nunmehr, selbst Investitionen vorzunehmen, vor allem in der Infrastruktur. Er führte 1923 ein neues Zollsystem ein, das nicht primär fiskalischen Zwecken, sondern dem Schutz der einheimischen Produktion, vor allem aber der Industrieproduktion diente. Investitionsgüter und Rohstoffe durften nunmehr entweder zollfrei eingeführt werden oder wurden nur mit sehr niedrigen Zöllen belegt. Die Einfuhr von Fertigwaren wurde dagegen durch sehr hohe Zölle gebremst. Der Staat beteiligte sich in geringem Umfang an Industrieunternehmen, traf eine Reihe von Maßnahmen und erließ zahlreiche Gesetze, die die Gründung von Aktiengesellschaften und Monopolen, die Stimulierung der Investitionen und des Kapitalmarktes, die Kapitaleinfuhr und anderes betrafen.

Die Entmachtung der Großgrundbesitzer, die Kriegsgewinne der Bourgeoisie, das Flüchtlingskapital, die ökonomischen Aktivitäten des Staates sowie die territoriale und bevölkerungsmäßige Vergrößerung des Landes und damit auch des inneren Marktes gaben der kapitalistischen Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren einen mächtigen Auftrieb, so daß Griechenland kurz vor dem zweiten Weltkrieg als das entwickeltste kapitalistische Land Süd- und Südosteuropas galt (Italien ausgenommen).

Zwischen 1920 und 1929 wurden 27 674 Industrie- und Handwerksbetriebe neu errichtet, was einem jährlichen Durchschnitt von 2 767 Neugründungen entspricht. Die Gesamtzahl der Industrie- und Handwerksbetriebe erhöhte sich somit von 33 811 im Jahre 1920 auf 61 485 im Jahre 1929.<sup>64</sup> Die Weltwirtschaftskrise und der erneute finanzielle Bankrott des

62 Zit. bei Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 191 Anm. 117. - Nach anderen Autoren betrug der verteilte Boden 1,7 Millionen Hektar (vgl. ebenda, S. 191), 1,8 Millionen Hektar (vgl. Panitsidis, Georgios, a. a. O., S. 48) oder 2,2 Millionen Hektar (Anastassiadis, Stratis, Die Nachkriegsentwicklung der Landwirtschaft in Griechenland und die Auswirkungen der EWG auf die Landwirtschaft des Landes, Diss. Berlin 1966, S. 9), das heißt rund 60 Prozent der Anbaufläche. In den Händen der privaten Großgrundeigentümer blieben etwa 150 000 - 160 000 Hektar, während weitere 50 000 Hektar Boden dem Staat, den Gemeinden und der Kirche gehörten.

63 Umgesiedelt wurden 1,5 Millionen Griechen und zirka 500 000 Türken.

64 Koutsomaris, Georgios, I Morphologia tis ellinikis viomichanias (Die Morphologie der

Staates von 1933 verlangsamten diesen Gründungsprozeß. Ihre hemmenden Auswirkungen wurden jedoch durch verschiedene staatliche Maßnahmen (Abwertung der Drachme, Abweichung vom Goldstandard, neue Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen, Autarkiepolitik und ähnliches) zum Teil gemindert. Zwischen 1930 und 1940 wurden insgesamt 15 739 Betriebe, das heißt durchschnittlich 1 431 Betriebe pro Jahr, neu errichtet, deren Gesamtzahl somit die 77 224 im Jahre 1940 erreichte.<sup>65</sup> Vergleicht man die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der zwanziger Jahre (zirka 6,9 Prozent) mit der der dreißiger Jahre (zirka 1,63 Prozent), so tritt der Verlangsamungsprozeß deutlich in Erscheinung.

Ohne die Bedeutung dieser Blüte von Neugründungen unterschätzen oder gar bagatellisieren zu wollen, muß hier betont werden, daß eine oberflächliche Betrachtung zu falschen Schlußfolgerungen führen kann. Zwischen 1920 und 1940 wurden natürlich mehr als 43 000 Betriebe neu errichtet. Sie waren aber in der Regel kleine Handwerksbetriebe, die weniger als fünf Personen beschäftigten und fast ausschließlich manuelle Arbeit anwendeten. Die Zahl der Betriebe, die die griechische Statistik damals als mittlere und Großunternehmen bezeichnete, stieg von 2 905 im Jahre 1920 auf 4 515 im Jahre 1928, das heißt um 1 610 Betriebe.<sup>66</sup> Als mittlere Unternehmen bezeichnete damals die griechische Statistik Betriebe mit nur 6 bis 25 Beschäftigten, die in der internationalen Statistik als Kleinst- bzw. Kleinbetriebe betrachtet wurden. Und tatsächlich fiel die absolute Mehrheit der 1 610 neugegründeten Betriebe unter diese Größenordnung. Dagegen war die Zahl der neugegründeten Betriebe mit mehr als fünfundzwanzig Beschäftigten unbedeutend, und noch geringer war die Zahl derjenigen Betriebe, die mehr als fünfzig Personen beschäftigten. Neugründungen mit mehr als zweihundert Beschäftigten waren eine große Seltenheit.

Diese Vielzahl von Neugründungen zwischen den beiden Weltkriegen hatten Griechenland zwar an die Spitze der süd- und südosteuropäischen Länder (Italien ausgenommen) vorrücken lassen, vermochten es aber nicht in ein Industrieland zu verwandeln. Es blieb nach wie vor ein schwachentwickeltes Agrarland mit feudalen Überresten, dessen ebenfalls schwachentwickelte Industrie nur aus schlechtausgerüsteten Betrieben der Leichtindustrie bestand.

Tabelle 2

Die Industriebetriebe in Griechenland<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der Betriebe	Beschäftigtenzahl	Motorkraft in PS
1920	33 811	155 082	98 936
1929	61 485	368 400 <sup>++</sup>	230 000
1938	74 770	422 700	277 000
1940	77 224	-	-

+ Zusammengestellt nach Angaben von Koutsoumaris, Georgios, *I Morphologia tis ellinikis viomichanias* (Die Morphologie der griechischen Industrie), Athen 1962, S. 381; Zolotas, Xenophon, Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, Leipzig/Berlin 1926, S. 23; Nikolinakos, Marios, Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland, in: *Das Argument*, Nr. 57/1970, S. 212; Avgi, 23. 7. 1964.

++ Die Zahl betrifft das Jahr 1928.

griechischen Industrie), Athen 1962, S. 381; Zolotas, Xenophon, a. a. O., S. 23, gibt für 1920 34 829 Betriebe an.

<sup>65</sup> Koutsoumaris, Georgios, a. a. O.

<sup>66</sup> Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 212.

Entscheidenden Anteil an der Entwicklung des Industriekapitalismus in Griechenland hatte auch in diesem Zeitabschnitt das ausländische Kapital, das in verschiedenen Formen und in großem Umfang in Griechenland investiert wurde. Allein in 8 Jahren, nämlich von 1923 bis 1930<sup>67</sup>, flossen 1 162,8 Millionen Francs nach Griechenland, davon 907,8 Millionen als Staatsanleihen, 125 Millionen als Anleihen an Institutionen des öffentlichen Rechts und 130 Millionen als Direktinvestitionen.<sup>68</sup> Ein Teil dieses Kapitals wurde in der Industrie angelegt. Selbst der Staat investierte große Teile der Staatsanleihen in verschiedenen Projekten, wie zum Beispiel für die Erweiterung des Eisenbahn- und Straßennetzes, für Meliorationszwecke, für die Errichtung des Fernsprechnetzes (durch die deutsche Firma Siemens & Halske) und anderes mehr, und stimulierte so ebenfalls die Entwicklung der Industrie sowie des Kapitalismus insgesamt. Das erste große moderne Elektrizitätswerk, das die beiden Großstädte Athen und Piräus sowie deren Umgebung mit Starkstrom versorgte, wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre errichtet. Ebenfalls zu dieser Zeit wurden (durch britisches Kapital) das Wasserversorgungsnetz, das Straßenbahn- und U-Bahnnetz von Athen und Piräus gebaut bzw. erweitert.

Der größte Teil des eingeführten ausländischen Privatkapitals floß jedoch nicht in die Industrie bzw. in andere produktive Bereiche, sondern in das Bank- und Versicherungswesen, in den Handel und andere unproduktive Anlagesphären, wodurch es dort eine dominierende Stellung erlangte. So beherrschte es bereits im Jahre 1929 von den 131 damals existierenden Versicherungsgesellschaften 116,<sup>69</sup> Weiterhin kontrollierte es zirka 80 Prozent des Tabakhandels sowie den Handel mit anderen wesentlichen Exportartikeln in größerem Umfang. Da der Tabak etwa 60 Prozent des griechischen Exports ausmachte, kontrollierte das ausländische Kapital den überwiegenden Teil der durch den Export erzielten Deviseneinnahmen.

Mit Unterstützung des ausländischen Kapitals erreichte während der zwanziger Jahre auch das Bankkapital eine Blütezeit, die es nach der Bankkrise während der großen Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 erst nach dem zweiten Weltkrieg wieder erlangte bzw. übertraf. In der Zeit, die zwischen der Beendigung des ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der meisten Banken im Jahre 1931 lag, wurden vierzig neue Banken gegründet<sup>70</sup>; darunter befanden sich solche wie die American Express Company, die englisch-französische Diskontierungsbank und die italienisch-griechische Kommerzbank, die ausschließlich oder zum überwiegenden Teil mit ausländischem Kapital arbeiteten.<sup>71</sup> Bis Mitte der zwanziger Jahre befand sich der Bereich des Bankwesens unter der absoluten Herrschaft des in- und ausländischen Privatkapitals. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurden zwei Staatsbanken gegründet, nämlich die "Bank von Griechenland" (1927), die von der privaten Nationalbank das Recht für die Geldemission übernahm, und die Agrarbank, die sämtliche Kredittransaktionen im Bereich der Landwirtschaft auf sich konzentrierte. Die Bankkrise von 1931 überlebte nur eine kleine Zahl von Großbanken, während der größte Teil der Kleinbanken entweder bankrott machte oder von den Großbanken durch Fusionen, Aufkäufe und ähnliches einverleibt wurde. Die Ruinierung bzw. Einverleibung einer großen Anzahl von Kleinbanken durch einige wenige Großbanken sowie die hohen Profite, die die letzteren erzielen konnten, beschleunigten den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Bankkapitals. Verglichen

67 Zwischen 1930 und 1940 wurden auf Grund der Weltwirtschaftskrise und der Bankrotterklärung von 1933 keine Anleihen im Ausland aufgenommen. Geringfügige ausländische Direktinvestitionen flossen jedoch auch während dieser Zeit nach Griechenland.

68 Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 204.

69 Vgl. ebenda, S. 205.

70 Zwischen 1860 und 1897 wurden 27 Banken neu gegründet, von denen der größte Teil zusammenbrach oder von der Nationalbank aufgesaugt wurde. (Vgl. Mpampanassis, St., a. a. O., S. 44.)

71 Vgl. Nikolinakos, Marios, a. a. O., S. 205 Anm. 180.

mit dem Stand des Jahres 1912, war das Bankkapital im Jahre 1938 verdoppelt worden.<sup>72</sup> Das rasche Entwicklungstempo des Bankkapitals wurde nicht nur durch die große Nachfrage nach Kapital bzw. durch die ausländischen Kapitaleinfuhren verursacht, sondern auch durch die 1920 vorgenommene Reform des Gesetzes über die Aktiengesellschaften, die eine Reihe von Hemmnissen hinsichtlich der Neugründung bzw. Beteiligung an bereits bestehenden Aktiengesellschaften beseitigte. Besondere Aktivität entwickelte die in Privathand befindliche Nationalbank, die 1921 zusammen mit weiteren fünfzehn kleineren Banken ein Banksyndikat gründete und somit ihre bereits bestehende Vorherrschaft im Bankwesen erheblich ausbauen konnte. Am 31. März 1940 hatte sie 5 046 Millionen Drachmen (oder rund 46 Millionen Dollar der damaligen Kaufkraft) in verschiedenen Industrieunternehmen angelegt.<sup>73</sup> Aber auch andere Banken hatten größere Kapitalien in der Industrie investiert, so daß es kaum ein größeres Unternehmen gab (nicht nur in der Industrie), an dem das Bankkapital nicht beteiligt gewesen wäre.

Die Initiative zur Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital ging nicht nur vom Bankkapital aus. Auch Industrieunternehmer gründeten Banken, um dadurch Neugründungen bzw. Erweiterungen bereits bestehender Betriebe finanzieren zu können. Als Beispiel sei hier die Gründung der "Industriebank" im Jahre 1918 erwähnt, deren Gründungskapital in Höhe von 15 Millionen Drachmen von einer größeren Gruppe von Industrieunternehmern eingebracht wurde.<sup>74</sup> Wenn auch mit einer gewissen Verspätung, so bildete sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die Finanzoligarchie auch in Griechenland voll heraus.

Eine besonders wichtige Stellung innerhalb der griechischen Finanzoligarchie nahm bereits damals (wie auch heute) das Schiffahrtskapital ein. Dieser Teil der griechischen Bourgeoisie war, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, von Anfang an sehr stark entwickelt. Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die mit der Umstellung der Handelsflotten von Segelschiffen auf Dampfschiffe verbunden waren, entwickelte sie sich sehr dynamisch. Die großen Profite, die während des ersten Weltkrieges erzielt wurden, gestatteten den Bau einer Handelsflotte, die zu den zehn größten der Welt gehörte. Ihre Entwicklung wird in Tabelle 3 verdeutlicht.

Tabelle 3

Die Entwicklung der griechischen Handelsflotte<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der Schiffe	Kapazität in BRT
1920 <sup>++</sup>	282	430 000
1927 <sup>++</sup>	504	1 111 050
1938 <sup>+++</sup>	607	1 873 700

+ Für 1920 und 1927 siehe Nikolinakos, Marios, Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland, in: Das Argument, Nr. 57/1970, S. 198; für 1938 siehe Ministère a la Presidence du Conseil, Direction de l'information, Quatre ans d'expansion économique 1955 - 1959, Athen 1960, S. 14.

++ nur Dampfschiffe.

+++ Schiffe mit mehr als 100 BRT.

72 Vgl. Mpampanassis, St., a. a. O., S. 47.

73 Ebenda.

74 Ebenda, S. 45.

Geringe Teile ihrer Profite legten die griechischen Reeder sowohl in der Industrie als auch im Bankwesen an. Umgekehrt investierten auch die Banken Teile ihres Kapitals in der Schifffahrt. Die besondere Stellung des Schifffahrtskapitals resultierte jedoch nicht so sehr aus dieser Verflechtung, sondern vielmehr aus seiner Bedeutung für die griechische Wirtschaft (hohe Deviseneinnahmen) und insbesondere aus seinen engen Beziehungen zu den großen ausländischen Monopolen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Griechenland trotz der Fortschritte, die zwischen den beiden Weltkriegen gemacht wurden, ein industriell unterentwickeltes Agrarland blieb, das sehr stark vom ausländischen, in erster Linie dem englischen Monopolkapital abhängig war. Die Hauptursachen für seine geringe kapitalistische Entwicklung lagen einmal darin, daß die griechische Bourgeoisie kein Vertrauen in die eigenen Kräfte hatte und daher mit der inneren Reaktion - den Großgrundeigentümern - paktierte bzw. sich dem ausländischen Monopolkapital unterwarf. Zum anderen sind die Ursachen in der verspäteten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution und in der Inkonsequenz zu suchen, die die griechische Bourgeoisie auch nach dieser Revolution an den Tag legte.

## DIE ARBEITERBEWEGUNG IM ELEKTRIZITÄTSMONOPOL IN HAVANNA

von María de los Angeles Ayón

### 0. Einleitung

1. Die Entstehung der Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas (Union der Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke)
2. Die Gründung der Federación Sindical de Plantas Eléctricas, Gas y Agua (Gewerkschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke)
3. Die Intervention der Regierung
4. Der Märzstreik von 1935 und die "vertragslose" Zeit

### 0. Einleitung

Nach dem ersten Weltkrieg offenbarte sich in aller Intensität die Anfälligkeit der von einem einzigen Produktions- und Exportartikel abhängigen kubanischen Wirtschaft. Die Entwicklung einer solchen Wirtschaft, die zur Krise des ganzen Systems führte, wurzelte in den zwei letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts und hing mit den zunehmenden Investitionen nordamerikanischen Kapitals in der Zuckerwirtschaft zusammen. Im Interesse der Kolonialentwicklung machten sie die Produktion des Rohzuckers zur entscheidenden und fast einzigen Quelle des Nationaleinkommens.

Obwohl dieser Prozeß während der ersten zwanzig Jahre der Republik fortschreitend die ökonomischen und sozialen Spannungen verschärft hatte, begann die nationale Problematik als solche erst ab 1920, im und durch den Wirtschaftszyklus, dem Volk bewußt zu werden, nicht nur weil die ökonomische Krise von 1920 weltweit besonders schwer war, vielmehr weil in Kuba ein Jahrzehnt anbrach, in dem sich eine außerordentlich deformierende Auswirkung der imperialistischen Herrschaft herauskristallisierte und sich die Suche nach dauerhaften Lösungen als unübersehbares Problem vor den Volksmassen stand.

Deshalb bildete sich während dieser Jahre, in denen sich die Konflikte der kubanischen Gesellschaft in bis dahin nicht gekannten Ausmaßen zuspitzten, in den Volksmassen und einigen Gruppen des Kleinbürgertums ein Nationalbewußtsein heraus, dessen Kern eine Bekundung des Begreifens dieser neokolonialen Problematik ist und das sich in der wachsenden Bewegung des Kampfes für Demokratie und gegen Imperialismus präziserte und vertiefte.<sup>1</sup> Die patriotischen Kämpfe, die von Julio Antonio Mella um die Wiedereinsetzung Kubas in seine Rechte an der Insel Pinos geführt wurden, der erste Studentenkongreß mit seinen Beschlüssen, für die Universitätsreform zu kämpfen, den ersten sozialistischen Staat der Welt zu unterstützen und an der Einheit der Arbeiter und Studenten durch die Volksuniversität

1 Vgl. Le Riverend, Julio, *La República, Dependencia y Revolución*, Havanna 1966.



"José Martí" mitzuwirken, sind ebenso wie die Gründung der Antiimperialistischen Liga Kubas (Liga Antiimperialista de Cuba) augenfällige Zeichen für die Festigung und die Stärke dieses nationalen Bewußtseins.

Paralell dazu vollzieht sich in der Arbeiterbewegung ein ähnlicher Prozeß. 1920 wird die Federación Obrera de La Habana (Gewerkschaftsbund von Havanna) gegründet, ein wichtiger Schritt zur Organisierung der Arbeiter. 1924 entsteht die Hermandad Ferroviaria (Bruderschaft der Eisenbahner), und es finden Kongresse statt, auf denen die Konstituierung der ersten zentralen Gewerkschaft der Arbeiter vorbereitet wird; der Confederación Nacional Obrera de Cuba (Nationale Gewerkschaft Kuba; CNOC). Als Krönung dieser ganzen Entwicklung werden die Grundlagen für die Entstehung einer marxistisch-leninistischen Partei wahrnehmbar. Einige Monate nach der Übernahme der Präsidentschaft der Republik durch General Machado wird sie auf dem Kongreß am 16. und 17. August 1925, auf dem vier der neun bestehenden kommunistischen Gruppierungen vertreten sind, geschaffen. Sie stellt einen entscheidenden Schritt auf dem langen Weg der ideologischen Entwicklung der Massen dar.

Angesichts dieser Höhepunkte der Volksbewegung brauchte der Imperialismus zur Niederwerfung des revolutionären Aufschwungs im Lande eine Regierung der "starken Hand". General Machado, altes Mitglied des Befreiungsheeres, der dank seines Miteigentums an einigen kubanischen Elektrizitätswerken ausgezeichnete Beziehungen zu den Monopolisten pflegte, war für die Wall Street ein geeigneter Kandidat. Nach zeitgenössischem Zeugnis zögerte die Electric Bond and Share Co. nicht, einen Fonds von einer halben Million Pesos für die Wahlkampagne bereitzustellen.<sup>2</sup>

Auf Forderung der Liberalen Partei (Partido Liberal), die von der Volkspartei (Partido Popular) unterstützt wurde, legte Machado, um die Unzufriedenheit des Volkes aufzufangen, ein Regierungsprogramm vor, das politische und wirtschaftliche Reformen versprach, die mehr propagandistisch als effektiv waren. Nachdem er im Mai 1925 die Präsidentschaft angetreten hatte, entwickelte er einen Plan öffentlicher Arbeiten für den Bau der Hauptverkehrsstraße und des Kongreßpalastes. Zur Finanzierung nahm er bei der Chase Bank Syndicate eine Anleihe auf, durch die er die öffentlichen Schulden um mehr als 80 Millionen Pesos erhöhte. Der Plan, durch dessen Realisierung der Rückgang der Zuckereinnahmen kompensiert und die Unruhe im Volk eingedämmt werden sollten, hatte einen teilweisen und kurzlebigen Erfolg.

Der andere durch einen militanten Nationalismus charakterisierte Teil seines Programms beschränkte sich auf die Schaffung eines Systems von Schutzzöllen, wodurch einige kubanische Produkte nunmehr geschützt wurden. Was das Machado-Regime unter Nationalismus verstand, wird aus einem Radiotelegramm ersichtlich, das der General an den Präsidenten des Elektrizitätsmonopols, Henry Catlin, schickte, als im kubanischen Kongreß einige Abgeordnete von der Gas- und Elektrizitätsgesellschaft durch Mittelsmänner unter Druck gesetzt worden waren: "Schon allein wegen der guten Beziehungen, die diese Gesellschaft zu meiner Regierung unterhalten hat und zu mir, der Ihre Interessen stets so betrachtet hat, als seien es die eigenen, erstaunt mich diese Aktion aufs höchste, da ich mich jederzeit vollkommen zu Ihrer Verfügung gehalten habe."<sup>3</sup>

Der bedeutsamste Erfolg des demagogischen Nationalismus Machados war, daß trotz der hochmütigen Erklärung des gerade gewählten Präsidenten, unter seiner Regierung würden Streiks in Kuba keine 24 Stunden dauern, der antiimperialistische Kampf während seiner ganzen Amtszeit zunahm.

Besonders schwer zu unterdrücken war die Volksbewegung, die infolge der Verlängerung der Präsidentschaftsperiode ausgelöst wurde. Durch den "Kooperatismus", ein Wort, das die

2 Ebenda, S. 233.

3 Archivo Nacional de Cuba, Präsidentschaft, Leg. 62, Nr. 38.

Position der traditionellen bürgerlichen Parteien kennzeichnet, deckten die Liberale Partei, die Konservative Partei und die Volkspartei eine Verfassungsänderung, die dem Präsidenten Machado die Ausübung der Staatsgewalt für eine weitere Regierungsperiode ermöglichte. Sie wurde 1928 feierlich verkündet, und so sollte das Machado-Regime bis 1935 "legal" bestehen.

Gegen die Verlängerung der Regierungszeit bildeten bürgerliche Politiker die Nationalpartei (Partido Nacionalista), an deren Spitze Carlos Mendieta stand. Aber viel wichtiger und bedeutender war der Kampf, der von den Studenten organisiert und von dem Studentendirektorium (Directorio Estudiantil Universitario), von den Intellektuellen, die sich um die von Rubén Martínez Villena geleitete Gruppe der "Minoristen" scharten, und von den Arbeitern geleitet wurde. Zahllose Meuchelmorde waren die Antwort darauf. Unter den vielen Opfern, die der Kampf des kubanischen Volkes gegen die Tyrannei forderte, befanden sich alte Teilnehmer am Befreiungskampf, wie der Journalist Armando André, und vor allem Arbeiter, wie der Leiter des Gewerkschaftsbundes von Havanna, Alfredo López.

Von der Regierungsverlängerung an vertiefte und erweiterte sich die revolutionäre Bewegung und gefährdete die Grundlagen des Machado-Regimes und der imperialistischen Herrschaft in Kuba.

#### 1. Die Entstehung der Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas (Union der Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke)

Nach der Krise von 1920 überflutete eine neue Welle nordamerikanischer Investitionen das Land. Die meisten Zuckerfabriken waren schon in den Händen ausländischer Kapitalisten und Korporationen. Nun ging die kubanische Bank im Strudel der Krise unter, und andere wichtige Wirtschaftszweige fielen ebenfalls unter die Herrschaft nordamerikanischer Monopole. Ungeachtet des "Nationalismus" Machados bewirkten die neuen Investitionen mit dem Erwerb von Unternehmen aus Wirtschaftszweigen, die bis dahin Kubanern gehört hatten, eine weitere Schwächung der ohnehin schon kraftlosen nationalen Bourgeoisie.

So wurden die verschiedenen Elektrizitätswerke und die Havana Electric Railway Co. aufgekauft und 1928 in der Compañía Cubana de Electricidad (CCE) zusammengeschlossen. Seitdem monopolisierte die CCE, Tochtergesellschaft der American & Foreign Power Co., praktisch im ganzen Land die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser und den städtischen Verkehr.

Die Arbeiter der Havana Electric Railway Co. hatten sich schon einen Verband geschaffen. Er war aber von den Unternehmern nicht anerkannt worden. Bei der Integrierung in die Compañía de Electricidad beschlossen die Arbeiter, eine neue Union des gesamten Personals der CCE zu bilden.

Die Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas konstituierte sich am 17. Mai 1928. Die Satzungen enthalten die Gründe für die Vereinigung der Arbeiter:

"Nachdem sich die verschiedenen in Kuba existierenden Elektrizitätsgesellschaften in einer einzigen, der Compañía Cubana de Electricidad, vereinigt und fusioniert haben, ist es, wie die Klugheit rät und es der Erhaltungstrieb empfiehlt, natürlich, daß sich auch die Arbeiter, die auf der Insel in Betrieben, Fabriken, Werkstätten usw. ihre Arbeit den verschiedenen Abteilungen der Compañía Cubana de Electricidad hingeben, zu einer einzigen geeinten und festen Front verbinden."<sup>4</sup>

4 Acción Socialista. Semanario de Información y Orientación Obrera, Havanna, 15. 6. 1928.

Klar ökonomisch orientiert, beabsichtigte die Union dennoch, die Arbeiter auf einer Grundlage zu vereinigen, die zumindest rudimentär den Klassenhintergrund des Kampfes um Lohnverbesserung anerkannte. Darum erklärte sie, daß nach dem Zusammenschluß der einst unabhängigen Elektrizitätswerke in der CCE die Einheit der Elektrizitätsarbeiter wesentlich sei, um zu erreichen, daß "alle, die das produzieren, was sich die Kapitalisten ohne eigene Anstrengung hemmungslos und ohne Erbarmen gegenüber ihren Konsumenten aneignen, Widerstand leisten können, der machtvoll ist, wenn die Arbeiter nicht isoliert und desorientiert sind."<sup>5</sup>

Das Kernstück des Programms war natürlich der Aufruf an die Arbeiter, sich zu organisieren, weil "ihr Wohl und die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen allein von der engen und entschiedenen Vereinigung aller Arbeiter und Angestellten, die in der Compañía arbeiten, abhängen."<sup>6</sup>

Die kubanischen Arbeiter der CCE erhielten in ihrer Mehrzahl höhere Löhne als die Beschäftigten in den meisten anderen Produktionszweigen. Sie wurden aber nicht weniger ausgebeutet und waren nicht weniger wehrlos gegen die Macht der Unternehmer.

In der Behandlung des ausländischen und kubanischen Personals gab es einen bezeichnenden Unterschied. Die Nordamerikaner, zahlenmäßig in der Minderheit, bekleideten die höheren Posten der Gesellschaft. In dem Bericht der Kommission, die der Präsident Mendieta zum Studium der Verhältnisse in dem Elektrizitätsunternehmen einsetzte, heißt es, daß "auf den 44 nach Funktion und Gehältern wichtigeren Posten der Gesellschaft kein einziger kubanischer Bürger zu finden ist. Tatsächlich gibt es eine Trennungslinie unter dem Personal der Gesellschaft, eine Linie, über die niemals irgendein Kubaner hinwegkommt und unter der selten ausländisches Personal anzutreffen ist."<sup>7</sup> Tatsächlich gab es eine kleine Anzahl von Kubanern mit Verwaltungsfunktionen und hohen Gehältern, die Mehrzahl aber sah sich auf zweite Plätze verwiesen und empfing niedrigere Gehälter. 1930 gab es in dem Unternehmen etwa siebzehn nordamerikanische Ingenieure. Von ihnen erhielten sechs Gehälter, die zwischen 200 und 275 Pesos schwankten. Die Gehälter der übrigen bewegten sich zwischen 300 und 375 Pesos.

Dagegen erhielten die zwölf kubanischen Ingenieure in der Gesellschaft Gehälter von ungefähr 75 bis 165 Pesos, mit Ausnahme von zwei Ingenieuren, die mehr als 250 Pesos verdienten. Andere kubanische Ingenieure leisteten gegen einen Tagelohn eine Arbeit, die in die Kategorie der Unqualifizierten eingestuft war. In einem dieser Fälle arbeitete ein Techniker nur einen Tag in zwei Wochen und erhielt dafür 5 Pesos.

Die Gesellschaft kommentierte diese diskriminierende Politik mit der Behauptung, daß es "in Kuba keine Techniker gäbe, die fähig seien, die Arbeit der Produktion, Instandhaltung und Stromverteilung zu entwickeln." Das hinderte sie nicht zu bestätigen, daß "ein großer Teil dieser Arbeit tatsächlich von Kubanern geleistet wurde, von denen einige in der Gehaltsliste der Gesellschaft fast als Tagelöhner erscheinen."<sup>8</sup> Dagegen gab es nicht einen einzigen Fall, daß Nordamerikaner als Mechaniker, Maurer oder ähnliches arbeiteten. Diese Arbeiten waren den "eingeborenen" Arbeitern vorbehalten. Urlaub war ebenfalls ein Exklusivrecht der ausländischen Beschäftigten.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

7 Informe presentado al hon. Sr. Presidente de la República por la Comisión designada por decreto Nr. 278 de enero 23/de 1934, para estudiar el conflicto surgido entre la Compañía Cubana de Electricidad y los Obreros y Empleados de la misma, Havana 1934.

8 Ebenda.

Wenn auch die Firma in den späteren Jahren diese Politik modifizierte, behielt sie sie bis zur Nationalisierung bei.<sup>9</sup>

Die Arbeiter wurden gezwungen, Elektroartikel zu kaufen; Radios, Kühlschränke, Ventilatoren usw., die mit der Gehaltsauszahlung abgerechnet wurden. Dabei kam es oft vor, daß Arbeiter mit einem Lohn von 10 Pesos Verträge über mehr als 600 Dollar unterschreiben mußten. Darüber hinaus mußten sie nach der Arbeitszeit außerhalb des Betriebes Verkäufe dieser Artikel fördern.

Aber es war nicht nur dies. Ein Teil des Finanzierungsprogramms der Gesellschaft war die Gewinnung von Aktionären unter den Beschäftigten. In Übereinstimmung mit diesem Programm verkaufte die Firma 1931 mehr als 2 Millionen Vorzugsaktien. "Dieser Verkauf wurde zum großen Teil durch Druck der Gesellschaft auf ihre Angestellten und Arbeiter getätigt, um die besagten Wertpapiere bei dem Personal und dem Publikum unterzubringen". So erwarben die Arbeiter "aus Furcht vor Entlassung" in der Folge für mehr als 400 000 Pesos Aktien.<sup>10</sup>

Die Vorzugsaktien - die laut Gründungsakte der CCE kein Stimmrecht hatten - wurden wie der Ankauf von Elektroapparaten bei der Gehaltsauszahlung abgerechnet, ehe der Lohn den Arbeitern in die Hände kam. Im April 1930 behielt die Firma allein innerhalb von 14 Tagen von einer Gehaltssumme von 16 986,72 Pesos 1 130 Pesos für ausgegebene Vorzugsaktien ein.

Die Gesellschaft senkte willkürlich Gehälter und Löhne ebenso wie sie die Einstufung der Arbeitskräfte änderte, was eine Einkommensenkung für den Arbeiter einschloß. Trotz der im allgemeinen vergleichsweise höheren Löhne in der CCE gab es eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die sehr niedrige Löhne empfangen, von 15, 30 und 45 Dollar monatlich. Ein Teil des Personals blieb selbst über mehrere Jahre hinweg auf Probe eingestellt und kam nicht auf die Gehaltsliste der Festangestellten. Das ermöglichte der Gesellschaft bei Maßnahmen der Wirtschaftlichkeit eine größere Handlungsfreiheit und bei Entlassungen die Einsparung eines Monatsgehältes, das bei einem festangestellten Arbeiter gezahlt werden mußte.

Wenn die Firma Entlassene wieder einstellte, tat sie es ohne Berücksichtigung der früheren Tätigkeitsdauer oder Qualifizierung der Arbeiter. Sie handelte stets ungestraft, wie es ihren Interessen entsprach. Selbstverständlich waren die Nordamerikaner und die "ergebenen" Kubaner diesen Wiedereinstellungsbedingungen nicht unterworfen.

Während der schweren Krise, die das Land 1929 erlitt, wurden die Löhne in allen Wirtschaftszweigen gesenkt. Das Elektrizitätsmonopol machte keine Ausnahme. Die Gesellschaft legte Anfang Juli 1932 den Arbeitern einen Plan vor, nach dem die Löhne über 60 Dollar, folgendermaßen gestaffelt, gesenkt werden sollten:

Löhne bis 60 Dollar wurden nicht gekürzt,  
Löhne bis 100 Dollar wurden um 2 Prozent gekürzt,  
Löhne bis 200 Dollar wurden um 10 Prozent gekürzt,  
Löhne bis 300 Dollar wurden um 15 Prozent gekürzt,  
Löhne von 300 bis 350 Dollar wurden um 27 Prozent gekürzt.<sup>11</sup>

In der Versammlung am 25. Juli 1932 billigten die Arbeiter diese Maßnahmen und brachten im Vertrauen auf die Worte der Verwaltung zum Ausdruck, daß solche Maßnahmen "Be-

9 Vgl. La linea divisoria, in: Granma, 21. 3. 1966.

10 Vgl. Informe ..., a. a. O.

11 Acción Socialista, a. a. O., 11. 7. 1932.

triebsleitungen, die bis dahin nur die Kleinen opfern konnten, als Vorbild<sup>12</sup> dienen könnten.

Die versprochene Skala wurde nicht eingehalten. Bei den unteren Lohngruppen sanken die Löhne durch systematische Reorganisation der Abteilungen und durch Veränderungen der Arbeitseinstufung dauernd weiter. Von diesen Maßnahmen wurden die Abteilungsleiter nicht erfaßt, so litten sie trotz Kürzung ihres Gehaltes wenig unter ihnen. Ansehend waren, wie es die Untersuchungskommission zum Ausdruck brachte, die ausländischen Angestellten nicht nur von der Lohnsenkung ausgenommen, sondern ihre Gehälter wurden sogar erhöht. Umfangreiche Entlassungen wurden vorgenommen. Wenn die Gesellschaft 1930 mehr als 2 000 Arbeiter beschäftigte und monatlich 60 830,25 Pesos an Löhnen zahlte, ging 1933 die Zahl auf etwa 1 800 Arbeiter zurück, und die Summe der Gehälter verminderte sich auf 22 186,66 Pesos.

In einem für das kubanische Volk so kritischen Augenblick, als die Arbeitslosenzahl eine unerhörte Höhe erreichte, warf das mächtige Monopol Hunderte von Arbeitern auf die Straße. Diese Maßnahme verschlechterte die Arbeitsbedingungen der noch Beschäftigten, denn auf ihre Schultern fiel die Arbeit der Entlassenen. Hauptsächlich traf es die Arbeiter des Innendienstes, die niedrige Löhne erhielten und in den Abteilungen und Unterabteilungen des Betriebes mit einer reduzierten Anzahl von Männern die Arbeiten zu bewältigen hatten.

Die Lage des Landes in den Jahren 1931 bis 1935 war äußerst schwierig. Der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt fiel auf weniger als 1 Centavo pro Pfund. Restriktion der Zuckerernten und die Schaffung eines Exportorganismus für Zucker waren aus der Angst geborene, wirkungslose Maßnahmen der Regierung, die Preise in diesem Wirtschaftszweig, der für den Umfang der nationalen Einkünfte entscheidend war, aufrechtzuerhalten. Vergeblich. Die Zahl der produzierenden Zuckerfabriken ging von 176 im Jahre 1926 auf 125 im Jahre 1933 zurück.

"Die Zuckerernte von mehr als 5 Millionen Tonnen im Jahre 1929 sank 1933 auf weniger als 2 Millionen. Der schon 1929 sehr niedrige Preis von 1,72 pro Pfund fiel 1932 auf 0,72 und später auf 0,57 Centavos. Der Gesamtertrag der Zuckerernte von 199 Millionen Pesos im Jahr 1929 ging 1932 auf 42 Millionen zurück. Die Dauer der Zuckerernte von mindestens 120 Tagen wurde 1933 auf nur 66 reduziert.

Die Katastrophe in der Zuckerindustrie führte auch zum Ruin anderer Zweige der kubanischen Wirtschaft. Der Wert des Tabakexports sank von 41 Millionen im Jahr 1927 auf nur 13 Millionen im Jahr 1933. Eine große Zahl von Fabriken und Werkstätten der Konsumgüterindustrie wurde geschlossen. Der Wert der Exporte in die USA reduzierte sich von 261 Millionen des Jahres 1925 auf nur 58 Millionen im Jahr 1933, und der Wert unserer Einfuhren aus diesem Land fiel von 198 Millionen Pesos im Jahr 1925 auf nur 25 Millionen im Jahr 1933.<sup>13</sup>

Der Staatshaushalt von 1932/33 konnte, obwohl er nur 52 Millionen betrug, nicht gedeckt werden.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande und in den Städten wurde chronisch. Nach Berechnungen der Autoren der "Problemas de la Nueva Cuba"<sup>14</sup> stieg die Zahl der Arbeitslosen bei einer Einwohnerzahl von 3,9 Millionen auf 250 000. Tausende Familien, die ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten, flüchteten in die sogenannten Armenviertel, die in dieser Zeit enorm anwuchsen.

12 Ebenda.

13 Grobart, Fabio, El Movimiento Obrero Cubana de 1925 a 1933, in: Cuba Socialista, Havanna, August 1966, S. 107.

14 Vgl. Foreign Policy Association, Problemas de la Nueva Cuba, New York 1935, S. 86.

In der Zuckerwirtschaft wirkte sich die Krise besonders einschneidend auf den Machetero aus, der für Schnitt und Aufladen von 100 Arroba Zuckerrohr nur 20 Centavos erhielt. In den Siedlungen der Zuckerfabriken überstieg der durchschnittliche Tagelohn nicht 90 Centavos. Entschädigungen für die "tote Zeit" wurden nicht geleistet, nicht einmal in der begrenzten Form, in der sie in den vorausgegangenen Jahren geleistet worden waren.

In der Tabakindustrie vollzog sich 1933 etwas Ähnliches. Auf einigen Tabakfeldern wurden für die Ernte von 25 Pfund Tabak 28 Centavos gezahlt, auf anderen bis zu 36 Centavos. In den Minen sank 1932 der Tagelohn von 1 Peso auf 95 Centavos, für die Arbeiter im Berg und auf dem Abraum auf 75 Centavos bei zehn bis zwölf Arbeitsstunden. Im Durchschnitt zahlte 1932/33 die Eisenbahngesellschaft an Strecken- und Bauarbeiter, Wächter und Betriebsschutz 1,35 Peso. In der Stadt Havanna erhielten Hausarbeiter monatlich 8 Pesos und im Landinnern 4 Pesos. In den Restaurants und Cafés wurden den Kellnern 14 Pesos monatlich gezahlt, aber es war keine Ausnahme, daß lediglich für das Essen gearbeitet wurde. Auch andere Berufsgruppen befanden sich in schwieriger Situation: Ärzte, Anwälte und Lehrer verdienten in der Regel nicht mehr als 50 Pesos im Monat.

Zweifelsohne hatten die Elektroarbeiter, dadurch daß das Unternehmen bei aller Senkung höhere Löhne beibehielt, günstigere Lebensbedingungen als die übrigen Arbeiter, und das war ein wichtiger Faktor bei der Spaltung der kubanischen Arbeiterklasse.

Aber die Krise und die nationale revolutionäre Situation berührten alle Schichten so stark, daß dieser Faktor noch nicht voll wirksam werden konnte, wie in späteren Jahren, in denen er von der Unternehmensleitung mit gewissem Erfolg gehandhabt wurde.

Seit 1930 nahm der revolutionäre Kampf einen ständigen Aufschwung. Die Kommunistische Partei, die von ihrer Gründung an in der Illegalität arbeiten mußte, widmete sich der Aufgabe, die Arbeiterklasse zu organisieren. Seit 1927 konzentrierte sie unter der Leitung von Rubén Martínez ihre ideologische und organisatorische Arbeit auf die Gewerkschaften. Streiks erschütterten das Land. Es waren keine rein ökonomischen Kämpfe mehr. Vielmehr waren in ihnen der Kampf gegen das Machado-Regime mit dem Kampf gegen den Imperialismus verbunden, wie das in der machtvollen Streikbewegung im März 1930 zum Ausdruck kam. Es war die erste große Schlacht, in der politische und wirtschaftliche Ziele zusammenfielen. Sie wurde von der CNOC und der Kommunistischen Partei geleitet und erfaßte mehr als 200 000 Arbeiter.

Die Gewerkschaftsleitung der Elektrizitätsgesellschaft rang sich nicht zu radikalen Positionen durch. Im Gegenteil, angesichts der Verfolgung und des Terrors, durch die Machado die Arbeiterorganisation zu zermalmern suchte, verschrieb sie sich der Linie, die von der unter der Leitung notorisch reformistischer Führer stehenden Federación Cubana del Trabajo (Kubanische Föderation der Arbeit) vorgezeichnet wurde.

Die Föderation, eine Filiale der American Federation of Labour, stützte sich auf die arbeiterfeindliche Politik der Regierung, um reformistische Berufsorganisationen wiederherzustellen und in einigen Fällen neu zu gründen. Damals entstanden so die Unión de Fogoneros Marinos (Verband der Schiffsheizer), die Unión Sindical de Obreros Dulceros y Similares (Gewerkschaft der Arbeiter der Süßwarenindustrie) und andere. Mit geringer Mühe gelang es, die Unión de Obreros y Empleados de Plantas Electricas zu gewinnen, die sich im April 1930 der Föderation anschloß und damit nachträglich klar ihre Stellung zu der Märzbewegung fixierte.

Später entstand in der Federación Cubana del Trabajo die Unión Federativa Obrera Nacional (Nationale Arbeiterunion; UFON), die sich 1931 von der ersteren unabhängig machte. Die Unión Federativa schloß sich sofort der Confederación Obrera Panamericana (COPA) an, der Agentur des nordamerikanischen Imperialismus in der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas. Auch die Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas trat der UFON bei. Ihr Vorsitzender, Salvador Nicto, fungierte als Korrespondenz-Sekretär der COPA.

Trotz des Reformismus der Unión unterstützten viele Elektrizitätsarbeiter den Streik vom März 1930 und wurden deshalb von der Gesellschaft entlassen.

Insgesamt wurde die Situation für die Diktatur immer schwieriger. Die Studentenbewegung erstarkte von Tag zu Tag. Auf die Organisierung des Directorio Estudiantil Universitario antwortete Machado mit Terror, Exmatrikulierung der hervorragendsten Studenten und militärischer Besetzung der Universität von Havanna. Im September wurde bei einer Studentenkundgebung der Student der juristischen Fakultät, Rafael Trejo, ermordet, die Universität von neuem geschlossen und die Pressezensur angeordnet. Diese Maßnahmen Machados richteten sich vor allem gegen eine breite Bewegung für die Amnestierung der politischen Gefangenen. Nach deren Befreiung trennte sich eine Gruppe von Studenten von dem Direktorium und gründete den Ala Izquierda Estudiantil (Linker Studentenflügel), der klar marxistisch orientiert war.

Die Kommunistische Partei dehnte ihrerseits ihre Tätigkeit auf die Zuckerfabriken und -plantagen aus, und es gelang ihr, in den Zuckerzentralen und den Kolonaten Gewerkschaftsorganisationen zu gründen. In den Tagen des 26. und 27. Dezember 1932 entstand in der Illegalität und als Krönung dieser Arbeit das Sindicato Nacional de la Industria Azucarera (Nationale Gewerkschaft der Zuckerindustrie; SNOLA).

Die Ereignisse überstürzten sich. Einige Zuckerzentralen wurden von den Arbeitern in Besitz genommen und in ihnen Organe der Volkskontrolle ("soviets") konstituiert. Das Volk entfachte eine Kampagne gegen die Steuerzahlung und begann einen Einkaufsboykott, um die ökonomische Schwäche des Regimes zu verschärfen. In der Armee wurden ebenfalls Zeichen der Unruhe beobachtet.

Die in der ganzen Republik zunehmende revolutionäre Bewegung veranlaßte die neue amerikanische Regierung unter Franklin Delano Roosevelt, dem Initiator der "Politik der guten Nachbarschaft", zu Schritten, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Der beim kubanischen Volk geradezu verhaßte Botschafter Guggenheim, notorische Stütze des Machado-Regimes, wurde abgelöst und an seiner Stelle Sumner Welles ernannt. Seine spezielle Aufgabe war, den Ausbruch einer Revolution durch eine "Vermittlung" zwischen Machado und den Kräften der Opposition beziehungsweise durch Förderung eines Regierungswechsels, der die Monopolinteressen sichern sollte, zu verhindern.

Die Mehrheit der bürgerlichen Oppositionsparteien akzeptierte die "Vermittlung", nicht so die Kommunistische Partei, der Linke Studentenflügel und das Studentendirektorium.

Ende Juli begann der Streik der Transportarbeiter von Havanna, der sich vom 4. August 1933 an rasch ausdehnte und in einen Generalstreik wandelte. Entsprechend der Linie der UFON unterstützte die Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas den Streik nicht. Sie war der Meinung, die Arbeiterklasse sei "zum großen Teil irreführt und falsch orientiert, wenn sie glaubte, daß Gewaltmaßnahmen, deren Untauglichkeit für einen allgemeinen Kampf bereits erwiesen worden sei, ihre besten Methoden sein könnten."<sup>15</sup> Die Haltung der Union entmutigte die Widerstandskraft der Elektrizitätsarbeiter. Sie schlossen sich der Bewegung nicht an.

Am 7. August stürmte das Volk im Glauben an eine Falschmeldung vom Rücktritt Machados auf die Straße. Es wurde mit Maschinengewehren beschossen. Aber auch ein Teil des Heeres hatte schon abgelehnt, das Regime zu stützen.

Botschafter Welles erreichte am 12. August die Absetzung des Präsidenten, als Gerardo Machado nach Nassau floh. An seine Stelle wurde General Alberto Herrera, Oberbefehlshaber der Armee, berufen. Doch das Volk ließ sich nicht verwirren. Die neue Regierung konnte sich nur eine Stunde halten. Daraufhin wurde Dr. Carlos Manuel de Céspedes er-

15 Acción Socialista, a. a. O., 7. 1. 1933.

nannt. Er wollte mit Vertretern der Gruppen, die für die "Vermittlung" waren, ein Kabinett bilden. Noch am selben Tag verkündete der Präsident der Vereinigten Staaten selbstgefällig, daß der "Regierungswechsel, der in Kuba stattgefunden hat, mit der Verfassung und den Gesetzen des Landes in Übereinstimmung steht."<sup>16</sup>

## 2. Die Gründung der Federación Sindical de Plantas Eléctricas, Gas y Agua (Gewerkschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke)

Nach dem Sturz des Machado-Regimes entwickelte sich als Teil des kubanischen Volkskampfes eine starke Bewegung gegen die ausländischen Monopole, besonders gegen die Cuban Telephone Company und die Compañía Cubana de Electricidad. Die Verbraucher organisierten sich in einem Streikkomitee, um die Senkung der Elektrizitäts- und Telefentarife zu erreichen. Auf der ganzen Insel propagierte das Komitee durch Radio und Presse, durch zahlreiche Bekanntmachungen und Losungen die Nichtbezahlung der Rechnungen dieser Betriebe.

Die endgültigen Tarife der Compañía Cubana de Electricidad waren während der ersten nordamerikanischen Intervention in Kuba gebilligt worden und wurden seitdem ohne irgendwelche Modifikation weiter gefordert. Zweifelsohne waren sie hoch. In Havanna kostete eine Kilowattstunde 15 Centavos, in Güines 18 und in San Antonio de los Baños 20 Centavos. Schon während der Machado-Diktatur war es zu einzelnen isolierten Streiks gekommen, um eine Reduzierung der Tarife zu erreichen. In verschiedenen Ortschaften hatte man auf elektrisches Licht verzichtet und zu Petroleumlampen und Kerzen gegriffen, um eine Minderung der Tarife zu erzwingen. Verschiedene Stadtverwaltungen hatten zum gleichen Zweck gerichtliche Klage erhoben. Aber alle Bemühungen scheiterten.<sup>17</sup>

Indessen hatten sich die Verhältnisse doch geändert. Eine neue Regierung kam zur Macht, die Regierung Ramón Grau San Martín. Sie fand in den vier Monaten ihrer Existenz nicht die Anerkennung durch die Regierung der Vereinigten Staaten. Ein vertraulicher Brief des Botschafters Sumner Welles erklärt diese Gegnerschaft: "Grau San Martín genießt kein Vertrauen. Wir haben keine Hoffnung, daß die gegenwärtige schwere Depression der kubanischen und der ausländischen Geschäfte behoben werden kann, wenn er an der Macht bleibt. Er hat die Kontrolle, die in der gegenwärtigen Situation erforderlich ist, vollständig verloren. Seine Regierungsidee ist, Dekrete und Gesetze zu erlassen, die unanwendbar und unmöglich zur Wirkung zu bringen sind."<sup>18</sup>

Es ist möglich, daß der pessimistische Ton dieses Briefes in der Haltung der neuen Regierung zu den Problemen der Tarife begründet ist. Sie hatte eine Kommission gebildet, die zusammen mit je einem Vertreter der Elektrizitätsgesellschaft und der Cuban Telephone Company untersuchen sollte, auf welche Weise der Konflikt zu lösen sei.

Die Compañía Cubana de Electricidad brachte ihrerseits vor, daß der fortschreitende Rückgang ihrer Bruttoeinnahmen, die von 18,5 Millionen Dollar im Jahre 1929 auf 7,6 Millionen Dollar im Oktober 1933 gefallen waren, sie hindere, überhaupt an eine Tarifsenkung zu denken.

Aber der "Zahlstreik" war auf der ganzen Insel so machtvoll und die nicht einziehbaren Beträge stiegen so schnell, daß es nicht leicht war, sich den Standpunkt des Unternehmens zu eigen zu machen.

<sup>16</sup> Foreign Policy Association, a. a. O., S. 15.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 442.

<sup>18</sup> Las Batallas Revolucionarias en Cuba, in: Bandera Roja, April 1934.



Durch das Dekret Nr. 2974 reduzierte die Provisorische Regierung am 6. Dezember 1933 die Gas- und Elektrizitätstarife um 45 Prozent. Der neue Haushaltstarif wurde für Havana auf 9,35 Centavos pro Kilowattstunde und für das übrige Land auf 10 Centavos festgesetzt.

Die Compañía protestierte heftig. Sie stehe in einer wirtschaftlichen Krise, die durch die Preissenkungen nur verschärft werde; aber die neuen Tarife wurden beibehalten.

Die Schwierigkeiten des Unternehmens mit den Verbrauchern machten nur einen Teil seiner damaligen Probleme aus. Auch seine Arbeiter schienen von der kochenden Volksseele angesteckt.

Am 1. September 1933 beschlossen die Arbeiter des Unternehmens, eine Organisation zu schaffen, die an die Stelle der alten diskreditierten Unión de Obreros y Empleados de Plantas Eléctricas treten sollte. Das Organisationskomitee legte in einer an die Presse gegebenen Prinzipienerklärung dar, daß die neue Federación Sindical de Plantas Eléctricas, Gas y Agua als klare Antwort auf den Verrat der Unión an den Interessen der Arbeitermassen notwendig geworden sei.

In der Generalversammlung vom 12. September wurden die Statuten der Federación diskutiert und gebilligt. Die Federación umfaßte alle Leiter, Angestellten und Arbeiter der Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke der Republik und auch die früheren wegen Arbeitsmangel entlassenen Beschäftigten. Alle Funktionäre der Direktion und der höheren Verwaltung waren ausgeschlossen, aber gegen die gewerkschaftliche Organisation der übrigen Leiter erhob die Federación keine Einwände. Entsprechend dem Mechanismus in dem Unternehmen konnten diese Mitglieder nicht anders, als die Ansichten der Betriebsleitung zu vertreten. Sie stellten so ein erhebliches Hindernis für die Entwicklung der Organisationseinheit dar.

Die Statuten der Federación lassen die ideologischen Prinzipien und die anzuwendenden Kampfmethoden erkennen. Ihr Ziel war nicht, "die Compañía zu zerschlagen, die Brot für alle bedeutet", sondern ein Organ innerhalb des Unternehmens zu schaffen, das für die wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder kämpfte.

Nach dieser Konzeption mußte sich der Arbeitskampf auf die Erlangung besserer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen beschränken. Die Federación stellte sich selbst als eine "gewerkschaftliche Institution ohne politischen oder parteilichen Anstrich" dar und proklamierte, daß "sie sich weder auf religiöse noch ethnische oder politische Ideen festlegt, weil in dieser Hinsicht das Mitglied ... frei ist".<sup>19</sup> Es ist klar, daß mit einem solchen Programm die neu gegründete Organisation den Schritten der früheren Unión folgte, ohne auch nur ein Tüpfelchen nach links abzuweichen. Nachdem die UFON in der revolutionären Welle untergegangen war, trat die Federación dem kurz zuvor geschaffenen Buró Federativo de Organizaciones Adheridas bei, das sich dem Programm der II. Internationale von Amsterdam anschloß.

Das zentrale Organ der Federación befand sich in Havanna, die Gewerkschaften in der Republik genossen volle Autonomie bei allen aufkommenden Problemen, soweit diese Freiheit nicht die von der Federación angenommenen Prinzipien verletzte oder gegen die Satzung verstieß. Sie mußten nur den Nationalen Rat der Federación über alle Probleme allgemeinen Charakters informieren.

Der Nationale Rat war die Koordinations- und Verbindungszentrale der Federación. Er leitete und lenkte die Kampfbewegung. Zu ihm gehörten acht Mitglieder aus Havanna und je ein Mitglied der Abordnungen aus der Republik. Die Abteilungen des Betriebes in Havanna entsandten je einen Vertreter in den Rat.

<sup>19</sup> Federación Sindical de las Plantas Eléctricas, Gas y Agua. Reglamento, Havanna 1933.

Bezüglich des Vorgehens bei einem Konfliktfall wurde bestimmt, daß das Streikkomitee versuchen müsse, ohne eine Regierungsintervention abzulehnen, zu einer Verständigung mit dem Unternehmer zu kommen, ohne zu einem Streik Zuflucht nehmen zu müssen. Falls dieser dennoch notwendig würde, lasse die Federación alle Arbeiter darüber abstimmen und eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, auf der sie über das Ergebnis der Abstimmung Bericht erstatten werde. Die Versammlung würde auch ein provisorisches Komitee benennen, das während der Dauer der Arbeitseinstellung den Streikenden wirtschaftlich helfen würde.

Die Ausrufung des Streiks müsse von allen Gewerkschaften des Landes unterstützt werden. Sollte eine Gewerkschaft nicht dem Streik beitreten, würde sie aus der Federación verwiesen und ihre Leitung abgesetzt.

Trotz der versöhnlerischen programmatischen Erklärungen der Federación - sie wurde am 12. September 1933 im Arbeitsministerium registriert - weigerte sich die Compañía, mit ihr zu verhandeln und ihre legale Existenz anzuerkennen. Aber als die Arbeiter einen intensiven Kampf begannen, willigte der Vizepräsident der Firma in die Unterzeichnung des ersten Dokumentes ein, in dem die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Federación geregelt wurden. Darin wurde akzeptiert, daß die Compañía die Federación anerkannte und damit einverstanden war, daß die Federación zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern vermittelte, wenn und soweit sie sich nicht in Verwaltungsangelegenheiten einmische.

Alle konkreten Forderungen, die die Gewerkschaft dann im Oktober vorlegte und die die Arbeitszeitverkürzung, das Mitspracherecht der Gewerkschaft bei Entlassung und Einstellung von Beschäftigten usw. betrafen, wurden von der Betriebsleitung nicht einmal beantwortet.

Im Gefühl ihrer Stärke ließ die Federación von einer Kommission unter dem Vorsitz ihres Vizeschatzmeisters, des Rechnungsführers in der CCE, Rafael Giraud, vierzig Forderungen ausarbeiten und in einer Generalversammlung diskutieren. Es wurden die juristische und moralische Anerkennung der Federación und ihr Recht gefordert, alle das Personal und die Arbeit betreffenden Probleme zu behandeln. Weiterhin wurde verlangt, daß Beförderungen strikt nach einer Beförderungsliste zu erfolgen hätten, Entlassungen nur mit schriftlicher Begründung und nicht ohne vorherige Information der Federación zwecks sachgemäßer Überprüfung vorgenommen werden könnten und daß bei Personalveränderungen Dienstalter, gute Führung und Leistung der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt werden müssen. Neue Arbeitsplätze seien mit früher entlassenen Gewerkschaftsmitgliedern zu besetzen.

Die Federación wünschte die Abschaffung der Gepflogenheit, das Personal bei Zahlung eines Tagelohns in Probeanstellung zu belassen. Sie glaubte, höchstens ein Monat reiche als Bewährungszeit aus. Dann sei bei zufriedenstellender Leistung das Personal auf die Liste der Festangestellten zu überführen. Sie verlangte einen jährlichen Urlaub von 15 Tagen, Urlaub bei Krankheit oder Arbeitsunfall, die 39-Stunden-Woche für das Büropersonal, die 45-Stunden-Woche für Schichtarbeiter und die 42-Stunden-Woche für Nachtarbeiter. Darüber hinaus wurde die Festsetzung eines Mindestlohnes von 60 Pesos monatlich und 1, 60 Peso pro Tag für Angestellte und Verkäufer sowie eine Vergütung für das gesamte Personal in Form eines 50prozentigen Rabatts für Elektrizitäts- und Gastarife gefordert.

Zur Wiederherstellung strenger Rechtlichkeit plädierte die Federación für die Wiedereinstellung der siebzehn Arbeiter, die wegen ihrer Teilnahme am Streik im März 1930 entlassen worden waren.

Zum Schluß wurde die Aufhebung der Kaufverträge für Elektroartikel sowie die Annullierung und Rückerstattung der Vorzugsaktien, die zu zeichnen die Arbeiter gezwungen worden waren, gefordert.

Bei der Übergabe ihrer Forderungen am 5. Dezember bewilligte die Federación eine Frist von 72 Stunden zu ihrer Annahme. Die Gesellschaft antwortete, daß sie zur Diskussion des

Probleme eine längere Zeit brauche, zumal am selben Tag die Regierung die Senkung der Elektrizitätsstarife angeordnet hatte, ein Entscheid, der die Existenz des Unternehmens geradezu in Frage stelle. Trotzdem blieb die Federación bei ihrem ursprünglichen Standpunkt.

Fulgencio Batista, der seit der Unterdrückung der Offiziersrevolte immer mehr an politischem Ansehen gewonnen hatte, wandte sich am 9. Dezember - es war der Tag, an dem die Frist ablief - an den Rat der Federación, um sich mit einem Appell an den Patriotismus für die Compañía ins Mittel zu legen. Mit demagogischen Worten und unter unmißverständlichem Hinweis auf seine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung drängte er die Federación, den Termin auf den 15. Dezember zu verschieben. An diesem Tag kamen die Gewerkschaftsvertreter mit dem interimistischen Arbeitsminister und dem Oberst Batista zusammen, um die vierzig Forderungen zu diskutieren. Nachdem fast einen ganzen Tag lang debattiert worden war, wurden dreißig dieser Forderungen, wenn auch in einigen Punkten modifiziert, gebilligt. Die restlichen Forderungen sollten innerhalb von höchstens dreißig Tagen diskutiert werden.

Die in der Schwebe gebliebenen Punkte betrafen die gerechte Einstufung der Arbeit, die Zahlung von Mindestlöhnen, die Bezahlung und Einschränkung der Überstunden, den Rabatt auf Strom- und Gasstarife, die Rückgängigmachung der erzwungenen Waren- und Aktienkäufe usw.

Die Vertagung der Diskussion über diese Punkte, die das Kernstück der Forderungen darstellten, zeigte klar, daß die Compañía auf ihrem alten Standpunkt verharrte und daß man nur wenig weitergekommen war.

Aber das Unternehmen weigerte sich nicht nur, die Debatten wieder aufzunehmen, sondern erfüllte in keiner Weise die Vereinbarung, so daß die am 15. Dezember angenommenen dreißig Punkte ohne jede Wirksamkeit blieben.

### 3. Die Intervention der Regierung

Angesichts der Haltung der Unternehmensleitung rief die Federación zur völligen Arbeitsniederlegung auf, bis die Erfüllung der vorgelegten Forderungen erreicht worden sei. Die Arbeiter und Angestellten aller Werkstätten und Büros verließen ihren Arbeitsplatz. Am frühen Morgen des 14. Januar 1934 wurde der Streikbeschluß allen Filialen im Innern des Landes bekanntgegeben. In Havanna begann der Streik etwa um 6 Uhr morgens. 90 Prozent der Hauptstadt blieb ohne elektrischen Strom, der Straßenbahnverkehr war unterbrochen, und die Stadt wurde nicht mehr mit Wasser beliefert. Auch die Industrie legte ihre Betriebe still. Der Ernst der Lage zwang den damaligen Innenminister Antonio Guiterras, eine Sitzung einzuberufen. Dabei "kostete es ihn Mühe, die sich verborgenhaltenden Funktionäre der Compañía Cubana de Electricidad ausfindig zu machen."<sup>20</sup> In der stundenlangen Diskussion spürte Guiterras "die Obstruktion der Yankee-Unternehmer, durch die sie den Fall noch komplizierter zu machen suchten, um ein Eingreifen der USA-Regierung zu provozieren."<sup>21</sup> Auf Initiative des Kämpfers gegen den Imperialismus unterzeichnete die Regierung Grau San Martín das Dekret Nr. 172 vom 14. Januar 1934, das die Intervention in das Elektrizitätsmonopol anordnete und Rafael Giraud, Mitglied des Nationalrates der Federación, als provisorischen Geschäftsführer einsetzte.

Die Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft stimmten dieser Maßnahme begeistert zu und strömten zum Präsidentenpalast. Sie waren bereit, die während des Zahlstreiks aufgelaufenen und zurückgehaltenen Rechnungen zu bezahlen.

<sup>20</sup> Tejería, Emilio, Intervención Oficial por Enteras de la Compañía de Electricidad, in: Granma, 14. 1. 1966.

<sup>21</sup> Ebenda.

Der Präsident der American & Foreign Power, E. Colder, von der Intervention der kubanischen Regierung in die Elektrizitätsgesellschaft telefonisch benachrichtigt, beschränkte sich auf die Empfehlung, die neue Situation zu überprüfen.

Die erste Anordnung der neuen Geschäftsleitung war, 67 Funktionäre - unter ihnen die Direktoren der Gesellschaft, die Bezirks- und Abteilungsleiter und Techniker, fastausschließlich Nordamerikaner - ihrer Posten zu entheben und ihre Gehälter zu sperren.

Aber die in den Händen der Arbeiter befindliche Elektrizitätsgesellschaft mußte dem Boykott durch die Banken und andere große nordamerikanische Unternehmen, wie General Electric, Westinghouse und Havana Coal, die Stirn bieten. Der einstweilige Geschäftsführer berichtete: "Die Verschiffung von 35 000 Tonnen Kohle aus Norfolk, die für eins der Elektrizitätswerke benötigt wurden, ist auf Druck der Compañía annulliert worden. Die nordamerikanischen Banken - die Chase, die National City und die First National of Boston - lehnten es ab, Schecks, die zur Bezahlung der Stromrechnungen eingesandt wurden, der Gesellschaft gutzuschreiben, und nahmen keine neuen Bareinlagen der Gesellschaft an."<sup>22</sup>

Auch gegen die Regierung Grau verbündeten sich diese Kräfte. Zweimal schon war die Regierung durch den Druck dieser Gruppen dem Sturz nahegebracht worden. Im Oktober war der Aufstand der alten Offiziere und einiger ABC-Führer ausgebrochen, die sich im Hotel "Nacional" versammelt hatten. Die Organisation ABC, eine Organisation faschistischen Zuschnitts, hatte einen Monat später einen Aufruhr angezettelt, der aber schließlich erstickt worden war. In der Arbeiterbewegung machten sich ebenfalls Anzeichen der Unzufriedenheit bemerkbar, denn die Regierungspolitik war trotz gewisser fortschrittlicher Momente im ganzen unschlüssig.

Die nordamerikanische Botschaft, vertreten durch Sumner Welles, war der Meinung, "die Situation könne allein gerettet werden, wenn der Oberst Batista zum Handeln bereit ist", da er sich "entschieden dem Kommunismus" widersetze. Unter der Bedingung, daß er sich entschlöße, "die Ordnung aufrechtzuerhalten", würden ihn "die Bank- und Geschäftsgruppen unterstützen, das gegenwärtige Regime durch ein anderes zu ersetzen, zu dem sie Vertrauen hätten."<sup>23</sup>

Die Ereignisse überstürzten sich, und Anfang Januar 1934 entsagte Ramón Grau San Martín der Präsidentschaft. Die Macht übernahm Oberst Carlos Mendieta, gestützt von Fulgencio Batista, der dank seiner geschickten Behandlung der Unzufriedenheit im Heer der neue Oberste Chef des Heeres geworden war. Der Wechsel kennzeichnete die Tendenz, die sich alsbald nach dem fortschrittlichen Zwischenspiel der Regierung Grau durchsetzte.

Mendieta wurde mit einer Welle von Streiks empfangen, unter denen die Streiks in den Zuckerfabriken Soledad, Delicias, Chaparra und Media Luna besonders hervorstachen, dadurch hinderten die Arbeiter die Liquidierung der erreichten Ziele. Das geschah unmittelbar nach der Anerkennung der Regierung Mendieta durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

Aus Besorgnis, daß die Beschlagnahme des Betriebes durch Rückgabe an die alten Eigentümer aufgehoben werde und sie gezwungen würden, wieder zu den früheren Bedingungen zu arbeiten, riefen die Elektrizitätsarbeiter zum Streik auf. Mehrere Stunden war die Stadt ohne Licht, Gas und Wasser.

Eine Gewerkschaftskommission unter dem Vorsitz von Guillermo Mestre traf mit dem Präsidenten zusammen. Nach stundenlanger Diskussion übergab Mendieta eine Erklärung, in der er versprach, die Regierungskontrolle über das Unternehmen beizubehalten, bis ein Abkom-

22 Foreign Policy Association, a. a. O., S. 450.

23 Las Batallas Revolucionarias en Cuba, a. a. O.

men zwischen der Gewerkschaft und den Direktoren abgeschlossen worden sei. Darüber hinaus wurde Giraud in der provisorischen Verwaltung bestätigt.

Zur weiteren Untersuchung in der CCE wurde eine Kommission mit Eduardo Chibás, Luis Machado und Jesús A. Portocarrero gebildet. Sie enthüllte die Übergriffe des Unternehmens und erklärte, daß der Konflikt aus der Situation resultiere, die von den Unternehmern herbeigeführt worden war. Da die Gesellschaft die Politik verfolgt habe, Kubaner zugunsten von Ausländern zu entlassen, gibt es "auf den technischen Posten und in den Vertrauensstellungen der Verwaltung absolut keinen Kubaner, da Kubaner ausgeschlossen blieben oder auf zweitrangigen Posten beschäftigt wurden. Die Gesellschaft entließ Arbeiter und Angestellte ohne Berücksichtigung ihrer Dienstjahre oder stufte sie in niedrigere Arbeitskategorien ein."24

Die Kommission legte dar, daß das Sparsystem der Gesellschaft darin bestand, die Löhne der unteren Beschäftigten zu senken.

Sie berichtete, daß die Erhöhung des Lohnes auf den von der Gewerkschaft geforderten Mindestlohn monatlich 10 000 Pesos nicht übersteige und nicht den Betrag von 40 000 Pesos ausmache, den die Gesellschaft zum Vorwand genommen habe, die Lohnerhöhung nicht durchzuführen. Die Ausgaben könnten gedeckt werden "durch die normalen Einnahmen der Gesellschaft aus den gegenwärtig gültigen Tarifen von 9,35 Centavos pro Kilowattstunde, auf die der Tarif reduziert worden war, so daß es nicht notwendig ist, daß die Regierung eine Erhöhung der Ausgaben bewilligt, um die der Betrieb ersuchte."25

Es wurde auch festgehalten, daß "die Regierung versuchen muß, bei den Aktionären oder Direktoren der Compañía Cubana de Electricidad die Ernennung eines neuen Generaldirektors durchzusetzen. Dieser erhält dann von der Regierung die 'kontrollierten' Betriebe zurück und hat den Einsatz des Personals im Betrieb unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung der in der Vergangenheit begangenen Ungerechtigkeit zu reorganisieren, dadurch, daß er vor allem darauf bedacht ist, sobald wie möglich kubanische Bürger zu technischen Vertrauensaufgaben und zur Leitung verschiedener Abteilungen der Gesellschaft heranzuziehen. Die Regierung muß von der Gesellschaft den Verzicht auf jedwede Reklamation fordern, die mit dem Interventionsdekret motiviert wird."26

Die Kommission war sicher, daß dies geschehen werde, da sie "vertrauliche Informationen" besaß, "nach denen sie versprechen könne, daß jeder außerordentliche Hinweis der kubanischen Regierung von der Direktion und den Aktionären der Compañía Cubana de Electricidad beachtet würde, da sie genauso wie die Regierung selbst daran interessiert wären, die Kontrolle über den Betrieb zu beenden und in Übereinstimmung mit der Politik der guten Nachbarschaft des Präsidenten Roosevelt zu helfen, normale Geschäftsbeziehungen wiederherzustellen und zur Festigung der kubanischen Regierung beizutragen."27

In der am 25. Januar 1934 von der Gesellschaft und der Regierung unterschriebenen Vereinbarung verpflichtete sich die Regierung, die Intervention aufzuheben und von der Gewerkschaft die Annahme der zehn schwebenden Forderungen in der von der Betriebsleitung vorgeschlagenen Form zu erwirken. Die Gesellschaft verpflichtete sich ihrerseits unter anderem, auf jede Schadenersatzforderung zu verzichten, die die Gesellschaft infolge der Dekrete über die Tarife und Intervention erlitten haben könnte. Dabei rechneten die Direktoren damit, daß der Präsident Mendieta das von der US-Regierung in ihn gesetzte Vertrauen honorieren und sobald wie möglich gestatten werde, die Tarife wieder zu erhöhen. Auch den Schutz anderer "wohlerworbener" Rechte erwarteten sie von ihm.

24 Informe ..., a. a. O.

25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

Am 3. Februar 1934 wurde durch das Dekret Nr. 337 des Präsidenten die Kontrolle der Regierung über die Compañía aufgeboten und der von dem Unternehmen ernannte Federico Porro Orfila als Direktor wieder eingesetzt, nachdem dieser zugesagt hatte, das Personal zu reorganisieren und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Angesichts dieser Maßnahme brach eine neue Streikwelle aus, da die Gewerkschaft in der Befürchtung, ihre Forderungen würden nicht erfüllt, auf ihrem Standpunkt beharrte, daß die für die Stellung des Direktors vorgesehene Person ein Mann ihres Vertrauens sein müsse. Noch am selben Tage riefen die Gewerkschaftsführer den Streik aus und ordneten an, daß alle Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verlassen sollten. Aber es war nicht möglich, eine vollständige Arbeitsniederlegung zu erreichen, da der Dienst mit Hilfe der Compañía ergebener Elemente aufrechterhalten wurde.

Präsident Mendieta antwortete in Fortsetzung seines Kampfes gegen die Volksbewegung mit dem faschistischen Dekret vom 6. Februar 1934 (Nr. 3), das jeden Streik verbot. Die Lösung des Konflikts wurde einer Kommission der Cooperación Social (Zusammenarbeit für den Arbeitsfrieden) übertragen, da "ein Generalstreik als unerlaubt angesehen wurde . . . , wenn der Streik oder Generalstreik die Einwohner des Landes in Gefahr bringe, weil Licht, Wasser, Telefon, Telegraf, ärztliche Hilfe . . . fehlen . . ."28

Trotz des Dekrets kehrte die Mehrheit der Arbeiter nicht zur Arbeit zurück. Aber einige Angestellte erhielten mit Hilfe des Heeres unter der Leitung der alten Chefs des Unternehmens den Betrieb aufrecht.

Die Compañía trieb ein falsches Spiel mit der Gewerkschaft. Kaum hatte sie versprochen, die von der Leitung unter Giraud ihres Amtes enthobenen Angestellten zu entlassen, weigerte sie sich, diese Maßnahme zu realisieren, da "dieses Personal dasjenige ist, das den Betrieb in Gang hält" und das "unbedingt benötigt wird nicht nur für die Sicherheit des Unternehmens selbst, sondern auch für die Sicherheit des Volkes und der Regierung."29 Daraus ist ersichtlich, daß die Gesellschaft die Taktik verfolgte, die Arbeiter als Feinde des Wohles von Volk und Republik darzustellen.

Am 8. Februar forderte der Betrieb durch die Presse die Arbeiter auf, auf ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Er bot ihnen Zusicherungen an, aber nicht die Erfüllung ihrer Forderungen. "Es ist eine patriotische Pflicht aller Bürger und ganz besonders derer, die in einem öffentlichen Dienstleistungsbetrieb wie dem unsrigen arbeiten, der Regierung des Präsidenten Mendieta bei ihren heilsamen Absichten, Frieden, Ordnung und ökonomischen Wohlstand des Landes wiederherzustellen, die entschiedenste und aufrichtigste Mitarbeit zu leisten . . ."30

Aber gleichzeitig drohte der Geschäftsführer Thompson, "daß die Regierung und alle Sicherheitsinstitutionen der Republik dem Betrieb und allen seinen Angestellten Vollmachten geben werden, jede Agitation für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes der Gärung und Unzufriedenheit zu verhindern"31, falls der "patriotische" Appell ohne Erfolg bliebe.

Einige Angestellte, vor allem aus dem Büropersonal, kamen zwar zurück und nahmen die Arbeit in einigen Abteilungen wieder auf; im Landesinnern aber kehrte höchstens 1 Prozent auf seine Posten zurück. Der Streik dauerte unter der Leitung seiner Führer an.

Am 11. Februar fand unter dem Vorsitz von Rafael Giraud eine Versammlung von etwa 500 Arbeitern statt. Die Anwesenden wurden über die im Castillo del Príncipe wegen des Streiks gefangengehaltenen Kollegen informiert. Die Versammlung beschloß, auf den von der Ge-

28 Decreto-Ley No. 3, in: Gaceta Oficial, 6. 2. 1934.

29 Comunicación firinada por, J. A. Thompsons, Administrador de la Compañía Cubana de Electricidad, in: El País, 9. 2. 1934.

30 Ebenda.

31 Ebenda.

werkschaft vorgelegten vierzig Forderungen und auf der Entlassung der 67 ihres Amtes ent- hobenen Beamten zu bestehen und die Anerkennung Porro Orfilas als Geschäftsführer der Gesellschaft zu verweigern.

Gleichzeitig wurde beschlossen, am folgenden Tag die Arbeit wiederaufzunehmen, aber ohne den die Arbeit betreffenden Anordnungen der Vorgesetzten zu gehorchen und in einer Bewegung "hängenbleibender Arme", das heißt physische Anwesenheit im Betrieb ohne Aus- übung irgendwelcher Arbeit. Diese Bewegung hielt etwa zwei Wochen an.

Das Problem wurde in einer Kommission der Cooperación Social diskutiert, die sich aus Vertretern der Gesellschaft, der Gewerkschaft und Delegierten des Arbeitsministeriums zusammensetzte. Nach Diskussionen, die sich einige Monate hinzogen, wurde am 31. Mai 1934 eine Schlußvereinbarung erreicht. Es wurde der Convenio Colectivo de Trabajo (Kollektivarbeitsvertrag) unterzeichnet, durch den die vierzig Forderungen der Gewerkschaft angenommen wurden, die dreißig ersten in der von der Gesellschaft und der Gewerkschaft von Anfang an angenommenen, die zehn übrigen in der von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Form.

Mit der juristischen und moralischen Anerkennung der Arbeiterorganisation regelte dieser Vertrag deren Beziehungen zu der Gesellschaft. Die Gewerkschaft mußte bei allem gehört werden, was Einstellung oder Entlassung der Arbeiter betraf. Die Arbeitszeit wurde für das Büropersonal auf 39 Stunden festgesetzt und auf 45 Stunden für die Arbeiter bei Bezahlung für 48 Stunden. Ein jährlicher Urlaub von 15 Tagen wurde festgelegt und eine Urlaubsbezah- lung bei Krankheiten, die nicht zu Arbeitsunfällen zu zählen waren und für die im ersten Mo- nat der volle und im zweiten der halbe Lohn zu zahlen war.

Darüber hinaus willigte die Gesellschaft ein, auf Wunsch der Interessenten die Verträge über den Verkauf von Elektro- und Gasausrüstungen zu überprüfen, bei denen sie 50 Prozent als Miete einbehält. Sie war bereit, auf Verlangen der Angestellten den Ankauf von Vorzugsaktien zu annullieren und die gezahlten Beträge zurückzuerstatten. Außerdem versprach der Betrieb, zufriedenstellende Arbeitsbedingungen sowie die gegenseitige Respektierung von Chef und Arbeiter zu garantieren.

#### 4. Der Märzstreik von 1935 und die "vertragslose" Zeit

Nachdem sich die Gewerkschaft anfangs (1933 bis 1934) entschlossen gezeigt hatte, in offener Schlacht gegen die Unternehmer um ihre Forderungen zu kämpfen, war nach Erreichung ihrer Ziele eine totale Wendung zu bemerken. Sie wurde deutlich sichtbar, als sich die Gewerk- schaftsleitung während des Märzstreiks 1935 auf die Seite des Unternehmens stellte.

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern gab es Arbeiter, die gegen die von der Führung verfolgte Linie opponierten und um eine Trennung von der Unión Federativa Nacional, der an den Yan- kee-Imperialismus verkauften reformistischen Zentrale, kämpften. Diese Arbeiter hatten im März 1934 den Streik unterstützt, und sie waren es, die auch den Beitritt der Elektrizitätsarbeiter zum Generalstreik im Jahr 1935 erzwangen.

Die gelbe Gewerkschaftsleitung hatte von Anfang an gegen das Eindringen kommunistischer Ideen in den Betrieb gekämpft. Als zum Beispiel im März 1934 die Kommunistische Partei, die in der Zuckerindustrie und anderen Industrien schon stark geworden war, in den Grund- industrien des Landes Fuß zu fassen begann und in den Eisenbahn-, Telefon-, Telegrafien- und Elektrizitätsbetrieben Zellen gründete, um die Verbreitung des Marxismus zu sichern, rief die Gewerkschaftsleitung die Arbeiter auf, sich nicht in politische Probleme einzumischen. Nach ihrer Ansicht hatten sich die Arbeiter nur um ökonomische Fragen zu kümmern,

und sie "alarmierte alle Gewerkschaftsmitglieder, den bösen Samen des Kommunismus, der versucht, sich in unserer Mitte auszubreiten, mit Feuer und Schwert zu bekämpfen."<sup>32</sup>

Objektiv konnte diese reformistische Gewerkschaft nur den Kapitalisten dienen. Ihre bürgerliche Ideologie bewies sie einmal mehr, als sie 1934 der "Unión Social Económica de Cuba" (Sozialökonomischer Verein Kubas) beitrug. Die ihrerseits nicht weniger reformistische "Acción Socialista" kommentierte diesen Anschluß folgendermaßen: Diese "Organisation vertritt die Interessen der Kapitalisten, der Wirtschaftsverbände, der Zuckermühlenbesitzer, der Großindustrie und des Großhandels usw. Ihr wird stark vorgeworfen, den amerikanischen Imperialismus in Kuba zu begünstigen. Das sind Beschuldigungen, die in der extremistischen und antimperialistischen Presse erhoben werden ... Aber auch uns überzeugt es nicht, daß Verbände klassenbewußter Arbeiter, die die ausgebeuteten Arbeiter vertreten, ihr beitreten sollten ... die Gewerkschaft geht einen irrigen Weg, wenn sie ihren Beitritt betreibt ... denn beide vertreten diametral entgegengesetzte Interessen, die einen sind die Herren, die anderen die Sklaven."<sup>33</sup>

Im März 1935 fand der letzte große politische Streik in diesem Zeitabschnitt statt. Er begann mit einer Kundgebung der Schüler der öffentlichen Schulen. Sie gingen mit der Forderung nach Schulspeisung und Gehaltserhöhung für die Lehrer auf die Straße. Die Federación Escolar Nacional (Nationaler Schülerverband) organisierte ein Streikkomitee, und am 19. Februar rief sie in der Provinz Havanna einen 72-Stunden-Streik aus, dem die Lehrer anderer Provinzen zu folgen begannen. Am 21. Februar schlossen sich die Studenten an, und in den folgenden Tagen kamen andere Gruppen hinzu, bis sich der Streik in einen Generalstreik wandelte.

Auf die klaren Aufforderungen der revolutionären Elemente, die Gewerkschaft solle sich am Streik beteiligen, berief sich diese immer wieder auf das Statut, in dem eine Nichteinmischung in politische Angelegenheiten verankert war.

Unter dem Druck der revolutionären Stimmung sowohl innerhalb als außerhalb der Gewerkschaft konnte sich der Gewerkschaftsrat nicht mehr offen ablehnend verhalten. Um Zeit zu gewinnen und damit zu versuchen, sich nicht am Streik zu beteiligen, veranlaßte er eine Abstimmung seiner Mitglieder im ganzen Land. Dabei nutzte er alle Mittel, die Angelegenheit hinzuziehen. So sandte er zum Beispiel mit dem Hinweis auf Formfehler das Referendum der Abteilung Santa Clara zurück, die für den Streik war. Mit Ausnahme des Abstimmungsergebnisses der Provinzialgewerkschaft der Arbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke von Oriente war die Abstimmung insgesamt günstig für den Streik. Angesichts der Verzögerungstaktik des Rates betrieben revolutionäre Elemente unter den Büroangestellten die Bildung eines Streikkomitees und die Diskussion des Referendums, weshalb sich die Federación gezwungen sah, den Streik auszurufen. Aber zum Glück für den Betrieb wurde nur in den Büros und Werkstätten gestreikt. Dem Betriebsschutz wurde befohlen, den Dienst im Werk Tallapedra zu versehen. Der Betriebsschutz des Gaswerkes und aller Elektrizitätsstationen sowie das Personal der Dienstleistungsabteilung, die Nachwächter und Hausmeister hatten sich bei ihren Vorgesetzten zu melden und ihnen zur Verfügung zu stehen. Der Dienst wurde mit diesem Personal, das trotz des Streiks Störungen beseitigte, aufrechterhalten.

Der Gewerkschaftsrat stand vom ersten Augenblick der Streikbewegung an mit der Geschäftsführung der Gesellschaft in Verbindung und unterrichtete sie über alle Vorkommnisse. So berichteten die Mitglieder des Rates in einer von der Compañía einberufenen Besprechung, daß sie von der Studentenschaft bedroht und bezichtigt worden seien, eine gelbe Gewerkschaft

32 Palabras des Secretario General de la Federación, Guillermo Mestre, mitgeteilt im Gewerkschaftsorgan Bulletin "Federal", 2. 10. 1934.

33 Accion Socialista, a. a. O., 30. 5. 1934.



und für Batista zu sein, und daß "radikale" Elemente herauszufinden suchten, auf welche Weise die Leitungen und die Werke des Betriebes sabotiert werden könnten. Sie hätten sich aber geweigert, irgendeine Information zu geben, und würden sich jedem Sabotageakt widersetzen. Der Forderung der Gesellschaft, nicht zu streiken, ohne vorher den Betrieb zu benachrichtigen, stimmte die Gewerkschaft zu.

Der Streik der Elektrizitätsgesellschaft begann am 11. März 1935. Er dauerte bis zum folgenden Tage, an dem die Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet wurde.

Der Streik war zusammengebrochen, da Gruppen, die versprochen hatten, ihn zu unterstützen, aufgegeben hatten. Die Regierung löste, gedeckt durch das Dekret Nr. 3 vom 6. Februar 1934, das jede Streikbewegung verbot, furchtbare Repressionen aus, zu deren Durchführung sie in der Provinz La Habana den Oberstleutnant José Eleuterio Pedraza als Befehlshaber berief. Der Militärchef drang in das Haus der Elektrizitätsgewerkschaft ein und erklärte sie für aufgelöst, verhaftete den Generalsekretär Buenaventura López und verklagte die Gewerkschaft wegen ihrer Teilnahme am Streik. Darüber hinaus gab Pedraza den Leitern des Unternehmens alle Vollmachten, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Die Gesellschaft entließ ohne Rücksicht auf das Arbeitsabkommen mehr als hundert Arbeiter, unter ihnen die Gewerkschaftsführer.

Das Scheitern des Streiks benutzte der Betrieb, um die Beziehungen zu der Gewerkschaft abubrechen und eine Politik des offenen Angriffs auf die Arbeiter zu betreiben.

Am 23. April 1935 wurde von einem Sondergericht in Havanna die Anklage gegen die Gewerkschaft wieder aufgehoben und ihr Geschäftsgebäude zurückgegeben.

Von neuem legalisierte die Gewerkschaft vor dem Arbeitsministerium (26. Oktober 1935) die Organisation, aber die Compañía weigerte sich weiterhin, mit ihr zu verhandeln. Es begann in den Beziehungen der Arbeiter zu den Unternehmern eine Etappe, die als "vertragslose" Zeit bezeichnet wurde.

Die Gewerkschaft kämpfte um die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Rechtskräftigkeit des Arbeitsvertrages. Aber die Gesellschaft beharrte darauf, daß die Organisation juristisch nicht existiere und nicht zur Unterschrift des Vertrages berechtigt gewesen sei. Infolgedessen weigerte sie sich, die Übereinkunft einzuhalten. Trotzdem hielt die Gewerkschaft an ihrer Politik fest, ihre Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen, und bot der Betriebsleitung immer wieder ihre loyale Mitarbeit an und zeigte dieser ihren guten Willen, die besten gegenseitigen Beziehungen zu erhalten und zu pflegen.

Die Unternehmer blieben fest in ihrer Haltung und kümmerten sich fünf Jahre lang nicht um gewerkschaftliche Einsprüche, auch nicht um das Ressentiment gegen sie, das die Entlassung der großen Zahl von Beschäftigten in der Öffentlichkeit und vor allem bei den schwer betroffenen kubanischen Familien hervorgerufen hatte. Das alles war durch die günstige Situation möglich, die in dieser Zeit für die ausländischen Korporationen im Lande herrschte.

Die Gewerkschaft wandte sich wiederholt an das Arbeitsministerium, um eine Lösung des Problems herbeizuführen. Schließlich - es war die Zeit, in der Batista seine Verfassungsdemagogie betrieb - stellte sich am 1. Januar 1940 der Oberste Gerichtshof hinter die Argumente der Organisation und erkannte ihre Rechte an.

Später kommentierten die Leiter der Gesellschaft, daß das Endergebnis des kostspieligen fünfjährigen Rechtsstreites ein Vergleich war, "nach dem hohe Entschädigungen in bar gezahlt, die Mehrheit (der entlassenen Beschäftigten) wieder eingestellt und die Gewerkschaft vollauf anerkannt wurden."<sup>34</sup>

34 Archiv der Empresa Consolidada de la Electricidad (im folgenden: ECE); Bozell/Jacobs, Public Relations Operating Manual, New York 1949, S. 71.

Da es die von Batista gestützte reaktionäre Regierung nicht wagte, alle Errungenschaften der Arbeiterkämpfe seit 1925 zu beseitigen, leitete das Elektrizitätsmonopol von 1940 an eine neue Arbeiterpolitik ein, die von der Ideologie der "public relations" inspiriert war und von der es sich große Erfolge versprach.

Seitdem erhielten daher die Praktiken und Taktiken der Unternehmer zur Neutralisierung der Arbeiterbewegung und zur Gewinnung von Anhängern ihrer Interessen Vorrangstellung in der Politik der Gesellschaft. Ohne Rücksicht auf Kosten und Mittel konzentrierte sich das Unternehmen auf die "Eroberung" der Arbeiter. So konnte 1949 festgestellt werden, daß die CCE seit Jahren gute persönliche Beziehungen zu ihren Beschäftigten hergestellt habe. "Diese Investierung an Freundschaft kann nun echte Dividende bringen".<sup>35</sup> Den Zusammenhang zwischen "Freundschaft" und Geschäft erhellten folgende Ausführungen im Handbuch für "public relations":

"Eine besondere Behandlung der Beschäftigten wird von der Gesellschaft gefordert, denn sie sind Mitglieder der allgemeinen Öffentlichkeit und bieten daher die Möglichkeit, die öffentliche Meinung günstig oder ungünstig zu beeinflussen. Gleichzeitig stellen sie eine kleine, besondere Öffentlichkeit dar, die den Anstrengungen der Gesellschaft, wirksam und gewinnbringend zu operieren, Hemmnisse entgegenstellen und Verteidigungs- und Schutzmaßnahmen zunichte machen kann. Die Beschäftigten können aber auch dazu gebracht werden, wertvolle Förderer zukünftiger Vorhaben der Firma zu werden."<sup>36</sup>

Um das gesteckte Ziel, einen Block von ihrer Politik folgenden Arbeitern zu schaffen, zu erreichen, erarbeitete die Gesellschaft, den Vorschlägen der Verfasser des Handbuches folgend, einen Plan, dessen Zweck es war, durch Glückwunschkarten, Telefonanrufe bei Kranken usw. "Freunde zu schaffen". Damit sollte der Anschein erweckt werden, daß die Unternehmer wirklich am Wohlbefinden der Beschäftigten interessiert seien.

Das Programm beruhte darauf, dem Bewußtsein der Arbeiter zu suggerieren, ihr Wohlstand und ihre ökonomische Sicherheit fallen mit denen der Firma zusammen. Dazu versuchte man, die Tatsache zu verwischen, daß es sich in Wirklichkeit um eine ausländische Monopolgesellschaft handelte und daß die Gewinne, die durch die Ausbeutung des kubanischen Volkes und der kubanischen Arbeiter erzielt wurden, in die Vereinigten Staaten abfließen.

In diesem Programm der Arbeitserziehung - wie das Unternehmen es nannte - wurden alle, auch die kleinsten Möglichkeiten genannt: Zeitungen, Filme, Radio, Post, Hahnenkampfarena, persönliche Zusammenkünfte, ein Bulletin, das bei der Gehaltszahlung verteilt wurde, usw. Alle diese Aufgaben wurden unter Mitwirkung ergebener Arbeiter der einzelnen Abteilungen und der kollaborierenden Gewerkschaftsleitung bewältigt.

Selbstverständlich hielt man auch an der Methode fest, durch materielle Zuwendungen die Arbeiter zu "Freunden" des Monopols zu machen. Die Löhne in der CCE lagen nach wie vor höher als in den meisten anderen Betrieben. Nun gab man den Arbeitern die Möglichkeit, auch in den Klub Cubanaleco einzutreten, dessen Mitglieder dank der steigenden Zuwendungen seitens der Geschäftsleitung eine Reihe von Privilegien und Vergünstigungen genossen. Bis dahin waren die Arbeiter - bis auf geringe Ausnahmen - im Klub nicht zugelassen. Eine weitere Investierung von "Freundschaft" war die Gewährung von Krediten unter günstigen Bedingungen zum Bau moderner Wohnungen für seine Beschäftigten.

Die veränderte Taktik in der Behandlung der Arbeiter spiegelte sich auch in der Einstellung der Betriebsleitung zu der Gewerkschaft wider. Man beschloß, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen und die bestehenden Übereinkünfte und Verträge zu erfüllen. In welcher Weise das geschah, darüber geben die Akten aus dem Archiv der Empresa Consolidada de la

35 Ebenda, S. 74.

36 Ebenda.

Electricidad Auskunft. Zum Beispiel empfahl die Leitung der Zentrale dem Direktor des Werkes in Santiago in einem vertraulichen Schreiben, im Interesse eines guten Verhältnisses das Mitspracherecht der Gewerkschaft bei Personalfragen zu beachten, und das in Form, "die man selbst bestimmen sollte."<sup>37</sup> In dem gleichen Aktenstück gibt es zahlreiche Hinweise dafür, daß die Betriebsleitung das Mitspracherecht der Gewerkschaft so auffasste, daß sie der Gewerkschaftsleitung alle Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten wegen Pünktlichkeit, Arbeitsdisziplin und anderem zuschob, in anderen Fragen aber die Gewerkschaft vor vollendete Tatsachen stellte. Zu den Maßnahmen, "herzliche" Beziehungen zur Gewerkschaft herzustellen, gehörte auch, daß der Betrieb den Bau eines Gewerkschaftshauses finanziell förderte. Die Kosten des Gebäudes betragen 1 200 000 Pesos. Seit 1940 stand mit Angel Cofiño als Generalsekretär der Gewerkschaft ein treuer Diener der Monopolinteressen der Betriebsleitung gegenüber, der voll und ganz dem Betriebsleiter Wheeler zustimmte, wenn dieser an die "Hilfe und Loyalität" der Arbeiter appellierte und sagte: "Wir sitzen alle in demselben Boot."<sup>38</sup> Als 1957 Batista anordnete, daß kein Kommunist beschäftigt werden dürfe, beteiligte sich die Gewerkschaftsleitung aktiv an der Untersuchung der Vergangenheit der Beschäftigten, entfernte Verdächtige aus der Gewerkschaft und verlangte deren Entlassung aus dem Betrieb."<sup>39</sup>

Unter diesen Umständen betonte der Betrieb immer wieder, daß ein vorbildliches Betriebsklima herrsche, und sprach sogar im Jahresbericht von der "begeisterten Mitarbeit und Unterstützung der Gewerkschaft."<sup>40</sup>

Aber die kollaborierende Gewerkschaftsleitung ist nicht mit den Gewerkschaftsmitgliedern zu identifizieren. Es gab erhebliche Differenzen, vor allem wurde gegen Cofiño opponiert, der seine von der Betriebsleitung eingeräumte Vorzugsstellung zu persönlicher Bereicherung ausnutzte und seine Pflichten gegenüber den Arbeitern vernachlässigte.<sup>41</sup> Bedeutsamer jedoch ist, daß die Arbeiter von dem "Arbeitsfrieden" eine andere Meinung hatten als die Betriebs- und Gewerkschaftsleitung. Die Akten "Empleados" im Archiv des ECE verraten, daß sie sich in all den Jahren mit den unter der Diktatur sehr begrenzten Mitteln gegen die Ausbeutung durch das Monopol zur Wehr setzten. Die immer wieder erhobenen Klagen über Unpünktlichkeit, langsames Arbeiten, selbst Arbeitsniederlegungen sind zweifellos als gerechter Kampf der Arbeiter zu bewerten. Mit ihm reihten sich die Elektrizitätsarbeiter in die Reihen der Arbeiter anderer kubanischer Betriebe ein, die trotz Terror ihren Kampf fortsetzten, bis die Revolution siegte und dem Batista-Diktator und damit auch der verräterischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafts- und Betriebsleitung in der CCE ein Ende setzte.

(Übersetzt von Elly Mohrmann)

37 Archiv der ECE, Empleados General, 95, 1 a, Brief Wheelers v. 5. 6. 1951.

38 Ebenda, Wheeler an: "Alle unsere Beschäftigten," v. 11. 5. 1949.

39 Ebenda.

40 Archiv der ECE, Memoria Annal für 1954.

41 Archiv der ECE, Rundschreiben der Gewerkschaft, 1950.

## ZUR KLASSENSTRUKTUR UND ZUR SOZIALEN LAGE DER BEVÖLKERUNG IN PREUSSEN 1846 BIS 1849<sup>+</sup>

von Karl Obermann

Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/1849 ist in mehrfacher Hinsicht eines der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Geschichte. Die Jahre am Vorabend und während der Revolution bilden einen wichtigen Abschnitt im Formierungsprozeß der Klassen. Um die besondere Spezifik der Klassenverhältnisse in Deutschland zu ermitteln, ist es erforderlich, genau zu untersuchen, wie sich unter den Bedingungen der industriellen Revolution die Bevölkerungsstruktur veränderte, welche Erwerbs- und Existenzbedingungen sowohl auf dem Lande wie in der Stadt vorhanden waren, welche Faktoren den Formierungsprozeß der Klassen beeinflussten und welche Zusammenhänge zwischen der zahlenmäßigen Stärke und der ökonomischen Stellung der verschiedenen Klassen und Schichten bestanden.

Eine solche Untersuchung muß von den Volks- und Gewerbezahlungen der Jahre 1846 bis 1849 ausgehen. Für Preußen, den größten und wirtschaftlich fortgeschrittensten Staat des Deutschen Bundes, liegen besonders ausführliche statistische Angaben vor. Weit spärlicher ist jedoch das Quellenmaterial, das Einblick in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse gewährt. Doch Steuertabellen und Urwählerlisten bieten immerhin wertvolle Anhaltspunkte über das Einkommen der Fabrikanten, Kaufleute, Bankiers, aber auch der Großgrundbesitzer, der Bauern, Händler, Handwerker und Arbeiter sowie der zahlreichen Beamten. Aus den verschiedenen noch vorhandenen Quellen läßt sich ein Überblick gewinnen, der die besondere Spezifik der Klassenverhältnisse in Preußen verdeutlicht.

### 1. Die Bevölkerungs- und Gewerbeverhältnisse nach den Zählungen von 1846 und 1849

Die Bevölkerungszunahme ist ersichtlich aus den Ergebnissen der Volkszählungen.

+ Die Abhandlung der Gesamthematik in einer einzigen Arbeit würde den Rahmen eines Artikels sprengen. Die vorliegende Studie enthält daher zwar die statistischen Ausgangspunkte der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung für die Untersuchung der Struktur der gesamten Bevölkerung, beschäftigt sich dann jedoch im wesentlichen mit der Sozialstruktur und den Einkommensverhältnissen in der Landwirtschaft. Eine weitere Arbeit von demselben Autor über die Einkommensverhältnisse in Gewerbe und Industrie folgt in einem der nächsten Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

Tabelle 1

Die Einwohnerzahl im Königreich Preußen nach den Volkszählungen von 1843, 1846, 1849 und 1852<sup>+</sup>

Zählungsjahr	Anzahl der Einwohner
1843	15 471 084
1846	16 112 938
1849	16 331 187
1852	16 935 420

+ Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 339.

Von 1846 bis 1849 war also nur eine Bevölkerungszunahme von 218 249 zu verzeichnen, während die Bevölkerung in den Jahren 1843 bis 1846 um 641 854 zugenommen hatte. In den Jahren 1849 bis 1852 stieg die Bevölkerung wieder um 604 233. Teuerung, Not und Arbeitslosigkeit in den Jahren 1846 bis 1848 äußerten sich nicht zuletzt in der Abnahme der Geburten und in einer Zunahme der Sterbefälle.

Tabelle 2

Geburten und Sterbefälle im Königreich Preußen<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der Geborenen	Anzahl der Gestorbenen
1846	626 424	473 149
1847	583 348	512 236
1848	576 937	541 742
1849	691 562	498 862

+ Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 340.

Der Geburtenüberschuß von 153 275 im Jahre 1846 sank auf 71 112 im Jahre 1847 und auf 35 195 im Jahre 1848, um im Jahre 1849 wieder auf 192 700 anzusteigen. Obwohl der Geburtenüberschuß, der in den drei vorangegangenen Jahren 593 552 betragen hatte (159 899 im Jahre 1843, 219 349 im Jahre 1844 und 214 304 im Jahre 1845), in den vier Jahren 1846 bis 1849 immerhin noch 452 282 betrug, nahm die Bevölkerung nur um 218 249 Personen zu, so daß also ein Bevölkerungsverlust durch Auswanderung von 234 033 Personen vorliegt.

In den Jahren 1846 bis 1849 erlitten aber auch die vorwiegend landwirtschaftlichen preußischen Ostprovinzen zum ersten Mal einen leichten Wanderungsverlust zugunsten der mittleren und westlichen Provinzen mit zunehmender gewerblicher und industrieller Entwicklung. Die stärkste Bevölkerungszunahme hatte die Rheinprovinz zu verzeichnen, ihr folgte die Provinz Brandenburg einschließlich der Stadt Berlin.

Tabelle 3

Provinzen Preußens mit abnehmender Bevölkerungszahl<sup>+</sup>

Provinz	1846	1849	Verlust
Preußen	2 499 413	2 487 293	12 120
Posen	1 364 399	1 352 014	12 385
Schlesien	3 065 809	3 061 593	4 216

+ Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 341.

Tabelle 4

Provinzen Preußens mit zunehmender Bevölkerungszahl<sup>+</sup>

Provinz	1846	1849	Gewinn
Rheinprovinz	2 763 080	2 857 346	94 266
Westfalen	1 445 719	1 464 921	19 202
Sachsen	1 742 452	1 781 297	38 845
Brandenburg mit Berlin	2 066 993	2 129 022	62 029
Pommern	1 165 073	1 197 701	32 628

+ Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 341.

Die vier östlichen Provinzen - Preußen, Posen, Pommern und Schlesien - zählten demnach 1849 noch 8 098 601 Einwohner; auf die mittleren Provinzen - Brandenburg und Sachsen - und die westlichen Provinzen - das Rheinland und Westfalen - entfiel nur wenig mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Königreichs, nämlich 8 232 586 Einwohner.

Der weitaus größere Teil der Bevölkerung lebte damals noch "auf dem platten Lande".

Tabelle 5

Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung in Preußen<sup>+</sup>

Jahr	Stadtbewohner	in %	Landbewohner	in %
1846	4 508 948	27,98	11 603 990	72,02
1849	4 616 912	28,27	11 714 275	71,73

+ Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 1. Jg. 1852, S. 79.

Von den 1846 gezählten 1 081 Städten hatten 810 unter 5 000 Einwohner und nur 60 Städte über 10 000 Einwohner.

Tabelle 6

Die 22 größten Städte Preußens<sup>+</sup>

Stadt	Einwohnerzahl	Stadt	Einwohnerzahl
Berlin	408 502	Barmen	34 932
Breslau	112 194	Krefeld	33 548
Köln	90 246	Halle	33 072
Königsberg	75 234	Erfurt	31 277
Danzig	66 827	Frankfurt (Oder)	30 432
Magdeburg	55 816	Düsseldorf	26 301
Aachen	48 557	Koblenz	23 431
Stettin	45 807	Trier	19 639
Posen	43 058	Stralsund	18 452
Potsdam	39 551	Görlitz	18 056
Elberfeld	38 249	Brandenburg	17 589

<sup>+</sup> Die Bevölkerung des Preussischen Staats nach der amtlichen Aufnahme des Jahres 1846, Berlin 1848, S. 16 - 19.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß städtisches Leben erst in bescheidenem Umfange entwickelt war. Für die überwiegende Anzahl der sogenannten Städte bzw. Kleinstädte trifft die Feststellung Dietericis zu: "Indessen haben kleine Städte von 1 000, 2 000, 3 000 Einwohnern mehr den Charakter des platten Landes als eigentlicher Städte."<sup>1</sup>

Eine Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse 1849 bietet die Tabelle 7.

Tabelle 7

Die Bevölkerung der verschiedenen Niederlassungen<sup>+</sup>

Benennung der Niederlassung	Zahl der Niederlassungen	Zahl der Gebäude	Einwohnerzahl	in %
Städte	980	812 221	4 565 869	28,04
Flecken	347	97 718	350 842	2,15
Dörfer	31 795	2 866 169	9 345 383	57,39
Vorwerke	11 466	135 895	697 138	4,28
Kolonien	9 227	207 637	729 655	4,48
einzelne Etablissements	26 127	178 395	596 126	3,66
Summe		4 298 035	16 285 013	
	Militär außerhalb des Staates		46 174	
			16 331 187	

<sup>+</sup> Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 4. Jg. 1851, S. 9 f.

<sup>1</sup> Die Bevölkerung des Preussischen Staats nach der amtlichen Aufnahme des Jahres 1846, hg. v. F. W. C. Dieterici, Direktor des Statistischen Bureaus in Berlin, Berlin 1848, S. 4, 16 - 19.

Größere Dörfer bzw. Burgen und Schlösser mit ihrer Umgebung galten als Flecken, während es sich bei Vorwerken, Kolonien und einzelnen Etablissements um zerstreut liegende ländliche Niederlassungen handelte, die meist keine selbständige Gemeinde bildeten.

Tabelle 8

Verteilung der städtischen Bevölkerung Preußens auf die Städte 1849 nach ihrer Größenordnung<sup>+</sup>

Anzahl der Städte	Größenordnung nach Einwohnern	Einwohnerzahl
15	über 30 000	1 184 151
14	15 000 - 30 000	289 862
35	10 000 - 15 000	426 894
113	5 000 - 10 000	792 169
141	3 500 - 5 000	583 415
165	2 500 - 3 500	486 893
137	2 000 - 2 500	309 049
166	1 500 - 2 000	290 280
123	1 000 - 1 500	155 917
56	600 - 1 000	45 247
15	unter 600	6 861

+ Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, hg. v. Statistischen Bureau zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1851, S. 418 f.

Die kleinste Stadt war Trebschen im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) mit 262 Einwohnern. Die Stadt Schleiden im Regierungsbezirk Aachen zählte 548 Einwohner.<sup>2</sup>

Der Regierungsbezirk Potsdam mit der Stadt Berlin hatte die meisten Städte aufzuweisen, und zwar 72 mit 715 873 Einwohnern; nach der Zahl der städtischen Bevölkerung stand der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 60 Städten und 379 521 Einwohnern an zweiter Stelle; an dritter folgte der Regierungsbezirk Breslau mit 56 Städten und 285 814 Einwohnern; an vierter lag der Regierungsbezirk Magdeburg mit 49 Städten und 266 694 Einwohnern und an fünfter Stelle der Regierungsbezirk Merseburg mit 69 Städten und 261 054 Einwohnern.

Die Landbevölkerung überwog vor allem in den östlichen Regierungsbezirken.

<sup>2</sup> Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, hg. v. Statistischen Bureau zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1851, S. 418 f. - In der Tabelle auf S. 415 werden die 980 Städte nach Regierungsbezirken aufgeteilt. Hier wird die Gesamteinwohnerzahl der Städte mit 4 565 869 angegeben, was mit der Aufrechnung aller Einwohner übereinstimmt. Die Differenz zu der auf S. 419 genannten Einwohnerzahl beträgt 4 869. Sie ist durch unterschiedliche Angaben für die Regierungsbezirke Minden und Trier entstanden. Die 27 Städte des Regierungsbezirks Minden haben nach der Tabelle auf S. 415 zusammen 85 919 Einwohner, nach der Tabelle auf S. 419 jedoch 90 788. Die elf Städte des Regierungsbezirks Trier haben nach der Tabelle auf S. 415 zusammen 56 212 Einwohner, nach der auf S. 419 jedoch 56 112. Aus dieser Differenz ergibt sich auch, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung einmal mit 28,04 %, das andere Mal mit 28,27 % angegeben wird.



Tabelle 9

Anzahl der Dörfer und ihrer Einwohner in acht östlichen preußischen Regierungsbezirken<sup>+</sup>

Regierungsbezirk	Anzahl der Dörfer	Einwohner
Breslau	2 224	823 852
Oppeln	1 541	720 102
Liegnitz	1 746	668 770
Posen	2 078	529 682
Frankfurt (Oder)	1 535	496 468
Gumbinnen	3 033	459 379
Potsdam	1 538	458 922
Königsberg	2 450	439 614

+ Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 4. Jg. 1851, S. 5 - 9.

Das vorhandene Arbeitskräftepotential der Jahre 1846 bis 1849 ergibt sich aus der Altersgliederung der Bevölkerung.

Tabelle 10

Altersgliederung der Bevölkerung Preußens<sup>+</sup>

Alter	1846	1849
Kinder bis zum voll- endeten 14. Lebensjahr	5 609 214	5 678 234
männliche Personen über 14 Jahre	5 212 293	5 260 103
davon über 60 Jahre	474 183	462 977
weibliche Personen über 14 Jahre	5 291 431	5 358 146
davon über 60 Jahre	511 866	503 537

+ Die Bevölkerung des Preußischen Staats nach der amtlichen Aufnahme des Jahres 1846, Berlin 1848, S. 6 f.; Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 24 f.

Von den männlichen Personen über 14 Jahren lebten 1849 in den Städten 1 573 986 und 3 686 177 auf dem Lande. Von den weiblichen Personen über 14 Jahren lebten 1849 in den Städten 1 562 596 und 3 795 550 auf dem Lande. Die Anzahl der Familien betrug 3 141 728 im Jahre 1846 und 3 181 508 im Jahre 1849. Die Zahl der Militärpersonen nebst Familienangehörigen betrug 204 162 im Jahre 1846 und 260 836 im Jahre 1849.<sup>3</sup>

3 Die Bevölkerung des Preußischen Staats nach der amtlichen Aufnahme des Jahres 1846, a. a. O., S. 6 f., 14; Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 24 f.

Angaben über die berufliche Gliederung dieser Bevölkerung bietet die erste große statistische Erhebung über gewerbliche Verhältnisse, die im Dezember 1846 in allen Staaten des deutschen Zollvereins durchgeführt wurde, desgleichen die zweite Erhebung vom Jahre 1849. Diese Erhebungen erstreckten sich aber nicht auf die Landwirtschaft. Die Statistik in Preußen, die davon ausging, daß etwa 34 Prozent Kinder unter 14 Jahren und 16 Prozent verheiratete Frauen, also 50 Prozent der Bevölkerung "als noch nicht erwerbend, oder nicht unmittelbar bei Gewerben, einschließlich dem landwirtschaftlichen tätig sind", kam für 1846 zu folgender beruflicher Gliederung:

Tabelle 11

Berufliche Gliederung der Bevölkerung<sup>+</sup>  
(in Prozent)

Nicht erwerbstätige verheiratete Frauen und Kinder	50
Fabrikarbeiter	4, 08
Gewerbetreibende aller Art	6, 98
Handarbeiter (Tagelöhner)	9, 12
Gesinde	7, 89
Landwirtschaft, Militär, Beamte, Rentner usw.	<u>21, 93</u>
	100, 00

+ Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 4. Jg. 1851, S. 308.

Noch deutlicher als die Prozentsätze lassen die ermittelten Zahlen den hohen Anteil der Arbeiter bzw. der ärmeren Bevölkerungsklassen erkennen. Die 17, 01 Prozent Handarbeiter und Gesinde repräsentierten eine Zahl von 2 741 799.<sup>4</sup> Bis zum Jahr 1849 vermehrte sich die Masse der Tagelöhner und des Gesindes weiter um etwa 180 000 Personen auf 2 913 166 (1 613 952 gehörten zur Gruppe der Tagelöhner = 9, 88 Prozent der Bevölkerung, 1 306 914 zum Gesinde = 8 Prozent der Bevölkerung, insgesamt also 17, 88 Prozent).

Die Steigerung in den übrigen Kategorien stand in keinem Verhältnis zu dieser erheblichen Zunahme der Zahl der Tagelöhner und des Gesindes von 1846 bis 1849, die fast an die Zahl herankommt, um die sich die Bevölkerung in Preußen in dieser Zeit vermehrte. Die Zahl der Fabrikarbeiter stieg nur von 557 730 im Jahre 1846 auf 570 835 im Jahre 1849. Lediglich die Zahl der Meister und Gesellen in der Kategorie der in der Gewerbetabelle erfaßten Handwerker und mechanischen Künstler nahm noch um 100 000 zu, das heißt, sie stieg von 842 148 im Jahre 1846 auf 942 373 im Jahre 1849. In allen anderen Kategorien (Handelsgewerbe, Gastwirtsgewerbe usw.) war in dieser Zeit sogar ein leichter Rückgang der beschäftigten Personen zu verzeichnen.<sup>5</sup> Die Zahlen der Tabelle I (siehe Anhang) zeigen zudem deutlich, daß dem zahlenmäßig starken Proletariat und einer breiten Mittelschicht nur eine zahlenmäßig kleine wohlhabende Oberschicht gegenüberstand, die die sich formierende Klasse der Bourgeoisie repräsentierte. Beachtung verdient ferner die Tatsache, daß zwar noch rund 72 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande wohnten, der Landbau bzw. die Landwirtschaft aber noch nicht einmal mehr 50 Prozent der Bevölkerung ernährte und die zahlreichen auf dem Lande wohnenden Landarbeiter, Tagelöhner, Einlieger, Häusler, Knechte und Mägde in zunehmendem Maße eine Beschäftigung in gewerblichen bzw. Fabrikunternehmen suchen mußten.

<sup>4</sup> Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 4. Jg. 1851, S. 300.

<sup>5</sup> Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 50.

Hier handelt es sich also um Bevölkerungs- und Gewerbeverhältnisse im Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise bzw. im Prozeß grundlegender gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen. Im Prozeß der strukturellen Veränderungen bildeten sich neue Klassenverhältnisse heraus.

## 2. Zur sozialen Lage und Struktur der Bevölkerung

Die Krise der Jahre 1846 bis 1848 beschleunigte den im Gang befindlichen sozialökonomischen Differenzierungsprozeß in der Gesellschaft, in deren Verlauf sich die Eigentumsverhältnisse und damit die soziale Zusammensetzung der Klassen und Schichten bzw. die soziale Struktur der Bevölkerung grundlegend veränderte. Infolge von Mißernten fielen die landwirtschaftlichen Erträge weit unter den Bedarf der gewachsenen Bevölkerung. Die Lebensmittelverknappung und -verteuerung steigerten die Not der Arbeiter und der Kleinproduzenten in Stadt und Land. Die Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung ging erheblich zurück, die Verarmung nahm große Ausmaße an, während Großgrundbesitzer, Großkaufleute und Bankiers die Nachfrage an Getreide benutzten, um möglichst hohe Spekulationsgewinne zu erzielen und sich zu bereichern. 1846 stellte die Hamburger Zeitschrift "Die Werkstatt" des sozialistischen Schriftstellers Georg Schirges unter Bezugnahme auf eine Veröffentlichung im Magdeburger Wochenblatt fest, daß in Deutschland kaum eine halbe Million Familien, und zwar die der größeren Gutsbesitzer, der Großkaufleute bzw. der Bankiers und Fabrikanten, als reich und vermögend gelten könnten, dagegen mindestens zwei Fünftel aller Bewohner, das heißt 15 bis 16 Millionen Menschen, zu denjenigen gezählt werden müßten, deren Existenz durch Krankheit und Krisen ständig bedroht sei, da ihre Einkünfte nur 80 bis 200 Taler im Jahr betragen. Dazu müßten aber auch noch "zehn bis zwölf Millionen Menschen in Deutschland" gerechnet werden, deren Einkünfte nicht über 100 Taler hinauskommen und die mithin kaum in der Lage wären, sich ausreichend zu ernähren, "bloß fünf bis sechsmal Fleisch, niemals Weißbrot und 3/4 des Jahres kein Schwarzbrot essen." Es wird ferner angenommen, daß die Zahl der Familien, die jährliche Einkünfte zwischen 200 und 900 Taler im Jahr haben, das heißt Beamte, Gewerbetreibende, mittlere Ackerleute, Kaufleute, Ärzte, Lehrer und andere, die zum Bürgertum gehörten, etwa zwei Millionen betrug.<sup>6</sup>

In Preußen waren einige Statistiker und Ökonomen ernsthaft bemüht, sich ein genaueres Bild von den sozialökonomischen Verhältnissen zu verschaffen, die Entwicklung der Gewerbe, der Industrie und des Handels, die Lage der Arbeiter und der Gewerbetreibenden im einzelnen zu untersuchen. In seinen Studien zu Fragen des Finanz- und Steuerwesens, 1833 unter dem Titel "Preußen und Frankreich, Staatswirtschaftlich und politisch unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz" veröffentlicht, schätzte der rheinische Industrielle und liberale Politiker David Hansemann das Nationalvermögen im preußischen Staat auf 1 783 Millionen Taler. In seiner 1848 erschienenen Schrift "Über Preussische Zustände, über Arbeit und Kapital" bezog sich der Direktor des statistischen Büros in Berlin, Dr. F. W. C. Dieterici, auf diese Einschätzung, bemerkte aber dazu, daß sie auf "unsicheren Annahmen" beruhe und zu niedrig sein dürfte.<sup>7</sup> Im übrigen wird in der Schrift der Grundsatz des Manchester-Liberalismus vertreten: "Je mehr Kapital sich sammelt, umso reicher wird der Einzelne, wird die Nation."<sup>8</sup> Von diesem Grundsatz ausgehend, setzte sich Dieterici für eine Vermehrung des Kapitals durch größere Ausbeutung der Produzenten ein. Das Interesse war darauf gerichtet, die ökonomische Stellung der besitzenden Klasse in Stadt und Land durch erhöhte Einkünfte zu verstärken. Berechnungen und Einschätzungen, die zu Beginn der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts angestellt wurden, ergaben für die gesamte Bevölkerung Preußens

<sup>6</sup> Die Werkstatt, Bd. 2, Hamburg 1846, S. 345 f.

<sup>7</sup> Dieterici, F. W. C., Über Preussische Zustände, über Arbeit und Kapital, Berlin/Posen 1848, S. 71.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 44.

ein jährliches Einkommen von 978 009 540 Talern. 363 878 Kaufleute, Bankiers und Fabrikanten lagen nach Angaben über die gewerblichen Einnahmen aus dem Jahre 1849 mit 363 878 000 Talern an der Spitze, wobei jedem ein durchschnittliches jährliches Einkommen von 1 000 Talern zugeschrieben wurde. Dazu kamen Einnahmen aus dem Hausbesitz von 58 130 505 Talern, das heißt 5 Prozent des Häuserwertes von 1 162 610 117 Talern, der 1852 bei den Feuerversicherungsgesellschaften versichert war. Das Einkommen aus landwirtschaftlichen Erträgen wurde 1851 vom Landes-Ökonomie-Kollegium in Berlin mit 287 723 555 Talern angegeben. Dabei ging man davon aus, daß jeder der 57 544 711 Morgen nutzbarer Bodenfläche in Preußen wenigstens einen Ertrag von 5 Talern brachte. Der bei weitem größere Teil dieser Einnahmen aus der Landwirtschaft entfiel auf den Großgrundbesitz. Im übrigen betrug das Gesamteinkommen von 2 770 498 Tagelöhnern, Gesinde, Handarbeitern aller Art nur 110 819 920 Taler, wobei auf jeden nur 40 Taler im Jahr entfallen. Auf 83 406 Bergleute mit je 60 Taler Einkommen entfiel ein Gesamteinkommen von 5 004 360 Talern. Außerdem führte diese Zusammenstellung Einnahmen von 528 924 Handwerkern zu je 200 Talern, das heißt insgesamt 105 784 800 Taler, auf, ebenso von 116 671 Lehrern usw. zu je 400 Talern - insgesamt 46 668 400 Taler. Nach dieser Zusammenstellung entfielen die höchsten Einnahmen auf etwa 2,5 Prozent der preußischen Bevölkerung, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß, wie der Statistiker Dr. Otto Hübner 1857 feststellte, diese Gruppe mit 1 000 Taler Jahreseinkommen pro Person "wahrscheinlich viel zu niedrig" eingeschätzt wurde.<sup>9</sup>

Eine genauere Analyse der Sozialstruktur der Bevölkerung läßt sich anhand der Angaben über Steuerzahlungen vornehmen.<sup>10</sup> Besonders die Klassensteuer in Preußen bietet einen guten Einblick in den Entwicklungsprozeß der sozialen Verhältnisse. Klassensteuerpflichtig waren alle Einwohner des preußischen Staats, die das 16. Lebensjahr erreicht hatten und nicht in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten wohnten, mit Ausnahme einiger Befreiungen, wie zum Beispiel der Hebammen, der Militärinvaliden und anderer. Doch auch die Freiherren, Grafen und andere Adlige blieben von der Klassensteuer verschont. Während in der Regel der festgesetzte Steuersatz für den Haushalt galt, wurde in der untersten Steuerklasse die Abgabe von der einzelnen Person erhoben. Die Herausgabe der "Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin" begann bemerkenswerterweise während der Revolution von 1848/1849, und der Beitrag "Über die Resultate der Klassensteuer im Preußischen Staate", der konkrete Angaben über das Klassensteuer-Soll-Einkommen in den vier Klassen und zwölf Stufen der Steuerpflichtigen von 1821 bis 1848 brachte, erschien bereits im ersten Jahrgang. Die klassensteuerpflichtige Bevölkerung hatte von 1821 bis 1848 um 43,4 Prozent zugenommen, die Zahl der besteuerten Haushaltungen lag 1848 um 12,3 Prozent höher, die der besteuerten Einzelpersonen um 41,8 Prozent, aber das Steueraufkommen lag 1848 nur um 23,4 Prozent höher als 1821. Doch stieg die Zahl der Haushaltungen in der ersten Steuerklasse, die die höchsten Einkommen erfaßte, im gleichen Zeitraum um 70,8 Prozent und das Steueraufkommen um 129,3 Prozent. In der zweiten Steuerklasse ging die Zahl der Haushaltungen um 4,6 Prozent zurück, doch erhöhte sich das Steuereinkommen gegenüber 1821 um 5 Prozent. In der dritten Steuerklasse, die die mittleren Einkommen erfaßte, sank die Zahl der Haushaltungen um 14,3 Prozent, die der besteuerten Einzelpersonen um 11,5 Prozent, das Steuereinkommen jedoch nur um 2,4 Prozent. Dagegen hatte die Zahl der Personen mit sehr geringem Einkommen zugenommen, und zwar war die Zahl der Haushaltungen in der vierten Klasse, 10. und 11. Stufe, die 2 bis 3 Taler im Jahr zu zahlen hatten, um 36,2 Prozent, die der Einzelpersonen, die 1 1/2 bis 2 Taler zu zahlen hatten, um 48,6 Prozent gestiegen, das Steuereinkommen erhöhte sich hier um 63,6 Pro-

9 Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 5. Jg. 1857, S. 80 f.

10 Die in diesem Abschnitt genannten Zahlen sind entnommen Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 1. Jg. 1849, S. 103 - 112.

zent. In der vierten Klasse, 12. Stufe der ärmsten Steuerzahler (nur 1/2 Taler), war die steuerpflichtige Bevölkerung um 42,1 Prozent gestiegen, das Steuereinkommen ebenfalls um 42,1 Prozent.

Tabelle 12

Die Klassensteuerveranlagungen der Haushaltungen und Einzelpersonen in Preußen 1846 bis 1848

Jahr	Klassensteuerpflichtige Bevölkerung	Davon in Haushaltungen	Davon einzelne Steuernde
1846	13 668 634	1 373 966	3 559 500
1847	13 834 802	1 374 078	3 509 391
1848	13 908 340	1 373 105	3 539 152

Von den einzeln Steuernden gehörten dazu:

Jahr	4. Klasse 12. Stufe Steuersatz 1/2 Taler	4. Klasse 10. u. 11. Stufe Steuersatz 1 - 1 1/2 Taler	3. Klasse Steuersatz 2 - 5 Taler	2. Klasse Steuersatz 6 - 18 Taler	1. Klasse Steuersatz 24 - 60 Taler
1846	3 395 203	128 613	15 044	612	28
1847	3 364 327	128 778	15 591	654	41
1848	3 394 371	127 943	16 159	643	36

Von den Haushaltungen gehörten zur:

Jahr	4. Klasse 10. u. 11. Stufe Steuersatz 2 - 3 Taler	3. Klasse Steuersatz 4 - 10 Taler	2. Klasse Steuersatz 12 - 36 Taler	1. Klasse Steuersatz 48 - 144 Taler
1846	849 667	442 955	76 772	4 572
1847	850 623	441 327	77 197	4 931
1848	847 621	441 702	78 334	5 448

3 522 314, das heißt 99,55 Prozent aller einzeln Steuernden, entfielen also 1848 auf die vierte Klasse der Lohnarbeiter mit geringem Einkommen. Von den Haushaltungen entfielen etwa 62 Prozent auf die vierte Klasse. Diese Klasse erbrachte beinahe die Hälfte des gesamten Klassensteueraufkommens, nämlich 48,92 Prozent. Das waren nach der Klassensteuerveranlagung für 1848 3 792 650 Taler. Die zur dritten Klasse gehörenden Haushaltungen machten etwa 32 Prozent der gesamten Haushaltungen aus. Die kleinen Geschäftsleute und Handwerker dieser dritten Steuerklasse erbrachten 30,96 Prozent des gesamten Klassensteueraufkommens, das heißt nach der Klassensteuerveranlagung 2 400 571 Taler im Jahre 1848. In der ersten Steuerklasse zahlten 1848 447 Haushaltungen den höchsten Steuersatz von 144 Talern, 45 Haushaltungen den Steuersatz von 120 Talern, 876 Haushaltungen den Steuersatz von 96 Talern, 133 Haushaltungen von 72 Talern, 227 Haushaltungen von 60 Talern und 3 720 Haushaltungen von 48 Talern. Den höchsten Steuersatz der zweiten Klasse, von 36 Talern, zahlten 1848 537 Haushaltungen, während 11 207 Haushaltungen den Steuersatz von 24 Talern, 16 990 von 18 Talern und 47 111 von 12 Talern zahlten. Von

den 643 einzeln Steuernden dieser zweiten Klasse zahlten 21 den Steuersatz von 18 Talern, 69 von 12 Talern, aber 476 den geringsten Steuersatz dieser Klasse von 6 Talern.

In Verbindung mit der Klassensteuerveranlagung für 1848 nahm das Statistische Büro in Berlin eine Schätzung des dem Einkommen und der Klassensteuerstufe entsprechenden Vermögens der Haushaltungen und der einzeln Steuernden vor, die von der Annahme ausging, "eine jede Haushaltung, die 144 Taler Klassensteuer bezahlt, habe 100 000 Taler Vermögen, die 96 Taler bezahlt, 60 bis 70 000 Taler, die 48 Taler bezahlt, 30 bis 40 000 Taler und so herunter in der Weise, daß auch noch die, welche zwei und einen Taler bezahlen, 1 000 oder 500 Taler Vermögen hätten und nur die letzte, die zwölfte Stufe gehörte zu den ganz Besitzlosen." Die Summe des geschätzten Vermögens betrug 3 877 720 100 Taler, davon entfielen 276 719 000 Taler auf die erste Klasse, 814 018 000 Taler auf die zweite Klasse, 1 603 110 600 Taler auf die dritte Klasse und 1 183 872 500 Taler auf die vierte Klasse. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß alle 847 621 Haushaltungen und alle 127 943 einzeln Steuernde der 10. und 11. Stufe der vierten Klasse, die jährlich nur 1 bis 3 Taler Klassensteuer zahlten, nach den Notjahren 1846/1847 im Jahr 1848 ein Vermögen von 500 bis 2 000 Talern hatten, so daß die Schätzung für die Bevölkerung der vierten Klasse zu hoch sein dürfte. Dagegen kann angenommen werden, daß die Haushaltungen und einzeln Steuernden der ersten Klasse zu niedrig eingeschätzt wurden, da es bereits 1848 Haushaltungen gab, die weit über 100 000 Taler Vermögen besaßen.

In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß bei den 1848 bestehenden 220 städtischen und Kreissparkassen<sup>11</sup>, die in den dreißiger und vierziger Jahren entstanden waren und gerade die Aufgabe hatten, die Ersparnisse der kleinen und mittleren Lohnempfänger, der Handwerker und der kleinen Geschäftsleute zu erfassen, die gesamten Einlagen Ende 1848 lediglich die Höhe von 14 363 363 Talern 1 Silbergroschen 1 Pfennig erreichten. Über die Hälfte der Sparer kam nicht über eine Einlage von 50 Talern hinaus. Zudem fiel in Preußen 1848 erst auf 62,4 Einwohner ein Sparbuch. Die höchsten Einlagen konnte Ende 1848 der Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) vorweisen, nämlich 1 822 151 Tlr. 13 Sgr. 3 Pf. Dort kam auch bereits auf 30,4 Einwohner ein Sparbuch. An zweiter Stelle standen die Sparkassen des Regierungsbezirks Aachen mit Einlagen in Höhe von 1 668 266 Tlr. 7 Sgr. 8 Pf. Auf 35,6 Einwohner kam dort ein Sparbuch. Mit Einlagen in Höhe von 1 559 485 Tlr. 19 Sgr. 7 Pf. standen die Sparkassen des Regierungsbezirks Merseburg an dritter Stelle; auf 31,8 Einwohner kam ein Sparbuch. Im Regierungsbezirk Arnswald (Westfalen) erreichten die Spareinlagen bis Ende 1848 die Höhe von 1 478 166 Tlr. 6 Sgr. 8 Pf., und auf 39,4 Einwohner kam ein Sparbuch. Es handelte sich um Regierungsbezirke, in denen die industrielle Entwicklung Fortschritte machte. In den östlichen landwirtschaftlichen Regierungsbezirken Bromberg, Marienwerder, Gumbinnen, Posen, erreichten die Spareinlagen nur eine äußerst geringe Höhe, zum Beispiel von 5 857 Tlr. 12 Sgr. 11 Pf. im Regierungsbezirk Posen, 14 344 Tlr. 27 Sgr. 6 Pf. im Regierungsbezirk Gumbinnen, wo erst auf 1 067,9 Einwohner ein Sparbuch kam. Im Regierungsbezirk Bromberg kam sogar ein Sparbuch erst auf 1 277,2 Einwohner. Auch in den westlichen Regierungsbezirken Koblenz und Trier konnten die Sparkassen Ende 1848 keine hohen Einlagen melden, da unter den Bauern und Winzern große Not herrschte; die Einlagen bezifferten sich auf 31 108 Tlr. 7 Pf. bzw. 32 996 Tlr. 22 Sgr. Auf 896,5 Einwohner kam im Regierungsbezirk Trier erst ein Sparbuch.

Ersparnisse waren nicht von der Masse der Klassensteuerverpflichtigen der vierten Klasse zu erwarten, da diese Klasse selbst diejenigen Landarbeiter und Tagelöhner erfaßte, deren Verdienst oft noch nicht einmal dazu reichte, sich satt zu essen. Auf die unterschiedlichen Erwerbsverhältnisse in den östlichen und westlichen Provinzen und Regierungsbezirken wurde bei der Eintreibung der Klassensteuer keine Rücksicht genommen, auch nicht auf die er-

11 Die hierzu genannten Zahlen sind entnommen Zeitschrift des Königlich-Preussischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 93 f.

hebliche Lebensmittelverteuerung, die 1846/1847 Not und Elend der Bevölkerung in unvorstellbarer Weise vergrößerte. So ist auch zu verstehen, daß selbst in den Notjahren eine der Bevölkerungszunahme entsprechende geringfügige Steigerung des Klassensteuereinkommens vorliegt, und zwar wie folgt:

Tabelle 13

Die Klassensteuereinkommen in Preußen 1845 bis 1848<sup>+</sup>

Jahr	Steuerbetrag	
	Taler	Silbergroschen
1845	7 618 580	
1846	7 661 085	22
1847	7 679 819	
1848	7 753 734	15

+ Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 1. Jg. 1851, S. 109.

Aber die Klassensteuer war zwar eine wichtige, doch nicht die einzige direkte Steuer in Preußen. Weit ertragreicher war die Grundsteuer, und außerdem spielte die Gewerbesteuer eine wichtige Rolle. In diesen beiden Steuerarten, der Grund- und der Gewerbesteuer, spiegeln sich die verschiedenen Eigentums- und Erwerbsverhältnisse. Sie verdeutlichen die unterschiedlichen und komplizierten Klassenverhältnisse in Stadt und Land und gestatten einen besseren Einblick in das bunte Gemisch der Klassen und Schichten, das je nach der ökonomischen Struktur der verschiedenen Provinzen und Regierungsbezirke eine andere Zusammensetzung aufwies. Das Aufkommen an direkten Steuern (Klassen-, Grund- und Gewerbesteuer) bestand stets zur Hälfte aus Grundsteuern. Obgleich die Bevölkerung in Preußen von 1843 bis 1849 um etwa 860 000 Personen zugenommen hatte, blieb das Grundsteueraufkommen in dieser Zeit fast unverändert, das heißt, es erfolgten keine nennenswerten Veränderungen in den Grundbesitz- und Grundsteuerverhältnissen. Nach einer Mitteilung des Direktors des statistischen Büros in Berlin, F. W. C. Dieterici, an den Industriellen David Hansemann betrug 1843 die Grundsteuer 10 002 150 Taler.<sup>12</sup> Der Grundsteuerbetrag des Jahres 1845 stieg auf 10 398 973 Taler. Dazu kamen 7 618 580 Taler Klassensteuer und 2 664 373 Taler Gewerbesteuer, das heißt insgesamt 20 681 926 Taler direkte Steuern.<sup>13</sup> Nach dem Hauptfinanzetat für 1850 wurden in Preußen 10 106 493 Taler an Grundsteuern erhoben. Der Hauptfinanzetat von 1849 und 1850 erreichte etwa die gleiche Höhe, nämlich 20 400 000 Taler im Jahre 1849 und 20 339 180 Taler im Jahre 1850. Davon entfielen 7 632 126 Taler auf die Klassensteuer und nur 2 580 814 Taler auf die Gewerbesteuer. Hinzu kamen 19 747 Taler verschiedene Einnahmen, Strafgelder und andere.<sup>14</sup>

Das Gewerbesteueraufkommen, das in der Hauptsache auf die Städte entfiel, war von 1839 bis 1845 um 13,86 Prozent gestiegen, und zwar von 2 340 031 Talern im Jahre 1839 auf 2 664 373 Taler im Jahre 1845. Das Rheinland war 1845 mit 21,94 Prozent am Gewerbesteueraufkommen beteiligt, die Provinz Brandenburg einschließlich Berlin mit 18,03 Prozent, die Provinz Schlesien mit 17,54 Prozent, die Provinz Sachsen mit 12,90 Prozent, dagegen die östlichen Agrarprovinzen Preußens nur mit 9,64 Prozent, die Provinz Posen mit

<sup>12</sup> Hansen, Joseph, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830 - 1850, Bd. 1: 1830 - 1845, Essen (Ruhr) 1919, S. 882, Brief vom 21. 5. 1845.

<sup>13</sup> Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 1. Jg. 1847, S. 329 - 332.

<sup>14</sup> Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 3. Jg. 1850, S. 103.

6,25 Prozent, die Provinz Pommern mit 5,75 Prozent. Aber auch die Provinz Westfalen erbrachte 1845 nur 7,95 Prozent der Gewerbesteuer. Etwas mehr als 46 Prozent der Gewerbesteuer brachte das Handelsgewerbe, vor allem die Großkaufleute und Fabrikanten, auf, während auf die Handwerker, soweit sie überhaupt steuerpflichtig waren, nur 12 Prozent entfiel.<sup>15</sup> Am Grundsteueraufkommen war das Rheinland ebenfalls mit 21,77 Prozent beteiligt, obwohl der Anteil an der gesamten Bodenfläche nur 9,59 Prozent betrug, während die östlichen Agrarprovinzen Preußens mit einem Anteil von 23,19 Prozent an der Bodenfläche nur 9,15 Prozent beisteuerte. Die Provinz Schlesien, deren Anteil an der Bodenfläche 14,59 Prozent betrug, war mit 21,86 Prozent am Grundsteueraufkommen beteiligt. Die Grundsteuer für bebauten Boden, also die von den Hausbesitzern zu zahlende Grundsteuer, lag wesentlich höher als die Grundsteuer für die landwirtschaftliche Nutzfläche der großen Güter. Auf eine Quadratmeile entfiel im Regierungsbezirk Düsseldorf eine Grundsteuer von 6 962 Talern, in der Rheinprovinz wurden durchschnittlich pro Quadratmeile 4 652 Taler Grundsteuer gezahlt, in der Provinz Schlesien durchschnittlich 2 882 Taler, in der Provinz Preußen jedoch nur 692 Taler.<sup>16</sup>

Bei der Klassifikation der Urwähler in drei Abteilungen aufgrund des neuen preußischen Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849 war die gesamte Leistung des Wählers an direkten Steuern, das heißt an Grund-, Gewerbe- und Klassensteuer, das maßgebende Kriterium für seine Einstufung in eine der drei Abteilungen. Das Aufkommen an direkten Steuern wurde gemeindeweise und - falls sich der Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammensetzte - bezirkweise berechnet. Auf jede Abteilung entfiel ein Drittel der Steuererträge der Gemeinde bzw. des Bezirks, so daß auf die erste Abteilung mit denjenigen, die die höchsten Steuern entrichteten, zahlenmäßig weit weniger Urwähler entfielen als auf die Niedrigbesteuerten der dritten Abteilung. Aber da jede Abteilung auch ein Drittel der Wahlmänner stellte, galt die Stimme des einzelnen Urwählers in der dritten Abteilung weit weniger als die Stimme des Urwählers der ersten und auch der zweiten Abteilung.<sup>17</sup> Je nach dem Verhältnis zwischen der Zahl der Urwähler und dem Steueraufkommen ergab sich in jeder Gemeinde bzw. in jedem Bezirk für jede der drei Abteilungen ein anderer Durchschnitts- und ein anderer Mindeststeuersatz. Die unterschiedlichen sozialökonomischen Strukturen der Gemeinden und Bezirke, die verschiedenen Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in den Städten und auf dem Lande kamen hier deutlich zum Ausdruck.

Die Verordnung vom 30. Mai 1849 sah vor, daß jeder männliche preußische Staatsbürger, "welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler [ist], sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält." Die Zahl der Urwähler belief sich 1849 auf 3 255 703 Personen. Nach der Volkszählung von Ende 1846 hatten jedoch 3 661 992 männliche Personen das 24. Lebensjahr vollendet. 406 289 = 11,09 Prozent der nach dem Alter wahlberechtigten Personen hatten also noch keinen festen Wohnsitz oder empfangen Armenunterstützung oder waren zum Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt. Das Statistische Büro bezeichnete die 3 255 703 Urwähler als "diejenigen Personen und Familienhäupter . . . , von deren Erwerb hauptsächlich die Erhaltung der Bevölkerung des Staats abhängig" sei.<sup>18</sup> Da am Steueraufkommen 1849 von 20 400 000 Talern auch nicht wahlberechtigte Personen beteiligt waren, namentlich solche, die das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, entfiel auf die 3 255 703 Urwähler die Steuersumme von 17 652 599 Talern.<sup>19</sup>

15 Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, 1. Jg. 1847, S. 330 - 333.

16 Ebenda, S. 329.

17 Meyer, Georg, Das parlamentarische Wahlrecht, nach dem Tode des Verfassers hg. v. Georg Jellinek, Berlin 1901, S. 255 f.

18 Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 3. Jg. 1850, S. 86 f.

19 Ebenda, S. 94.



Von den 3 255 703 Urwählern (Tabelle II und III; siehe Anhang) gehörten 4,72 Prozent zur ersten Abteilung, 12,59 Prozent zur zweiten Abteilung, 67,47 Prozent besteuerte und 15,22 Prozent unbesteuerter zur dritten Abteilung.

Bei diesen Unbesteuerten handelte es sich zum Teil um die von der Klassensteuer befreiten ehemaligen reichsunmittelbaren Adligen, um Geistliche, Schullehrer, Offiziere und nicht mobilisierte Militärbeamte, wovon viele ihrem Einkommen und Vermögen nach eigentlich nicht zur dritten Abteilung gehören würden. Obgleich also der Klassifizierung der Urwähler überaus komplizierte Steuerverhältnisse, ja, eine "Steueranomalie" zugrunde lagen, vertrat das Statistische Büro die Auffassung, daß die Klasseneinteilung doch im allgemeinen den Kreis der Reichen und Wohlhabenden (in der ersten Abteilung), den Kreis der "Bemittelten" (in der zweiten Abteilung) und die Masse der "Unbemittelten" und Besitzlosen (in den Besteuerten der dritten Abteilung) bezeichne, mithin "etwa kaum der 20. Teil der Volkszahl des Preußischen Staats reich und wohlhabend sei, und auch nur der siebente oder achte Teil im bemittelten Stande lebe."<sup>20</sup>

In den Städten, namentlich in den größeren Städten, lagen die durchschnittlichen Steuersätze, die auf die Urwähler in den drei Abteilungen entfielen, weit höher als in den Regierungsbezirken. Dagegen wies die Tabelle der Regierungsbezirke höhere Steuersätze des Einzelnen auf, die also auf dem Lande gezahlt wurden, da sie nicht in der Tabelle der Städte erscheinen. Die höchsten Steuersätze, die von einzelnen der ersten Abteilung auf dem Lande gezahlt wurden, bewegten sich zwischen 492 und 7 856 Talern, in den Städten dagegen nur zwischen 133 und 2 172 Talern. Dazu erklärte das statistische Büro in Berlin: "Die hohen Steuersätze des Einzelnen in der ersten Abteilung beweisen, daß in einzelnen Teilen des Staats, und vorzüglich in Schlesien, sehr großer Grundbesitz in einer Hand vereinigt ist." Das Büro äußerte gleichzeitig die Meinung, daß "ähnlicher, im Staate (namentlich in den großen Städten) gewiß vorhandener großer Besitz in beweglichem Vermögen" durch die bestehenden Steuerverhältnisse noch nicht genügend erfaßt werden könnte.<sup>21</sup> Jedenfalls übertrifft das Gesamtsteueraufkommen der Urwähler von 708 077 Talern in Berlin, der größten Stadt in Preußen, bei weitem das Steueraufkommen zahlreicher Regierungsbezirke, namentlich östlicher Regierungsbezirke, wie Gumbinnen, Marienwerder, Köslin und andere mit vorwiegender Landbevölkerung. Selbst die drittgrößte Stadt Preußens, die rheinische Handelsmetropole Köln, kam mit ihrem Steueraufkommen der Urwähler von 323 587 Talern an das Steueraufkommen in den Regierungsbezirken Bromberg, Köslin und anderen heran. Zwischen der durchschnittlichen Steuerleistung eines städtischen Urwählers in der ersten und der zweiten Abteilung und der durchschnittlichen Steuerleistung eines städtischen Urwählers der dritten Abteilung bestand jedoch ein größerer Unterschied als zwischen den Durchschnittsleistungen in den Regierungsbezirken. Hier zeigt sich das Gewicht einer breiteren kapitalistischen Oberschicht bzw. zahlreicher Kaufleute und Fabrikanten mit höherem Einkommen in den Städten, dagegen gab es auf dem Lande eine weit geringere Zahl von reichen Großgrundbesitzern, die sich über die Masse der mittleren und kleinen Bauern und der Landarbeiter erhoben.

So ist auch zu verstehen, daß die durchschnittliche Steuerleistung der Urwähler der ersten Abteilung in den Städten (Tabelle III; siehe Anhang) bei weitem höher lag als bei den Urwählern der ersten Klasse in den Regierungsbezirken (Tabelle II; siehe Anhang). Während der Durchschnittssteuersatz der ersten Abteilung in den Regierungsbezirken zwischen 22,95 Talern und 66,32 Talern lag, zahlten die Urwähler der ersten Abteilung in den Städten durchschnittlich zwischen 34,71 Talern und 197,31 Talern. Auch in der zweiten Abteilung waren die durchschnittlichen Steuerleistungen der Urwähler in den Städten höher als in den Regierungsbezirken, also auf dem Lande. Auffallend ist auch, daß in den vorwiegend landwirtschaftlichen östlichen Regierungsbezirken Marienwerder, Posen, Bromberg, Köslin und Stralsund

20 Ebenda, S. 87 f.

21 Ebenda, S. 97.

der durchschnittlich auf jeden Urwähler der dritten Abteilung entfallende Steuerbetrag noch nicht einmal 2 Taler betrug, mithin also die insgesamt 345 270 Urwähler der dritten Abteilung dieser fünf Regierungsbezirke sich unter denjenigen befanden, die das niedrigste Einkommen in Preußen hatten. Nur die 5 163 Urwähler der dritten Abteilung in den beiden Stadtgemeinden Höhnscheid und Remscheid des armen Bergischen Landes blieben ebenfalls unter 2 Talern. Dagegen wurden von den 21 025 Urwählern der dritten Abteilung in den beiden Handelsmetropolen Köln und Königsberg durchschnittlich über 6 Taler gezahlt, was jedoch noch als gering bezeichnet werden muß im Vergleich zu dem hohen Durchschnittssatz von 129,13 Talern der 883 Kölner Urwähler der ersten Abteilung und von 134,01 Talern der 305 Königsberger Urwähler der ersten Abteilung. Diese recht erheblichen Unterschiede in den Steuerleistungen lassen auf noch größere Unterschiede in den Einkommensverhältnissen schließen.

### 3. Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft

Über Einkommen und Vermögen der Grundbesitzer bzw. der Bevölkerung auf dem Lande liegen keine vollständigen Angaben vor. Nach den statistischen Angaben von 1849 betrug die Zahl der Personen, die Landbau als Hauptgewerbe betrieben (einschließlich Frauen, Kinder, Dienstboten und Tagelöhner) 6 591 695. Der Landbau als Nebengewerbe ernährte 1 776 300 Personen einschließlich Frauen, Kinder, Dienstboten und Tagelöhner. Sie verteilten sich auf folgende Besitzungen:

Tabelle 14

Aufteilung der landwirtschaftlichen Besitzungen nach Betriebsgröße<sup>+</sup>  
(in Magdeburger Morgen)

Anzahl der Besitzungen	Betriebsgröße
14 696	600 und mehr
13 486	300 - 600
370 190	30 - 300
520 499	5 - 30
871 998 1/2	unter 5

+ Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, Berlin 1851, S. 820 f.

Darunter befanden sich auch Rittergüter, und zwar zählte man nach unvollständigen amtlichen Angaben aus neunzehn preußischen Regierungsbezirken - aus den fünf rheinischen Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Köln, Koblenz, Trier und dem Regierungsbezirk Stralsund liegen keine Angaben vor - 1837 insgesamt 12 015 Rittergüter mit zusammen 25 046 936 Magdeburger Morgen Bodenbesitz, 1851 insgesamt 11 990 Rittergüter mit zusammen 24 950 654 1/3 Magdeburger Morgen Bodenbesitz.<sup>22</sup>

Außerdem zählte man nach einer unvollständigen Zusammenstellung von Anfang der fünfziger Jahre in den siebzehn Regierungsbezirken (Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg, Stettin, Köslin, Stralsund, Potsdam, Frankfurt [Oder], Breslau, Oppeln, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Erfurt) insgesamt 989 Privatbesitzungen ohne Rittergutseigenschaft mit zusammen 1 493 194 Morgen Bodenbesitz, die einen jährli-

<sup>22</sup> Dieterici, F. W. C., Handbuch der Statistik des preußischen Staats, Berlin 1861, S. 317f.

chen Reinertrag von mindestens 2 000 Talern aufweisen konnten.<sup>23</sup> Doch der durchschnittliche jährliche Reinertrag der meisten Rittergüter und großen Güter mit einem Bodenbesitz zwischen 600 und 1 000 Morgen lag wahrscheinlich um 1 000 Taler. Darauf läßt ein Beispiel aus dem Rheinland schließen, das in einem Brief des Ministers v. Bodelschwingh an den preußischen König vom 14. April 1846 angeführt wird. Dem Gut Oberscheid des Rentiers Uellenberg im Regierungsbezirk und im Kreis Düsseldorf war mit königlicher "Urkunde vom 15. Juni 1844 die Ritterguts-Qualität beigelegt worden". Nun hatte dieser Rittergutsbesitzer mehrere Parzellen, etwa drei Morgen Boden, im Werte von 3 500 Talern der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft überlassen müssen. Wie der Minister dem König mitteilt, würde dadurch nicht die Ritterguts-Qualität der Besitzung beeinträchtigt, denn "es verbleiben bei dem Gute noch immer 845 Morgen 177 Quadratruten. Der Katastral-Reinertrag des ganzen Gutes ist nur unwesentlich vermindert, denn während es zur Zeit der Verleihung im Jahre 1844, nach Abzug von 169 rthlr. 26 sgr. 2 Pf. Grundsteuer nebst Beischlägen, sich auf 1 161 rthlr. 1 sgr. 7 Pf. belief, beträgt er jetzt, bei 169 rthlr. 14 sgr. 4 Pf. Grundsteuer noch immer 1 158 rthlr. 7 sgr. 1 Pf."<sup>24</sup>

Die Einschätzungskommission des Oberbürgermeisteramtes der Stadt Köln stellte 1849 bei einigen im Stadtgebiet ansässigen Besitzern größerer Höfe bzw. Güter ein jährliches Einkommen von 600 bis 2 000 Talern fest. Im Protokoll der Kommissionssitzung vom 15. Mai 1849 wird ein bürgerlicher Gutsbesitzer namens Heerff mit einem Einkommen von jährlich 2 000 Talern genannt. Dasselbe Protokoll führt einen "Ackerer" namens Nürnberg auf mit 1 000 Taler Einkommen. 600 Taler Einkommen hatte ein weiterer "Ackerer", den das Protokoll der Kommissionssitzung vom 30. April 1849 verzeichnet. Diese "Ackerer" waren jedenfalls selbständige Landwirte mit größerem Grundbesitz, die wahrscheinlich Gemüsebau betrieben und auf dem städtischen Markt für ihre Produkte einen guten Absatz fanden.<sup>25</sup>

Mit Hilfe der vom Statistischen Büro in Berlin 1849 zusammengestellten "Nachweisung der Urwahlbezirke eines jeden Regierungsbezirks, in denen die höchsten Steuersätze des einzelnen Urwählers in jeder der drei Abteilungen vorgekommen sind", ist es möglich, weitere Großgrundbesitzer zu ermitteln, die in der ersten Abteilung den höchsten Steuersatz zahlten. Die damalige preußische Provinz Schlesien mit den drei Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz und Oppeln hatte den größten Großgrundbesitz aufzuweisen. Hier befanden sich etwa ein Drittel der Rittergüter, nämlich 3 458 von 11 990 im Jahre 1851, außerdem 85 Privatbesitzungen ohne Rittergutseigenschaft mit einem jährlichen Reinertrag von mindestens 2 000 Talern.<sup>26</sup> Unter diesen Großgrundbesitzern befinden sich die drei Urwähler, die im preußischen Staat den höchsten Steuersatz zahlten, und zwar handelte es sich im Regierungsbezirk Breslau um den Besitzer von Klein Oels, Tempelgeld und Kallen im Kreis Ohlau mit einem Steuersatz von 7 856 Talern, im Regierungsbezirk Liegnitz um einen Großgrundbesitzer in Warmbrunn, Kreis Hirschberg, mit einem Steuersatz von 6 844 Talern und im Regierungsbezirk Oppeln um den Besitzer der Schloßgemeinde Ober-Glogau, Glöglischen, Hinterdorf und Weingasse im Kreis Neustadt mit einem Steuersatz von 5 458 Talern.<sup>27</sup> Im Regie-

23 Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, 1. Jg. 1863, S. 156 f.

24 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: DZA), Merseburg, 2.2.1 Nr. 14 080 betr. die allgemeinen Bestimmungen wegen der den Besitzern von Gütern zu verleihenden Ritterguts-Qualität und Landtagsfähigkeit (früher Rep. 89 H I Preußen 15), Bl. 101 f.

25 Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, VII 11 J ad. 5, Kommunal-Einkommen-Steuer. Protokolle über die Sitzungen der Einschätzungs-Commission 1849.

26 Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, 1. Jg. 1863, S. 156, 159.

27 DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 84, Nr. 88, Bl. 182. - In Warmbrunn und Umgebung lagen die Besitzungen des Grafen Schaffgotsch. (Vgl. Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im

rungsbezirk Potsdam zahlte der Besitzer des Gutes Bergsdorf im Kreis Templin, zu dem auch der Gutsbezirk Liebenberg mit Ziegelei, Brennerei, Brauerei und Kalkbrennerei gehörte, den höchsten Steuerbetrag von 1 810 Talern.<sup>28</sup>

Im Rahmen dieser Untersuchung ist es jedoch kaum möglich, in jedem einzelnen Fall den Großgrundbesitzer namentlich zu ermitteln. Wie das Beispiel aus dem Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) zeigt (Tabelle IV; siehe Anhang), handelte es sich stets um Großgrundbesitzer mit sehr umfangreichem Besitz. Den höchsten Steuersatz von 1 672 Talern im Regierungsbezirk Köln zahlte ebenfalls ein Grundbesitzer in Hemmersbach, Landkreis Bergheim.<sup>29</sup> Die höchste Steuerleistung von 168 Talern in der zweiten Abteilung kam aus dem Landkreis Köln, aus den Orten Lövenich, Weiden, Uesdorf und Junkersdorf. Hier hatten reiche Kölner Bürger erheblichen Grundbesitz, zum Beispiel in der Bürgermeisterei Hermsdahl die Bankiersfamilie Herstatt 539 Morgen, die einen Reinertrag von 1 912 Talern 18 Silbergroschen brachten, der Bankier A. Schaaffhausen 531 Morgen, die ihm 1 763 Taler, 9 Silbergroschen 10 Pfennig einbrachten.<sup>30</sup>

Die höchsten Einnahmen aus Grundbesitz, der sich in den Händen der Fürsten, Grafen und Freiherren befand, blieben unverteuert. So liegt eine Liste von 132 Namen der in Preußen ansässigen Grafen vor, "welche aus ihrem Grundbesitz angeblich mindestens 8 000 Reichstaler jährlicher Reventuen beziehen." Sie wurde Anfang 1852 von dem Königlichen Kammerherrn Rudolf von Stillfried auf der Grundlage von Angaben aus dem Jahre 1849 für den preussischen König Friedrich Wilhelm IV. angefertigt. Im Begleitbrief vom 21. April 1852 bemerkte der Kammerherr: "Ein genaueres Verzeichnis wird selbst mit Benutzung der bei dem Ministerium des Innern vorhandenen Rittergutsmatrikeln kaum erlangt werden können, da auch diese nicht bis auf die neueste Zeit herabreichen." Der Kammerherr glaubte, daß mit den 132 Namen "etwas mehr als der vierte Teil" des gräflichen Großgrundbesitzes in Preußen erfaßt sei. (Siehe Tabelle 15)

Der Grundbesitz des Grafen Henckel von Donnersmarck, Großagrarier und Großindustrieller, in Neudeck, Kreis Beuthen, Regierungsbezirk Oppeln, brachte sogar jährlich 70 000 Taler.<sup>31</sup>

Vormärz 1840 - 1847, Berlin 1966, S. 34 f. = Deutsche Akademie der Wissenschaften, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe II, Bd. 9.)

28 Vgl. Ortschafts-Statistik des Regierungs-Bezirks Potsdam mit der Stadt Berlin, Bearbeitet im Auftrage der Königlichen Regierung zu Potsdam unter Beifügung einer Historisch-Geographisch-Statistischen Übersicht desselben Landesteils von Richard Boeckh, Berlin 1861, Ortschafts-Statistik, S. 18, 24.

29 DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 94, Nr. 88, Bl. 182.

30 Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, VII 11 J 7, Communal-Einkommen-Steuer Specialia 1849.

31 DZA, Merseburg, Königliches Hausarchiv, Rep. 50 J 1402 Corresp. S, Briefe des Königlichen Kammerherren, Wirklichen Geheimen Rates, Ober-Ceremonienmeisters Rudolf von Stillfried an den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1831 - 1858), Originale, Bl. 273.

Tabelle 15

Anzahl gräflicher Grundbesitzungen in Preußen mit Einnahmen von jährlich 8 000 Talern und darüber<sup>+</sup>

Provinz	Anzahl der Besitzungen
Rheinprovinz	11
Westfalen	12
Sachsen	13
Brandenburg	15
Pommern	8
Posen	25
Preußen	10
Schlesien	38

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Königliches Hausarchiv, Rep. 50 J 1402 Corresp. S, Briefe des Königlichen Kammerherren, Wirklichen Geheimen Rates, Ober-Ceremonienmeisters Rudolf von Stillfried an den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1831 - 1858), Originale, Bl. 273.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Büros über die Urwähler in Preußen können nur 12 352 größere Gutsbesitzer als wohlhabend betrachtet werden. 257 347 ländliche Grundbesitzer, die mit "wenigstens zwei Pferden ihre Ackerwirtschaft betreiben und von 240 Morgen bis 50 Morgen nach Verschiedenheit der Provinzen Besitz haben (Köllmer, Vollbauern, Vollspänner, Ganzbauern, große Halbbauern)" werden ihrem Einkommen entsprechend in die Kategorie der Handwerker und Krämer, bzw. des Kleinbürgertums eingestuft. 314 533 Landbesitzer unter 50 Morgen, die nur mit einem Pferd arbeiten "oder mit den Nachbarn zusammenspannen, Halbspänner, Kossäthen, kleine Halbbauern" erscheinen in dieser Übersicht unter "Arbeiterklasse und ganz kleiner Besitz". In diese Klasse wurden ferner 668 400 Landleute ohne Gespann, Häusler, Eigenkätner, Büdner, Gärtner, Instleute eingestuft. Von den 1 252 632 Urwählern in der Landwirtschaft gehörte also nur knapp 1 Prozent zur Klasse der "Wohlhabenden".<sup>32</sup>

Über das Einkommen und die Abgabenbelastung der mittleren und kleinen Grundbesitzer sind nur wenige konkrete Angaben zu finden.<sup>33</sup> So liegt zum Beispiel eine Lokaluntersuchung über die Lage der Einwohner der westfälischen Gemeinde Erlinghausen aus dem Jahre 1846 vor, die interessante Aufschlüsse über Einkommen und Abgaben von Bauern mit kleinem Landbesitz vermittelt. Die "Untersuchung der Ursachen des in den Gebirgsgegenden des Herzogtums Westfalen nicht selten vorkommenden Notstandes Einzelner sowohl als der Mehrzahl der Einsassen ganzer Dorfschaften und Gemeinden", die das Regierungspräsidium in Arnberg am 10. Juli 1846 mit einem Begleitschreiben dem preußischen Innenministerium übersandte, wies darauf hin, daß "die Domainen-Prästantiarien des aufgehobenen Klosters Bredelar" die Bauern sehr bedrückten und es notwendig sei, "einzuschreiten und durch Erleich-

<sup>32</sup> Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 2. Jg. 1849, S. 27 - 32.

<sup>33</sup> Vgl. dazu Meitzen, August, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates, Bd. 8, Berlin 1908, S. 383 f.; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 180 f.; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1964, S. 221 f.; Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution, a. a. O., S. 121 f.

terung des offenbar überlasteten Grundeigentums einen besseren Zustand der Dinge herbeizuführen." Nur bei dem in der Tabelle an erster Stelle stehenden größten Grundbesitzer der Gemeinde wird bemerkt: "Befindet sich in ziemlich guten Vermögensverhältnissen."<sup>34</sup> Die meisten Einsassen waren jedoch erheblich verschuldet, da der erzielte Reinertrag kaum ausreichte, um alle Abgaben zu leisten. (Siehe Tabelle V im Anhang: Übersichtliche Darstellung der Besitz- und Belastungsverhältnisse der Eingesessenen zu Erlinghausen.) Wenn auch die Ernährung der Familie durch die eigene Ernte recht und schlecht gesichert war, so fehlten doch gänzlich die Mittel für andere Anschaffungen, namentlich auch für den Ankauf von Werkzeugen und Geräten. Das Lebensniveau aller Bauern, selbst bei einem Landbesitz zwischen 50 und 100 Morgen, entsprach dem eines Landarbeiters. Der aus dem Grundbesitz von den Bewohnern der Gemeinde Erlinghausen erzielte Reinertrag belief sich insgesamt auf 1 335 Taler, 2 Silbergroschen, 1 Pfennig, aber die Gesamtsumme der zu leistenden Abgaben lag um 800 Taler höher.

Tabelle 16

Gesamtsumme der zu leistenden Abgaben der Bewohner der Gemeinde Erlinghausen<sup>+</sup>

Abgabenart	Summe
Grundsteuer	182 Tlr. 21 Sgr. 8 Pf.
Klassensteuer	155 " 15 "
Gewerbsteuer	3 "
Kommunal-, Kirchensteuer usw.	328 " 2 "
Dominalabgaben	406 " 27 " 10 "
Grundabgaben an Private usw.	50 " 8 "
Zinsen für Darlehen	1 008 " 29 " 7 "
Insgesamt	2 135 Tlr. 14 Sgr. 1 Pf.

+ Siehe Tabelle V im Anhang.

Die von den Bewohnern der Gemeinde Erlinghausen aufgenommenen Darlehen hatten bereits die Gesamtsumme von 20 256 Talern erreicht. Wie dazu vom Regierungspräsidium erläutert wurde, hatten die Mißernten der letzten Jahre zur Folge, daß viele Einwohner zu den "schon von ihren Vorfahren überkommenen bedeutenden Schulden forthin größere Schulden kontrahieren" mußten, und nun zu befürchten sei, "daß sich nur wenige noch daraus zu retten vermögen." 53 Einwohner waren bereits mit ihren Zahlungen in Rückstand geraten; bei 26 von ihnen hieß es, daß keine pfändbaren "Mobilien" vorhanden seien, und sie sich "bei ihren übergroßen Schulden in ihrem Grundbesitz nicht lange mehr erhalten können." Das Dorf Erlinghausen war aber durchaus kein Einzelfall, obwohl dort im Vergleich zu "anderen Ortschaften derselben Gegend" der Mangel an Wiesen und Holzungen die Lage erschwerte.<sup>35</sup> Klein- und Mittelbauern gerieten mehr und mehr in finanzielle Abhängigkeit von den Bankiers und Kaufleuten, denen sie für die gewährten Darlehen ständig zu Zinszahlungen ver-

<sup>34</sup> DZA, Merseburg, Rep. 77, Tit. 305, Nr. 18, Bd. 1, Bl. 104 f.

<sup>35</sup> Ebenda, Bl. 119 - 121.

pflichtet waren, ohne Aussicht, das Darlehen zurückzahlen zu können. Die Mißernten der Jahre 1845/1846 beschleunigten den Ruin der kleinen und mittleren Bauern. Das Existenzniveau dieser Bauern entsprach dem der Landarbeiter ohne Grundbesitz. Aus einer "Nachweisung von den landüblichen Lohnsätzen und den sonstigen Unterhaltungskosten des gewöhnlichen städtischen und ländlichen Gesindes im Regierungsbezirk Posen", die der Regierungspräsident am 9. März 1840 an den Generaldirektor der Steuern in Berlin sandte, geht die Höhe des Durchschnittsjahreslohns von Knechten und Mägden hervor.

Tabelle 17

Durchschnittsjahreslohn von Knechten und Dienstmädchen in Posen im März 1840<sup>+</sup>

Gesindegruppe	Durchschnittsjahreslohn			Unterhaltungskosten		
	Tlr.	Sgr.	Pf.	Tlr.	Sgr.	Pf.
Knecht in der Stadt	16	22	11	35	11	3
Knecht auf dem Land	16	22	9	30	29	9
Schäferknecht	22	29	5	31	9	2
Dienstmädchen in der Stadt	9	25	7	28	22	7
Dienstmädchen auf dem Land	8	24	2	25	16	2

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 151 II, Nr. 1697, Bl. 124.

Es bleibt dahingestellt, ob wirklich in jedem Falle der genannte Betrag für Unterhaltungskosten vom Gutsherrn aufgewandt wurde.

Auf der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Hauptvereins von Westfalen im August 1848 wurde festgestellt, daß die Tagelohnsätze für Landarbeiter, die nicht in Kost stehen, sehr unterschiedlich seien, im Durchschnitt bei 8 Silbergroschen pro Tag lägen, jedoch mancherorts nur 5 bis 7 Silbergroschen bezahlt würden, so daß in keinem Fall der Tagelöhner über 80 Taler Jahresverdienst hinauskomme, weil im allgemeinen im höchsten Falle mit 300 Arbeitstagen gerechnet werden könne. Für die notwendigsten Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie (fünf Personen) wurden jedoch nach genauen Berechnungen im Jahr wenigstens 134 Taler benötigt.<sup>36</sup>

Die gleichen Verhältnisse bestanden in den anderen Provinzen. Aus den Berichten, die dem Landes-Ökonomie-Kollegium in Berlin auf seine Umfrage vom 22. Juni 1848 aus allen preußischen Provinzen über die Lage der ländlichen Arbeiter zungen, ergibt sich, daß das Existenzniveau der Masse der Büdner, Einlieger und Landarbeiter, laut Gewerbestatistik etwa vier Millionen, an der äußersten untersten Grenze lag. Nach einem Bericht des Landwirtschaftlichen Vereins von Haasenfelde in der Provinz Brandenburg vom 26. Juli 1848 konnten Büdner, Einlieger und Landarbeiter im Sommer bei elf- bis dreizehnstündiger Arbeitszeit nur mit einem Tagelohn von 7 1/2 Silbergroschen rechnen, im Winter bei neunstündiger Arbeitszeit nur mit 6 Silbergroschen. Die jährlichen Ausgaben einer Arbeiterfamilie auf dem Lande werden mit 70 Talern angegeben, eine Summe, die ein Arbeiter auf einem Rittergut nur dann aufbringen konnte, wenn Frau und Kinder ebenfalls auf dem Gut arbeiteten. Der Berichterstatter schloß seine Darlegung mit der Bemerkung: "Eine Verbesserung der Lage der Handarbeiter scheint schon aus Menschenpflicht nötig; ich fürchte aber - nach

<sup>36</sup> Landwirtschaftliche Zeitung, Nr. 36, Münster, 6. 9. 1848, S. 282 - 285. - Das Exemplar der Zeitung befindet sich in: DZA, Merseburg, Rep. 164 a, Nr. 99, Bl. 49.

meinen eigenen Erfahrungen - sie ist unausführbar; denn überall fand ich bei den Arbeitgebern guten Willen, aber einen gelähmten Daumen, sobald es sich darum handelte, einen Pfennig Tagelohn mehr zu geben." In seinem Begleitbrief vom 1. August 1848 machte der Berichterstatter darauf aufmerksam, daß "die Gegenwart außer Aufhebung der Schulgelder fast noch nichts an den Verhältnissen dieser Arbeiter geändert hat", und es noch sehr fraglich sei, ob sich in der Zukunft etwas ändern werde.<sup>37</sup>

Aus einer "Zusammenstellung des Verdienstes und Verbrauchs der ländlichen Arbeiter, welche eigenes Besitztum haben, sich aber ihren Unterhalt erwerben müssen", geht hervor, daß im Kreis Soldin der Provinz Brandenburg selbst Häusler nur auf eine jährliche Einnahme von 75 Talern kamen, aber für den Lebensunterhalt im Jahr 98 Taler erforderlich waren, so daß ein Minus von 23 Talern blieb.<sup>38</sup> Im Weißenfelder Kreis der Provinz Sachsen boten die Braunkohlengruben den Landarbeitern bessere Verdienstmöglichkeiten. Nicht nur Tagelöhner, sondern auch Einlieger und Häusler erhielten in den Monaten Oktober bis März einen Wochenlohn von 2 Talern, in den Monaten April bis September bei Akkordarbeit durchschnittlich wöchentlich 3 Taler, so daß der Jahresverdienst eines Mannes 125 Taler betrug. Der Nebenverdienst der Frau für "Abfahren und Aufsetzen der trockenen Steine" im Sommer wird mit 15 Talern angegeben. Auf den Gütern der Provinz Sachsen zahlte man den Arbeitern zwar keinen höheren Tagelohn, doch erhielten sie in der Erntezeit einen Anteil an Roggen, Weizen, Kartoffeln usw.<sup>39</sup>

Auch im Rheinland strebten nicht nur Landarbeiter und Heuerlinge, sondern auch Häusler mit kleinem Landbesitz danach, ihren Lebensunterhalt in den ständig an Zahl und Umfang zunehmenden Fabriken zu erwerben. Die Direktion der Lokal-Abteilung V. des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, der die Kreise Elberfeld und Lennepe umfaßte, berichtete dem Landes-Ökonomie-Kollegium am 31. Juli 1848, daß die kleinen Landbesitzer nicht mehr genügend Verdienst "auf landwirtschaftlichem Gebiet" finden können. "Vielmehr bieten lediglich die gewerblichen und industriellen Verhältnisse die erforderliche Aushilfe, woraus denn auch folgt, daß das Auskommen der ganzen Klasse der Häusler und Kolonisten allen Schwankungen ausgesetzt ist, von denen Handel und Gewerbe betroffen werden. - Die Mehrzahl solcher Arbeiterfamilien sucht und findet bei der Fabrikation von Wollen-, Baumwollen-, Seiden- und Eisenwaren Arbeit und Verdienst, während andere sich mit dem Handel von Victualien, der bei der dichten Bevölkerung sehr schwunghaft betrieben wird, befassen." Es wird ferner darauf hingewiesen, daß sich die Lage dieser kleinen Haus- und Landbesitzer kaum von "derjenigen besitzloser Heuerlinge" und Einlieger unterscheidet, da das kleine Eigentum "bis zu einer solchen Höhe mit Schulden belastet ist, daß der Zinsbetrag dem Betrag der Miete, welche ein Einlieger oder Heuerling entrichten muß, mehr oder weniger annähernd gleichkommt." Auch von den letzteren heißt es, daß sie "für ihren Erwerb fast ausschließlich auf die Fabrikätigkeit angewiesen sind."<sup>40</sup> Das galt auch für andere Kreise der Rheinprovinz.

Aus anderen Berichten, so zum Beispiel aus Westfalen, geht hervor, daß sich die Zahl der Tagelöhner in den letzten Jahren ständig erhöht habe und eine immer größere Anzahl der Landarbeiter genötigt sei, sich der Stadt zuzuwenden. "Die Vermehrung dieser Arbeiter hat schon seit Jahren in den Städten zugenommen und hat wohl teilweise darin mit ihren Grund, daß die Ansiedlung auf dem Lande erschwert werden mußte und daß wegen Mangel an Wohnungen auf demselben die Tagelöhner- und Gesindeklasse genötigt war, im Falle der Verheiratung in der Stadt sich niederzulassen", heißt es im Bericht des Direktors des landwirt-

37 DZA, Merseburg, Rep. 164 a, Nr. 96 b, Bd. 1, Bl. 33, 60 f., 70 f.

38 Vgl. ebenda, Bl. 153.

39 Ebenda, Rep. 164 a, Nr. 98, Bl. 17 f.

40 Ebenda, Rep. 164 a, Nr. 100, Bl. 8 f.



schaftlichen und Gewerbevereins in Soest (Westfalen) vom 6. September 1848. Im übrigen verschwieg auch dieser Bericht nicht die Tatsache, daß "der größere Teil" der Tagelöhner und Landarbeiter "in mißlichen Verhältnissen lebt" und der Verdienst unzureichend sei.<sup>41</sup>

Von den 6 591 695 Personen einschließlich Frauen und Kinder, die sich 1849 vom Landbau als Hauptgewerbe nährten, lebten demnach noch nicht einmal die Hälfte in Verhältnissen, die im günstigsten Falle als befriedigend bezeichnet werden konnten, und nur bei den Großgrundbesitzern konnte von guten Verhältnissen die Rede sein. Bei den 1 776 300 Personen einschließlich Frauen und Kinder, die 1849 Landbau als Nebengewerbe betrieben, hing der Lebensstandard bereits davon ab, welche Verdienstmöglichkeiten in Handel, Gewerbe und Industrie geboten wurden. (Siehe Tabelle I im Anhang.) Wenngleich 1849 nur 4 616 912 Personen in den Städten, dagegen 11 714 275 auf dem Lande lebten, war doch bereits über die Hälfte der Bevölkerung auf Handel, Gewerbe und Industrie angewiesen, nämlich, neben den 1 776 000 Personen, denen der Landbau nur Nebengewerbe war, noch 7 702 356 Personen einschließlich Frauen und Kinder. Die 260 836 Militärpersonen nebst Familienangehörigen blieben unberücksichtigt.

Die kapitalistische Ausbeutung bestimmte die Lage des größten Teils dieser Bevölkerung, wobei besonders charakteristisch war, daß der "ländliche Nebenverdienst, die selbstgebaute Kartoffel ... das kräftigste Mittel zum Herabdrücken des Lohns für den Kapitalisten" wurde, worauf Friedrich Engels im Brief an Karl Kautsky vom 8. November 1884 besonders aufmerksam machte.<sup>42</sup>

41 Ebenda, Rep. 164 a, Nr. 99, Bl. 26. - Weitere Berichte wurden veröffentlicht in Die ländliche Arbeiterfrage. Beantwortet durch die bei dem Königl. Landes-Oeconomie-Collegium aus allen Gegenden der preußischen Monarchie eingegangenen Berichte landwirtschaftlicher Vereine über die materiellen Zustände der arbeitenden Classen auf dem platten Lande, hg. v. Alexander Lengerke, Berlin 1849.

42 Engels an Kautsky in Zürich, 8. 11. 1884, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 231. - Am 11. 12. 1884 schrieb Engels an August Bebel: "Das Kartoffelstück, die Kuh, das bißchen Ackerbau erlaubt, die Arbeitskraft unter dem Preis zu verkaufen; es zwingt dazu, weil es den Arbeiter an die Scholle fesselt, die ihn doch nur zum Teil ernährt." (Ebenda, S. 252.)

Tabelle I

Berufliche Gliederung der Bevölkerung in Preußen nach der Gewerbezahl von 1849<sup>+</sup>

	Eigentümer bzw. Geschäftsinhaber	Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge
Bankiers	439	864
Großkaufleute/Fabrikanten	3 773	6 311
Weinhandlungen	1 039	1 004
Getreidehandlungen	3 667	1 245
Holzhandlungen	3 235	781
Wollhandlungen	397	248
Geld-, Waren- und Schiffsmakler im Großhandel	353	
Makler im Kleinhandel, Güterbestätiger, Speditoure	1 556	
Kaufleute bzw. Händler, welche offene Läden verschiedener Art halten	39 271	23 670
Krämer, Trödler, Höker, (Vieh-, Kohlen-, Lumpenhändler)	84 190	
Rentiers, Pensionäre mit gutem und hinreichendem Einkommen	54 558	
Staatsbeamte		
in höherer Stellung	7 461	
in mittlerer und unterer Stellung	31 425	
Kommunalbeamte		
in höherer Stellung	643	
in mittlerer und unterer Stellung	15 466	
Ärzte	5 558	
Apotheken	1 465	
Gast- und Schankgewerbe		
Größere Gasthöfe	4 447	
Krüge und Ausspannungen	22 938	
Speisewirte	1 922	
Schankwirte, Tabagisten	43 670	
Musikanten in Wirtshäusern		9 738
Fracht- und Fuhrunternehmen	7 720	8 085
Schriftgießereien, Druckereien, lithographische Anstalten	1 141	5 638
Buchhandlungen, Antiquare, Leihbibliotheken	1 471	858
See- und Fluß-Schiffahrt		36 090

	Meister	Gesellen und Lehrlinge
<b>Handwerker und mechanische Künstler</b>		
a) Handwerker zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, d. h. Bäcker, Konditoren, Fleischer, Fischer, Gärtner, Verfertiger von Produkten aus Getreide, Mehl, Kartoffelstärke	58 199	32 470
b) Handwerker des Bekleidungsgebietes, d. h. Gerber, Schuhmacher, Handschuhmacher, Kürschner, Sattler, Schneider, Putzmacher, Knopfmacher, Hutmacher, Tuchbereiter, Färber, Bleicher, Wollspinner, Strumpfwirker, Leinen-Garnspinner, Friseure usw.	261 519	142 876
c) Bau-Handwerker, d. h. Tapezierer, Zimmerleute, Maurer, Brunnenbauer, Ziegeldecker, Steinhauer, Pflasterer, Schornsteinfeger, Töpfer, Glaser, Anstreicher, Mühlenbauer usw.	35 165	123 063
d) Handwerker in Metall, d. h. Grobschmiede aller Art, Schlosser, Gürtler, Kratzenmacher, Kupferschmiede, Zinngießer, Rot- und Gelbgießer, Klempner, Nadler, Eisen- und Bleigießer, Schleifer, Pumpenmacher usw.	64 576	46 085
e) Handwerker in Holz, d. h. Tischler, Stellmacher, Wagenbauer, Böttcher, Drechsler, Verfertiger von Holz- und Spielwaren aller Art, Bürstenbinder, Korbwarenmacher usw.	92 574	47 435
f) Mechanische und andere in der Gewerbetabelle aufgeführte Künstler, wie Porzellanmaler, Bildhauer, Kupferstecher, Formstecher, Mechanici für die verschiedenen Instrumente, Uhrmacher, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Buchbinder, Musiklehrer, Schauspieler usw.	10 410	7 618
g) Andere Gewerbetreibende, wie Seifensieder, Sellaer, Segelmacher, Zigarrenmacher, Pechsieder, Kahnführer usw.	12 789	7 594

In den 7 Kategorien von Handwerkern und mechanischen Künstlern der Gewerbetabelle

zus.: 942 373

davon 407 141 Gesellen und Lehrlinge

Nach der Fabrikentabelle entfielen auf die Fabrikanstalten außerdem noch

	Arbeiter
1. Maschinenspinnerei	25 420
2. Gewerbsmäßige Weberei	266 947
3. Mit der Weberei in Verbindung stehende Fabrikanstalten	26 006
4. Mühlenwerke	64 539
5. Metallfabriken usw.	95 211
6. Andere Fabriken	61 414
7. Brauereien, Brennereien usw.	31 298

(Doppelzählungen bei Webern, die sowohl für eigene Rechnung wie für Lohn arbeiten, die also sowohl von der Gewerbetabelle wie von der Fabrikentabelle erfaßt werden, erklären die unterschiedlichen Angaben über die Zahl der Arbeiter.)

Handarbeiter und Tagelöhner, wie Holzhauer, Chaussee- und Eisenbahnarbeiter	männlich	934 233
(Wäscherinnen usw.)	weiblich	679 719
	<b>zusammen:</b>	<b>1 613 952</b>

Gesinde (Knechte und Mägde)		
männliches Gesinde aller Art		592 675
weibliches Gesinde aller Art		714 239
	<b>zusammen:</b>	<b>1 306 914</b>

Nach der Gewerbetabelle betrug die Zahl der Personen, welche sich vom Landbau nähren, einschließlich Frauen, Kinder, Dienstboten und Tagelöhner:

als Hauptgewerbe	8 591 695
als Nebengewerbe	1 776 300
<b>zusammen:</b>	<b>8 367 995</b>

+ Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, hg. v. Statistischen Bureau zu Berlin, Bd. 5, Berlin 1854, S. 800 - 881; Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Bureaus, 1. Jg. 1861, S. 50; 3. Jg. 1863, S. 235, 238.

Tabelle II

Zahl der Urwähler Preußens in den Regierungsbezirken<sup>+</sup>

Regierungs- bezirke	Bevölkerung 1846	Zahl der Urwähler besteuert			unbesteuert	Summe der Urwähler
		1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.		
1. Königsberg	841 799	7 602	20 004	113 558	22 282	163 446
2. Gumbinnen	626 485	7 348	16 249	74 974	12 782	111 353
3. Danzig	398 742	3 548	10 045	53 502	16 027	83 122
4. Marienwerder	607 539	5 899	16 980	81 321	9 613	113 813
5. Posen	890 366	9 629	26 434	119 473	17 357	172 893
6. Bromberg	460 552	4 878	13 491	58 554	6 893	83 816
7. Potsdam mit Berlin	1 152 295	10 882	27 138	160 921	50 942	249 883
8. Frankfurt	830 490	9 439	24 144	115 105	25 779	174 467
9. Stettin	537 792	4 728	12 199	74 718	17 558	109 203
10. Köslin	429 707	3 260	10 189	57 717	13 757	84 923
11. Stralsund	180 793	1 460	4 135	28 205	4 337	38 137
12. Breslau	1 165 994	9 019	27 320	166 436	38 183	240 958
13. Oppeln	978 493	9 691	26 681	114 885	18 306	169 563
14. Liegnitz	905 762	8 225	24 701	113 736	26 180	192 842
15. Magdeburg	664 771	5 896	15 231	107 786	19 833	148 746
16. Merseburg	713 066	7 818	19 104	102 502	23 642	153 066
17. Erfurt	337 252	3 629	10 087	47 822	10 226	71 764
18. Münster	417 745	3 748	9 081	62 405	20 761	95 995
19. Minden	455 571	3 713	9 334	62 482	13 622	89 151
20. Arnberg	563 630	5 651	14 065	80 094	20 517	120 327
21. Köln	484 183	4 641	13 831	69 033	18 343	105 848
22. Düsseldorf	887 534	6 356	18 058	134 769	31 531	190 714
23. Koblenz	487 230	7 189	16 717	64 317	17 494	105 717
24. Trier	477 858	6 228	15 130	59 656	19 839	100 853
25. Aachen	399 975	3 331	9 597	52 522	19 653	85 103
Im Staat überhaupt	15 895 624	153 808	409 945	2 196 493	495 457	3 255 703

+ Diese Zahl enthält nicht die Militärpersonen einschließlich ihrer Familien.

Quelle: Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 77, Tit. 98, Nr. 88 betr. die am 29. Juni eingegangenen Übersichten der den Wahlen zum Grunde liegenden statistischen Verhältnisse und der Wahl-Resultate, Bl. 173; Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 3. Jg. 1850, S. 85, 93 f.

Gesamt-Steuer- auf- kommend. Urwähler in Taler	Davon durchschnittlich auf jeden Urwähler in Taler			Der höchste Steuersatz des ein- zelnen beträgt in Taler		
	1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.	1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.
790 213	38,02	12,77	2,16	1 228	307	103
486 749	22,95	9,84	2,11	1 038	121	59
366 080	36,59	12,03	2,16	1 030	165	78
495 000	30,35	9,45	1,94	1 051	273	70
720 933	26,94	8,78	1,92	2 086	363	21
335 623	24,41	8,08	1,84	1 179	210	24
1 629 817	51,28	19,94	3,30	2 172	489	69
794 579	29,05	10,87	2,24	1 280	376	35
605 840	45,07	16,23	2,61	1 083	756	158
349 894	38,90	11,14	1,88	951	372	45
173 308	46,37	13,12	1,82	4 006	250	183
1 451 274	62,43	16,48	2,63	7 856	805	81
859 166	33,00	11,52	2,34	5 458	714	59
1 118 558	50,03	14,40	2,63	6 844	525	75
1 118 683	66,32	24,22	3,33	1 676	941	107
1 107 617	48,44	19,28	3,52	2 267	189	87
403 730	38,17	13,35	2,69	492	171	45
576 682	52,63	21,01	3,02	3 956	419	36
535 881	49,25	19,04	2,81	1 240	613	53
643 440	39,24	15,12	2,61	1 527	450	44
729 936	54,40	17,59	3,41	1 672	168	34
966 523	52,44	17,69	2,33	2 443	335	81
521 680	24,64	10,36	2,66	530	52	21
485 812	26,50	10,65	2,63	1 195	86	39
385 581	39,53	13,36	2,39	605	120	22
17 652 599	40,62	14,06	2,57			

Tabelle III

Zahl der Urwähler Preußens in Städten mit über 10 000 Zivileinwohnern<sup>+</sup>

Städte	Bevölkerung 1846	Zahl der Urwähler besteuert			unbesteuert	Summe der Urwähler
		1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.		
1. Berlin	343 825	2 350	7 352	45 255	22 120	76 957
2. Breslau	106 687	750	2 091	13 492	6 326	22 659
3. Köln	85 442	883	2 861	15 936	1 377	21 057
4. Königsberg	70 378	305	804	5 089	10 169	16 367
5. Magdeburg und Vorstädte	63 125	446	1 534	10 872	1 583	14 435
6. Danzig	60 577	238	792	4 914	7 530	13 464
7. Aachen	47 518	160	660	8 567	29	9 416
8. Stettin	41 293	259	668	5 510	2 860	9 297
9. Elberfeld m. Umgeb. 48 769	38 243	227	799	7 294	866	9 186
10. Posen	38 027	184	611	4 892	4 438	10 125
11. Barmen	34 924	162	474	4 973	642	6 251
12. Krefeld	33 525	201	596	5 917	266	6 980
13. Halle	32 134	172	522	3 175	2 726	6 595
14. Potsdam	30 233	182	511	3 351	1 747	5 791
15. Frankfurt	28 481	191	596	4 763	303	5 853
16. Erfurt	26 678	212	620	4 737	737	6 306
17. Düsseldorf m. Umgeb. 41 094	25 740	183	518	7 736		8 437
18. Elbing	22 020	77	288	3 512	328	4 205
19. Münster	21 242	166	417	3 220	495	4 298
20. Koblenz	19 475	149	299	1 231	4 165	5 844
21. Halberstadt	18 462	103	361	3 173	222	3 859
22. Görlitz	17 455	198	496	2 799	86	3 579
23. Trier	16 973	78	264	1 577	1 201	3 120
24. Stralsund	16 912	201	520	3 028	47	3 796
25. Höhnscheid, Mer- scheid u. Wald	16 552	157	433	3 316		3 906
26. Bonn	16 356	100	262	1 396	1 327	3 085
27. Brandenburg	16 259	107	372	2 456	1 103	4 038
28. Burg	14 401	101	337	2 093	376	2 907
29. Liegnitz	14 080	118	415	2 439	613	3 585
30. Quedlinburg	13 851	51	239	2 505	355	3 150
31. Naumburg	13 553	105	416	1 385	797	2 703
32. Mühlhausen	13 437	124	350	1 952	242	2 668
33. Nordhausen	13 391	77	356	1 723	326	2 482
34. Tilsit	12 582	69	242	1 942	407	2 660
35. Eupen	12 473	39	159	1 767	828	2 793
36. Remscheid	12 454	93	281	1 852	370	2 596
Zusammen	1 408 768	9 208	28 396	199 839	77 007	314 450

<sup>+</sup> Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 77, Tit. 98, Nr. 88, Bl. 174 f., 178 f.; Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 3. Jg. 1850, S. 89, 98 f.

Gesamt-Steuerauf- kommend. Urwähler in Taler	Davon durchschnittlich auf jeden Urwähler in Taler			Der höchste Steuersatz des ein- zelnen beträgt in Taler		
	1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.	1. Abt.	2. Abt.	3. Abt.
708 077	101,90	32,12	5,27	2 172	60	18
189 365	97,52	28,78	4,23	1 291	94	28
323 587	129,13	37,70	6,37	468	75	34
109 824	134,01	45,06	6,43	560	101	33
124 097	95,76	26,62	3,64	1 276	67	20
81 615	132,61	34,20	3,23	1 030	88	29
58 162	121,32	29,40	2,26	529	63	18
73 190	94,27	36,52	4,12	316	62	24
60 637	94,21	25,65	2,57	602	66	22
54 671	105,01	30,94	3,56	709	80	21
39 291	80,86	27,65	2,63	290	45	17
36 059	59,85	20,15	2,03	406	34	12
46 274	90,62	29,73	4,78	278	54	18
52 794	99,51	34,63	5,07	892	58	23
39 592	69,18	22,19	2,76	227	48	12
30 139	48,43	16,13	2,08	302	26	10
62 975	120,31	40,51	2,71	565	78	29
27 162	117,70	31,19	2,59	587	60	17
38 633	77,71	30,86	3,99	366	47	20
25 495	57,28	28,36	6,89	251	42	21
30 247	97,90	27,92	3,18	915	49	16
22 790	38,42	15,30	2,71	145	24	10
26 304	112,76	33,17	5,55	462	72	22
24 747	41,35	15,75	4,07	148	28	10
14 820	34,71	10,87	1,41	1 472	51	10
28 424	94,98	36,45	6,72	289	57	24
23 634	73,61	21,21	3,20	316	42	16
17 271	57,07	17,07	2,75	455	28	11
17 900	51,02	14,28	2,44	898	48	9
26 326	171,55	36,98	3,49	699	82	19
20 901	66,61	16,73	5,02	1 211	32	9
18 309	49,38	17,43	3,12	151	29	11
38 846	197,31	43,15	4,81	531	112	20
23 968	115,88	32,97	4,12	684	83	21
13 341	114,44	27,78	2,50	318	59	16
10 440	37,58	12,37	1,87	133	21	8
2 539 904						

Aus technischen Gründen erscheint Tabelle IV erst auf Seite 120.

Tabelle V

Übersichtliche Darstellung der Besitz- und Belastungsverhältnisse der Eingesessenen zu Erlinghausen

Namen	Besitzungen	Größe			Reinertrag			Grundsteuer		
		Morgen/Ruten/Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.
1 Johann Aßhauer	Erlinghausen	126	153	13	89	11	2	12	10	7
	Obermarsberg	47	10	40	18	2	6	6	19	4
	Niedermarsberg	4	17	15	1	10	6			
2 Johann Brost v. Legen	Erlinghausen	43	2	56	19	3	9	2	19	4
3 Franz Degen v. Stiens	Erlinghausen	37	115	52	15	2	2	2	2	6
	Niedermarsberg	1	16	40			13	1		
4 Eheleute Dominikus Degen	Erlinghausen	20	129	51	6	18	4		27	5
5 Johann Düllmann v. Corporaes	Erlinghausen	8	121	47	6	9	5		26	1
	Obermarsberg	1	100	45			27	8	3	9
6 Otto Düllmann Einlieger	Erlinghausen	4	72	80	2	7	5		9	4
7 Johann Düllmann Bergmann	Erlinghausen	3	163	21	3	27	6		16	3
8 Franz Emmerich v. Casselfranz	Erlinghausen	14	75	92	9	27	3	1	11	1
9 Heinrich jetzt Johann Anton Emmerich v. Casseljohn	Erlinghausen	69	32	8	27	21		3	24	10
	Obermarsberg	8	106	35	5	3	10		21	1
10 Franz Figge v. Schreiners	Erlinghausen	11	128		8	29	8	1	7	3
11 Jodokus Fieseler v. Dicken	Erlinghausen	64	123	94	16	22		5	28	
	Obermarsberg	30	4	30	27	24	2	3	25	2
12 Johann Wilhelm Fieseler v. Klocken	Erlinghausen	34	143	42	12	14	8	1	21	10
13 Wilhelm Fieseler v. Wallmeier	Erlinghausen	80	175	24	38	6	6	5	8	5
	Obermarsberg	11	173	75	11	1	1	1	15	8
14 Christian Fust	Erlinghausen	8	151	60	3	6	11		13	5
15 Johann Heinrich u. Maria Gertrud Fust Minor	Erlinghausen	5	115	80	1	12	3			

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen						Schulden						
	Tlr.	Sgr.	Pfg	Abgabe an die Domäne			Abgabe an Private oder Instleute			Kapital	jährl. Zinsen					
Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Tlr.	Sgr.	Pfg	
6			20	4	3	23	11	9	4	6	3					
3			6	19	2	13	1	10	1	6	10	700		34		
3			1	8	1	6	22	11		8		420		21		
1			1	9		1		3		21	3	230		11	15	
1	15		1	28	10	1	8	5		11	9	160		8		
				9	10	1	5	6			9	100		5		
1			2	6			22	8		11	9	60		3		
2			7	17	7	1	22	7		10	1	200		8		
2			8	23	5	9	9	10	1	6	1	800		40		
3			3	8	1	1		11		10	1	300		14	22	6
4			10	26	11	11	22	7	1	18	2	800		40		
1	15		3	6	4	6	9		3	10	11	200		9		
6			12		2	16	7	3		2	3	400		20		
						1	4	7								
							25	10								

Namen	Besitzungen	Größe	Reinertrag						Grundsteuer		
			Morgen/Ruten/Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg		
16 Franz Fust v. Schanzen	Erlinghausen	3	57	30	2	6	7		9	3	
	Niedermarsberg		98	50		6	7				
17 Franz Fust v. Bünneken Landwirt	Erlinghausen	67	134	32	47	15	8	6	17	1	
	Obermarsberg	10	160	40	5	19	2				
	Niedermarsberg	6	22	10	2	13	5				
	Niedermarsberg	6	147		1	10	11				
18 Johann Fust v. Barben	Erlinghausen	37	76	94	19	26		2	22	4	
19 Johann Fust aus Grumpen Hause	Erlinghausen	3	157	15	1	25	10		7	8	
20 Fust v. Grumpen modo Joseph Clars	Erlinghausen	92	150	39	43	3	4	5	28	9	
	Niedermarsberg	4	34	86	2	7	1				
21 Domenikus Fust v. Franzes	Erlinghausen	12	111	25	7	13	9	1	5		
22 A. Gerlach v. Kleibers/ Chr. Münzer/	Erlinghausen	18	104	80	7	18	2	1	1	6	
23 Johann Gerlach v. Schmides	Erlinghausen	36	66	60	14	12	6	1	29	9	
	Obermarsberg	13	48	95	7	22		1	2		
	Niedermarsberg	6	111	57	3	17	6				
24 Heinrich Gerlach v. Peters	Erlinghausen	12	114	80	6	6	11		25	11	
	Niedermarsberg		108	80		3	7				
25 Hermann Gerlach v. Römers Landwirt	Erlinghausen	23	82	47	10	10	6	1	12	11	
	Obermarsberg	2	39	90	1	6	5		7	11	
26 Johann Gerlach v. Klufmeier	Erlinghausen	121	28	94	56	18	5	7	24	9	
	Obermarsberg	13	159	15	13	9	11	1	25	1	
	Niedermarsberg	4	105	56	7	28	10				
27 Johann Gerlach v. Dockeses	Erlinghausen	15	167	89	7	2	7		29	4	
	Obermarsberg	10	153	60	4	29	5		20	8	
28 Wilhelm Gerlach v. Fustes	Erlinghausen	11	60	88	5	8	4		21	11	
29 Eheleute Titus Gerlach	Erlinghausen	9	117	35	2	6	10		9	3	
30 Christian Geschwinder	Erlinghausen	3	96	45	1	12	5		5	10	

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen						Schulden					
	Tlr.	Sgr.	Pfg	Abgabe an die Domäne			Abgabe an Privatte oder Instleute			Tlr.	jährl. Zinsen				
Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	
1			2	18	11	1	2	5				160		8	
6			13	1	6	17	19	4	2	12	5	480	23	18	10
3			6	3	11	5	20	9		20	5	300		15	
				5	3		27	10							
4			9	6	1	13	6	9	1	28	1	700		35	
2			4	7	9	2	15	2		29	5				
1	15		1	3	4	1	25	7		11	10	100	5	7	6
2			5	4	10	8	26	10	1	3	9	740		37	
2			2	25	4	2	6	4		12	2	180	9		
2			4	17	4	3	19			13		200		15	
4			13	8	4	18	10	5	2	8	9	700	35		
2			3	16	10	2	13	6		3	5	250	12	15	
2			3	9	1	1	24			10	1	90	4	15	
			1	10	4		10	2							
1			1	17	7		10	2				21	1	1	6



Namen	Besitzungen	Größe			Reinertrag			Grundsteuer		
		Morgen/Ruten/Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.
31 Chr. Greve v. Dirkes modo Eheleute Wilhelm Prior	Erlinghausen	41	159	45	22	8		3	2	4
	Obermarsberg	7	115	32	4	20	4		19	4
	Niedermarsberg	9	126	67	7	24	2			
32 Christian Jaeger	Erlinghausen	31	50	85	12	7	5	1	20	1
33 Franz Jaeger v. Köhlerjacob Landwirt	Erlinghausen	51	144	14	27	23		3	25	2
	Niedermarsberg	6	34	40	1	20	6			
34 Hermann Jaeger v. Kuhlmann modo Johann Woige	Erlinghausen	4	27	27	4	4	8		17	3
35 Therese Klocke v. Louisens	Erlinghausen	2	34	30	2	13	9		10	2
36 Heinrich Moers	Erlinghausen	8	111	33	4	1	6		16	9
37 Johann Moers	Erlinghausen	11	14	40	6	17	4		27	3
38 Moers v. Sengers sonst Philipp Schröder	Erlinghausen	33	59	94	15	1		2	17	5
	Niedermarsberg	3	175	15	1	17	8			
39 Moers v. Trommeln, jetzt Eheleute Johann Noelle	Erlinghausen	103	156	46	54	12	11	7	15	9
	Obermarsberg	7	70	80	5	5	4		21	4
	Niedermarsberg	2	152				17	1		
40 Anna Maria Gertrud und Johann Heinrich Moers	Erlinghausen	9	160	2	3	18	8		15	
	Obermarsberg		108	30	1	27	9		7	10
41 Philipp Moers v. Schmieders Landwirt	Erlinghausen	77	118	48	44	13	1	6	4	3
	Obermarsberg	8	44	30	5	10	7		22	1
	Niedermarsberg	1	6	85	2	21	7			
42 Nimphius v. Schreibers, jetzt Andreas Gerlach	Erlinghausen	20	144	16	11	14	5	1	17	7
43 Johann Nimphius v. Beutelhermes	Erlinghausen	18	107	62	5	20	9		10	3
	Obermarsberg		137	50		9	2		1	2
	Niedermarsberg		91	40		6	1			
44 Franz Noelle Einlieger	Erlinghausen	11	55	70	5	6	11		21	8
45 Heinrich Otto junior v. Thelen	Erlinghausen	15	75	15	7	28	10	1	3	1

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen						Schulden				
	Tlr.	Sgr.	Pfg	Abgabe an die Domäne			Abgabe an Private oder Instleute			Tlr.	jährl. Zinsen			
Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg
3			3	29	11	9	2	9	1	12	5	600		30
2				16	10		22	5)		3	5	40		2
3			10	12	2	6	19	6	2	11	8	400		20
2			3	12	6	1	8			16		100	5	5
1			2	20	4	1						115	5	21
1			3	2	2		25	8		1	4			
2			1		5	2	12	6						
2			4	29	8	9	24	4		20	11	620		31
4			10	1	8	13	27	5		25	5	1 700	85	12
						1	15	5						
3			8	29	11	9	7	7		22	3	700		35
2			5	9	10	3	14			5	9	200	10	12
1				16	11	1	27	1						
2			2	8	11	1	4	6		10	1	200	9	22 6
2			4	19	11	3	5	7		23	9	240	12	10

Namen	Besitzungen	Größe			Reinertrag			Grundsteuer	
		Morgen/Ruten/Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	
46 Wilhelm Otto	Erlinghausen	4	46	54	2	27	9	12	2
	Obermarsberg	4	3		1	18	2		
47 Adam Prior v.	Erlinghausen	6	161	12	3	21	4	15	5
	Obermarsberg	1	68	50		16	6	2	3
48 Anton Prior v. Nüsen, Landwirt	Obermarsberg	8	71	85	8	4	4	1	3
49 Franz Prior v. Fenstermakers	Erlinghausen	12	145	25	8	14	1	5	1
	Erlinghausen	8	56	75	2	26	3		
	Obermarsberg	7	170	15	5	16	11	22	11
50 Franz Prior v. Corporals	Erlinghausen	5	125	10	3	26	11	16	2
51 Fritz Prior v. Fritzens	Erlinghausen	43	140	10	21	14	10	8	3
	Obermarsberg	2	55	88		28	6	3	11
52 Heinrich Prior v. v. Niggermanns	Erlinghausen	57	19	2	21	26	4	3	9
53 Johann Prior jun. Bergmann	Erlinghausen	11	63	10	4	28	10	20	7
54 Johann Prior aus Fenstermakers Hause	Erlinghausen	8	171	75	3	14	11	14	6
	Obermarsberg	1	34	60		25	1	3	5
55 Johann Prior sen. Zimmermann	Erlinghausen	4	60	45	2	15	6	10	6
56 Eheleute Heinrich Prior v. Lottens Landwirt	Erlinghausen	101	85	74	57	22	8	7	29
57 Franz und Eva Prior	Erlinghausen	1	90			18			
58 Andreas Römer v. Koers	Erlinghausen	13	59	56	6	20	6	27	8
59 Andreas Römer v. Köhlers	Erlinghausen	89	153	95	56	3	7	7	22
	Obermarsberg	9	59	35	2	8	4	9	4
60 Wittve Franz Römer u. Kinder v. Kronen	Niedermarsberg	1	166	6		11	6		
	Erlinghausen	46	171	59	18	26	11	2	18
61 Hermann Römer v. Coers	Niedermarsberg		75	10		5			
	Erlinghausen	11	83	39	6	17	4	27	4
62 Hermann Sauerland v. Schweins	Erlinghausen	8	129	10	5	16		22	11

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen			Abgabe an Private oder Instleute			Schulden Kapital jährl. Zinsen			
	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	
1				1	12		1	19	5	3	9	300	15
1	15			3	7	9	1	28	4	9	4	160	7
2								24	1				
1				4	15	10	4	10	8	1	2	10	180
2					27	8		22	6		9		
5				5	15	11	8	1	3	16	7	840	42
3				5	21	9	8	5	6	1	3	4	200
1				2	3	10	1	8	1	10	10	120	6
1					12	10	2	8	8		16		
1					21	4		12	1				
4				10		7	18	26	10	1	9	2	620
								7	8				
2				3	20	8	2	8	8	3	5	40	2
4				10	15	1	13	18	10	1	26	2	760
2					6	25		9	27	10	19	9	320
1				1	25	3	2	8	5	8		300	15
1	15			2	8	1	1	23	3	10	1	20	18

Namen	Besitzungen	Größe			Reinertrag			Grundsteuer		
		Morgen	Ruten	Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg.	Tlr.	Sgr.	Pfg.
63 Joseph Schaefers v. Josephs	Erlinghausen	3	71	5	1	8	2	5	4	
	Obermarsberg	3	32	85	1	1	10	4	3	
64 Heinrich Schröder v. Sengers	Erlinghausen	33	29	10	19	10	8	2	20	3
65 Franz Joseph Schröder	Erlinghausen	4	97	10	1	24	5	7	6	
66 Schröder v. Wilhelm jetzt Eheleute Johann Aßhauer	Erlinghausen	20	98	10	11	26		1	19	3
67 Franz Theile	Erlinghausen	6	102	40	2	26	11	10	8	
	Obermarsberg	1	102			18	10	2	6	
68 Erasmus Theile	Erlinghausen	2	100	11	2		10	8	5	
69 Heinrich Theile sen. v. Beutelhennes	Erlinghausen	25	141	72	10	23	2	1	14	8
70 Hermann u. Traugott Erben zu Niedermarsberg	Erlinghausen	9	98		1	27	3	7	11	
71 Johann Voepel v. Kochs	Erlinghausen	18	86	95	5	18	8	23	3	
72 Hermann u. Vitus Wallmeier v. Kienols, jeder halb	Erlinghausen	24	52	1	11	25	19	1	19	
73 Johann Wallmeier v. Kuthen	Erlinghausen	82	80	45	45	28	2	6	10	6
	Obermarsberg	21	78	65	10	4	10	1	12	
	Niedermarsberg	1	178	75	1	17	10			
74 Anton Wiegelmann v. Schaefers	Erlinghausen	15	170	63	7	23	1	1	2	2
75 Wilhelm Wiegelmann jetzt Ehefrau Marg. Körner u. Kinder	Erlinghausen		140	80		6	3			10
76 Eheleute Joseph u. Elisabeth Wiegers v. Wigenchs	Erlinghausen	18	141	31	6	26	9	28	7	
	Obermarsberg	3	134	15	2	12	11	9	11	
	Niedermarsberg	1	91	40		18	1			

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen						Schulden					
	Tlr.	Sgr.	Pfg.	Abgabe an die Domäne			Abgabe an Private oder Instleute			Kapital	jährl. Zinsen				
Tlr.	Sgr.	Pfg.	Tlr.	Sgr.	Pfg.	Tlr.	Sgr.	Pfg.	Tlr.	Sgr.	Pfg.	Tlr.	Tlr.	Sgr.	Pfg.
1			3	16	2	2	3	5	11	5		160	7	28	3
2			5	10	8	9	6	1	14	9		200	9	15	
1	15		3	5	2			16	9	2	1	60	3		
2			3			6	2	20	6	10	1	200	9	7	6
			1	28	10			23	3	11	3				
2			2	20	9			12		12	7	20	1	6	
2			3	16	6	3	26	7		15	2				
1	15		2	14	1	4	25	11		2	8	200	10		
3			2	2	7	4	21	6		3	5	300	15		
4			10	17	7	31	14	1	2	10	6	700	35		
3	x)		4	9	5	4		9		27		500	25		
			2	17	11	3	11	5							

x) Zahlte auch 3 Tlr. Gewerbesteuer.

Namen	Besitzungen	Größe			Reinertrag			Grundsteuer		
		Morgen/Ruten/Fuß	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg		

77 Eheleute Leven	Erlinghausen	45	74	35	20	24	5	2	26	11
Wigers v. Wegeners	Obermarsberg	8	32	60	3	8	2		13	6
	Niedermarsberg	6	71	97	7	6	3			
78 Johann Willecke v. Veltens	Erlinghausen	15	121		8	18	9	1	5	9

Aufgestellt, Meschede, den 5. Mai 1845  
Der Domainen-Rath  
gez. Baum

Quelle: Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 77, Tit. 305, Nr. 18, vol. 1, Bl. 108 - 119.

Klassensteuer	Kommunal-, Kirchensteuer			Grundabgaben nach Durchschnittspreisen			Schulden		
	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Sgr.	Pfg	Tlr.	Tlr.	Sgr.

4	5	21		6	9	2	1	23	3	660	33	17
2	4	12	2	3	11	1		13	4	90	4	15

## Tabelle IV

Die Steuerzahler mit dem höchsten Einkommen im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder)<sup>+</sup>

### 1. Abteilung:

Den höchsten Steuersatz von 1 280 Talern zahlte im Kreis Sorau die Kanzlei-Jurisdiction Pforten der Standesherrschaft (Majorat) des Grafen v. Brühl für folgenden Besitz:

Ortschaft Pforten mit 314 Einwohnern im Jahre 1840 (Sitz der Standesherrschaft) einschließlich Schloß, ein Vorwerk und eine Ziegelei.

Ferner:

Althammer, Hammerwerk mit 18 Einwohnern

Jähnsdorf, Dorf mit Vorwerk, 148 Einwohner

Hohen-Jehser, Dorf, 159 Einwohner

Nieder-Jehser, Dorf, 322 Einwohner mit Vorwerk

Leippe, Dorf, 184 Einwohner

Marienhayn, Dorf, 38 Einwohner

Nablath, Dorf, 221 Einwohner

Laut Ortschafts-Register 1840 gehörten ferner zur Standesherrschaft Pforten die Stadt Pforten mit 916 Einwohnern, außerdem 18 Dörfer im Kreis Sorau und 8 Dörfer im Kreis Guben. Laut Nachweisung war dieser Besitz nicht in die Grundsteuerleistungen einbezogen.

### 2. Abteilung:

Den höchsten Steuersatz von 376 Talern zahlten im Kreis Soldin das Rittergut des Lieutenant v. Borcke in Giesenbrügge und das Rittergut (Phemel) in Rehnitz.

Dazu gehörten:

Giesenbrügge, Dorf, 333 Einwohner

Glasow, Dorf mit 1 Wasser-, 1 Windmühle und 1 Ziegelei, 337 Einwohner

Rehnitz, Dorf mit 1 Windmühle und 1 Forsthaus, 159 Einwohner

Neuenburg, Dorf mit 1 Vorwerk, 788 Einwohner

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 77, Tit. 94, Nr. 88, Bl. 181; Topographisch-statistische Übersicht des Regierungs-Bezirks Frankfurt a. O., aus amtlichen Quellen zusammengestellt, Frankfurt (Oder) 1844; Ortschafts-Verzeichnis des Regierungs-Bezirks Frankfurt a. d. O., S. 179, 183, 187, 193, 194, 197 - 200.

## ZUR GESELLSCHAFTSAUFFASSUNG DMITRIJ GOLICYNS

Bemerkungen zum ökonomischen und gesellschaftlichen Denken in Rußland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

von Erich Donnert

Ein typischer liberaladliger Reformideologe, der eine Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse, namentlich der Agrarstruktur Rußlands im Sinne der Weiterentwicklung der Feudalordnung erstrebte, war der Aristokrat Fürst Dmitrij Alekseevič Golicyn.<sup>1</sup>

Die Fürsten Golicyn leiteten ihre Abkunft von dem litauischen Großfürsten Godimin her, dem Ahnherrn der Jagiellonen in Polen. Die Familie Golicyn gehört zu jenen Hochadelsgeschlechtern Rußlands, die dem Staat wohl die meisten bedeutenden Persönlichkeiten, Staatsmänner und Generale zur Verfügung stellten. Gleichzeitig zählte sie zu den verzweigtesten und wohl auch zahlenmäßig größten Fürstenhäusern. Die Namensform Golicyn wurde im außerrussischen Bereich meist Gallitzin geschrieben.<sup>2</sup>

Dmitrij Golicyn, ein bekannter Gelehrter, Diplomat und Politiker der Ära Katharinas II., wurde im Jahre 1734 geboren. Seine Karriere vollzog sich in der Hauptsache auf diplomatischer Bühne. Von 1762 bis 1768 versah er den Posten eines Botschafters der Zarin in Paris, danach bis 1798 in Den Haag. Er unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu Voltaire, Diderot, Mercier de La Rivière und Helvetius, denen er zum Teil auch eine spürbare materielle Hilfe angedeihen ließ. In Frankreich war er ein ständiger Besucher der Pariser Salons. Mit dem gleichen Eifer beteiligte sich der "Fürstphilosoph", wie er genannt wurde, an den Zusammenkünften der Physiokraten, die sich im Hause Mirabeaus versammelten.

Golicyn verfaßte eine Reihe wichtiger Arbeiten über Fragen der Physik, Elektrizität, Mineralogie, Biologie, Geographie, Geschichte, Ökonomie und Soziologie, die in französischer Sprache erschienen. Durch sie erlangte er bald hohen internationalen Ruf. So wurde er rasch auch Mitglied mehrerer Akademien und gelehrter Gesellschaften, so Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften und der Freien Ökonomischen Gesellschaft zu Petersburg. Ebenso wählten ihn die Akademien zu Berlin, Brüssel und Stockholm zu ihrem Mitglied. Dmitrij Golicyn starb im Jahre 1803 in Braunschweig.

- 1 Grundlegend Bak, I. S., Dmitrij Alekseevič Golicyn (filosovskie obščestvenno-političeskie i ekonomičeskie vozzrenija), in: Istoričeskie zapiski, Bd. 26, 1948, S. 258 - 272; sonst derselbe, Antifeodal'nye ekonomičeskie učenija v Rossii vtoroj poloviny XVIII veka, Moskau 1958, S. 47 ff.; derselbe, in: Istorija russkoj ekonomičeskoj mysli, Bd. 1, T. 1, Moskau 1955, S. 454 ff.; ansonsten Mavrodin, V. V., Krest'janskaja vojna v Rossii v 1773 - 1775 godach. Vosstanie Pugačeva, Bd. 1, Leningrad 1961, S. 529 ff.; Bernabskij, V. N., Očerki iz istorii klassovoj boľby i obščestvenno-političeskoj mysli Rossii v tret'ej četverti XVIII veka, in: Učenyje zapiski, hg. v. Staatliches Pädagogisches Institut Leningrad, Lehrstuhl für Geschichte, Bd. 229, Leningrad 1962, S. 115 ff.
- 2 Amburger, Erik, Der russische Staatsmann Heinrich Ostermann, Berlin-Dahlem 1961, S. 19.

Fürst Golicyn stand jenen zum Teil sehr einflußreichen Kreisen in Rußland nahe, die sich intensiv mit der Agrarfrage beschäftigten. Darüber äußerte sich auch Golicyn bereits in seinen Briefen, die er aus dem Ausland an seinen Verwandten, Vizekanzler Fürst Aleksandr Golicyn, schrieb.<sup>3</sup> In diesen Schreiben ist schon recht klar der Gedanke ausgesprochen, daß es notwendig sei, in Rußland die Leibeigenschaft aufzuheben. Vizekanzler Aleksandr Golicyn gab den Inhalt der Briefe seines Pariser Verwandten auch der Kaiserin Katharina II. zur Kenntnis. Diese verfaßte Anmerkungen zu den dort geäußerten Ansichten in der Bauernfrage und gab die Briefe ihrem Vizekanzler zurück, der Dmitrij Golicyn von den Auffassungen der Zarin in Kenntnis setzte.

Die Herrscherin war von den Gedanken Dmitrij Golicyns zu der Bauernfrage wenig angetan. So kam es zwischen beiden bald zu einem polemischen Briefwechsel. In seinem Brief vom 3. September 1765 rühmte Dmitrij Golicyn die dänische Königin Sophia-Magdalene für die auf ihren Gütern durchgeführte Agrarreform, die freilich lediglich auf eine geringfügige Abschwächung der Frondienste der dortigen Bauern hinauslief. Golicyn sah in der dänischen Reform fälschlicherweise bereits den Beginn eines grundlegenden Umstrukturierungsprozesses in den feudalen Agrarverhältnissen Dänemarks.

Vizekanzler Aleksandr Golicyn solidarisierte sich in seinen Antwortbriefen mit mehreren Ansichten seines fürstlichen Verwandten. Jedoch hegte er gleichzeitig erhebliche Zweifel, ob es überhaupt möglich sei, in einem so großen Lande wie Rußland eine Agrarreform, noch dazu in dem von Dmitrij Golicyn vorgesehenen Tempo, durchzuführen. In seinem Antwortbrief vom 30. Oktober 1765 erläuterte daher Dmitrij Golicyn seine Ansichten in der Bauernfrage nochmals in aller Ausführlichkeit. Vor allem glaubte er, daß eine Agrarreform nur von den Gutsherren freiwillig durchgeführt werden könne bzw. von der Kaiserin angeordnet werden müsse. Die Gutsherren hätten sich seiner Meinung nach einer solchen Anordnung zu fügen, und zwar sowohl aus eigenem Interesse als auch aus Patriotismus.

Vizekanzler Aleksandr Golicyn und die Herrscherin Katharina II. wurden den erneuten Vorschlägen ihres Pariser Gesandten gegenüber nichtsdestoweniger zusehends mißtrauischer. Ihre Erwidierungen ließen daher nichts mehr an Deutlichkeit vermissen und verfehlten demgemäß auch nicht die Wirkung auf den Pariser Briefschreiber. So hieß es in einem Brief Dmitrij Golicyns an den Vizekanzler vom 12. Januar 1766 fast kleinlaut: "Ihre (der Kaiserin - E. D.) Erwidierungen haben mich veranlaßt, alles noch einmal zu bedenken, was ich Ihnen über diesen Gegenstand mitgeteilt habe, und die Stärke der Argumente hat mich bewogen, die Waffen zu strecken; denn meiner Meinung nach ist nichts verderblicher in Sachen der Regierung als von einem Extrem zum anderen überzugehen."<sup>4</sup>

Fürst Dmitrij Golicyn hatte, wie sich zeigt, anscheinend Angst vor seiner eigenen Courage bekommen. Er beeilte sich daher, sein ursprüngliches Bauernprogramm beträchtlich zu reduzieren. Golicyn fürchtete allem Anschein nach ernsthaft, die russischen Bauern könnten nach erlangter Freiheit von dieser einen für die Adelherrschaft und das Zartum schlechten Gebrauch machen. Allerdings wollte er sein Vorhaben auch wiederum nicht völlig aufgeben. So entschloß er sich, einen umfangreichen gesellschaftsphilosophischen Traktat zu verfassen, in dem er in aller Ausführlichkeit und nach allen Seiten hin vorsichtig abwägend seine Gesellschaftsauffassungen und Staatslehren darzulegen gedachte.

<sup>3</sup> Die Briefe befinden sich in: Central'nyj gosudarstvennyj archiv Drevnich Aktov (im folgenden: CGADA), fond Golicynych, dela 1111 - 1125. - Einzelne Briefe sind bereits mehrmals gedruckt worden. (Vgl. Sbornik Ministerstva inostrannykh del, T. 2, Moskau 1881; Izbrannye proizvedenija russkikh myslitelej vtoroj poloviny XVIII veka, Bd. 2, Moskau 1952, S. 31 - 45.) Dmitrij Golicyns Briefe sind bereits von V. I. Semevskij analysiert worden. (Vgl. Semevskij, V. I., Krest'janskij vopros v Rossii, T. 1, Petersburg 1888, S. 22 ff., 160 ff.)

<sup>4</sup> CGADA, fond Golicynych, delo 1114, Brief v. 12. 1. 1766.

Der Traktat, der zugleich das Hauptwerk Dmitrij Golicyns darstellte, erschien freilich erst nach der französischen Revolution, nämlich 1796, unter dem Titel "De l'esprit des économistes ou les économistes justifiés d'avoir posé par leur principes les bases de la Révolution française"<sup>5</sup>.

Dieses Buch Golicyns, von dem im Jahre 1798 auch eine deutsche Ausgabe erschien, stellte zugleich eine Kampfschrift gegen die französische Revolution dar. In ihr wandte sich Fürst Dmitrij Golicyn an die europäischen Monarchen mit der Aufforderung, der französischen "Anarchie" ein Ende zu setzen. Der lange Titel seines Werkes gibt recht präzise die Absichten des Verfassers zu erkennen. Er lautet in seiner zeitgenössischen deutschen Übersetzung: "Vom Geist der Ökonomen oder die Ökonomen von dem Vorwurfe gerechtfertigt, daß sie durch ihre Grundsätze den Grund zur französischen Revolution gelegt haben sollten."<sup>6</sup>

Unter den "Ökonomen" werden der damaligen Zeit entsprechend vorrangig die ökonomischen Denker des Physiokratismus verstanden. Golicyn suchte in seinem Werk den Nachweis zu führen, daß die Grundsätze der Physiokraten nicht die ideologische Basis für die französische Revolution bildeten. Seiner Auffassung nach stellte der Physiokratismus vielmehr die theoretische Grundlegung der späten feudalen Gesellschaftsordnung dar.

Golicyn sah einen der charakteristischen Wesenszüge des physiokratischen Systems darin, daß dieses ausgesprochen antirevolutionär, das heißt gegen jede soziale Revolution gerichtet war. Diese Leitidee von Golicyns Traktat "Vom Geist der Ökonomen" stellte zugleich eine direkte und typische ideologische Widerspiegelung der Reaktion der russischen Adelsaristokratie auf die Ereignisse der französischen Revolution dar, eine Antwort auch auf die ökonomische Theorie und Wirtschaftspolitik der jungen französischen bürgerlichen Republik.

Golicyn sah im Rußland Katharinas II. einen Grundpfeiler der späten Feudalordnung Europas. Aus seinem Werk wird ganz deutlich, daß er die physiokratischen Grundlehren seiner eigenen Auffassung dienstbar machte und deren äußerliche feudale Hülle als den wahren Kern dieser in Wirklichkeit bürgerlichen Gesellschaftslehre hinzustellen suchte. Golicyn betrachtete es als seine Aufgabe, die dem System des Physiokratismus innewohnenden konservativ-feudalen Züge als die für Rußland schlechthin gültige Gesellschaftsideologie anzupreisen. Dieses Bestreben führte bei Golicyn zur Herausbildung einer eigenartigen ökonomischen Theorie, die man als eine Art liberalen Ökonomismus bezeichnen könnte.

Golicyn war bei weitem nicht der einzige Politiker und Publizist, der gegen die französische Revolution auftrat. Auch in anderen Ländern kamen zahllose Werke heraus, verfaßt meist von Feudaladligen, die in ihren Pamphleten alle Hoffnungen auf eine Intervention Rußlands gegen das revolutionäre Frankreich setzten. So erschien im Jahre 1794 in Deutschland das Buch des Wilhelm Freiherrn von Byern "Was kann man von Rußland in den jetzigen kritischen Zeitumständen zum Wohl der Menschheit hoffen?"<sup>7</sup>. Wie Golicyn, so sah auch dieser deutsche Monarchist die Grundpfeiler der europäischen Feudalordnung im einträchtigen Zusammenwirken von Thron und Altar. Dabei ging Byern in seiner Rechtfertigung der in Rußland bestehenden Verhältnisse viel weiter als der Russe Golicyn: "... was die große Kathar-

5 De l'esprit des économistes ou les économistes justifiés d'avoir posé par leur principes les bases de la Révolution française, par le prince D... de G..., Brunswick 1796.

6 Gallitzin, Fürst Demetrius v., Vom Geiste der Ökonomen oder die Ökonomen von dem Vorwurfe gerechtfertigt, daß sie durch ihre Grundsätze den Grund zur französischen Revolution gelegt haben sollten, Duisburg 1768. - Im folgenden Zitate nach dieser Ausgabe, wobei ich den Text in moderner Orthographie wiedergebe.

7 Byern, Wilhelm Freiherr v., Was kann man von Rußland in den jetzigen kritischen Zeitumständen zum Wohl der Menschheit hoffen?, o. O. (1794).



rina für die wahre bürgerliche Freiheit und Gleichheit getan hat, ist in aller Welt bekannt." <sup>8</sup> "Von dieser großen mächtigen und weisen Macht (Rußland - E. D.) können wir mit Recht hoffen und erwarten, daß sie dem bedrängten Europa den goldenen Frieden wieder schenken, daß sie den französischen Horden Ziel und Schranken setzen wird." <sup>9</sup>

Das Adelsregime Katharinas II. stand dem revolutionären Frankreich in schärfster Feindschaft gegenüber. <sup>10</sup> Gleichzeitig kam es in Rußland unter dem Eindruck der französischen Revolution aber auch zu einer neuen machtvollen Welle antifeudaler Massenbewegungen. Fürst Dmitrij Golicyn gehörte zu jenen russischen Diplomaten und zarischen Agenten, die den konterrevolutionären Royalisten jede aktive Hilfeleistung zuteil werden ließen. Seine Verurteilung des Geistes und der Ereignisse von 1789 war eindeutig.

Nicht so freilich sein gesellschaftliches und ökonomisches Gedankengebäude, das sich vielmehr durch krasse innere Widersprüche und logische Ungereimtheiten auszeichnete. Dies kam bereits ganz klar in Golicyns Interpretation und Rezeption des Physiokratismus <sup>11</sup> zum Ausdruck.

Beim Physiokratismus handelte es sich um eine fortschrittliche politökonomische Lehre des 18. Jahrhunderts. Der Physiokratismus stellt, wenn auch nicht immer leicht erkennbar, eine gegen die Feudalordnung und deren Ideologie gerichtete oppositionelle Denkrichtung dar. Physiokratische Grundsätze wurden daher - sieht man einmal von Frankreich ab - in keiner Feudalmonarchie zur Maxime der offiziellen Wirtschafts- und Staatspolitik, am allerwenigsten im Rußland Katharinas II.

Der Physiokratismus wurde erstmals wissenschaftlich analysiert von Karl Marx. Die Physiokraten verlegten nach Marx die Untersuchung "über den Ursprung des Mehrwerts aus der Sphäre der Zirkulation in die Sphäre der unmittelbaren Produktion selbst" und schufen "damit die Grundlage zur Analyse der kapitalistischen Produktion" <sup>12</sup>. Allerdings ist der Physiokratismus kein völlig bewußter, gegen das Feudalsystem gerichteter Ausdruck. Seine Anhänger forderten nie den offenen Sturz des Feudalismus, wie sie sich überhaupt nicht an der Beseitigung der Adelsordnung interessiert zeigten. Demgemäß nahmen sie in ihren Forderungen auch keinerlei Anstoß am antibürgerlichen Regiment des aufgeklärten Absolutismus und Despotismus. Allerdings spiegelten ihre Vorschläge und Postulate eine reale Einschätzung der Wirklichkeit wider. Die Physiokraten traten für Gesellschaftsreformen ein und forderten eine Veränderung verschiedener Ausdrucksformen der Gesellschaftsordnung ihrer Zeit.

In diesem Sinne handelte es sich beim Gesamtsystem des Physiokratismus objektiv um eine Überbauentsprechung, und zwar eine bereits bürgerliche Überbauentsprechung des sich in

8 Ebenda, S. 56.

9 Ebenda, S. 62.

10 Strange, M. M., Russkoe obščestvo i francuzskaja revoljucija 1789 - 1794 gg., Moskau 1956.

11 Über den Physiokratismus vgl. grundsätzlich Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 10; Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 19 ff.; ebenda, Bd. 34, Zur politökonomischen Ideologie in Frankreich und andere Studien, Berlin 1968, S. 20 ff.; Behrens, Fritz, Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik, Berlin 1962, S. 129 ff., 154 ff.; Braunreuther, Kurt, Die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1954 (Ms.); Karataev, N./Stepanov, I., Istorija èkonomičeskich čučenij zapadnoj Evropy i Rossii, Moskau 1959, S. 145 ff.

12 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1965, S. 14.

seinem absteigenden Stadium befindlichen Spätfeudalsystems. Der bürgerliche Grundgehalt des Physiokratismus stand den Interessen des Systems des Spätfeudalismus diametral entgegen. Das physiokratische System war nach Marx die erste systematische Erfassung der kapitalistischen Produktion.

François Quesnay selbst und seine nächsten Schüler glaubten dabei, wie Marx hervorhebt, an das feudale Aushängeschild ihrer Lehren: "Man begreift zugleich, wie der feudale Schein dieses Systems, ganz wie der aristokratische Ton der Aufklärung, eine Masse von feudalen Herrn zu Schwärmern für ein System und Verbreitern eines Systems machen mußte, das wesentlich das bürgerliche Produktionssystem auf den Ruinen des feudalen proklamierte."<sup>13</sup> Das heißt, wir haben es hier mit dem außerordentlich interessanten Phänomen zu tun, daß nämlich die Denker des Physiokratismus sich selbst nicht bewußt waren, eine der herrschenden Feudalklasse feindlich gegenüberstehende Theorie, eine antifeudale bürgerliche Klassentheorie zu vertreten, sondern daß sie meinten, Gesellschaftsauffassungen zu propagieren, die der Erhaltung der Feudalordnung dienten. In Wirklichkeit stellte der Physiokratismus einen ideologischen Bestandteil des bürgerlichen Aufklärungsdenkens dar und kann daher nur als solcher richtig verstanden werden.

Freilich barg der Physiokratismus gleichzeitig ein gleichsam unentwirrbares Knäuel von Widersprüchen in sich. Was seine Motive und äußeren Formen anbelangt, so ist er, wie bereits angedeutet, auf die Konservierung des Feudalsystems, wenn auch ausschließlich in Gestalt der absolutistischen Monarchie des Spätfeudalismus, gerichtet. Das Eintreten für die absolute Monarchie gehört überhaupt zu den ins Auge springenden Widersprüchen des Physiokratismus. Dies wird auch in den gesellschaftspolitischen Auffassungen Dmitrij Golicyns ganz deutlich.

Sowohl in seinen Briefen an Aleksandr Golicyn als auch in dem umfangreichen Gesellschaftstraktat "Vom Geist der Ökonomen" forderte Dmitrij Golicyn eine Veränderung bestimmter gesellschaftlicher Zustände in seinem Vaterland Rußland. Jedoch eine generelle Gesellschaftsreform zu postulieren, die einer sozialen Revolution gleichkam, wagte er zu keiner Zeit. So blieb sein reformerisches Gesellschaftsprogramm ein von vornherein begrenztes.

In den Gesellschafts- und Staatsauffassungen Dmitrij Golicyns spielen die Begriffe des Eigentums, der Sicherheit und der Freiheit der Untertanen eine zentrale Rolle: "Eigentum, Sicherheit, Freiheit, dies ist die gesellschaftliche Ordnung in ihrem ganzen Umfange. Hieraus, aus dem Rechte des Eigentums, wenn es in seiner ganzen natürlichen und ursprünglichen Ausdehnung gehandhabt wird, fließen natürlicher und unumgänglicher Weise alle Einrichtungen, welche die wahre Form der Gesellschaft ausmachen. Man kann dieses Recht des Eigentums wie einen Baum betrachten, wovon alle gesellschaftlichen Einrichtungen Zweige sind, die er aus sich selbst hervortreibt und die verderben würden, sobald man sie davon ablöste."<sup>14</sup> Golicyn argumentiert hier ähnlich wie Quesnay, der geschrieben hatte: "Man vermindere nicht den Wohlstand der untersten Klassen; denn sie könnten nicht genügend zum Verbrauch der Güter beitragen, die nur im Lande verzehrt werden können, was die Reproduktion und das Einkommen der Nation verringern würde."<sup>15</sup> "Das Eigentum an Liegenschaften und Mobilienvermögen werde denjenigen gesichert, welche ihre rechtmäßigen Besitzer sind."<sup>16</sup>

13 Ebenda, S. 23.

14 Gallitzin, Demetrius, Vom Geist der Ökonomen..., a. a. O., S. 61.

15 Quesnay, François, Allgemeine Grundsätze der wirtschaftlichen Regierung eines ackerbaureicheren Reiches, Jena 1921, S. 61 = Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 1, 2. Hälfte.

16 Ebenda, S. 55.

Für Golicyn ist das Eigentum, wie er schreibt "das Maß der Freiheit, die jeder Mensch genießen soll"<sup>17</sup>. "Es ist daher die Pflicht einer gerechten und erleuchteten Politik, solche Einrichtungen zu treffen, daß die größte Zahl der Bürger etwas Eigenes besitze, weil das Eigentum den Menschen an seinen Grund und Boden knüpft und ihn antreibt, sein Vaterland zu lieben, sich selbst zu achten und den Verlust der Vorteile, die er genießt, zu fürchten. Es gibt kein Vaterland für den Unglücklichen, der nichts hat, und der Grad unseres Patriotismus ist dem Umfange unseres Eigentums angemessen."<sup>18</sup> "Wiederholen wir: der wesentliche Endzweck der Gesellschaft, ihr wahrer und einziger Zweck, ist die Sicherstellung des Eigentums, der ruhige Genuß der Rechte des Menschen und die Ausübung ihrer Pflichten: Folglich dürfen die Gesellschaften folgende Regeln nicht aus dem Gesichte verlieren: Die Arbeit ist die Mutter des Wohlstands".<sup>19</sup>

In der hier geäußerten Ansicht stimmte Golicyn mit den allgemeinen Grundsätzen überein, die das Naturrecht des Menschen beinhaltet: "Das Naturrecht des Menschen", sagte auch Quesnay, "kann vage als das Recht bezeichnet werden, welches der Mensch auf die zu seinem Genuß geeigneten Dinge besitzt."<sup>20</sup> Bei Golicyn zeigt sich noch recht erkennbar der Einfluß des feudalen Denkens von der Produktion als Naturproduktion, als Produktion von Gebrauchswerten.

Nach Golicyn gibt es noch einen anderen Grund, der die absolutistischen Herrscher veranlassen sollte, ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Erhaltung des Grundeigentums zu richten. Denn diejenigen Menschen, die nur persönliches und bewegliches Eigentum besitzen, können ein Land ohne jede größeren Schwierigkeiten verlassen und dorthin gehen, wo es ihnen am besten gefällt. Solche Menschen sind daher nach Golicyn "weniger Bürger eines Staates als Glieder der allgemeinen Gesellschaft"<sup>21</sup>. Die Besitzer von Landgütern hingegen sind fest mit dem Staat verbunden, in dessen Grenzen sich auch ihr Eigentum befindet. Sie verspüren daher weder die Neigung zur Auswanderung noch befinden sie sich in einer Lage, die es ihnen leicht machen würde, ihr Vaterland zu verlassen: "Was auch die oberflächlichen und schwarzgallischen Köpfe sagen mögen, es machen doch die Landeigentümer allein und wesentlich das aus, was man die Nation nennt, welche blühend ist, wenn diese Eigentümer sich in einer glücklichen Lage befinden."<sup>22</sup> "Es ist daher einem Staat unendlich viel daran gelegen, daß die Besitzer des Landeigentums die vorzüglichste Klasse der Nation sei. Ihre Vorzüge, die nur in der unmittelbaren Teilnahme an der Regierung bestehen, können denjenigen nicht im geringsten nachteilig sein, die keinen Teil davon haben, wenn diese Regierung auf gerechte Gesetze gegründet ist."<sup>23</sup> "Den Ackerbauern Unterricht, Freiheit, Nacheiferung, Vermögen verschaffen, das ist die Pflicht und das Zeichen einer weisen und wohlthätigen Staatsverwaltung, welche die Wichtigkeit des Ackerbaus einsieht und ihn blühend zu machen wünscht."<sup>24</sup>

Aus den bisherigen Darlegungen wird bereits zur Genüge deutlich, daß in der von Golicyn aufgestellten Gesellschaftsforderung allein die Grundeigentümer den wirklichen Körper des Staates ausmachen. In der Gesellschaftsvorstellung Golicyns herrscht vor allem das Grundeigentum. Die anderen Sphären von Gesellschaft und Wirtschaft erscheinen als Anhängsel der Agrikultur. Folglich hält Golicyn nichts von den anderen Klassen und Ständen der Gesellschaft: "Wir haben schon gesehen, daß nach der gesellschaftlichen Ordnung die Grund-

17 Gallitzin, Demetrius, Vom Geist der Ökonomen..., a. a. O., S. 62.

18 Ebenda, S. 290.

19 Ebenda, S. 292 f.

20 Quesnay, Francios, Allgemeine Grundsätze..., a. a. O., S. 1.

21 Gallitzin, Demetrius, Vom Geist der Ökonomen..., a. a. O., S. 294.

22 Ebenda.

23 Ebenda.

24 Ebenda, S. 295.

eigentümer allein den Körper der Nation ausmachen. Folglich sind sie alles in der Nation und der dritte Stand nichts. Die ersten sind die hervorbringende Klasse eines Staates und die letzten die unfruchtbare Klasse."<sup>25</sup>

Von dieser Position aus polemisiert Golicyn auch heftig gegen diejenigen, die einer Gleichheit der Stände das Wort reden wollen: "Da die Gleichheit der Stände eine ungereimte und chimärische Idee ist, ... so folgt daraus, daß die Individuen, welche eine Nation ausmachen, in verschiedenen Klassen abge sondert werden müssen, deren jede ihre Pflichten zu erfüllen und ihre Rechte zu üben hat. Eine dieser Klassen wird Adel genannt, deren Rechte oder Privilegien nicht überall dieselben sind; sie weichen in den verschiedenen Ländern voneinander ab. Die, welche der Adel in England genießt, scheinen die vernünftigsten und gerechtesten zu sein, weil sie dem Staate nicht lästig sind."<sup>26</sup> "Diejenigen, welche sich über die Ungleichheit der Stände beschwerten, sehen nicht, daß sie ihrem Wesen nach in der Ordnung der Gerechtigkeit gegründet ist. Wenn ich einmal das ausschließliche Eigentum einer Sache erworben habe, so kann kein anderer als ich und zu gleicher Zeit als ich Eigentümer davon sein."<sup>27</sup> "Man muß daher die Ungleichheit der Stände nicht als einen Mißbrauch sehen..."<sup>28</sup> Infolgedessen hielt es Golicyn für unsinnig, den "Individuen" des dritten Standes Eigentum "aufzubürden", die keines haben und "folglich nie ein so lebhaftes Interesse, einen so glühenden Eifer für das Eigentum haben können als sein Besitzer selbst."<sup>29</sup>

Der erste grundlegende Irrtum Golicyns besteht darin, daß er denjenigen Wirtschaftszweig, der die wirtschaftliche Produktionsbasis des Feudalismus bildet, die Landwirtschaft, zur einzigen Basis der gesamten Gesellschaft erklärt. Dadurch wird die feudale Gesellschaftsordnung gleichsam als die einzig mögliche und beste proklamiert. Alle Aktivitäten des "dritten Standes", das heißt der entstehenden Bourgeoisie, auf dem Gebiet von Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie werden als zweitrangige, abgeleitete, keinen Mehrwert erzeugende Aktivitäten betrachtet. Das heißt, die sich bereits auch im Rußland der Zeit Katharinas II. mit Macht regenden bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftskräfte werden von Golicyn zu zweitrangigen und letztlich für die weitere Entwicklung des Zarenreichs bedeutungslosen Faktoren herabgewürdigt.

Zugleich verwechselte Golicyn die Rolle des Privateigentums an Grund und Boden mit der Rolle des Privateigentums an den Produktionsmitteln schlechthin. Die Erde wird auch von ihm noch als ein vom Menschen unabhängiges Naturdasein aufgefaßt und noch nicht als Kapital, das heißt als ein Moment der Arbeit selbst, erkannt.

Die Behandlung des Problems des Eigentums der verschiedenen Klassen und Stände der spätfeudalen Gesellschaftsordnung führte Golicyn in seinem Buche "Vom Geist der Ökonomen" zwangsläufig und erneut auch zur Erörterung der Bauernfrage, der Leibeigenschaft. Dem betreffenden Kapitel gab er den Titel "Von der Leibeigenschaft".

Die Bauernfrage und das Leibeigenschaftsproblem hatte Golicyn, wie wir gesehen haben, bereits in seinen Briefen, die er aus Paris und Den Haag nach Rußland schrieb, recht eingehend behandelt. In seinem Gesellschaftstraktat arbeitete er seine Auffassungen in der Leibeigenschaftsfrage zu einem weitgehend geschlossenen System aus. Golicyn forderte die Abschaffung der Leibeigenschaft und die landlose Befreiung der Bauern. Wie andere adlige Grundbesitzer in Rußland, ging auch der Aristokrat Fürst Dmitrij Golicyn von der Auffassung aus, daß nicht die Leibeigenen, sondern der Grund und Boden die Grundlage des Vermögens darstellten. Es galt also nach Golicyn, nicht die Zahl der leibeigenen Seelen zu ver-

25 Ebenda, S. 300.

26 Ebenda, S. 296.

27 Ebenda, S. 131.

28 Ebenda, S. 132.

29 Ebenda, S. 131.

mehren, sondern vielmehr den Umfang der Ländereien zu vergrößern. Den adligen Grundherren gehörigen Boden sollten diese allerdings nicht selbst bewirtschaften, sondern den aus der Leibeigenschaft befreiten Bauern in Pacht geben. Aus den leibeigenen Bauern sollten Pächter werden.<sup>30</sup>

Golicyn selbst war grundsätzlich bereit, den ihm gehörigen Bauern die Freiheit zu schenken. Den von den bäuerlichen Pächtern bearbeiteten Boden betrachtete er jedoch nach wie vor als unantastbares Eigentum des Gutsbesitzers. Die Leibeigenschaft mußte seiner Ansicht nach schon deshalb aufgehoben werden, weil sie auch dem Staatsinteresse in jeder Weise widersprach: "Aus der Leibeigenschaft kann nie ein Vorteil für einen Staat entspringen, wohl aber für einige einzelne, die im Grunde doch gegen ihr wahres Interesse handeln. Ließen sie ihre Güter durch freie Hände bearbeiten und verpachteten sie solche an reiche Landbauern, deren Eigentum durch die Gesetze sichergestellt wäre, so würden solche das Vierfache von dem aufbringen, was sie abwerfen, wenn sie von Sklaven bearbeitet werden. Allein, so groß ist die Gewalt der Menschheit, man fürchtet, ihnen das Joch abzunehmen; die Ländereien werden übel angebaut oder bleiben selbst brach liegen; der einzelne wird nicht reicher durch den Ackerbau, der Bauer verarmt, und der Staat nimmt täglich mehr ab."<sup>31</sup>

Auch der Bauer sollte somit das Recht erhalten, Grund und Boden zu erwerben, wodurch er eigentlich erst ein wirklicher Staatsbürger würde: "Die Ackerbauern sind der zahlreichste und achtungswerteste Teil eines Staates, den sie ernähren und ihm Leben geben. Wenn der Souverän das Haupt desselben ist, so sind sie ohne Widerrede die Arme; sie mit Ketten beladen, ist der höchste Grad von Ungereimtheit und Unmenschlichkeit, weil jedes Glied eines Staates, wenn dieser gut eingerichtet ist, ebenfalls an der Freiheit teilnehmen und man auf keine Weise diejenigen einschränken soll, durch welche diese Freiheit den Wohlstand und das Glück des Staates schafft."<sup>32</sup> Jedoch muß man bei diesen Untertänigen, wie Golicyn schreibt, mit Klugheit und Mäßigung zu Werke gehen und nicht aus dem Auge verlieren, daß eine Überrellung dieser Angelegenheit dem Staat schaden könnte, nämlich dann, wenn "man anfängt, die Bauern von der Leibeigenschaft, welche sie an den Boden knüpft, zu befreien, indem man ihnen, gegen einen Grundzins, das Eigentum des Geldes zu leicht bewilligt, welches sie bisher für Rechnung eines anderen bebaut hatten."<sup>33</sup> "Man muß vor allem zusehen, ob diese Bauern so viel besitzen, daß sie die notwendigen Vorschüsse tun können, um einen guten Landbau für ihre eigene Rechnung zu unternehmen. Es würde für die Gesellschaft und für die Interessen selbst viel vorteilhafter sein, daß die Herren das Eigentum an ihren Gütern behielten, daß sie aber ihre beweglichen Reichtümer dazu anwendeten, ihre Leibeigenen in den Stand zu setzen, das Gewerbe der Pächter zu ergreifen. Ohne diese Vorsichtsmaßregel macht man den nämlichen Fehler, als wenn man arme, hilfsbedürftige Kolonisten wegschickt, um Wüsteneien zu bevölkern; der Freigelassene, der von hinlänglichen Mitteln entblößt ist, die notwendigen Vorschüsse zu tun, wird schwächen und sein neues Eigentum gezwungenerweise vernachlässigen und noch unglücklicher werden, als er es in der Leibeigenschaft war."<sup>34</sup>

Golicyn war bei seinen Vorschlägen, wie ganz deutlich wird, eifrig darauf bedacht, daß die von ihm befürwortete landlose Bauerbefreiung sich unter völliger Wahrung der Interessen der adligen Gutsbesitzerklasse vollzieht. Die Initiative zur Bauernreform sollte am besten von den Gutsbesitzern selbst ausgehen.

30 Zur Problemstellung auch Sacke, Georg, Das Problem des Grundbesitzes in der Regierungszeit Katharinas II., in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 5, 1961, S. 211.

31 Gallitzin, Demetrius, Vom Geist der Ökonomen..., a. a. O., S. 287.

32 Ebenda, S. 88.

33 Ebenda, S. 288.

34 Ebenda, S. 289.

Golicyn wie auch anderen Ideologen der russischen Aristokratie war es darum zu tun, daß auch den Leibeigenen das Eigentumsrecht oder zumindest das erbliche Nutzungsrecht auf den von ihnen bearbeiteten Grund und Boden eingeräumt würde. Das heißt, er forderte dazu auf, eine Umgestaltung der russischen Agrarverhältnisse im Sinne einer Weiterentwicklung der Feudalordnung einzuleiten. Dabei sah er in den von Katharina II. und ihrem Regime in den sechziger Jahren erlassenen Bauernverordnungen bereits einen Ansatzpunkt zur Verwirklichung seiner Ideen. Gegen eine Agrarumgestaltung Rußlands im Sinne der Vorschläge Golicyns stand, wie sich zeigen sollte, die geschlossene Front des russischen Adels. Mit dem Agrarkonzept Golicyns sympatisierten nur wenige russische Adelsideologen, die selbst fast allesamt der Aristokratie angehörten.

Recht scharfe Worte gegen den feudalen Despotismus und die schrankenlose Willkür der Autokratie findet Golicyn im Kapitel seines Buches "Von der Nationalerziehung": "Willkürliche Gewalt und Aufklärung haben sich noch nirgendwo beisammen gefunden. Überall, wo die Regierung von der einen Seite willkürliche Gewalt, von der anderen Knechtschaft zum Grundsatz, Endzweck und zur Regel hat, kann man sicher sein, daß die Menschen daselbst plump, unwissend und verdorben sind. Das Laster ist notwendig die Frucht der Unwissenheit und der Unterdrückung."<sup>35</sup> "Der Mensch, der als ein Opfer des Despotismus zur Welt kommt, zur Arbeit bestimmt, dem Eigensinn unterworfen, durch Strafen viehisch gemacht, in einer beständigen Furcht gehalten wird, erwirbt keine Begriffe als die der Gewalt und kennt nichts Gutes als einige verstohlene, unsichere und ungewisse Genüsse. Er ist indes dadurch nur desto unglücklicher, und die Schuld liegt nicht an ihm, daß er sich nicht zu einer besseren und ausgedehnteren Erkenntnis erhebt, welche ihn für rechtschaffener und feinere Empfindungen empfänglich machen würde. Er ist ein Sklave, das heißt alles gesagt; denn die Sklaverei ist der äußerste Grad von Herabwürdigung für das menschliche Geschlecht von Vernichtung für die Vernunft, und, durch eine notwendige Folge, von Verderbnis für die Sitten."<sup>36</sup>

Diese Worte Golicyns lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: "Der willkürlichen Gewalt entsagen, ist also die erste Bedingung, welche die Gerechtigkeit und die Vernunft hier erheischen. Hernach kann sich der Gesetzgeber mit der Nationalerziehung beschäftigen und alles davon hoffen."<sup>37</sup>

Was den befreiten Bauern anbelangt, so hielt Golicyn allerdings nur eine elementare Unterweisung im Sinne der Befolgung der obrigkeitlichen Anordnungen und der Gebote der Kirche für erforderlich: "Die Erziehung des jungen Landbauers ist von einem geringeren Umfange. Man soll ihm nur eine tiefe Ehrfurcht für die Religion einflößen, ihn die Pflicht empfinden lehren, ihre Gebote zu erfüllen, ihm erklären, daß die Moral ganz auf die Religion und die Natur des Menschen gegründet ist; ihn die bürgerlichen Gesetze kennen lehren, nach welchen er regiert wird, und ihm Liebe für seine Pflichten und seinen Stand einpflanzen, der unter einer weisen und billigen Staatsverwaltung in der Tat der ruhigste, wenn nicht der glücklichste Stand ist."<sup>38</sup>

Golicyns Vorschläge und Postulate nehmen stets ihren Ausgang von den Interessen der in Rußland herrschenden Adelsklasse, und sie münden am Ende ebenso selbstverständlich wieder in die Grundüberzeugung der Feudalität ein. Jedoch stimmte Golicyn in der Agrarfrage keineswegs mit den konservativen und reaktionären Auffassungen solcher Ideologen des Adels wie A. P. Sumarokov, M. M. Ščerbatov oder auch der Haltung Katharinas II. überein, wobei sich diese selbst wiederum in ihren Standpunkten voneinander, zum Teil sogar erheblich, wie das Beispiel Ščerbatovs und Katharinas II. zeigt, unterscheiden.

35 Ebenda, S. 321.

36 Ebenda, S. 321 f.

37 Ebenda, S. 322.

38 Ebenda, S. 329.

Sumarokov trat nicht nur wie Ščerbatov<sup>39</sup> und Katharina II. für die Beibehaltung der Leibeigenschaft ein, sondern wandte sich dabei ausdrücklich auch gegen die Entwicklung der Manufakturen und der Industrie, das heißt, er forderte die weitere Entwicklung Rußlands auf der Grundlage einer reinen Agrargesellschaft. Ščerbatovs Postulate wiederum zielten darauf ab, das Wachstum der Industrie, der Warenproduktion und des Handels sowie die Entwicklung der Marktverhältnisse ausschließlich im Sinne des Adels und auf dem Wege der Beschränkung der Rechte und Möglichkeiten der Kaufmannschaft und entstehenden Bourgeoisieklasse zu verwirklichen. Nur auf dieser Grundlage sollte die leibeigenschaftliche Gutsbesitzerwirtschaft weiterentwickelt und den neuen Zeitverhältnissen angepaßt werden.

Es ist somit nicht zu übersehen, daß Golicyns Auffassungen in der Bauernfrage einengewissen eigenständigen Charakterzug aufweisen. Der fürstliche Reformier forderte mit Nachdruck dazu auf, den Bauern und der bäuerlichen Wirtschaft-Zugeständnisse zu machen. Die von ihm verlangte Umwandlung der ehemaligen Leibeigenen in bäuerliche Pächter lief objektiv auf die Anbahnung bürgerlicher Verhältnisse auf dem Lande hinaus. Dabei ging derselbe Golicyn, wie wir zur Genüge gezeigt haben, keineswegs von den Interessen der Volksmassen, der Bauern, aus. In dieser Hinsicht unterschied er sich ganz deutlich von anderem Adel zugehörigen Ideologen, wie Ja. P. Kozel'skij und A. Ja. Polenov, die sich zu wirklichen Anwälten der Bauernschaft aufzuschwingen vermochten.

Golicyn trat für Zugeständnisse der herrschenden Adelsklasse an die Bauernschaft im Sinne der Beibehaltung der ökonomischen und politischen Herrschaft der Gutsbesitzer ein. Deshalb blieb das gesellschaftspolitische Konzept Dmitrij Golicyns ungeachtet der zahlreichen radikalen Äußerungen, die sich in den Briefen und in dem gesellschaftsphilosophischen Hauptwerk Golicyns "Vom Geist der Ökonomen" finden, letztlich ein liberaladliges Gesellschaftsprogramm.

Allerdings war das gesellschaftspolitische Gedankengebäude Golicyns, wie bereits bemerkt, nicht frei von tiefgehenden Widersprüchen und Inkonsistenzen. Vieles ging hierbei bereits auf das Konto der literarischen und geistigen Vorbilder und Quellen Golicyns. Was die agrarpolitischen Auffassungen Golicyns anbelangt, so kommen hierbei noch einige spezifische Widersprüche, Merkmale und Eigenheiten hinzu, die ein charakteristisches Abbild der widerspruchsvollen russischen Gesellschaftsverhältnisse der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts darstellten. In dem Bestreben, die ökonomische und politische Macht zu behaupten und gleichzeitig die neuen Gesellschaftskräfte in Gestalt der sich entwickelnden bürgerlichen Formen im Interesse der späten Feudalordnung auszunutzen, versuchte ein Teil des russischen Adels, zu denen angesehene Kreise der Aristokratie gehörten, darunter auch Fürst Dmitrij Golicyn, in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik Rußlands liberalere Wege zu beschreiten. Demgemäß formierte sich in der Adelsideologie dieser Zeit eine liberale Richtung. Einer ihrer typischen Vertreter in der Ära Katharinas II. war Fürst Dmitrij Golicyn.

Golicyn forderte die Abschaffung der Leibeigenschaft. Der Verzicht auf diese unmenschliche Einrichtung stand bei ihm jedoch deutlich unter dem Vorzeichen einer Weiterentwicklung der Feudalordnung. Demgemäß weisen die liberaladligen Gesellschaftsauffassungen Golicyns einerseits klassenmäßige Beschränktheit auf, während sie andererseits Fortschritt im gesellschaftspolitischen Denken der damaligen Zeit darstellten. Golicyns ideologische Gegner aus dem eigenen Lager, dem des Adels, haben die Gefahr, die selbst auch die liberaladligen Auffassungen für die in Rußland bestehende spätf feudale Ordnung mit sich brachten, klar erkannt. Es war daher nur logisch, wenn sie alle Anstrengungen unternahmen, daß Golicyns Vorschläge nicht verwirklicht wurden; denn eine Realisierung der gesellschaftspolitischen Forderungen Dmitrij Golicyns hätte objektiv die Förderung und Stimulierung der sich bereits machtvoll regenden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse in Rußland zur Folge gehabt.

<sup>39</sup> Auf Ščerbatovs Gesellschaftsprogramm komme ich demnächst ausführlicher zurück. Vgl. vorerst Fedosov, I. A., *Iz istorii ruskoj obščestvennoj mysli XVIII stoletija*. M. M. Ščerbatov, Moskau 1967.

## ZUM WAID- UND TUCHHANDEL THÜRINGISCHER STÄDTE IM SPÄTEN MITTELALTER

von Werner Mägdefrau

Die Bürger in den thüringischen Städten trugen dazu bei, die "handwerksmäßige Industrie und den Produktaustausch innerhalb der feudalen Gesellschaft auf eine verhältnismäßig hohe Stufe"<sup>1</sup> zu heben. Nicht nur Lokalhandel und Nahverkehr, zum großen Teil auf Erfurt als den landschaftlichen Zentralmarkt ausgerichtet, blühten innerhalb Thüringens auf; darüber hinaus verstärkten und erweiterten sich im späten Mittelalter auch die Fernhandelsverbindungen der thüringischen Städte. Diese wurden in die allmähliche Annäherung der Wirtschaftsgebiete einbezogen, die auf verbreiteter Warenproduktion, Arbeitsteilung und Kooperation zwischen Territorien und Städten sowie überregionalem Handel beruhte. Die Verdichtung der Beziehungen zwischen Städten und Landschaften förderten unter anderem die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die Vermittlung neuer Produktionsverfahren und -methoden. Die Weberei in Thüringen, die im Rahmen der städtischen Gewerbeentwicklung und für den Fernhandel eine besondere Bedeutung erlangte, erhielt durch Kontakte zu den west- und nordwesteuropäischen Tuchzentren starke Impulse. Das in zahlreichen thüringischen Dörfern und Stadtfluren angebaute Farbkraut Waid diente ursprünglich zum Blaufärben der Tuche, die in den thüringischen Städten hergestellt wurden. Diese Funktion erfüllte der Waidbau und Waidhandel stets. Darüber hinaus entwickelte sich der Blaufarbstoff Waid zum wichtigsten Exportartikel Thüringens, der im Fernhandel eine hervorragende Rolle spielte. Der Waidhandel Thüringens, dieses wichtigsten Waidanbaugebiets im mittelalterlichen Deutschland, entwickelte sich deshalb in so bedeutsamem Maße, weil der Waid neben der Wolle der unentbehrlichste Rohstoff für die in verschiedenen Gegenden verbreitete Tuchherstellung war. Bis in das 16. Jahrhundert hinein, als er vom Indigo schrittweise zurückgedrängt und im 17. Jahrhundert schließlich ganz aus dem Felde geschlagen wurde<sup>2</sup>, war der Waid das hauptsächliche und beinahe einzige Färbemittel für Tuche und andere Webwaren. So hing von der Waidzufuhr die Entwicklungsmöglichkeit der Weberei sehr wesentlich ab.

Mit dem Waidhandel der thüringischen Städte haben sich bereits mehrere Autoren beschäftigt.<sup>3</sup> Die erschlossenen Quellen und die bisher bekannte Überlieferung lassen erkennen, daß die thüringischen Waidstädte mit Erfurt an der Spitze in der deutschen Wirtschaftsge-

- 1 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 97.
- 2 Lauterbach, Fritz, Der Kampf des Waides mit dem Indigo, phil. Diss. Leipzig 1905; Zschiesche, Paul, Der Erfurter Waidbau und Waidhandel, ein kulturgeschichtliches Bild aus der Vergangenheit, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Nr. 18/1896, S. 41.
- 3 Vgl. ausführlicher zum Thema Mägdefrau, Werner, Revolutionäre kommunale Bewegungen und spätmittelalterliche Bürgerkämpfe in den Städten des Thüringer Dreistädtebundes. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte Thüringens und zur Entwicklung des feudalen deutschen Städtewesens, Dissertation B (Dr. sc.) Jena 1971, S. 318 ff.



schichte des späten Mittelalters einen wichtigen Platz einnehmen. Für eine Gesamtgeschichte des thüringischen Waidhandels bleibt jedoch noch manches zu tun. Für die Zeit vom 13. bis zum 15. Jahrhundert, in der der thüringische Waidhandel seine erste große Blüte erlebte, ist durch ausgedehnte archivalische Einzelforschung noch weiteres Material zur vollen Erfassung dieses bedeutsamen Handelszweiges aufzubereiten. Die Archive in Lübeck, Bremen, Hamburg, Wrocław, Frankfurt am Main, Nürnberg, Nördlingen sowie in den flandrischen Städten sind bisher noch nicht systematisch nach Angaben über den thüringischen Waidhandel durchforscht worden; selbst die Stadtarchive von Erfurt, Mühlhausen und anderen Städten Thüringens enthalten für das 15. Jahrhundert noch nicht erschlossenes oder nur sporadisch herangezogenes ungedrucktes einschlägiges Material. Hinzu kommt, daß das Bild, welches die ältere bürgerliche Lokal- und Landesgeschichtsschreibung in Thüringen vom thüringischen Waidhandel entworfen hat, einer kritischen Überprüfung nicht standhält und in mehrerer Hinsicht der Korrektur bedarf. Zu korrigieren sind die Überschätzung des thüringischen Waidbaus und Waidhandels hinsichtlich ihrer Bedeutung für die deutsche und europäische Wirtschaftsentwicklung im Mittelalter, die Überschätzung des thüringischen Waidhandels hinsichtlich seiner Ausdehnung, die Vernachlässigung der großen wirtschaftsgeschichtlichen Zusammenhänge sowie die Tatsache, daß gegenüber der Erforschung und Darstellung des zweifellos überragenden Erfurter Waidhandels der Waidhandel der übrigen thüringischen Städte bisher fast völlig unberücksichtigt geblieben ist.

Die globale Behauptung, der thüringische Waid sei im Mittelalter "in der ganzen Welt berühmt"<sup>4</sup> gewesen, einzig und allein Erfurt sei "in ganz Deutschland, ja in Europa, zur Herstellung und Ausfuhr dieses Färbemittels in bester Qualität befähigt"<sup>5</sup> gewesen und von Erfurt aus wären die Waidfässer "in alle Welt"<sup>6</sup>, nach Italien, ins Rheinland und nach Frankreich, namentlich aber nach den Niederlanden, aber auch nach Spanien, England, Polen und Ungarn gegangen, ist eine Legende der Erfurter Lokalgeschichtsschreibung. Ebenso überschätzt Fritz Rörig das Absatzgebiet des thüringischen Waides hinsichtlich seiner Ausdehnung.<sup>7</sup> Auch Lauterbachs These, Thüringen und Niederösterreich hätten den größten Teil Europas im 14. und 15. Jahrhundert mit Waid versorgt, ist mit Vorsicht aufzunehmen.<sup>8</sup>

Alfred Rach<sup>9</sup> weist zu Recht darauf hin, daß ein genaues Bild über Umfang und Zielort des Waidtransports nur schwer zu gewinnen ist, solange nicht Geleitregister aus mehreren Zeiträumen erschlossen werden können. Auch ist zu berücksichtigen, daß der Erfurter und thüringische Waidhandel vom 13. bis zum 15. Jahrhundert an Umfang, Weite und Ausdehnung zunahm. Der thüringische Waidhandel wurde zwar durch die geographische Mittellage Thüringens begünstigt, nicht aber dadurch in erster Linie bestimmt, wie Horst Jecht meint<sup>10</sup>, vielmehr war er in seinen Hauptrichtungen vor allem von der Standortverteilung des Tuchgewerbes abhängig.

4 Zschiesche, Paul, a. a. O., S. 43.

5 Schum, Wilhelm, Erfurts soziale und politische Verhältnisse auf der Schwelle der Neuzeit, in: Erfurter Lutherfest-Almanach, hg. v. Ottokar Lorenz, Erfurt 1883, S. XV/XVI.

6 Beyer, Carl, Geschichte der Stadt Erfurt von der ältesten bis auf die neueste Zeit. Fortgesetzt von Johannes Biereye. Eingangskapitel (Vorgeschichte) von Paul Zschiesche, Bd. 1, Erfurt 1935, S. 137. - Ähnliche Übertreibungen finden sich auch in anderen Darstellungen.

7 Rörig, Fritz, Mittelalterliche Weltwirtschaft, Blüte und Ende einer Weltwirtschaftsperiode, in: derselbe, Wirtschaftskräfte im Mittelalter. Abhandlungen zur Stadt- und Hansengeschichte, hg. v. Paul Kaegbein, Weimar 1959, S. 359, 390.

8 Lauterbach, Fritz, a. a. O., S. 52 f.

9 Rach, Alfred, Die zweite Blütezeit des Erfurter Waidhandels, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 171, 1959, S. 33.

10 Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmacher-gewerbes, in: Neues Lausitzisches Magazin (im folgenden: NLM) Bd. 99, 1923, S. 63.

Die fünf als Waidstädte bezeichneten Städte Erfurt, Gotha, Arnstadt, Langensalza und Tennstedt lagen inmitten der thüringischen Waidlandschaft; neben diesen trieben jedoch noch andere Städte Thüringens Handel mit Waid. Zweifellos stand allen voran die Stadt Erfurt. Diese entwickelte sich im Verband der Waidstädte Thüringens zum Mittelpunkt des Waidbaus und des Waidhandels dieser Landschaft. Darüber hinaus kann Erfurt als der deutsche Hauptmarkt für Waid gelten; es hatte durch seinen Waidhandel weitreichende Beziehungen; der Waid war sein wichtigstes Fernhandelsprodukt. Erfurt war die berühmteste und bedeutendste deutsche Waidhandelsstadt im Mittelalter; es verfügte über einen eigenen Waidhandelsplatz, den Anger, und über eine zahlenmäßig starke Gruppe von Waidhändlern. Erfurt war als einzige thüringische Stadt ein Stapel-, Umschlags- und Handelsplatz von europäischer Bedeutung; es zählte zu den bedeutenden deutschen Fernhandelsstädten und übertraf hinsichtlich Reichweite und Intensität der Handelsbeziehungen alle übrigen thüringischen Städte.

Im 13. Jahrhundert begann für Erfurt die Blütezeit des gewinnbringenden Fernhandels mit Waid und damit zugleich die glänzendste Periode seiner Stadtgeschichte im Mittelalter. Als erster Erfurter Waidhändler wird im Mainzer Rechnungsbuch von 1248/1249 ein gewisser Ludewicus Weitere genannt, der von seiner curia zwei Denare an den Erzbischof entrichtete.<sup>11</sup> Auf einer stabilen ökonomischen Basis muß auch die Waidgilde in Langensalza gestanden haben.<sup>12</sup> Kaufleute aus Mühlhausen<sup>13</sup>, Nordhausen, Naumburg, Weimar, Greußen und Weißensee trieben ebenfalls Handel mit Waid.<sup>14</sup> Ausgedehnter Waidhandel ist hier für die Zeit seit dem 14. Jahrhundert nachzuweisen. Die Naumburger Annalen berichten für das Jahr 1305 von Waidhandel in Naumburg.<sup>15</sup> Im 14. Jahrhundert fanden Verhandlungen wegen des Waidhandels zwischen den thüringischen Städten Naumburg, Erfurt, Arnstadt, Weißenfels, Laucha, Mühlhausen, Jena einerseits und den Städten Görlitz, Zittau, Schweidnitz, Liegnitz, Breslau, Pirna, Oschatz andererseits statt.<sup>16</sup> Im Erfurter Zuchtbrief von 1351 wird die Handelstätigkeit auswärtiger Kaufleute in Erfurt erwähnt. Außer der Waidhändlerfamilie Swellingrebel (oder Swellingrobil) beteiligten sich im 15. Jahrhundert weiterhin die Nordhäuser Bürger Heinrich Smed und Claus Werd am Waidhandel über Bremen nach Holland.<sup>17</sup> Erste Nachrichten über den gemeinsamen Betrieb des Waidhandels in Handelsgesellschaften sind aus dem 14. Jahrhundert überliefert. Zu einer kaufmännischen Gesellschaftsbildung von der Bedeutung der "Großen Ravensburger Gesellschaft" (1380 bis 1530) ist es in Thüringen freilich nicht gekommen. Aber die Ansicht Alfred Rachs<sup>18</sup>, eine beweiskräftige Nachricht über das tatsächliche Bestehen von Waidhandelsgesellschaften läge erst aus dem Jahre 1446 vor, ist irrig. Auf die Entwicklung der Organisation des Waidhandels thüringischer Kaufleute wirkte die Tatsache ein, daß zwischen dem Kauf des Wajds vom Bauern auf den städtischen Märkten und dem Absatz der Ware an den Verbraucher eine beträchtliche Zeitspanne von fast einem Jahr lag; diese lange Umschlagszeit im Waidhandel verursachte einen großen Kapitalbedarf. Da vor dem 15./16. Jahrhundert derartige Kapitalien nur selten in einer Hand

- 11 Erzbischöflich-mainzische Heberolle aus dem 13. Jahrhundert, nach dem Original mitgeteilt von H. A. Erhard, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, hg. v. dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Bd. 3, 1840, S. 29.
- 12 Lauterbach, Fritz, a. a. O., S. 35.
- 13 Brinkmann, Ernst, Aus Mühlhausens Vergangenheit. Gesammelte Vorträge und Aufsätze, Mühlhausen 1925, S. 101.
- 14 Wagner, Erich, Waidbau und Waidhandel in Thüringen. Ein wirtschaftsgeschichtlicher Überblick, in: Thüringer Heimatspiegel, Beiheft Nr. 2/1925.
- 15 Braun, M. Sixtus, Naumburger Annalen vom Jahre 799 bis 1613. Nach seiner im städtischen Archiv befindlichen Handschrift, hg. v. Köster, Naumburg (Saale) 1892, S. 10.
- 16 Ebenda, S. 13, 33, Art. 1340, 1390.
- 17 Vgl. Urkundenbuch Jena, Bd. 2, Nr. 375, S. 162 - 164 (Urk. v. 1. 7. 1443).
- 18 Rach, Alfred, a. a. O., S. 33.

vereinigt waren, finden sich die thüringischen Waidhändler frühzeitig zu Kompaniegeschäften und Handelsgesellschaften zusammen.

Der Erfurter Zuchtbrief von 1351 enthält über die Bürger, "die da geselschafft haben an weydtkauffen", folgende Bestimmung: "Auch ein iglich kompaneye sollen an weydtkauffen gleich gewynnunge mit einander nhemem noch der manzahl und nit noch der Marckzale und das ane argelyste wer des brichet, der sal ein Marck geben und sal ein Jhar rheumen die stadt, ab er sein recht darvor nicht thun thare."<sup>19</sup> Demnach hatten diejenigen Erfurter Bürger, die sich untereinander zu Waidhandelsgesellschaften vereinigten, ungeachtet ihrer Einlage den Gewinn stets "noch der manzahl und nit noch der Marckzale" in gleiche Teile zu teilen. Nicht nach den eingezahlten Kapitalien, sondern nach der Anzahl der Gesellschafter sollte der Gewinn verteilt werden.

Dieses Statut weist zunächst die Existenz von Waidhandelsgesellschaften schon für das 14. Jahrhundert unzweifelhaft nach. Es ist aus mittelalterlicher Wirtschaftsgesinnung geboren. Das Streben nach einer möglichst großen wirtschaftlich-sozialen Gleichheit, die jedem sein Auskommen sichern sollte, kommt in dieser Bestimmung mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck; eine Monopolisierung des Waidhandels in den Händen weniger ganz reicher Kaufleute konnte dadurch nicht eintreten. Selbst die Beteiligung Fremder am Waidhandel wurde im Zuchtbrief von 1351 gestattet; wie die Bürger der Stadt durften sie den Ballenwaid, den die Bauern anliefernten, zum Zwecke der Waidverarbeitung zu Farbstoff aufkaufen.<sup>20</sup> Es war aber den Erfurter Bürgern verboten, mit auswärtigen Leuten (Gästen), die nicht das Bürgerrecht besaßen, in der Stadt nicht ihren Wohnsitz hatten und kein Geschoß zahlten, eine Gesellschaft zu gründen.<sup>21</sup>

Das Prinzip der unbedingten Gleichheit aller Gesellschafter einer Waidhandelsgesellschaft und deren Anspruch auf gleiche Gewinnbeteiligung ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Kapitalanteils galten auch für alle weiteren Regelungen bis hin zur Waidkäuferordnung von 1612. Diese Verordnung erwies sich seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert mehr und mehr als höchst lästige Fessel, die die Akkumulation von großen Kapitalien und damit die Durchsetzung des Frühkapitalismus hemmte. Sie wurde zum Ausdruck der Verknöcherung und Erstarrung, der das Erfurter Wirtschaftsleben im ausgehenden Mittelalter verfiel. Daß sich trotz dieser Bestimmung des Zuchtbriefs eine Gruppe von Waidgroßhändlern herauszubilden begann, zeigt eine Verordnung des Erfurter Rates aus dem 15. Jahrhundert. Darin wurde - sicher auf Betreiben der reichsten Waidhändler - festgelegt, daß jeder, der mit Waid handeln wollte, jährlich mindestens 1 000 Gulden bei der Stadt Erfurt verschossen müsse.<sup>22</sup> Diese Beschränkung in der Ausübung des Waidhandels entsprach dem wirtschaftlichen Interesse eines nur kleinen Kreises vermögender Bürger: der privilegierten Gruppe der Waidhändler oder Waidjuncker.

Wie Horst Jecht feststellte<sup>23</sup>, war der thüringische Waidhandel auf seinem Weg in die Oberlausitz und nach Schlesien bis ins 15. Jahrhundert hinein Wanderhandel, der von einem Ort zum anderen überwechselte, ohne in den einzelnen Städten eigene Niederlassungen zu begründen. Die Führung ihrer mehrspännigen schweren Wagen übernahmen die Waidhändler selbst; die Wagenkolonne wurde von Handelsdienern und Knechten begleitet, die alle bewaffnet waren. Hierin liegt ein charakteristischer Unterschied zur Entwicklung der Handelsorga-

<sup>19</sup> Der Erfurter Zuchtbrief vom Jahre 1351. Mitgeteilt von Karl Eduard Förstemann, in: Neue Mitteilungen auf dem Gebiet historisch-antiquarischer Forschungen, Nr. 2/1844, Art. 90, S. 117.

<sup>20</sup> Ebenda, Art. 85, S. 116; Art. 89, S. 117.

<sup>21</sup> Ebenda, Art. 83, S. 116.

<sup>22</sup> Zschesche, Paul, a. a. O., S. 53 f.

<sup>23</sup> Jecht, Horst, a. a. O., S. 71; Beyer, Carl/Piereye, Johannes, Geschichte der Stadt Erfurt von der ältesten bis auf die neueste Zeit, Bd. 1, Erfurt 1935, S. 137.

nisation im hansischen Wirtschaftsbereich, wo die Hansekaufleute schon seit dem 13. Jahrhundert ihre Handelsinteressen in anderen Ländern durch Faktoren wahrnehmen ließen. Auch im 15. Jahrhundert ist es noch häufig vorgekommen, daß die thüringischen Waidhändler ihre Wagenzüge selbst begleiteten. Gleichzeitig traten damals neben Waidhändlern, die ihre eigenen Fuhrleute waren, Handelsdiener auf dem Görlitzer Waidmarkt in Erscheinung, die im Auftrage von Waidgroßhändlern die Geschäfte abwickelten. So übernahm der Handelsdiener Berlitt Leichtberg im Auftrage zweier Erfurter Handelsgesellschaften den Transport und Verkauf des Waids nach bzw. in Görlitz.

Im Jahre 1455 war ein famulus namens Johannis Funcken de Erfordia bevollmächtigt, in Görlitz Außenstände für Waid einzuziehen. Diese Handelsdiener standen zum Waidhändler in einem günstigen Lohnverhältnis. Der Vertrieb durch beauftragte Handelsdiener war ein Fortschritt in der Organisation des Waidhandels, der sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stärker durchsetzte; gleichzeitig drängte die Entwicklung auf den Ausbau eines Faktoreisystems in Görlitz, dem wichtigsten ostdeutschen Waidumschlageplatz.<sup>24</sup>

Seit dem 14. Jahrhundert, seitdem sich ein ausgedehnter Waidhandel thüringischer Städte nachweisen läßt<sup>25</sup>, entwickelten sich die Oberlausitz und Schlesien, wo ein stark entfaltetes Tuchmachergewerbe blühte, zu den wichtigsten Absatzgebieten.<sup>26</sup> Auf die Verhandlungen, die 1340 und 1390 wegen des Waidhandels zwischen den thüringischen Städten Naumburg, Erfurt, Arnstadt, Weißenfels, Laucha, Mühlhausen, Jena einerseits und den Städten Görlitz, Zittau, Schweidnitz, Liegnitz, Breslau, Pirna, Oschatz andererseits stattfanden, wurde schon hingewiesen. Görlitz und Breslau waren in dieser Richtung die wichtigsten Märkte für den thüringischen Waidhandel. Zwischen Erfurt und Breslau, jenen beiden bedeutenden Handelsstädten an der Hofen Straße lag als wichtigster Haltepunkt des West-Ost-Handels die Stadt Görlitz.<sup>27</sup> Sie war bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts der große Umschlageplatz im thüringisch-oberlausitzisch-schlesischen Waidhandel.<sup>28</sup> Das stark vertretene Tuchmachergewerbe in der Stadt und seiner Umgebung, seine Lage am Kreuzungspunkt der großen West-Ost-Straße mit einer wichtigen Süd-Nord-Verbindung, die von Böhmen nach der Ostseeküste verlief, die Aufrichtung des Waidstapels (1339)<sup>29</sup> und der Straßenzwang waren die hauptsächlichsten Faktoren, die Görlitz zum Mittelpunkt des Waidhandels für ein weites Absatzgebiet werden ließen. Hier fanden sich seit der Mitte des 13. Jahrhunderts zahlreiche Waidkäufer aus der Oberlausitz und aus dem angrenzenden Schlesien zusammen.

24 Jecht, Horst, a. a. O., S. 78.

25 Rach, Alfred, a. a. O., S. 32 (über Waidhandel thüringischer Kaufleute in Schweidnitz, Görlitz, Breslau).

26 Jecht, Horst, a. a. O., Bd. 99, 1923, S. 55 - 98; Bd. 100, 1924, S. 57 - 134; Reißig, Beatrix, Beiträge zur Geschichte des Handels und Warenverkehrs auf der hohen Landstraße in den Wettinischen Landen bis ins 16. Jahrhundert, phil. Diss. Leipzig 1938, S. 86 ff.

27 Jecht, Richard, Geschichte der Stadt Görlitz, Bd. 1, 1. Halbband; Allgemeine Geschichte der Stadt Görlitz im Mittelalter, Görlitz 1926; Jecht, Horst, Zur Handelsgeschichte der Stadt Görlitz im Mittelalter, in: Oberlausitzer Forschungen, Leipzig 1961, S. 121 - 127.

28 Vgl. Jecht, Horst, Zur Handelsgeschichte der Stadt Görlitz im Mittelalter, a. a. O.; derselbe, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, a. a. O., S. 65 ff. - Darauf stützen sich die folgenden Ausführungen: Knothe, Hermann, Geschichte des Tuchmacher-Handwerks in der Oberlausitz bis Anfang des 17. Jahrhunderts, in: NLM, Bd. 58, 1882, S. 241 - 380.

29 Codex diplomaticus Lusatiae superioris, T. 1: Sammlung der Urkunden für die Geschichte des Markgraftums Oberlausitz, hg. v. Gustav Köhler, Bd. 1, 2. Aufl. Görlitz 1856, S. 324.

Völlig im Schatten von Görlitz standen die an der großen Handelsstraße weiter westlich gelegenen Waidmärkte Oschatz und Großenhain. Ursprünglich war in Görlitz der Stapelzwang für Waid noch nicht zu solcher Schärfe ausgebildet, daß er den weiteren Durchgangsverkehr nach Schlesien unterbunden hätte. Nach einer Quelle aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts durften früher die Waidgäste nach Schätzung ihrer Ware ein Drittel ihres Wajds sofort weiterführen. Demnach müssen die thüringischen Waidhändler im 13. und 14. Jahrhundert regelmäßig nach Schlesien weitergezogen sein. Deshalb konnte auch die Schweidnitzer Niederlage trotz der Görlitzer Stapelgerechtigkeit eine Bedeutung für die Versorgung der schlesischen Städte mit Waid erlangen. Darüber hinaus bestanden Verbindungen nach Breslau<sup>30</sup>, wo das Tuchmachergewerbe ebenfalls in hoher Blüte stand.<sup>31</sup> Breslau scheint im Ostender Grenzpunkt des thüringischen Waidhandels gewesen zu sein.<sup>32</sup>

Waid aus Thüringen gelangte auch nach Böhmen, möglicherweise auch nach Ungarn, obwohl diese Fragen noch völlig unzureichend erforscht sind.<sup>33</sup> Görlitz war damals Durchgangsstation, nicht Endpunkt des ostwärts gerichteten Waidhandels. Seine Waidniederlage diente im wesentlichen der Rohstoffversorgung der eigenen städtischen Tuchmacherei und der Weberei der umliegenden Städte. Diese Funktion begründete seine wichtige Stellung im ostdeutschen und schlesischen Waidhandel. In den Stadtbüchern und Ratsrechnungen der Jahre zwischen 1400 und 1420 hat Horst Jecht 25 thüringische Kaufleute in Görlitz nachweisen können, die zumeist öfters dort Geschäfte tätigten.<sup>34</sup> Bei der Mehrzahl dieser Waidhändler handelte es sich um Kaufleute aus Erfurt, aber auch Händler aus Langensalza, Arnstadt, Weißensee und Greußen waren in Görlitz vertreten.<sup>35</sup> Nachdem die Thüringer Kaufleute den Waid in Görlitz einige Wochen lang zum Verkauf niedergelegt hatten, zogen sie mit ihren Waidwagen ostwärts weiter. Sie kauften in Görlitz auch Waid auf, der damals in der Umgebung der Stadt in einiger Menge angebaut wurde, und verkauften ihn in anderen Städten. Außerdem setzten sie die Görlitzer Tuche in entfernter gelegenen Orten ab. Als Rückfracht nach Thüringen diente ihnen - außer Tuchen - vor allem Wachs.

Eine exakte zahlenmäßige Erfassung des thüringischen Waidhandels mit Görlitz ist nicht möglich. Es läßt aber auf einen beträchtlichen Umfang des Handelsverkehrs schließen, wenn

- 30 Stadtarchiv Erfurt 1 - 1/VIIIa, Nr. 33. - Wyrozumski, Jerzy, Urzet farbiarski w Polsce sredniowiecznej (Das Färbemittel Waid im mittelalterlichen Polen) in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, Nr. 3/1966, S. 437 - 448 (polnisch, mit französischer Zusammenfassung).
- 31 Vgl. Wolański, Marian, Związki handlowe Śląska z Rzeczpospolitą w XVII wieku. Ze szczególnym uwzględnieniem Wrocławia (Die Handelsbeziehungen Schlesiens mit dem Königreich Polen im 17. Jahrhundert. Unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Wrocław), Wrocław 1961.
- 32 Z. B. lassen sich in Kraków keinerlei Spuren von einer Einfuhr des thüringischen Wajds nachweisen.
- 33 Wie Dr. Peter Wenzel aufgrund seiner Forschungen zur Görlitzer Stadtgeschichte mitteilte, gibt über Waidfahren von Görlitz nach Böhmen u. a. Auskunft: Ratsarchiv Görlitz, Varia 69, Schriften die Waidfuhr betreffend ... 1477 - 1478.
- 34 Zusammenstellung der sicher als solche nachzuweisenden Waidkaufleute aus Thüringen nach den Herkunftsorten: Heinrich Cardinal, Gottschalk Leichtberger, Girloch aus Mauthen, Hannos Heilwig, Niklas Ziegeler, sämtlich aus Erfurt; Grade Kirchen aus Neumarkt (nordöstlich von Erfurt); Thiele Neugrad aus Langensalza; Conrad Ensel aus Ernststadt; Peter Gromann und Hannus Seefeld aus Weißensee; Hannus Ehrhardt und Fritsche Schreiber aus Greußen, Cunrad aus Buttelstädt. Weitere Waidhändler ohne Angabe des Herkunftsortes: Brutegadem, Hans Sachse, Johannes Limperg, Brandes, Wehrenburg, Rüdiger, Conrad Merze, Bischof, Kirstan Appolt. (Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, a. a. O., T. 1, S. 72 Anm. 5.)
- 35 Vgl. dazu auch Reisig, Beatrix, a. a. O., S. 29.

1413 in einem einzigen Haus zwölf Wagenladungen niedergelegt wurden. Da ein Wagen in der Regel sechzehn Maß faßte, so ist anzunehmen, daß jährlich mehrere tausend Maß Waid in Görlitz selbst abgesetzt oder hindurchgeführt wurden. Ein Maß kostete 1401 acht Schillinge. Innerhalb der nächsten zehn Jahre stieg der Preis um nicht weniger als die Hälfte und hielt sich dann im allgemeinen auf der Höhe von zwölf Schillingen. Das war für die damalige Zeit viel Geld. Es summierte sich in den Händen der Waidhändler zu Kapitalien von außerordentlicher Höhe.

Die mit der Hussitenbewegung in Verbindung stehenden kriegerischen Ereignisse in der Oberlausitz in dem Jahrzehnt zwischen 1424 und 1434 brachten den zu Beginn des Jahrzehnts so blühenden, ostwärts gerichteten Waidhandel thüringischer Kaufleute vorübergehend fast völlig zum Erliegen. Diese Störung ihres Osthandels veranlaßte die größeren thüringischen Städte, sich gerade in diesen Jahren verstärkt an die Hansestädte anzuschließen.

Nach Beendigung der Hussitenkriege erholte sich der Handelsverkehr rasch wieder. Er nahm einen so glänzenden Aufschwung, daß er den vorangegangenen Entwicklungsstand nicht nur wieder erreichte, sondern noch weit übertraf. Es begann die eigentliche Blütezeit des Görlitzer Waidstapels. Sie dauerte bis zur Errichtung der Großenhainer Waidniederlage im Jahre 1490.

Feste Niederlassungen oder Faktoreien thüringischer Waidhändler in Görlitz und in anderen oberlausitzischen oder schlesischen Städten bildeten sich auch in diesem Zeitraum noch nicht heraus. Allerdings ist zu erkennen, daß eine solche festere Verankerung in diesen ihren Absatzgebieten vor allem von den Erfurter Waidhändlern angestrebt wurde.

Weiter erhielt der Waidhandel in dieser Periode dadurch sein Gepräge, daß die Görlitzer Stapelgerechtigkeit zeitweilig im Sinne einer rigorosen städtischen Wirtschaftspolitik gehandhabt wurde. Die Verschärfung der Stapelbestimmungen bestand darin, daß es den Händlern nun nicht mehr gestattet war, nach der Schätzung ein Drittel des Waids in östlicher Richtung weiterzutransportieren, vielmehr mußte der gesamte Waid in Görlitz vier Wochen lang zum Verkauf angeboten werden. Die Schweidnitzer Waidniederlage sank damit zur völligen Bedeutungslosigkeit herab. Die Tuchmacher und Kaufleute der schlesischen Städte waren nun geradezu gezwungen, nach Görlitz zu ziehen und hier ihren Waidbedarf zu decken. Dadurch entwickelte sich nicht nur der Verkehr zwischen Görlitz und Schlesien intensiver; Görlitz wurde im 15. Jahrhundert zum Waidmarkt für alle weiter östlich gelegenen polnischen Gebiete. Für die Jahre um 1470 ist ein jährlicher Umsatz von rund 9 000 Maß bezeugt (etwa 560 Wagenladungen), die einen Wert von etwa 360 000 Gulden ausmachten.<sup>36</sup> Görlitz war nun nicht mehr Durchgangsstation des östlichen Waidhandels, sondern in gewisser Hinsicht dessen Endpunkt. Von hier beförderten die thüringischen Kaufleute, die ja niemals nur mit Waid handelten, als Rückfracht Rohstoffe und gewerbliche Erzeugnisse der östlichen Gebiete in das Innere Deutschlands. Wachs wurde - wie bisher - in großen Mengen gehandelt. Sehr bedeutend war auch die Einfuhr von Leder nach Mitteldeutschland; so wurden 1469 von einem Waidgaste "200 Leder" aus Reichenbach nach Erfurt verfrachtet. In geringerem Umfang wurden Görlitzer Tuche nach dem Westen ausgeführt. Der Handel mit den östlich von Görlitz gelegenen Gebieten gelangte dagegen fast völlig in die Hand der Kaufleute aus Schlesien, vor allem aus Breslau.

Der Görlitzer Stadtrat achtete streng darauf, daß die Stapelbestimmungen eingehalten wurden, und er wehrte alle Angriffe anderer Städte ab. Die westlich von Görlitz gelegenen Städte ließen die Waidwagen nur widerwillig unabgeladen dorthin durchfahren, von wo sie sich dann ihren Waid erst wieder holen mußten. Streitigkeiten über die Auslegung und Handhabung der Stapelgerechtigkeit sowie über Münzberechnungen gab es auch mit den thüringischen

Kaufleuten.<sup>37</sup> 1453 entstand für Görlitz eine gefährliche Situation, als Herzog Wilhelm mit der Errichtung einer eigenen Waidniederlage in Thüringen oder Sachsen drohte. Dieses Projekt versetzte den Görlitzer Stadtrat in Furcht und Schrecken, wenn auch seine Verwirklichung damals noch einmal abgewendet werden konnte. Im Jahre 1477 legten die Herzöge Ernst und Albrecht von Sachsen aber tatsächlich eine Waidniederlage in Großenhain östlich der Elbe nach dem Muster der Görlitzer an.<sup>38</sup>

Ein Jahr lang konnte kein Waid nach Görlitz und Schlesien geführt werden. Aber der neu errichtete Stapelplatz verfügte nicht über die notwendigen Voraussetzungen für die Aufbewahrung und richtige Behandlung des Farbstoffes, so daß die thüringischen Händler seine weitere Beschickung verweigerten. So gelang es den Görlitzern noch einmal, die Wettiner gegen Zahlung einer erheblichen Geldsumme zur Aufhebung dieser Waidniederlage zu bewegen. Damit erreichten sie nur einen kurzen Aufschub. Im Jahre 1490 wurde der Großenhainer Stapel gegen den Widerstand des Görlitzer Rates und diesmal endgültig eröffnet, ohne allerdings von langer Dauer zu sein. Dadurch wurde die Görlitzer Waidniederlage zwar zunächst nicht formell aufgehoben, aber doch in ihrer Bedeutung eingeschränkt.<sup>39</sup>

Nach den bisher bekannten Nachrichten war der thüringische Waidexport nach Süd- und Südwestdeutschland zwar nicht so umfangreich wie derjenige in die oberlausitzischen und schlesischen Tuchgebiete; dennoch erreichte auch er ein bedeutendes Ausmaß. Frankfurt am Main, Nördlingen und Nürnberg können als seine wichtigsten Zielorte angesehen werden. Nürnberg, das in Oberdeutschland eine wirtschaftliche Vormachtstellung einnahm, unterhielt besonders zu Erfurt sehr enge Beziehungen.<sup>40</sup> Wie sehr den Nürnbergern daran gelegen war, jegliche Störungen dieser Handelsbeziehungen zu vermeiden, zeigen ihre Bemühungen um die Beilegung einer Fehde zwischen dem Burggrafen Johann und der Stadt Erfurt in den Jahren 1404 und 1405.<sup>41</sup> Der größte Teil der in Nürnberg eingeführten Farbstoffe aus Thüringen wurde in der Reichsstadt selbst verbraucht, während sich die Produktion mehrerer anderer Städte Oberdeutschlands auf ungefärbte Gewebe, sogenannte Grautuche oder Loden, konzentrierte. Im Vergleich zu den metallverarbeitenden Gewerben, die in Nürnberg einen außerordentlich hohen Stand und sehr große Verbreitung erlangt hatten, hatte die einheimische Tuchherstellung stets geringere Bedeutung. Aber die Tuchfärberei war dennoch stark entwickelt, und es gab zahlreiche Färber.<sup>42</sup> Die im Vergleich zur Anzahl der Weber verhältnismäßig hohe Zahl der Färber läßt auf einen umfangreichen Tuchveredelungsverkehr mit anderen Sitzen des Textilgewerbes schließen.

37 Vgl. Einzelheiten bei Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, a. a. O., T. 1, S. 80.

38 Jecht, Richard, Ein Schreiben Georg Emerichs aus Ofen vom Jahre 1478 und das damals gefährdete Waidstapelrecht der Görlitzer, in: NLM, Bd. 83, 1907, S. 249 - 256.

39 Vgl. ebenda, S. 81; ebenda, T. 2, S. 67; Reißig, Beatrix, a. a. O., S. 22.

40 Roth, Johann Ferdinand, Geschichte des Nürnbergischen Handels, 4 Teile, Leipzig 1800 - 1802, T. 3, S. 240 ff.; Dalberg, Carl Theodor v., Beiträge zur Geschichte der Erfurter Handlung. Mit Urkunden und der Geleitstafel von 1441, Erfurt 1780, S. 7 ff.; Müller, Johannes, Die Hauptwege des Nürnbergischen Handels im Spätmittelalter, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 5, 1907, S. 1 ff.; derselbe, Der Umfang und die Haupt-routen des Nürnberger Handelsgebietes im Mittelalter, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: VSWG), Bd. 6, 1908, S. 1 ff.

41 Quellen zur Handelsgeschichte der Stadt Nürnberg seit 1400, bearb. v. Wilhelm Biebing-er u. Wilhelm Neukam, Bd. 1, H. 1: 1400 - 1405, Erlangen 1934, Nr. 159, S. 126; Nr. 189 I u. II, S. 142 = Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, 10. Reihe, Bd. II.

42 Roth, Johann Ferdinand, a. a. O., T. 3, S. 241.

Nach den Ermittlungen Fritz Lauterbachs<sup>43</sup> betrug die Waidzufuhr im 14. Jahrhundert jährlich durchschnittlich 103 Wagenladungen, während zwischen 1430 und 1440 der jährliche Waidverbrauch der Stadt Nürnberg auf etwa 210 Wagenladungen angestiegen war. Das machte weniger als die Hälfte des Görlitzer Umsatzes aus.<sup>44</sup>

Ein weiterer wichtiger Waidmarkt war die Nördlinger Messe<sup>45</sup>, eine der bedeutendsten im süddeutschen Raum. Sie bot dem Tuchgebiet in Franken, Schwaben und an der bayerischen Donau Absatzmöglichkeiten und versorgte umgekehrt dieses Tuchgebiet mit dem unentbehrlichen Waid. Kaufleute aus Erfurt, Saalfeld, Schmalkalden sowie Meiningen und Gräfenthal besuchten die Nördlinger Messen im 14. und 15. Jahrhundert.<sup>46</sup> Mehr als die Tatsache der regelmäßigen Belieferung mit Waid aus Thüringen durch Erfurter Kaufleute ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung jedoch nicht feststellbar. Die Erfurter Waidhändler oder Waidgarner spielten in Nördlingen ständig eine Rolle; sie besuchten vermutlich jedes Jahr in ansehnlicher Zahl die Nördlinger Messe. Wichtige Quellen des Stadtarchivs Nördlingen, wie die Messestandsregister für das 15. Jahrhundert, die nur zu einem sehr geringen Teil erhalten sind, die Missiven des 15. Jahrhunderts und die Pfandbücher der Stadt Nördlingen, die mit dem Jahre 1390 beginnen, harren noch der systematischen Auswertung. In den Nördlinger Messestandsregistern werden folgende "Waydgarner" aus Erfurt aufgeführt<sup>47</sup>: Herman Schad (1445), Hanns Hiltprand (1445, 1446, 1447), die Hyltprandin (1451), Hanna Nest (1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1451), Conrat Heys (1445), Lorenz Berner (Perner) (1448, 1469, 1470), Hanns Fend (1447, 1448), Hans Ferber (1467), Hanns Meynhart (1467, 1468), Endris Stüring (1468), Niclaus Müller (1468, 1469, 1470), Matheis Turing (1468), Hanns Haltstat (1469), Johannes Seitz (1470, 1475, 1476, 1477[?]), Niclas Windeßman (Windensmann, Wunschmann) (1475, 1476, 1477[?]), Hanns Seng (1477[?]).

Für das Tuchgewerbe in Schwaben, Franken und Bayern war Nördlingen neben Nürnberg der Hauptwaidmarkt. Durch diese günstigen Absatzmöglichkeiten wurden zahlreiche Kaufleute aus Erfurt angelockt, die diesen Bedarf an Waid zum großen Teil deckten und zunächst natürlich die Färber in Nördlingen selbst versorgten. Wie Hektor Ammann feststellen konnte, ist in Nördlingen aber auch Waid von Zwischenhändlern aus Leipzig, Hof, Würzburg, Kronach, Feuchtwangen und insbesondere aus Nürnberg verkauft worden.<sup>48</sup> Die Spuren des thüringischen Wuids verlieren sich in Süddeutschland. Lauterbachs Behauptung<sup>49</sup>, daß Italien diesen Farbstoff hauptsächlich aus Thüringen und Niederösterreich bezog, hat nach dem bisherigen Stand der Forschung – soweit sie Thüringen betrifft – durch Quellenbelege nicht erhärtet werden können. Direkte Handelsbeziehungen zu Venedig bestanden – nach Henry Simonsfeld<sup>50</sup> – nicht. Die Frage, ob der Waid, den oberitalienische Tuchstädte – allen voran Florenz – importierten, aus der Erfurter Gegend kam, läßt Alfred Doren in seinem Werk

43 Lauterbach, Fritz, a. a. O., S. 50.

44 Ergänzende Angaben über die engen Waidhandelsbeziehungen zwischen Erfurt und Nürnberg finden sich bei Stromer, W. V., Oberdeutsche Hochfinanz 1350 – 1450, in: VSWG, Beiheft 56, 1970, S. 346.

45 Ammann, Hektor, Die Nördlinger Messe im Mittelalter, in: Aus Verfassungs- und Landesgeschichte. Festschrift zum 70. Geburtstag von Th. Mayer, Bd. 2, Lindau/Konstanz 1955, S. 296 ff.

46 Ebenda, S. 315.

47 Stadtarchiv Nördlingen, "Stettbüchlin" der Nördlinger Messe, Fol. 2'; ebenda, Fol. 20', Fol. 34, Fol. 80', Fol. 50', Fol. 65, Fol. 19, Fol. 19', Fol. 18' (23'), Fol. 16' (Mitteilungen des Stadtarchivs Nördlingen vom 27. 10. und 10. 12. 1964).

48 Ammann, Hektor, a. a. O., S. 307 f.

49 Lauterbach, Fritz, a. a. O., S. 53.

50 Vgl. Simonsfeld, Henri, Der Fondaco dei Tedeschi in Venedig und die deutsch-venetianischen Handelsbeziehungen, Bd. 2. Stuttgart 1887, S. 46 ff.



über das Florentiner Wolltuchgewerbe offen.<sup>51</sup> Denkbar ist natürlich, daß Waid aus Thüringen durch Nürnberger oder andere Zwischenhändler in Oberitalien verkauft wurde, obwohl es in dieser Hinsicht an jeglichen Beweisen mangelt. In erster Linie ist der Umstand zu berücksichtigen, daß auf dem Territorium des florentinischen Stadtstaates selbst Waid zum Färben der in Florenz erzeugten Tuche in großem Umfang angebaut wurde.<sup>52</sup>

Die Nachrichten über Beziehungen zwischen Erfurt und Frankfurt am Main, die seit dem 14. Jahrhundert in größerer Zahl vorliegen, beziehen sich zum großen Teil auf den Waid- und Tuchhandel. 1401 traten Landgraf Balthasar von Thüringen und der Erfurter Stadtrat für den Schutz der Erfurter Waidhändler ein, deren Handelstätigkeit durch die Wollweber in Frankfurt beeinträchtigt worden war.<sup>53</sup> Große Gefahr drohte den Wagenzügen mit Waid stets von seiten des räuberischen Adels im Rhein-Main-Gebiet. Oft durften die Erfurter Waidhändler nur gegen Entrichtung eines hohen Lösegeldes weiterziehen.<sup>54</sup> 1390 jagten Johann von Isenborg, ein Ritter von Eppenstein und andere den Erfurter Waidhändlern Conrad von Melre, Conrad Buseleiben, Martin von Muehle und Hermann Scherrenberg acht Wagen mit Waid ab und brachten diese auf Schloß Ortinburg, ließen sie aber - sicher nicht ohne vorherige finanzielle Erpressung - wieder frei.<sup>55</sup>

Die thüringischen, vor allem die Erfurter Waidhändler versorgten in Frankfurt zunächst das dortige Wollwebergewerbe, das sich zu einem ansehnlichen Ausfuhrergewerbe entwickelt hatte.<sup>56</sup> Nach Frankfurt kamen außerdem noch auswärtige Waidkäufer. So kauften Weber aus Windecken 1440 Waid in der Mainmetropole ein.<sup>57</sup> Frankfurt wuchs sich zu einem hervorragenden Stapelplatz thüringischen Waides aus.<sup>58</sup> Nach Alexander Dietz<sup>59</sup> ging dieser Farbstoff von Frankfurt in die mittelhheinischen Städte, nach Lothringen und in andere linksrheinische Gebiete.

Die Weber des benachbarten Friedberg versorgten sich nicht nur auf dem Frankfurter Waidmarkt mit diesem Rohstoff; sie wurden auch von thüringischen Waidhändlern direkt beliefert. Als Zunftstadt mit einer Wollweberei, die für den Export arbeitete, bedurfte Friedberg im 14. Jahrhundert einer beträchtlichen Zufuhr an Waid. Diesen brachten Kaufleute aus Arnstadt und Gotha zu den Friedberger Messen.<sup>60</sup> 1348 befanden sich Bürger aus Arnstadt und 1384 solche aus Gotha unter den Friedberger Messebesuchern.<sup>61</sup> Von Friedberg aus wurden die Tucherzünfte und Färber der Nachbarschaft mit thüringischem Waid versorgt.<sup>62</sup>

51 Doren, Alfred, Die Florentiner Wolltuchindustrie vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, Stuttgart 1901, S. 80 Anm. 3 = Studien aus der Florentiner Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1; vgl. auch Friedmann, Eduard, Der mittelalterliche Welthandel von Florenz in seiner geographischen Ausdehnung, Wien 1913, S. 1 - 114, in: Abhandlungen der K. K. Geographischen Gesellschaft in Wien, Bd. 10.

52 Mitteilung des Archivio di Stato Firenze vom 6. 8. 1964.

53 Inventare des Frankfurter Stadtarchivs, hg. v. Verein für Geschichte und Altertumskunde zu Frankfurt am Main, Frankfurt (Main) 1888, Bd. 1, S. 41, Nr. 670.

54 Vgl. Urkundenbuch Erfurt, Bd. 2, Nr. 746, S. 546 f. (Urkunde vom 10. April 1375).

55 Ebenda, Nr. 1003, S. 724.

56 Nach Fromm, Emanuel, Frankfurts Textilgewerbe im Mittelalter, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kultur, 3. Folge, Bd. 6, Frankfurt (Main) 1899, S. 56, war der Waideinkauf eine Angelegenheit der ganzen Zunft; er wurde im großen Kaufhaus der Wollweberzunft getätigt.

57 Inventare des Frankfurter Stadtarchivs, a. a. O., Bd. 2, S. 225.

58 Bothe, Friedrich, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, 3. Aufl. Frankfurt 1929, S. 68.

59 Dietz, Alexander, Frankfurter Handelsgeschichte, Bd. 1, Frankfurt (Main) 1910, S. 229.

60 Ammann, Hektor, Die Friedberger Messen, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 1950/1951, S. 221.

61 Ebenda, S. 221.

62 Ebenda, S. 213.

Frankfurt und Friedberg spielten im obermainisch-mittelrheinischen Tuchgebiet eine ähnliche Rolle wie Görlitz und Breslau im oberlausitzisch-schlesischen Tuchgebiet oder Nürnberg und Nördlingen in den Tuchbezirken Frankens, Schwabens und Bayerns; Ihre Märkte und Messen dienten nicht nur dem Absatz der Tuche dieses Gebietes, sondern in gleicher Weise dem Einkauf der Rohstoffe für die Tuchherstellung; der von Kaufleuten aus Erfurt, Gotha, Arnstadt und Langensalza gelieferte thüringische Waid spielte dabei eine hervorragende Rolle; als Rückfracht nahmen die Kaufleute aus Thüringen Tuche und andere Waren mit.

Am Niederrhein dominierte der sehr ausgedehnte Waidhandel Kölns. Um die Rohstoffbasis des blühenden Kölner Wolltuchgewerbes zu sichern, aber auch zum Zwecke des Exports nach Brabant und Flandern<sup>63</sup>, wurde in der Umgebung Kölns der Waidanbau in großem Maße betrieben. Die Liste der Brüder der St. Jakobsbruderschaft der Waidhändler (Waidner) zu Köln aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts führt 48 Namen auf.<sup>64</sup> Ob und in welchem Umfang Köln auf die Waidzufuhr aus Erfurt<sup>65</sup> und aus anderen thüringischen Städten<sup>66</sup> angewiesen blieb, bedarf noch genauerer Prüfung.

Insbesondere in bezug auf Flandern ist die bürgerliche Geschichtsschreibung sowohl auf der Ebene der Lokal- und Landesgeschichte als auch auf derjenigen der nationalen und allgemeinen Geschichte dem Trugschluß verfallen, überall dort, wo in den Quellen von Waid die Rede ist, diesen von vornherein für Waid aus Deutschland und insbesondere aus Thüringen zu halten und auszugeben. Auch Fritz Rörig gelangt zu einem Fehlurteil, wenn er davon spricht, daß in Flandern für das Färben der Tuche "namentlich Waid aus Erfurt verwandt ... wurde, der in Köln wegen der Nähe Flanderns ein besonders wichtiger Artikel war."<sup>67</sup> Sicherlich ist thüringischer Waid auch nach Holland und Flandern exportiert worden. Aber die Bedeutung des thüringischen Waides für die Produktion dieses bedeutendsten Tuchgebietes Europas im Mittelalter ist ganz entschieden überschätzt worden. 1236 wurde Waid von Hamburg nach Flandern verschifft, nachdem dieser von Kaufleuten aus Salzwedel und Stendal dorthin gebracht worden war.<sup>68</sup> In den Zollrollen von Brügge und Damme, Verzeichnissen der von

63 Daenell, Ernst, Die Blütezeit der deutschen Hanse, Berlin 1906, Bd. 2, S. 59; Bens, Günter, Der deutsche Warenfernhandel im Mittelalter, Breslau 1926, S. 64.

64 Die Kölner Zunfturkunden nebst anderen Kölner Gewerbeurkunden bis zum Jahre 1500, bearb. v. Heinrich v. Loesch, T. 1, Bonn 1907, Nr. 110, S. 244 - 245 = Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. 22. - Die Statuten der Waidhändler (Waidner) zu Köln aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts vgl. ebenda, Nr. 76, S. 194 - 200. - Am Anfang des 14. Jahrhunderts war auf dem Kölner Waidmarkt ein "Waidmesser" tätig. (Vgl. Kuske, Bruno, Die städtischen Handels- und Verkehrsarbeiter und die Anfänge städtischer Sozialpolitik in Köln, Köln 1914, S. 68 = Kölner Studien, Nr. 8.)

65 Auf Waidzufuhr von Erfurt nach Köln, allerdings ohne Quellenbelege, weisen hin Bechtel, Heinrich, Der ökonomische Raum für den Handel im Spätmittelalter, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 1. Halbband, München/Leipzig 1929, S. 46; Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, a. a. O., S. 64. - Die Kölner Zunfturkunden, T. 1 und 2, a. a. O., weisen keine Spur von Erfurter Waidhändlern auf.

66 Auf Waidzufuhr von Thüringen nach Köln und ins Rheinland durch die Vermittlung Nordhäuser Kaufleute, allerdings ohne Quellenbelege, verweist Silberborth, Hans, Geschichte der Freien Reichsstadt Nordhausen, Nordhausen 1927, S. 258 = Das tausendjährige Nordhausen, hg. v. Magistrat, T. 1.

67 Rörig, Fritz, a. a. O., S. 359.

68 Bächtold, Hermann, Der norddeutsche Handel im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert, Berlin/Leipzig 1910, S. 182 = Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, H. 21; Bens, Günter, a. a. O., S. 65.

Hanseaten in Flandern eingeführten Waren, aus dem Jahre 1252 wird auch Waid genannt.<sup>69</sup> Der Herkunftsort ist in keinem Falle angegeben. Daß thüringische Städte in nördlicher Richtung auf dem Landwege bzw. über Elbe und Weser von den Küstenstädten aus nach Übersee Waid verschickten, ist keine bloße Annahme, sondern erwiesene Tatsache. In den Jahren 1329/1330 erhob Graf Bernhard III. von Anhalt gegen Bischof Albrecht von Halberstadt unter anderem auch deswegen Anklage, weil er einigen in seinem Geleit reisenden Erfurter Bürgern mit Gewalt Pferde, Waid und andere Güter weggenommen, die Bürger selbst in den Stock legt und sich geweigert hatte, die Gefangenen gegen Bürgschaft freizugeben.<sup>70</sup> Über den Zielort dieser Waidlieferungen wird allerdings nichts gesagt. Für das Jahr 1428 hat Fritz Wiegand ein interessantes Beispiel über Erfurter Waidlieferungen nach Amsterdam ermitteln können.<sup>71</sup> Einen Hinweis auf Erfurter Handel auf der Weser und über See bietet eine Beschwerde des Hans Kessebys, Wirt zum Torneye in Erfurt. Er schrieb 1480 an den Rat von Lübeck, daß Tyle Korne ihn an Waid auf der Weser, der See und in Bremen gekümmert habe.<sup>72</sup> Der Nordhäuser Waidhändler Swellingrebel hatte 1443 einen Anteil von 550 Gulden an großen Waidmengen, die er und ein anderer Nordhäuser Bürger namens Heinrich Smed in Bremen lagerten.<sup>73</sup> Dieser Waid war für Holland bestimmt.

Im 16. Jahrhundert ist Waid aus Erfurt in Antwerpen nachweisbar.<sup>74</sup> Dagegen finden sich in Brügge und Gent, also in wichtigen flandrischen Tuchzentren, keinerlei Hinweise auf den Import von Waid aus Erfurt und Thüringen.<sup>75</sup> Aus diesen Angaben ist zu ersehen, daß der thüringische Waid für das Weberei- und Färbereigewerbe in Holland und Flandern sicherlich eine wichtige, aber doch nur eine begrenzte Bedeutung hatte. Die flandrischen Tuchstädte bezogen den von ihren Webern und Färbern benötigten Waid in erster Linie aus Nordfrankreich, vor allem aus der Picardie, aus Brabant, dem Hasbengau (Hesbaye), einer fruchtbaren Landschaft in der belgischen Provinz Lüttich am linken Maasufer, aus der Umgebung von Toulouse und in erheblichem Umfang aus der Gegend um Köln und Jülich.<sup>76</sup>

Ob der Waid, den die Ravensburger Handelsgesellschaft 1437 in Barcelona einfuhrte<sup>77</sup> und von dem Fritz Rörig behauptet<sup>78</sup>, daß er aus Erfurt gekommen sei, tatsächlich aus Thürin-

69 Vgl. Hansisches Urkundenbuch, Bd. 1, Nr. 432, S. 143 ff., Nr. 433, S. 147 ff., Nr. 435, S. 149 ff.; Bahr, Konrad, Handel und Verkehr der Deutschen Hanse in Flandern während des 14. Jahrhunderts, Leipzig 1911, S. 123.

70 Urkundenbuch Erfurt, Bd. 2, Nr. 83, S. 67.

71 Wiegand, Fritz, Über hansische Beziehungen Erfurts, in: Hansische Studien. Heinrich Sproemberg zum 70. Geburtstag, Berlin 1961, S. 402 f. = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, hg. v. Heinrich Sproemberg, Hellmut Kretzschmar, Ernst Werner, Bd. 8.

72 Ebenda, S. 403.

73 Urkundenbuch Jena, Bd. 2, Nr. 375, S. 162 - 164.

74 Strieder, Jacob, Aus Antwerpener Notariatsarchiven, in: Quellen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 16. Jahrhunderts, Stuttgart 1930, S. 170, 175, 255 f., 266, 395; Coornaert, Emile, Les Francais et le commerce international à Anvers, Bd. 2, Paris 1961, S. 104; Wee, Hermann van der, The Growth of the Antwerp Market and the European Economy, 2 Bde., Louvain 1963.

75 Mitteilungen der Stadtarchive von Brügge und Gent vom 29. 9. 1964 und 23. 10. 1964.

76 In diesem Sinne äußerten sich die Professoren Dr. H. Ammann (Saarbrücken), Dr. F. Vercauteren (Brüssel) und Dr. H. van Werveke (Gent), denen ich wertvolle briefliche Hinweise in bezug auf den europäischen Waidhandel verdanke. - Vgl. Herbillon, Jules/Joris, A., Les moulins à guède en Hesbaye au moyen age. Extrait de la Revue de Philologie et d'Histoire, Nr. 2/1964.

77 Schulte, Aloys, Geschichte der großen Ravensburger Handelsgesellschaft 1380 - 1530, Bd. 2, Stuttgart/Berlin 1923, S. 142, 149.

78 Rörig, Fritz, a. a. O., S. 359.

gen stammte, muß noch geprüft werden.<sup>79</sup> Fraglich muß auch die Ausfuhr des thüringischen Waides über Lübeck, Stralsund, Wismar oder Rostock nach Danzig bleiben.<sup>80</sup>

Dagegen läßt die mittelalterliche Handelsstatistik über die Verschiffung von thüringischem Waid über Bremen und Hamburg nach England im 15. Jahrhundert keinen Zweifel zu.<sup>81</sup> Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß der französische Waid aus der Picardie und von Toulouse in England eine größere Rolle als der Waid aus Thüringen spielte.<sup>82</sup>

Ein abschließendes Urteil über Umfang und Ausdehnung des thüringischen Waidhandels im späten Mittelalter ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht möglich. Er erlangte eine sehr große Bedeutung für die Färberei wichtiger deutscher Tuchgebiete. Aber er war in viel geringerem Maße für die Nachbarländer von Belang, als dies bisher angenommen wurde. Mit thüringischem Waid wurden beliefert: die sächsischen, oberlausitzischen und schlesischen Tuchgebiete sowie Tuchstädte in Böhmen, Frankfurt am Main und die umliegenden Tuchstädte, die oberdeutschen Textilzentren und über die hansischen Küstenstädte einige Anliegerländer der Ost- und Nordsee, wie Holland, Flandern und England.

Da der thüringische Waid in bedeutende Gebiete der Tuchproduktion geliefert wurde, ergab sich fast zwangsläufig eine Wechselbeziehung zwischen dem Waidexport mit dem Tuchimport. Am 30. April 1314 beklagte sich der Rat der Stadt Erfurt beim Erzbischof Peter von Mainz darüber, daß mehrere geistliche und weltliche Feudalherren der Main- und Mittelrheingegend einigen Erfurter Bürgern gefärbtes Tuch weggenommen hatten, und er bat diesen um seine Vermittlung, damit die Tuche entweder zurückgegeben oder bezahlt würden.<sup>83</sup> Zu den adligen Tuchräufern gehörten der Propst von Erenfels und sein Bruder Gerlach, die Herren von Isenburg und Johann von Brunsberg, der Schenk von Ludinsdorf, Wilhelm von Bazenheim und Graf Dietrich von Katzenellenbogen. Graf Dietrich von Katzenellenbogen, sein Bruder Engilbertus und Winnemar Schenk de Ludinsdorf hatten den Gebrüdern Albertus, Lutolfus und Henricus de Ilmene aus Erfurt Tuche im Werte von 100 Mark Silber weggenommen. Den Erfurtern Ulricus Swevus und Theodericus de Wandisleybin wurden Tuche im Werte von 124 Mark Silber und dem Conradus Hoterman und seinen Brüdern Tuche im Werte von 80 Mark Silber geraubt. Der Propst de Erenfels und sein Bruder hatten den Erfurter Bürgern Guntherus de Elxleybin, Theodericus de Blankenhayn, Hartungus de Vanre, Conradus de Mulhusen, Giselherus de Novo foro und Fridericus de Salvelt Tuche im Werte von 250 Mark reinen Silbers Erfurter Gewicht abgejagt. Während Wilhelmus de Bazenheim dem Theodericus de Wandisleybin 57 Mark reinen Silbers Geld wegnahm, wurden demselben Erfurter Bürger von dem Grafen Dithericus de Katzenellenbogen Tuche geraubt; dieser versprach zwar, dafür 400 libras Hallenses (Pfund Heller) zu zahlen, ohne jedoch sein Versprechen zu halten. Aus dieser Ratsurkunde ist eindeutig zu ersehen, daß die Gebrüder Albertus, Lutolfus und Henricus de Ilmene, Ulricus Swevus, Theodericus de Wandisleybin, Conradus Hoterman und seine Brüder<sup>84</sup>, Guntherus de Elxleybin, Theodericus de Blanken-

79 Keine Hinweise über einen Handelsverkehr Erfurter Bürger mit Barcelona bzw. Katalonien enthält Hähler, Konrad, Das Zollbuch der Deutschen in Barcelona (1425 - 1440) und der deutsche Handel mit Katalonien bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, Neue Folge, 10. Jg. 1901, S. 111 - 160; 11. Jg. 1902, S. 1 - 35, 352 - 417.

80 Diese Behauptung stellt auf Hurry, Jamieson Boyd, The Woad Plant and its Dye, London 1930, Abb. 2 (nach S. 182).

81 Vgl. Stieda, Wilhelm, Über die Quellen der Handelsstatistik im Mittelalter, Berlin 1903, S. 16.

82 Ammann, Hektor, Deutschland und die Tuchindustrie Nordwesteuropas im Mittelalter, in: Hansische Geschichtsblätter, 1954, S. 15.

83 Urkundenbuch Erfurt, Bd. 1, Nr. 575, S. 407 f.

84 Die Brüder des Conradus Hoterman hießen Henricus, Hartungus und Theodericus (vgl. ebenda, Nr. 461, S. 318, Nr. 551, S. 385).

hayn, Hartungus de Vanre, Conradus de Mulhusen, Giselherus de Novo foro und Fridericus de Salvett Erfurter Tuchhändler waren. Obwohl weder Herkunftsort noch Ziel ihrer Handelsreise angegeben ist, kann angenommen werden, daß sie vom Tuchein Kauf aus Frankfurt am Main kamen.

Tuche des mittelhheinischen Tuchbezirks fanden - sicher über Frankfurt - ihre Verbreitung in Erfurt (1441), wo vor 1315 Tuche aus Speyer nachweisbar sind<sup>85</sup>, in Mühlhausen (1401) und Schmalkalden (1480)<sup>86</sup>. Auch die Richtung des Absatzes der Friedberger Weber, die ein mittelgutes oder eher noch billiges Tuch zum Gebrauch der Volksmassen herstellten, zeigte nach Erfurt.<sup>87</sup> Ebenso sind Butzbacher Tuche in Erfurt (1441) abgesetzt worden.<sup>88</sup> So haben die in ganz Europa bekannten und begehrten Tuche aus Flandern und Brabant, aus Holland, den Maasstädten und vom Niederrhein auch in Thüringen ihre Abnehmer gefunden.<sup>89</sup> Während in einer Erfurter Urkunde aus dem Jahre 1295 lediglich von einem pannus coloratus die Rede ist<sup>90</sup>, werden in der Erfurter Geleitstafel von 1441 gleichzeitig die Tuche von Gent und Ypern, Brabant und Brüssel, Amsterdam und Aachen aufgeführt.<sup>91</sup> Aachener Tuche waren auch in Mühlhausen anzutreffen.<sup>92</sup> Die Gewandschneider zu Arnstadt verschnitten 1487 Tuche aus London, Brügge, Mecheln, Leiden und Amsterdam.<sup>93</sup> Außerdem wurden oberlausitzische und schlesische Tuche als Rückfracht von den Waidhändlern in Sachsen und Thüringen eingeführt. Wie eine Verfügung des Rates der Stadt Zerbst aus dem Jahre 1321 zeigt<sup>94</sup>, war das Görlitzer Tuch im Gebiet der mittleren Elbe schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts ziemlich verbreitet. Die Hauptrichtung der Görlitzer Tuchausfuhr wies freilich nicht nach dem Westen, sondern nach Ungarn und Polen.<sup>95</sup> Außer oberdeutschem Barchent und Leinwand wurden auf dem Erfurter Markt selbstverständlich Tuche der einheimischen Weberei, des Thüringer Umlandes, aus Arnstadt, Ilmenau, Meiningen, Eisenach und aus dem ostthüringischen Raum, sowie aus den sächsischen Gewerbegebieten, aus Zwickau und dem Vogtland, gehandelt.<sup>96</sup>

85 Vgl. Ammann, Hektor, Der hessische Raum in der mittelalterlichen Wirtschaft, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 8, 1958, S. 54.

86 Ebenda, Karte 18, 20; Absatz der mittelhheinischen Tuche; ebenda, S. 67, Beilage 1: Mittelhheinische Tuchindustrie; ebenda, S. 68 f., Beilage 2: Verbreitung des rheinischen Tuches.

87 Derselbe, Die Friedberger Messen, a. a. O., S. 206, Karte; Die Verbreitung des Friedberger Tuchs im Mittelalter; derselbe, Der hessische Raum in der mittelalterlichen Wirtschaft, a. a. O., Karte 21: Verbreitung der Tuche von Friedberg.

88 Derselbe, Der hessische Raum in der mittelalterlichen Wirtschaft, a. a. O., S. 70, Beilage 5: Verbreitung der Butzbacher Tuche im Mittelalter; ebenda, Karte 24: Verbreitung der Tuche von Butzbach.

89 Derselbe, Deutschland und die Tuchindustrie Nordwesteuropas, a. a. O., S. 35 ff.

90 Urkundenbuch Erfurt, Bd. 1, Nr. 441, S. 302 f.

91 Dalberg, Carl v., Beiträge zur Geschichte der Erfurter Handlung, Erfurt 1780, S. 29 f.; Quellen zur älteren Wirtschaftsgeschichte Mitteldeutschlands, Teil 2, hg. v. Herbert Helbig, Weimar 1952, Nr. 174, S. 147.

92 Ammann, Hektor, Der hessische Raum in der mittelalterlichen Wirtschaft, a. a. O., Karte 16: Verbreitung der Tuche von Aachen.

93 Urkundenbuch Arnstadt, Nr. 810, S. 390 f.

94 Codex diplomaticus Anhaltinus, hg. v. O. v. Heinemann. 6 Bde (bis 1400), Dessau 1867 - 1883, Bd. 3, S. 268 ff.

95 Jecht, Horst, Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmacher-gewerbes, a. a. O., T. 2, S. 102.

96 Reißig, Beatrix, a. a. O., S. 93, 96.

Die eingeführten und die wertvolleren unter den einheimischen Tuchen dienten in erster Linie dazu, die Bedürfnisse des hohen geistlichen und weltlichen Adels sowie der reichen Patrizier zu befriedigen. Über geschäftliche Verbindungen zwischen thüringischen Grafengeschlechtern und Erfurter sowie Nordhäuser Tuchhändlern liegen aus dem 14. Jahrhundert eine Reihe von Zeugnissen vor; wonach jene kostbare Tuche, Spezereien und anderes kauften, die Kaufleute sich aber meist mit Schuldverschreibungen anstelle von Geld begnügen mußten.

Am 8. Januar 1331 bekannte Landgraf Friedrich von Thüringen, daß er den Erfurter Bürgern Heynemannus de Gotha, Hugo Longus und Johann de Mulhusen, die dadurch als Tuchhändler oder Gewandschneider ausgewiesen werden, und deren Erben 75 Mark reinen Silbers für Scharlachtuch, gefärbte Tuche und andere Ware (in scharlatico, pannis coloratis et in opere vario) schuldete.<sup>97</sup> Er versprach, diese Schuldverschreibung bis Michaelis des gleichen Jahres einzulösen, und bestellte mehrere seiner Ritter und den Vogt von Eisenach als Bürgen. Damit wurde den Erfurtern für ihre Lieferungen weitgehende Sicherheit geboten. Etwa einen Monat später, am 5. Februar 1331, stellte der Graf Günther von Schwarzburg denselben Bürgern aus Erfurt eine fast gleichlautende Urkunde<sup>98</sup> über 33 Silbermark für gefärbte Tuche und andere Waren mit gleichen Verpflichtungen aus. Am 13. September 1331 bekannten sich die Grafen Heinrich von Honstein und Günther von Schwarzburg sowie Gotzo Schindekopf, der Hofmeister des Landgrafen, als Mitschuldner des Landgrafen gegenüber den Erfurter Bürgern Dietrich und Konrad von Weißensee und deren Erben "causa mutui pro pannis in centum marcis puri argenti . . ."<sup>99</sup> Am 15. Februar 1332 bekannte Landgraf Friedrich von Thüringen, den Erfurter Bürgern Heynemannus de Gotha, Hugo Longus, Johann de Mulhusen, Theodericus und Conradus de Wyzense 231 Mark reinen Silbers weniger 1/2 Ferto für farbiges Tuch und andere Waren schuldig zu sein.<sup>100</sup> Sicherlich ebenfalls für Tuche, obwohl dies in einer Urkunde vom 20. Juni 1334 nicht ausdrücklich festgehalten worden ist<sup>101</sup>, standen die Grafen Heinrich und Günther von Schwarzburg in der Schuld der Erfurter Bürger Hugo Lange, Titzel und Conrad von Wyzense und Johann von Mulhusen sowie deren Erben. Ihre Schuldverschreibung belief sich auf 229 Silbermark. Von Erfurt aus wurden die Landgrafen von Thüringen auch mit Seide, Spezereien, Gewürzen und Seidentuchen versorgt. Mit diesen Artikeln handelten die Krämer. So bekannte Landgraf Friedrich am 4. Juni 1333, den Erfurter Bürgern Conradus de Babinberg und Hermannus de Ysenach, "institoribus, triginta et septem sexagenas grossorum Pragensium occasione serici, specierum, pannorum sericeorum et aliorum apud eosdem mutuo receptorum" schuldig zu sein.<sup>102</sup> Er versprach, das Geld am kommenden Michaelistage zu zahlen, und stellte mehrere Bürgen.

Unter den Artikeln, mit denen die Nordhäuser Kaufleute handelten, standen Tuche an erster Stelle. Die Nordhäuser Gewandschneider versorgten Städte und Adel des Harzgebietes mit Tuchen. 1341 hatten die Tuchhändler Johann de Wyzense senior, Hermann de Scherenberg, Theodericus Tockenvuz, Hermann de Werter, Johann de Blicherode, Fridericus Torstat und Johann de Wyzense iunior aus Nordhausen zehn gefärbte lange Wolltücher und zehn kurze Tücher, die ebenfalls gefärbt waren, im Werte von insgesamt 150 Silbermark Nordhäuser Währung an den Grafen Konrad und den Rat von Wernigerode geliefert.<sup>103</sup>

97 Urkundenbuch Erfurt, Bd. 2, Nr. 93, S. 75 f.

98 Ebenda, Nr. 95, S. 77 f.

99 Ebenda, Nr. 98, S. 81.

100 Ebenda, Nr. 102, S. 84.

101 Ebenda, Nr. 118, S. 94 f.

102 Ebenda, Nr. 111, S. 88.

103 Urkundenbuch Wernigerode, Nr. 96, S. 54.

Die wichtigste Funktion des Handels thüringischer Kaufleute im Spätmittelalter bestand darin, das Gewerbe der eigenen Städte und dasjenige anderer Gewerbezentren, die über den Absatz innerhalb der eigenen Stadtmauern und eines bestimmten ländlichen Umkreises hinaus für den Export arbeiteten, mit notwendigen Rohstoffen zu versorgen. Diese Rohstoffe waren zumeist Produkte der thüringischen Land- und Viehwirtschaft sowie des Bergbaus, wie Waid, Wolle, Getreide, Hopfen und Erze, oder Halbfabrikate, wie Garn. Als Rückfracht wurden allerlei Waren eingeführt, unter denen Tuche eine hervorragende Rolle spielten. Daneben spielte der Export von Erzeugnissen der einheimischen Gewerbe ebenfalls eine große Rolle. Beträchtlich war auch der Transithandel, in den sich die thüringischen Kaufleute einschalteten.

Das Kloster Pforta gewann von seinen Schaffherden im Saale- und Unstruttal soviel Wolle, daß es damit regelmäßig die benachbarten Städte, aber auch entferntere wie Zwickau belieferte.<sup>104</sup> Die Weber Frankfurts am Main bezogen Rohwolle in großen Mengen nicht nur von den geistlichen Grundherrschaften Fulda und Hersfeld, aus Ober- und Niederhessen, sondern auch aus Thüringen.<sup>105</sup>

Umfangreich muß in Erfurt der Handel mit Garn gewesen sein. Im Bibra-Büchlein (1332) ist die Rede "de illis, qui vendunt et emunt licium in foro, quod vocatur garn ..." <sup>106</sup> Garne bildeten die Halbfabrikate sowohl für die Leinwandweberei als auch für die Seilerei; als Rohstoffe dienten hauptsächlich die vegetabilischen Faserstoffe Hanf, Flachs, Baumwolle und Bast. Flachs wurde in Thüringen selbst angebaut. Die mittelalterliche Seilerei war hinsichtlich ihrer Produktionstechnik und ihrer Produkte mit der Spinnerei und Weberei verwandt.<sup>107</sup> Durch das Seilen, das nochmalige Zusammendrehen von schon durch die gleiche Manipulation gruppenweise zu gröberen Garnen oder Litzen vereinigten Fäden, wurden Stricke, Schnüre, Leinen, Seile, Taue, Kabel, Netze und Gurte mit verschiedener Länge, Stärke und Zugkraft hergestellt. Garne wurden demnach nicht nur zu Seilen zusammengedreht, sondern sie sind auch durch andere technische Vorgänge zu Geweben (Gurte, Schläuche, Netze) und zu anderen Produkten verarbeitet worden.

Gerade auch auf dem Gebiet der Faserverarbeitung hatte sich seit dem 14. Jahrhundert in Deutschland eine Spezialisierung und interlokale Arbeitsteilung von beträchtlichem Ausmaße vollzogen. In Städten mit günstiger Rohstoffgrundlage spezialisierten sich Handwerker darauf, das Vorprodukt und Halbfabrikat, das Garn, herzustellen; dieses gelangte dann durch die Vermittlung von Kaufleuten in andere Städte, in denen das Halbfabrikat zum Endprodukt weiterverarbeitet wurde. Derartige interlokal-arbeitsteilige Beziehungen bestanden zwischen Erfurt und Köln. In Köln hatten die faserverarbeitenden und tuchherstellenden Gewerbe, Weberei, Seidenherstellung und Seilerei, im 14. Jahrhundert eine hohe Entwicklungsstufe erreicht.<sup>108</sup> Rohstoffe und Halbfabrikate wurden auch aus entfernt liegenden Gebieten bezogen.

<sup>104</sup> Urkundenbuch des Klosters Pforta, Bd. 2, Nr. 466, S. 344.

<sup>105</sup> Dietz, Alexander, a. a. O., S. 815.

<sup>106</sup> Das Bibra-Büchlein, Nr. 203, in: Die ältesten Weistümer der Stadt Erfurt über ihre Stellung zum Erzstift Mainz. Aus den Handschriften hg., erklärt und mit ausführenden Abhandlungen versehen. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Kulturgeschichte der deutschen Städte von Alfred Kirchhoff, Halle 1870, S. 111.

<sup>107</sup> Vgl. Troitzsch, Fritz, Das Seilergewerbe in Deutschland. Eine Darstellung seiner wirtschaftlichen und technischen Entwicklung von der Zunftzeit an bis zur Gegenwart, Leipzig 1910, S. 11 ff.

<sup>108</sup> Aubin, Hermann/Frings, Theodor, u. a., Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, Bd. 2, Essen 1922, S. 151; Koch, Hans, Geschichte des Seidengewerbes in Köln vom 13. bis zum 18. Jahrhundert, Leipzig 1907, S. 16 = Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hg. v. Gustav Schmoller u. Max Sering,

So wurde von Erfurter Kaufleuten rauhes, weißes und gefärbtes Garn nach Köln geliefert.<sup>109</sup> Daß Erfurter Garn in Köln appretiert worden ist, geht aus einer Reihe von Kölner Zunfturkunden aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts hervor.<sup>110</sup> Gleichzeitig ist aus diesen Urkunden von 1408, 1410 und 1421 ersichtlich, daß man es in Köln nicht sehr schätzte, wenn Garn aus Erfurt auf kölnische Weise appretiert und auswärts gezwirntes oder gefärbtes Erfurter Garn für den Detailhandel zubereitet wurde. In mehreren Verfügungen des Rates wurde dies "auf Grund von Klagen der Meister von dem gemeinen Garnante" 1408 verboten. Dieses Verbot ist 1410 und 1421 erneuert worden. Neben der Androhung einer hohen Strafe ist dies ein Anzeichen dafür, daß die Einfuhr sowie die weitere Be- und Verarbeitung von Erfurter Garn in Köln verbreitet war.

Auch der Baseler Zolltarif erwähnt neben anderen Artikeln Erfurter Garn.<sup>111</sup> Das ist vor allem in Verbindung mit dem Straßburger Zolltarif von ganz besonderer Bedeutung. Die dortigen Eintragungen geben nämlich als Ursprungsorte der Ziechentücher, die von den Kaufleuten über Straßburg in südlicher Richtung exportiert wurden, Köln und Erfurt an.<sup>112</sup> Die Zolltarife von Straßburg und Basel aber sind wichtige Zeugnisse für die Leinen- und Garnausfuhr nach Italien. Daran hatten die Erzeugnisse der Thüringer Weber offenbar einen bestimmten Anteil. Sie wurden auf dem Landwege bis Frankfurt, dann auf den Wasserstraßen Main und Rhein bis Straßburg und Basel und von dort über die Alpen transportiert. Die Leinenausfuhr nach Italien lag sicherlich in der Hand west- und süddeutscher Kaufleute. Auf dem Frankfurter Markt wurde nicht nur Leinwand aus der Lausitz, Sachsen, Westfalen, Hessen und Oberdeutschland, sondern auch aus Thüringen gehandelt.<sup>113</sup> Außerdem erfolgte eine starke Ausfuhr thüringischer Webwaren nach Nürnberg.<sup>114</sup> Bei dem Münchener Großhändler Ulrich Ebner hatte der Nürnberger Großhändler Leopold Schürstab 1398 einen Warenstapel liegen, in dem sich 21 Überzüge aus Erfurt befanden.<sup>115</sup>

Allein schon diese wenigen Belege, die durch weitere Auswertung der Quellen noch ergänzt werden könnten, lassen erkennen: Trotz starker Tuchimporte war die thüringische Weberei im Spätmittelalter soweit entwickelt, daß sie über die Versorgung Thüringens hinaus in einem begrenzten Umfang Webwaren für den Fernhandel produzieren konnte.

Einige Fälle von Tuchraub liefern dafür zusätzliche Belege: Im Jahre 1333 wurden dem Göttinger Bürger Wernherus Godesghena dem von Johann de Mynigerode iunior "unum pannum griseum factum Mulhus, . . . 10 ulnas albi panni Mulhus . . ." <sup>116</sup> weggenommen. Um 1400/1410 hatten einige Duderstädter dem Bürger Hans von Hymtiken aus Goslar und dem Nordhäuser Bürger Conrad Schmidt mehrere Laken entwendet.<sup>117</sup>

Nr. 128; Die Kölner Zunfturkunden bis zum Jahre 1500, a. a. O., Bd. 1, S. 174. - Die Seilerzunft in Köln gehörte zur Gaffelgesellschaft der Zinngießer (Troitzsch, Fritz, a. a. O., S. 24).

109 Die Kölner Zunfturkunden bis zum Jahre 1500, a. a. O., Bd. 2, Nr. 381, S. 157 f.; Quellen zur Geschichte des Kölner Handels und Verkehrs im Mittelalter, hg. v. B. Kuske, Bonn 1918, Nr. 459 = Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Nr. 33, T. 1.

110 Die Kölner Zunfturkunden bis zum Jahre 1500, a. a. O., Bd. 2, Nr. 380 f., S. 156 - 158.

111 Schulte, Aloys, Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien mit Ausschluß von Venedig, Bd. 1, Leipzig 1900, S. 705.

112 Ebenda, S. 704.

113 Bens, Günter, a. a. O., S. 52.

114 Schulte, Aloys, Geschichte der großen Ravensburger Handelsgesellschaft, a. a. O., Bd. 1, S. 431 (aufgrund einer Rechnung von 1479/1480).

115 Solleder, Fridolin, München im Mittelalter, München/Berlin 1938, S. 33.

116 Urkundenbuch Göttingen, Bd. 1, Nr. 148, S. 140 Anm. 3.

117 Urkundenbuch Duderstadt, Nr. 233, S. 155, Nr. 234, S. 156.



Die in der oben angeführten lateinischen Zitatstelle genannten Mühlhäuser Weiß- und Grautuche wurden im 15. Jahrhundert nicht nur nach Mecklenburg und Pommern, sondern bis nach Schweden, Livland und Rußland geliefert.<sup>118</sup> Insgesamt sind die Kenntnisse über die Handelsbeziehungen Mühlhausens mit den See- und Hansestädten, die sich vor allem auf Lübeck richteten, jedoch spärlich. Die Tuchausfuhr lag zum größten Teil in den Händen von Braunschweiger und norddeutschen Hansekaufleuten.<sup>119</sup> Es ist bisher nichts darüber bekannt, ob sich Kaufleute aus Mühlhausen im hansischen Handelsgebiet außerhalb Deutschlands selbst betätigt haben. Dagegen ist nicht zu bezweifeln, daß die Webwaren Mühlhausens und anderer Städte Thüringens in Anliegerländer der Ostsee exportiert wurden. Nordhäuser Tuche wurden im 15. Jahrhundert in den hansischen Wirtschaftsraum über Lübeck ausgeführt.<sup>120</sup> Die Tuche aus Eisenach erfreuten sich dort ebenfalls einer gewissen Beliebtheit. Nicht nur Mühlhäuser, sondern auch Erfurter Webwaren wurden in den baltischen Hafenstädten abgesetzt. Dies geht eindeutig aus Aufzeichnungen von 1468 hervor.<sup>121</sup> Damals ging ein Lübecker Schiff, das sich auf der Fahrt nach Reval befand, an der schwedischen Küste unter. Als Verlust gab ein Kaufmann namens Hinrick Lisen unter anderem zu Protokoll: "... eyn packe lakens, darinne twelff Erfordessche."<sup>122</sup>

Der Fernhandel thüringischer, besonders Erfurter Kaufleute erreichte Flandern und die rheinischen Märkte, Sachsen, die Oberlausitz und Schlesien, Böhmen, das hansische Wirtschaftsgebiet, den oberdeutschen Wirtschaftsraum, das Mittelrhein- und Maingebiet. Einzelne Warengruppen gelangten über die Grenzen dieses relativ weiträumigen Handelsgebietes hinaus. Für den Export Thüringens war typisch, daß es sich um Waren des städtischen Gewerbes handelte, die aus Rohstoffen der Land- und Viehwirtschaft und des Bergbaushergestellt worden waren (Waid, Tuche, Garne, Wolle, Metallwaren, Erze, Hopfen, Getreide, Bier). Der Waid war der wichtigste Exportartikel und ein Produkt von hervorragender Qualität. Mit dem Import fremder Waren befriedigten die thüringischen Händler Bedürfnisse der einfachen Bürger, der reichen Patrizier, des Adels und des Klerus. Der starke Transitverkehr, der das im mitteleuropäischen Handelsgefüge zentral gelegene Thüringen von und nach allen Richtungen durchquerte, führte zahlreiche fremde Kaufleute und Waren hierher. Das in der Geschichtsschreibung verbreitete Bild, nach dem die Erfurter Kaufmannschaft den Handel von und nach Thüringen monopolartig in ihrer Hand konzentriert und Erfurt als einzige Stadt mit Fernhandelsbeziehungen aus einer Vielzahl von Ackerbürger- sowie Klein- und Mittelstädten mit nur lokalen Wirtschaftsfunktionen herausgeragt haben soll, entspricht nicht der historischen Wirklichkeit. Außer den Messestädten Erfurt (Messeprivileg 1331) und Naumburg gab es noch einige weitere Städte in Thüringen, die im 14. und 15. Jahrhundert eine überörtliche, das heißt über den Austausch ihrer Gewerbeprodukte gegen die Agrarerzeugnisse ihrer ländlichen Umgebung hinausragende Handelsbedeutung hatten. So waren etwa die Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen Wirtschaftsmittelpunkte eines bestimmten Gebietes mit besonders engen Verbindungen zu Erfurt und mit ausgedehnten Fernhandelsbeziehungen.

<sup>118</sup> Vgl. die Quellenbelege bei Brinkmann, Ernst, a. a. O., S. 100; Auener, Wilhelm, Mühlhausen und die Hanse, in: Beiträge zur Mühlhäuser Geschichte, hg. im Auftrage des Geschichts- und Altertumsvereins v. Ernst Brinkmann, S. 2 ff. = Mühlhäuser Geschichtsblätter, 1934.

<sup>119</sup> Vgl. Das Hamburgische Pfundzollbuch von 1369, bearb. v. Hans Nirrnheim, Hamburg 1910, S. L (Einleitung) = Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, Bd. 1.

<sup>120</sup> Lübeckisches Urkundenbuch, 1. Abt., Bd. 6, Nr. 509, S. 515 (Urk. vom 18. April 1423); ebenda, Bd. 11, Nr. 77, S. 77 (Urk. vom 25. Mai 1466).

<sup>121</sup> Stieda, Wilhelm, a. a. O., S. 16.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 42.

## SKLAVEN UND SKLAVENARBEIT IM SPÄTRÖMISCHEN OXYRHYNCHOS

(im historischen Längsschnitt)

von I. F. Fichman

Das Problem der Sklaverei in der Alten Welt, besonders in der Periode des Übergangs von der antiken zur feudalen Gesellschaftsformation, nimmt seit jeher einen bedeutenden Platz in der sowjetischen Historiographie ein. Obwohl es bereits eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeiten gibt, die ganz oder teilweise dieser Frage gewidmet sind, ist das Interesse an ihr nicht schwächer geworden, sondern im Gegenteil gewachsen. Viele Untersuchungen der letzten Jahre streben nach monographischer Erforschung der Sklaverei in den Grenzen einzelner Regionen, im Rahmen bestimmter historischer Perioden, auf dem Material komplexer und gleichartiger Quellen usw. Solche Untersuchungen erheben natürlich keinen Anspruch darauf, das Problem im ganzen zu lösen. Aber infolge ihrer Konkretheit, des vollen Erfassens des Materials und der Sorgfältigkeit seiner Bearbeitung geben sie eine unvergleichlich genauere und tiefere Vorstellung von der Sklaverei als verallgemeinernde Arbeiten, die auf der Benutzung ausgewählter Tatsachen aus verschiedenen Gebieten der alten Oikumene aufbauen. Die Durchführung einzelner monographischer Untersuchungen, die in ihrer Summierung nach Möglichkeit das gesamte Territorium der Alten Welt und alle Aspekte der Sklaverei umfassen, schafft erst die notwendige sichere Grundlage für verallgemeinernde Arbeiten und deckt sowohl allgemeine Züge als auch spezifische - regionale und historische - Besonderheiten der Sklaverei auf.

Von den Provinzen des spätrömischen Reiches ist - wegen des Reichtums an papyrologischem Material - Ägypten eines der perspektivreichsten Forschungsobjekte. Es ist nicht erstaunlich, daß das ägyptische Material über die Sklaverei das Augenmerk der Forscher auf sich zog, insbesondere auch der Spezialisten für ägyptische Geschichte, die sich mit der Einschätzung der einen oder anderen Seite seiner sozialökonomischen Entwicklung befassen.<sup>1</sup> Im vorliegenden Artikel stellt sich der Verfasser die Aufgabe, die Nachrichten

1 Außer der bei Taubenschlag, Raphael, *The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri 332 B. C. - 640 A. D.*, Warschau 1955, S. 66, angeführten Literatur siehe von den neueren Arbeiten (wir lassen Publikationen einzelner Papyri unbeachtet): Biežuńska-Majowist, Iza, *Niewolnicy urodzeni w domu (οἰκογενεῖς) i charakter pracy niewolniczej w Egipcie rzymskim (Hausgeborene Sklaven und der Charakter der Sklavenarbeit im römischen Ägypten)*, in: *Prezglad Historyczny*, Nr. 3/1959, S. 433 - 447 (die französische Übersetzung erschien in: *Studia Classica*, Bd. 3, 1961, S. 147 - 162); dieselbe, *Recherches sur l'esclavage dans l'Égypte romaine*, in: *Comptes rendus des Séances de l'Académie des Inscriptions et Belles Lettres* 1959, S. 203 - 209; dieselbe, *Le rôle économique et social de l'esclavage en Égypte au I<sup>er</sup> et II<sup>er</sup> siècles de notre ère*, in: *XI<sup>e</sup> Congrès International des Sciences historiques*, Stockholm, 21 - 28 août 1960, *Résumés des communications*, Göteborg/Stockholm/Uppsala 1960, S. 69 f.; dieselbe, *Les esclaves payant Ἰάποφορά dans l'Égypte gréco-romaine*, in: *Journal of Juristic Papyrology*, Bd. 15, 1965, S. 65 - 72; dieselbe, *Les affranchis dans les papyrus de l'époque ptolémaïque et ro-*

über Sklaven aus den Papyri des spätrömischen Oxyrhynchos zu sammeln und zu analysieren, das heißt aus dem Oxyrhynchos vom Ende des 3. Jahrhunderts bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts. Die schriftlichen Dokumente aus Oxyrhynchos besitzen außer ihrer Menge den Vorteil der zeitlichen Kontinuität, was dem Forscher die Möglichkeit gibt, Fakten aus der byzantinischen mit denen der vorhergehenden römischen Zeit zu vergleichen und damit allgemeine Entwicklungstendenzen zu erkennen. Da es im Rahmen eines Artikels unmöglich ist, alle mit der Sklaverei verbundenen Fragen eingehend zu betrachten, beschränkt sich der Verfasser auf die Untersuchung zweier Fragen: der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Sklaven und ihrer Rolle in der Produktion; bekanntlich ist nicht das Vorhandensein von Sklaven überhaupt wichtig, selbst wenn sie in großer Zahl vorkommen, sondern ihr spezifischer Anteil an der Produktion.<sup>2</sup>

Die zahlenmäßige Zusammensetzung der Sklaven in den Dokumenten aus dem Oxyrhynchos der byzantinischen Zeit festzustellen, ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Vor allem ist es schwer, die in den Texten angeführten Sklaven wegen der Vieldeutigkeit der Termini fehlerfrei auszusondern. Fast alle Begriffe, die Sklaven bezeichnen, können, mit Ausnahme des Terminus "andrapodon", sowohl auf Sklaven als auch auf freie Personen angewandt

maine, in: Atti dell'XI Congresso Internazionale di Papirologia, Milano, 2 - 8 settembre 1965, Milano 1966, S. 433 - 443; dieselbe, Quelques formes non typiques de l'esclavage dans le monde ancien, in: Antičnoe obščestvo. Trudy konferencii po izučeniju problem antičnosti, Moskau 1967, S. 91 - 96; dieselbe, Les enfants-esclaves à la lumière des papyrus, in: Hommages à M. Renard, Bd. 2, Brüssel 1969, S. 91 - 96; dieselbe, Les esclaves fugitifs dans l'Égypte gréco-romaine, in: Studi in onore di E. Volterra, Bd. 6, Milano 1969, S. 75 - 90; dieselbe, Les esclaves en conpropriété dans l'Égypte gréco-romaine, in: Aegyptus, Bd. 48, 1968, S. 116 - 129; dieselbe, Le recensement et le contrôle public des esclaves dans l'Égypte gréco-romaine, in: Proceedings of the Twelfth International Congress of Papyrology, Toronto 1970, S. 29 - 34; dieselbe, Die Expositio von Kindern als Quelle der Sklavenbeschaffung im griechisch-römischen Ägypten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 2, S. 129 - 133; Bingen, Jean, Sur un prétendu affranchissement par vente à un dieu en Égypte, in: Revue des études grecques, Nr. 80/1967, S. 350 - 352; Biscardi, Arnaldo, Μεταξὺ φιλων clausola di stile nei documenti di manomissione dell'Egitto romano (Die Wendung Μεταξὺ φιλων in den Freilassungsdokumenten des römischen Ägyptens), in: Atti dell'XI Congresso Internazionale di Papirologia, a. a. O., S. 396 - 407; Modrzejewski, Joseph, Servitude pour dette ou legs de créance? (Note sur CP Jud. 126), in: Recherches de Papyrologie, Bd. 2, 1962, S. 75 - 98; Wolff, Hans-Joachim, Neue juristische Urkunden, T. 3: Beaufsichtigung des Sklavenhandels im römischen Ägypten: Die Anakrisis, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Romanische Abteilung, Bd. 83, 1966, S. 340 - 349; Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v èllinističeskom Egipte, in: Blayatskaja, T. V./Golubzova, E. S./Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v èllinističeskich gosudarstvach v III - I vv. do n.è., Moskau 1969, S. 290 - 309; dieselbe, Rol' rabского труда v social'no-èkonomičeskoj žizni greko-rimского Egipta (po dannym grečeskich i latinskich papyrusov), in: Vsesojuznaja sessija po Drevnemu Vostoku. Tezisy dokladov, Tbilissi 1971, S. 30 - 32; Fichman, I. F., Dannye o rabach pozdnerimского Egipta v novejšich papirologičeskich publikacijach, in: Trudy III Vsesojuznoj konferencii po Drevnemu Vostoku, Moskau 1966 (im Druck).

<sup>2</sup> Obwohl diese offenbar selbstverständliche These mehrfach geäußert wurde, darunter auch von Spezialisten zur Geschichte anderer Länder und Perioden (siehe z. B. Grekov, B. D., Krest'jane na Rusi s drevnejšich vremen do XVIII veka, Moskau/Leningrad 1946, S. 151), muß man doch immer an sie erinnern (vgl. unlängst K. K. Zel'in in: Zel'in, K. K./Trofimova, M. K., Formy zavisimosti v vostočnom Sredizemnomor'e èllinističeskogo perioda, Moskau 1969, S. 27 f.)

werden.<sup>3</sup> In den uns überlieferten schriftlichen Dokumenten vom Ende der byzantinischen Zeit aus Oxyrhynchos wird der Begriff "doulos" fast ausnahmslos von Freien im Umgang mit höhergestellten Personen auf sich bezogen<sup>4</sup> und fast nicht auf Sklaven angewandt. Die genaue Bestimmung der Begriffe vom Typ "doulikos", "oiketikos", "oikogenēs", "agorastos", die so häufig in den Dokumenten römischer Zeit aus Oxyrhynchos vorkommen, fehlt praktisch, und selbst der Textzusammenhang hilft wenig.

In römischer Zeit werden Sklaven in den verschiedenartigsten Dokumenten genannt (siehe Tabelle 2): in Kaufverträgen, Miet- und Lehrverträgen, in Pfändungsurkunden, in Besitz-erklärungen, Eheverträgen, Testamentsurkunden, Freilassungsurkunden usw., wodurch es möglich ist, das Vorhandensein von Sklaven selbst bei großer Lückenhaftigkeit des Textes festzustellen (allerdings gelingt es durchaus nicht immer, alle notwendigen Angaben zu erhalten). Aus byzantinischer Zeit sind in der Hauptsache Briefe, Wirtschaftsurkunden und Beschwerden<sup>5</sup> erhalten, aber ungeachtet der häufigen Unversehrtheit des ganzen Textes fällt es schwer zu entscheiden, wer die in ihnen genannten "oiketai", "paides", "paidaria" usw. sind. All das führt zu einem unvermeidlichen Subjektivismus bei der Bewertung der Termini und der Interpretation der Texte. Um Unvollständigkeit zu vermeiden, habe ich aus der Betrachtung nur die Erwähnungen ausgeschlossen, gegen deren Zurechnung zu den Sklaven es gewichtige Erwägungen gibt. Alle Zweifelsfälle sind mit den entsprechenden Vorbehalten in Tabelle 1 aufgenommen.

Es ist auch schwer, die absolute Zahl der in den Oxyrhynchus-Papyri bezeugten Sklaven zu errechnen. Die Zählung der Dokumente, in denen Sklaven erwähnt werden<sup>6</sup>, kann nur in die Irre führen, da in dem einen Papyrus bloß von einem Sklaven gesprochen wird, in dem andern jedoch von mehreren. Des weiteren kann ein und derselbe Sklave in mehreren Texten genannt werden. Als Beispiel sei der bekannte Vertreter des Hauses der Apionen angeführt, der in ihrem Namen alle Geschäfte abschloß: der "oiketēs" Menas.<sup>7</sup> Er wird in nicht weniger als 37 Papyri genannt.<sup>8</sup> In einer Reihe von Fällen wird in den Papyri die Zahl der Skla-

3 Fragen der Terminologie habe ich ausführlich in Dannye o rabach..., a. a. O., erörtert; siehe auch Zel'in, K. K./Trofimova, M. K., a. a. O., S. 38 - 41.

4 Zu dieser Erscheinung siehe Material und Literatur bei Fichman, I. F., K probleme social'nogo sostava remeslennikov v Égypte IV - serediny VII v. n. è., in: Problemy social'no-èkonomičeskogo istorii drevnego mira. Sbornik pamjati akademika A. I. Tjume-neva, Moskau/Leningrad 1963, S. 358.

5 Die Verringerung der Anzahl der Dokumententypen ist kaum zufällig. Sie beweist die Abnahme der Zahl und der Bedeutung der Sklaven im Leben der ägyptischen Gesellschaft der spätrömischen Zeit.

6 Die Menge der Dokumente, in denen Sklaven erwähnt werden, ist zwangsläufig weit geringer als die Zahl der Dokumente, in denen Freie genannt werden, da die Mehrzahl der Papyri aus offiziellen Dokumenten oder Abmachungen juristischen Charakters, die zwischen freien Bürgern geschlossen wurden, besteht. Sklaven begegnen uns in solchen Dokumenten nur, wenn sie Objekt der Abmachung waren. (Siehe dazu Fichman, I. F., Egipet na rubeže dvuch epoch. Remeslenniki i remeslennyj trud v IV - seredine VII v., Moskau 1965, S. 57.) Das gilt natürlich nicht nur für die byzantinische Periode in der Geschichte Ägyptens. (Siehe Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v èllinističeskom Egipete..., a. a. O., S. 205, 207.)

7 Siehe die Literatur bei Fichman, I. F., Egipet na rubeže..., a. a. O., S. 58.

8 Wilhelm Schubart, der Herausgeber der Erlanger Papyri, nimmt an, daß Menas aus dem P. Erl. 37<sub>1</sub> (6. Jh.) von derselben Gruppe gehört. Aber bei der Lückenhaftigkeit des Textes (weder der Name der Apionen, noch die für Menas übliche Bezeichnung "oiketēs" sind erhalten) ist es nicht möglich, diese Frage zu lösen. Der "oiketēs" Menas wird aller Wahrscheinlichkeit nach im P. Oxy. I, 202 (582 u. Z.) genannt. Doch ist dieser Text nicht veröffentlicht.

ven, von denen die Rede ist, nicht angegeben. Wenn klar ist, daß zumindest zwei Sklaven in Betracht kommen, wird in solchen Fällen, soweit nichts anderes vorbehalten, ihre Erwähnung der Angabe von zwei Sklaven gleichgesetzt. Was den "oiketēs" Menas angeht, dessen Status als Sklave übrigens nicht allgemein anerkannt ist, so begegnet er in den Papyri während fast eines ganzen Jahrhunderts (von 523 ? bis 619; siehe Tabelle 1). Offensichtlich ist hier nicht von einer Person die Rede, sondern entweder ist eine Funktion in der Familie erblich beibehalten, wie das die Herausgeber der Oxyrhynchus-Texte und E. R. Hardy annehmen, die ihn als freien Diener ansehen<sup>9</sup>, oder von der Funktion verschiedener Sklaven, denen aus irgendeinem Grunde der gleiche Name Menas gegeben wurde oder die ihn zufällig trugen. Da ich annehme, daß jeder von ihnen im Mittel seine Funktion nicht weniger als 25 Jahre ausübte, sind in die absolute Zahl der Sklaven nur vier oder drei im 6. Jahrhundert und einer im 7. Jahrhundert aufgenommen worden.

Bei der Bestimmung der Dynamik der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Sklaven muß man schließlich die chronologisch ungleichmäßige Verteilung der Papyri ständig in Betracht ziehen, insbesondere den bekannten Fakt, daß aus dem 5. Jahrhundert bedeutend weniger Papyri erhalten blieben als aus dem vorhergehenden 4. und besonders aus dem nachfolgenden 6. Jahrhundert.<sup>10</sup>

Das von uns gesammelte Material wird in der Tabelle 1 vorgelegt. Die Tabelle zeigt (siehe die zusammenfassende Tabelle 3), daß es sehr wenig Sklaven gab (im ganzen 53, davon 26 strittige) und ihre Zahl abnahm.<sup>11</sup> Auf den ersten Blick tritt diese Tendenz nicht sehr klar hervor, wenn man von der Zählung aller Erwähnungen ausgeht: neun am Ende des 3. Jahrhunderts, zehn im 4. Jahrhundert, sechs im 5. Jahrhundert, einundzwanzig im 6. Jahrhundert und sieben im 7. Jahrhundert. Den heftigen Sprung nach oben im 6. Jahrhundert darf man jedoch im Vergleich mit dem vorhergehenden 5. Jahrhundert nicht als Gradmesser für einen Anstieg der Sklaverei ansehen. Er erklärt sich eben aus dem Unterschied in der zahlenmäßigen Zusammensetzung der auf uns gekommenen Papyri aus den entsprechenden Jahrhunderten, worüber oben gesprochen wurde. Außerdem sind in die Zahl der sechs offenkundlichen Sklaven auch drei Erwähnungen des "oiketēs" Menas einbezogen, dessen Status als Sklave, wie angegeben, strittig ist. Nicht einer von den Sklaven ist durch einen Beruf ausgewiesen. Nach dem Textzusammenhang zu schließen, waren es in der Hauptsache Boten, durch die Briefe zugestellt wurden, und Diener.<sup>12</sup> Es ist möglich, daß der "pais" aus

9 P. Oxy. XVI, 1829<sub>24</sub> (Anmerkung S. 6); Hardy, Edward Rochie, *The Large Estates of Byzantine Egypt*, New York 1931, S. 84.

10 Tabelle 3 bietet nur ein ungefähres Bild von der Zahl der Dokumente des 5. Jahrhunderts. Es spiegelt zweifellos die zahlenmäßige Relation zwischen dem Dokumentenmaterial des 4., 5. und 6. Jahrhunderts nicht klar genug wider. Nach dem Prinzip der Registrierung der Papyri nach Jahrhunderten (siehe Anm. 1 zu Tabelle 3) sind hier auf das 5. Jahrhundert alle Dokumente bezogen, die ins 5. - 6. Jahrhundert bzw. entweder ins 5. oder 6. Jahrhundert datiert werden. In diesem Falle wird das nicht dadurch ausgeglichen, daß man die in das 4. - 5. bzw. 4. oder 5. Jahrhundert datierten Dokumente auf das 4. Jahrhundert bezieht, da die Zahl der letzteren um vieles kleiner ist als die der Dokumente des 5. - 6. bzw. des 5. oder 6. Jahrhunderts.

11 Die Zunahme der Zahl der Sklaven im 4. Jahrhundert im Vergleich zum Ende des 3. Jahrhunderts erklärt sich einfach dadurch, daß nur genau datierte Dokumente vom Jahre 284 an angeführt werden sowie Dokumente, die annähernd an das Ende des 3. Jahrhunderts oder ins 3. - 4. Jahrhundert bzw. ins 3. oder 4. Jahrhundert datierbar sind. Wenn das gesamte Dokumentenmaterial des 3. Jahrhunderts als Bezugsbasis genommen wird, ist die Abnahme im 4. Jahrhundert offensichtlich.

12 Über den unbedeutenden Anteil der Sklaven an der handwerklichen Produktion in Ägypten dieser Zeit siehe Fichman, I. F., *K probleme social'nogo sostava...*, a. a. O., S. 352 -

P. Oxy., VI, 915 (572 u. Z.) irgendein Verhältnis zu einem Handwerk hatte, aber das ist nur eine Vermutung. Obendrein ist sein Status als Sklave umstritten.

Aber könnte es nicht sein, daß dies eine örtliche Besonderheit von Oxyrhynchos ist, dem eventuell immer eine geringe Anzahl von Sklaven und ihre schwache Anteilnahme an der Produktion eigen war, und daß folglich die Angaben der Oxyrhynchus-Papyri keine Beachtung verdienen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, sich den Oxyrhynchus-Papyri der römischen Zeit zuzuwenden (Tabelle 2). Die Tabelle zeigt, daß, obwohl Sklaven auch in römischer Zeit nicht Hauptbestandteil der Bevölkerung der Stadt waren und keine führende Rolle in der Produktion spielten - die überwiegende Mehrheit hatte keinen Beruf<sup>13</sup> und erfüllte wahrscheinlich die Pflichten von Dienern und Hausgesinde<sup>14</sup> -, ihre Zahl und ihr spezifischer Anteil an der Produktion keine unveränderlichen Größen darstellten. Verglichen mit der byzantinischen (siehe Tabelle 3), gab es in der römischen Zeit unvergleichlich mehr Sklaven; auch ihr Anteil an der Produktion war stärker.

Aber auch diese Angaben geben kein vollständiges Bild von der Bewegung in der Zahl der Sklaven und ihrer Rolle in der Produktion, wenn nicht die Angaben über Freigelassene<sup>15</sup> berücksichtigt werden (Tabellen 4 und 5). Die Tatsache, daß die Freilassung von Sklaven, die in den Oxyrhynchus-Papyri verhältnismäßig häufig vorkommt, in den Dokumenten der byzantinischen Zeit faktisch fehlt (vielleicht kann man die einzige Erwähnung aus dem 4. Jahrhundert - PSI, VIII, 951 - auf Oxyrhynchos beziehen), zeugt ebenfalls vom Niedergang der Sklaverei; denn gerade die byzantinische Zeit wird einerseits charakterisiert durch die gesetzlichen Erleichterungen beim Verfahren der Freilassung der Sklaven, andererseits beziehen sich die uns sonst bekannten massenweisen Freilassungen von Sklaven gerade auf die byzantinische Zeit.

Betrachten wir jetzt die Tabelle 6. Sie zeugt besonders beweiskräftig von einem jähen Rückgang der Zahl der Sklaven (einschließlich der Freigelassenen) in byzantinischer Zeit gegenüber der römischen: 57 (27) gegenüber 251 (11) oder, wenn man nur die ganz sicheren Fälle

362; derselbe, *Egipet na rubeže...*, a. a. O., S. 60 - 63. - Die Publikationen der letzten Jahre bestätigen die gezogenen Schlussfolgerungen. (Siehe derselbe, *Ešče raz o remeslenom proizvodstve v pozdnemskom Egipte* [po materialam P. Oxy. XXXI], in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 3/1968, S. 143.)

13 Das wurde nicht selten in den an die Behörden gerichteten Meldungen hervorgehoben (siehe die sog. *atechnoi*), da etwaige Spezialisierungen die Entrichtung entsprechender Steuern nach sich zogen.

14 Die öfters zitierten Aussprüche christlicher Schriftsteller, z. B. des Clemens Alexandrinus, über Anhäufungen von Sklaven beziehen sich auf das Dienstpersonal - so bei Geoghegan, A. T., *The Attitude towards Labour in Early Christianity and Ancient Culture*, Washington 1945, S. 42, 146. - Iza Biezuńska-Małowist unterstrich in einer Reihe von Arbeiten die Bedeutung des Einkommens (*apophora*), das ihren Herren die Sklaven einbrachten, die vermietet und zur Lohnarbeit geschickt worden waren. Ein Teil von ihnen hatte möglicherweise einen Beruf (in den Dokumenten, die die "apophora" erwähnen, wird darauf nicht verwiesen), doch in einer Reihe von Fällen ist wahrscheinlich die Rede von Dienern, Ammen usw. Die Dokumente, die "apophora" erwähnen, gehören übrigens in das 1. - 2. Jahrhundert. Wie der P. Wisc. I, 5 (siehe Tabelle 2, Nr. 70) zeigt, konnte der Herr, wenn der Sklave einen Beruf besaß und für eine entsprechende Arbeit vermietet wurde, sich das Recht vorbehalten, den Sklaven in der Nachtzeit im eigenen Interesse auszunutzen (hier zum Brotbacken). Das zeugt nicht nur von einer furchtbaren Ausbeutung des Sklaven, wie der Herausgeber vermerkt, sondern auch davon, daß selbst beruflich qualifizierte Sklaven für häusliche Aufgaben herangezogen wurden.

15 Siehe Biezuńska-Małowist, *Iza*, *Les affranchis...*, a. a. O.

nimmt, 29 gegenüber 240. In byzantinischer Zeit machten die Sklaven (einschließlich der Freigelassenen) ungefähr ein Achtel der Zahl der Sklaven aus, die durch römische Urkunden bezeugt sind. Zwar nahm auch die Zahl der Dokumente aus byzantinischer Zeit bedeutend ab (annähernd 1 130 gegenüber ungefähr 1 700). Das sind aber immer noch drei Fünftel und nicht etwa nur ein Achtel. Zwar könnte man noch auf die Abschaffung der Zensus-eingaben und verwandter Urkunden in byzantinischer Zeit verweisen, ebenfalls auf die geringere Zahl der aus dieser Zeit erhaltenen Testamente und Eheverträge, in denen Sklaven hätten erwähnt werden können. Aber, wie gezeigt, ist das Verschwinden einiger Arten von Urkunden (Manumissionen, Verträge über Verkauf oder Kauf von Sklaven, Ammenverträge für ausgesetzte Kinder usw.) zweifellos gerade durch die Verminderung der Zahl der Sklaven hervorgerufen worden. Andererseits sind die Dokumente der byzantinischen Zeit durch eine Fülle von Wirtschaftsurkunden und -anordnungen usw. charakterisiert, die viele Personen aufzählen, vor allem Personen, die mit den großen Landgütern in Verbindung stehen. Es ist schwer, sich vorzustellen, daß Sklaven - wenn sie tatsächlich in großer Menge existierten - nicht in die entsprechenden, auf ausführlichste Weise zusammengestellten Ausgablisten und ähnliche Urkunden gelangt wären. Mit anderen Worten, die Verringerung der Zahl der Sklaven ist keine Schlußfolgerung, die bestimmt wird durch den zufälligen Zustand unserer Dokumente, sondern die Widerspiegelung realer Verhältnisse. Mit großer Genauigkeit läßt sich auch die Grenze feststellen, wo die Sklaverei jäh ihre Positionen aufgibt. Es genügt, das gesamte 3. Jahrhundert - 85 (und ein) Sklaven und Freigelassene - dem 4. Jahrhundert - 11 (und zwei) Sklaven und Freigelassene - gegenüberzustellen. Zwar ist die Tendenz zum Rückgang schon im 3. Jahrhundert fühlbar, wenn man es mit dem 2. Jahrhundert vergleicht - 125 (und zehn) Sklaven und Freigelassene; aber dies steht in keinem Verhältnis zur großen Abnahme der Zahl der Sklaven im 4. Jahrhundert. Es ist ausreichend, folgende unbestreitbare Ziffern gegenüberzustellen: 125 (2. Jahrhundert) - 85 (3. Jahrhundert) - 11 (4. Jahrhundert).

Eine zweite wesentliche und ebenso unbestreitbare Schlußfolgerung, die sich mit Notwendigkeit aus Tabelle 6 ergibt, besteht darin, daß der Anteil der Sklaven an der Produktion entsprechend abnahm: 1 gegen 10. Auch in diesem Falle beobachten wir das allmähliche Absinken der Bedeutung der Sklavenarbeit in der Produktion: im 1. Jahrhundert vier, im 2. Jahrhundert fünf, das ist annähernd der gleiche Stand, im 3. Jahrhundert zwei, das ist ein starker Abfall, im 5., 6., 7. Jahrhundert nicht einen einzigen Fall. Dieser Niedergang der Sklavenarbeit tritt noch greller hervor, wenn man voraussetzt, daß es sich in allen Fällen einer apophora von Sklaven um Sklaven handelt, die einen Beruf besaßen. Aber das ist wenig wahrscheinlich (siehe Anmerkung 7 zu Tabelle 3).

Alle eben angeführten Ziffern sind natürlich nicht endgültig. Neue Publikationen bringen möglicherweise einzelne Veränderungen in das Verhältnis zwischen den Jahrhunderten. Einzelne Dokumente sind vielleicht ohne ausreichende Gründe in die Tabellen nicht aufgenommen worden (oder im Gegenteil aufgenommen worden). Doch die allgemeine Tendenz, die festgestellt wurde durch die Analyse des gesamten Materials, das seit Beginn der massenhaften Publikation von Oxyrhynchus-Papyri in den vergangenen siebenzig Jahren publiziert ist, wird wohl schwerlich einer Revision unterworfen werden.

# ANHANG



Tabelle 1<sup>+</sup>Angaben über Oxyrhynchus-Sklaven in den Papyrusurkunden aus byzantinischer Zeit<sup>1</sup>

Lfd. Nr.	Papyrus	Datierung	Charakter des Textes	Herr	Zahl der Sklaven	Bezeichnung für Sklaven	Name und Geschlecht	Alter	Quelle der Sklaverei	Beruf	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1.	P. Oxy. IX, 1205 = C. P. Jud., III, 473 <sup>2</sup>	291	Manumission	Geschwisterpaar aus der Munizipalität	3 (?)	doulē (Z. 4)	Paramone, weiblich; [?]; Jakob; die letzteren sind Kinder der Paramone	40, 10, 4 J.	Paramone: hausgeboren	-	Judäer; Freilassung bezahlt die jüdische Gemeinde; von Patronatsverpflichtungen befreit
2.	P. Oxy. XXXIV, 2713	297	Beschwerde an den Präfekten	zwei Brüder und eine Nichte	ohne Angabe	andrapoda (Z. 12, 14), sōmata (Z. 16)	-	-	-	Z. 23 wird über ihre diaphoragesprochen	aus Anlaß einer Erbschaft, zu der die Sklaven gehörten
3.	P. Oxy. XIV, 1643	298	Ernennung eines Bevollmächtigten für die Suche nach einem entlaufenen Sklaven	Aurelios Sarapamon alias Didymos, Athlet	1	doulos (Z. 7)	?, männlich	35 J.	-	-	entlief nach Alexandria
4.	P. Oxy. XX, 2282	Ende 3. Jh.	Vertrag über Vermietung zweier Sklaven	?	2	nicht erhalten	Banes und Paesis, männlich	?	?	?	siehe BL, III, S. 142 (Auslegung von Hans-Julius Wolff)
5.	P. Oxy. XXXI, 2597	3. - 4. Jh.	Brief	Hera-klas	1	pais (Z. 17)	- männlich	-	-	-	ob Sklave, ist bestritten, Herausgeber übersetzt "Sohn"
6.	P. Oxy. XII, 1494 = Lettere cristiane 18	Beginn 4. Jh.	Brief	Dionysidora	1	doulē (Z. 11)	Achillis, weiblich	-	-	-	ihr und der Herrin wird gleichzeitig ein Gruß überbracht, offensichtlich war sie die Vertraute
7.	PSL V, 452 <sup>3</sup>	erste Hälfte 4. Jh.	Beschwerde über den Bruder	Aurelia Eudaimonis und Aur. Eustochios, Kinder des Apolonios (gemeinsam)	nicht unter 3	andrapoda (Z. 3, 8); oiketai (Z. 10, 25, 28)	Anatolios, männlich; Makaria, weiblich; Geschlecht ihres Sprößlings nicht angegeben	-	-	-	der Streit wird um das Recht auf die Sklaven geführt, die anscheinend mit Hilfe des Eustochios die Freiheit erhielten; Eudaimonis fordert, sie in die Sklaverei zurückzuholen

<sup>+</sup> Die Anmerkungen zu den Tabellen folgen geschlossen am Ende des Tabellenanhangs.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
8.	P. Oxy. VI, 903	4. Jh.	Beschwerde über den Ehemann	Ehemann und Ehefrau mit eigenen Sklaven	2 plus eine unbekannte Zahl	douloi (Z. 2, 5, 9, 16, 25), doule (Z. 5, 32, 34)	Zoe, Anila, weiblich	-	-	-	-
9.	P. Oxy. X, 1288	4. Jh.	Wirtschaftsrechnungen	?, Großgrundbesitzer (Frau)	1	oiketēs (Z. 20)	Moros, männlich	-	-	-	falls mit Moros aus Z. 13, 25, 26 identisch, dann Verwalter. Herausgeber übersetzt "Diener".
10.	P. Oxy. XII, 1 423	4. Jh.	Auftrag, entflohenen Sklaven zu fangen	Flavios Ammonas, officialis beim Präфекten Ägyptens	1	doulos (Z. 5)	Magnos, männlich	-	-	-	entlief nach Hermupolis mit irgendwelchen Gegenständen; verschwand offensichtlich zusammen mit dem Komarchen von Sesptha
11.	P. Oxy. X, 1335	428	Anweisung über Ausgabe von Fleisch	Komes Diogenes	ohne Angabe	paidia	-	-	-	-	erhält Fleisch; ob Sklavin, ist zweifelhaft
12.	P. Harr. 112	5. Jh.	Brief	Didymos	1	pais (Z. 10)	Bion, männlich	-	-	-	Herkunft des Dokumentes und Zuordnung zu Sklaven sind zweifelhaft
13.	P. Harr. 159	5. Jh.	Brief	Komes?	ohne Angabe	paides (Z. Re. 1)	-	-	-	-	siehe BL, III, S. 83
14.	P. Oxy. VII, 1059	5. Jh.	Gebet	Anna	1	doulē (Z. 3 - 4)	-	-	-	-	-
15.	P. Oxy. XVI, 1984	523 (?)	Beginn eines Dokuments	Fl. Strategos, Stratelates, ehem. Konsul usw., Großgrundeigentümer	1	oiketēs?	Menas (?), männlich	-	-	-	nicht vollständig veröffentlicht
16.	P. Oxy. XXXVI, 2779	530	Empfangsquittung für eine Einrichtung	Fl. Strategos, ehem. Konsul usw., Großgrundeigentümer	2	oiketēs (Z. 5, 16)	Menas, Moison, männlich	-	-	-	-
17.	P. Oxy. XVI, 1983	535	dasselbe	Fl. Strategos usw., Großgrundeigentümer	1	oiketēs (Z. 5)	Menas, männlich	-	-	-	-
18.	P. Oxy. XVI, 1985	543	dasselbe	Fl. Apion usw., Großgrundeigentümer	1	oiketēs	Menas (?)	-	-	-	nicht vollständig veröffentlicht
19.	P. Oxy. I, 133	550	Empfangsquittung für ein Getreidedarlehen	derselbe	1	oiketēs (Z. 5)	Menas, männlich	-	-	-	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
20.	P. Lond. III, 776 = P. Oxy. I, 197	552	Empfangs- quittung für eine Ein- richtung	derselbe	1	oiketēs (Z. 3)	Menas, männlich	-	-	-	-
21.	P. Oxy. XVI, 1913	um 555	Wirtschafts- rechnungen	derselbe	1	paidarion (Z. 28)	Anouthios, männlich	-	-	-	erhält eine Artabe als Ge- flügelfutter; obwohl Heraus- geber mit "Sklave" über- setzt, ist das nicht offenkun- dig
22.	PSI, I, 58	565 - 568	Beginn ei- nes Dokum- ments	derselbe	1	oiketēs (Z. 4)	Menas, männlich	-	-	-	-
23.	PSI, VI, 709	566	Pachtver- trag für ein Haus	derselbe	1	paidiskē (Z. 6, 27)	Herais, weiblich	-	-	-	sie mietet das Haus
24.	P. Lond. III, 775 = P. Oxy. I, 195	567	Empfangs- quittung für eine Ein- richtung	derselbe	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich,	-	-	-	-
25.	P. Lond. III, 778 = P. Oxy. I, 199	568	Bürgschaft	derselbe	1	oiketēs (Z. 6)	Menas, männlich	-	-	-	-

26.	P. Oxy. I, 134 = Contratti, 18	569	Arbeits- vertrag	derselbe	1	oiketēs (Z. 11)	Menas männlich	-	-	-	-
27.	P. Oxy. VI, 915	572	Quittung	-	1	pais (Z. 1)	Georgios, männlich	-	-	-	Herausgeber übersetzt "Die- ner", nicht unbedingt Sklave
28.	P. Oxy. XVI, 1896	577	Lieferungs- vertrag für Wein	Fl. Apion usw., Groß- grundeigen- tümer	1	oiketēs (Z. 7)	Menas männlich	-	-	-	-
29.	P. Oxy. I, 135 = W. Chrest., 384 = Jur. Pap., 51 = Sel. Pap. I, 26 = FIRA, III, 13	579	Bürgschaft	Erben des Apion, Groß- grundeigen- tümer	1	oiketēs (Z. 6)	Menas, männlich	-	-	-	-
30.	P. Iand. III, 48	582	Quittung für eine Geld- anleihe	dieselben	1	oiketēs (Z. 9)	Menas, männlich	-	-	-	-
31.	P. Lond. III, 774 = P. Oxy. I, 193	582	Empfangs- quittung für eine Ein- richtung	dieselben	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
32.	P. Lond. III, 777 = P. Oxy I, 198	582	Beginn eines Dokuments	dieselben	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-
33.	P. Oxy. XVI, 1976	582	Kornanleihe	dieselben	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-
34.	PSI, I, 59	582	Bürgerschaft	dieselben	1	oiketēs (Z. 5)	Menas, männlich	-	-	-	-
35.	P. Oxy. I, 136 = W. Chrest. 383 = FIRA, III, 161 = Contratti, 21	583	Dienstvertrag	dieselben	1	oiketēs (Z. 5)	Menas, männlich	-	-	-	-
36.	P. Oxy. I, 137	584	Empfangsquittung für eine Einrichtung	dieselben	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-
37.	P. Oxy. VI, 966	584	Bürgerschaft	dieselben	1	oiketēs?	Menas?, männlich?	-	-	-	nicht vollständig veröffentlicht
38.	P. Oxy. XVI, 1987	587	Empfangsquittung für eine Einrichtung	dieselben	1	oiketēs?	Menas?, männlich?	-	-	-	dasselbe
39.	P. Oxy. XVI, 1988	587	dasselbe	dieselben	1	oiketēs?	Menas?, männlich?	-	-	-	dasselbe
40.	P. Oxy. XVI, 1989	590	dasselbe	dieselben	1	oiketēs?	Menas?, männlich?	-	-	-	dasselbe
41.	P. Oxy. XVI, 1990	591	dasselbe	dieselben	1	oiketēs?	Menas? männlich?	-	-	-	dasselbe
42.	P. Oxy. XVIII, 2202	592	Beginn eines Dokuments	Fl. Apion, ehemaliger Konsul usw.	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-
43.	P. Oxy. XXVII, 2478	595	Bürgerschaft	derselbe	1	oiketēs (Z. 6)	Menas, männlich	-	-	-	-
44.	PSI, I, 60	595	Empfangsquittung einer Einrichtung	derselbe	1	oiketēs (Z. 9)	Menas, männlich	-	-	-	-
45.	P. Oxy. I, 155	6. Jh.	Brief	Großgrundeigentümer (comes Ioannes)	2	pais (Z. 2) doulos (Z. 10)	Justos, Makarios, männlich	-	-	-	pais nicht unbedingt Sklave <sup>4</sup>
46.	P. Oxy. XXXIV, 2732	6. Jh.	Brief	?	ohne An- gabe	paides (Z. 2)	männlich	-	-	-	paides nicht unbedingt Sklaven

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
47.	PSI, VIII, 872	6. Jh.	Beschwerde	Philoxenos	nicht angegeben	paides oiketai (Z. 6)	- männlich	-	-	-	möglicherweise ist von bewaffneten Dienern die Rede <sup>5</sup>
48.	PSI, VIII, 957	6. Jh.	Anweisung über Ausgabe von Wein	?	nicht angegeben	paidiskai (Z. 5)	- weiblich	-	-	-	nach der Weinmenge zu urteilen, nicht weniger als 6, Zugehörigkeit zu Sklavinnen nicht sicher
49.	P. Oxy. XVI, 1847	6. oder 7. Jh.	Brief	-	dasselbe	andrapoda (Z. 4)	-	-	-	-	-
50.	PSI, III, 179	602?	Empfangs- quittung für eine Ein- richtung	Flavios Apion usw., Großgrund- Eigentümer	1	oiketēs (Z. 9)	Menas, männlich	-	-	-	-
51.	PSI, I, 61	609	Bürgerschaft	derselbe	1	oiketēs (Z. 8)	Menas, männlich	-	-	-	-
52.	P. Oxy. XXIV, 2420	610	Bürgerschaft	derselbe	1	oiketēs (Z. 6)	Menas, männlich	-	-	-	-
53.	P. Oxy. I, 138 = M. Chres. 352 = Sel. Pap. I, 24 = Contratti, 27	610 - 611	Dienstver- trag	derselbe	1 und un- be- kannte Anzahl	oiketēs (Z. 7) paides (Z. 23, 32)	Menas, männlich - männlich	-	-	-	paides nicht unbedingt Sklaven; Herausgeber übersetzen "Diener"
54.	P. Amh. II, 157 = P. Kl. Form. 277	612	Quittung	-	1	pais (Z. 1)	Arithas, männlich	-	-	-	wird nach Alexandria ge- schickt, nicht unbedingt Sklave
55.	P. Oxy. I, 139 = Sel. Pap. I, 25	612	Verpflich- tung	Flavios Apion usw., Großgrund- eigentümer	1	oiketēs (Z. 10)	Menas, männlich	-	-	-	-
56.	P. Oxy. XVI, 1981	612?	dasselbe	derselbe	1	oiketēs	Menas, männlich	-	-	-	nicht vollständig veröf- fentlicht
57.	PSI, I, 62	612	Bürgerschaft	derselbe	1	oiketēs (Z. 7)	Menas, männlich	-	-	-	-
58.	P. Oxy. XVI, 1979	613	dasselbe	derselbe	1	oiketēs	Menas, männlich	-	-	-	nicht vollständig veröf- fentlicht
59.	P. Iand. III, 49	619	Beginn ei- nes Doku- ments	derselbe	1	oiketēs (Z. 10)	Menas, männlich	-	-	-	-
60.	P. Oxy. XVI, 1921	621	Wirtschafts- rechnungen	Apionen?	3	paidaria (Z. 1, 7, 15, 17, 18)	Phoibam- mon, Sohn des Olym- pios, Ger- manos, Petros, männlich	-	-	-	werden in den arsinoiti- schen Nomos und nach Theodosiopolis geschickt, nicht unbedingt Sklaven

Lfd. Nr.	Papyrus	Datierung	Charakter des Textes	Herr	Zahl der Sklaven	Bezeichnung für Sklaven	Name und Geschlecht	Alter	Quelle der Sklaverei	Beruf	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1.	P. Oxy. II, 244	23	Meldung eines Sklaven an den Stra- tegen	Antonia, Tochter des Drusus	1	doulos (Z. 3, 20) servus (Z. 15)	Kerinthos, männlich	-	-	-	-
2.	P. Rein., 103=SB, V, 7619 (Ende= P. Ryl. II, 178)	26	Ammenver- trag	Paapis, Sohn 1 des Phlias	1	sōmation (Z. 7, 11, 19, 20, 23, 32)	Thermou- tharion, weiblich	Säug- ling	ausgesetz- tes Kind <sup>2</sup>	-	dem ausgesetzten Kind ist das Skla- venlos bestimmt (Z. 6)
3.	P. Rein., II, 104	26	Ammenver- trag	Panechotes, 1 Sohn des Pausiris	1	sōmation (Z. 7, [12])	? weiblich	Säug- ling	ausgesetz- tes Kind	-	nicht vollständig erhalten
4.	P. Oxy. XXII, 2353	32	Brief	Harpochra- tes, Sohn des Sinthonis	1	doulos (Z. 4)	- männlich	-	-	-	der Herr beabsich- tigt, ihn dem Vater zu übergeben
5.	P. Oxy. I, 37 = M. Chrest., 79 = Jur. Pap., 90 = FIRA III, 170 = Pap. Prim. 3, 60 = Bis- cottini, 23	49	Gerichts- verhand- lung	Pesouris (in 1 P. Oxy. I, 38 wird er Sohn des Siros genannt)	1	sōmation (Z. 1, 7, 14, 17, 23, 25; II, 2, 6)	Heraklas, männlich	2 J.	ausgesetz- tes Kind	-	das Findelkind starb; der Herr versucht, sich den Sohn der Amme anzueignen, das Kind soll unter den Bedingungen zu- rückgegeben werden, daß der Ammenlohn zurückerstattet wird.
6.	P. Oxy. XXXI, 2582	49	Kauf einer Sklavin	Verkäufer stammt aus dem hera- kleopoliti- schen Nomos, der Käufer ist Pasionis, Sohn des Harthonis	1	doulē (Z. 6)	Demetrous, weiblich	25	?	?	-
7.	P. Oxy. I, 38 = M. Chrest., 58 = Bis- cottini, 24	49 - 50	Hypomne- ma an den Präfekten	Siros, Sohn 1 des Siros (siehe P. Oxy. I, 37)	1	sōmation (Z. 7, 8)	Heraklas, männlich	2 J.	ausgesetz- tes Kind	-	wie Angelegenheit P. Oxy. I, 37. Siros lehnte ab, das freie Kind zurückzuge- ben.
8.	P. Fouad. 28	59	Beschwer- de an den Strategen	Sarapion, Sohn des Dorkon	1	doulos (Z. 8)	- männlich	-	-	-	begleitet mit Stei- nen beladene Esel

<sup>+</sup> Die Anmerkungen folgen geschlossen am Ende der Tabelle.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
9.	P. Oxy. II, 262	61	Todesanzeige	Sarapion, Sohn des Sarapion	1	doulos (Z. 3)	Apollophanes, männlich	-	-	Weber	starb außerhalb von Oxyrhynchos; vom Webersteuereintnehmer gemachte Meldung
10.	P. Oxy. XXXVIII, 2838	62	Brief	Aline, Tochter des Komon?	1	d(oulē) (Z. 3)	Sarapous, weiblich	-	-	-	entlaufene Sklavin
11.	P. Oxy. II, 377	67	Ammenvertrag	?	1	?	?	?	ausgesetztes Kind	?	nur Inhaltsangabe veröffentlicht
12.	P. Oxy. II, 263	77	Verkauf einer Sklavin	Verkäufer: Bakche, Tochter des Hermon, astē, Käufer: Heliodora, Tochter der Heliodora	1	doulē (Z. 9)	Sarapous, weiblich	8 J.	-	-	Preis: 640 Drachmen
13.	P. Oxy. II, 375	um 79	Verkauf einer Sklavin mit 2 (?) Kindern	?	3 (?)	?	Dionisia, weiblich, und 2 (?) Kinder	35 J.	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht, Gesamtsumme: 1 800 (?) Silberdrachmen
14.	P. Oxy. II, 380	79	Verkauf einer Sklavin	?	1	?	Sarapous, weiblich	30 J.	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
15.	P. Merton III, 118	81 - 82	Ammenvertrag	[?], Sohn des Didymos	1	sōmation (Z. 15)	Theanous, weiblich	Säugling	-	-	-
16.	P. Oxy. II, 265	81 - 95	Ehevertrag	offensichtlich die Mutter der Braut	1	doulē (Z. 20, 21, 26)	Plousia, weiblich	?	?	nicht angegeben, doch sollte die Sklavin Einkünfte bringen (apophora)	-
17.	P. Oxy. I, 94 = M. Chrest., 344	83	Verkaufsvollmacht	Marcus Antonius Ptolemaeus	2	doula, sōmata (Z. 9)	Diogas, Neilos männlich	40 und 30 J.	-	-	-
18.	P. Oxy. II, 336	85 - 86	Gesuch um Registrierung des Verkaufs einer Sklavin	Theon, Sohn des Sarapion	1	?	Ammounous, weiblich	[?]	hausgeboren <sup>4</sup>	-	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht, Preis: 140 Silberdrachmen
19.	P. Oxy. I, 48	86	Manumission	Aline, Tochter des Komon	2	doulē (Z. 3, 4)	Euphrosine und ihre Mutter Demetrous, weiblich	35 J. [?]	hausgeboren	-	nur die Tochter wird freigelassen. Siehe jetzt auch P. Oxy. XXXVIII, 2813 (86).
20.	PSI, III, 203	87	Ammenvertrag	Papontos	1	sōmation (Z. 7 - 8, [?] ♀, wahrscheinlich auch Z. 4)	Dionystos, männlich	Säugling	ausgesetztes Kind?	-	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
21.	P. Oxy. II, 332	um 89	Gesuch um Registrierung des Verkaufs einer 1/3 Sklavin	Zenon	1	?	Serapous, weiblich	14 J.	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
22.	P. Oxy. IV, 722 = M. Chrest., 358 = Sel. Pap. I, 12	91 oder 107	Teilfreilassung	Achilleus, Sarapas (Brüder)	1	doulē (Z. 15, [38])	Apollo-nous, weiblich	26 J.	-	-	freigelassen wird 1/3 Sklavin, Loskaufsgeld: 200 Silberdrachmen
23.	P. Oxy. XXXVIII, 2856	9 1/2	Antrag auf Eintragung eines Sklavenkaufs	Verkäufer: Thaisous, Tochter des Achilleus; Käufer: Didymos, Sohn des Neoptolemos	1	doulos (Z. 9)	Plout(os) männlich	32 J.	-	-	Preis: 900 Silberdrachmen [?] Talente, 1 000 Kupferdrachmen, es kauft eine dritte Person, wahrscheinlich der zukünftige Mann
24.	P. Oxy. I, 73	94	Registrierung einer Sklavin	Phamounion, Tochter des Adrastos	1	doulē (Z. 27)	? weiblich	7 J.	ausgesetztes Kind	-	-
25.	P. Oslo, III, 95	96	Meldung des Arztes über Untersuchung einer Sklavin	Klaudia Dionysia	1	doule (Z. 13)	Alexandra, weiblich	-	-	-	Meldung an Strategen adressiert
26.	P. L. Bat. XIII, 24	98 - 117	Manumission	Sinthoonis, Tochter des Thoonis, Priesterin	2	doulē (Z. 5)	[...]nis, Sinthoonis, weiblich	17 J.	Freigelassene[...]nis, hausgeboren (Mutter Sinthoonis)	-	das Loskaufgeld, das eine dritte Person bezahlt, beträgt 10 Silberdrachmen
27.	P. Oxy. IV, 809	98 - 117	Verkauf einer Sklavin	-	1	-	Techosous, weiblich	-	-	-	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
28.	P. Oxy. I, 49 = M. Chrest., 359 = Jur. Pap., 6	100	Gesuch um Vollzug einer Freilassung	Sinthoonis, Tochter des Pekysis	1	doulos (Z. 3)	Horion, männlich	-	-	-	Loskaufgeld: 2 Talente 600 Drachmen und 10 Silberdrachmen; der gleiche Vorgang vielleicht auch P. Oxy. I, 50
29.	P. Oxy. I, 50	100	Anweisung, die mit einer Manumission verbunden ist	?	1	doulos (Z. 3)	- männlich	-	-	-	vielleicht die gleiche Manumission wie in P. Oxy. I, 49
30.	P. L. Bat. XIII, 23	Ende 1. Jh.	Registraturvermerke: a) Manumission einer Sklavin, b) Kauf einer 1/3 Sklavin, c) Kauf einer Sklavin	a) Theopom-pion, Tochter des Herakleides, b) Verkäufer: Alexander, Sohn des Epimachos; Käufer: Demetrous, Tochter der Demetrous, c) Verkäufer: Theon, Sohn des Herakleides (ein Alexandrier); Käufer: Potamon, Sohn des Potamon	4	doulē (Z. 7, 9, 15)	[...]jaseus, Tnepher-sois, [?], Thae-sis, alias Isida, weiblich	28, [..], 27, 18 J.	[...]aseus, von Tnepher-sois im Hausgeboren	-	die Summe des Loskaufgeldes nicht angegeben; die Preise: b) 1/3 = 200 Drachmen, c) = 600 Drachmen



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
31.	P. Oxy. XVIII, 2190	Ende 1. Jh.	Brief	Neilos oder sein Vater Theon	1	ohne Terminus	Heraklas männlich	-	-	Vorschlag, ihm zu einem Zimmermann zu geben	Hausklave, verwöhnt, entlieft aus Alexandria nach Hause; bei dem Zimmermann wird er zwei Drachmen am Tag erhalten
32.	P. Oxy. II, 327	1. Jh.	Gesuch um Registrierung des Verkaufs eines 1/2 Sklaven	einige Personen	1	?	Dioskoros, ungenannt, männlich	ungefähr 30 J.	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
33.	P. Oxy. II, 349 = SB, I, 5616	1. Jh.	Manumission	eine Frau	1	doulē (Z. 4)	? weiblich	18 J.	?	?	-
34.	P. Oxy. XXXVIII, 2873 Ve	1. Jh.	Angaben für eine Zensusangabe	?	2	doulē (Z. 35)	Demetrous, Sarapous, weiblich	Demetrous, 24 J.	Demetrous, Tochter der Sarapous	-	-
35.	P. Oxy. Inv. [34]4B/76 L (2 - 3)	1. Jh.	Brief	Imperator	1	-	Chio, männlich	-	-	-	veröffentl.: Brown, V., A Latin Letter from Oxyrhynchos, in: Bulletin of the Institute of Classical Studies of the University of London, Bd. 17, 1970, S. 136 - 143.
36.	P. Harr. 72	1.2. Jh.	Liste von Personen	Ision	1	doulos? (Z. 34)	Apollos, männlich	28 J.	-	-	nicht unbedingt Sklave, der Terminus nicht vollständig erhalten, die Liste zählt nur Freie auf, vielleicht ist es nur ein schlecht gelesener Vatersname
37.	P. Oxy. III, 493 = M. Chrest., 307	Be-ginn 2. Jh.	Testament	Pasion, Sohn des Sarapion und der Berenike (Ehepaar		ohne Angabe	doula sōmata (Z. 7) douloi (Z. 19)	-	-	-	es wird ein Teilverkauf angenommen
38.	P. Oxy. XXII, 2351	112	Pachtvertrag	Phatres, Sohn des Arthoonis, Priester		ohne Angabe	Paidaria (Z. 21)	-	-	-	paidaria nicht unbedingt Sklaven
39.	P. Oxy. I, 97 = M. Chrest., 347	115 - 116	Prozeßvollmacht	Diogenes und Nikanoros, Söhne des Ammonios	1	doulē (Z. 13)	Thaisous, alias Thae-sis, weiblich	-	mütterliches Erbe	-	die Brüder behaupten, daß die Sklavin ihnen gehört; auf sie erhebt auch ein gewisser Menestheus Anspruch
40.	P. Oxy. III, 489	117	Testament	Dionysios, Sohn des Harpokration	1	doulē (Z. 8, 17)	Hilarous, weiblich	-	-	nicht angegeben, soll der Ehefrau Einkünfte (apophora) bringen	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
41.	P. Oxy. I, 188	117 - 138	Brief aus Anlaß eines Sklavenkaufes	Herakleides, Sohn des Horion?	1	-	-	-	-	-	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
42.	P. Oxy. XII, 1547	119	Zensuseingabe	?	1	doulē (Z. 27)	Thaesis, weiblich	30 J.	gekauft	-	im Text wird noch zweimal sōmata erwähnt; 4 (Z. 24) und 2 (Z. 28), offensichtlich im Sinne von "soviel Menschen"
43.	P. Oxy. IV, 714	122	Epikriseeingabe	Apollontios	2	doulos (Z. 19) doulē (Z. 15)	? männlich; ? weiblich	13 J. (Mann), ? (Frau)	hausgeboren	-	-
44.	P. Oxy. III, 491 = M. Chrest., 304	126	Testament	Eudaimon, Sohn des Thonasychis, pastophoros	ohne Angabe	doulīka sōmata (Z. 5), doula sōmata (Z. 13)	-	-	-	-	möglich, daß sie zum Moment des Todes nicht da sind
45.	P. Oxy. III, 634	126	Testament	Diogenes	1	?	Tycha-rous, weiblich	?	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht; die Sklavin wird im Testament einer Frau erwähnt, die nicht ihre Herrin ist.
46.	P. Bour. 16	127	Notiz im Familienarchiv über den Kauf einer Sklavin	Käufer: [..], Sohn des Sarapion; Verkäufer: Isarion	1	doulē (Z. 16)	Herais, weiblich	-	-	-	1 200 Drachmen
47.	P. Oxy. III, 496 = M. Chrest., 287	127	Ehevertrag	Großmutter (1) und Bräutigam (5)	6	doulē (Z. 6, 15) doula sōmata (Z. 7)	Kallityche, die Sarapous, Nikarous, Sarapous, weiblich; Kerdon, Epicharomos, männlich	die letzten drei sind Kinder Nikarous	-	Kallityche soll Einkünfte (apophora) bringen	
48.	P. Oxy. XII, 1422	um 128	Verwaltungskorrespondenz aus Anlaß des Verbergens eines flüchtigen Sklaven	?	1	doulos (Z. 7 - 8)	- männlich	-	-	-	Sklave war in einem anderen Nemos versteckt worden
49.	P. Oxy. I, 95 = M. Chrest., 267 = Jur. Pap., 34 = Sel. Pap. I, 32	129	Homologie über Sklavenkauf	Verkäufer: Agathos Daimon alias Dionysios; Käufer: Gaius Julius Germanus	1	doulē (Z. 16, 26, 30)	Dioskorous, weiblich	25 J.	gekauft bei Herakleides alias Theon, Sohn des Machon	-	Preis: 1 200 Drachmen
50.	P. Oxy. III, 492	130	Testament	Phatres, Tochter des Ammonios	ohne Angabe	doula sōmata (Z. 7, 13)	-	-	-	-	möglich, daß sie im Augenblick des Todes nicht da sind
51.	P. Oxy. IV, 730 = M. Chrest., 273	130	Protokoll über Afterpacht	Sarapion, Sohn des Herodes	ohne Angabe	Paidaria (Z. 14)	-	-	-	-	es ist von einer sponde die Rede, die ihnen ausgehändigt wird; aber paidaria nicht unbedingt Sklaven

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
52.	P. Oxy. III, 472, II	um 130	Gerichtsverhandlung	Ermion	1	doulos (Z. 14, 21)	Smaragdos, männlich	-	-	-	-
53.	P. Oxy. IV, 723	138 - 161	Manumission	[...], Sohn des Diodoros	2	doulē (Z. 3, 4)	? weiblich; Demetrous, weiblich	? ?	hausgeborene Freigelassene	-	-
54.	P. Col. Inv. 512	140	Zahlungsbe- fehl für eine Sklavin	Verkäufer: Alexandreus; Käufer: [?]	1	doulē (Z. 6)	Sarapios, weiblich	-	-	-	aus Alexandria (ver- öffentl.: Gilliam, J. F., The Sale of a Slave through a Greek Diploma, in: The Journal of Juristic Papyro- logie, Bd. 16/17, 1970, S. 63 - 70. - Preis: 1 000 Drachmen).
55.	P. Oxy. VIII, 1102	um 146	Gerichtsver- handlung	?	ohne An- gabe	andra- podia (Z. 15)	-	-	-	-	Streit um eine Erb- schaft, zu deren Be- stand auch Sklaven gehören
56.	P. Oslo II, 40	150	Verpfändung einer Sklavin zur Sicherheit eines Darle- hens	Ptolemaios, Sohn des Apion	1	doulē (Z. 10, 17, 19, 21, 68)	Isarous, weiblich	9 J.	-	-	Darlehen: 600 Drach- men
57.	PSI, VII, 732	153 - 154	Epikrisis- Eingabe	Orion, Sohn des Sarapion	1	doulos (Z. 7)	Psais, männlich	-	-	-	-
58.	P. Oxy. XXXI, 2564	154	Anzeige des Todes eines Sklaven	Agathoklia alias Apol- lonia, Toch- ter des Ischy- rion	1	doulos (Z. 7)	Sarapas, männlich	-	-	ohne Beruf (atech- nos)	Mitteilung an den Stadtschreiber
59.	P. Oxy. IV, 724 = M. Chrest., 140 = Sel. Pap. I, 15 = Pap. Prim. <sup>5</sup> 48	155	Lehrvertrag	Panechotes alias Pana- res, ein ge- wesener Kosmet	1	doulos (Z. 3)	Chairam- mon, männlich	-	-	Steno- graph	der Sklave wird ei- ner Ausbildung un- terzogen
60.	P. Oxy. III, 494 = M. Chrest., 305 = Jur. Pap., 24 = Sel. Pap., I, 84	156	Testament	Akousilaos, Sohn des Deios	5 und eine unbe- kann- te An- zahl	doula sō- mata (Z. 6, 12, 17) doulos (Z. 23) doulē (Z. 7) sōmata (Z. 20)	Psenamou- nis alias Ammonis, Hermas, männlich; Apollonous alias Demet- ria, Dioge- nis, Dioge- nis, weiblich	-	-	die Frau wird von 5 freige- lassenen Sklaven apophora erhalten	-
61.	PSI, V, 447	167	Epikrisis- Eingabe	Lucius Cal- purnius Seneca, ein ehemaliger Soldat (2 Skla- ven) und seine Söhne (je 1 Sklave)	4	douloi (Z. 7, 17, 18, 22, 23, 25, 27, 30, 32, 33)	Zosimos, Epagathos, Hermes Ger- manos, ?, männlich	-	Zosi- mos, Epagathos sind haus- geboren, Hermes Ger- manos ein aufgezogener, über den vier- ten ist nichts bekannt	-	Hermes alias Ger- manos ?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
62.	W. Chrest. 217	172 - 173	Epikrisis-Eingabe	Apollonios und Helene, Kinder des Eutyichides	2	doulos (Z. 10) doulē (Z. 14)	Sarapion, männlich; Leda, weiblich	14. J. ?	Sarapion - hausgeboren, Sohn der Leda; er erbt vom Vater	-	-
63.	P. Oxy. XII, 1451	175	Epikrisis-Eingabe	E[.]ia Trounnia	3	douloi (Z. 6, 13, 18, 20, 26, 27, 32)	Euphrosines, [.] Plutarchos männlich	9, 2, 5 J.	hausgeboren	-	-
64.	P. Oxy. IX, 1207	175 - 176?	Mietvertrag für einen Kamelstall	?	ohne Angabe	paidaria (Z. 10)	-	-	-	-	es ist von einer spondē die Rede, die ihnen ausgehändigt wird; doch paidaria nicht unbedingt Sklaven
65.	P. Oxy. III, 485 = M. Chrest., 246	178	Gesuch an den Strategen	Sarapias, Tochter des Podon aus Psobthis (M. Oase)	1	doulē (Z. 23, 26)	Sarapias, weiblich	25 J. im Jahre 177	-	-	die Sklavin soll ins Eigentum des Kreditoren übergehen, falls ein Darlehen von 900 Drachmen und die Zinsen nicht zurückgezahlt werden; der Kreditoren ist ein Freigelassener
66.	P. Oxy. I, 96	180	Anweisung über Annahme der Sklavenverkaufssteuer	Verkäufer: Asklepiades alias Apion, Sohn des Apion; Käufer: Chainemonis, Tochter des Apollonios	1	doulos (Z. 10)	Plution, männlich	? ?	? ?	? ?	Steuerbetrag: 50 Drachmen
67.	P. Oxy. I, 185	181	dasselbe	?	1	?	?	?	?	?	nur die Inhaltsangabe veröffentlicht
68.	P. Oxy. II, 237	186	Beschwerde	Dionysia, Tochter des Chairemon, ehemaliger Gymnasiarch?	ohne Angabe	douloi (Z. IV, 8)	-	-	-	-	Terminus wiederhergestellt, Kontext ist nicht ganz klar
69.	P. Oxy. IV, 716 = M. Chrest., 360	186	Gesuch um Versteigerung eines Sklaven nach teilweiser Freilassung	die minderjährigen Kinder des Theon (zwei Schwestern und der Bruder) - 2/3 Sklave	1	doulos (Z. 15)	Sarapion, männlich	30 J.	-	-	1/3 Sklave, der ihrem Bruder Diogenes gehörte, wurde von ihm freigelassen
70.	P. Wisc. I, 5	186	Vertrag über Vermietung einer Sklavin	Glaukias, Sohn des Pekysis (zeitweilig im Dorfe Sento)	1	doulē (Z. 7, 21)	Tapontos, weiblich	-	-	Weberin	Frist des Vertrages: 1 Jahr. Der Herr kleidet ein, der Mieter ernährt; Bezahlung: 480 Drachmen im Jahr mit monatlicher Auszahlung; 8 Feiertage, die übrigen ferngebliebenen Tage werden abgezogen; nachts soll sie für den Herrn Brot backen
71.	P. Oxy. I, 91 = Sel. Pap. I, 79	187	Quittung über Ammenlohn	Chosion, Sohn des Sarapion	1	doulē (Z. 16)	Sarapias, weiblich	-	-	-	der Herr erhält im Laufe von zwei Jahren 200 Drachmen dafür, daß seine Sklavin die Pflichten einer Amme erfüllt

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
72.	P. Antin. III, 187a	198	Registrierung eines gekauften Sklaven	Käufer: Apollonios, Sohn des Ischyrion; Verkäufer: Pausanias, Sohn des To[...], Einwohner der Stadt Antinopolis	1	doulos (Z. 10, 13)	Serenus, männlich	19 J.	-	-	-
73.	P. Antin. III, 187b	um 198	dasselbe	Demetria?	1	doulos (Z. 14)	Plousianos, männlich	?	?	?	-
74.	P. Oxy. XIV, 1647	Ende 2. Jh.	Lehrvertrag	Platonis alias Ophelia, Tochter des Horion	1	doulē (Z. 11)	Thermouthion, weiblich	bis 14 J.	-	-	erlernt das Weberhandwerk
75.	P. Oxy. XIV, 1648	Ende 2. Jh.	Archivnotiz	Verkäufer: Pe-techon, Sohn des Kastor; Thatres, Sohn des Thatres; Käufer: Zoilos, Sohn des Saras	3	doulē (Z. 6) doulos (Z. 107)	Thermouthion, genannt Isidora, weiblich; Psais, genannt Agathos Daimon; Psais, genannt Ammonios, beide männlich	18, 3, 4 J.	-	-	-

76.	P. Hamb. I, 79	2. Jh.	Steuerquittung für Sklavverkauf	Verkäufer: Charmos, Sohn des Hilaros; Käufer: Amois, Sohn des Amois	1	doulos (Z. 4)	Hermionos, männlich	-	-	-	Steuer: 52 Drachmen, folglich beträgt Preis 520 Drachmen
77.	P. Oxy. III, 519 = W. Chrest., 492 = Feste, 36	2. Jh.	Abrechnung über städtische Feste	-	ohne Angabe	paidia (b. Z. 17)	-	-	-	-	in Verbindung mit einer religiösen Prozession
78.	P. Oxy. III, 574	2. Jh.	Steuerliste	Apollonios, Sohn des Klaudios Demetrios	1	doulos	Sarapas männlich	-	-	-	-
79.	P. Oxy. VIII, 1149 = Sel. Pap. I, 194	2. Jh.	Orakelfrage	Tasarapion	1	doulos (Z. 7)	Sarapion alias Gaion, männlich	-	-	-	Anfrage, ob er gekauft werden soll; Käufer ist eine Frau
80.	P. Oxy. XX, 2281	2. Jh.	Untersuchung über die Verkaufssteuer für einen Sklaven	?	1	doulos (Z. II, 1)	? männlich	?	?	?	nach den Herausgebern wird vom Verkauf eines Sklaven auf der Auktion gesprochen
81.	P. Oxy. XXXI, 2594	2. Jh.	Brief	?	ohne Angabe	paidiskai (Z. 3-4)	?	-	-	-	paidiskai nicht unbedingt Sklavinnen (siehe Anmerkung des Herausgebers)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
82.	PSI, V, 450	2. Jh.	Kopie eines Ehevertrages	Tausiris	1	doulē (Z. 1, 3)	? weiblich	-	-	-	die Sklavin gehört offensichtlich zur Aussteuer
83.	PSI, VI, 710 = Contratti, 11	2. Jh.	Mietvertrag für einen Sklaven <sup>6</sup>	Pekysis, Sohn des Totoes, Tapekysis	2	doulos (Z. 13) doulē (Z. 13)	Totoes, männlich Thatres, weiblich	?	hausge- borener Sohn der Tha- tres	viel- leicht mit Beruf	Frist: 1 Jahr; die Möglichkeit der Flucht oder des Todes des Sklaven wird berücksichtigt
84.	PSI, XII, 1263	2. Jh.	Testament	Sintheus, Tochter des Diogenes	2	doulai (Z. 16)	Tausiris, weiblich, und ihre Tochter Stephano- nous	-	Stepha- nous wahr- scheinlich hausge- borenen	-	die Sklavinnen werden freigelassen, Tausiris erhält Verpfle- gungsrente, Kleidung, das Recht kostenloser Wohnung im Haus; Ste- phanous soll der Enkel- indienen; nach den Zeugen zu urteilen, ge- hört die Erblasserin zur Munizipalität
85.	P. Oxy. I, 117	2. oder 3. Jh.	Brief	die Kinder des Dionysios oder er selbst	oh- ne An- gabe	paidaria oder pai- dia (Z. 6 - 7)	-	-	-	-	Verkauf von paidariōn tōn paidōn, was die Herausgeber mit the slaves' children übersetzen; es scheint besser, "Sklaven der Kinder" zu übersetzen, da Z. 16 paidia die Kin- der des Dionysios sind

86.	P. Oxy. VI, 930 = W. Chrest., 138 = Sel. Pap. I, 130	2. oder 3. Jh.	Brief	?	1	kein Ter- minus	Eros, männlich	-	-	Pädago- ge, des- halb wohl Sklave	
87.	P. Oxy. X, 1294	Ende 2. oder An- fang 3. Jh.	Brief	Stratege	1	doulos (Z. 3)	- männlich	-	-	-	durch ihn werden Sa- chen übergeben
88.	PSI, XIII, 1359	2. - 3. Jh.	Brief	Mutter des Sarapion	1	paidis- karion (Z. 4)	- weiblich	-	-	-	Bitte, die Sklavin zu verkaufen
89.	P. Oxy. VIII, 1120	Be- ginn 3. Jh.	Beschwerde (Entwurf)	Witwe	1	doulē	Theodora, weiblich	-	-	-	
90.	P. Oxy. XII, 1548	202 - 203	Zensuseinga- be	Ploution, Sohn des Ploution (ein Sklave und zwei Sklavin- nen) Tapsois, Tochter des Ploution (ei- ne Sklavin	4	doulos (Z. 13) doulē (Z. 20, 23, 25, 26)	Diosko- ros, männlich; Aphrodite, genannt Isidora, Taeros, Taepi- machos	[.]8, 13, 25, 9 J.	Aphrodi- te, ge- kaufte Sklavin; Taepi- machos, Tochter der Taeros	ohne Beruf (atech- noi)	Aphrodite ist Oasitin
91.	PSI, III, 1230	203	Epikrisis- Fingabe	?	1	doulos (Z. 4)	Melas, männlich	13 J.	Findel- kind	-	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
92.	P. Oxy. XIV, 1706	207	Verkauf zweier Sklavinnen	Käufer: Sarapias, Freigelassene; zwei Frauen, davon die Tochter einer Freigelassenen	2	doulai (Z. 13)	Aphrodite, (?), weiblich	?	?	-	-
93.	P. Oxy. XXXVI, 2777	212	Verkauf eines Sklaven	Verkäufer: Statoria Filoxena; Käufer: Lucius Valerius Severus alias Melas	2	doulos (Z. 13, 22, 26, 32); doulē (Z. 13)	1) Thonias alias Epaghatos männlich; 2) Isidora, 2) ? weiblich	1) 19 J.	1) hausgeboren	-	Preis: 1 000 Silberdrachmen
94.	P. Oxy. VII, 1030	212	Sklaventodesanzeige	Papontos, Sohn 1 des Spartas, und seine Schwester Thaeisis	1	doulos (Z. 7)	Historetos, männlich	60 J.	ohne Beruf	-	Meldung an den Amphodogrammateus
95.	P. Oxy. XII, 1463	215	Gesuch um anakrisis einer Sklavin im Zusammenhang mit geplantem Kauf	Verkäufer: Artemeis, Tochter des Amois; Käufer: Aur. Klaudia, Tochter des Sarapion	1	doule (Z. 9)	Tyrami weiblich	24 J.	-	-	Asiatin. - Verkäufer stammt aus dem Herakleopolitischen Nomos, Käufer ist eine Frau aus Oxyrhynchos (verheiratet mit einem Mann aus Antinoopolis); das Geschäft wird offensichtlich in Antinoopolis abgewickelt
96.	P. Arnst. Inv., 26	vor 227/8	Verkauf einer Sklavin	Verkäufer: ? Käufer: ?	1	doulē (Z. 7)	Alexandra	22 J.	-	-	Veröffentl.: <u>Sijpesteijn, P. J.</u> , Twelve Documentary Papyri from the Amsterdam Papyrus Collection, in: Talanta, Bd. 2, 1970, S. 100 - 102
97.	P. Oxy. XXXIII, 2672	218	Beschwerde an den Strategen	der minderjährige Sohn des Aphygehis, Sohn des Sarapas	1	doulē (Z. 8) pais (Z. 24)	Sarapias, weiblich	-	-	-	sie wurde von einem Konditor überfallen
98.	PSI, III, 182	234	Kauf einer Sklavin	Verkäufer: Aurelia Heraklia alias Plousia; Käufer: Aurelios Paulinos, Sohn des Neilammon, bouleutēs, exēgētēs	1	doulē (Z. 23, 28)	Tauris weiblich	25 J.	?	?	Preis: 2 200 Drachmen
99.	P. Oslo, III, 111	235	Volkszählung	Aurelios Serenos, Sohn des Alexandros	1	doulos und eine oiketai (Z. 176) unbekannte Anzahl	Dionysios, ? männlich	-	-	-	fehlt im Moment der Zählung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
100.	PSI, XII, 1248	235	Brief	Menestheianos (aus Kreisender Munizipalität)	1	pais (Z. 24)	T[. .], männlich	-	hausgeboren	-	der Sklave ist gestorben
101.	PSI, XII, 1254	237	Gesuch um die anakrisis eines Sklaven	Flavius Priscus, verkaufte an Marcus Aurelius Didymus, diesen an Aurelia Didymarion	1	doulos (Z. 5, 24) paidarion (Z. 20)	Zoilos, männlich	9 J.	wurde zweimal verkauft	-	Makedonier. - Preis beim ersten Verkauf: 300 Denare; beide erste Besitzer waren römische Bürger
102.	P. Flor. I, 4 = W. Chrest., 206	245	Zensus eingabe	Aur. Aphygchis, Sohn des Aphygchis	6, eigner	doulos 16 (Z. 16, 18, 21, 23) von doulē starb (Z. 19, 22, 24, 26, 27)	Silvanos, Mouses, Markos, Markos, männlich, Sinthonis, Eirene, weiblich	19, 3, 1, ?, 24, 5 J. Kinder	Sinthonis und 3 ihrer Kinder hausgeboren	ohne Beruf (atechnoi)	Aphygchis besitzt nur 1/3 eines jeden Sklaven
103.	P. Ross. Georg., III, 27	Mitte 3. Jh.	Verkauf einer Sklavin	Verkäufer: Markos Aurelios Ammonios; Käufer: Aurelios Patemouthis	1	doulē (Z. 4, 8)	Euodia, weiblich	15 J.	gekauft	-	auf der Pentapolis - Preis nicht erhalten

104.	P. Oxy. IX, 1209	251 - 253	Verkauf einer Sklavin	Verkäufer: Aur. Sere-nus alias Sarpion, Sohn des Agathinos <sup>7</sup> ; Käufer: Aur. Asklepiades alias Saras	2	doulē (Z. 15, 17, 22, 26)	Tereus, weiblich ?, männlich	21 J., das Kind ist ein Säugling	hausgeboren	-	Gesamtpreis: 2 000 Drachmen; Sklavin war vom Verkäufer bei der Mutter des Käufers gekauft worden, d. h., sie kehrt in das Haus zurück, in dem sie geboren ist
105.	P. Oxy. XII, 1468	um 258	Beschwerde bezüglich des Eigentumsanspruches auf Sklaven	Aur. Theoninos alias Aphygchis, Sohn des Dioskoros	4	therapaina (Z. 13), doulē (Z. 13, 14) paides (?) (Z. 22) andrapoda (Z. 34 - 35)	Thaesis, Taaphygchis, ihre Mutter, Harseis, ihre Tochter Thaesis, weiblich; Apollonios, Sohn der Thaesis, männlich	-	drei davon hausgeboren	-	in Z. 34 - 35 wird eine neue Verfügung über Sklaven erwähnt
106.	P. Oxy. XIV, 1717	258	Quittung über Ammenlohn	?	1	?	?	?	?	?	nur Ende des Papyrus erhalten
107.	P. Giss. 34 = M. Chrest., 75	265 - 266	Evokation	Ammoninos	1	therapai-na (Z. 6, [8])	-	-	-	-	-



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
108.	P. Oxy. VI, 907 = M. Chrest., 317 = FIRA, III, 51	276	Testament	Aurelios Her- mogenes alias Eudaimon, exē- gētēs, prytanis, bouleutēs aus Oxyrhynchos	6	doulos (Z. 11) doulē (Z. 15) doula sō- mata (Z. 15)	Philodios- koros, Dios- kourides, Sa- binos, Herm- [...], männ- lich; Eunoia, weiblich	-	-	-	die Sklaven werden unter die Kinder verteilt
109.	P. Straßb. IV, 264	272 - 282	Verkauf einer Sklavin	Verkäufer: Aur. Rodine, eine Freigelas- sene Eudaimo- nis; Käufer [?]	1	doulē (Z. 11, 14)	Stratoni- ke, weiblich	?	?	?	Preis; 7 Talente [...] Drachmen
110.	BGU IV, 1021	3. Jh.	Lehrvertrag	Aurelios Sen- tios, Veteran	1	doulos (Z. 7)	Ptolema- ios, männlich	-	-	erhält	Lehrer; Einwohner von Oxyrhynchos
111.	P. Harr., 140	3. Jh. ?	Ende des Dokuments	?	2	doula sōmata	?	?	?	?	nur teilweise veröf- fentlicht, Kontext unklar; Zugehörig- keit zu Oxyrhinchos wahrscheinlich
112.	P. Oxy. VII, 1069	3. Jh.	Brief	Troilos	1	paidiskē (Z. 19)	- weiblich	-	-	-	-
113.	P. Oxy. VII, 1070	3. Jh.	Brief	Ptolemaios	1	paidarion (Z. 52, 53)	- männlich	-	-	-	Funktion eines Ku- riers? Oft in Alex- andria

114.	P. Oxy. XII, 1523	3. Jh.	Quittung über Erhalt der Steuer vom Verkauf von Sklaven	Arsinoe Di[. .]	2	doulika sōmata	?	-	-	-	-
115.	P. Oxy. XXII, 2338, Introd.	3. Jh.	Registrie- rungsvermerk	Ammonios?	1	doulē (Z. 8)	Zosime, weiblich	15 J.	-	-	-
116.	P. Oxy. XXVII, 2474 = Testa- mento, 17	3. Jh.	Testament	?	6	doulika sōmata (Z. 19) oiketai (Z. 29)	[?] alias Pancha- rion, Ta- ammonis, weiblich; Theon, Ko- pres und Thnas, männlich; die zwei letzteren sind Kin- der der Pancha- rion P[. .]?	-	-	-	die Oiketen Theon und Taammonis werden nach dem Tod des Erb- lassers freigelassen, müssen aber seiner Frau bis zum Ende ih- rer Tage dienen; die andere Sklavin wird nach dem Tod des Erblassers freige- lassen, ihr werden alle Verpflichtungen dem Patrongegen- über erlassen, ihr verbleibt ein Peculium und 1/4 des Hauses
117.	PSI, IX, 1040 = FIRA III, 10 = Pap. Prim. 8, 32	3. Jh.	Manumission laut Testa- ment	Psenamounis, Sohn des Har- pokras	1	doulē (Z. 12)	Dameis, weiblich	13 J.	ge- kauft	-	-

Tabelle 4+

Angaben über Freigelassene aus Oxyrhynchos in den Papyrusurkunden der römischen und byzantinischen Zeit<sup>1</sup>

Lfd. Nr.	Papyrus	Datierung	Charakter des Dokuments	Name und Geschlecht der Freigelassenen	Ehemaliger Herr	Familienstand	Materielle Lage	Beruf	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.	SB, X, 10221 = P. Oxy. II, 309	18 - 19	Steuerquittung	Thoonis, männlich	Ptolemaios	-	-	Weber, da er gerdiakon bezahlt	-
2.	SB, X 10222 = P. Oxy. II, 305	20	Darlehen	Thermoutharion, weiblich	Sotades	nimmt beim Ehemann ein Darlehen von 104 Drachmen auf	-	-	wird auch in P. Oxy. II, 225, genannt
3.	P. Oxy. II, 225 = W. Chrest., 201	48	Verzeichnis der Hausbewohner	Thermoutharion, weiblich	Sotades	siehe P. Oxy. II, 305, der Ehemann ist offensichtlich tot (sie ist 65 Jahre alt)	-	-	-
4.	P. Oxy. II, 377	67	Ammenvertrag	Apollonarton, weiblich	Themistokles alias Eileithyos	da sie als Amme angestellt wird, ist ein Kind vorhanden	-	wird als Amme angestellt	-
5.	P. Oxy. XXII, 2349	70	Quittung über Erhalt einer Pachtsumme	Dionysios alias Theopompos, männlich	Gaius Iulius Satornilus	-	-	Vertrauter des Patrons	-
6.	P. Oxy. II, 274 = M. Chrest., 193 = Jur-Pap., 60 = FIRA, III, 104	89 - 97	Registrierungsvermerk	?	Herakleides, Sohn des Diogenes	-	-	-	-
7.	P. Oxy. I, 104	96	Testament	Harpokrates, männlich	Sarapion, Sohn des Chairemon	seine Tochter Soeris ist Verfasser des Testaments	die Tochter besitzt ein Haus	-	-
8.	P. Oxy. VI, 984	Ende 1. Jh.	Zensus-eintragungen	Panesneus, männlich	Apollonia	Frau und drei Kinder, der Sohn von einer andern Frau ist gestorben	-	Weber	-
9.	P. Oxy. II, 504	Beginn 2. Jh.	Verkauf von Land	Aphroditous alias Demarous, weiblich	Epikrates, Sohn des Epikrates	verheiratet, vom Herrn adoptiert	verkauft 6 2/3 Aruren Land	-	-

+ Die Anmerkungen folgen geschlossen am Ende der Tabellen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
10.	P. Oxy. IV, um 706 = M. Chrest., 81	115	Gerichtshandlung	Damarion, weiblich	Herakleides	-	-	-	Streit mit dem Patron, offensichtlich wegen dessen Rechte auf die Paramone; er ist wahrscheinlich Alexandrier
11.	P. Oxy. 105 = M. Chrest., 303	117 - 137	Testament	Ptolema, die Frau des Erblassers, weiblich	Demetrios, Sohn des Hermippos	verheiratet, Mutter zweier Kinder	ihr wird der Nießbrauch des Hauses vermacht	-	-
12.	P. Oxy. VI, 898	123	Beschwerde	? weiblich	Matreina, Tochter des Herakleos	verheiratet	ihr Mann gab ein Darlehen von 1 1/2 Talent	-	-
13.	P. Oxy. II, 490	124	Testament	Panechotes, männlich	Petosiris	seinem Sohn Dionysios wird ein Haus vererbt	-	-	-
14.	P. Oxy. X, 1263	128 - 129	Erklärung über berufliche Tätigkeit	Dioskoros, männlich	Sarapion, Sohn des Sarapion	-	-	schlägt vor, als ergatēs potamou zu arbeiten	Erklärung an den Stadtschreiber
15.	P. Oxy. III, 478 = W. Chrest., 218	132	Epikrisis-Eingabe	Dionysous, weiblich	Dionysia, Tochter des Dionysios	Ehemann ist tot, ein 13-jähriger Sohn vorhanden	-	-	-
16.	P. Oxy. XXXVIII, 2857	134	Konzept eines Testaments	1) Tiberius Claudius Alexander, 2) Tiberius Claudius Demetrius 3) Tiberius Claudius Theonas, 4) Klaudia Theonous	Tiberius	verheiratet, seine Frau (4) auch Freigeborene	hinterließ 2) und 3) je 100 Drachmen	-	-
17.	P. Yale, 65	nach 138	Rückgabe einer Anleihe	Dionysios alias Amois	-	-	-	-	-
18.	P. Oxy. X, 1279	139	Pacht von Staatsland	Ophelas alias Korax, männlich	Apia alias Dionysia, Tochter des Dionysios	-	pachtet 3 Aruren Land	-	-
19.	P. Oxy. I, 98	141 - 142	Quittung über Erhalt einer Darlehensverschuldung	Archias, männlich	Amoitas, Sohn des Zoilos	-	nahm ein Darlehen über 700 Drachmen auf	-	letzte Rate
20.	P. Oxy. VII, 1035	143	Miete einer Weebereinrichtung	Epagathos, männlich	Ptolemaios, Sohn des Ptolemaios	-	-	nach der Einrichtung zu urteilen, offensichtlich ktenistēs	-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
21.	P. Oxy. 171 = II, p. 208	145 - 146	Zensuseinga- be	Alexandra, weiblich	?	verheiratet, hat einen Sohn	-	-	-	Drill mit dem Petros, offenbar wichtig wegen des Hauses
22.	P. Oxy. III, 494	156	Testament	mehrere Freige- lassene ohne Na- mensangabe	-	-	-	-	-	nach dem Tod des Erblassers wird ihnen und den Skla- ven jährlich die Summe von 100 Drachmen zum To- tengedächtnis aus- gehändigt
23.	P. Merton, I, 18	161	Gewährung von Vollmachten an einen Vertrau- ten	Sarapion, der an- genommene Sohn des Kleochares, männlich	Sarapion, Sohn des Phanias	-	-	-	-	drei ehemalige Gymnasiarchen (zwei davon auch ehemalige Ober- priester) beauftra- gen ihn als Bevoll- mächtigten in Alex- andria
24.	PSI, VII, 739	163	Pacht von Land	Ploution alias Eutyches, männlich	Sarapion und Diogenes (zwei Pa- trone	-	-	-	-	schrrieb ein Doku- ment
25.	P. Fouad, 36	167	Teil eines Do- kuments über die Gewährung von Vollmachten	[?] alias Euty- ches, männlich	Sarapias alias Diony- sia, die Toch- ter des Pe- teusiris	-	-	-	-	er ist der Bevoll- mächtigte des Pa- trons
26.	PSI, V, 473	168 - 173	Quittung über den Erhalt der Prozente für ein Darlehen	1) Sarapias, weiblich 2) Didimos, männlich 3) Tenphersatis, weiblich	1) Didime, Tochter des Adrastos (1, 2) 2) Hartho- nis (3)	-	-	1) gibt ein Darlehen von 1 200 Drachmen unter eine Hypothek (?) von 4 Aruren	-	-
27.	P. Oxy. VIII, 1128	173	Pacht eines Hausteiles	Ammonios, männlich	Sarapion alias Theo- genis	-	-	-	-	das Haus befindet sich im Dorfe Se- thos; Dauer der Pacht: zwei Jahre
28.	P. Fouad, 32	174	Gesuch an den Strategen we- gen einer Erb- schaft	1) A...arion, weiblich 2) Agathos Daimon, männlich	1) Sarapion, Sohn des Apollonios, 2) Heraklei- des und Sa- rapion alias Dorion	-	-	1) hinter- ließ das Testament 2) Zeuge	-	-
29.	P. Oxy. III, 485 = M. Chrest., 246	178	Gesuch	Serenus, männlich	Apollonianos <sup>2</sup> , Sohn des Sa- rapion	-	-	gab eine An- leihe von 900 Drach- men gegen Verpfändung einer Sklavin	-	-
30.	PSI, VIII, 947	185 - 186	Aufzeichnun- gen	Taarbeichis, weiblich	-	-	-	-	-	Lesung nicht un- bestritten
31.	P. Leit., 2 = SB, VIII, 10193	186	Nominierung für liturgischen Aufsichtsdienst	Hyginos, männlich	Kleochares, Sohn des He- rakteides	-	-	poros: 1 Ta- lent	-	das ist die höchste Summe (im Ver- gleich mit anderen Kandidaten)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
32.	P. Oxy. II, 237	186	Beschwerde	-	-	-	-	-	in Z. IV, 8, werden Freigelassene erwähnt; Kontext nicht ganz klar
33.	P. Oxy. 716 = M. Chrest., 360	186	Gesuch um Versteigerung eines Sklaven nach teilweiser Freilassung	Abaskantos, männlich	Samos, Sohn des Hera- kleides	-	-	-	einer von 3 Vormündern von Minderjährigen
34.	P. Princ. II, 27	191 - 192	Verpflichtung	Thonis, männlich	Apollonia- nos alias Dionysios	-	-	-	verpflichtete sich, Kleidung nach Alexandria zu bringen
35.	P. Bour., 16	197 - 198	Familien- archiv	?	?	?	?	?	Zugehörigkeit zu Oxyrhynchos ist anzunehmen, der Kontext unklar
36.	P. Oxy. XIV, 1648	Ende 2. Jh.	Aufzeichnungen in Familien- archiv	Sarapion, männlich	Demetrios, Tochter des Ploutarchos	hat einen Sohn	-	Sohn steht in Beziehung zu einer Färberei	-
37.	PSI, VIII, 878	2. Jh.	Quittung über Rückerstattung eines Darlehens	Demetrios, männlich	Tetheus, Tochter des (?) Diogenes	verheiratet	die Frau nahm ein Darlehen von 2 000 Drachmen auf unter Verpfändung des Hauses	-	-

38.	SB, VI, 9372	2. Jh.	Quittung über Erhalt einer Aussteuer	1) Theon, männlich 2) Eudaimonis, weiblich	1) Pausiris 2) Dionysios, Sohn des Katon	Eltern der Braut	-	-	-
39.	PSI, IX, 1043	2. - 3. Jh.	Liste von Personen nach Stadtvierteln	Ploution, männlich	Sarapion	-	-	-	-
40.	P. Oxf., 5	Beginn 3. Jh.	Gerichtsverhandlung	Athenodoros, Sohn des Athenodoros(?) oder Primos(?), männlich	?	?	?	-	ist der Name des Freigelassenen Athenodoros, dann grammateus
41.	P. Oxy. XIV, 1706	207	Verkauf zweier Sklavinnen	1) Sarapias, 2) Tausarapis, weiblich 3) (?), männlich	1) Paulinios alias Isidios 2) Thaesis 3) Heraklas	-	die eine kauft, die zweite verkauft zusammen mit einer andern Frau (Schwester?) zwei Sklavinnen	-	-
42.	P. Oxy. XII, 1449	213 - 217	Inventarliste des Tempel- eigentums	Smaragdos, männlich	Apollonios, Sohn des Sarapion	-	-	-	schenkte dem Tempel einen bronzenen Altar
43.	P. Oxy. XII, 1474	216	Korrespondenz, eine Kornanleihe betreffend	Souchammon, männlich	Aurelios, Diogenes, der Großvater des Kreditnehmers	-	-	-	Freigelassener in der Rolle des Vertreters des Kreditnehmers

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
44.	P. Oxy, XVII, 2138	219	Quittung für Bezahlung von Gemüse	Theon, männlich	Sarapion alias Apollonianos, der Strategie des Hermapolites <sup>3</sup>	-	-	über ihn bezahlt der Herr (der Verwalter?)	-
45.	P. Oslo, III, 111	235	Bevölkerungsliste	1) Thermouthion, 2) Koriske, weiblich, 3) Polideukos 4) Psaeis 5) Dioskoros, männlich 6) ...dois, männlich?	1) Didymos, ehemaliger Exeget (1, 2, 3), 2) Pausanias (4) 3) der Großvater des Septimios Alexandros Gemellos (5)	-	Thermouthion hatte ein eigenes Haus	-	-
46.	3 GU. IV, 1062 = W. Chrest., 276	236 - 7	Übertragung einer Epiteresis	Hermes alias Eudaimon	Hermias, Sohn des Sarapion	-	-	-	-
47.	SB, V, 7634	249	Gesuch betreffs Löschen eines Darlehens	Aurelios Sarapiakos, männlich	Kanopos und Demetrios, beide ehemalige Oberpriester aus Oxyrhynchos	-	-	-	in der Rolle eines Vormundes
48.	P. Strasb. IV, 264	272 - 282	Verkauf einer Sklavin	Aurelio Rodine, weiblich	Eudaimonis	-	verkauft eine Sklavin	-	-
49.	P. Oslo, III, 135	286 - 293	Vertrag	Aurelios, Herakles, männlich <sup>4</sup>	-	-	-	Eseltreiber	Vertrag wird mit einem Gymnasiarchen und Buleuten von Oxyrhynchos abgeschlossen; der Freigelassene erhält Vieh zur Miete und wird für den Besitzer ein Jahr lang Transporte durchführen
50.	P. Oxy. XIV, 1676	3. Jh.	Brief	Aplonarion, weiblich	Flavios Herkoulanos	verheiratet, hat einen Sohn	-	-	Terminus fehlt, doch lassen Ton des Briefes und die Bezeichnung des Autors annehmen, daß Aplonarion Freigelassene ist (siehe die Einleitung der Herausgeber
51.	P. Oxy. XIV, 1747	Ende 3. Anfang 4. Jh.	Personenliste	Dionysaria, weiblich	Horion	-	in der Liste der Landbesitzer	-	-
52.	PSI, VIII, 951	388	Übereinkunft	Aurelios, Ly[...],	Archias	-	-	-	Herkunft des Textes aus Oxyrhynchos wahrscheinlich

Gesamtzahlen der in den Oxyrhynchus-Dokumentalpäpyri aus römischer und byzantinischer Zeit erwähnten Sklaven

	Römische Zeit				Byzantinische Zeit					
	1. Jahr- hundert	2. Jahr- hundert	3. Jahr- hundert (bis 284)	Insgesamt	Ende 3. Jahr- hundert	4. Jahr- hundert	5. Jahr- hundert	6. Jahr- hundert	7. Jahr- hundert	Insgesamt
Gesamtzahl der Oxy- rhynchus-Urkunden <sup>1</sup>	um 550	um 600	um 550	um 1700	um 150	um 300	um 180	um 400	um 100	um 1130
Zahl der Papyri, die Sklaven nennen	36	52	29	117	5	5	4	35	11	60
Zahl der Sklaven <sup>2</sup>	45 (1)	62	55	162 (1)	7 (1)	8 (1)	2 (1)	9 (3)	5 (4)	31 (10)
Erwähnungen von Sklaven ohne Angabe der Zahl <sup>3</sup>	-	12 (5)	1	13 (5)	1	1	2 (2)	4 (3)	1 (1)	9 (6)
Sklaven insgesamt	45 (1)	86 (10)	57	188 (11)	9 (1)	10 (1)	6 (5)	21 (13)	7 (6)	53 (26)
darunter Männer <sup>4</sup>	16 (1)	31	22	69 (1)	6 (1)	5 (1)	1 (1)	10 (5)	7 (6)	29 (14)
darunter Männer bis 14 Jahre <sup>5</sup>	3	6	5	14	2	-	-	-	-	2
darunter Frauen <sup>6</sup>	26	32 (2)	26	84 (2)	1	4	1	7 (6)	-	13 (6)
darunter Frauen bis 14 Jahre	5	2	4	11	-	-	-	-	-	-
darunter Sklaven mit angegebenem Beruf <sup>7</sup>	2	3	1	6	-	-	-	-	-	-

+ Die Anmerkungen folgen geschlossen am Ende der Tabelle.

Tabelle 5<sup>+</sup>

Gesamtzahlen der Freigelassenen in Papyrusurkunden aus Oxyrhynchos der römischen und byzantinischen Zeit

	Römische Zeit				Byzantinische Zeit					
	1. Jahr- hundert	2. Jahr- hundert	3. Jahr- hundert (bis 284)	Insgesamt	Ende 3. Jahr- hundert	4. Jahr- hundert	5. Jahr- hundert	6. Jahr- hundert	7. Jahr- hundert	Insgesamt
Gesamtzahl der Dokumente aus Oxyrhynchos (ungefähr)	550	600	550	1700	150	300	180	400	100	1130
Zahl der Papyri, in denen Freigelassene genannt werden	8	31	9	48	3	1	-	-	-	4
Zahl der Freigelassenen	8	35	16	59	3	1 (1)	-	-	-	4 (1)
Erwähnung von Freigelas- senen ohne Zahlenangabe	-	2	-	2	-	-	-	-	-	-
Freigelassene insgesamt	8	39	16	63	3	1 (1)	-	-	-	4 (1)
davon Männer	4	24	10	38 <sup>1</sup>	1	1 (1)	-	-	-	2 (1)
davon Frauen	3	11	5	19 <sup>2</sup>	2	-	-	-	-	2
davon mit Angabe des Berufs	2	2	-	4 <sup>3</sup>	1	-	-	-	-	1

+ Die Anmerkungen folgen geschlossen am Ende der Tabelle.

Tabelle 6

Gesamtzahlen von Sklaven und Freigelassenen in den dokumentarischen Papyri aus Oxyrhynchos der römischen und byzantinischen Zeit

	Römische Zeit				Byzantinische Zeit					
	1. Jahr- hundert	2. Jahr- hundert	3. Jahr- hundert (bis 284)	Insgesamt	Ende 3. Jahr- hundert	4. Jahr- hundert	5. Jahr- hundert	6. Jahr- hundert	7. Jahr- hundert	Insgesamt
Gesamtzahl der Dokumente aus Oxyrhynchos (ungefähr)	550	600	550	1700	150	300	um 180	400	100	1130
Zahl der Sklaven und Frei- gelassenen	53 (1)	125 (10)	73	251 (11)	12 (1)	11 (2)	6 (5)	21 (13)	7 (6)	57 (27)
davon mit Angabe des Berufs	4	5	1	10	1	-	-	-	-	1



- 1 In die Tabelle sind nicht einbezogen die Papyri, in denen von Sklaven und Sklaverei allgemein statt von bestimmten Sklaven aus Oxyrhynchos der byzantinischen Zeit die Rede ist, außerdem die Papyri, die sich auf den Nomos beziehen, die Papyri, in denen Begriffe, die Sklaven bezeichnen, nachträglich rekonstruiert (P. Vas., 30<sup>16</sup> - 571 u. Z.) oder unklar sind (P. Oxy. XVI, 1850<sub>1</sub> - 6. oder 7. Jh.) und schließlich einige Texte, die von Johnson und West (Johnson, A. C./West, L. C., Byzantine Egypt: Economic Studies, Princeton 1949, S. 134, 149) ohne ausreichende Gründe in ihre Zusammenstellungen aufgenommen wurden. Ihr Verweis auf P. Oslo II, 18 ist zweifellos ein Flüchtigkeitsfehler (im Papyrus ist keine Rede von Sklaven und alle von Johnson und West über ihn gemachten Angaben sind nicht zuverlässig). P. Amh. II, 144 = Cartas, 15 (5. Jh.) stammt nicht aus Oxyrhynchos. Schwer kann man sich mit der Annahme von Johnson und West (a. a. O., S. 149) einverstanden erklären, daß Sarmates aus PSI, III, 211<sub>3</sub> (5. Jh.) und die gotischen "paidaria" aus PSI, VIII, 953<sup>17, 46, 47, 84</sup> und 956<sup>26</sup> (beide aus dem 6. Jh.) Sklaven waren. Johnson und West selbst lassen die Alternative "bewaffnete Abteilungen" zu. (Vgl. Westermann, W. L., The Slave Systems of Greek and Roman Antiquity, Philadelphia 1955, S. 134<sub>7</sub>) Rémondon (Rémondon, R., Soldats de Byzance d'après un papyrus trouvé à Edfou, in: Recherches de Papyrologie, Bd. 1, 1961, S. 61) nimmt an, daß diese "paidaria" Kinder gotischer Soldaten sind, die sich auf den Kriegsdienst vorbereiten; aber wie schon Grosse, R., Römische Militärgeschichte von Gallienus bis zum Beginn der byzantinischen Themenverfassung, Berlin 1920, S. 288, bemerkte, können "paides" auch "bucellarii" sein, was dann entsprechend auch für "paidaria" gelten würde. Da P. Princ. II, 96 (551/2-556/7 u. Z.) hierzu in vielem analog ist, gibt es keine Gründe, die darin genannten ägyptischen "paidaria" (Z. 1, 3) zu den Sklaven zu rechnen, wie es Johnson, A. C./West, L. C., a. a. O., S. 134, tun. In Übereinstimmung mit den Herausgebern und anderen Forschern (z. B. Oertel, F., Die Liturgie. Studien zur ptolemäischen und kaiserlichen Verwaltung Ägyptens, Leipzig 1917, S. 186, 265; Taubenschlag, Raphael, Das Sklavenrecht im Lichte der Papyri, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Romanische Abteilung, Bd. 50, 1930 = derselbe, Opera minora, T. 2, Warschau 1959, S. 244; derselbe, The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri 332 B. C. - 640 A. D., Warschau 1955, S. 68) halte ich es nicht für möglich, die "oitetai" aus P. Oxy. VI, 904 (5. Jh.) zu den Sklaven zu rechnen. Nicht einbezogen wurde auch P. Erl. 65 (6. Jh.),<sup>4</sup> da zwar der Name des Vaters des "pais" Viktor angegeben, nicht aber ein Herr erwähnt ist.
- 2 Über den Papyrus siehe Biscardi, Arnaldo, Μεταεῦθ φιλων clausola di stile nei documenti di manomissione dell'Egitto romano (Die stilistische Klausel Μεταεῦθ φιλων in den Freilassungsdokumenten des römischen Ägyptens), in: Atti dell'XI Congresso Internazionale di Papirologia, Milano, 2-8 settembre 1965, Milano 1966; derselbe, Corso di papirologia giuridica (Kursus der juristischen Papyrologie), Milano 1966, S. 85 f.
- 3 Zum Datum des Papyrus siehe Vandersleyen, Cl., Chronologie des préfets d'Égypte de 284 à 395, Brüssel 1962, S. 99; Lallemand, J., L'administration civile de l'Égypte de l'avènement de Dioclétien à la création du diocèse (284-382), Brüssel 1964, S. 110, 116, 256. - Zur Frage des "grammata apheseos" siehe Wolff, Hans-Joachim, Rezeption des Beispruchsrechts ins byzantinische Reichsrecht?, in: Synteleia V. Arangio Ruiz, T. 1, Napoli 1964, S. 501. - Die im Text genannten Sklaven befinden sich offensichtlich beim Bruder. Über Sklaven, die sich bei der Schwester befinden, macht die Beschwerde keine Aussage. Biezuńska-Małowist, Iza, Les esclaves en conpropriété dans l'Égypte gréco-romaine, in: Aegyptus, Bd. 48, 1968, S. 122, vertritt die Auffassung, daß es sich hier um vier Sklaven gehandelt haben müsse, da die Aufteilung ja wohl zu gleichen Teilen erfolgt und in dem Streitfall von zwei Sklaven die Rede sei. Sie bezieht den "Sprößling" jedoch nicht in ihre Berechnung ein, weil die betreffende Textstelle rekonstruiert ist.

- 4 Nicht in die Zusammenstellung von Johnson, A. C./West, L. C., a. a. O., S. 134, aufgenommen, aber bei Taubenschlag, Raphael, Opera minora, T. 2, a. a. O., S. 234; derselbe, The Law . . . , a. a. O., S. 83, vorhanden.
- 5 Siehe die oben (Anm. 1) angeführte Mitteilung von R. Grosse. Es versteht sich, daß in bewaffnete Abteilungen auch Sklaven aufgenommen werden konnten; darauf weist insbesondere die Gesetzgebung hin: Cod. Just. IX, 12,10 (468 v.) - armatosque servos.

#### Anmerkungen zu Tabelle 2

- 1 In die Tabelle sind nicht aufgenommen: Papyri, die zwar Sklaven im allgemeinen betreffen, nicht aber bestimmte Sklaven erwähnen, insbesondere gesetzgebende und administrative Vorschriften usw., z. B. P. Oxy. XX, 2265 (119 u. Z.); Papyri, die sich auf den Nomos beziehen, nicht aber auf Oxyrhynchos selbst, z. B. P. Oxy. III, 475 = W. Chrest., 494 (182 u. Z.); Papyri, deren Zugehörigkeit zu Oxyrhynchos zweifelhaft ist, z. B. PSI, X, 1102 (3. Jh.), oder durch spätere Untersuchungen verworfen wurde, z. B. P. Fouad, 68 (Ende 2. Jh.), der sich, wie Bingen, J., SB VI 9375 et l'onomastique de Tebtynis, in: Cahiers d'histoire égypte, Bd. 44, 1969, S. 127 - 129, zeigte, auf Tebtynis bezieht; Papyri, in denen, wie sich im Ergebnis einer sorgfältigeren Textinterpretation herausstellte, keine Rede von Sklaven ist, z. B. P. Harr., 105 (Ende 2. - Anfang 3. Jh.), siehe dazu Youtie, H. C., Notes on Papyri. Essays in Honor of C. Bradford Welles, New Haven 1966, S. 40 - 42, oder von Sklaven, deren Zugehörigkeit zu Oxyrhynchos zweifelhaft ist, z. B. P. Oxy. II, 282, <sup>12, 17</sup> (45 u. Z.), siehe z. B. Oates, J. F., A Rhodian Auction Sale of a Slave, in: Journal of Egyptian Archaeology, Bd. 55, 1969, S. 191 - 210. - Das Register zu P. Oxy. IX verweist bei "doulos" auf P. Oxy. IX, 1202 Introd., aber dort steht dieser Terminus nicht. Johnson, A. C., Roman Egypt to the Reign of Diocletian, Baltimore 1936, S. 279, bezieht P. Oxy. II, 328 (um 85 v. u. Z.) ein, aber dort steht nichts vom beabsichtigten Verkauf eines Sklaven. P. Oxy. III, 471 (2. Jh.) wird nicht berücksichtigt, da er ein literarischer Text ist, der in keiner Beziehung zu Oxyrhynchos steht (siehe Acta Alexandrinorum, hg. v. H. Musurillo, Leipzig 1961). Gleiches gilt für P. Oslo, III, 150 (1. Jh.), da der Name Kerinthos allein für eine Identifizierung mit dem Sklaven Kerinthos aus P. Oxy. II, 244 (23 u. Z.) usw. nicht genügt.
- 2 Adams, B., Paramoné und verwandte Texte. Studien zum Dienstvertrag im Rechte der Papyri, Berlin 1964, S. 154, hält es für möglich, daß in Wirklichkeit nicht von ausgesetzten Kindern die Rede ist (apo koprias), sondern von neugeborenen Kindern, die von ihren Eltern verkauft wurden. Immerhin gibt es jedoch in den Texten Hinweise auf das "Fortwerfen" von Kindern, vgl. z. B. den vielfach herausgegebenen und übersetzten P. Oxy. IV, 744, <sup>10</sup> (1 v. u. Z.).
- 3 Biezuńska-Małowist, Iza, Le recensement et le contrôle public des esclaves dans l'Égypte gréco-romaine, in: Proceedings of the Twelfth International Congress of Papyrology, Toronto 1970, S. 317, gibt "oikogenēs" als "esclave de naissance" wieder. Wir behalten die Übersetzung "hausgeboren" bei, da sie wörtlich ist, ohne auf die Frage hier näher eingehen zu können.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda.
- 6 Das Dokument blieb nicht vollständig erhalten, weshalb die Bestimmung seines Charakters mit Schwierigkeiten verknüpft ist (siehe Zambon, A., Διδασκαλικαί in: Aegyptus, Nr. 15, 1935, S. 21/22). Weder Zambon noch Herrmann, J., Vertragsinhalt und Rechtsnatur der Διδασκαλικαί in: The Journal of Juristic Papyrology, Bd. 11/12, 1958, S. 119, und Adams, B., Paramoné . . . , a. a. O., S. 114 - 119) nehmen diesen Papyrus in ihre Verzeichnisse der "didaskalikē" auf. Biezuńska-Małowist, Iza, Les esclaves fugitifs dans l'Égypte gréco-romaine, in: Studi in onore di E. Volterra, Bd. 6, Milano

- 1969, S. 96; dieselbe, *Praca najemna niewolników w Egipcie grecko-rzymskim* (Die Lohnarbeit von Sklaven im griechisch-römischen Ägypten), in: *Wydział nauk społecznych Polskiej Akademii nauk. Sprawozdania z prac naukowych wydziału nauk społecznych*, Bd. 8, 1965, S. 29; dieselbe, *Quelques formes non typiques de l'esclavage dans le monde ancien*, in: *Antičnoe obščestvo. Trudy konferencii po izučeniju problem antičnosti*, Moskau 1967, S. 93, zählt ihn zur Gruppe der "didaskalikē", also offensichtlich zu den Dokumenten, die Webersklaven betreffen und unter denen sie ihn erwähnt. Dafür gibt es nicht genügend Anhaltspunkte, doch darf man dennoch die Möglichkeit nicht ausschließen, daß der vermietete Sklave einen Beruf hatte.
- 7 Über den Verkäufer und den Vertrag siehe Hombert, M./Préaux, Cl., *Un petit propriétaire égyptien du milieu du III<sup>e</sup> siècle de notre ère: Aurelios Serenus Sarapion*, in: *L'Antiquité Classique*, Bd. 17, 1948, S. 331 - 337, bes. 333.
- 8 Wie Anmerkung 3.

### Anmerkungen zu Tabelle 3

- 1 Die Gesamtzahl der Papyri wird annähernd und abgerundet erfasst: die Herkunft einer Reihe von Dokumenten aus Oxyrhynchos ist nur hypothetisch, während einige andere in Oxyrhynchos gefundene Dokumente für die vorliegende Untersuchung gegenstandslos sind. Viele Dokumente sind nur annähernd datiert; schließlich besteht leider auch die Möglichkeit, daß einzelne Dokumente entweder ausgelassen oder mehrfach berücksichtigt wurden (dies gilt vor allem für wiederholt publizierte Texte). Ein in zwei Jahrhunderten datiertes Dokument (z. B. 3. - 4. Jh. bzw. entweder 3. oder 4. Jh.) wird immer dem ersten der erwähnten Jahrhunderte zugeordnet, d. h. in diesem Fall dem 3. Jh. Im ganzen gesehen ergeben sich daraus schwerlich wesentliche Entstellungen. Nur im 5. Jh. muß aus den vorn angeführten Gründen mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die Dokumentenzahl in Wirklichkeit niedriger ist.
- 2 Die Ziffern in Klammern betreffen Personen, die in den Dokumenten nicht eindeutig als Sklaven ausgewiesen sind.
- 3 Von besonders gekennzeichneten Ausnahmen abgesehen, werden hier in jedem der Fälle, aus denen nicht hervorgeht, um wie viele Sklaven es sich dabei handelt, jeweils zwei Sklaven registriert.
- 4 Es werden nur zweifelsfreie Hinweise in Betracht gezogen. Allgemeine Ausdrücke (douloi, oiketai, paides usw.) werden nicht berücksichtigt, wenn nicht der Begriff selbst (z. B. "paidiskai") oder der Kontext es erlauben, entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.
- 5 Es werden nur zweifelsfreie Hinweise in Betracht gezogen.
- 6 Zum gegenseitigen Verhältnis von Sklaven männlichen und weiblichen Geschlechts vgl. die von Hombert, M./Préaux, Cl., *Recherches sur le recensement dans l'Égypte romaine* (P. Bruxellensis inv. E. 7616), Louvain 1952, S. 170 f., gemachten Angaben und die von ihnen vorgeschlagenen Erklärungen. Davon abweichende Angaben in unseren Tabellen erklären sich wahrscheinlich dadurch, daß wir nicht nur Subjektsdeklarationen in Betracht gezogen haben, sondern das gesamte papyrologische Material.
- 7 Eine bestimmte Anzahl von Sklaven, die einen Beruf haben, befinden sich vielleicht unter den Sklaven, die ihren Herren "apophora" brachten (siehe in der chronologischen Reihenfolge in der Tabelle 2: P. Oxy. II, 265; 496; 494; VI, 710, und die erwähnten Arbeiten von Biežuńska-Małowist). Da jedoch in der Hauptsache von Frauen die Rede ist, handelt es sich höchstwahrscheinlich um die Pflichten einer Amme, einer Dienerin usw. Selbst wenn man annimmt, daß alle diese Sklaven eine berufliche qualifizierte Arbeit ausgeführt haben, was wenig wahrscheinlich ist, würde die Zahl der Sklaven mit Beruf von 6 nur auf 15 anwachsen (im Verlaufe der römischen Zeit), d. h. um weniger als ein Zehntel der Gesamtzahl der Sklaven.

#### Anmerkungen zu Tabelle 4

- 1 In die Tabelle sind die Dokumente nicht aufgenommen, in denen von Freilassung von Sklaven gesprochen wird (Manumissionen, Testamente), da sie schon in Tabelle 2 berücksichtigt sind. Nicht aufgenommen wurden auch die Papyri, die sich auf den Nomos, nicht aber auf die Stadt beziehen (z. B. P. Erl., 44 III<sup>29</sup> - II B).
- 2 Über Sarapion alias Apollonios siehe Turner, E. G., Roman Oxyrhynchos, in: Journal of Egyptian Archaeology, Bd. 38, 1952, S. 88 f.
- 3 Über ihn siehe ebenda, S. 88.
- 4 Siehe BL, III, S. 127.

#### Anmerkungen zu Tabelle 5

- 1 Das Verhältnis zwischen den Freigelassenen männlichen und weiblichen Geschlechts entspricht dem, das von Biezuńska-Majowist, Iza, Les affranchis dans les papyrus de l'époque ptolémaïque et romaine, in: Atti dell'XI Congresso Internazionale di Papirologia, Milano, 2-8 - settembre 1965, Milano 1966, S. 436, für ganz Ägypten konstatiert wurde.
- 2 Ebenda.
- 3 Die unbedeutende Anzahl von Freigelassenen, die einen Beruf haben, ist auch keine nur für Oxyrhynchos zutreffende Erscheinung (siehe ebenda, S. 437 f.).

## Diskussionen

## EINIGE BEMERKUNGEN ZUR DISKUSSION ÜBER DEN CHARAKTER DER ARBEITERKLASSE<sup>+</sup>

von Manfred Lötsch

Es ist sicherlich kein Zufall, daß in der marxistischen Literatur die Diskussion über Probleme der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft zunimmt. Letzten Endes geht es darum, Veränderungen, die sich innerhalb dieser Gesellschaft vollziehen, theoretisch zu verallgemeinern und ihre politischen Konsequenzen herauszuarbeiten. Wie die internationale Literatur zeigt, wurde die Diskussion vor allem durch solche Prozesse ausgelöst wie:

Zunahme der staatlichen Verwaltungseinrichtungen, wachsende Bedeutung der produktionsvorbereitenden Bereiche und der elektronischen Datenverarbeitung sowie von Forschung und Entwicklung, Veränderung des Verhältnisses zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, Perfektionierung der Trennung zwischen Kapitaleigentum und Kapitalfunktion und andere mehr. Alles in allem handelt es sich dabei um Prozesse, die durchaus nicht, wie gelegentlich angenommen wird, allein der wissenschaftlich-technischen Revolution geschuldet wären, sondern die aus komplexen Zusammenhängen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorgehen, von denen die wissenschaftlich-technische Revolution nur einen spezifischen Aspekt darstellt.

Vor allem aber rückte diese Diskussion in den Mittelpunkt, weil die Klärung der dabei auftretenden Probleme untrennbar mit Grundfragen der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung verflochten ist. Dies in doppelter Hinsicht: Erstens ist es erforderlich, die theoretischen und politischen Konsequenzen der sich objektiv vollziehenden Veränderungen in der sozialen Struktur herauszuarbeiten, und zweitens muß der imperialistischen und revisionistischen Ideologie wirksam entgegengetreten werden, die bekanntlich versucht, die wissenschaftlich-technische Revolution und die mit ihr verbundenen sozialen Prozesse für ihre Zwecke nutzbar zu machen.

Der Stand der Diskussion macht es offenbar erforderlich, zunächst auf einige Prämissen einzugehen.<sup>1</sup> Zu welchem Zweck wird die Diskussion eigentlich geführt?

+ Überarbeiteter Diskussionsbeitrag, gehalten auf dem Symposium "Strukturprobleme der Arbeiterklasse in wirtschaftshistorischer Sicht", das von der Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte am 11. April 1972 in Berlin veranstaltet wurde.

1 Zumpe, Lotte, "... die einzig wirklich revolutionäre Klasse", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, S. 131 ff.; Radandt, Hans, Wer gehört im Kapitalismus zum Proletariat? in: ebenda, S. 139 ff.; Meyer, Hansgünter, Bemerkungen über die Art der Fragestellung bei Jürgen Kuczynski: "Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert", in: ebenda, S. 147 ff.; Handke, Horst, Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus, in: ebenda, S. 153 ff.

In der einschlägigen Literatur gibt es die Tendenz, vor allem danach zu fragen, wer zum Proletariat gehört und wer nicht. Sicherlich muß man, vor allem im Hinblick auf praktisch-politische Folgerungen, diese Frage auch beantworten. Wenn aber die Frage so gestellt wird, als ob vorrangig geklärt werden müsse, wer innerhalb welcher Kategorie statistisch erfaßt und gezählt werden sollte, dann wird damit zumindest zweierlei übersehen: Erstens geht es durchaus nicht vorrangig um Probleme der Sozialstatistik, sondern um das qualitative Verständnis wesentlicher gesellschaftlicher Vorgänge und Zusammenhänge. Zweitens wird in dieser Art der Fragestellung letztlich unterstellt, daß die theoretischen Ausgangspunkte, auf deren Basis beantwortet werden könnte, wer zum Proletariat gehört und wer nicht, keiner Diskussion bedürften. Aber gerade hier scheint die Diskussion ansetzen zu müssen.

Mehr noch. In der Diskussion wird gelegentlich der Eindruck erweckt, als handele es sich vorrangig darum, den Platz der Angestellten und der Intelligenz in der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft zu klären. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch relativ rasch, daß dies lediglich abgeleitete Aspekte sind. Die Grundfrage des gesamten Meinungsstreits ist das Verständnis des Proletariats. Dazu liegen mehrere längere Beiträge vor, mit denen der Verfasser grundsätzlich übereinstimmt.<sup>2</sup>

Offenbar stellt keiner der Teilnehmer an der Diskussion in Frage, daß die grundlegenden Kriterien, nach denen das Proletariat charakterisiert ist, in der Trennung von den Produktionsmitteln, in der Unterwerfung unter das Kapitalverhältnis und in der Lohnarbeit, in der sich diese Unterwerfung praktisch realisiert, gesehen werden müssen. Ferner besteht Einmütigkeit darüber, daß die Kategorie "Lohnarbeit" weiter ist als die Kategorie "Proletariat"; nicht jeder Werktätige, der sich in irgendeiner Form des Lohnverhältnisses befindet, ist damit notwendigerweise ein Proletarier. Der Streit beginnt an eben dieser Nahtstelle von Lohnarbeit und Proletariat: Nach welchen Kriterien soll die Abgrenzung zwischen beiden vorgenommen werden? Welche spezifischen Eigenschaften sind es, die zwar das Proletariat charakterisieren, aber nicht die Gesamtheit der Lohnarbeiter?

Kuczynski schreibt dazu: "Der Charakter der Arbeiterklasse wird durch Arbeit im Großbetrieb an vom Kapital privat in Eigentum besessenen Maschinen bestimmt."<sup>3</sup> In dieser Bestimmung sind zunächst zwei Kriterien enthalten, die sich ziemlich offensichtlich nicht aufrechterhalten lassen: die Arbeit im Großbetrieb und die Arbeit an Maschinen. Es ist nicht einzusehen, warum Arbeiter, die nicht an Maschinen tätig sind - wie zum Beispiel Transportarbeiter oder Arbeiter in verschiedenen Hilfsfunktionen - und Arbeiter in kapitalistischen Klein- und Mittelbetrieben nicht zum Proletariat gehören sollten. Darauf wurde in der Diskussion mehrfach hingewiesen.

In der gleichen Arbeit verwendet jedoch Kuczynski selbst eine umfassendere Definition, indem er eine Seite vor der zitierten Passage Arbeiterklasse und Fabrikarbeiter faktisch gleichsetzt.<sup>4</sup> Aber auch diese umfassendere Bestimmung ist meines Erachtens noch zu eng.

Kuczynski stützt sich zunächst auf einige Zitate aus den Werken Lenins, die hier nicht wiederholt zu werden brauchen. Es ist jedoch einiges zu dem Kontext anzumerken, in dem die zitierten Äußerungen Lenins stehen, und damit zu den Folgerungen, die Kuczynski aus ihnen ableitet. So betont Lenin die Tätigkeit in der Großindustrie im Zusammenhang mit Fragen der konkreten Entwicklung der Arbeiterklasse, und er behandelt nicht das Problem, um das es in der hier in Rede stehenden Diskussion geht. Die Betonung der Tätigkeit in der Großindustrie als Eigenschaft des Proletariats ist in den von Kuczynski zitierten Passagen nicht

<sup>2</sup> Vgl. Meyer, Hansgünter, a. a. O., und Handke, Horst, a. a. O.

<sup>3</sup> Kuczynski, Jürgen, Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 12.

<sup>4</sup> Ebenda.

im Hinblick auf die Bestimmung der Grenzen und des Umfangs des Proletariats vorgenommen worden; sie wendet sich zum Beispiel gegen jene, die in einer ganz konkreten Situation, in der es faktisch um den wirtschaftlichen Neuaufbau und um die Neuformierung der Arbeiterklasse ging, unter dem Proletariat alle möglichen zeitweiligen Lohnarbeiter verstehen. In diesem Zusammenhang betont Lenin, es gehe um die Entwicklung einer Arbeiterklasse, die "sich nicht mit Spekulation, nicht mit der Herstellung von Feuerzeugen zum Verkauf und mit sonstiger 'Arbeit' befaßt ..."<sup>5</sup> Es ist meines Erachtens problematisch, Ausführungen Lenins, in denen konkret-historische Schwerpunkte der weiteren Entwicklung der Arbeiterklasse hervorgehoben werden, als abschließende Definitionen zu interpretieren. Das wird in der Auslegung, die Kuczynski mit der folgenden Äußerung Lenins vornimmt, besonders deutlich; Lenin wendet sich gegen die Gleichsetzung von Lohnarbeit und Proletariat im Zusammenhang mit Fragen des Parteistatus. Zur Begründung seiner Auffassung, daß man die Kandidatenzeit für die Mitgliedschaft in der Partei verlängern müsse, schreibt Lenin:

"Ohne Zweifel werden bei uns ständig Personen als Arbeiter bezeichnet, die nicht die geringste ernsthafte Schule im Sinne der Großindustrie durchgemacht haben".<sup>6</sup> Diesen Satz zitiert Kuczynski - aber er läßt den nachfolgenden weg, aus dem der Sinn des ersten überhaupt erst klar wird: "Unter die Kategorie der Arbeiter", schreibt Lenin, "fallen sehr oft waschechte Kleinbürger, die sich zufällig und nur für ganz kurze Zeit in Arbeiter verwandelt haben".<sup>7</sup> Ob man daraus ableiten kann, daß alle Lohnarbeiter, die nicht in Großbetrieben tätig sind, von der Arbeiterklasse abgegrenzt werden müssen, ist mehr als zweifelhaft.

Der von Kuczynski aufgestellten These, für Marx und Engels wären "Arbeiterklasse in diesem Sinne und Fabrikarbeiter praktisch identisch"<sup>8</sup>, muß entschieden widersprochen werden. Eher ist das Gegenteil der Fall: Für Marx und Engels war der Begriff "Proletariat" weitgehend mit dem Begriff "Lohnarbeit" identisch. Dafür einige Belege:

Karl Marx schrieb:

"Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital, und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommenquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft".<sup>9</sup>

"Wie verhält es sich mit den kommerziellen Lohnarbeitern, die der kaufmännische Kapitalist ... beschäftigt? Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns, nicht von dem als Revenue verausgabten Geld und daher auch nur gekauft wird nicht für Privatbedienung, sondern zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschossenen Kapitals. Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist, wie bei allen andren Lohnarbeitern, durch die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit.

Aber es muß zwischen ihm und den direkt vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeitern derselbe Unterschied stattfinden, der zwischen dem industriellen Kapital und dem Handels-

5 Lenin, W. I., Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 46.

6 Derselbe, Über die Bedingungen für die Aufnahme neuer Parteimitglieder, in: Werke, a. a. O., S. 240.

7 Ebenda.

8 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 11.

9 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 892.



kapital und daher zwischen dem industriellen Kapitalisten und dem Kaufmann stattfindet. Da der Kaufmann als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert..., so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen..

Die unbezahlte Arbeit dieser Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schafft, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe, sie ist also für es Quelle des Profits".<sup>10</sup>

Es kann offensichtlich keine Rede davon sein, daß Marx die Angestellten - die "kommerziellen Lohnarbeiter" - der Kleinbourgeoisie zuordnet, wie das Kuczynski behauptet. Marx behandelt sie eindeutig als eine besondere Gruppe der Arbeiterklasse. Doch weiter:

"Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten - oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andere Seite vorwiegt -, zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebensowenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist".<sup>11</sup>

Und Friedrich Engels schrieb:

"Das Proletariat ist diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit ... zieht ... Das Proletariat oder die Klasse der Proletarier ist, mit einem Worte, die arbeitende Klasse des neunzehnten Jahrhunderts".<sup>12</sup>

"Die Klasse der gänzlich Besitzlosen, welche darauf angewiesen sind, den Bourgeois ihre Arbeit zu verkaufen, um dafür die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten. Diese Klasse heißt die Klasse der Proletarier oder das Proletariat".<sup>13</sup>

Diese längeren Zitate waren erforderlich, um zu zeigen, daß für Marx und Engels weder die Tätigkeit an Maschinen noch in Großbetrieben noch die vorwiegend manuelle Arbeit die Kriterien des Proletariats waren, sondern das Kapitalverhältnis. Um nun wieder auf Kuczynskis Position zurückzukommen, so muß man zugeben, daß sie zumindest eines für sich hat: Auf ihrer Grundlage sind klare, eindeutige und zweifelsfreie Zuordnungen und Abgrenzungen möglich. Demgegenüber scheint es Ausdruck einer gewissen Labilität des theoretischen Standpunktes zu sein, wenn sich zum Beispiel Meyer und Handke durchaus nicht so eindeutig festlegen.

Der Vorzug ist jedoch nur scheinbar. Er ist um den Preis zu weit getriebener Vereinfachungen erkaufte. Die neuralgischen Punkte bestehen meines Erachtens vor allem in folgendem:

Erstens: Bekanntlich weitet der Kapitalismus das Kapitalverhältnis weit über die Grenzen der industriellen Produktion hinaus aus: Transport, Verkehrswesen, Handel, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung und andere Bereiche mehr werden kapitalistisch betrieben; das Ausbeutungsverhältnis hat in diesem Sinne längst universelle Gültigkeit erlangt. Kuczynski bleibt aber den Beweis für die These schuldig, daß das Proletariat selbstver-

<sup>10</sup> Ebenda, S. 303 - 305.

<sup>11</sup> Derselbe, Theorien über den Mehrwert, 1. Teil, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26/1, Berlin 1965, S. 387.

<sup>12</sup> Engels, Friedrich, Grundsätze des Kommunismus, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 363.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 365.

ständig lediglich in der unmittelbaren industriellen Produktion anzutreffen wäre bzw. aus den genannten Bereichen höchstens jene Werktätigen mit umfasse, die dort körperliche Arbeit leisten.

Zweitens: Wie man die Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Revolution auch immer beurteilen mag, eines ist jedenfalls sicher: Auch in der kapitalistischen Gesellschaft wird sich das Verhältnis zwischen körperlicher und geistiger Arbeit dahingehend ändern, daß der Anteil der geistigen Arbeit sowohl innerhalb der materiellen Produktion als auch in anderen Bereichen ansteigt. Obgewollt oder nicht; Die Reduzierung des Proletariats auf jene Lohnarbeiter, die ausschließlich oder zumindest vorwiegend körperlich tätig sind, ist eine Theorie des Abnehmens des Proletariats und zugleich, wenn die vom Proletariat abzugrenzenden Lohnarbeiter pauschal den Mittelschichten zugerechnet werden, eine Theorie des Wachstums der "Mittelklasse". Der grundlegende Fehler liegt meines Erachtens in dem Versuch, über das Kriterium "Charakter der Tätigkeit" Probleme zu klären, die mit diesem Kriterium nicht geklärt werden können. Wenn nach dem Charakter des Proletariats und nach dem Platz solcher Gruppen wie der Angestellten und der Intelligenz in der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft gefragt wird, dann handelt es sich hierbei um Probleme, die mit Grundfragen des Wesens der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt zusammenhängen. Der Anteil der geistigen Arbeit nimmt vor allem innerhalb der industriellen Arbeit rasch zu, ohne das Wesen dieser Produktionsverhältnisse auch nur im geringsten zu berühren. Wenn grundlegende Zusammenhänge dieser Produktionsverhältnisse erklärt werden sollen, muß man folglich auch vom Wesen dieser Verhältnisse ausgehen, anstatt Erscheinungsformen einen Platz zuzuweisen, der ihnen nicht zukommt. Unter der - wie gesagt allgemein akzeptierten - Voraussetzung, daß Lohnarbeit und Proletariat nicht einfach identifiziert werden können, besteht das die Arbeiterklasse spezifisch charakterisierende Kriterium weder im vorwiegend manuellen Charakter der ausgeübten Tätigkeit noch in der Arbeit an Maschinen, sondern in der spezifischen Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, die sich aus der Trennung von den Produktionsmitteln und aus dem Kapitalverhältnis ergibt. Das Problem muß auf der Grundlage der Kriterien angegangen werden, die Lenin in seiner bekannten Definition der Klassen in Verallgemeinerung der gesamten Erfahrungen des Marxismus herausgearbeitet hat. Es zeigt sich dann zumindest zweierlei: Erstens muß man jeder Tendenz entgegentreten, die darauf hinausläuft, die in jeder Hinsicht entscheidende Bedeutung der Eigentumsverhältnisse zu verwischen, und zweitens läßt sich das Leninsche Kriterium "Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit" nicht einfach dahingehend verstehen, daß es hier vor allem um das Verhältnis zwischen körperlicher und geistiger Arbeit oder um "Maschinenarbeit" gehe. Entscheidend ist vielmehr der Platz hinsichtlich der Realisierung der Macht des Kapitals in der Gesellschaft, vor allem die Frage, ob die jeweiligen als Lohnarbeiter zu klassifizierenden Werktätigen spezifische "Hilfsfunktionen" im Machtvollzug des Kapitals ausüben oder nicht. In diesem Sinne formulierte zum Beispiel der II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins:

"Die Arbeiterklasse, das ist die Masse der 800 000 lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten in unserer Stadt. Sie besitzen keine Produktionsmittel und kein Produktivvermögen. Sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an den Kapitalbesitzer zu verkaufen.

Sie schaffen die Werte, sind aber am Ende des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch die privatkapitalistische Aneignung der Arbeitsergebnisse von der Verfügungsgewalt über ihr Produkt getrennt. Das gilt für die körperlich Arbeitenden ebenso wie für die Mehrheit der Techniker und Ingenieure in der Produktion, in den Konstruktionsbüros und in den Entwicklungslabors. Der Kern der Arbeiterklasse sind die Produktionsarbeiter, konzentriert in den Großunternehmen. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution wächst die

Zahl und die Rolle der Intelligenz-Schicht, die mit der modernen Produktion unmittelbar verbunden ist.

Zur Arbeiterklasse gehören die Arbeiter und Angestellten in den Dienstleistungsbetrieben. Auch dieser Sektor wächst an. Mit dem Strukturwandel der Arbeiterklasse wird es um so bedeutsamer, ihr gewerkschaftliches Bewußtsein zu stärken und in allen ihren Teilen Klassenbewußtsein, Solidarität und die Erkenntnis ihrer geschichtlichen Rolle zu vermitteln".<sup>14</sup>

Kuczynskis Thesen sind wie gesagt vor allem deswegen nicht zu akzeptieren, weil sie in ihrem Kern zu einer viel zu engen Bestimmung der Arbeiterklasse führen. Ihre Fragwürdigkeit wird jedoch dort besonders augenscheinlich, wo sich Kuczynski über jene Werktätigen äußert, die nach seiner Meinung von der Arbeiterklasse abgegrenzt werden müssen. Wenn die geistige Arbeit - gleich in welcher Form - ein Kriterium der nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Schichten ist, dann ist es nur folgerichtig, die Gesamtheit der Angestellten strikt von der Arbeiterklasse abzugrenzen. Ähnliche Standpunkte werden übrigens auch von anderen Autoren vertreten.

Während aber zum Beispiel Semenov deutlich betont, daß die Angestellten von der Kleinbourgeoisie hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse qualitativ verschieden sind<sup>15</sup>, stellt Kuczynski die in der marxistischen Literatur ziemlich einmalige These auf, man müsse die Angestellten als Teil der Kleinbourgeoisie verstehen.<sup>16</sup> Was verbirgt sich jedoch hinter dem Begriff "Angestellter"? In der Praxis der kapitalistischen Gesellschaft haben wir hier nicht mehr vor uns als einen recht pauschalen Sammelbegriff für alle Werktätigen, die Gehaltsempfänger sind. Es bedarf sicher keiner längeren Argumentation, daß damit nicht die geringste sozialökonomisch wesentliche Aussage verbunden ist; es ist im Gegenteil erforderlich, die Angestellten vor allem nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit näher zu untersuchen und zu charakterisieren.

Niemand wird bestreiten wollen, daß solche Angestelltengruppen wie Beschäftigte mit bestimmten Funktionen im staatlichen Machtapparat und im betrieblichen Management nicht einfach der Arbeiterklasse zugeordnet werden können. Daraus folgt aber keineswegs, daß man sie als Teile der "Mittelschichten" oder der Kleinbourgeoisie verstehen könnte: Die oberen Ebenen des kapitalistischen Managements in Staat und Wirtschaft sind weit eher spezifische Funktionsorgane der herrschenden Klasse als Teile der "Mittelschichten", und die Masse der mittleren, in der Regel eng begrenzte Entscheidungsprozesse realisierenden Angestellten unterscheidet sich von der Kleinbourgeoisie immer noch in einem äußerst wesentlichen Punkt; in den Eigentumsverhältnissen! Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus ist es ein Unding, soziale Gruppen mit unterschiedlicher Stellung zu den Produktionsmitteln in einer Kategorie zusammenzufassen. Solche Angestellten wie Lehrer, Staatsangestellte unteren Ebenen, nicht in größere Entscheidungsvollzüge einbezogene Beschäftigte in der Justiz, im Gesundheitswesen usw. bilden keineswegs zusammen mit Handwerkern, privaten Kaufleuten und kleinen Kapitalisten eine gemeinsame Schicht oder gar Klasse. Gerade im Hinblick auf die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung - und dies ist doch wohl der entscheidende Gesichtspunkt, unter dem der gesamte Meinungsstreit geführt wird! - kann man vor allem jene Angestelltengruppen nicht ignorieren, die mit der materiellen Produktion oder mit dem materiellen Reproduktionsprozeß eng verbunden sind und der Herrschaft des Kapitals im gleichen Maße wie die Produktionsarbeiter unterworfen werden; nichtleitende Angestellte in der Verwaltung und Informationsverarbeitung in der Industrie, im Handel, Transport, Verkehrswesen usw. Weiterhin wächst die Gruppe der sogenannten technischen

<sup>14</sup> Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitagas der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in: Zeitungsdienst Berlin 1970, S. 41 f.

<sup>15</sup> Semenov, V. S., Kapitalismus und Klassen, Berlin 1972, S. 97 ff.

<sup>16</sup> Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 15.

Angestellten rasch an; hier handelt es sich oftmals um Werk­tätige, die mit der Kontrolle, Programmierung und Steuerung technischer Anlagen befaßt sind und die sich von den Produktionsarbeitern im engeren Sinne wirklich nur dadurch unterscheiden, daß die Art und Weise, die konkrete Organisationsform, in der der Preis der Ware Arbeitskraft gezahlt wird, eine besondere ist. Genau genommen, haben wir hier nichts anderes vor uns als einen neuen, durch die Entwicklung der Produktivkräfte erzeugten Typ des Produktionsarbeiters.

Hinsichtlich der Masse der nichtleitenden Angestellten, die zweifellos die Mehrheit der Angestellten überhaupt bilden, sollte man folglich abwägen: Was haben sie mit der Arbeiterklasse gemeinsam, und welche spezifischen Eigenschaften stehen diesen Gemeinsamkeiten gegenüber? Die entscheidenden Gemeinsamkeiten sind:

die Trennung von den Produktionsmitteln, die Existenz der Arbeitskraft als Ware, die Unterwerfung unter das Ausbeutungsverhältnis und damit das objektive Klasseninteresse am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Als Besonderheit kann man dagegen, neben der Art und Weise der Bezahlung der Ware Arbeitskraft, höchstens die These ins Feld führen, daß diese Werk­tätigen vorwiegend geistige Arbeit leisten.

Eine solche Gegenüberstellung macht zumindest zweierlei klar. Erstens ist es offensichtlich, daß gegenüber den Gemeinsamkeiten die Besonderheiten zweitrangig sind; sie liegen nicht auf der gleichen Ebene. Aus welchen Gründen ein ausgebeuteter Lohnarbeiter, der nicht vorwiegend körperliche Arbeit leistet, zur Kleinbourgeoisie gehören soll, die sich vom Proletariat nicht nur in den Eigentumsverhältnissen, sondern zugleich in der Gesamtheit der darauf beruhenden Klasseninteressen wesentlich unterscheidet, bleibt unerfindlich. Zweitens sind die "Besonderheiten" eine recht relative Angelegenheit. Um ein Beispiel zu nennen: Es scheint doch zumindest recht fraglich zu sein, ob sich Verkäuferinnen in kapitalistischen Warenhäusern oder die Beschäftigten im Verkehrswesen oder andere ähnliche Gruppen von Angestellten von Produktionsarbeitern in der chemischen Industrie, im Maschinenbau oder in der Elektrotechnik/Elektronik dadurch unterscheiden, daß sie weniger körperliche und mehr geistige Arbeit leisten. Es ließe sich eine fast beliebig lange Liste von Angestelltentätigkeiten aufstellen, die nicht nur nicht als vorwiegend geistig, sondern als in höherem Maße körperlich als viele Produktionsarbeitertätigkeiten charakterisiert werden müssen. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft hat die Teilung in körperliche und geistige Arbeit weitaus kompliziertere Formen angenommen als im 19. Jahrhundert; es stehen sich nicht mehr einfach rein körperlich und rein geistig Tätige gegenüber. Selbstverständlich ist das Wesen des Gegensatzes erhalten geblieben: Die entscheidenden geistigen Arbeiten sind von der herrschenden Klasse monopolisiert und werden in ihrem Interesse vollzogen. Zugleich wächst jedoch in den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit der Anteil der geistigen Arbeit rasch an, so daß eine Reihe von Tätigkeiten, die historisch vorwiegend körperliche waren, heute durch eine spezifische Kombination manueller, psychischer und intellektueller Anforderungen gekennzeichnet sind.

Alles in allem: Der Versuch, über "die Angestellten" generalisierende und pauschale Aussagen zu formulieren, führt zu keinem sinnvollen Ergebnis, weil wir es hier mit einer sozialökonomisch außerordentlich heterogenen Gesamtheit zu tun haben: Ein beträchtlicher Teil der Angestellten gehört eindeutig zum Proletariat, ein kleiner Teil gehört mehr oder weniger eindeutig zur herrschenden Klasse ("Top-Management"), und jener Teil der Angestellten, die Kuczynski offenbar vorrangig meint, bildet eine Schicht besonderer Art. Wenn man jedoch am wissenschaftlichen, durch die Produktionsverhältnisse bestimmten Begriff der Kleinbourgeoisie festhält und sich nicht von der umgangssprachlichen Erweiterung dieses Terminus verwirren läßt (wer wird mitunter nicht alles als "Kleinbürger" bezeichnet?), dann dürfte es mehr als problematisch sein, diesen besonderen Teil der Angestellten als Teil der Kleinbourgeoisie zu definieren. Anstatt danach zu suchen, unter welchem histo-

risch entstandenen Begriff man neue Probleme subsumieren kann, sollte die sozialökonomische Heterogenität der Angestellten konkret untersucht und nachgewiesen werden.

Das theoretisch-methodologische Grundproblem besteht darin, daß sich eine Reihe neuer Probleme in der Entwicklung der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft nicht so erfassen lassen, daß die Arbeiterklasse vor allem als die Gesamtheit der manuell tätigen Fabrikarbeiter definiert wird, so daß die Komplizierung des Verhältnisses zwischen körperlicher und geistiger Arbeit primär oder gar ausschließlich als eine Sache der Entwicklung der Mittelschichten erscheint. Zwei Dinge sind meines Erachtens unerlässlich: Erstens muß die Entwicklung des Proletariats selbst theoretisch sorgfältig verallgemeinert werden. Die Klasse ist vor allem durch die Eigentumsverhältnisse und die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit bestimmt, während sich der Charakter der Tätigkeit auch innerhalb der Klasse verändert. Man kann nicht per definitionem bestreiten, daß auch innerhalb des Proletariats der Anteil der geistigen Arbeit wächst. Zweitens können nicht einfach alle Werk tätigen, die sich nicht eindeutig der einen oder der anderen Grundklasse zuordnen lassen, der "Kleinbourgeoisie" zugeschlagen werden, wenn dieser Begriff mehr sein soll als ein bloßes Verlegenheitswort. Die Übergänge und Zwischenstufen zwischen den beiden Grundklassen sind komplizierter; sie müssen in eben dieser Kompliziertheit sichtbar gemacht werden. Offenbar ist ein Strukturmodell der kapitalistischen Gesellschaft erforderlich, das, von den beiden Grundklassen ausgehend, eine größere Anzahl spezifischer Schichten zwischen ihnen berücksichtigt, anstatt künstliche Gesamtheiten zu konstruieren.

## GEOGRAPHISCHES MILIEU UND RÄUMLICHE STANDORTSTRUKTUREN - FORSCHUNGSOBJEKTE BEI EINER DARSTELLUNG DER GESCHICHTE DER PRODUKTIVKRÄFTE

von Wilfried Strenz

Ein Forschungsprojekt, wie es die "Geschichte der Produktivkräfte" darstellt, erfordert für seine erfolgreiche Lösung die Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Die historisch-ökonomische Geographie hat hierbei aufgrund des realen Wirkungsfeldes der menschlichen Gesellschaft besonders die vielfältigen Beziehungen zwischen dieser Gesellschaft und der geographischen Umwelt zu betrachten. Die intensiven Arbeiten, die innerhalb der nächsten Jahre an diesem Forschungsobjekt geleistet werden müssen, sind Anlaß, im folgenden einige Bemerkungen zu Problemen des geographischen Milieus und der räumlichen Standortstrukturen der Produktivkräfte zu machen. Das ist notwendig, um eine zukünftige erfolgreiche Mitarbeit am Projekt zu gewährleisten. In der historischen Entwicklung (bis in die Gegenwart) fand die Reproduktion der Gesellschaft immer in einer konkreten, wenn auch im einzelnen sehr differenziert gestalteten Beziehung zur geographischen Umwelt statt. Die Existenz, das Wirken und die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, das heißt ihre Geschichte, können demzufolge nur umfassend dargelegt werden, wenn davon ausgegangen wird, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte ein System darstellen, in dem neben anderen funktionalen Bedingungen auch die geographischen Umweltfaktoren gleichermaßen eingebunden sind.

Karl Marx hat in seiner bekannten Analyse des Arbeitsprozesses Bedeutung und Wertung der natürlichen Elemente innerhalb der geographischen Umwelt für das Wirken dieses Prozesses dargelegt. Er spricht davon, daß die Arbeit "ein Prozeß ist zwischen Mensch und Natur"<sup>1</sup>, und an einer anderen Stelle, daß "die Produktivität der Arbeit an Naturbedingungen gebunden bleibt"<sup>2</sup>, und meint damit, daß alle Ausgangsmaterialien, alle Rohstoffe, die die Gesellschaft zu ihrer Reproduktion benötigt, als materielle Substanz dem natürlichen Bereich der geographischen Umwelt entstammen, das heißt, daß die Produktion immer an objektiv reale, von der Natur geschaffene und im natürlichen Bereich der geographischen Umwelt realisierte Voraussetzungen gebunden ist.<sup>3</sup>

Um es simpel auszudrücken: Wo im Verlauf des geologischen Entwicklungsprozesses der Erde keine Steinkohle entstanden ist, kann keine gefördert werden, auch wenn seitens der Gesellschaft die technischen Voraussetzungen zur Gewinnung und Verwertung dieses Energieträgers gegeben sind. Die Möglichkeit, Steinkohle aus anderen Gebieten im Produktionsprozeß, sei es als Arbeitsgegenstand oder als Arbeitsmittel, zu verwenden, erfaßt nicht das Problem. Dazu ist eine vorhergehende Ortsveränderung der an anderer Stelle der Erd-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1968, S. 192.

2 Ebenda, S. 535.

3 Ebenda, S. 196 Anm. 6.

oberfläche geförderten Steinkohle notwendig. Sie kann von einer bestimmten Entwicklungsstufe der Gesellschaft an immer vorgenommen werden. Das Nichtvorhandensein von Rohstoffen kann also die weitere Entwicklung der Produktion und damit die ökonomische Struktur eines Gebietes maßgeblich beeinflussen, sobald die technische Entwicklung die Verwendung dieser Rohstoffe möglich macht, die Gesellschaft oder ihre herrschende Klasse aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage oder willens ist, sie zu beschaffen. Das Fehlen von für die Produktion notwendigen natürlichen Voraussetzungen kann unter Umständen dazu führen, daß unter den Bedingungen antagonistischer Klassengegensätze die Gesellschaft in den von der natürlichen Ausstattung benachteiligten Gebieten unter die Botmäßigkeit der herrschenden Klasse eines anderen Territoriums gerät, dessen natürliche Gegebenheiten dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte besser entsprechen<sup>4</sup>, sobald die Macht- bzw. Profitinteressen dieser Klasse es erfordern.

Betrachtet man die natürlichen Elemente der geographischen Umwelt (Marx: die "Natur") ausschließlich nur als Lieferant der ursprünglichen Arbeitsgegenstände, das heißt der Rohstoffe, erfaßt man nur eine Seite der objektiv bestehenden Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft. Ein zweites Betrachtungsmoment kommt hinzu, das meist übersehen wird. Die natürlichen Elemente der geographischen Umwelt treten nicht nur als Lieferant der Rohstoffe, des ursprünglichen Arbeitsgegenstandes, auf, sondern wirken darüber hinaus im Produktionsprozeß in vielfältiger Form auch als Arbeitsmittel.<sup>5</sup>

Die konkreten Standorte, an denen der Reproduktionsprozeß der Gesellschaft auf der Erde verläuft, sind von natürlichen Elementen der geographischen Umwelt umgeben, die ständige Begleiter dieser notwendigen gesellschaftlichen Tätigkeit sind und mit ihren verschiedenen Elementen die einzelnen Teile und Formen des Reproduktionsprozesses der Gesellschaft unterschiedlich stark beeinflussen.<sup>6</sup> Die objektiv vorhandenen naturgeographischen Elemente wirken, solange sie von der Gesellschaft in ihrer Bedeutung für den Reproduktionsprozeß nicht erkannt werden, außerhalb des Bewußtseins der Gesellschaft fördernd bzw. hemmend auf diesen Prozeß ein. Mit fortschreitender Fähigkeit der Gesellschaft, diese natürlichen Bedingungen zunehmend als Arbeitsmittel im Produktionsprozeß einzusetzen, zeigt sich das steigende Bemühen der Gesellschaft um das Ausnutzen bzw. das Ausschalten solcher Gegebenheiten, je nachdem, ob die erkannten Elemente positiv oder negativ auf den entsprechenden Produktionsprozeß einwirken.<sup>7</sup> Die Anstrengungen der Gesellschaft um Ausnutzung der natürlichen Elemente der geographischen Umwelt als Arbeitsmittel setzen sich fort in dem Bemühen, entsprechende natürliche Gegebenheiten schließlich künstlich zu erzielen (zum Beispiel künstliches Klima), um bestimmte für die

4 Engels, Friedrich, Die Geschichte Irlands, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1968, S. 466.

5 Vgl. Marx, Karl, a. a. O., S. 195, 197.

6 Einige Beispiele: Unmittelbares Übernehmen natürlicher Gegebenheiten als Arbeitsmittel wäre z. B. das Ausnutzen des Windes bzw. der Strömungsverhältnisse der Gewässer durch die Segelschiffahrt früherer Zeit. Als mittelbar wäre z. B. das Ausnutzen der Reliefsituation für den Anbau bestimmter Kulturen anzusehen, so u. a. der vornehmliche Kaffeeanbau an den Nordhängen Brasiliens südlich des Äquators.

7 Das Bemühen der Gesellschaft als Ganzes ist dabei entscheidend von der jeweiligen Produktionsweise abhängig. Die herrschende Klasse in einer auf Profit ausgerichteten Gesellschaftsordnung wird diesen Prozeß der "Entschleierung" der natürlichen Verhältnisse nur in dem Umfang unterstützen und dulden, wie sich dadurch Möglichkeiten einer schnelleren und umfangreicheren Mehrwertbildung ergeben. Eine von Ausbeutung freie und damit ohne antagonistische Widersprüche existierende Gesellschaft wird hingegen im eigenen Interesse den Erkenntnisprozeß über die Ausnutzung und Ausnutzbarkeit der natürlichen Elemente der geographischen Umwelt bewußt und forciert vorantreiben.

Gesellschaft notwendige bzw. von ihr gewünschte Produktionsprozesse an für diese Produktion sonst ungünstigen Standorten durchzuführen.

In diesem Zusammenhang sei an den vor einigen Jahren erfolgten Aufbau einer vollklimatisierten Produktionshalle im Baumwollkombinat Leinefelde/Eichsfeld erinnert. Stabile Temperatur und Luftfeuchtigkeit ermöglichen eine optimale Qualität bei der Erzeugung von Baumwollgarn.

Um die natürlichen Elemente der geographischen Umwelt in ihrer Bedeutung für den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft richtig einschätzen zu können, muß noch ein weiteres Moment beachtet werden. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft entspricht die Physiognomie des Erdbildes immer weniger dem ursprünglichen Zustand. Die Gesellschaft bedient sich der Natur nicht nur als Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel im Produktionsprozeß, sondern wirkt über diesen Prozeß ebenso auf sie selbst ein und verändert sie. Im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung werden in zunehmendem Maße immer größere Teile der Erdoberfläche durch gesellschaftliche Arbeit umgestaltet. Das führt dazu, daß die natürlichen Elemente der geographischen Umwelt mehr und mehr mit gesellschaftlicher Arbeit durchsetzt, angereichert werden. Die materielle Substanz des natürlichen Bereichs der geographischen Umwelt bleibt dadurch zwar erhalten, erfährt jedoch durch die ständige gesellschaftliche Beeinflussung eine neue Qualität.

Ausgehend von dieser realen Gegebenheit können mit der fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft die natürlichen Elemente der geographischen Umwelt (= natürliche Umwelt) mit immer weniger Berechtigung auf das ausschließliche Wirken von Naturgesetzen zurückgeführt werden. Der Anteil der von der Gesellschaft unbeeinflussten natürlichen Umwelt wird immer geringer, und dieser Prozeß setzt sich mit der weiteren Entwicklung der Gesellschaft kontinuierlich und verstärkt fort.<sup>8</sup>

Derartige durch die Gesellschaft veränderte Naturgegebenheiten bedeuten eine qualitativ neue Einheit, die eine veränderte Begriffsbildung des geographischen Umweltkomplexes erfordert. Aus dem infolge der gesellschaftlichen Tätigkeit mehr und mehr zurückgehenden Anteil der von der Gesellschaft unbeeinflussten natürlichen Elemente der geographischen Umwelt und den durch den Reproduktionsprozeß zunehmend veränderten Gegebenheiten der natürlichen Umwelt entsteht zusammen mit den von der Gesellschaft in die natürliche Umwelt "eingepflanzten" zusätzlichen materiellen Objekten in der weiteren Entwicklung unter dem beständigen Wirken der Naturgesetze ein Arrangement der geographischen Umwelt, das sich durch Erscheinung und Potenz von der ursprünglich von der Gesellschaft unbeeinflussten natürlichen Umwelt abhebt und als "geographisches Milieu" zu bezeichnen wäre.<sup>9</sup> Unter diesem Begriff wären also zu subsumieren die von der Gesellschaft

- a) unbeeinflussten natürlichen Elemente der geographischen Umwelt,
- b) beeinflussten und damit umgestalteten natürlichen Elemente der geographischen Umwelt,
- c) in dieser natürlichen Umwelt errichteten zusätzlichen, den ursprünglichen Elementen der geographischen Umwelt fremden materiellen Objekte.<sup>10</sup>

8 Narweleit, Gerhard/Neef, Wolfgang/Strenz, Wilfried, Bemerkungen zum Wesen und Inhalt des geographischen Milieus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 220. - Die sich für den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft hieraus ableitenden, der Veränderung unterworfenen positiven bzw. negativen Auswirkungen auf die materielle Substanz der natürlichen Umwelt sollen hier nicht erörtert werden.

9 Vgl. hierzu Narweleit, Gerhard/Neef, Wolfgang/Strenz, Wilfried, a. a. O., S. 217 f. - In einer beachtenswerten Arbeit gehen J. und G. Haase auch auf diese Probleme ein, verwenden den Begriff "geographisches Milieu" jedoch nicht. (Haase, Jutta und Günter, Die Mensch-Umwelt-Problematik. Gedanken zum Ausgangspunkt und zum Beitrag der geographischen Forschung, in: Geographische Berichte, Nr. 4/1971, S. 243 - 270.)

10 Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Als unbeeinflusstes natürliches Element wäre



Mit der fortschreitenden ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft nehmen die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und geographischer Umwelt ständig zu. Nach ihrem Einfügen in die ursprüngliche natürliche Umwelt bleibt einerseits die von der Gesellschaft umgestaltete Natur bzw. werden die errichteten zusätzlichen Objekte der Wirkung der Naturgesetze unterworfen; andererseits nimmt die Gesellschaft in Auswirkung ihrer Gesetzmäßigkeiten immer wieder Veränderungen der Beschaffenheit der Erdoberfläche vor und trägt auf diese Weise zu einer weiteren Entwicklung des geographischen Milieus bei. Die Folge hiervon ist, daß das geographische Milieu immer mehr von einer ursprünglich mehr oder weniger natürlichen Gegebenheit zu einem gesellschaftlich determinierten, einheitlich wirkenden Komplex von Erscheinungen umgeformt wird, in dem die vorhandenen natürlichen Elemente der geographischen Umwelt schließlich nahezu vollständig durch die Gesellschaft verändert und mit den von der Gesellschaft zusätzlich geschaffenen materiellen Objekten unlösbar verquickt sind. Damit ist das geographische Milieu im Gegensatz zur natürlichen Umwelt als eine gesellschaftliche und damit historische Kategorie definiert, dessen Gestaltung, Ausnutzung und Ausnutzbarkeit von der jeweils wirkenden Produktionsweise abhängig ist.

In dem Maße, wie die ursprünglichen natürlichen Elemente der geographischen Umwelt mit gesellschaftlicher Arbeit getränkt werden, wie sich das geographische Milieu herausbildet und entwickelt, wird es zu einem Faktor, der seinem Entwicklungsstand gemäß proportional auf den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft einwirkt. Je nachdem, wie die Gesellschaft entsprechend ihren Bedürfnissen die notwendigen Beziehungen zur geographischen Umwelt gestaltet, wie sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Organisation der Produktion, ihrer Bedürfnisse, Entwicklungsbedingungen und Fähigkeiten in die von der Natur vorgegebene und von ihr ausbalancierte natürliche Umwelt eingreift, entsteht und entwickelt sich ein dieser konkret geschichtshistorischen Situation entsprechendes geographisches Milieu, das den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft unterschiedlich beeinflusst: als Produktivkraft bzw. als Destruktivkraft.

Das geographische Milieu wird in dem Maße als Produktivkraft im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft wirken, wie es die Gesellschaft versteht, einmal die durch den Umfang ihrer Eingriffe in den Naturhaushalt bestimmte, gegenüber der ursprünglichen Situation veränderte Bilanz der natürlichen Umwelt so zu beeinflussen und zu gestalten, daß sie als Lieferant der materiellen Existenzbedingungen erhalten bleibt, zum anderen aber auch versteht, das gesellschaftlich determinierte geographische Milieu in seiner komplexen Einheit als Standort, das heißt als Ort der materiellen Produktion und Konsumtion, entsprechend den vorhandenen materiellen Bedingungen für die Reproduktion zu nutzen. Beachtet die Gesellschaft diese grundlegenden Beziehungen in ihrem Verhältnis zur geographischen Umwelt nicht oder nur ungenügend, wird das geographische Milieu insgesamt bzw. werden einzelne Teilbereiche als Destruktivkraft wirken und den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft an diesem konkreten Standort verhindern oder zumindest in Frage stellen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang einmal an die großen Flächen des sogenannten nackten Karstes, der das Gebiet zur oberflächenwasserarmen und damit nahezu vegetationsloser Einöde werden ließ, die durch fehlerhafte gesellschaftliche Eingriffe in den Naturhaushalt in historischer Zeit aus ehemaligen Waldarealen entstanden sind, zum anderen an die in der Gegenwart allgemein zunehmende Verschmutzung der Gewässer durch Industrieabwässer. Das machte unter den gegebenen gesellschaftlichen konkret-historischen Bedingungen im ersten Fall Land- und Forstwirtschaft in diesem Gebiet unmöglich und zerstörte im zweiten Fall die

der ursprüngliche, verwilderte Lauf des Rheins im Bereich des Oberrheingrabens anzusehen. Als beeinflusstes und damit umgestaltetes Element ist demgegenüber der begründete Rheinlauf zu betrachten, und schließlich würde der Rhein-Seitenkanal das hinzugefügte, ursprünglich nicht vorhandene Objekt bedeuten.

Fischerei, die bislang als stationärer Gewerbebezug an den entsprechenden Gewässern betrieben wurde.<sup>11</sup>

Mit der objektiv bedingten zunehmenden Verflechtung der Teilbereiche des geographischen Milieus zu einer Ganzheit wird es bei historisch-genetischen Untersuchungen geographischer Räume immer schwieriger, die einzelnen Teile dieses durch die Gesellschaft geformten einheitlichen geographischen Erscheinungsbildes auf ihren Ursprung zurückzuführen. Die Beantwortung dieser Frage ist aber notwendig, um Umfang und Intensität der für den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft grundlegenden Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und geographischer Umwelt in den einzelnen Entwicklungsetappen der Gesellschaft zu erfassen. Eine Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte muß also eine Betrachtung einschließen, die die Rolle und Bedeutung des geographischen Milieus im System des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf den einzelnen Entwicklungsstufen der Gesellschaft darlegt.

Der "locus standi" (Standort)<sup>12</sup> der materiellen Produktion<sup>13</sup> (und Konsumtion) der Gesellschaft ist die Erdoberfläche. Die Arbeitsteilung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, die Trennung in Produktions- und Konsumtionsstandorte, führt dabei zu räumlich strukturierten Beziehungen der Reproduktion, die gleichfalls Gegenstand geographischer bzw., wenn es sich um die Darlegung historischer Entwicklungsprozesse handelt, historisch-geographischer Untersuchungen sind.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Untersuchungen, die diesen Komplex betreffen, erst gänzlich am Anfang stehen, sofern es sich um die Beantwortung von Fragen nach der Herausbildung und Entwicklung räumlicher Standortstrukturen der Produktivkräfte handelt. Die Schwierigkeiten bei der Behandlung dieser Themen ersieht man allein schon daraus, daß zum Beispiel zahlreiche geographische Untersuchungen die Darbietung von Standortstrukturen eines geographischen Raumes als ihr Ziel postulieren, meist aber nur die Standortverteilung und -entwicklung darbieten und das Ziel der Untersuchung nicht erreichen. Allenfalls werden einfach gestaltete bzw. herausragende Raumstrukturen vermittelt; die wirkliche Verflechtung des Produktionskomplexes wird jedoch nicht gezeigt. Im folgenden seien einige Überlegungen vorgetragen, die bei der Behandlung einer derartigen Thematik beachtet werden sollten.

Soviel steht fest: Räumliche Standortstrukturen treten auf, sobald im Rahmen der gesellschaftlichen Reproduktion eine Arbeitsteilung einsetzt und seitens der Gesellschaft für den Austausch produziert wird. Je entwickelter die Arbeitsteilung ist, um so differenzierter und komplizierter werden die räumlichen Standortstrukturen, um so schwieriger wird es aber auch, sie zu entwirren. Untersuchungen von Standortstrukturen haben die Aufgabe, über die Faktenvermittlung (Standort, Standortverteilung) hinaus im Prozeß der Standortentwicklung die Ursachen für die Herausbildung bestimmter räumlicher Beziehungen

11 Es liegt im Interesse der Gesamtgesellschaft, daß die negativen Folgen der Einwirkungen der Gesellschaft auf die natürliche Umwelt mehr und mehr ausgeschaltet werden. Optimal kann das jedoch nur im Rahmen einer Organisationsform der Gesellschaft geschehen, in der jegliche private Aneignung des Mehrprodukts ausgeschaltet ist und in der die geographische Umwelt durch gesellschaftliche Eingriffe nicht überfordert, sondern sinnvoll, rationell im Interesse nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch zukünftiger Generationen genutzt wird.

12 Marx, Karl, a. a. O., S. 195.

13 Eine möglicherweise zukünftige Ausdehnung des allgemeinen Produktionsortes auf außerirdische Standorte bringt keine prinzipielle Veränderung der Aussage, da es sich hierbei lediglich um eine Vergrößerung des irdischen Wirtschaftsraumes handelt.

auf den verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung aufzudecken und die vorhandenen Strukturbeziehungen darzulegen. Dabei sind die bestehenden Beziehungen zu untersuchen zwischen

- a) spezifischen Standorten der gesellschaftlichen Reproduktion im Prozeß der zunehmenden Arbeitsteilung,
- b) spezifischen Standorten der gesellschaftlichen Reproduktion und speziellen Momenten des geographischen Milieus.

Schließlich geht es

- c) um die anzustrebende totale Erfassung und Analyse der Standortstruktur eines bestimmten geographischen Gebietes als Ausdruck eines gesellschaftlich determinierten räumlichen Produktionssystems.

Da die Standortstrukturen Ergebnisse gesellschaftlicher Arbeit sind, verändern sich mit dem Fortschreiten der materiellen Produktion, der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Ablösen der alten Produktionsverhältnisse durch neue auch die Standortstrukturen der Produktivkräfte, bilden sich qualitativ neue Einheiten, während alte überlebte verschwinden, wobei die Wurzeln der neuen Einheiten vielfach aus Teilen der alten Struktur hervorgehen, von der einige Teile zunächst noch erhalten bleiben. Demzufolge sind Standortstrukturen keineswegs starr, sondern sie unterliegen entsprechend der gesellschaftlichen Dominanz einem dynamischen Prozeß. Standortstrukturen sind, genau wie das geographische Milieu, eine historische Kategorie.

Daraus folgt, daß jeweils einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung eine spezifische und nur dieser Stufe entsprechende Standortstruktur zugeordnet ist. Mit Veränderungen eines Elements innerhalb der Struktur treten Veränderungen innerhalb des Systems auf, die in Teilbereichen stets neue, veränderte Strukturen hervorrufen, bei entsprechender Bedeutung sogar das gesamte System zu einer neuen Struktur führen können. Es kommt also darauf an, diejenigen konkreten Elemente herauszufinden, die die gesellschaftlich determinierte Raumstruktur der Produktion und Konsumtion bestimmen und weiterentwickeln und damit die entscheidenden Faktoren hinsichtlich der Veränderung dieser Tatbestände darstellen.

Um die Dynamik in der Entwicklung der Standortstrukturen möglichst umfassend erkennen zu können, ist es notwendig, bei konkreten Untersuchungen eine möglichst große Anzahl zeitlich differenzierter Querschnittsanalysen von der betreffenden geographischen Situation der Produktion und Konsumtion anzufertigen, um durch historische Vergleiche die aktiven, mobilen Elemente zu erfassen, die die Veränderungen der Raumstruktur bewirken. Je weiter in die Historie zurückgegangen wird, desto schwieriger ist die Anfertigung dieser Analysen, desto fragwürdiger wird das Erkennen realer Strukturen sein. In jedem Fall aber dienen die Untersuchungen der Raumstrukturen der Darstellung des geographischen Bildes, das die Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion verdeutlicht, und bilden ein notwendiges Element, um den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft zu erfassen. Derartige Untersuchungen sind ein wichtiger Bestandteil einer Geschichte der Produktivkräfte.

Die Wissenschaftsdisziplin der historisch-ökonomischen Geographie behandelt also im Rahmen einer Geschichte der Produktivkräfte keineswegs nur Randprobleme, die gewissermaßen nur zur Vervollständigung der Untersuchung beitragen. Im Gegenteil: Die Darlegung der gesellschaftlichen Produktivkräfte als System erfordert die Integration historisch-geographischer Fragestellungen als einen immanenten Bestandteil der Untersuchung.

## ZUR GESCHICHTE DER MITTELALTERLICHEN STADT IN WEST- UND OSTEUROPA

Bemerkungen zu: Bruno Widera, Das Städtewesen in der vormongolischen Rus<sup>1</sup>

von Siegfried Epperlein

In seinem kommentierten Literaturbericht über das altrussische Städtewesen zeichnet Widera ein eindrucksvolles Bild von jüngeren und jüngsten Forschungsergebnissen der sowjetischen Mediävistik. Die von ihm vermittelten Informationen und Interpretationen sind dazu geeignet, unsere Erkenntnisse über die Entstehung und Entwicklung des mittelalterlichen europäischen Städtewesens zu bereichern. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß einzelne von Widera berührte Fragen noch gänzlich unentschieden sind und einige Probleme andere Lösungen zulassen, als Widera vorschlägt.

Zweifellos hat Widera recht, wenn er schreibt, daß die Forschungsergebnisse sowjetischer Historiker zur mittelalterlichen Geschichte ganz allgemein noch viel zu wenig bekannt sind und vor allem von bürgerlichen Wissenschaftlern nur relativ selten sachgerecht verwertet werden. Aber es muß auch einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß die gesamte mittelalterliche osteuropäische Geschichte in der Mediävistik der DDR völlig ungenügend berücksichtigt wird. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß Widera auf einige wichtige Werke und Zeitschriftenaufsätze sowjetischer Mediävisten zur russischen mittelalterlichen Stadt eingegangen ist und einige zweifellos interessante und wichtige Fragen aus diesem Themenkomplex herausgegriffen und zur Diskussion gestellt hat.

Probleme der Stadtgeschichte im Mittelalter gehören ja seit geraumer Zeit zu den mit am meisten diskutierten Fragen innerhalb der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen sowohl in der bürgerlichen Historiographie<sup>1</sup> als auch in marxistischen Arbeiten.<sup>2</sup> Gerade

+ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 1.

- 1 Vgl. dazu beispielsweise die bei Gebhardt, Bruno, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 1, hg. v. Herbert Grundmann, 9. Aufl., Stuttgart 1970, in den entsprechenden Abschnitten genannte Literatur. Weiter ist auf Stoob, Heinz, Forschungen zum Städtewesen in Europa, Bd. 1, Köln/Wien 1970, und Die Stadt des Mittelalters, Bd. 1, hg. v. Carl Haase, Darmstadt 1969 (= Wege der Forschung, Bd. 243), zu verweisen.
- 2 Vgl. dazu die in Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, Berlin 1970, S. 309 ff. (= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft [im folgenden: ZfG], 18. Jg. 1970, Sonderheft), genannten Arbeiten. Einblick in die Forschungssituation bezüglich des slawischen Städtewesens im Mittelalter vermittelt Die Slawen in Deutschland. Ein Handbuch, hg. v. Joachim Herrmann, Berlin 1970, bes. S. 364 ff., sowie Epperlein, Siegfried, Die Anfänge des frühmittelalterlichen Städtewesens in Polen im Lichte der erzählenden Quellen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 159 ff.

auf diesem Gebiet hat sich die Blickweite der Forschung beträchtlich vergrößert. Neue Feststellungen sind allenthalben aufgetaucht, und wohl auf keinem anderen Gebiet der mittelalterlichen Geschichtsforschung ist alles so in Bewegung geraten, werden laufend neue Forschungsmethoden angewandt und weiterführende Wege bei der Lösung wichtiger, für die Beurteilung der gesamten feudalen Klassengesellschaft entscheidender Fragen gesucht. In diesem Zusammenhang zeigt sich in instruktiver Weise die Erkenntnisgrenze einer vorwiegend rechtsgeschichtlichen Betrachtungsweise, die sich letzten Endes aus der Anwendung eines lehnsrechtlich fundierten Feudalismusbegriffes innerhalb der bürgerlichen Forschung ergibt und besonders auf dem Feld der Stadtforschung in Deutschland seit jeher vorherrschte, in letzter Zeit jedoch bezeichnenderweise von bürgerlichen Historikern selbst stark in Zweifel gezogen wurde.<sup>3</sup> Immer mehr wächst die Einsicht, daß die Stadt im Rechtssinn nur als Endpunkt einer jahrhundertelangen, in ganz entscheidender Weise von wirtschaftlichen Faktoren und sozialen Auseinandersetzungen geprägten Entwicklung voll erklärt und verstanden werden kann. Die an Ausstrahlungskraft und Breitenwirkung ständig gewinnende marxistische Mediävistik hat ja von Anfang an auf den Prozeßcharakter der Genesis der Stadt hingewiesen und die große Bedeutung der mittelalterlichen Stadt als Zentrum von Handel und Gewerbe hervorgehoben: Hier vollzogen sich, zunächst in enger Verflechtung mit der Landwirtschaft, zwei zur Herausbildung einer Schicht von Handwerkern und Kaufleuten führende gesellschaftliche Arbeitsteilungen, was dann im Zusammenhang mit der kommunalen Freiheitsbewegung wesentliche Strukturveränderungen der Feudalgesellschaft im hohen Mittelalter hervorrief.

Dabei zeigt schon ein Blick auf die Anfänge des Städtewesens, wie vorteilhaft und für die Einbettung in allgemeines geschichtliche Zusammenhänge geradezu unentbehrlich die im internationalen Maßstab immer häufiger angewandte vergleichende Betrachtungsweise der städtischen Entwicklung ist. Sie beschränkte sich - das zeichnet sich immer deutlicher ab - ja keineswegs nur auf den westlichen Teil unseres Kontinents oder auf einige seiner Länder, sondern erfaßte, wie die marxistische Nachkriegsforschung in den europäischen Volksdemokratien und in der Sowjetunion eindrucksvoll dargetan hat, auch die slawischen Gebiete Europas intensiver.<sup>4</sup> Gerade die Einbeziehung solcher mehr oder weniger an der Peripherie Europas gelegenen Länder wie Spanien, England, Skandinavien, Polen, Böhmen und anderer zeigt ganz eindeutig, wie einseitig und unhaltbar die seinerzeit von einigen der profiliertesten Vertreter der deutschen bürgerlichen Stadtgeschichtsforschung, wie Planitz und Ennen, geäußerte Ansicht ist, wonach der entscheidende Schritt zur Bildung der mittelalterlichen europäischen Stadt im sogenannten niederfränkischen Raum, also etwa im nordfranzösischen, belgischen und niederländischen Gebiet, getan wurde.<sup>5</sup> Vielmehr entwickelten sich in ganz Europa mit zeitlichen Phasenverschiebungen und gebietsweise unterschiedlichen Gestaltungsformen im Zusammenhang mit dem sich im frühen Mittelalter ausbreitenden Feudalisierungsprozeß und der damit eng verknüpften Entstehung der Grundherrschaft, der Ausbildung gewerblicher Produktionszweige und kaufmännischer Aktivitäten die wichtigsten ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für das Wachstum nichtagrarischer Wirtschaftszentren, von Nahmärkten und Mittelpunkten des Fernhandels.

<sup>3</sup> Aufschlußreich dafür ist die Kontroverse zwischen Heinz Stob und Ursula Lewald über die kartographische Darstellung der Stadtentwicklung in Osteuropa. Vgl. Rheinische Vierteljahresblätter, Bd. 24, 1959, S. 284; Bd. 25, 1960, S. 201.

<sup>4</sup> Hier sind besonders die einschlägigen Arbeiten von M. N. Tichomirov und die bei Widera, Bruno, a. a. O., genannten Studien heranzuziehen. Für Polen kann auf die bei Epperlein, Siegfried, a. a. O., erwähnten Forschungen verwiesen werden.

<sup>5</sup> Vgl. etwa Haase, Carl, Neue Untersuchungen zur frühen Geschichte der europäischen Stadt. Bemerkungen zum Sammelband "Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens...", in: Vierteljahrsschrift zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 46, 1959, S. 382 f.

Hier erhebt sich natürlich sofort die Frage nach der Funktion der römischen "civitates" mit ihren Bischofssitzen in diesem Prozeß und damit das immer wieder diskutierte Problem, ob beim Übergang von der Antike zum Mittelalter, von der verfallenden Sklavenhaltergesellschaft zur heranwachsenden Feudalordnung die in der Tradition weiterwirkenden Elemente dominierten oder aber ein jäher Kontinuitätsbruch stattfand. Insgesamt gesehen, wird man sagen müssen, daß die Bedeutung der spätantiken Tradition für das sich später herausbildende Städteswesen in Westeuropa gering ist. Zwar lehnen sich die Handelsplätze und Marktsiedlungen des frühen Mittelalters unter anderem auch an ehemalige Römerstädte an. Die neue, schließlich zur Herausbildung einer Stadt mit besonderem Stadtrecht hinführende Entwicklung geht jedoch nicht von den alten "civitates", sondern von den auf autochthoner Grundlage entstandenen neuen "burgi" und ihren Bewohnern aus. Wie wichtig die sich in dem jeweiligen Gebiet auf eigenständiger Basis entwickelnden wirtschaftlichen Voraussetzungen in diesem Zusammenhang sind, wird zum Beispiel in England mit seiner Lage am Rande des römischen Imperiums ohne nennenswerte antike Traditionen deutlich und zeigt sich auch in Spanien, wo Araberstürme und Reconquista als Einschnitte die aus der Antike nachwirkenden Entwicklungslinien abreißen ließen und zum Neubeginn in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führten. Es ist ganz unverkennbar, daß der weitgehende Bruch mit überkommenen antiken Traditionselementen und der im wesentlichen mit eigener Kraft vorangetriebene feudalgesellschaftliche Prozeß in wirtschaftlicher, sozialer und vor allem in rechtlicher Hinsicht die weitere Entwicklung in Europa überhaupt wesentlich prägten.

Insofern können die Verhältnisse in der Ruß in ihrem frühfeudalen Entwicklungsstadium durchaus vergleichsweise herangezogen werden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß im Siedlungsgebiet der später in der Kiewer Ruß vereinten "Ethnika" zunächst keine solchen greifbaren älteren - hier byzantinischen - Traditionen direkt zu fassen sind wie in Westeuropa mit seinen allenthalben vorhandenen antiken Relikten. So gesehen, stellt sich in der Ruß das Problem einer kontinuierlichen Weiterführung und Entwicklung überkommener Elemente aus der Antike zu feudalen Formen überhaupt nicht. Kann man also mit einem gewissen Recht auch für die Ruß von einem geschichtlichen Neuanfang im frühen Mittelalter sprechen und liegt hier gewissermaßen eine in vielem mit Westeuropa vergleichbare Ausgangsposition vor, so lassen sich doch in der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung gerade hinsichtlich der Ausprägung und des inneren Gehalts nichtagrarischer, städtischer Wirtschaftsformen und ihrer Beziehungen zum entstehenden Feudalstaat einige Besonderheiten und Unterschiede zur Genesis der Stadt im westeuropäischen Bereich beobachten. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß infolge der ungenügenden Forschungsgrundlage und fehlender komparativer Studien ein Vergleich des russischen Städteswesens mit der städtischen Entwicklung im Westen des Kontinents noch immer auf große Schwierigkeiten stößt.

Zu den hervorstechendsten Merkmalen der westeuropäischen Stadtentwicklung seit dem 11. Jahrhundert gehören die wirtschaftliche Potenz und die politische Energie der in der kommunalen Bewegung gemeinsam auftretenden Handwerker und Kaufleute, die gegenüber den Feudalgewalten eine schriftliche Fixierung und damit eine wirksame Garantie ihrer ökonomischen Position, ihrer sozialen Stellung und ihrer rechtlichen Privilegien in mehr oder weniger umfassenden Stadtrechten durchsetzten. Von diesen städtischen Zentren, die auf den vor allem im 10. Jahrhundert überall entstehenden Märkten aufbauten, ging ein beträchtlicher Einfluß auf die ländliche Bevölkerung der näheren und weiteren Umgebung aus. Die von den Ware-Geld-Beziehungen erfaßten Bauern wanderten vielfach, von dem immer stärker zur Geltung kommenden Rechtssatz "Stadtluft macht frei" angezogen, in die Städte, die damit ihre wirtschaftliche Stellung weiter ausbauen konnten. Wenn durch alle diese Vorgänge auch zweifellos keine "Krise des Feudalismus" ausgelöst oder eingeleitet wurde<sup>6</sup>,

<sup>6</sup> Vgl. zu dieser Problematik auch Töpfer, Bernhard, Fragen der hussitischen revolutio-

dessen Blütezeit vielmehr ohne das Wachstum und das Wirken der Städte überhaupt nicht zustande gekommen wäre, so steht doch fest, daß sich die Städte in der hochmittelalterlichen Feudalgesellschaft einen beträchtlichen Spielraum erkämpften, der eine ausgeprägte Verselbständigung des emporstrebenden Bürgertums erleichterte bzw. ermöglichte.

Die kommunale Bewegung beschleunigte das Zusammenwachsen der Handwerker und Kaufleute zum feudalen Bürgertum, das sich nun als selbständige, politische Macht ausübende Klasse neben den beiden anderen Hauptklassen, Bauern und Feudalherren, zu formieren begann. An die Stelle der feudalen Stadtherrschaft trat nun im Zusammenhang mit der Konstituierung von Stadträten eine bürgerlich-genossenschaftliche Selbstverwaltung, die sich auch juristisch deutlich von der ländlichen Umgebung der Städte abhob. Gegenüber dem Geltungsbereich des grundherrlichen Hofrechts bildeten sich klar abgegrenzte Stadtgemeinden heraus, die alle Stadtbewohner, besonders die geflohenen Bauern, aus der unmittelbaren feudalen Abhängigkeit zu lösen strebten, womit eine gewisse Angleichung der rechtlichen Positionen in der Stadt selbst angebahnt wurde. Vor allem mit der Durchsetzung und Anwendung des Grundsatzes "Stadtluft macht frei" durchbrachen die Kommunen die Leibeigenschafts- und Hörigkeitsverhältnisse der früh- und hochmittelalterlichen Feudalgesellschaft. Als Produktionszentrum förderte die Stadt erheblich die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und verlieh der weiteren Ausprägung der Produktionsverhältnisse stärkere Impulse, als es die Grundherrschaft, die bis dahin allein maßgebliche Produktionsorganisation, vermochte hatte. Die sich entwickelnde persönliche Freiheit der handel- und gewerbetreibenden Schichten und die in einem besonderen Stadtrecht verankerte bürgerliche Selbstverwaltung durch eigene Stadträte schufen wichtige Voraussetzungen dafür, daß die einfache Warenproduktion als wesentlicher Bestandteil der Feudalordnung in der Blütezeit der europäischen Feudalgesellschaft ein hohes Niveau erreichte und zur vollen Entfaltung des Feudalismus entscheidend beitrug.

Damit ergibt sich, daß die Kommunen und die von ihr vorangetriebene einfache Warenproduktion zwar die Konsolidierung des Bürgertums zweifellos in starkem Maße voranbrachten, damit aber nicht formationssprengend wirkten, sondern das weitere Wachstum des Feudalismus positiv beeinflussten.<sup>7</sup>

Für die tieferen Gründe dieser bemerkenswerten Entwicklung der Städte in Westeuropa hat die in der DDR zwischen 1963 und 1965 geführte Feudalismusdiskussion einige wichtige Gesichtspunkte beisteuern können.<sup>8</sup> So hat die Tatsache, daß, im scharfen Gegensatz zu Byzanz, in Westeuropa die Feudalordnung zwar durch spätantike Elemente befruchtet wurde, sich im wesentlichen aber unbeschwert von älteren Traditionen frei entfalten konnte, zu beträchtlichen Konsequenzen für die weitere ökonomische, soziale und politische Entwicklung geführt. Da sich der Feudalismus in Westeuropa aus einer noch nicht vollausgebildeten Klassengesellschaft entwickelte und es in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu einem Kontinuitätsbruch gegenüber der Spätantike kam, konnten sich zu nächst nur relativ lockere Staatsformen herausbilden, die dem entstehenden okzidental-

nären Bewegung, in: ZfG, Nr. 1/1963, S. 148 ff.

<sup>7</sup> Vgl. jetzt auch Mägdefrau, Wolfgang, Stadtentstehung und revolutionäre Kommunalbewegung, in: ZfG, Nr. 5/1971, S. 638 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Müller-Mertens, Eckhard, Vom Regnum Teutonicum zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, in: ZfG, Nr. 2/1963, S. 324 f.; Töpfer, Bernhard, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: ZfG, Nr. 5/1965, S. 785 f.; Herrmann, Joachim, Frühe klassengesellschaftliche Differenzierungen in Deutschland, in: ZfG, Nr. 3/1966, S. 328 f. - Zur Problemstellung in der bürgerlichen deutschen Forschung vgl. Kulturbruch oder Kulturkontinuität im Übergang von der Antike zum Mittelalter, in: Wege der Forschung, Bd. 201, Darmstadt 1968.

Feudalismus von vornherein ein primitives Gepräge verliehen. Dem Königtum trat ein zunehmend selbständig werdender Adel entgegen, der die Entschlüsse und politischen Aktionen der Zentralgewalt mitbestimmte und gegen den "rex tyrannicus", das heißt gegen einen die Interessen des Adels verletzenden König, ein "Widerstandsrecht" entwickelte. Aber auch andere gesellschaftliche Gruppierungen und Klassen suchten ihre Belange durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse zu sichern. Auf diesen historischen Sachverhalt ist es in hohem Maße mit zurückzuführen, daß sich in einer jahrhundertlangen Entwicklung neben herrschaftlichen Elementen ein genossenschaftlicher Grundzug verhältnismäßig frei entfalten konnte. Neben dem Adel und der ländlichen Bevölkerung konnte vor allem das Bürgertum auf diese Weise seine wirtschaftlichen und politischen Interessen fördern und sichern. In genossenschaftlich organisierten Stadtgemeinden vereint, gelang es dem heranwachsenden Bürgertum, seine wirtschaftlichen und politischen Interessen gegenüber den Feudalgewalten durchzusetzen und zu behaupten sowie ein beträchtliches Maß von Rechtssicherheit für seinen Besitz zu erringen. Verliehen die Gilden der kaufmännischen Tätigkeit einen gewissen Schutz, so schufen die Zünfte günstige Bedingungen für ein rasches Wachstum der noch jungen gewerblichen Produktion.

Vergleicht man Wesen und Funktion der Städte in den verschiedenen westeuropäischen Gebieten, wo die auf relativ primitiver, vom "Ballast" erstarrter antiker Traditionen weitgehend freier Grundlage sich herausbildende, eigentümlich lockere Struktur der feudalen Gesellschaftsordnung später selbständigen Aktionen des heranwachsenden Bürgertums relativ weiten Raum ließ, mit den Verhältnissen in der Kiewer Ruß, so ergibt sich etwa folgendes Bild. Auch hier ist aufgrund der fortgeschrittenen gesellschaftlichen Entwicklung die Entstehung nichtagrarischer Wirtschaftszentren und städtischer Mittelpunkte deutlich zu beobachten. Die gewerblichen Produzenten waren auch in der Ruß verschiedentlich organisiert, wo den westeuropäischen Gilden vergleichbare Genossenschaften von Fernhändlern existierten. Soziale Auseinandersetzungen und Bewegungen in einigen russischen Städten fehlen nicht. Auffällig ist jedoch, daß im Gegensatz zu Westeuropa offenbar die meisten russischen Städte bis ins 13. Jahrhundert - und in noch stärkerem Maße in der Zeit des Tatarenjoches - viel stärker in das Herrschaftssystem der Feudalgesellschaft integriert waren. Diese Städte waren oft zugleich militärische Befestigung, Herrensitz und kirchlicher Mittelpunkt, während Handel und Gewerbe zunächst noch eine untergeordnete Rolle spielten. Dazu kam, daß in vielen von den Fürsten abhängigen Städten die führenden Kreise aus der feudalen Schicht der Bojaren bestanden, die größere Ländereien besaßen. Die zur Einfügung und Verklammerung mit der Feudalordnung tendierenden Züge überwogen hier die zur Umformung und Überwindung bestimmter feudaler Herrschaftsformen drängenden Kräfte.

Häufig errichteten Fürsten in den ihnen unterstellten Städten ihre Häuser, suchten ihre in die Städte geflohenen Bauern zu fangen, transferierten teilweise gewaltsam Kaufleute aus einem Gebiet in ein anderes - behandelten diese Händler also als ihre Hörigen -, legten den Stadtbewohnern Abgaben auf usw. Städte wie Černigov, Peresjavl', auch Polock und Rostov hatten fürstliche Verwalter, die die Herrschaft der Großfürsten von Kiew anerkannten. Dort, wo besonders enge Beziehungen zwischen einem Fürsten und einer Stadt bestanden, konnte diese an dessen Nachfolger vererbt werden (zum Beispiel Wladimir).<sup>9</sup>

9 Instrukтив dafür sind die in Goroda feodal'noj Rossii. Sbornik statej pamjati N. V. Ustjugova, Moskau 1966, enthaltenen Beiträge von Pašuto, V. T., O nekotorych putjach izučenija drevnerusskogo goroda, S. 93 ff., und Choroškevič, A. L., Pemeclio Pskova po nemecko-russkomu slovarju načala XVII v., S. 207 ff.



Allerdings wäre es falsch und einseitig, neben diesen zweifellos starken Bindungen, die viele russische Städte in vormongolischer Zeit mit der Feudalgesellschaft verknüpften, nicht auch darauf hinzuweisen, daß zumindest einige russische Städte gegenüber den fürstlichen Gewalten um ihre Selbstbehauptung rangen und manchmal auch die Wahrung ihrer Interessen auf wirtschaftlichem, rechtlichem und politischem Gebiet durchsetzen konnten. Eine außerordentlich wertvolle Quelle für diese Erscheinungen sind die sogenannten "rjady", also Verträge, die einzelne Fürsten mit sogenannten freien Städten - und umgekehrt - schlossen.<sup>10</sup> Eine Analyse solcher meist in Chroniken - Urkunden fehlen so gut wie ganz - überlieferten Verträge führt zu dem Resultat, daß es zwischen Fürsten und "freien Städten" Auseinandersetzungen gab, in deren Verlauf die Städte den Fürsten zu Zugeständnissen zwangen. So wurde unter anderem festgelegt, daß ein Fürst ihm nur auf Lebenszeit unterstehende Städte lediglich mit Zustimmung des Rates einer Stadt seinem Nachfolger übergeben durfte. Die "posadniki", "tysjackie", "sotskie" als gewählte Organe der Stadt durften vom Fürsten nicht ohne eindeutigen Schuldnachweis abgesetzt werden. Der Fürst mußte sich verpflichten, städtische Ländereien nicht zu annektieren, keine Gelder zu erpressen und nicht zu plündern, was offenbar vorkam. Der Fürst sollte seine "freien Städte" gegen äußere Angriffe schützen und ihnen - wohl den städtischen Oberschichten - gegen innere Unruhen beistehen. Verletzte ein Fürst den von ihm bestätigten Vertrag und ging er gewaltsam gegen eine Stadt vor, so verlor er seine Rechte über diese Stadt, deren herrschende Oberschicht - meist Feudalherren - nicht selten militärische Gegenaktionen unternahm.

Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß diese privilegierte Stellung nur die sogenannten "freien Städte" in der Ruß erreichten, während die sogenannten "grundherrlichen Städte" (*častnovladel' českie goroda*) offenbar einen vergleichsweise minderen Status hatten. Das geht unter anderem auch daraus hervor, daß "freie Städte" sich Versuchen von Fürsten energisch widersetzen, auf sie die Verfassung "grundherrlicher Städte" zu übertragen.

Der soeben verwandte Begriff "freie Stadt" im obigen Sinne zeigt jedoch, daß bestimmte Termini in der sowjetischen Stadtgeschichtsschreibung offenbar mit einem ganz spezifischen Inhalt versehen werden.<sup>11</sup> Spricht man für westeuropäische Verhältnisse von "Stadt-freiheit", so ist damit die nach erfolgreichem Abschluß der kommunalen Freiheitsbewegung errungene, im Stadtrecht garantierte Freiheit von feudalen Stadtherren gemeint. Dagegen ist eine "freie Stadt" in der mittelalterlichen Ruß keineswegs frei von Feudalgewalten, vielmehr besteht ihre "Freiheit" in dem Recht, sich einen Fürsten als Oberherrn frei wählen zu können, beinhaltet also eine gelockerte Form feudaler Abhängigkeit von einem Fürsten (wie sie zum Beispiel für Novgorod bestand). Allerdings ist zu beachten, daß auch in Westeuropa, etwa im hochmittelalterlichen Nordfrankreich, die Städte nach errungener kommunaler Freiheit damit nicht alle Bindungen abgestreift hatten und zum Beispiel die Beziehungen zum Königtum einer Unterordnung weitgehend gleichkamen. Doch läßt sich die in diesen Städten nachweisbare, klare Abgrenzung eines sich entwickelnden Bürgerstandes in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht gegenüber der feudalen Umwelt in der vormongolischen Ruß nicht erkennen.

Auch solche von sowjetischen Historikern verwandte Begriffe wie "kommunale Immunität" bedürfen der Erläuterung. Mitunter wird damit die mit der Entwicklung von Teilfürstentümern in der Ruß zu beobachtende Befreiung einiger Städte von der Gewalt der Kiewer Großfürsten verstanden - also etwas anderes als das, was in Westeuropa in den mit der kommunalen Freiheitsbewegung verbundenen Bestrebungen und Zielen zum Ausdruck kommt. Zu fragen ist auch, ob man Begriffe wie unter anderem "pravda mestičej" mit

10 Vgl. *Drevnerusskoe gosudarstvo i ego meždunarodnoe značenie*, Moskau 1965, S. 34 f., wo V. T. Pašuto näher auf diese "rjady" eingeht.

11 Zum Folgenden ist die eben genannte Studie von Pašuto über die "rjady" heranzuziehen.

"Marktrecht", "gorożanin" mit "Städter", "Bürger" oder "Burgmann", "Burgbewohner", "znat' gorodov" mit "städtischer Aristokratie", "muži gradskie" mit "Patriziat" übersetzt soll. Es ist klar, daß für eine vergleichende Betrachtung und eine theoretische Durchdringung des Stoffes die Klärung solcher Detailfragen eine ganz wesentliche Voraussetzung ist, wie umgekehrt die Klärung solcher Detailfragen weitgehend vom Stand der vergleichenden Betrachtung und theoretischen Durchdringung des Stoffes abhängt.

Wenn schließlich nach den Gründen für einige der soeben aufgezeigten Besonderheiten in der Entwicklung des Städtewesens in der vormongolischen Ruß gefragt wird, so sollen hier folgende Überlegungen angestellt werden. Es fällt auf, daß die führenden Schichten in einigen frühmittelalterlichen russischen Städten aus Adelskreisen stammten, die über ausgedehnten Landbesitz verfügten. Das führte unter anderem dazu, daß die von diesen Schichten beherrschten Wirtschaftszentren in enger Verbindung mit der ja auf dem Eigentum an Grund und Boden aufbauenden Feudalordnung standen und das Gepräge feudaler Institutionen gewannen. Weiterhin ist darauf zu verweisen, daß in der Kiewer Ruß seit dem 10. Jahrhundert eine aristokratisch-händlerische Schicht existierte, die, wie die russisch-byzantinischen Verträge zeigen, selbst Handel trieb und die in den entstehenden Städten sich bildende eigentliche Schicht der Kaufleute von sich abhängig machte.

Daß die herrschende Klasse in der Ruß so auffällig stark am Handel teilnahm und aus ihm Gewinn zog, kann damit zusammenhängen, daß andere, wirklich ergiebige Einnahmequellen in größerem Umfange noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen, da die Grundherrschaft als wichtigste, auf der Basis einer sesshaften, kontinuierlich wirtschaftenden bäuerlichen Bevölkerung aufbauende feudale Institution erst allmählich entstand. So sind Urbare ja erst für wesentlich spätere Zeiträume überliefert.

Auch wäre geltend zu machen, daß Niederlassungen von Kaufleuten, die einzeln oder in Karawanen durchs Land zogen, mit der örtlichen Herrschaftsgewalt eng verbunden waren und häufig nicht die Privilegien besaßen, wie sie etwa in ottonischer Zeit vom König erteilt wurden.

Schließlich ist darauf zu verweisen, daß es offenbar in der vormongolischen Ruß nicht zu einer so engen Verflechtung der Interessen der Kaufleute und Handwerker kam, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht hätte, wie es sich etwa in der kommunalen Bewegung äußerte. Gerade die enge Verknüpfung der Belange der Kaufleute mit denen der Handwerker gab der städtischen Entwicklung in Westeuropa starken Auftrieb und verlieh der sich bildenden Kommune in ihrem Kampf gegen den Stadtherrn besondere Schlagkraft.

Ein genaueres Urteil wird in allen diesen Fragen erst möglich sein, wenn andere wichtige Struktur- und Organisationselemente der Feudalgesellschaft, wie die Grundherrschaft, das Lehnswesen, die Vasallität, die Kirche, in die Analyse mit einbezogen werden. Erst dann wird sich ein einigermaßen abgerundetes Bild der frühfeudalen Gesellschaft in der Kiewer Ruß zeichnen lassen und die Stellung der mittelalterlichen russischen Stadt in diesem Rahmen fixiert werden können. Gerade die seit Tichomirovs letzter Synthese (1956) in der Sowjetunion auf diesem Gebiet geleistete immense Forschungsarbeit muß dabei ausgiebig berücksichtigt und ausgewertet werden. Zweifellos könnte uns auf diesem Wege die Publikation einiger ausgewählter Aufsätze sowjetischer Historiker zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt in Rußland in deutscher Übersetzung, in einem Sammelband vereint, schnell ein gutes Stück voranbringen.<sup>12</sup>

12 Ein solches Vorhaben ist auch deshalb dringend erforderlich, weil die Bewertung und die geschichtliche Einordnung der mittelalterlichen slawischen - speziell der russischen - Stadt im Mittelpunkt der historisch-politischen Auseinandersetzungen zwischen sowjetischen und bürgerlichen Forschern stehen. Vgl. dazu auch Küttler, Wolfgang,

(Fortsetzung der Anm. 12)

Die Konzeption der "Industriegesellschaft" und die russische Geschichte bis 1917, in: ZfG, Nr. 8/1971, S. 981 ff. - Bürgerliche Historiker wie Carl Haase und Heinz Stoob lassen erkennen, daß sie auch in den noch ausstehenden Bänden ihrer oben genannten Arbeiten die Geschichte der russischen Stadt im Mittelalter nicht berücksichtigen werden.

# Literaturkritik

von Manfred Neuschau

## VORMONOPOLISTISCHER KAPITALEXPORTE

### Bemerkungen anlässlich des Erscheinens von

Joachim Mai, *Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894* = Veröffentlichungen des historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Bd. 4

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970,  
255 Seiten, Preis: 35 M

von Manfred Nussbaum

"Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden", schrieb Lenin in seinem Werk über den Imperialismus.<sup>1</sup> Diese von Lenin hervorgehobene Bedeutung des Kapitalexports im imperialistischen Stadium des Kapitalismus wird von der marxistischen Wissenschaft auch in der Hinsicht reflektiert, daß zahlreiche ihrer Vertreter sich intensiv mit der Problematik befaßten und weiterhin befassen. Dagegen ist die Erforschung der Rolle des Kapitalexports im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus von den marxistischen Forschern bisher weitgehend vernachlässigt worden, obwohl natürlich die eingangs zitierte Formulierung Lenins durchaus nicht bedeutet, daß in der Epoche der freien Konkurrenz der Kapitalexport völlig bedeutungslos gewesen sei. Zeitweise ging, wie Feis schreibt, ein Zehntel bis ein Fünftel der "Ersparnisse" in Deutschland ins Ausland.<sup>2</sup> Dies trifft vor allem auf die erste Hälfte der siebziger und die Mitte der achtziger Jahre zu. Marx hat mehrfach auf verschiedene, mit dem Entstehen eines relativen Kapitalüberschusses zusammenhängende Fragen und die Rolle des Kapitalexports im vormonopolistischen Kapitalismus hingewiesen. "Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann. Dies Kapital ist aber absolut überschüssiges Kapital für die beschäftigte Arbeiterbevölkerung und für das gegebene Land überhaupt. Es existiert als solches nebener relativ überschüssigen Bevölkerung, und dies ist ein Beispiel, wie die beiden nebeneinander existieren und sich wechselseitig bedingen."<sup>3</sup> Die sich aus den Gesetzen des kapitalistischen Verwertungsprozesses ergebende Widersprüchlichkeit zeigte sich auch im Deutschland des 19. Jahrhunderts, indem einerseits über Kapitalmangel als einem Hemmnis für die industrielle Entwicklung geklagt wurde, andererseits eine nicht unerhebliche Ausfuhr von Kapital relativ frühzeitig einsetzte. Die Auswirkungen dieses Kapitalexports auf die Entwicklung der industriellen Revolution in Deutschland sind bisher noch nicht untersucht worden, wie sich überhaupt die erwähnte Vernachlässigung der Problematik auch besonders in der deutschen Literatur bemerkbar macht.<sup>4</sup>

1 Lenin, W. I., *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Werke*, Bd. 22, Berlin 1960, S. 244.

2 Feis, Herbert, *Europe. The Worlds' Banker 1870 - 1914*, New York 1965, S. 61.

3 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 3, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 25, Berlin 1964, S. 266.

4 Das Fehlen entsprechender monographischer Arbeiten spiegelt sich auch in der "Wirt-

Von den gegenwärtigen Forschern der DDR behandelt außer Sigrid Kumpf-Korfes<sup>5</sup> nur Jürgen Kuczynski den deutschen Kapitalexport der siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts etwas ausführlicher, wobei er ausdrücklich auf den vormonopolistischen Charakter dieser Anlagen hinweist: "Noch weniger typisch imperialistisch-monopolistisch war ein beachtlicher Teil des deutschen Kapitalexports in den siebziger und achtziger Jahren."<sup>6</sup> Und im Zusammenhang mit der Politik der Deutschen Bank zur Gründung von Auslandsagenturen zwischen 1871 und 1874 stellt er fest: "In dieser Zeit wurden von der Deutschen Bank allein im Zusammenhang mit diesen Bankgründungen im Ausland rund 29 Millionen Mark Kapital exportiert, wohl mehr als 5 Prozent des gesamten deutschen Kapitalexports dieser drei Jahre - und bei alledem handelt es sich um nichts anderes als primitive Maßnahmen zur Handelserleichterung, wie sie in England und Frankreich seit Jahrzehnten üblich waren, bestenfalls also um quasi-imperialistische Tendenzen des vormonopolistischen Kapitalismus, wie sie sogar in früheren Gesellschaftsordnungen nicht unbekannt waren."<sup>7</sup> Auch Hans Radandt erwähnt den Kapitalexport des vormonopolistischen Kapitalismus und versucht sogar eine Definition, die die Verschiedenheit des Kapitalexports des vormonopolistischen und des imperialistischen Stadiums berücksichtigt.<sup>8</sup> Allerdings weist die Radandtsche Definition auf diese Verschiedenheit nur in bezug auf die Wirkung des Kapitalexports hin, von der Radandt sagt, daß sie "im Imperialismus bis zur ökonomischen Durchdringung und finanziellen Beherrschung fremder Volkswirtschaften sowie zur Durchsetzung politischer Ziele gegenüber den kapitalimportierenden Staaten und unter der Bedingung der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder bis zu Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt führen."<sup>9</sup> Abgesehen davon, daß in Zweifel gezogen werden muß, ob eine "Durchsetzung politischer Ziele gegenüber den kapitalimportierenden Staaten" nicht doch schon vor dem monopolkapitalistischen Stadium erfolgte oder mindestens versucht wurde - gerade die deutsch-russischen Beziehungen liefern dafür Material -, erfaßt die Radandtsche Definition nicht die Unterschiede in den Formen und der Quantität des Kapitalexports in den beiden Stadien der kapitalistischen Entwicklung. Auf das Problem der Existenz solcher Formunterschiede hat gerade Kuczynski mit der erwähnten Bemerkung wenigstens andeutend aufmerksam gemacht. Schon in dieser Beziehung also kann eine konkrete Untersuchung vormonopolistischer Kapitalausfuhr wertvolle Aufschlüsse bringen. Darüber hinaus ist sie geeignet, Klarheit darüber zu verschaffen, welche Züge des

schaftsgeschichte Deutschlands" von Hans Mottek. Hier findet sich über die gesamte Kapitalausfuhr Deutschlands vor dem imperialistischen Stadium nur folgende Bemerkung, die offenbar auf die Zeit unmittelbar nach dem Wiener Kongreß zielt: "Möglichkeiten für die Anlage in Staatspapieren waren vor allem in Preußen im Lande selbst wenig vorhanden, so daß es sogar zum Kapitalexport in Form des Ankaufs ausländischer, darunter auch spanischer und südamerikanischer Anleihen kam." (Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1969, S. 122.)

- 5 Kumpf-Korfes, Sigrid, Bismarcks "Draht nach Rußland", Berlin 1968, S. 135 ff. - In dieser Arbeit wird der deutsche Kapitalexport nach Rußland nach 1870 ziemlich eingehend beschrieben. Es heißt dort u. a.: "Der Kapitalexport Deutschlands nach Rußland spielte für beide Länder eine große Rolle. So nahm Deutschland im Kapitalexport Rußlands bis zum Jahre 1887 den ersten Platz ein, während Rußland im deutschen Kapitalexport mit einem Anteil von schätzungsweise 20 - 25 % an vierter Stelle stand." (Ebenda, S. 151.)
- 6 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962, S. 103.
- 7 Ebenda, S. 104.
- 8 Radandt, Hans, Zum Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 39.
- 9 Ebenda.

Kapitalexports des Imperialismus bereits im vormonopolistischen Kapitalismus nachweisbar sind bzw. vorweggenommen werden und welche eventuell verschwinden; oder anders ausgedrückt, ob und wie bestimmte Züge der vormonopolistischen Kapitalausfuhr im monopolistischen Stadium im dreifachen Hegelschen Sinne aufgehoben werden.

In seinem erwähnten Aufsatz bemerkt Radandt über die Richtung des deutschen Kapitalexports unter anderem: "Bis 1887 wanderte mehr deutsches als französisches Kapital nach Rußland - bis Bismarck Rußland dem französischen Kapital in die Arme trieb."<sup>10</sup> Man kann ergänzend feststellen, daß Rußland zu jener Zeit der größte Kapitalimporteur Europas war und daß ein erheblicher Teil des deutschen Kapitalexports nach Rußland floß.

Während Jürgen Kuczynski und Grete Wittkowski auf die deutsche Kapitalausfuhr nach Rußland in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ebenfalls nur kurz verwiesen hatten<sup>11</sup>, legte jetzt Joachim Mai eine umfassende Untersuchung zu dem außerordentlich interessanten und wichtigen Komplex vor. Mai bemerkt einleitend zu seiner Arbeit richtig: "In der bürgerlichen Historiographie über das deutsch-russische Verhältnis galt die Hauptaufmerksamkeit der Geschichte der politisch-diplomatischen Beziehungen, wobei in der Regel die historische Rolle der beteiligten Politiker überbetont wurde. Ein umfassendes und das Wesentliche treffende Bild von der Entwicklung deutsch-russischer Verhältnisse entsteht jedoch erst, wenn die politischen Prozesse auf der realen Basis der ökonomischen Struktur der Gesellschaft untersucht werden ... Die Erforschung und Klärung der Rolle und Bedeutung des deutschen Kapitals in Rußland verspricht Aufschluß zu geben über wesentliche Besonderheiten des Kapitalismus in Deutschland, seine beschleunigte Entwicklung und gewisse Eigenheiten seines Übergangs zum Imperialismus."<sup>12</sup> Mai untersucht sorgfältig die verschiedenen Formen des deutschen Kapitalexports nach Rußland, der sowohl als Export von zinstragendem wie von profitragendem Kapital erfolgte. Seine Darstellung zeigt, daß der Export von Leihkapital, der Ankauf von russischen und polnischen Anleihen nicht nur früher einsetzte als der Export von profitragendem Kapital, sondern auch den größten Anteil hatte. Möglicherweise liegt hierin bereits eine Antwort oder teilweise Antwort auf die Frage nach Formen und Besonderheiten des vormonopolistischen Kapitalexports. Jedenfalls wurden die erwähnten Anleihen schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an der Berliner Börse abgesetzt, und während und nach dem Krimkrieg stieg die Bedeutung des deutschen Kapitalmarktes für russische Anleihen enorm. Es ist zweifellos einer der Vorzüge der Arbeit von Mai, daß der zuweilen recht komplizierte Zusammenhang der ökonomischen und politischen Entwicklungen nie aus dem Auge verloren wird. So ergibt sich, daß die Hoch-Zeit der deutsch-russischen Kapitalbeziehungen, was den Export von zinstragendem Kapital betrifft, zwischen dem Krimkrieg und jener Markierung der zunehmenden Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen beider Länder liegt, die durch die Bismarckschen Maßnahmen gegen russische Wertpapiere gesetzt wurde.

Der Export von profitragendem Kapital wurde, wie Mai zeigt, durch den Warenexport nach Rußland vorbereitet und nahm nach 1877 einen bedeutenden Aufschwung, was mit der verschärften Schutzzollpolitik der zaristischen Regierung zusammenhing. Obwohl offenbar für jene Zeit noch nicht von einer einheitlichen Investitionsstrategie für den deutschen Kapitalexport gesprochen werden kann, ist doch festzuhalten: Jene deutschen Industrieunternehmen, deren Warenexport durch diese Zollpolitik behindert wurde, schritten nunmehr zur Gründung von Filialunternehmen in Rußland, um damit die Zollschranken zu unterlaufen. Das betrifft vor allem die metallverarbeitende und die Textilindustrie. Außerdem spielten solche Industrien eine Rolle beim Kapitalexport, die wissenschaftlich und technisch fortgeschritten wa-

10 Ebenda, S. 47.

11 Kuczynski, Jürgen/Wittkowski, Grete, Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren, Berlin 1947, S. 26.

12 Mai, Joachim, Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894, Berlin 1970, S. 6 f.

ren, wie die Elektro- und die chemische Industrie. Sie wollten sich ihre monopolistische Stellung auf dem russischen Markt nicht nehmen lassen.

Während Mai zwar die erwähnte Problematik der Rückwirkungen des Kapitalexports auf das exportierende Land nicht weiter bearbeitet, kommentiert er andererseits in kluger Weise die widersprüchliche Wirkung auf das Empfängerland und führt an, daß einerseits zwar die vom Exporteur sicher nicht beabsichtigte Wirkung einer gewissen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands durch den Kapitalexport und die damit verbundene Vermittlung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse zu verzeichnen sei, andererseits aber die Entfaltung einheimischer Unternehmen auf bestimmten Gebieten gehemmt wurde. Außerdem ist das reaktionäre zaristische Regime durch das deutsche Kapital zweifellos gestärkt worden.

Diese und andere Probleme sind aber nicht nur von rein historischem Interesse. Handelt es sich doch bei den deutsch-russischen Beziehungen im fraglichen Zeitraum um solche zwischen einem ökonomisch fortgeschrittenen und einem schwächer entwickelten Land, um Beziehungen also, die von der Geschichte auf anderer Ebene und in teilweise neuen Formen in den Beziehungen zwischen den industriell entwickelten imperialistischen Ländern der Gegenwart und den sogenannten Entwicklungsländern reproduziert worden sind. So kann die Untersuchung und Beantwortung vieler der aufgeworfenen Probleme für die Gegenwart nützlich sein. Dazu zählen solche Fragen wie die des zweiseitigen Effekts der Kapitalausfuhr für das empfangende Land, wobei ein Vergleich zwischen der Wirkung auf die russische Entwicklung und etwa der auf bestimmte lateinamerikanische oder asiatische bzw. afrikanische Länder von Interesse wäre. Ohne außer acht zu lassen, daß die machtpolitische Situation Rußlands in der damaligen Welt mit der heutigen Lage der Entwicklungsländer nicht einfach gleichgesetzt werden kann, wäre doch zu fragen, ob nicht zum Beispiel die Wirkung imperialistischer Kapitalinvestitionen in Brasilien oder Thailand derzeit in manchem mit der Wirkung im damaligen Rußland vergleichbar ist. Auch die Untersuchung des engen Zusammenhangs zwischen der Kapitalbewegung und der Zollpolitik könnte für viele Entwicklungsländer noch interessante Aufschlüsse geben, ebenso wie die von Mai geschilderten Maßnahmen der russischen Regierung, die sie auf Drängen von Teilen der russischen Bourgeoisie gegen eine Überfremdung durch ausländisches Kapital in bestimmten Teilen Rußlands zum Beispiel durch Verbot des Grunderwerbs durch Ausländer ergriff. Gerade weil in der Gegenwart viele Entwicklungsländer - auch solche, in denen man sich der mit dem Kapitalimport aus der imperialistischen Welt verbundenen Gefahren durchaus bewußt ist - doch glauben, auf diesen Import noch nicht verzichten zu können, ist das Studium der damaligen Versuche, den Einfluß ausländischen Kapitals einzudämmen, von Bedeutung.

Lehre und Warnung sind aber auch die Passagen des Buches von Mai, in denen er schildert, wie die politischen Herrscher Deutschlands die finanzmäßige und kapitalmäßige Verbindung und Abhängigkeit Rußlands zu benutzen suchten, um Druck auszuüben. Bismarcks Hinweis an das Auswärtige Amt vom 30. Dezember 1886, "die russischen Werte möglichst flau zu machen", und das Lombardverbot vom November 1887 verdienen weit mehr als nur das Interesse des Historikers. Sie geben Stoff zum Nachdenken über die Wirkung finanzieller Abhängigkeiten auch in der Gegenwart.

Wenn auch die Arbeit von Mai über das deutsche Kapital in Rußland in der Zeit von 1850 bis 1894 sich mehr oder weniger auf eine faktenmäßige Darstellung beschränkt und von theoretischen Erörterungen weitgehend absieht, so gibt sie doch offensichtlich die Möglichkeit zu interessanten und nützlichen Parallelen und Denkansätzen. So kann man mit Recht auf die Veröffentlichung des zweiten vom Verfasser vorgesehenen Teils über das deutsche Kapital in Rußland während der imperialistischen Epoche gespannt sein.



NTM. SCHRIFTENREIHE FÜR GESCHICHTE DER NATURWISSENSCHAFTEN,  
TECHNIK UND MEDIZIN

gegründet von Gerhard Harig (†) und Alexander Mette, hg. v. Alexander Mette (Berlin)  
und Hans Wußing (Leipzig)

Akademische Verlagsgesellschaft Geest & Portig K. -G. Leipzig

von Gisela Buchheim

Die Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin wurde 1960 von Gerhard Harig und Alexander Mette gegründet und unter Mitwirkung namhafter ausländischer Wissenschaftshistoriker herausgegeben.<sup>1</sup> Sie trägt einem Bedürfnis Rechnung, das sowohl der Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte als einer ständig an Bedeutung gewinnenden Disziplin als auch der Bedeutung der Wissenschaft für die Gesellschaft entspringt. Sie stellt sich die Aufgabe, progressive Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung zu pflegen und somit einen Beitrag zur Erarbeitung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes zu leisten.

"Die neue Zeitschrift wird bemüht sein, durch Behandlung der grundsätzlichen Fragen unserer Disziplin sowie durch Veröffentlichung neuer Quellen und neuer Materialien bei der Erforschung der inneren Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Wissenschaft und des gesetzmäßigen Zusammenhangs zwischen Naturwissenschaft, Technik und Medizin sowohl untereinander wie besonders auch mit den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken"<sup>2</sup>, schrieben die Herausgeber in ihrem Geleitwort.

Auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus sollen alle Aspekte der Geschichte der Naturwissenschaften, der Technik und der Medizin in abgewogenen Proportionen zur Geltung kommen. Von Quellenveröffentlichungen und Materialstudien bis zu den Problemen der Entwicklungsgesetze, der gesellschaftlichen Funktion und der ideologischen Relevanz der Wissenschaft, Technik und Medizin in ihrer Entwicklung reicht die Palette der Beiträge.

Die Schriftenreihe stellt sich darüber hinaus die Aufgabe, über das wissenschaftliche Leben in den vertretenen Disziplinen zu informieren. Eine Chronik berichtet über Kongresse, über besondere wissenschaftliche Veranstaltungen an den einzelnen Institutionen, über Jubiläen und Gedenktage. Besonders hervorgehoben seien in diesem Zusammenhang die Berichte über Kongresse der Internationalen Union für Geschichte und Philosophie der Wissenschaften sowie die Würdigungen international bekannter Wissenschaftshistoriker.<sup>3</sup>

1 Die ersten vier Hefte erschienen unter dem Titel: Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin (NTM). Nach dem Tode von G. Harig übernahm H. Wußing 1967 dessen Funktion als Herausgeber.

2 NTM, Nr. 1/1960, S. 2.

3 Vgl. hierzu Harig, Gerhard, B. G. Kusnezov zum 60. Geburtstag, in: NTM, Nr. 5/1965; Basmakova, I. G./Grigorjan, A. T./Kedrov, B. M., A. P. Juskevic zum 60. Geburtstag, in: ebenda, Nr. 7/1966.

Abgeschlossen werden die einzelnen Hefte durch Rezensionen in- und ausländischer Arbeiten zur Wissenschaftsgeschichte und ihr verwandter Gebiete. In zunehmendem Maße werden hierbei sowjetische Arbeiten berücksichtigt.

Die Schriftenreihe trägt seit Beginn ihres Bestehens internationalen Charakter. Sie nahm eine große Anzahl ausländischer Beiträge, besonders aus den sozialistischen Ländern, auf. Vor allem zählen sowjetische Wissenschafts- und Technikhistoriker zu den Autoren. International bekannte Wissenschaftler, wie B. M. Kedrov, A. T. Grigofjan, A. P. Juškevič, B. G. Kusnezov und N. A. Figurowskij, sind vertreten. Die hiermit demonstrierte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftshistorikern aus der UdSSR und der DDR wurde besonders in den dem 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (Nr. 11/1968) und dem 100. Geburtstag Lenins (Nr. 2/1970) gewidmeten Heften deutlich.

Der Anteil der Beiträge aus der Geschichte der Naturwissenschaft, der Technik und der Medizin ist unterschiedlich. Den insgesamt etwa gleich stark vertretenen Disziplinen der Geschichte der Naturwissenschaft und der Medizin steht nur eine relativ geringe Anzahl an technikhistorischen Beiträgen gegenüber. Die bis heute noch relativ geringe Anzahl technikhistorischer Arbeiten läßt keine umfassende Widerspiegelung dieses außerordentlich umfangreichen Forschungsbereiches erwarten. Während sich die Beiträge der DDR-Autoren auf das 19. Jahrhundert konzentrieren, nahmen die sowjetischen Autoren den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution zum Anlaß, um sich mit der technischen Entwicklung in der UdSSR zu befassen und eine nahtlose Verbindung zwischen Geschichte und Gegenwart zu erreichen.<sup>4</sup>

Ihrem Inhalt nach enthalten die Beiträge zur Technikgeschichte wertvolle Aussagen zur Industrialisierung der Produktion in verschiedenen Bereichen der Technik, die in der Mehrzahl auf umfangreichen Quellenstudien beruhen. Offensichtlich stehen hierbei technisch-konstruktive Gesichtspunkte noch im Vordergrund. Die technologische Seite des Produktionsprozesses sowie eine Vielfalt weiterer Probleme, die eine Geschichte der Technik erst in die Geschichte der Produktivkräfte einbetten, kommen bisher nur andeutungsweise zum Ausdruck.

Die Spezifik der auf kapitalistischem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Organisationsformen der Arbeit wird im Beitrag von W. Gruhnwald "Die Erfindung des Drehstroms"<sup>5</sup> besonders berücksichtigt. Am Beispiel der Rolle der AEG und der Westinghouse Company bei der Entwicklung und Produktion von Drehstromaggregaten und Übertragungssystemen verliert jegliche eventuell noch vorhandene Version eines unabhängigen Erfinders ihre Grundlage. Die Aneignung und Verwertung von Erfindungen mit Hilfe der Patentgesetzgebung durch die in der Elektroindustrie frühzeitig aufkommenden Großunternehmen wird deutlich sichtbar. Der Beitrag von W. Löser "Der Bau unterirdischer Telegraphenlinien in Preußen von 1844 - 1867"<sup>6</sup> macht erkennbar, wie Kenntnis der wissenschaftlichen Entwicklung, technische Erfindung und ökonomische Versiertheit in der Personalunion Werner von Siemens zur Gründung des ersten Großunternehmens der Elektrotechnik in Deutschland führte. Dieser Beitrag gibt darüber hinaus einen Einblick in das Zusammenspiel technischer, ökonomischer und militärischer Gesichtspunkte beim Bau der ersten Telegraphenlinien in Preußen.

Die wachsende Bedeutung der Wissenschaft für die Entwicklung von Technik und Produktion findet in den technikhistorischen Beiträgen von allen im behandelten Zeitabschnitt auftretenden allgemeinen Entwicklungstendenzen die offensichtlich stärkste Berücksichtigung. Neben den beiden bereits genannten Beiträgen kommt sie vor allem in Arbeiten zur Entwicklung der

4 Vgl. hierzu Grigofjan, A. T., Aus der Geschichte der Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft und Technik, in: NTM, Nr. 11/1968.

5 NTM, Nr. 4, 1. Jg.

6 Ebenda, Nr. 2/1969.

organischen Chemie im 19. Jahrhundert zum Ausdruck.<sup>7</sup> Sowohl in dem Beitrag von Löser als auch in dem von Welsch wird nicht nur der Einfluß der Wissenschaft auf die Produktion, sondern auch die Rückwirkung der Produktion auf die weitere Entwicklung der Wissenschaften - Natur- und technische Wissenschaften - am konkreten Beispiel dargelegt. Auch weitere Beiträge behandeln den Übergang von der Empirie zur Wissenschaft.<sup>8</sup> Der Beitrag von K. Danzer "Zur historischen Entwicklung der Emissionsspektalanalyse, insbesondere im Hinblick auf ihre Anwendung in der Praxis"<sup>9</sup> dagegen verweist auf neue Möglichkeiten in der Produktion durch die Anwendung von in der Wissenschaft entwickelter Verfahren.

Neben einer Vielzahl von Arbeiten zur weltanschaulichen Position bedeutender Naturwissenschaftler bzw. zur Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der Philosophie und der Naturwissenschaft steht leider bisher nur eine Arbeit, die analoge Probleme aus der Geschichte der Technik aufgreift.<sup>10</sup> Eine engere Zusammenarbeit von Historikern und Philosophen, wie sie durch die Tagung des Karl-Sudhoff-Instituts 1962 in Leipzig zum Thema "Die fortschrittlichen Traditionen in der deutschen Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts" demonstriert wurde, könnte hier Abhilfe schaffen.

Die Referate dieser Tagung wurden in einem Beiheft der NTM unter dem Titel "Naturwissenschaft, Tradition, Fortschritt" veröffentlicht.<sup>11</sup> Sie vermitteln einen guten Einblick in die Vielfalt der weltanschaulichen Beziehungen der naturwissenschaftlichen Entwicklung, die in dem Maße anwachsen, wie wir uns der Gegenwart nähern. Hierin mag ein Grund dafür zu suchen sein, daß innerhalb dieses Problemkreises die naturwissenschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert gleichermaßen stark berücksichtigt wurde wie die des 19. Jahrhunderts.

Die im Beiheft vereinigten Beiträge könnten in ihrer überwiegenden Zahl unter der gemeinsamen Problematik "Der Kampf um die Überwindung des mechanischen Materialismus in der Naturforschung" zusammengefaßt werden. Sie machen deutlich, daß der mechanische Materialismus nur durch den dialektischen Materialismus überwunden werden kann, daß somit Aufgabe des mechanischen Materialismus nicht auch Aufgabe des Materialismus überhaupt bedeutet. Sie zeigen, daß die Entwicklung der Naturwissenschaften zu einer dialektischen Betrachtung drängt. Es wird nachgewiesen, daß die überwiegende Zahl der Naturwissenschaftler auf der Position des mechanischen Materialismus stand, ihn gegen idealistische Interpretationen verteidigte und gleichzeitig durch ihre Arbeiten wesentliche Voraussetzungen zur Überwindung des mechanischen Materialismus schuf. Sie bestätigen aber auch die Worte Friedrich Engels', daß ohne Hilfe der dialektischen Philosophie der Übergang zum dialektischen Denken in der Naturwissenschaft ein "langwieriger, schwerfälliger Prozeß" sein würde, "bei dem eine Unmasse überflüssiger Reibung zu überwinden ist".<sup>12</sup>

Aus der Vielzahl von Beiträgen sei hier nur auf die Arbeit von M. Grunwald "Boltzmanns Verteidigung des Materialismus in der anbrechenden 'Krise der Physik'" verwiesen. Gehörte doch gerade Boltzmann zu denjenigen deutschen Wissenschaftlern, die die Notwendigkeit einer Verbindung von Naturwissenschaft und Philosophie für die Entwicklung der Naturwissenschaft am deutlichsten erkannten und den Materialismus am konsequentesten vertraten. Die Lösung dieses Problems wird von B. M. Kedrov in seinem Beitrag "Carl Schor-

7 Welsch, F., Zur Herstellung künstlicher Farbstoffe im 19. Jahrhundert und deren Bedeutung für die Entwicklung der Chemie, in: ebenda, Nr. 2, 1. Jg.

8 Vgl. hierzu auch Uvarova, L. I., Entwicklung der Mittel zur Fernübertragung mechanischer Energie, in: ebenda, Nr. 1/1960; Smolian, J., Zur Lenkung vierrädriger Wagen in alter und neuer Zeit, in: ebenda, Nr. 5/1965.

9 NTM, Nr. 2/1969; ebenda, Nr. 1/1970.

10 Beiheft NTM, "Naturwissenschaft, Tradition, Fortschritt" 1963.

11 Ebenda.

12 Engels, Friedrich, Dialektik der Natur, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1968, S. 332.

lemmer und seine wissenschaftliche Methode (Über die Anwendung der marxistischen dialektischen Methode in der organischen Chemie)" bereits für das 19. Jahrhundert - wenn auch als große Ausnahme - nachgewiesen.

Der unmittelbar philosophische Gehalt naturwissenschaftlicher Forschung wird allerdings am deutlichsten im Beitrag von H. Wußing "Der philosophische Kampf um den Energieerhaltungssatz" sichtbar. Hier wird unter anderem konkret nachgewiesen, daß die philosophische Argumentation, deren sich R. Mayer bedient, "Abstraktionsergebnis, gestützt auf Erfahrung und Beobachtung", ist.

In den Beiträgen zur Entwicklung der Naturwissenschaften im 20. Jahrhundert stehen unter anderem die Auseinandersetzung um den Kausalitätsbegriff und den Gesetzesbegriff im Mittelpunkt.<sup>13</sup>

In der Mehrzahl der Beiträge spielt darüber hinaus das Problem der Einschätzung historischer Persönlichkeiten direkt oder indirekt eine wesentliche Rolle.

Von entsprechendem allgemeinen Interesse dürften auch die Materialien der Arbeitstagung der Historiker der Naturwissenschaft und Technik in den sozialistischen Ländern über Aufgaben und Ziele der Geschichte der Naturwissenschaft in Leipzig 1965 sein, die in Nr. 7/1966 der NTM veröffentlicht wurden. In diesen Beiträgen geht es vor allem um den Gegenstand einer Geschichte der Naturwissenschaften sowie um ihre gesellschaftliche Funktion. Ausgehend von einem Wissenschaftsbegriff, der neben dem System wissenschaftlicher Erkenntnisse auch die Tätigkeit der Wissenschaftler als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit einbezieht, werden die Aufgaben des Wissenschaftshistorikers in dem anfangs angedeuteten umfassenden Sinne formuliert. Verwiesen sei besonders auf die Beiträge von G. Harig "Aspekte der Geschichte der Naturwissenschaft" und B. Suchodolski (Warschau) "Probleme der modernen Geschichte der Wissenschaft". Suchodolskis Anliegen ist es vor allem, die Entwicklung der Wissenschaft in Einheit und Wechselwirkung ihrer einzelnen Zweige - einschließlich der Gesellschaftswissenschaften - zu erfassen und sie auf dem historischen Boden einer konkreten Produktionsweise hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Funktion zu untersuchen.

Die auf der Arbeitstagung behandelte Problematik wird von G. Harig in seinem Beitrag "Die beiden Aspekte der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts und der Gegenwart"<sup>14</sup> weitergeführt. Es wird vor allem der Revolutionsbegriff in der Geschichte der Naturwissenschaften im Zusammenhang mit ihrer gesellschaftlichen Funktion zur Diskussion gestellt.

Gleiche Probleme behandelt auch B. M. Kedrov in seiner Veröffentlichung "W. I. Lenin über die Bedeutung der Wissenschaftsgeschichte".<sup>15</sup> Kedrov weist nach, daß Lenin nicht nur immer wieder auf die enorme Bedeutung der Wissenschaftsgeschichte unter anderem für die Entwicklung einer materialistischen Erkenntnistheorie hingewiesen hat, sondern auch Sorge dafür trug, daß naturwissenschaftshistorisch wertvolle Quellen bereits in den ersten Jahren des Sowjetstaates gesammelt und bearbeitet wurden.

Das bisher zur Geschichte der Naturwissenschaften in den Beiträgen der NTM Gesagte kann den Eindruck erwecken, daß auf diesem Sektor die Behandlung einer weitgehend philosophischen Problematik die Untersuchung konkreter historischer Sachverhalte in den Hintergrund gedrängt hat. Dem ist jedoch nicht so.

Der Vorrang, der diesen Problemen bei der vorliegenden Darlegung eingeräumt wurde, ergibt sich vor allem aus der Möglichkeit, jeweils eine ganze Reihe von Beiträgen zu bestimm-

13 Vgl. hierzu Röhler, G.; Zu den wissenschaftlich-philosophischen Anschauungen von Walter Nernst, in: Beiheft NTM, a. a. O.

14 NTM, Nr. 8/1966.

15 Ebenda, Nr. 2/1970.

ten Themenkomplexen zusammenzufassen. Eine solche Dichte der Thematik ergibt sich in den Arbeiten zu einzelnen Entwicklungsproblemen der Naturwissenschaft nicht. Die Breite des Forschungsgegenstandes und der relativ begrenzte Umfang der Publikation führen dazu, daß zwischen den vielen Beiträgen nur wenige unmittelbare Berührungspunkte vorhanden sind. Von Kopernikus bis Lamarck, von Stahl bis Humboldt und von Lomonossow bis Einstein reichen die Veröffentlichungen, die interessante und für die Wissenschaftsgeschichte wesentliche Beiträge liefern. Bei ihrer Durchsicht fällt auf, daß Auseinandersetzungen zu unterschiedlichen Auffassungen in der behandelten Problematik noch relativ wenig zu verzeichnen sind. Daß jedoch gerade eine solche Art der Darstellung wesentlich zur Verdeutlichung der Situation beitragen kann, zeigt der Artikel von I. Strube "Zum Problem der Einheit von historischer und logischer Entwicklung der chemischen Theorien im 18. Jahrhundert".<sup>16</sup>

Die bei der Gegenstandsbestimmung der Geschichte der Naturwissenschaften umrissene Breite der Thematik bietet den Wissenschaftlern, die sie erforschen, noch viel Raum und Möglichkeiten für interessante Veröffentlichungen. So gibt es zum Beispiel bisher nur einen Beitrag zur Geschichte wissenschaftlicher Gesellschaften.<sup>17</sup> Vorherrschend sind Beiträge zur Geschichte naturwissenschaftlicher Theorien.

Es ist zu hoffen, daß sich mit den Arbeiten zum Forschungsvorhaben "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" die Thematik der Beiträge wesentlich erweitern wird. Denn dieses Vorhaben verlangt die Bearbeitung einer Reihe von Problemen, die bisher in der Forschung auch international noch wenig Beachtung gefunden haben.

Insgesamt birgt die Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin eine Vielzahl von Beiträgen, die durchaus nicht nur für den Wissenschaftshistoriker von Interesse sind. In dem Maße, wie die Geschichte der Wissenschaften und der Produktivkräfte stärker für die Herausbildung eines materialistischen Geschichtsbewußtseins genutzt wird, wird auch eine wachsende Anzahl von Lesern wertvolle Anregungen in dieser Schriftenreihe suchen und finden.

Das Gebhardt'sche Handbuch der Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, besorgte (Grundriss bis zu seinem Tode IV) auch die Nachbearbeitung. Wie nach dem zweiten Weltkrieg, war der Gebhardt auch nach dem ersten zwar nicht völlig, aber sehr weitgehend neu geschrieben worden. Das geschah damals ebenfalls unter einem neuen Herausgeber, Alvin Meister. Der Mitarbeiter dabei dieser vornehmlich universitätsprovinzialen Herausgeber. Noch wichtiger war dies der Fall bei der vollständigen Neuauflage unter Robert Holtmann, der 1936 vorgelegten sechsten Auflage.

Das Gebhardt'sche Handbuch war bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Standardwerk der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung geworden. Das veranlaßte es seiner Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Lehr- und Lernkreise an den höheren Lehranstalten und Universitäten. Grund Gebhardt selbst war Oberlehrer an einer Berliner Realschule gewesen, er zog andere Schulen der Praxis, Gymnasialprofessoren, Chorlehrer, Archivar und Bibliothekare, als Mitarbeiter gegen sich. Diese Zusammen schrieb er sein Handbuch. Über seinen Charakter stellte Gebhardt im Vorwort fest: "Das vorliegende Werk wendet sich an einen größeren Kreis von Lesenden und Lernenden und will mehr die Teilnahme der Geisteskräfte als der Fachgelehrten erlangen." Das Werk wurde in 17 Bänden, in Paragraphen erfüllt es in streng chronologischer Abfolge die Hauptstadien des staatspolitischen Geschehens, der politisch-dynastischen Geschichte. Das vermittelte es zu dem strengen Paragraphen jeweils die aktuellen Einzelprobleme und Streitfragen der Forschung sowie die zugehörige Literatur. 1891/92 erschien, 1901 in zweiter Auflage von Gebhardt, später, nach dessen Tode im Jahre 1905, von Ferdinand Eiseke herausgegeben, stellte sich der Hand-

16 Ebenda, Nr. 10/1967.

17 Welsch, F., Die Gründung der Deutschen Chemischen Gesellschaft und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Chemie (1867 - 1892), in: ebenda.

FRAGEN DER GESCHICHTLICHEN TRIEBKRÄFTE AN DIE STRUKTURORIENTIERTE  
SOZIALGESCHICHTE

gerichtet an:

Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearbeitete Aufl., hg. v. Herbert Grundmann, Bd. 1: Frühzeit und Mittelalter

Union-Verlag, Stuttgart 1970, 899 Seiten

von Eckhard Müller-Mertens

Seit 1970 erscheint Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte neu, nunmehr in neunter Auflage. Jedoch stellt diese nichts anderes als eine Überarbeitung der vorangegangenen Auflagen dar. Neu gefaßt wurde, was den Mittelalterband angeht, allein der Beitrag über das 10. Jahrhundert. Da Fritz Ernst inzwischen verstorben war, trat als Verfasser Josef Fleckenstein an seine Stelle. Die übrigen Mitarbeiter arbeiteten vor allem die neuere Literatur ein. Das und die teilweise beträchtliche Ergänzung einzelner Beiträge führte zu einer Erweiterung um gut 160 Seiten. Die achte Auflage des Gebhardtschen Handbuchs, 1954 bis 1960 erschienen, war nach dem zweiten Weltkrieg unter einem neuen Herausgeber völlig neu geschrieben worden. Diese Herausgebere Tätigkeit hatte Herbert Grundmann als Ordinarius an der Universität Münster geleistet. Seit 1959 Präsident der Monumenta Germaniae Historica, besorgte Grundmann bis zu seinem Tode 1970 auch die Neubearbeitung. Wie nach dem zweiten Weltkrieg, war der Gebhardt auch nach dem ersten zwar nicht völlig, aber sehr weitgehend neu geschrieben worden. Das geschah damals ebenfalls unter einem neuen Herausgeber, Aloys Meister. Zur Mitarbeit hatte dieser vornehmlich Universitätsprofessoren herangezogen. Noch stärker war dies der Fall bei der vollständigen Neufassung unter Robert Holtzmann, der 1930 vorgelegten siebenten Auflage.

Das Gebhardtsche Handbuch war bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Standardwerk der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung geworden. Das verdankte es seiner Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Lehr- und Lernpraxis an den höheren Lehranstalten und Universitäten. Bruno Gebhardt selbst war Oberlehrer an einer Berliner Realschule gewesen; er zog andere Männer der Praxis, Gymnasialprofessoren, Oberlehrer, Archivare und Bibliothekare, als Mitarbeiter heran. Mit ihnen zusammen schrieb er sein Handbuch. Über dessen Charakter stellte Gebhardt im Vorwort fest: "Das vorliegende Werk wendet sich an einen größeren Kreis von Lehrenden und Lernenden und will mehr die Teilnahme der Gebildeten als der Fachgelehrten erringen." Das Werk wurde straff gegliedert. In Paragraphen erfaßte es in streng chronologischer Abfolge die Haupttatsachen des staatspolitischen Geschehens, der politisch-dynastischen Geschichte. Dazu vermerkte es zu den einzelnen Paragraphen jeweils die aktuellen Einzelprobleme und Streitfragen der Forschung sowie die anstehende Literatur. 1891/92 zuerst, 1901 in zweiter Auflage von Gebhardt, später, nach dessen Tode im Jahre 1905, von Ferdinand Hirsch herausgegeben, stellte sich das Handbuch zwischen die große Geschichtsdarstellung für eine breite Öffentlichkeit, wie etwa Giesebrechts "Geschichte der deutschen Kaiserzeit", und das Spezialwerk für den Fachgelehrten, so zum Beispiel die Jahrbücher der deutschen Geschichte.

Der Hinwendung an einen weiten Benutzerkreis entsprach es auch, nicht ausschließlich politische Geschichte zu bieten. So befand Gebhardt: "Wenn auch das Werk in erster Reihe die politische Entwicklung ins Auge faßt, so ist auch die rechtliche, wirtschaftliche und geistige gehörigen Ortes berücksichtigt." Geboten wurden eigene Kapitel über Wirtschaft, Recht und Verfassung jeweils für die Germanenzeit, die Zeit der Merowinger, das Karolingerreich sowie die Jahrhunderte vom Ende der Karolinger bis zum Interregnum. Daran änderte sich in allen Auflagen einschließlich der siebenten nichts. Immer blieb das Spätmittelalter ausgeschlossen, wohl nicht zufällig angesichts des politisch bedingten Desinteresses der bürgerlichen deutschen Mediävistik an diesem Zeitabschnitt. Nicht unterschlagen sei eine Berechnung. Wirtschaft, Recht und Verfassung wurden von Gebhardt 1891 etwa 12 Prozent der Textseiten gewidmet. Dabei blieb es bis zur sechsten Auflage 1922. Die siebente Auflage sprach ihnen 14 Prozent zu. In der Neubearbeitung nach dem zweiten Weltkrieg wurden "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter" dann 1954 zunächst knapp 15 Prozent, in der neunten Auflage schließlich 17 Prozent der Textseiten eingeräumt.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Darstellung nunmehr auf das Spätmittelalter ausgedehnt wurde. Die Proportionen haben sich damit im Vergleich von 1891 bis 1922 zu 1970 zwar nicht unerheblich verschoben. In keiner Weise ist aber der Bedeutung Rechnung getragen worden, welche die Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte tatsächlich besitzt und welche sie nach dem zweiten Weltkrieg auch in der bürgerlichen westdeutschen Geschichtsschreibung konzeptionell gewonnen hat. So bot der Gebhardt politische Fakten und Daten mit samt der Gelegenheit zur schnellen Information über Probleme und Kontroversen sowie Literaturverzeichnisse. Dazu stellte er knappe Periodenabrisse zur Wirtschafts-, Rechts- und Verfassungsgeschichte des frühen und hohen Mittelalters. Das Handbuch bewährte sich, da geeignet für Unterrichts- und Lernzwecke und wegen dieser Eigenschaft im bürgerlichen Universitätsbetrieb gerne verschrieben, gut benutzbar zur bequemen Vorbereitung auf Prüfungen und Unterrichtsstunden. Diesen Charakter hat das Handbuch über neun Auflagen und vollständige Neubearbeitungen bewahrt.

Wenn hier nun der erste Band von 1970 "Frühzeit und Mittelalter" angezeigt wird - Besprechungen folgender Bände werden sich anschließen -, so kann im Vergleich mit der Behandlung des Mittelalters in den früheren Auflagen festgestellt werden: Einen konzeptionellen Bruch gibt es in den tragenden, auf die politische Entwicklung bezogenen Teilen nicht. Die Darstellung erfolgt von den politisch-ideologischen Positionen des Geschichtspositivismus aus. Weitgehend isoliert vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß, insbesondere auch von den Wirtschaftsvorgängen, bietet sie Fakten des staatspolitischen Geschehens in der bloßen Ereignisabfolge. Den Artikeln über die politische Entwicklung liegt als Konzeption nach wie vor der spätbürgerliche Historismus in seiner deutschen Ausprägung zugrunde, also der theoretisch-methodologische Standpunkt der im kaiserlichen Deutschland zunächst national-liberalen Richtung der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung. Das Primat vor der Gesellschaft und der Wirtschaft erhalten die Politik und der Staat. Der grundsätzlichen konzeptionellen Neuorientierung der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung, die nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg zum Durchbruch kam, war sich der Herausgeber 1954 und mehr noch 1970 durchaus bewußt. So standen die neuen abendländisch-europäischen, ideen- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen auch zur Debatte, als Grundmann mit seinen Mitarbeitern über die Neubearbeitung des alten Gebhardt beriet. "Sie fragten sich damals auch, ob diese deutsche Geschichte in ihrer durch die Jahrhunderte wechselnden, nicht immer eindeutigen Abgrenzung gegen andere Völker und Staaten ringsum noch zu trennen sei von der gemeinsamen Geschichte ganz Europas, ob man in die Enge bloßer 'Nationalgeschichte' zurücklenken dürfe, ja ob nicht alle Geschichte in ihrer sozial-ökonomischen Bedingtheit über Völker- und Staatsgrenzen hinweg zu betrachten sei. Sie haben sich trotz solcher Bedenken dazu entschlossen, zunächst wieder ein Handbuch der Deutschen Geschichte zu schaffen, dem alten Gebhardt vergleichbar, wie ähnli-

che Handbücher anderer Länder auch." (S. VII). Doch trug der neue Gebhardt den konzeptionellen Neuansätzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung (die Rede ist hier immer vom Mittelalterband und das ohne Blick auf die Einzelheiten) in zweierlei Hinsicht Rechnung. Die Ideen-, Religions- und Kulturgeschichte wurde nicht mehr in Sonderabschnitte verwiesen, sondern in die Darstellung der politischen Geschichte einbezogen. Sodann wurde die Behandlung der Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Einzelabschnitten zu den jeweiligen Perioden aufgegeben. Statt dessen erhielt der Gesamtband einen abschließenden Artikel, der "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter" geschlossen behandelt. Ihm lieh Karl Bosl, gegenwärtig prominentester und einflußreichster Vertreter der modernen sozialgeschichtlichen Konzeption in der westdeutschen Mediävistik und Haupt einer ganzen Schule, seine Feder. Den Wirtschaftshistoriker besonders interessierend, sei die Anzeige des Gebhardt im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte darum hinsichtlich dieses Artikels zur Besprechung erweitert.

Daß Bosl in wesentlichen Einzelfragen der mittelalterlichen Sozial- und Verfassungsgeschichte grundlegende neue Einsichten erarbeitet hat und diese wie andere neue Forschungsergebnisse bürgerlicher Historiker im Gebhardt ihren Platz gefunden haben, sei nur festgestellt, nicht besonders ausgeführt. Doch sei diese Feststellung nachdrücklich unterstrichen. Was hier zur Erörterung steht, ist die Gesamtschau, die Konzeption. Sie umreißt der Verfasser in einem Abschnitt "Probleme und Aspekte" (§ 216). Er fordert die Verbindung zwischen Geschichte und Soziologie, will Geschichte unter einem sozialgeschichtlichen Aspekt betrachten und damit die Brücke zur Soziologie und Politologie schlagen" (S. 695). 1954 war der Ausgangspunkt noch der Staat. Um ein reales Bild von ihm zu gewinnen, schrieb Bosl, "wird man zuerst eine begründete Anschauung der gesellschaftlichen Verhältnisse erarbeiten müssen; diese sowie wirtschaftliche Verhältnisse machen die Notwendigkeit der jeweiligen Staatsform verständlich." (8. Auflage, S. 586) 1970 erscheint die sozialgeschichtliche Position wesentlich erweitert; die Gesamtgesellschaft rückt in den Mittelpunkt. Bosl geht aus von "der zunehmenden Einsicht in die kollektive Gebundenheit, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingtheit aller historischen Wirklichkeit und ihrer Wandlungen." Er findet, "daß alles historische Geschehen, das politische Handeln wie das geistige Schaffen, auch die Staatsordnung und Verfassung verwurzelt sind in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Mutterboden, aus dem sie hervorstammen." (S. 695)

Vom Einzelwesen lenkt Bosl den Blick auf die Gesellschaft, von den Verschiedenheiten der Menschen und ihrer Gemeinschaften auf gewisse Grundstrukturen, die in allen Varianten sichtbar werden und "bei vergleichender Strukturanalyse das jeweils Besondere im Verhältnis zum Typischen und Allgemeinen erst recht verständlich werden" lassen (S. 695). Verfassungs- und Gesellschaftsgeschichte, befindet Bosl, "kann keine nur beschreibende Faktengeschichte sein, sondern soll real- und idealtypische Beziehungsgefüge (Strukturen) erarbeiten" (S. 699). Strukturen, Formen, Typen aufzuspüren, Strukturanalyse zu betreiben, darin liegt dann auch das methodologische Grundanliegen des Verfassers. Theoretisch auf strukturorientierte Sozialgeschichte eingestellt, eine Hauptströmung der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsschreibung<sup>1</sup>, knüpft Bosl weder an die wirtschaftsgeschichtliche Betrachtungsweise Karl Lamprechts an noch an die Behandlung der sozialökonomischen Faktoren in der Weise von Henri Pirenne und Marc Bloch, die letzteren objektiv zur Annäherung an marxistische Positionen führte. Für den soziologischen Aspekt, die Verbindung von Soziologie und Geschichte, beruft sich Bosl vielmehr auf Max Weber und Otto Hintze (8. Auflage, S. 586), die er in der neunten Auflage jedoch nicht wieder anführt. Führte der Verfasser zur Erläuterung seines Standpunktes 1954 aus: "Weder Sozial- und Wirtschaftsgeschichte können ... den homo oeconomicus allein als Träger gelten lassen" (8. Auflage, S. 586),

1 Siehe Unbewältigte Vergangenheit, Handbuch der Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, hg. v. Gerhard Lozek, Helmut Meier u. a., Berlin 1970, S. 67 - 83.



so grenzt er sich 1970 ausdrücklich vom historischen Materialismus ab: "Erkennt man . . . der Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu, da von ihren Strukturen und Wandlungen auch das politische Geschehen wie das geistig-religiöse Leben mitbestimmt werden, so braucht man doch nicht mit Karl Marx im ökonomischen Prozeß die Basis und Triebfeder aller menschlichen Entwicklung zu sehen" (S. 695). Offenbar sieht Bosl vom historischen Materialismus nicht die Forderung erfüllt, die er 1954, den oben zitierten Satz vollendend, an die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte richtete: "Sie müssen immer die Individualität des ganzen Menschen als eines in Gesellschaft lebenden Wesens berücksichtigen." In seiner subjektiven Auslegung von Marx bezichtigt Bosl dessen Geschichtsauffassung nach beliebiger Methode bürgerlicher Geschichtsideologen des mechanischen Ökonomismus. Bewußt oder unbewußt ignoriert er dabei, was Marx und Engels in Wirklichkeit als Geschichte bezeichnen: "Sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen."<sup>2</sup>

Die in der neunten Auflage umfassendere gesellschaftsgeschichtliche Betrachtung findet ihren Ausdruck in entsprechenden Ergänzungen des Artikels "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter", besonders der ur- und frühgeschichtlichen wie frühmittelalterlichen Kapitel, also dort, wo der Verfasser eigene Forschungsarbeit geleistet hat. So erscheint gegenüber der achten Auflage zum Beispiel ein eigener Paragraph über die "Gesellschaftsentwicklung im Zeitalter der Merowinger und Karolinger" (§ 224). Dazu gesellen sich neue Ausführungen über den Feudalismus als Gesellschaftsform (§ 225). Neu vorgetragen wird auch eine Periodisierung des Feudalzeitalters, wobei die Epochengliederung "nach jeweils dominierenden Kräften, Strukturen und Realtypen" erfolgen soll. "Eine 'archaische' Zeit urtümlicher gesellschaftlicher und religiös-ideeller Gebundenheit und geringer Mobilität mit dominierender Naturalwirtschaft und Adelherrschaft vom 5. bis 11. Jahrhundert" wird abgehoben "von der Epoche des schöpferischen Aufbruchs der europäischen Kultur, sozialer Mobilität und Expansion, erwachender Rationalität und Nationalität (etwa 1050 bis 1300). Ihr folgt ein Zeitalter der Besinnung, der Kritik, der Krisen und Reformen, der ständischen und religiösen Differenzierung, der Umwandlung des 'Feudalismus', das über die Reformation und Gegenreformation hinausreicht bis zur neuen Erstarrung im Absolutismus und Konfessionalismus und erst in der Barockzeit in die umstürzende Bewegung eines neuen wissenschaftlichen Geistes und des Kosmopolitismus umschlägt (ca. 1300 - 1750)." (S. 695 f.)

Wäre gesagt, daß die Modifizierung des eingebürgerten Epochenbegriffs Mittelalter unter geistesgeschichtlichem Aspekt erfolgte, so würde das Schema einleuchten, unabhängig davon, ob man es inhaltlich für richtig hält oder nicht. Aber der Vorsatz war, "unter gesellschaftsgeschichtlichem Aspekt zu modifizieren". Dann aber weisen die Perioden Leere auf. Wie immer Gesellschaft strukturiert ist, sie erzeugt als erste Existenzbedingung materielle Lebensgüter ebenso wie Mittel zu ihrer Produktion. Und die Menschen stehen dabei immer in bestimmten Verhältnissen zueinander. So kann Gesellschaftsgeschichte, ohne Einsicht in die Entwicklung der Produktionsfähigkeit der Gesellschaft, den jeweiligen Stand der materiellen Produktivkräfte, nicht begriffen werden. Genausowenig können die Produktionsverhältnisse und die Klassenkämpfe der Menschen aufgrund ihrer gegensätzlichen Stellung in der gesellschaftlichen Produktion aus der Gesellschaftsstruktur entlassen werden.

Was sich bei der Periodisierung andeutet, zieht sich als Linie durch den gesamten Artikel "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter". So gehen die frühgeschichtlich-frühmittelalterlichen Kapitel wohl ein auf "germanisches Bauerntum und bäuerliche Grundlagen des Lebens" (§ 219), auf die merowinger- und karolingerzeitliche Gesellschaftsentwicklung (§§ 224 f.), auf die "gesellschaftliche Funktion der Grundherrschaft" (§ 231) und die "Grundherrschaft als Wirtschaftsform" (§ 232). Doch der Leser erfährt für die gesam-

<sup>2</sup> Engels, Friedrich/Marx, Karl, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 98.

te Geschichte auf deutschem Boden bis ins 11. Jahrhundert nichts über die Entwicklung der Produktivkräfte. Ihm bleibt verborgen, daß die germanische Gesellschaft fähig wurde, ein wachsendes ständiges Mehrprodukt zu erzeugen, was in steigendem Maße die Möglichkeit eröffnete, daß die einen sich die Mehrarbeit der anderen aneigneten. Dem Leser wird nicht vor Augen geführt, daß sich damit die Frage der Neuformation der Gesellschaft, schließlich der Ausbildung der klassengespaltenen Feudalgemeinschaft stellte und sich der Prozeß ihrer Durchsetzung in sozialen Kämpfen um die Neugestaltung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln vollzog. Wenn dieser, auf der Weiterentwicklung der Produktivkräfte beruhende gesellschaftliche Inhalt des Frühmittelalters aber nicht gesehen wird, dann lassen sich Adel und Adels herrschaft von der frühen Stammesbildung bis in die Neuzeit als "stärkste kontinuierliche Konstante" fassen (S. 705). Bleiben der Platz in der gesellschaftlichen Produktion und die Stellung zu den Produktionsmitteln aber nicht im Dunkeln, dann zeigt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen der stammesgesellschaftlichen wie militär-demokratischen Aristokratie auf der einen und dem Feudaladel auf der anderen Seite. Wenn außer acht bleibt, wie die Produktionsfähigkeit der Gesellschaft weiter entwickelt wurde, dann bleibt auch kein Platz für die geschichtliche Leistung, welche die unmittelbaren Produzenten, die Bauern, in diesem Prozeß vollbrachten, dann kann ihrer Gesamtdarstellung die Ansicht zugrunde gelegt werden: "Das Volk auf dem Land hat eigentlich keine Geschichte; es ist zumeist vom Adel und seiner vielfältigen Herrschaft abhängig, in verschiedenen Abstufungen unfrei, es hat zu gehorchen, zu arbeiten und Abgaben zu entrichten. Als Gegenleistung sichert der Adel in seinem Umkreis das bescheidene Maß von Ordnung, Recht und Sicherheit, das für die Zeit genügt" (S. 706), und als Gegenstück dazu: "Das Widerspiel von König und Adel macht den wesentlichen Teil der mittelalterlichen Geschichte der germanisch-romanischen Völker aus" (S. 711).

In einem solchen Schema bleibt kein Raum für den Klassenkampf zwischen Grundherren und Bauern als Triebkraft der frühmittelalterlichen Geschichte. So findet der Kampf der Bauern gegen die Feudalherren, sei es im Feudalisierungsprozeß, sei es in der Grundherrschaft, auch keine Beachtung. Die Frage muß bei der gegebenen Darstellung der Verhältnisse zwischen Adels herren, Königen und Feudalherren einerseits und Allod- wie Feudalbauern andererseits einfach untergehen. Denn die Bildung des Feudaleigentums erscheint nicht als Ausschluß der Bauern vom Grundeigentum, sei es unmittelbar bewirkt durch Enteignung oder Zwang zur Eigentumsaufgabe oder mittelbar bewirkt durch private Aneignung nicht unter dem Pflug liegenden Landes oder Waldes seitens der Feudalherren. Nicht die Ausbeutung des Bauern durch den Herrn, sondern die Leistung des Herrn für den Bauern wird ins geschichtliche Licht gerückt. In dieser Sicht schützt der Adel die Bauern, "weil der 'arme Mann' sich nicht selbst verteidigen kann" (S. 751), und die Schutzgewährung verpflichtet diesen zur Leistung für den Herrn.<sup>3</sup>

Und so rundet sich dieses von Bosl vermittelte Geschichtsbild: Die Grundherren verleihen Land an Bauern; es ist grundherrliches, nicht den Bauern genommenes oder gegen altes Recht angeeignetes Land. Der König siedelt auf ihm gehörigen oder von ihm gewonnenen Land Wehr- oder Rodungsbauern an. Bosl sieht in ihnen diejenigen, die als "Franken" bezeichnet wurden und in den Quellen als "liberi" oder "franci" erscheinen. Er kennzeichnet sie als "Werkzeuge königlichen Herrschaftswillens" (S. 723), denen der König wegen ihres Einsatzes für die Sicherung seiner Herrschaft Freiheit gewährt. Die Ansidlung solcher Königsfreier erreichte in der Darstellung des Verfassers ein solches Ausmaß, daß besonders Karl der Große danach streben konnte und gestrebt habe, aus ihnen den politischen Unterta-

3 Zur Kritik an der Lehre von den Schutz-Hilfe-Verhältnissen Müller-Mertens, Eckhard, Rezension von: Historia Mundi. Ein Handbuch der Weltgeschichte in 10 Bdn., Bd. 6, Bern 1958, in: Deutsche Literaturzeitung (im folgenden: DLZ), Nr. 80/1959, Sp. 413 - 418; derselbe, Rezension von: Dannenbauer, Heinrich, Grundlagen der mittelalterlichen Welt, Stuttgart 1958, in: DLZ, Nr. 81/1960, Sp. 339 - 345.

nenverband des Reiches zu bilden. Die Auffassung, daß sämtliche "liberi" Königsiedler waren, wurde in den sechziger Jahren von der marxistischen Forschung widerlegt und auch von bürgerlichen Gelehrten bestritten.<sup>4</sup> Indem Bosl an der Königsfreienlehre festhält und auch die in Frage kommenden freien Allodbauern als Königsiedler anspricht, schafft er das Problem ihrer Feudalisierung für sich aus der Welt. So erscheint nicht der Feudalisierungsprozeß, die Umwandlung von bäuerlichem Allod in Feudaleigentum als der grundlegende gesellschaftliche Vorgang<sup>5</sup>, sondern der Herrenwechsel, indem die Freien von der Herrschaft des Königs in die adlig-kirchliche Herrschaft überstellt werden.

Den Grund hierfür sieht der Verfasser im Wandel der Kriegstechnik im 8. Jahrhundert. Da das schwergepanzerte Reiterheer zur Hauptwaffe wurde, hätten die wehrpflichtigen "Freien einen Teil ihres Wertes für den König" (S. 724) verloren. Der Herrscher habe sie darauf samt ihren Hufen in großem Ausmaß an die Kirche verschenkt. Diese mußte dem König als Gegenleistung Panzerreiter stellen, die ihrerseits mit diesen Hufen ausgestattet wurden, um den Panzerreiterdienst versehen zu können.

Da die Freien aufgrund der Weiterentwicklung der Kriegstechnik ihre militärische Bedeutung verloren, hätten sie auch das für den Kriegsdienst erforderliche Maß an Freizügigkeit eingebüßt. So wären die Freien dann in die Hintersassenverbände der Klöster und des Adels abgesunken. Der Umsturz der Grundeigentumsverhältnisse, die Enteignung und Vernechtung von Allodbauern, die Durchsetzung neuer, feudaler Produktionsverhältnisse erscheint somit im Licht einer durch die waffentechnische Entwicklung bedingten schiedlich-friedlichen Umsetzung von Wehrbauern. Diese wurden der Last des Waffendienstes für den König ledig. Dafür hatten sie nun Wirtschaftsleistungen für die neuen Waffenträger, die Panzerreiter-Vasallen, zu erringen (§ 224). Das Bild einer von der Frage der Klassen nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln und vom Klassenkampf freien frühfeudalen Gesellschaft

4 Müller-Mertens, Eckhard, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien. Wer waren die Liberi homines der karolingischen Kapitularien (742/743 - 832)? Ein Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpolitik des Frankenreiches, Berlin 1963 = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 10; Lütge, Friedrich, Das Problem der Freiheit in der früheren deutschen Agrarverfassung, in: derselbe, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Abhandlungen, Stuttgart 1963, S. 1 - 36; Sprandel, Rolf, Grundherrlicher Adel, rechtsständische Freiheit und Königszins, in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters, Nr. 19/1963, S. 1 - 29; Tabacco, Giovanni, Sulla protezione politica della libertà nell'alto medioevo (Zum politischen Schutz der Freiheit im Hochmittelalter), in: Studi Medievali, Reihe 3, Nr. 5/1964, S. 723 - 739; derselbe, I liberi del re nell'Italia carolingia e postcarolingia (Die Königsfreien im karolingischen und nachkarolingischen Italien), Spoleto 1966; Kroeschell, Karl, Haus und Herrschaft im frühen deutschen Recht, Göttingen 1968; Krause, Hermann, Die liberi der lex Baivariorum, in: Festschrift für Max Spindler, München 1969, S. 41 - 73.

5 Zur Anwendung von materieller Gewalt wie ideologisch-religiösem Zwang, zur Bedrückung der Armen und Mindermächtigen und zu den staatspolitischen Effekten der Feudalisierung vgl. mein in der vorigen Anmerkung zitiertes Buch. Dieses wird von Bosl S. 718 Anm. 7 und S. 728 Anm. 5 unter der Literatur zu den Problemen der fränkischen Gemeinfreiheit wie den Königsiedlern und Königsfreien lediglich angeführt, ohne daß der Verfasser Stellung zu den dort gewonnenen Ergebnissen nimmt. Tabacco, der die Anwendung der Königsfreienlehre auf die italienischen Arimannen stichhaltig zurückwies, erfährt wenigstens die Abfertigung "verkennt dabei aber die karolingische Gesellschaft und Wirtschaft und verfällt in die überholte Vorstellung von Gemeinfreiheit (S. 718 Anm. 6). Gleiches gilt für Wernli, Fritz, Die Gemeinfreien des Frühmittelalters (1960) (ebenda). Neues habe ich der Zurückweisung der Königsfreienlehre nicht hinzuzufügen; so bleibt der Hinweis auf die Begründung im oben genannten Buch.

vollendet sich durch die Darstellung der Grundherrschaft. Sie wird nicht im Zeichen der Ausbeutung gesehen, sondern in das Licht der Sozialharmonie getaucht (§§ 230 und 231).

Der Entwicklung der Produktivkräfte, der geschichtlichen Rolle des arbeitenden Volkes und des Klassenkampfes keine Rechnung zu tragen, dieser konzeptionelle Grundzug wiederholt sich bei der Behandlung der zweiten von Bosl abgesteckten Periode des Mittelalters (1050 bis 1300). Die betreffenden Kapitel sind verfassungsgeschichtlicher Natur, bzw. sie richten sich auf die Strukturwandlungen im Verhältnis des Königtums und der Fraktionen der herrschenden Feudalklasse, Hochadel, geistliches Fürstentum, Ministerialität, Ritterschaft, zueinander sowie auf deren Aktionen beim Landesausbau und bei der Städtegründung. Wo das Bürgertum und die kommunale Bewegung erscheinen, geschieht dies im Lichte der kirchlichen Friedensbewegung (§ 239). Weil aber "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft" Behandlungsgegenstand sein soll und der Verfasser eingangs feststellt, "zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bestehen unverkennbar besonders enge Zusammenhänge gegenseitiger Bedingtheit" (S. 695), muß gefragt werden, wie diese Bedingtheit denn verstanden werden kann, wenn der wirtschaftlich-gesellschaftliche Umbruch im 11. und 12. Jahrhundert erst vom Spätmittelalter aus im Rückgriff angesprochen wird, wenn man auch dann nicht erfährt, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1050 zu einem wesentlichen Bevölkerungszuwachs und zur Arbeitsteilung zwischen landwirtschaftlicher und handwerklicher Produktion in neuer Qualität führte, daß sich die neue Stadtentwicklung auf diesen Prozeß gründete, wenn nicht sichtbar gemacht wird, wie die Stadtentwicklung auf die ländlichen Verhältnisse rückwirkte und ihrerseits ein weiteres, gesellschaftsveränderndes Wachstum der Produktivkräfte mit sich brachte. Darum kann in dem Kapitel "Der Staat der Staufer" dann auch die Grundfrage für die deutsche Staatsentwicklung dieser Zeit untergehen, die Frage nach dem Bündnis zwischen dem Königtum und dem Städtebürgertum.

Zur Sprache kommen Stadtentwicklung und Kommunebewegung erst im folgenden Kapitel "Wirtschaft, Gesellschaft und Recht im Spätmittelalter". Behandelt werden vornehmlich Typen, Strukturteile, Organisationsformen. In diesem Zusammenhang geht Bosl auch auf die Eidgenossenschaft ein, und dabei kommt der Kampf der Bürger gegen die Rechtswillkür ihrer Stadtherren zur Sprache. Doch stellt sich der Konflikt nur als untergeordneter Teilaspekt der Kommunebewegung dar.

Prinzipiell erscheint diese, erscheint das Verhältnis zwischen Stadtherren und Städtebürgern bestimmt durch soziale Harmonie, ähnlich wie vorher das Verhältnis zwischen Grundherren und Feudalbauern. Die Leistung des Stadtherrn für die Bürgergemeinde wird als das Entscheidende angesprochen, der soziale Gegensatz in der Kommunebewegung entschärft dargestellt: "Städtische 'Freiheit' ist in verschiedenen Stufen und Wandlungen gewachsen. Daran war in entscheidender Weise die politisch und wirtschaftlich höchst interessierte Stadtherrschaft, der Stadtherr, beteiligt, ... der 'revolutionäre' Charakter der beschworenen 'Einung' kann auch dort, wo er bezeugt ist oder vermutet werden kann, nur sehr maßvoll gewesen sein (Nordwesteuropa, Rheintal) und nur positive, nicht ordnungsstörende Zwecke gehabt haben." (S. 807 f.) "Im 12. Jahrhundert wurde die übermächtige Stellung des Stadtherrn gemildert und ein Mitregiment der Bürger aufgebaut. Den Anstoß dazu gaben politische, wirtschaftliche, soziale Momente, Einungen und genossenschaftlicher Zusammenschluß, vor allem das Interesse des Grund- und Stadtherrn." (S. 811) Daß diese Sicht sich nicht mit den zeitgenössischen Quellen verträgt, die in der Tat schwere und haßerfüllte Kämpfe zwischen den aufstrebenden Städtebürgern und den etablierten Stadtherren bezeugen, in deren Verlauf von den Bürgern der alten Städte eine neue Ordnung durchgesetzt wurde, darauf sei nicht weiter eingegangen. Auf eine bürgerliche Darstellung unserer Zeit sei jedoch verwiesen, die auch Geschichte und Soziologie verbindet, aber in anderer Weise als Bosl, auf den Abriß von Jacques Le Goff in Fischers Weltgeschichte.<sup>6</sup> Hier wird der revo-

6 Fischers Weltgeschichte, Bd. 11: Das Hochmittelalter, Frankfurt (Main) 1965, die folgenden Zitate S. 75 f., 79.

lutionäre Charakter der Kommunebewegung deutlich sichtbar gemacht. Ein Beispiel sei gebracht, um die voneinander abweichenden Ergebnisse der unterschiedlichen sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise beider Autoren zu kennzeichnen. So heißt es bei Bosl: "In Nordfrankreich ist nach neueren Forschungen die frühe Kommune eine Einung zwischen Stadt- und Bürgern zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens." (S. 807) Le Goff formuliert dagegen: "Die neuen Stadtgruppen wußten auch ... die von der Kirche seit dem Ende des 10. Jahrhunderts propagierten Friedensideale und -einrichtungen auszunutzen.

Die Urkunden, die den Stadtbewohnern Freiheiten gewährten, stellten oft Friedenspakete dar. ... In Frankreich schlossen sich die Städter, die um die Erlangung von Privilegien kämpften, zu Gemeinschaften zusammen, die sie *communia pro pace* - Friedensgemeinschaften - nannten." Hier sind das Interesse der Bürger der Ausgangspunkt und ihr Kampf um Freiheiten. Demgegenüber ist bei Bosl in seiner Aussage über die Friedenseinung von einem "revolutionären" Charakter der Einung kaum die Rede. Wenn ein solcher überhaupt zu verzeichnen gewesen sei, dann nur "sehr maßvoll" und ohne "ordnungsstörende Zwecke". Entscheidend sei die Aktion des Stadtherrn gewesen, "der durch Befreiungsakte die Initiative der urbani (Bürger) des 11. und beginnenden 12. Jahrhunderts anlockt und dann in seinem Interesse schützt." (S. 807) Dagegen kommt bei Le Goff im Anschluß an seine zitierte Ausführung anders als bei Bosl der Interessengegensatz zwischen Städtern und Feudalwelt deutlich zum Ausdruck. "Der Widerstand der alten sozialen und politischen Mächte war um so aktiver, als sich zu der Interessenverteidigung noch Unverständnis, Verachtung, Zorn und Furcht gesellten". "Um zu erkennen, bis zu welchem Maß an Gewalttätigkeit und Haß der Zusammenprall zwischen den neuen Stadtschichten und der alten Macht führte", ruft Le Goff dann Zeugen auch aus Nordfrankreich auf.

Bosl bleibt seiner Konzeption voll und ganz treu, wenn er auch bei der Behandlung des Spätmittelalters nicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte eingeht. Sein Interesse gilt den Veränderungen der Organisations- und Betriebsformen, nicht den dahinter stehenden bzw. den damit verbundenen Weiterentwicklungen der Produktionsverfahren, der Technik und Wissenschaft. So erfährt der Leser zum Beispiel über den Bergbau, daß der kleinbetrieblichen Form des 13. Jahrhunderts im 15. Jahrhundert die Kapitalgesellschaft folgte. Doch wird der Leser nicht davon unterrichtet, daß der Übergang zu neuen, zu frühkapitalistischen Produktionsverhältnissen auf die technischen Neuerungen im Bergbau und Hüttenwesen gegründet war: Einrichtung von Stollen und Pumptanlagen, welche Probleme der Wetterführung und Entwässerung lösten, so daß nun tiefer liegende Erzadern abgebaut werden konnten, Entwicklung des Saigerverfahrens und Einführung des Hochofenbetriebes, was eine entscheidende Steigerung der Silbererzeugung sowie die Verhüttung schwer schmelzbarer Erze erlaubte. Nicht behandelt werden die wirtschaftlichen Ursachen der spätmittelalterlichen Agrarkrise. Zur Sprache kommen allein das Fallen der Agrarpreise, eine dadurch bewirkte Zahlungsunfähigkeit der Hintersassen und die ländliche Geldknappheit. Auf diesen Umstand wird verwiesen, nicht aber auf den Versuch der Feudalherren, die Lasten der Agrarkrise durch eine verschärfte Ausbeutung auf die Bauern abzuwälzen, wenn es heißt: "Aus der Notlage erwuchs Gärung im Bauerntum, die sich in Frankreich schon im 14. Jahrhundert in blutigen Bauernaufständen entlud, in England zu den vom Geiste Wyclifs beflügelten Revolten führte, auch bei siegreichen Kämpfen der Schweizer Bauern ... mitwirkte." Doch dann heißt es weiter: "Den deutschen Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts dagegen hält die neuere Forschung eher für den Ausbruch eines in seinem Recht und seiner Ehre betroffenen, wirtschaftlich wohlhabenden Bauerntums." (S. 805) Abgesehen davon, daß die umfangreiche neuere Forschung historisch-materialistischer Geschichtswissenschaftler auch in dieser Frage wie allen anderen des Artikels unberücksichtigt bleibt und die von Bosl vertretene Ansicht nicht geteilt werden kann, ist zu fragen: Warum kommt die neue Qualität des bäuerlichen Widerstandes gegen die feudale Bedrückung, der nunmehr bewaffnete Kampf, die Kette von Bauernaufständen im 14. und 15. Jahrhundert in Deutschland, angefangen vom Armlieder-Aufstand 1336 bis 1339 bis zu den unmittelbaren Vorläufern des Bauernkrieges

unter dem Zeichen des Bundschuhs, mit keinem Wort zur Sprache? Kann die Gesellschafts- und Staatsentwicklung des Spätmittelalters denn ohne diese begriffen werden? Dazu heißt es dann auch, allerdings unter dem Paragraphen "Die Rezeption des römischen Rechtes": "Ein starker Drang nach Festigung und Ordnung schwang am Vorabend der Neuzeit, dessen Menschen unsicher, kritisch, voll Sentiments und düsterer Stimmungen waren; er regte sich auch auf dem Felde der Reichsverfassung. Breite Volksschichten trugen in sich die Überzeugung, daß das Reich einer festen Form bedürfe, in der Friede und Recht gesichert wäre." (S. 824) Im Kern ging es den angesprochenen breiten Volksschichten jedoch nicht um die Form, sondern um den Inhalt. Die Reformatio Sigismundi griff mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen die Fundamente der Feudalgesellschaft an. Ihr Autor verlangte eine revolutionäre Umgestaltung der Reichsverfassung, wenn nötig durch Aktionen der "Kleinen" und "Gemeinen", das heißt des Volkes. Nikolaus von Kues warnte bei seinen Bemühungen um die Reichsreform vor drohenden Volksaufständen. Er hielt den Fürsten vor: "So wie die Fürsten das Reich verschlingen, das Volk die Fürsten verschlingen wird."

Der Artikel "Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter" erhob den Anspruch, Geschichte unter einem sozialgeschichtlichen Aspekt zu betrachten, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingtheit aller historischen Entwicklung, die gegenseitige Bedingtheit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ins Licht zu rücken und die zentrale Bedeutung der Gesellschaft zu veranschaulichen. Aber zur Darstellung einiger wesentlicher innerer Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung befragt, läßt er keinen anderen Befund zu als den, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und deren Bedeutung für die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die Rolle der Volksmassen in der Geschichte, der Klassenkampf sowie die Eigentums- und Machtfrage bei der Entwicklung der Sozialstruktur durchgängig nicht beachtet werden. Dafür wird die Vorstellung vermittelt, daß die mittelalterliche Gesellschaft im Grundzug von sozialer Harmonie und Sozialpartnerschaft beherrscht war. Geschichte wird geschrieben, als wäre sie von der aristokratischen Elite gemacht worden im Widerspiel ihrer Fraktionen, als wäre für das Verhältnis zwischen den Klassen, Ständen und Schichten der Feudalgesellschaft die Führungs-, Schutz- und Wirtschaftsleistung der Elite für die Massen über alle Strukturwandlungen hinweg das sozial Entscheidende und Wesentliche gewesen, als hätte es von der Urzeit bis zur Neuzeit keine geschichtsbewegenden Gegensätze zwischen der Stammesaristokratie, dann der herrschenden Feudalklasse und den Bauern wie Bürgern hinsichtlich des Eigentums an den Produktionsmitteln und der politischen Machtausübung gegeben.

Konfrontiert man den Artikel mit den gegenwärtigen Strömungen in der bürgerlichen westdeutschen Geschichtsschreibung, so findet er sich in einer der vorherrschenden Konzeptionen verankert: der Tendenz zur Soziologisierung der bürgerlichen Geschichtsschreibung und der Ausrichtung auf eine strukturorientierte Sozialgeschichte, die es, konform mit dem imperialistischen Herrschaftssystem der Gegenwart, unternimmt, "das herkömmliche Geschichtsbild den ideologischen Erfordernissen gegenwärtiger staatsmonopolistischer Politik anzupassen", und sich dabei von der Hoffnung tragen läßt, durch die Annahme eines bestimmten sozialgeschichtlichen Aspekts die Gesellschafts- und Geschichtsauffassung des historischen Materialismus wirksamer bekämpfen zu können.<sup>7</sup> Obwohl der verfassungs-, gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtliche Beitrag zum Mittelalterband des neuen Gebhardt wertvolles neues Tatsachenmaterial der Detailforschung bietet, er in einer ganzen Reihe von Teilfragen auch über Einzelheiten hinaus wichtige Einsichten in Strukturen und Prozesse, besonders auch der bürgerlichen und bürgerlichen Kräfte, vermittelt und Anregungen zu Grundfragen gibt, ist er durch seine Konzeption daran gehindert, die Grundzusammenhänge zu erhehlen. Im Gegenteil, der neue sozialgeschichtliche Aspekt spätbürgerlicher Geschichtsschreibung verdunkelt, was ans Licht müßte, und versperrt so den Einblick in die wahren Triebkräfte der Geschichte.

7 Siehe Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., Zitat S. 74.

# Betriebsgeschichte

## RATSCHLÄGE FÜR DIE ARBEIT DER BETRIEBSGESCHICHTSKOMMISSIONEN

von Hans Radandt

1. Vorwort
2. Was ist Betriebsgeschichte ?
3. Bildung einer Betriebsgeschichtskommission
4. Arbeitsweise der Kommission
5. Notwendige Überlegungen in der Kommission
6. Planung der Kommissionsarbeit
7. Inhalt der Betriebsgeschichte
8. Quellen zur Erforschung der Betriebsgeschichte
9. Materialsammlung
10. Fertigstellung des Manuskripts und weitere Arbeiten

### 1. Vorwort

Der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands forderte, eine neue Qualität in der ideologischen Arbeit zu erreichen und hierfür die Gesellschaftswissenschaften in besonderem Maße zu fördern und zu nutzen. Die Entschließung des VIII. Parteitages verlangte, das Bewußtsein der Werktätigen ständig zu erhöhen, und stellte die Aufgabe: "Bewährte und neue Formen der Agitation und Propaganda sowie der verstärkte Einsatz von Anschauungsmitteln sollten dazu beitragen, die Partei- und Massenpropaganda lebendig und einprägsam zu gestalten."<sup>1</sup> Eine dieser Formen bieten die Ergebnisse der Betriebsgeschichtsschreibung. Die Betriebsgeschichtsschreibung soll dazu beitragen, das sozialistische Bewußtsein zu erhöhen, das sozialistische Geschichtsbild zu erweitern, den Stolz auf den eigenen Betrieb und auf unsere Republik zu entwickeln sowie die deutsch-sowjetische Freundschaft zu fördern.

Das erreichen die Betriebsgeschichten, indem sie die Entwicklung der Menschen unter Leitung der revolutionären Arbeiterpartei in den Mittelpunkt ihrer Geschichtsbetrachtung stellen.<sup>2</sup> Soziologische Untersuchungen haben ergeben, daß die Betriebsgeschichtsschreibung eine bedeutende Rolle bei der Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins spielt.<sup>3</sup>

1 Dokumente des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 40.

2 Vgl. Radandt, Hans, Der VIII. Parteitag der SED gibt auch der Betriebsgeschichtsschreibung neue Impulse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 323 - 329.

3 Vgl. Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft, hg. v. Helmut Meier u. Wal-



Seit 1945 sind auf dem Gebiet der DDR rund 900 selbständige betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen erschienen. Die Betriebsgeschichtsschreibung hat in unserer Republik im letzten Jahrzehnt eine immer stärkere Breitenentwicklung genommen. Es wurde üblich, die Betriebsgeschichte kollektiv durch Mitarbeiter des Betriebes zu erforschen. Dabei ist der Gedanke von Maxim Gorki, daß die Werktätigen, die die Geschichte ihres Betriebes gestalten, sie auch selbst schreiben sollten, in die Tat umgesetzt worden.<sup>4</sup> Angeknüpft wurde dabei an die Traditionen der Betriebsagitation und -propaganda, welche die Kommunistische Partei mit ihren Betriebszellen, Betriebszeitungen und aktuellen Betriebsberichten in ihrer Tagespresse bereits in den zwanziger Jahren gepflegt hatte.<sup>5</sup> Unterstützt wurde die Betriebsgeschichtsschreibung von den Bezirks- und Kreisleitungen der SED, vom FDGB, besonders auch von seinem Verlag Tribüne, sowie von Wissenschaftlern der historischen Disziplinen.

Große Arbeitstagen<sup>6</sup>, internationale Konferenzen<sup>7</sup>, regionaler bzw. auf Wirtschafts- oder Industriezweige orientierter Erfahrungsaustausch<sup>8</sup>, Konsultationsstellen<sup>9</sup>, Arbeits-

ter Schmidt, Berlin 1970, besonders die Beiträge von Ernst Grüner (S. 166), Hans Otto Gericke (S. 173) und Joachim Stahl (S. 178).

4 Vgl. Radandt, Hans, Maxim Gorki und die Betriebsgeschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3, S. 11.

5 Puchert, Berthold/Radandt, Hans, Walter Ulbricht, Vorkämpfer der Betriebszellen der KPD, und die Geschichte der Fabriken und Werke, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 2, S. 11 - 22.

6 Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2; ebenda 1961, T. 2; ebenda 1964, T. 1 u. 4; ebenda 1965, T. 1 u. 2; Betriebsgeschichte 1964. Auszüge der 2. Arbeitstagung zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe vom 4. bis 5. Juni 1964 in Berlin, Berlin 1965; vgl. Meusel, Hans, Zentrale Konferenz zur Regional- und Betriebsgeschichte, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der DHG, Nr. 2/1969, S. 75; Krusch, Hans-Joachim, Bilanz und Aufgaben regionalgeschichtlicher Arbeit im Zeichen des 20. Jahrestages der Gründung der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 5/1969; weitere Beiträge in Wissenschaftliche Mitteilungen der DHG, Nr. 3/1969 - 1/1970, S. 59; Schröder, Rudolf, Forschungskreis Betriebsgeschichte. Betriebsgeschichtsforschung, ein wichtiges Instrument zur Ausarbeitung wissenschaftlicher Leitungsmethoden, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2, S. 340 - 348.

7 Mezinárodní porada o dějinách závodů, Prag 1967; vgl. Radandt, Hans, Eindrücke von der internationalen Beratung zur Betriebsgeschichtsschreibung in Prag vom 29. November bis 3. Dezember 1966, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2, S. 329 - 339.

8 Vgl. Radandt, Hans, Notizen über Betriebsgeschichtstagen in den Bezirken Suhl und Rostock, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 339 - 343; Papiergeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht über die Tagung der Papierhistoriker in der DDR in Leipzig, 17. - 18. 6. 1960, Leipzig 1961; Müller, Hans-Heinrich, Die Bildung einer Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 216 f.; Harnisch, Hartmut, Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam. Zwei Konferenzen im Bezirk Potsdam zur Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die regionale Agrarbetriebsgeschichte, in: ebenda 1968, T. 1, S. 351 - 353; Raue, Rudolf, Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Suhl. Zweite Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Agrare Betriebsgeschichte" des Bezirkes Suhl, in: ebenda 1969, T. 4, S. 205 - 209; Knoll, Rudolf, Die Betriebsgeschichtsschreibung in den volkseigenen Betrieben des Bezirkes Frankfurt (Oder), in: ebenda 1971, T. 3, S. 195 - 199; Materialien der 1969 anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR im VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht", im VEB Carl Zeiss, Jena, im VEB Bandstahl-Kombinat Stammwerk Eisenhüttenkombinat Ost und im VEB Volkswerft Stralsund durchgeführten Theoretischen Konferenzen über die Entwicklung der Betriebe unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bau-

kreise<sup>10</sup>, Ferienuniversitäten<sup>11</sup>, eine Vielzahl von Anleitungsschriften<sup>12</sup> sowie Literaturberichte aus den Bruderländern, vor allem aus der Sowjetunion<sup>13</sup>, sammelten, prüften und verallgemeinerten die Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung.

Der angewachsene Umfang dieser Erfahrungen verlangt - da seit dem Erscheinen allgemeiner Anleitungsschriften für die Betriebsgeschichtsschreibung<sup>14</sup> schon zehn Jahre verstrichen sind - eine neue Anleitungsschrift. Dabei erscheint es zweckmäßig, die zu gebenden Hinweise sehr allgemein zu halten. Gleichzeitig sollen ausführliche Anmerkungen den an speziellen Gebieten interessierten Leser auf viele frühere Schriften verweisen. Besonders häufig werden Beiträge des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte genannt werden, das sich seit 1960 zum kollektiven Organisator der Betriebsgeschichtsschreibung in der DDR entwickelt hat und regelmäßig Bibliographien der betriebsgeschichtlichen Schriften veröffentlicht.<sup>15</sup> Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ist in allen größeren Bibliotheken einzusehen.

ern-Macht.

- 9 Vgl. Schröder, Rudolf, 'Zur Arbeit der Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 1, S. 27 - 40; derselbe, Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig, in: ebenda 1962, T. 2, S. 161 - 170; ebenda, T. 3, S. 131 - 143; Richter, Siegfried, Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte der Bezirke Halle und Magdeburg, in: Betriebsgeschichte 1964, a. a. O., S. 31
- 10 Seidl, Helmut, Die Förderung der Betriebsgeschichtsschreibung durch den Arbeitskreis "Geschichte des Kalibergbaus", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 1, S. 214 - 229; Wächtler, Eberhard/Bartl, Willy, Über Formen der Zusammenarbeit des Arbeitskreises Bergbau mit Veteranen der Bergarbeiterbewegung, in: ebenda 1960, T. 1, S. 203 - 207.
- 11 Schröder, Rudolf, Bericht über die II. Ferienuniversität für Betriebsgeschichte vom 9. bis 20. Juli 1962 in Leipzig, in: ebenda, 1963, T. 1, S. 184 - 186.
- 12 Vgl. bibliographische Anmerkungen bei Radandt, Hans, Forschungen zur Betriebsgeschichte, in: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, Berlin 1970; derselbe, Maxim Gorki und die Betriebsgeschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3, S. 11 - 26.
- 13 Vgl. u. a. Lehár, Bohumil, Über die Arbeit zur Schaffung einer Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei, in: ebenda 1962, T. 2, S. 171 - 198; Schabalin, B. I., Wissenschaftliche Probleme der Erforschung der Geschichte des sowjetischen Betriebes (Geschichte der Fabriken und Werke), in: ebenda 1963, T. 4, S. 152 - 172; Gaponenko, L. S., Stand und Aufgaben der Betriebsgeschichtsforschung in der Sowjetunion, in: ebenda 1965, T. 2, S. 166 - 173; Poljakow, J. A., Betriebsgeschichtsforschung und kommunistische Erziehung, in: ebenda, S. 174 - 181; Rogačevskaja, L. S., Probleme der Betriebsgeschichte in der sowjetischen Historiographie von 1963 bis 1967, in: ebenda 1968, T. 3, S. 357 - 375; Stepanov, Z. V., Zu einigen methodologischen und methodischen Grundlagen der Betriebsgeschichtsschreibung (anhand von Leningrader Material), in: ebenda 1971, T. 3, S. 183 - 194.
- 14 Sammelband zur Betriebsgeschichtsschreibung, Berlin 1962 = Sonderdruck aus ebenda 1960, T. 1 u. 2; 1961, T. 1 u. 2; Betriebsgeschichte und allgemeine Geschichte. Eine Kollektivarbeit zu methodologischen Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung, Berlin 1965 = Sonderdruck aus ebenda 1964, T. 2/3; Radandt, Hans, Wie schreiben wir Betriebsgeschichte?, Berlin 1963.
- 15 Günther, Renate, Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (6. Fortsetzung), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 289 - 293. - Verweise auf frühere Bibliographien siehe dort.

## 2. Was ist Betriebsgeschichte ?

Betriebsgeschichte ist die Geschichte der ökonomischen, technischen, soziologischen, politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Betriebe sowie der in ihnen arbeitenden Menschen mit ihren Klassenorganisationen.

In diesem Ausgangspunkt kommt eindeutig die unterschiedliche Klassenbasis der sozialistischen Betriebsgeschichtsschreibung gegenüber der kapitalistischen Firmengeschichtsschreibung zum Ausdruck. Letztere stellt die Rolle der Kapitalisten und Manager in den Mittelpunkt, schreibt diesen die entscheidenden Leistungen bei der Entwicklung der Firmen und ihrer Produktion zu. Dabei mißachtet oder verunglimpft sie die Arbeiter, das Schöpfer\_tum und die geschichtsbildende Kraft der Werktätigen, besonders der Arbeiterklasse und ihrer Klassenorganisationen. In Verbindung mit dem allgemeinen Anliegen der Firmengeschichtsschreibung, den Kapitalismus als "ewige Kategorie" darzustellen, und dem jeweiligen Firmeninteresse werden allgemeine Geschichte und Firmengeschichte von ihr bewußt verfälscht. Die kapitalistische Firmengeschichtsschreibung leugnet den objektiv vorhandenen Klassengegensatz und versucht im Interesse der Kapitalisten, Klassenharmonie zu predigen und anstelle des Klassenbewußtseins der Arbeiter ein "Firmenbewußtsein" zu entwickeln.<sup>16</sup>

Die Betriebsgeschichte aber soll helfen, ein sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln. Dazu muß sie die Entwicklung der Menschen in ihren Leistungen, im gemeinsamen Arbeiten, Leben und Lernen im Betrieb, in ihrem gemeinsamen ideologischen, fachlichen und kulturellen Wachsen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und beim Überwinden von Schwierigkeiten als Gestalter der Geschichte unter Führung der Partei der Arbeiterklasse untersuchen und darstellen. Die Betriebsgeschichte muß den Menschen zeigen, wie ihre Arbeit, ihr Leben und Lernen im Betrieb zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft beiträgt und wie sie selbst dadurch helfen, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern. Das bedingt nicht nur alle die erfreulichen Ergebnisse dieses Prozesses in Gestalt neuer Erfindungen und ihrer Anwendung, neuer Produktionsmittel und Produkte, neuer Technologien und Ökonomien oder auch neuen Denkens und neuer kultureller Betätigung darzustellen. Wesentlich ist, den geschichtlichen Prozeß des von den Menschen im Betrieb vorangetriebenen Entstehens und Werdens allseitig sichtbar werden zu lassen. Das aber kann und darf sich nicht nur auf rein politische, ökonomische oder technologische Darstellungen beschränken. Es muß lebensnah gezeigt werden, wie sich die Menschen im Betrieb unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Kollektiv mit den Erfordernissen der Produktion, der Technologie, der Ökonomie sowie mit ihrem eigenen Denken, Fühlen und Handeln auseinandersetzen, wie sie sich zu sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln. Es muß gezeigt werden, wie die SED die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen befähigte, Sorge zu tragen, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen immer besser zu befriedigen. Dazu muß die politisch-ideologische Arbeit von Partei und Gewerkschaft mit ihren Mitteln und Ergebnissen in allen Kapiteln der Betriebsgeschichte sichtbar werden; die Partei als Motor der Klasseninteressen, als ideologischer Führer der Werktätigen, die Gewerkschaft als Massenorganisation der Werktätigen in den Betrieben, mit der sie selbst den Wettbewerb organisieren und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Der Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Betrieb, der schöpferischen Initiative der Betriebsangehörigen muß große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonderes Augenmerk sollten die Betriebsgeschichten auf die Darstellung der oftmals vielfältigen Beziehungen des Betriebes

<sup>16</sup> Vgl. Baudis, Dieter, Gesicht und Hintergrund der "Tradition", in: ebenda 1960, T. 1, S. 189 - 202; Kuczynski, Jürgen, Westdeutsche Unternehmensgeschichte über den Wiederaufbau der Firmen in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg, in: ebenda 1963, T. 2, S. 143 - 200; Radandt, Hans, "100 Jahre Deutsche Bank". Eine typische Konzerngeschichte, in: ebenda 1972, T. 3, S. 37 - 62.

und seiner Angehörigen zur Sowjetunion legen, die geeignet sind, die Freundschaft zur Sowjetunion im Bewußtsein der Menschen zu stärken. Das alles scheinen für den Laien der Geschichtswissenschaft - und um solche handelt es sich zumeist am Anfang bei den Mitgliedern der Betriebsgeschichtskommissionen - zunächst zwar einleuchtende, aber doch anscheinend unerfüllbare Forderungen zu sein. Bei einem Vergleich mit anderen Gebieten erscheint diese Aufgabe nicht mehr so schwierig. Wer hat nicht schon begeistert das Werk eines Arbeiterdichters gelesen oder gebannt vor dem Gemälde eines Arbeiterkünstlers gestanden? Dabei wird uns nicht immer bewußt, daß diesem Werk, um eine bestimmte Meisterschaft zu erreichen, die den Leser oder Betrachter für sich einnimmt, ein jahrelanges Studium der Technik dieser oder jener Kunst und viele Versuche, Studien und Skizzen voranzutreiben. Eine kunstvoll gestaltete Briefmarkensammlung oder eine elektronisch geschaltete große Modelleisenbahn erfordert Tausende Stunden mühevollen Lesens, Denkens und Schaffens. Historisch interessierte Menschen aber sollten viel Zeit aufwenden, um die Geschichte ihres Betriebes zu studieren und zu schreiben. Dazu aber bedarf es vieler Überlegungen und Vorstufen, die von Anfang an richtig geführt sein wollen.

### 3. Bildung einer Betriebsgeschichtskommission

Die Betriebsgeschichtskommission sollte von der Betriebsparteileitung, unterstützt durch die Betriebsgewerkschaftsleitung und die staatliche Leitung, gebildet und angeleitet werden. Auch in Großbetrieben hat es sich bewährt, die Anzahl der Mitglieder der Kommission auf höchstens acht bis zehn zu beschränken. Je größer die Zahl der Mitglieder ist, desto schwieriger werden die organisatorischen Aufgaben, so zum Beispiel die von allen zu lesenden Materialien zu vervielfältigen oder die Termine der regelmäßigen gemeinsamen Beratungen einzuhalten. Die Praxis hat auch gezeigt, daß eine Diskussion in einem kleinen Kreis lebendiger geführt wird und eher fruchtbare Ergebnisse bringt. Um eine größere Zahl von Betriebsangehörigen in die Mitarbeit an der Betriebsgeschichte einzubeziehen, können die Kommissionsmitglieder zur Lösung ihrer Aufgaben wiederum kleine Arbeitskreise bilden.

Mitglieder der Kommissionen sollten in der Regel mindestens ein Jahrzehnt lang mit dem betreffenden Betrieb und der Arbeiterbewegung verbunden sein. Es sollte auch besonders an jene Arbeiter gedacht werden, die sich im Betrieb qualifiziert haben und inzwischen schon Arbeiterveteranen geworden sind. Im Moskauer Automobilwerk I. A. Lichačev arbeiten in der Betriebsgeschichtskommission seit 1958 sieben Arbeiterveteranen, die jahrzehntelang im Betrieb - früher als Arbeiter, später in leitenden Stellungen, drei von ihnen als stellvertretende Direktoren - tätig waren. Diese Kommission hat 1966 eine Betriebsgeschichte von 647 Seiten veröffentlicht<sup>17</sup> und ist dabei, einen zweiten Band zu schreiben.

Der Leiter der Betriebsgeschichtskommission im Moskauer Dynamo-Werk "Kirov" fing 1915 im Werk als Arbeiter an, wurde später stellvertretender Werkdirektor, ist jetzt Arbeiterveteran und arbeitet seit 1957 an der Betriebsgeschichte mit. Diese Kommission hat 1961 den ersten, 1964 den zweiten Band der Betriebsgeschichte veröffentlicht und 1972 die Arbeiten am dritten Band abgeschlossen.<sup>18</sup>

Diese Beispiele weisen auch darauf hin, daß die Betriebsgeschichtskommission eine ständige Kommission werden sollte. Kein Betrieb wird behaupten können, daß mit der Herausgabe einer ersten großen Betriebsgeschichte die Geschichte des Betriebes für die zurück-

<sup>17</sup> *Istorija Moskovskogo avtozavoda imeni I. A. Lichačeva*, Moskau 1966.

<sup>18</sup> *Istorija zavoda "Dinamo"*, Bd. 1: "Dinamo" na putjach k Oktjabrju, Moskau 1961, 179 S.; Bd. 2: "Dinamo" v gody stroitel'stva socializma, Moskau 1964, 360 S.

liegenden Jahrzehnte in jeder Beziehung gründlich erforscht und alle Quellen ausgeschöpft worden wären. Deshalb muß die Arbeit an der Betriebsgeschichte auch aus der weiter zurückliegenden Zeit kontinuierlich fortgeführt werden.

Ein gutes Beispiel gibt hier die Betriebsgeschichtskommission des VEB Filmfabrik Wolfen, die ein Buch über die Betriebsgeschichte bis 1968 herausgebracht hat.<sup>19</sup> Sie setzt außerdem ihre schon vor zehn Jahren begonnene Broschürenreihe mit Teilstudien zur Geschichte einzelner Perioden bzw. thematischer Gebiete aus der Geschichte bis zu dieser Zeit in zwei bis drei Heften pro Jahr fort.<sup>20</sup>

Noch wichtiger ist es, zu berücksichtigen, daß die Zeit nicht stehenbleibt, daß tagtäglich die neueste Geschichte gemacht wird, die verlangt, durchdacht und geschrieben zu werden. Darum müssen sich heute schon Betriebsparteileitungen, Betriebsgewerkschaftsleitungen und Werkleitungen darüber klar sein, daß die Betriebsgeschichtsschreibung keine Kampagne-Arbeit sein darf. Sie erfordert die Bildung einer ständigen Betriebsgeschichtskommission. Im VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert", Deuben, ist dieser Gedanke sehr wohl verstanden worden. Hier entstand eine der ersten Betriebsgeschichtskommissionen unserer Republik, die bereits 1956 ihre erste umfassende Betriebsgeschichte veröffentlichte.<sup>21</sup> In diesem Werk entwickelte auch der Zirkel schreibender Arbeiter mit seinen in drei Bänden veröffentlichten Skizzen, Reportagen, Kurzgeschichten und Gedichten über das Betriebsgeschehen eine gute Tradition.<sup>22</sup> Im Jahre 1970 veröffentlichte die Betriebsgeschichtskommission in Gemeinschaftsarbeit mit dem Zirkel schreibender Arbeiter eine Fortsetzung der Betriebsgeschichte für die Zeit von 1956 bis 1968.<sup>23</sup> Die Besonderheit dieses Buches liegt darin, daß in ihm Geschichtsdarstellungen und davon klar abgegrenzte schöpferische Schöpfungen der kleinen literarischen Form, die sich auf betriebliche Ereignisse beziehen, vereint worden sind.

Einstmals wird die Betriebsgeschichtskommission mindestens in den Großbetrieben eine selbstverständliche und bleibende Einrichtung sein. Voll berechtigten Stolzes werden dann die Kollegen der Betriebe, deren Betriebsgeschichtskommissionen schon Jahrzehnte bestehen, auf die von diesen mit geschaffenen Traditionen der betrieblichen Geschichtspropaganda blicken.

In der Betriebsgeschichtskommission sollten die Mitglieder im Interesse einer erfolgreichen Arbeit so wenig wie möglich wechseln. Dennoch wird im Laufe der Jahre, zum Beispiel durch das Ausscheiden von Kollegen aus dem Betrieb, manche Neuberufung in die Kommission erforderlich sein. Auch deshalb sollten sich die Kommissionsmitglieder laufend um die Förderung der von ihnen zur Mitarbeit in den Arbeitskreisen herangezogenen Kollegen bemühen. So wird es möglich, aus diesen Kreisen erforderlichenfalls neue, bereits qualifizierte Mitarbeiter der Kommission zu gewinnen.

Bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder sollte auch darauf geachtet werden, historisch interessierte Kollegen zu gewinnen, die willens und in der Lage sind, wissenschaftlich, propagandistisch und agitatorisch zu arbeiten und sich auf diesem Gebiet zu qualifizieren. Dafür sind gute Betriebskenntnis, eine solide politische Bildung und eine ausgewogene, ideologisch fundierte Urteilskraft Voraussetzung.

19 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969.

20 Bibliographie dieser Reihe siehe in Neumann, Alfred/Zimmermann, Willi, Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1950 - 1955, Wolfen 1971.

21 Entwicklung des Bergbaus und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben, Deuben, 1956.

22 Deubener Blätter, Bd. 1, Halle 1961; ebenda, Bd. 2, Halle 1964; ebenda, Bd. 3, Berlin 1966.

23 Buch unserer Tage, Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben 1956 - 1968, Berlin 1970.

Ein hoher Grad der Allgemeinbildung muß von allen gefordert werden. In Großbetrieben sollte der größere Teil der Kommissionsmitglieder ein Fach- oder Hochschulstudium absolviert haben. In Verbindung mit der Erforschung der Betriebsgeschichte müssen die Kommissionsmitglieder ihr Wissen durch beharrliches Studium der bedeutendsten sozialistischen Werke zur Geschichte und Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts erweitern. Leider ist oftmals schon die Arbeit von Betriebsgeschichtskommissionen zum Erliegen gekommen, weil weder bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder noch unter ihnen von Anfang an darüber Klarheit herrschte, welche großen Anforderungen die Betriebsgeschichtsforschung an die einzelnen Kommissionsmitglieder stellt. Es genügt nicht allein, lange in einem Betrieb tätig gewesen zu sein, der Kollege muß auch befähigt sein, die Probleme der betrieblichen Entwicklung auch in ihren - teils widersprüchlichen - außerbetrieblichen Zusammenhängen darlegen zu können. Dazu genügt es nicht allein, jahrzehntelang der Arbeiterpartei anzugehören, der Kollege muß auch die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" studiert haben und fähig sein, ihre Lehren in richtiger Form auf die Geschichte des Betriebes anzuwenden. Es genügt ebensowenig die Kenntnis eines einzelnen Arbeitsplatzes; wer die Entwicklung der Technik, der Technologie, der Produktion und der Ökonomie in einem Betrieb erforschen will, muß diese nach ihrem heutigen Stand bereits von Grund auf kennen. Niemand kann alle diese Forderungen erfüllen. Aber nur wer einer dieser hohen Anforderungen gerecht wird - in Ausnahmefällen sollten beste Ansätze dazu anerkannt werden -, sollte in eine Betriebsgeschichtskommission berufen werden. Die inhaltlichen und methodischen Kenntnisse für die wissenschaftliche Arbeitsweise der Geschichtsschreibung müssen gewöhnlich erst im Laufe der Jahre durch Selbststudium bzw. unter Anleitung von Wissenschaftlern erworben werden. Gefordert werden muß, daß nach einer gewissen Zeit alle Kommissionsmitglieder selbständig und wissenschaftlich mitdenken und mitformulieren können. Das ist allein schon für die Ausarbeitung der Konzeption und Disposition sowie für die Materialsammlung und die Diskussion über die fertiggestellten Manuskripte nötig. In der Regel sollte nach einer Einarbeitungszeit ungefähr die Hälfte der Kommissionsmitglieder in der Lage sein, selbst Abschnitte oder Kapitel der Betriebsgeschichte zu schreiben.

Da die umfangreiche und verantwortungsvolle Arbeit der Kommissionsmitglieder gewöhnlich außerhalb der Arbeitszeit zu leisten ist, sollte rechtzeitig daran gedacht werden, sie von anderen wichtigen gesellschaftlichen Funktionen zu befreien. Dagegen ist es für alle Beteiligten ebenso wichtig wie nützlich, wenn die Kommissionsmitglieder von Fall zu Fall aufgefordert werden, über die Geschichte des Betriebes Vorträge zu halten oder Artikel zu schreiben.

Die Betriebsparteileitung der SED beruft den Vorsitzenden und gegebenenfalls auch den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Der Vorsitzende trägt die Verantwortung für die Arbeit und leitet die Sitzungen. In seiner Abwesenheit übernimmt der Stellvertreter die Leitung des Kollektivs. Sofern nicht der Vorsitzende selbst die organisatorischen Arbeiten übernimmt, ist dafür ein Sekretär zu bestimmen. Er ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen, benachrichtigt Mitglieder und einzuladende Gäste, liefert ihnen pünktlich die erforderlichen Materialien (Tagesordnung, Diskussionsunterlagen) und beschafft den Sitzungsraum. Die Kurzprotokolle, die alle Beschlüsse der Beratungen enthalten, werden von ihm geschrieben. Der Sekretär führt den Terminkalender, muß einen Überblick über die Erfüllung des Arbeitsplanes haben und in jeder Sitzung darüber berichten. Besonders soll er auf eventuelle Terminverzögerungen bei einzelnen Arbeiten hinweisen, damit das Kollektiv der Kommission gegebenenfalls die Kollegen unterstützen kann oder Terminverlängerungen beschließt.

#### 4. Arbeitsweise der Kommission

Während es im letzten Jahrzehnt zur Norm geworden ist, die Betriebsgeschichtsarbeit durch das Kollektiv einer Kommission zu leiten, ist deren Arbeitsweise je nach den gegebenen Bedingungen und Erfordernissen sehr verschieden. Hier sollen bestimmte Grundformen der kollektiven Arbeitsweise von Kommissionen vorgestellt werden, die sich in der Praxis auch noch in abgewandelter Art herausgebildet haben. Neugebildete Kommissionen sollen darüber Informationen erhalten, wie sie, auf ihre betrieblichen Verhältnisse zugeschnitten, ihre Arbeit am zweckmäßigsten organisieren können.

Die Betriebsgeschichtskommission tritt in regelmäßigen, nicht zu langen Zeitabständen (anfangs mindestens jede dritte Woche) - gegebenenfalls mit eingeladenen Gästen - zu Beratungen zusammen. Als vorteilhaft hat sich für die Arbeit erwiesen, wenn an der ersten Sitzung der Parteisekretär, der BGL-Vorsitzende und der Werkleiter teilnehmen. Dadurch erhalten die Kommissionsmitglieder Gelegenheit, die Meinung der verantwortlichen Leiter im Betrieb zur besonderen Aufgabenstellung für ihre Betriebsgeschichtsschreibung kennenzulernen und mit ihnen darüber zu diskutieren.

Anschließend daran - auf späteren Sitzungen weitergeführt - sollten die Grundfragen des Arbeitsplanes diskutiert werden. Generell haben die Kommissionen erkannt, daß eine politische und wissenschaftliche Unterstützung ihrer Arbeit durch außerbetriebliche Mitarbeiter nötig ist. Daraus ergibt sich einmal eine unbedingt erforderliche ständige Zusammenarbeit der Betriebsgeschichtskommission mit den Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED. Die Formen dieser Zusammenarbeit sind unterschiedlich. Sie reichen von Konsultationen über Manuskriptgutachten bis zur wissenschaftlichen Betreuung. In Einzelfällen, zum Beispiel in Berlin, werden von den Bezirkskommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung wissenschaftliche Betreuer eingesetzt, die in der Betriebsgeschichtskommission ständig beratend und begutachtend, unter Umständen auch mitforschend tätig sind. Es handelt sich hierbei um Wissenschaftler, die Mitglieder der Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte bei den Bezirkskommissionen sind.

Neben der Zusammenarbeit mit diesen Bezirks- und Kreiskommissionen haben die Betriebsgeschichtskommissionen Wissenschaftler aus Akademie-, Universitäts- und Hochschulinstituten, manchmal auch Geschichtslehrer zu ihrer wissenschaftlichen Anleitung bzw. für die Mitarbeit gewonnen. Andere haben sich die wissenschaftliche Methodik der Geschichtsforschung aus den bereits erwähnten Anleitungsschriften im Selbststudium angeeignet. Die Wissenschaftler haben in den Kommissionen und an der Erforschung der Betriebsgeschichte in unterschiedlichsten Graden mitgearbeitet. Der VEB Filmfabrik Wolfen schloß mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Vertrag ab, in dem er sich die Mitarbeit der Wissenschaftler nicht nur zur Anleitung der Betriebsgeschichtskommission, sondern auch für die Erforschung der Betriebsgeschichte sicherte.<sup>24</sup> Die bisherigen betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen dieses Betriebes<sup>25</sup> wurden zu einem großen Teil von Historikern der Universität, weitere von Kommissionsmitgliedern oder anderen Betriebsangehörigen erarbeitet. Die Betriebsgeschichtskommission unterstützte dabei die Arbeit der Historiker durch Materialsammlungen und Diskussion ihrer Manuskripte. Manche Betriebe wenden sich auch an die Universitäten und erhalten durch die Jahres- oder Diplomarbeiten der Studenten Unterstützung beim Schreiben der Betriebsgeschichte. So schrieben Studenten der Berliner Humboldt-Universität Seminararbeiten zu wichtigen Themen aus der Geschichte des VEB

<sup>24</sup> Neumann, Alfred, Betriebsgeschichtliche Forschungen im Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, in: Archivmitteilungen, Nr. 3/1966, S. 108.

<sup>25</sup> Siehe Anm. 19 u. 20.

Bergmann-Borsig.<sup>26</sup> Am Institut für Geschichte der UdSSR der Moskauer Lomonossow-Universität schreiben Studenten Diplomarbeiten zu betriebsgeschichtlichen Themen, die sie teilweise später zu Dissertationen erweitern.<sup>27</sup> Auf Bitten des Moskauer Elektrizitätswerkes schreiben fünf Studenten eines Seminars unter Leitung einer in der Betriebsgeschichtsschreibung erfahrenen Historikerin ihre Diplomarbeiten über einzelne Perioden der Geschichte dieses Werkes. Diese werden der Betriebsgeschichtskommission als Grundlage dienen, ihre Betriebsgeschichte zu erarbeiten. Andere Betriebe schließen mit einzelnen Wissenschaftlern Berater-Verträge ab, die diese verpflichten, an den Sitzungen der Betriebsgeschichtskommissionen teilzunehmen, sie wissenschaftlich anzuleiten und zu beraten sowie die fertiggestellten Manuskripte zu begutachten. Weitere Betriebsgeschichtskommissionen laden Wissenschaftler ein, Vorträge über die Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung zu halten, konsultieren sie, wenn Schwierigkeiten auftreten, und lassen von ihnen die Manuskripte begutachten. Im VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert", Deuben, eignete sich die Betriebsgeschichtskommission in gründlichem Selbststudium - wie es eines ihrer Mitglieder selbst in einer Geschichte des Entstehens der Betriebsgeschichte darlegt - die Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung aus den Anleitungsschriften an.<sup>28</sup> Die durch Lesen gewonnenen Kenntnisse wurden in den regelmäßig stattfindenden Kommissionssitzungen in ausführlichen Diskussionen gefestigt und vertieft.

In jedem Falle müssen sich die Kommissionsmitglieder bereits am Anfang ihrer Arbeit mit den Grundkenntnissen der Geschichtsmethodik auf diese oder jene Weise vertraut machen.

Für die Aufgabenverteilung innerhalb der Kommission gibt es kein Schema und an sie darf auch nicht schematisch herangegangen werden. Im modernen Industriebetrieb verrichten oft Kollegen in einzelnen Brigaden die gleiche oder ähnliche Tätigkeit, arbeiten im gleichen Rhythmus, erzeugen in gleicher Zeit die gleiche oder ähnlich hohe Zahl von Produkten usw. Bei der Betriebsgeschichtsarbeit kann das nicht in gleicher Weise gefordert werden. Fähigkeiten und Kenntnisse der Kollegen sind sehr unterschiedlich. Dem einen liegt mehr das Denken in dialektischen Zusammenhängen, dem anderen mehr die schriftliche Darstellung, der dritte schließlich ist ein Meister des gesprochenen Wortes. Diesen zieht es zu den Büchern, jener beschäftigt sich lieber mit Dokumenten und Akten, während wieder ein anderer die Kunst beherrscht, sich mit Menschen zu unterhalten und ihnen ihre Erlebnisse zu entlocken. Des einen Stärke liegt im sofortigen Erkennen ideologischer Schwerpunkte, die des anderen in seinem sicheren Blick für das aktuell-politisch richtige Handeln, und die des dritten in organisatorischen Fähigkeiten. Diese Fähigkeiten, Kenntnisse, Stärken des einzelnen gilt es zu erkennen und in der kollektiven Zusammenarbeit in einer Weise zu nutzen, die die bestmögliche Lösung der gestellten Aufgabe gewährleistet. Auch hier gilt es, die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen in Übereinstimmung zu bringen. Aufträge, welche die persönlichen Kenntnisse und Fähigkeiten fordern, werden mit größerem Eifer erledigt, wecken Schöpferkraft und Arbeitsfreude und führen zu besten Ergebnissen für das Kollektiv. Andererseits sollen die einzelnen Persönlichkeiten im Kollektiv in gemeinsamen Aussprachen, in gemeinsam geführten Diskussionen mit geladenen Gästen, in der Erfüllung von Aufträgen in einzelnen Gruppen des Kollektivs usw. wachsen, indem sich alle Mitglieder gegenseitig gewisse Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln. Dazu gehört es auch, die gegenseitige Hilfe in der gemeinsamen Arbeit zu entwickeln. Die persönliche Verantwortung für die vom Kollektiv übertragenen Aufgaben muß zum Grundprinzip der Kollektivarbeit werden.

<sup>26</sup> Neues Deutschland, Nr. 16 v. 16. 1. 1972, S. 2.

<sup>27</sup> Michajlova, A., Istoriki v poiski, in: Moskovskij universitet, 20. 4. 1971, S. 4.

<sup>28</sup> Fleischer, Inge, Die Geschichte vom Schreiben der Geschichte, in: Buch unserer Tage, a. a. O., S. 174.



## 5. Notwendige Überlegungen in der Kommission

Bereits zu Anfang ihrer Arbeit sollte die Kommission in der Diskussion von zwei Fragen zu durchführbaren endgültigen Beschlüssen gelangen, da von ihnen der Erfolg der gesamten Arbeit abhängt: Wer schreibt die Betriebsgeschichte und wie bzw. durch wen soll sie veröffentlicht werden?

Bei der Lösung der Frage des Schreibens sind die verschiedenen Kommissionen bisher auf unterschiedlichen Wegen zum Erfolg gelangt. Entweder ein Kommissionsmitglied oder mehrere wurden bei bestimmter Arbeitsteilung damit beauftragt. Es kam auch vor, daß jedes Kommissionsmitglied einen bestimmten Abschnitt bzw. ein Kapitel oder auch zwei Mitglieder gemeinsam ein Kapitel schrieben. Andere Kommissionen überließen das Schreiben den zur Mitarbeit vertraglich verpflichteten Wissenschaftlern ganz oder zu einem bestimmten Teil, während sie aus ihrer Mitte den oder die anderen Autoren stellten bzw. die Materialsammlung des Wissenschaftlers unterstützten. In jedem Falle sollte sich die Kommission von vornherein anhand von Entwürfen davon überzeugen, ob der oder die für das Schreiben der Betriebsgeschichte in Aussicht genommenen Kollegen wirklich in der Lage sind, geschichtliche Prozesse zu analysieren und darzustellen. Ein gut formulierter agitatorischer Zeitungsartikel oder eine schöngeistige Skizze sollten dafür nicht als Beweis angesehen werden. Wer einen guten Stil beherrscht, muß nicht auch Geschichte untersuchen und schreiben können, obgleich er bei der Überarbeitung der Endfassung des Manuskripts für die Kommission eine nicht hoch genug zu schätzende Kraft sein kann.

Eine Reihe von Versuchen, Schriftstellern das Schreiben der Betriebsgeschichte aufgrund des von den Kommissionen gesammelten historischen Materials zu überlassen, führte zu unveröffentlichten Manuskripten. Das befriedigte weder die Schriftsteller, die ihr Werk gern als Buch gesehen hätten, noch die Kommissionen, die keine Früchte ihrer Arbeit sahen, und am wenigsten die Werkleitungen, die eine oft nicht kleine Honorarsumme gezahlt hatten. Es ist in jedem Falle zu begrüßen, wenn über die betriebliche Entwicklung bzw. aus ihr heraus eine Reportage, eine Novelle oder ein Roman geschaffen wird. Dabei sind zum Teil bewundernswerte, begeisternde und mitreißende Werke entstanden. Diese aber sollten niemals als Betriebsgeschichte bezeichnet oder mit ihr verwechselt werden. Der Schriftsteller hat bei seinem Schaffen die Aufgabe, betriebstypische Ereignisse mit den ihm eigenen Mitteln seiner schöpferischen Phantasie zu gestalten. Bei ihm braucht alles nur allgemeinpolitisch zu stimmen. Von ihm erwarten wir, daß er Einzelheiten schöpferisch gestaltet, sie aus seiner Sicht darstellt. Selbst dort, wo er historische Fakten übernimmt, bettet er sie in Gespräche, Gedanken, Episoden ein, die keiner Überprüfung anhand von geschichtlichen Beweisen standhalten können und sollen. Wer Betriebsgeschichte untersuchen und darstellen will, muß sich all dieser schriftstellerisch-schöpferischen Mittel enthalten. Er hat nur die Aufgabe, verbürgte Fakten und Zusammenhänge zu ermitteln, sie zu analysieren und unter richtiger Berücksichtigung von zeitlichen und räumlichen Bedingungen in ihren echten Beziehungen zueinander sowie zur nationalen und regionalen Geschichte nach Untersuchung der einzelnen sich daraus ergebenden Zusammenhänge darzustellen.

Wichtig ist auch die rechtzeitige Überlegung, auf welche Weise die Betriebsgeschichte zum Druck gebracht werden soll und wie die finanziellen Mittel für dieses Vorhaben eingeplant werden sollen. Betriebsgeschichten bedeutender Betriebe im Umfang von mehreren hundert Seiten können im Verlag Tribüne veröffentlicht werden. An diesen wenden sich Großbetriebe zweckmäßigerweise sofort bei Bildung einer Betriebsgeschichtskommission. Dadurch wird gewährleistet, daß der Verlag rechtzeitig den Herausgabetermin einplanen kann. Außerdem wird dadurch ermöglicht, daß die Verlagslektoren der Kommission bzw. den Autoren die bei Verlagen übliche beratende Unterstützung bei der Erarbeitung des Manuskripts, der Vorbereitung der Ausstattung und Gesamtgestaltung (Auswahl der zu veröffentlichenden Bilder, Faksimiles, des Buchformats usw.) geben können. Diese Beratung kann und will

nicht die Mitarbeit von Wissenschaftlern ersetzen, ergänzt sie aber in sinnvoller Weise.

Da die Betriebsgeschichten über den Buchhandel nur in geringer Zahl verlangt werden, müssen sich die Betriebe verpflichten, bei einer Mindestauflagenhöhe von 3 000 Stück mindestens 90 Prozent abzunehmen.

Die Erfahrungen der letzten fünf Jahre zeigen, daß außerhalb der Verlage jährlich etwa zehn Gesamtbetriebsgeschichten und zehn Veröffentlichungen zu Teilproblemen oder einzelnen Perioden von Betriebsgeschichten herausgegeben werden. Hierbei handelt es sich meist um Broschüren im Umfang von durchschnittlich 70 Seiten, die teilweise von mittleren Betrieben im Eigenverlag herausgegeben werden. In diesen Fällen ist es ratsam, sich rechtzeitig um die benötigte Druckkapazität bzw. die Papierbeschaffung zu bemühen und die erforderliche Druckzeit bis zum beabsichtigten Herausgabetermin einzuplanen.

Jeder Betrieb sollte auch neben der Bereitstellung von Mitteln für die Forschungsarbeit (für Bücherkauf, Anfertigung von Fotokopien, eventuelle Archivreisen, Beratung, Gutachten) daran denken, daß nach Herausgabe der Betriebsgeschichte eine sehr gute Arbeit der Kommissionsmitglieder - wie jede andere Arbeit im Betrieb - einer materiellen Anerkennung bedarf.

Schließlich sollte jede Kommission bereits am Anfang ihrer Arbeit überlegen, wie sie die Mitarbeit der Betriebsangehörigen an der Betriebsgeschichte anregen und organisieren kann. Es gibt Betriebe, in denen oft Hunderte, ja manchmal Tausende Kollegen in dieser oder jener Form bei der Erforschung der Betriebsgeschichte mitgewirkt haben. Um einen möglichst großen Kreis von Betriebsangehörigen für die Mitarbeit zu gewinnen, genügen oftmals nicht Aufrufe durch Betriebszeitung, Betriebsfunk und Wandzeitung. Auch wenn dabei noch so genau gesagt wird, worauf es ankommt. Wichtig sind für die Kollegen die geschichtliche Information, das Vorbild, die Beispielwirkung, an denen sie sich orientieren können, die ihr Augenmerk auf bestimmte entscheidende Ereignisse aus der Geschichte des Betriebes lenken und sie anregen, über ihre eigenen Erlebnisse in dieser Situation nachzudenken. Deshalb sollten über bestimmte geschichtliche Betriebsprobleme aus Rekonstruktionsperioden, aus der Entwicklung des Wettbewerbs, aus den Diskussionen vor und nach Einführung der dritten Schicht usw. von den Kommissionsmitgliedern Artikel in der Betriebszeitung veröffentlicht, Vorträge vor Brigaden, Werkabteilungen oder im Betriebsfunk gehalten werden. Manche daraufhin eingegangene Zuschrift bei der Betriebszeitung, mancher Diskussionsbeitrag zu den Vorträgen hat neue Fakten, kritische Hinweise oder mindestens Anregungen zum wiederholten Durchdenken von Zusammenhängen gegeben. Sie stellen eine nicht zu unterschätzende Mitarbeit an der Betriebsgeschichte dar. Manche Betriebsgeschichtskommissionen haben auch andere Kollegen gewonnen, indem sie Thesen oder kurze Abrisse zur Betriebsgeschichte zur Diskussion stellten.

Nicht nur im eigenen Betrieb gilt es, Helfer für die Betriebsgeschichtsarbeit zu gewinnen. Der VEB Waggonfabrik Niesky hat zum Beispiel mit der Pionierorganisation seiner Patenschule einen Vertrag abgeschlossen. Die Pioniere erhielten Adressen ehemaliger Betriebsangehöriger bzw. ihrer Familien. Bei diesen erkundeten die Pioniere, ob eventuell Bilder, Flugzettel, persönliche Notizen, Briefe und ähnliches, was für die Betriebsgeschichtsschreibung wichtig sein könnte, vorhanden wären. Im Erfolgsfalle baten Kommissionsmitglieder die ehemaligen Kollegen oder ihre Familien, ihnen das Material zeitweilig zur Anfertigung von Fotokopien zu überlassen.

Es ist angebracht, daß sich die Kommission vor, aber auch während ihrer Arbeit überlegt, ob und welche Teilveröffentlichungen zu ihrer Betriebsgeschichte möglich und notwendig sind. Für solche Vorveröffentlichungen zu betriebsgeschichtlichen Teilgebieten sprechen drei gute Gründe:

1. Das Manuskript einer zu veröffentlichenden Betriebsgeschichte umfaßt im Regelfalle nicht mehr als 300 Seiten. In ihm können schon aus Raumgründen keine ausführlichen Darlegungen einzelner Probleme und Entwicklungsprozesse in all ihren Zusammenhängen mit umfangreichen Zitaten aus dem Betriebs- und anderen Archiven sowie aus der Literatur gegeben werden. Hier müssen bereits auf das Allerwesentlichste komprimierte Darstellungen und zusammenfassende Einschätzungen der Entwicklung gegeben werden, wobei nur die wichtigsten der sie beweisenden Belegstellen zitiert werden. Wesentlich umfangreichere Betriebsgeschichten sind erfreuliche, aber leider seltene Ausnahmen, wie die des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer<sup>29</sup> und die des VEB Carl Zeiss Jena<sup>30</sup>. Gerade das letztgenannte Buch mit seinen 942 Seiten beweist das vorher Gesagte, umfassen doch die wissenschaftlichen Vorarbeiten, welche die Autoren hierfür in Dissertationen- und Habilitationsschriften vorlegten, insgesamt fast 2 200 Seiten.<sup>31</sup> Deshalb sollten die materialintensiven Vorarbeiten, welche für eine richtige Lösung vieler Probleme der Betriebsgeschichte notwendig sind, den Betriebsangehörigen in Form von Aufsätzen, Dokumentationen oder auch in ausführlichen Thesen vorgelegt werden.

2. Die Veröffentlichung von Teilen der Betriebsgeschichte ist ein nach verhältnismäßig kurzer Zeit aufzuweisendes erstes Ergebnis der Arbeit der Betriebsgeschichtskommissionen. Sie ist geeignet, den Kommissionsmitgliedern ein Erfolgserlebnis zu vermitteln, das jeder in seiner Arbeit braucht, ganz besonders der, der ehrenamtlich eine bislang ungewohnte Arbeit leistet. Nicht jeder hat die Möglichkeit oder die dazu erforderliche Kraft, öfter kurzfristig eintretende berufliche Erfolgsergebnisse gegen das in der betrieblichen Öffentlichkeit jahrelange Unsichtbarbleiben von Erfolgen in der betriebsgeschichtlichen Arbeit zu kompensieren. Oft sind schon Betriebsgeschichtskommissionen auseinandergebrochen, weil sie zu der Meinung gekommen waren, doch nie fertig zu werden; sie scheiterten daran, jahrelang auf das Erlebnis eines Erfolges warten zu müssen.

3. Durch die Veröffentlichung der Untersuchungen von Teilgebieten der Betriebsgeschichte erhalten alle Betriebsangehörigen Gelegenheit, sich gründlicher und öfter mit der Geschichte des Betriebes zu beschäftigen, als es später mit der endgültigen Fassung der Betriebsgeschichte der Fall sein kann. In relativ kurzen Abständen können sie - wie es zum Beispiel durch die Teilveröffentlichungen im VEB Filmfabrik Wolfen<sup>32</sup> der Fall ist - ihre Geschichtskennntnis anhand der Entwicklung des ihnen vertrauten Betriebes vergrößern. Darüber hinaus werden sie zu Teilnehmern an der Diskussion über diese Veröffentlichungen, können helfen, sie zu ergänzen oder zu berichtigen, manches bislang unbekannte Dokument für die Betriebsgeschichte zu Tage zu fördern, oder andere Betriebsangehörige für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Vorveröffentlichungen können sein; Zeittafeln, Thesen oder Grundrisse der Betriebsgeschichte, Darstellungen zur Entwicklung von einzelnen Betriebsteilen, Werken oder Abteilungen eines Betriebes, zu Einzelproblemen der Entwicklung von Technik, Produktion, Ökonomie, der Lage der Arbeiter, der Arbeiterbewegung und auch zu einzelnen Perioden der Betriebsgeschichte.<sup>33</sup>

29 Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, Bd. 1: Bergarbeiterland im Aufbruch, Berlin 1969; Bd. 2: Bergarbeiterland in Volkes Hand, Berlin 1971.

30 Carl Zeiss Jena, Einst und jetzt. Von einem Autorenkollektiv u. d. Leit. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1962.

31 Titel vgl. Günther, Renate, Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (3. Fortsetzung), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 408.

32 Vgl. Anmerkung 20.

33 Zu Beispielen für betriebsgeschichtliche Teilveröffentlichungen vgl. Radandt, Hans, Neue Aspekte der Betriebsgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 305 - 321.

## 6. Planung der Kommissionsarbeit

Die Ergebnisse der ersten Überlegungen der Kommission werden genutzt, um einen mit der Parteileitung zu beratenden Arbeitsplan auszuarbeiten, der die Grundlage für die weitere Arbeit bildet. Später wird der Arbeitsplan durch die während der Arbeit an der Betriebsgeschichte gesammelten Erfahrungen, durch politische Ereignisse, durch besondere Aufgabenstellungen für den Betrieb, durch zusätzlich übernommene Aufgaben usw. in allen Teilen laufend korrigiert, ergänzt oder erweitert werden müssen. Der Plan muß zu folgenden Punkten klar umrissene, aller Voraussicht nach erfüllbare Festlegungen enthalten:

1. Ziele, geplanter Umfang und zu berücksichtigende Besonderheiten
2. Arbeitsphasen, Verantwortlichkeiten, Termine
3. Anleitung, Selbststudium, Sitzungen.

Ziel der Arbeit kann sein, eine Betriebsgeschichte über die gesamte Zeit des Bestehens des Betriebes zu schreiben oder aber - bei älteren Betrieben - nur über die Zeit ab 1945 bzw. bei einem später durch Betriebszusammenlegung entstandenen größeren Betrieb erst von diesem Zeitpunkt an. Außerdem sollten vielleicht vorher ein kurzer Abriss oder eine Zeittafel erarbeitet, regelmäßig Berichte oder geschichtliche Artikel für die Betriebszeitung geschrieben werden. Hierzu gehören auch Vorstellungen, wie für die Ausstattung des geplanten Buches eventuell Bilder, graphische Darstellungen, Tabellen usw. zu beschaffen sind. Die generelle ideologische Zielsetzung ergibt sich für jede Betriebsgeschichte besonders aus den Dokumenten des jeweils letzten Parteitages der SED bzw. den Dokumenten der letzten Plenen des Zentralkomitees. Diesen untergeordnet, können aber mit den Betriebsgeschichten auch spezielle ideologische Aufgaben erfüllt werden, die sich aus den zu berücksichtigenden Besonderheiten ergeben können (zum Beispiel besonders hoher Anteil von Frauen oder Jugendlichen an den Betriebsangehörigen). Besondere Sorgfalt ist auf die Planung des beabsichtigten Umfangs der Betriebsgeschichte zu legen. Davon hängt die Planung der Arbeitstermine, der zu beschaffenden Druckkapazität und der benötigten Papiermenge ab. Bei dieser Planung wird gewöhnlich von Schreibmaschinenseiten mit je 30 Zeilen ausgegangen. Großbetriebe planen in der Regel die Erarbeitung eines Manuskripts zwischen 200 und 300 Seiten, in manchen Fällen auch sehr viel mehr. Auch die Menge und Größe der zu veröffentlichen Bilder, graphischen Darstellungen, Tabellen, Anhänge, Register usw. ist genau zu planen.

Die in der Darstellung, in Bildern usw. zu berücksichtigenden Besonderheiten des Betriebes können aus seiner besonderen Stellung in der Volkswirtschaft, im sozialistischen Lager oder auf dem gesamten Weltmarkt hervorgehen. Sie können durch die Zusammensetzung der Betriebsangehörigen bedingt sein; Anteil der Frauen, der Jugendlichen, der Intelligenz. Sie können auf der geschichtlichen Entwicklung beruhen: alte und junge revolutionäre Traditionen und andere, Produktionsumstellungen, ehemaliger Konzernbetrieb, Aufbau als sozialistischer Großbetrieb.

Für die Gesamtarbeit ergeben sich drei große Arbeitsphasen, in denen folgende Arbeiten anfallen:

1. Phase: Aufstellung einer Grobdisposition (Kapitelüberschriften mit Kurzangaben des wesentlichen Inhalts), Materialerkundung (durchzuarbeitender Aktenumfang, in welchen Archiven? Welche Bilder, Zeitungen und Zeitschriften müssen in welchem Umfang durchgearbeitet werden? Wieviel Erlebnisberichte sind zu sammeln?), Literaturbeschaffung, Gewinnung von betrieblichen und außerbetrieblichen Beratern, Mitarbeitern, Helfern.
2. Phase: Aufstellung einer Feindisposition (Kapitel- und Abschnittsüberschriften, Stichworte zum Inhalt der Abschnitte mit Kurzangabe des hierfür zu berücksichtigenden Materials), Materialsammlung.

3. Phase: Schreiben der ersten Fassung des Manuskripts, kapitelweise Diskussion, Überarbeitung, Fertigstellung des Manuskripts, Vergleichen der Zitate und Quellenangaben.

Im groben gesehen, folgen diese Arbeitsphasen aufeinander, was jedoch nicht ausschließt, daß manche Arbeiten auch noch weitergeführt werden müssen, während das Manuskript schon geschrieben wird.

Wichtig ist, daß jeder im Arbeitsplan festgehaltene Auftrag mit dem Namen des Verantwortlichen und dem gestellten Termin, eventuell mit Zwischenterminen, versehen wird. Die Betriebsgeschichtskommission des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert", Deuben, hat so-gar mit der Anwendung der Netzwerktechnik gute Erfahrungen gemacht.<sup>34</sup>

So richtig es im allgemeinen ist, Termine nicht zu weit hinauszuschieben, so falsch hat es sich gerade bei der Erarbeitung von Betriebsgeschichten erwiesen, zu kurzfristige Termine zu setzen. Immer muß daran gedacht werden, daß es sich für alle oder mindestens für die meisten um bisher ungewohnte Arbeit handelt, die außerhalb der regulären Arbeitszeit zu erledigen ist. In der Regel muß bis zur Fertigstellung des Manuskripts mit einer Zeitspanne von drei bis vier Jahren gerechnet werden.

Grundsätzlich gehört zur wissenschaftlichen Arbeitsmethode, daß derjenige, der einzelne Kapitel oder Abschnitte schreibt, auch das dazugehörige Akten- und Literaturstudium betreibt. Nur aus der Einheit von Studium, sich daraus ergebender Analyse der Fakten, ihrer dialektischen Zuordnung, Durchdenken der erkannten Probleme und Darstellung der als richtig erkannten Ergebnisse erwächst eine Forschungsarbeit. Der Betriebsgeschichtsschreiber - nennen wir ihn hier einmal "Schreiber" - muß Forscher sein. Schon die von anderen Mitgliedern der Kommission getroffene Auswahl der durchzuarbeitenden Akten und Literatur kann unvollkommen sein. Erst recht nachteilig kann es sich auf die Gesamtarbeit auswirken, wenn der "Schreiber" nur vorbereitetes Material in Form von Zitaten oder Zusammenfassungen aus Akten und Literatur erhält. Eine solche Arbeitsweise würde keine analytische Arbeit durch den "Schreiber" zulassen, sondern seine Gedanken auf das vorbereitete Material einengen, keine selbstschöpferische Arbeit zulassen und ihn nur zum Interpretieren der ihm überlassenen Auszüge machen. Die wissenschaftliche Arbeitsmethode schließt jedoch nicht aus, sondern fordert sogar, daß dem "Schreiber" bestimmte Informationen durch andere gegeben werden. Das können Zeittafeln, Statistiken, Hinweise auf Archivalien bzw. Literatur sein. Es kann sich auch um bestimmte von ihm erbetene Zusammenstellungen oder Auszüge bzw. Fotokopien aus von ihm durchgearbeitetem Material handeln. Bei der Aufstellung des Planes ist deshalb zu berücksichtigen, wer den oder die "Schreiber", das heißt die eigentlichen Betriebsgeschichtsforscher, in ihrer Arbeit unterstützt. Es ist ratsam, die Sitzungstermine der Kommission in festgelegten Zeitabständen für einen bestimmten Wochentag einzuplanen.

Im Plan muß festgehalten werden, wer die Kommission wie anleitet bzw. welche Literatur (Anleitungsschriften, Geschichtswerke) von allen Kommissionsmitgliedern bis zu welchem Termin im Selbststudium durchgearbeitet werden muß und wann Diskussionen über die darin behandelten Probleme stattfinden sollen.

In den Sitzungen macht sich die Kommission mit Fragen des allgemeinen Inhalts von Betriebsgeschichten vertraut und überlegt sich, welchen speziellen Inhalt sie der von ihr zu schaffenden Betriebsgeschichte aufgrund der Besonderheiten ihres Betriebes geben will. Damit verbunden bzw. daran anschließend wird sie sich mit den Quellen und mit den beider Materialsammlung zu beachtenden Regeln beschäftigen.

<sup>34</sup> Fleischer, Inge, a. a. O.

## 7. Inhalt der Betriebsgeschichte

Wenn hier Einzelfragen des Inhalts von Betriebsgeschichten behandelt werden, dann heißt das nicht etwa, daß in jeder Betriebsgeschichte alle oder nur diese Punkte berücksichtigt werden sollten, auch nicht, daß keine andere Reihenfolge - allerdings unter Beachtung der geschichtlichen Zusammenhänge - möglich wäre. Diese Anleitung ist als Zusammenfassung vieler Anregungen, nicht aber als starres Schema aufzufassen.

Karl Marx und Friedrich Engels sagten im "Kommunistischen Manifest":

"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."<sup>35</sup>

Dem muß die lebenswahre Wiedergabe der Geschichte, auch die der Geschichte eines Betriebes entsprechen. Das wichtigste Anliegen der Betriebsgeschichte ist es, Entwicklung, Inhalt und Form der Klassenkämpfe im Betrieb in all ihren Wechselbeziehungen, Einflüssen und Beeinflussungen im Rahmen des gesamten gesetzmäßigen historischen Prozesses zu analysieren und darzustellen. Anhand der betrieblichen Entwicklung ist die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse der Strategie und Taktik der Bourgeoisie richtig gegenüberzustellen. Dabei sind die Widersprüche innerhalb der Klassen bzw. zwischen ihren Kampforganisationen zu berücksichtigen, so die zwei Klassenlinien in der deutschen Arbeiterbewegung einerseits und die monopolistische und nichtmonopolistische Bourgeoisie andererseits.

Im Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften<sup>36</sup> ist auf die außerordentlich große Bedeutung hingewiesen worden, die Entwicklung der Epoche des Sozialismus in der DDR zu untersuchen. Um die Erfahrungen, die bei der größten revolutionären Umwälzung in der deutschen Geschichte gesammelt wurden, zu vermitteln, sollten alle Betriebsgeschichtskommissionen der Geschichtsschreibung über die Zeit nach 1945 besondere Beachtung schenken. Dabei ist auszugehen von dem neuen Inhalt der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR sowie von dem Aufbau und der Weiterentwicklung des Sozialismus. Besonders wichtig ist dabei die Ausarbeitung der Geschichte neu errichteter sozialistischer Großbetriebe.

Im Jahre 1931 machte Maxim Gorki in der Sowjetunion den Vorschlag, eine Serie von Sammelbänden zur "Geschichte der Betriebe" herauszugeben. Das Zentralkomitee der KPdSU (B), das diesem Vorhaben große Bedeutung beimaß, faßte am 10. Oktober 1931 einen Beschluß, in dem folgende Forderungen an den Inhalt dieser Sammelbände gestellt wurden:

"Diese sollen ein Bild von der Entwicklung der alten und der Entstehung der neuen Werke geben sowie von ihrer Rolle in der Wirtschaft des Landes, von der Lage der Arbeiter vor der Revolution, von den Formen und Methoden der Ausbeutung in den alten Werken, dem Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer, von den Lebensbedingungen, von der Entstehung revolutionärer Organisationen und der Rolle jedes Werkes innerhalb der revolutionären Bewegung, der Rolle des Werkes und der veränderten Lage im Werk nach der Revolution, den Wandlungen im Wesen des Arbeiters; von der Massenbewegung der Aktivisten, dem sozialistischen Wettbewerb und dem Ansteigen der Produktion während der letzten Jahre."<sup>37</sup>

Nach diesem Beschluß, der im wesentlichen den Inhalt umreißt, den eine Betriebsgeschichte auch bei uns haben sollte, wird in der Sowjetunion - wie die Veröffentlichung umfangrei-

<sup>35</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 462.

<sup>36</sup> Einheit, Nr. 2/1972, S. 169 ff.

<sup>37</sup> A. M. Gorki und die Geschichte der Fabriken und Werke, Berlin 1964, S. 42.

cher wissenschaftlich erarbeiteter Betriebsgeschichten beweist - erfolgreich gearbeitet.

Die Geschichte jedes Betriebes muß in enger Verbindung mit der regionalen Geschichte<sup>38</sup>, mit der allgemeinen Geschichte<sup>39</sup> und vor allem mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung<sup>40</sup> dargestellt werden.

Mit vielen allgemeinen geschichtlichen Ereignissen waren und sind der Betrieb, seine früheren und heutigen Eigentümer in verschiedener Beziehung eng verbunden. Denken wir an die imperialistischen Raubkriege, Inflationserscheinungen oder die zyklischen Krisen, an die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse oder an die faschistische Verfolgung und Ausbeutung im Kapitalismus. Heute nimmt jeder Betrieb unserer Republik teil am umfassenden Aufbau und an der Sicherung des Sozialismus, am Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa und am Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der SED, durch den sozialistischen Wettbewerb die Arbeitsproduktivität zu erhöhen sowie die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern.

Bei allem gilt es zu beachten, daß eine Betriebsgeschichte nie eine bloße Aufzählung sein darf. So vielfältig auch darin das Leben geschildert werden soll, ist doch der historische Zusammenhang der Ereignisse ständig zu wahren. Dem Ziel, die gesetzmäßige Entwicklung darzustellen, sind die Einzelbeispiele unterzuordnen. In der Regel sind nur besonders typische Beispiele ausführlich zu behandeln, während ihre Gesamtheit für ein bestimmtes Problem ihrer Bedeutung nach allgemein zusammengefaßt dargestellt werden muß.

Auf die Fragen: Was war typisch für die gesetzmäßige Entwicklung in einer bestimmten Periode für Deutschland vor 1945 oder für das Gebiet der DDR nach 1945? Was war typisch für den betreffenden Betrieb? werden nicht immer gleichlautende Antworten zu geben sein. Beides muß nicht übereinstimmen. Die gesetzmäßige Entwicklung setzt sich nicht gradlinig, übereinstimmend, ohne Widersprüche durch. Es wäre falsch, diese für die allgemeine Entwicklung untypischen, für die Geschichte des Betriebes aber typischen Erscheinungen unter den Tisch fallen zu lassen, weil sie "nicht in die gesetzmäßige Entwicklung passen". Wichtig ist aber bei der Darstellung solcher Beispiele, sie der gesetzmäßigen allgemeinen Entwicklung gegenüberzustellen und zu erläutern, unter welchen besonderen Bedingungen sich im Betrieb andere Erscheinungen zeigten.

Die führende Rolle der revolutionären Arbeiterpartei muß sich wie ein roter Faden durch die gesamte Betriebsgeschichte ziehen.<sup>41</sup> Es kann keine Betriebsgeschichte geschrieben werden, ohne die Bedeutung der Parteiarbeit im Betrieb hervorzuheben. Ebenso wenig sollte die Arbeiterbewegung des Betriebes dargestellt werden, ohne auf jene Faktoren einzugehen, die ihre Herausbildung bedingten. In den betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen über die kapitalistische Zeit muß von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, von der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte, der Maschinen, Produktions-

38 Vgl. hierzu Wächtler, Eberhard, Einige Bemerkungen zur besonderen Stellung der Betriebsgeschichtsschreibung innerhalb der Heimatgeschichtsschreibung und ihre Tradition in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, S. 201 - 220.

39 Vgl. hierzu Betriebsgeschichte und allgemeine Geschichte, a. a. O.

40 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 - 8, Berlin 1966.

41 Radandt, Irmgard, Wie muß sich in einer Betriebsgeschichte die führende Rolle der Partei widerspiegeln?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 1, S. 171; vgl. auch Puchert, Berthold, Kampf um den Aufbau des Sozialismus, in: ebenda 1964, T. 2/3, S. 474 - 485; Berthold, Rudolf, Modell einer agraren Betriebsgeschichte, in: ebenda 1968, T. 2, S. 295 - 303; Radandt, Hans, Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben, in: ebenda 1969, T. 4, S. 181 - 191.

und Transporteinrichtungen, und der sich in enger Wechselwirkung damit entwickelnden Lage der Arbeiter, ihren Arbeits- und Lebensbedingungen unter den Verhältnissen der Ausbeutung ausgegangen werden. Die Erscheinungsformen und der Wandel der Ausbeutungsmethoden müssen gezeigt werden. Die von vielen Faktoren abhängige soziologische Struktur der Beschäftigten nach Herkunft und Qualifikation ist in ihrer Entwicklung zu untersuchen. Damit werden die Verhältnisse dargelegt, unter denen sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus in jedem Betrieb entwickelte. In ihr und mit ihr erst konnte sich die Arbeiterbewegung herausbilden, auf sie ideologisch einwirken, sie organisieren, konnte die revolutionäre Partei zu ihrem bewußten Vortrupp werden. Nach 1945 wurde unter Führung der Partei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, sozialistische Produktionsverhältnisse wurden geschaffen, die Produktivkräfte wurden aus der Kenntnis der Grundgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung bewußt und planmäßig zielgerichtet weiterentwickelt, um die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Es entstand nicht einfach eine neue Arbeiterklasse, sondern ihr Bewußtsein wandelte sich unter den neuen unter ihrer Macht stehenden sozialistischen Produktionsverhältnissen unter Führung der Partei in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und der Arbeits- und Lebensbedingungen vom Bewußtsein des Ausgebeuteten zum Bewußtsein des sozialistischen Eigentümers. Dieser sozialistische Eigentümer bestimmt im Betrieb unter Führung der Partei selbst mit über alle wichtigen Fragen der Produktion und Ökonomie, des Wettbewerbs und der weiteren Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Partei selbst lehrt ihn, zu seinem eigenen Nutzen die sozialistische Demokratie im Betrieb zu entwickeln, und sie hilft ihm, sich unter diesen Bedingungen zur sozialistischen Persönlichkeit zu entfalten. Unter der Führung der Partei änderte sich auch die soziologische Struktur der Beschäftigten im Betrieb nach Herkunft und Qualifikation, denn sie beeinflusst jetzt bewußt jene vielen Faktoren, die früher teilweise zufällig oder unorganisiert auf die Struktur wirkten.

Damit sind die Verhältnisse in groben Zügen umrissen, unter denen sich die Arbeiterklasse im sozialistischen Betrieb entwickelt. In ihr und mit ihr entwickelt sich die Arbeiterbewegung weiter. Aus der Arbeiterklasse gewinnt die Partei im wesentlichen ihre neuen Kräfte, auf die Arbeiterklasse wirkt sie zurück, zieht sie heran, lehrt sie, die Macht auszuüben und zum Wohle aller Menschen zu gebrauchen.

Dieser Prozeß, der hier nur in wenigen Sätzen dargelegt werden konnte, vollzog sich und vollzieht sich in tausendfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen in der Entwicklung eines Betriebes. In seine detaillierte Darstellung muß die fortwährende ideologische Arbeit der Partei im Betrieb, ihr Ringen um ideologische Klarheit unter den Werktätigen des Betriebes einbezogen werden. Sie muß so lebensnah in das Dargestellte einfließen, wie estag-tätlich im Betrieb durch Betriebszeitungen, Betriebsfunk, Bildungsstätten der SED, Wandzeitungen, Zirkel, Bildungsabende, Versammlungen und nicht zuletzt in persönlichen Gesprächen zu spüren ist.

Dazu müssen die Betriebsgeschichten unter anderem den komplizierten und widerspruchsvollen, aber erfolgreichen Prozeß zeigen, in dem jene grundlegenden Aufgaben, welche die II. Parteikonferenz der SED<sup>42</sup> 1952 stellte, erfüllt worden sind<sup>43</sup>:

1. Rekonstruktion und Planerfüllung,
2. den sozialistischen Wettbewerb im Zusammenhang mit der ideologischen Weiterbildung zu entwickeln,
3. die Bündnispolitik mit den werktätigen Bauern zu festigen,

42 Vgl. Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952.

43 Vgl. Radandt, Hans, Zur Darstellung des sozialistischen Aufbaus in Betriebsgeschichten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 313 - 320.



4. eine neue Intelligenz heranzubilden,
5. die Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft zu verbreiten und aus sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus zu lernen,
6. die Frauen gleichberechtigt in die Aufbauarbeit einzubeziehen,
7. ein sozialistisches Kulturleben zu entfalten.

Auch die Erfüllung der später von der Partei gestellten Aufgaben, wie zum Beispiel die Verteidigungsbereitschaft durch die Kampfgruppen sowie die Gesellschaft für Sport und Technik in den Betrieben zu stärken, die Massenbedarfsgüterproduktion zu erhöhen und die Arbeits- und Lebensbedürfnisse besser zu befriedigen, muß die Betriebsgeschichte darstellen.

Die Gewerkschaft als Schule des Sozialismus, als Interessenvertreterin der Werktätigen des Betriebes ist besonders bei der Darstellung der Entwicklung der sozialistischen Wettbewerbsbewegung und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als mitwirkende bzw. führende Kraft zu würdigen.

Die Entwicklung der übrigen Massenorganisationen im Betrieb sollte jeweils an der Stelle, an der ihrer Bildung oder den Höhepunkten ihrer Tätigkeit besonderes Augenmerk geschenkt wird, zusammengefaßt erwähnt werden: die FDJ im Zusammenhang mit den Weltfestspielen in Berlin 1973, die DSF in Anknüpfung an den Besuch einer Persönlichkeit aus der Sowjetunion, die Kampfgruppen im Zusammenhang mit ihrer Bildung nach dem konterrevolutionären Putschversuch vom 17. Juni 1953, die BSG anläßlich ihrer besonderen sportlichen Höhepunkte.

Besondere Würdigung verdienen alle bedeutenden Traditionen des Betriebes. Wir wollen keinen Betriebsegoismus entwickeln, wohl aber einen gesunden Stolz der sozialistischen Eigentümer auf ihren Betrieb und seine Traditionen. Es gibt Betriebe mit durchaus verschiedenen Traditionen, Überlieferungen, von denen das Bewußtsein vieler Menschen mitbestimmt wird und werden kann. Dazu gehören Traditionen in der Arbeiterbewegung, die Teilnahme der Arbeiter an revolutionären Kämpfen, an bedeutenden Streiks und am Widerstandskampf gegen den Faschismus. Dazu gehört auch die von den Arbeitern im Kapitalismus geleistete Qualitätsarbeit und die schöpferische Rolle der Arbeiter in der Produktion - beides Merkmale großartiger Fähigkeiten der Arbeiterklasse, die früher auf verschiedenste Weise von Kapitalisten für ihre Zwecke entwickelt und ausgenutzt wurden. Bei der Darstellung der betrieblichen Traditionen sollte aber auch auf jene Erscheinungen geachtet werden, die von Konzernherren früher als "Traditionen" gepriesen worden sind, in Wirklichkeit aber nur dem kapitalistischen Ausbeutungssystem dienen. Solche negativen Traditionen reichen vom Geschenk einer goldenen Uhr an Arbeiter zum fünfzigjährigen Betriebsjubiläum bis zur "Tradition", jährlich als "nationalsozialistischer Musterbetrieb" ausgezeichnet zu werden. Eine Reihe von volkseigenen Gütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kann für die Zeit des Kapitalismus auf Traditionen in der Landarbeiterbewegung, aber auch auf solche in der Erzeugung von hervorragendem Saatgut oder in der Viehzucht zurückblicken. Besondere wissenschaftliche Leistungen der Intelligenz im kapitalistischen Vorgängerbetrieb, ihre Stellung im Betrieb und ihre Beziehung zur Arbeiterklasse dürfen nicht unbeachtet bleiben. Auch dann, wenn der Betreffende selbst Kapitalist, Gründer oder Eigentümer des früheren Betriebes war, wie Hermann Gruson, Hugo Junkers, Werner von Siemens, Ernst Abbe, Otto Schott, muß seine wissenschaftliche Leistung als historisch bleibende Tat eines deutschen Wissenschaftlers herausgestellt werden, ohne daß darauf verzichtet wird, auf seine historisch vergängliche Rolle als Monopolist einzugehen.

Hervorzuheben sind vor allem auch die jungen Traditionen, welche in den sozialistischen Betrieben entwickelt wurden, Traditionen der Plantreue, der Wettbewerbsbewegung, der

sozialistischen Hilfeleistung, der Freundschaft zur Sowjetunion, der Entwicklung der Kampfgruppen, der Kultur, des Sports usw.

Auch die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gilt es in geeigneter Weise zu vermitteln. Viele Betriebe tragen Namen von bedeutenden Partei- oder Gewerkschaftsführern. Denen revolutionäre Taten sollten in der Betriebsgeschichte an geeigneter Stelle Erwähnung finden.<sup>44</sup>

In den neuen Industriebetrieben, die erst in der Zeit des Aufbaus und der Vollendung des Sozialismus geschaffen wurden, begegnet die Betriebsgeschichtsschreibung in bestimmten Fragen anderen Bedingungen als in den Betrieben, die aus der Zeit des Kapitalismus übernommen wurden. Sie sind von Anfang an Bestandteil der sozialistischen Industrialisierung. Deshalb sollte ihre Geschichte zeigen, wie von Partei und Regierung die Weichen für die volkswirtschaftliche Entwicklung gestellt worden sind und welche konkreten Überlegungen zum Aufbau des betreffenden Betriebes führten. Es muß dargestellt werden, wie Partei und Regierung auf den verschiedenen Gebieten die Voraussetzungen für den Bau des Betriebes schufen, zum Beispiel auf politisch-ideologischem, wissenschaftlich-technischem, ökonomischem Gebiet und nicht zuletzt denen der Standortplanung, der Berufsausbildung sowie der Sorge um den Menschen. In der Aufbauperiode ist unter anderem zu berücksichtigen, daß der Aufbau des Werkes, die beginnende Produktion in fertiggestellten Betriebsteilen sowie deren Weiterentwicklung nebeneinander hergehen und ineinander übergreifen. Das ist ein Prozeß, der nicht nur allgemein von Menschen in enger Wechselwirkung mit ihrer politisch-ideologischen und technisch-ökonomischen Entwicklung in voneinander getrennten Bereichen von Aufbau und Produktion gestaltet wird. Diese Bereiche sind in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge vielmehr ganz eng miteinander verbunden durch einen Teil der Werktätigen, die am Aufbau des Betriebes beteiligt waren, in dieser Zeit bereits für einen bestimmten Arbeitsplatz im Werk ausgebildet wurden und diesen dann nach Fertigstellung des betreffenden Bauabschnittes einnahmen. Oft sind das junge Menschen, deren Anteil in den neuen Betrieben meist überwiegt. Einmal, weil jugendliche Arbeiter noch nicht an Familie, Wohnung oder Arbeitsplatz so gebunden sind wie ältere. Zum anderen, weil es sich zum Teil um Jugendobjekte handelt, für die die FDJ die Jugendlichen geworben und delegiert hat. Die neuen Betriebe sind oft eng mit dem Aufbau neuer Städte oder Stadtteile verbunden, die als sozialistische Städte mit ihren Nachfolgeeinrichtungen von den sozialistischen Eigentümern der Betriebe mitgeplant, mitgebaut und mitverwaltet werden. Die Geschichte der neuen Industriebetriebe bietet auch eine Fülle von Beispielen für sozialistische Integration und sozialistischen Internationalismus, die es in der Betriebsgeschichte gebührend hervorzuheben gilt.

Die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, die in den alten Betrieben ohnehin bei der Betrachtung ihrer kapitalistischen Zeit geführt wird, kann durch Auseinandersetzungen mit den kapitalistischen Firmenfestschriften aus dieser Zeit erweitert werden.<sup>45</sup> Für die alten und jungen Betriebe gibt die vom Imperialismus geführte materielle und ideologische Diversion viele Anhaltspunkte hierfür.

Wenn in der Folge ein kurzer Abriss einiger Punkte gegeben wird, die in einer Betriebsgeschichte behandelt werden müssen, dann sollen damit Anregungen gegeben werden, die im Betrieb nach den vorhandenen Möglichkeiten aufgegriffen werden sollten. Damit soll jedoch kein Anspruch auf eine vollständige Erwähnung aller überhaupt in einer Betriebsgeschichte zu behandelnden Fragen erhoben werden. Nicht oft genug kann darauf hingewiesen werden,

44 Vgl. Beyreuther, Wolfgang, Die ganze Klasse mit ihrer Geschichte der Arbeiterbewegung vertraut machen. Referat auf der 14. Bundesvorstandssitzung des FDGB, Sonderdruck der Tribüne vom 20. 8. 1962, S. 13.

45 Vgl. Anmerkung 16.

daß die Darstellung aller Entwicklungsprozesse im Betrieb überall dort, wo wichtige Zusammenhänge und Wechselbeziehungen bestehen, im Zusammenhang mit der nationalen und regionalen Geschichte erfolgen muß.

Die hier systematisierte Reihenfolge einzelner Aspekte soll anregenden Charakter für die Materialzusammenstellung - nicht nur für die Reihenfolge der Darstellung - haben. Selbstverständlich verlangt eine populärwissenschaftliche Gestaltung oftmals, andere Zusammenhänge herzustellen, ohne aber im großen und ganzen die chronologische Aufeinanderfolge außer acht zu lassen.

Für alle genannten Punkte gilt, daß sie nicht nur einmal, zu einer bestimmten Zeit an einem Beispiel geschildert werden dürfen, sondern daß ihre Entwicklung im Zusammenhang mit den anderen genannten Faktoren untersucht und dargestellt oder wenigstens kurz eingeschätzt werden muß.

Zu berücksichtigen sind bei der Materialsammlung und der Darstellung der Betriebsgeschichte in den einzelnen Gesellschaftsordnungen die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, der Produktivkräfte, der Produktion, der Lage der Arbeiter und der anderen Werk-tätigen und die Entwicklung des Klassenkampfes. Beim Quellenstudium zur Geschichte des Betriebes im Kapitalismus und im Sozialismus sind entsprechend den jeweiligen Verhältnissen in den Betrieben unter anderem folgende Erscheinungen einzubeziehen:

#### A Zum Inhalt der Betriebsgeschichte im Kapitalismus

##### Entwicklung der Produktionsverhältnisse:

- a) Gründung und Betriebsgröße, Rolle und Bedeutung des Betriebes in dem Produktions- und Wirtschaftszweig oder in regionaler und nationaler Beziehung im Zusammenhang mit seinen Eigentümern (Einzelunternehmer, Gesellschafter, Großaktionäre);
- b) Profite und Leben der Unternehmer; ihre Stellung in Wirtschaft und Politik sowie im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Tätigkeit in oder Beziehungen zu Unternehmerverbänden, politischen Verbänden und Parteien sowie zum Staatsapparat); Beteiligung des Betriebes bzw. des Konzerns, zu dem er gehörte, an der Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Raubkriege;
- c) Verflechtung mit inländischem und gegebenenfalls mit ausländischem Kapital. Kapital-export und Raub aus während des Krieges besetzten Gebieten;
- d) Zugehörigkeit zu Kartellen und Stellung in ihnen;
- e) Rolle des Betriebes im Konkurrenzkampf auf dem In- und Auslandsmarkt.

##### Entwicklung der Produktivkräfte:

Entwicklung der Qualifizierung und der Arbeitserfahrung der produktiv tätigen Menschen, schöpferische Rolle der Intelligenz im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktionsinstrumente (Maschinen, Gefäß- und Behältersystem, Beförderungseinrichtungen der Produktion, Technologie und Organisation der Produktion).

##### Entwicklung der Produktion:

- a) Quantität und Qualität der Produkte;
- b) Arbeitsproduktivität.

## Entwicklung der Lage der Arbeiter und der anderen Werktätigen:

- a) allgemeine Arbeitsbedingungen (Arbeitsordnungen, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsmilieu usw.);
- b) vom Profitinteresse der Unternehmer abhängiger Schutz der Arbeiter in der Produktion (Arbeitsschutzvorrichtungen, Betriebsunfälle, Berufskrankheiten, hygienische Einrichtungen, Krankenkassen, Haftpflichtversicherung, medizinische Betreuung usw.);
- c) Folgen der kapitalistischen Rationalisierung für die Arbeiter;
- d) Lebens-, Wohn-, Gesundheitsverhältnisse, kulturelles Leben.

## Entwicklung des Klassenkampfes im Betrieb:

- a) soziale Struktur, Organisiertheit und Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, ihre Beeinflussung durch politische, ökonomische und soziale Faktoren;
- b) Rolle der Gewerkschaften im Betrieb, Unterschiede in Zielsetzung und Einfluß auf die Gesamtbelegschaft;
- c) Rolle der SPD im Betrieb; Einfluß von Revisionismus und Zentrismus; linke Sozialdemokraten, Herausbildung der zwei Klassenlinien; Haltung der SPD-Arbeiter zur Aktions-einheit der Arbeiterklasse; USPD und Spartakusbund als Übergangsformen zur revolutionären Arbeiterpartei;
- d) Rolle der KPD im Betrieb; ihr Kampf als revolutionärste Kraft für die politischen und sozialen Interessen der Arbeiter, für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, gegen die falschen und schädlichen Auffassungen rechter SPD- und Gewerkschaftsführer; ihr konsequentes Auftreten gegenüber den Umtrieben von Arbeiterverrättern; kommunistische Betriebszeitungen und kommunistische Haus- und Landagitation;
- e) Zusammenarbeit des Unternehmers mit reaktionären Parteien und Organisationen im Betrieb (Gelbe Gewerkschaften, Technische Nothilfe, Stahlhelm, NSBO, DAF usw.); Aussperrungen, kapitalistische Werkzeitungen, Werkfunk, Betriebsappelle, Vertrauensrat; Zusammenarbeit des Unternehmers mit dem Staatsapparat (Hinzuziehung von Militär bei Streiks, Übergabe von Arbeitern an die Gestapo usw.) und mit den Arbeitgeberverbänden (schwarze Listen, Streikkassen der Unternehmer, Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung);
- f) Arbeiter- und Angestelltenvertretungen (Arbeiter- und Angestelltenausschuß bzw. -rat, Betriebsrat);
- g) Entwicklung ökonomischer Streiks zu politischen Solidaritätsaktionen, Teilnahme der Arbeiter an revolutionären Kämpfen; Kampf gegen Krieg und Faschismus, illegale Arbeit, Widerstandskampf.

## B Zum Inhalt der Betriebsgeschichte in der Epoche des Aufbaus und der Vollendung des Sozialismus

Prinzipieller Ausgangspunkt der Darstellung der Betriebsgeschichte nach 1945 muß der historische Prozeß sein, in dem die Überreste des Imperialismus beseitigt, die antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen, die Diktatur des Proletariats errichtet und der Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen wurde - all das unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

## Entwicklung der Produktionsverhältnisse:

- a) Übernahme des Betriebes in Volkseigentum, Gründung als sozialistischer Betrieb; Entwicklung der Betriebsgröße, der Rolle und Bedeutung des Betriebes in dem Produktions- oder Wirtschaftszweig, im regionalen und nationalen Rahmen bzw. innerhalb der Arbeitsteilung im sozialistischen Lager;
- b) planmäßiger Ausbau des Werkgeländes und der Produktionsanlagen.

## Entwicklung der Produktivkräfte:

Entwicklung der Qualifizierung und der Arbeitserfahrung der produktiv arbeitenden Menschen unter den Bedingungen der von der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Arbeit, sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Neuerer, Arbeiterforscher, Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten im Zusammenhang mit der planmäßigen Entwicklung der Produktionsinstrumente und der Verwirklichung des Planes Neue Technik; Entwicklung der Technologie, Standardisierung, Typisierung, Rekonstruktion, sozialistische Rationalisierung, Produktionsorganisation, Ausweitung, Spezialisierung, sozialistische Arbeitsteilung.

## Entwicklung der Produktion und der ökonomischen Leistung:

- a) Quantität und Qualität der Produkte, Verhältnis zum Weltniveau;
- b) Arbeitsproduktivität;
- c) Planung, Planerfüllung, Rentabilität.

## Entwicklung der Lage der Werktätigen:

- a) allgemeine Arbeitsbedingungen (Betriebsordnung, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsmilieu, Arbeitsstätten usw.);
- b) steigender Schutz der Arbeiter in der Produktion (Arbeitsschutzvorrichtungen, Betriebsunfälle, Berufskrankheiten, hygienische Einrichtungen, Sozialversicherung, medizinische Betreuung usw.);
- c) Lebensverhältnisse, Wohnverhältnisse, Gesundheitsverhältnisse, soziale Einrichtungen des Betriebes (Sanatorien, Kindergärten, Ferienheime, Sportanlagen usw.), kulturelles Leben;
- d) Qualifizierung und Bildung durch vielfältige Möglichkeiten.

## Entwicklung des Klassenkampfes zu und in höheren Formen:

- a) neue Ausgangspositionen und Schwerpunkte des Klassenkampfes nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse;
- b) soziale Struktur, Organisiertheit und Bewußtseinsentwicklung der Werktätigen;
- c) Rolle der SED (bis 1946 der KPD und der SPD), des FDGB, der FDJ sowie anderer Massenorganisationen im Betrieb bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und

der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse; Bildungsstätten der SED, Betriebszeitungen, Betriebsfunk, internationale proletarische Solidarität;

- d) Maßnahmen des Klassenfeindes zur Störung und Desorganisierung der Produktion, zu Versuchen des Sturzes der Arbeiter- und -Bauern-Macht, Bekämpfung und Überwindung dieser materiellen und ideologischen Diversionsakte durch die Betriebsangehörigen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse (auch Kampfgruppen, Delegierung von Arbeitern zur Nationalen Volksarmee und zur Deutschen Volkspolizei);
- e) Aktivistin- und Neuererbewegung, sozialistische Brigaden, sozialistischer Wettbewerb, Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, Prämiensystem;
- f) Heranführung von Werktätigen an die Leitung des Staates; Kandidatenvorschläge für Volksvertretungen, Delegierungen in leitende Funktionen der sozialistischen Wirtschaft und des Staatsapparates; sozialistische Demokratie im Betrieb, Teilnahme der Betriebsangehörigen an Planung und Leitung; Patenschaftstätigkeit.

Bei der in der Regel chronologischen Gliederung der Betriebsgeschichte muß die Wahl der Zeitabschnitte oder Perioden nach bestimmten Gesichtspunkten erfolgen. Generell sollten in der Gesamtdarstellung die Hauptperioden und Perioden, wie sie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung herausgebildet hat, berücksichtigt werden (1. Hauptperiode: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung bis 1871; 2. Hauptperiode: 1871 bis 1900; 3. Hauptperiode: 1900 bis 1917; 4. Hauptperiode: 1917 bis 1945; 5. Hauptperiode: ab 1945).<sup>46</sup> Besonders die Perioden in der Zeit nach 1945 (1945 bis 1949, 1949 bis 1955, 1956 bis 1961 und 1961 bis zur Gegenwart) spielen dabei eine große Rolle.

Es ist durchaus möglich, die Einteilung so vorzunehmen, daß sich jeweils ein oder mehrere Kapitel auf einen Hauptabschnitt beziehen, zeitlich mit ihm beginnen und enden. Wie die Periodisierung der Betriebsgeschichte den Hauptperioden untergeordnet werden kann, zeigt ein Beispiel für die Abgrenzung von der 2. zur 3. Hauptperiode mit dem Stichjahr 1900, jenem Jahr, in dem nach Lenin die Übergangsperiode zum Imperialismus im internationalen Maßstab endet. Selbstverständlich gab es aber auch in Deutschland einzelne Konzerne, die bereits Jahre oder Jahrzehnte vorher gewisse von Lenin entwickelte typische Merkmale des Imperialismus zeigten, wie es auch viele Konzerne gab, die sie erst später entwickelten. Der Beginn des Imperialismus wird deswegen nicht etwa in solchen Betriebsgeschichten mit 1890 oder 1920 datiert werden. Die Entwicklung imperialistischer Merkmale vor 1900 kann sehr gut als eine noch nicht allgemein typische Erscheinung in der Übergangsperiode zum Imperialismus dargestellt werden. Ab 1900 aber existierte jeder Betrieb, gleichgültig, ob er ein Konzern war oder je einer wurde, unter imperialistischen Bedingungen, und deshalb ist dieses Jahr für die Periodisierung einer jeden Betriebsgeschichte wichtig. Das schließt nicht aus, daß jener Betrieb, der zum Beispiel ab 1925 zu einem Konzern gehörte, mit diesem Jahr ein neues Kapitel seiner Betriebsgeschichte beginnt. Für die einzelnen Perioden, besonders nach 1945, gilt es, daraus einen allgemein gültigen Grundsatz zu schlußfolgern. Jeder Betrieb hat besondere Höhepunkte in seiner eigenen Entwicklung, deren Daten sich selten mit denen der einzelnen Perioden der nationalen Geschichte decken. Da sich aber jeder Betrieb mit der nationalen Geschichte vielfältig verwoben entwickelte und stets mehr oder minder, direkt oder indirekt von den Grundzügen einer jeden Periode beeinflusst wurde, muß dies in der Betriebsgeschichte erkennbar gemacht werden. Dabei kann die Behandlung mehrerer Perioden in einem Kapitel erfolgen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß bei ganz besonderen Höhepunkten, zum Beispiel völlige Umstellung des Betriebes auf eine neue Produktion, auch mitten in einer Periode ein neues Kapitel begonnen werden kann. In einem solchen Falle sollten, soweit möglich, allgemeine Einflüsse dieser Periode, soweit

<sup>46</sup> Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 - 8, a. a. O.

sie nicht direkt mit der Betriebsumstellung zu tun haben, in dem vorausgehenden Kapitel abschließend behandelt werden.

## 8. Quellen zur Erforschung der Betriebsgeschichte

Grundlage für die Erarbeitung von Betriebsgeschichten sind die Quellen, das heißt in diesem speziellen Fall Unterlagen, die uns Erkenntnisse, Äußerungen oder Tatsachen über Ereignisse in der Geschichte eines Betriebes und deren Zusammenhänge mit der nationalen Geschichte oder Geschichte der Arbeiterbewegung, der Geschichte der Produktivkräfte, der Geschichte des Industriezweiges, der Heimatgeschichte usw. vermitteln. Dabei kann es sich um gedruckte, vervielfältigte, hand- oder maschinengeschriebene Schriften, Dokumente, Bilder, Filme, Zeichnungen, Tonbandaufnahmen usw. handeln.

In ihrer Gesamtheit spiegeln die Quellen die Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens wider. Deshalb sind sie unentbehrlich für die Geschichtsschreibung. Die einzelnen Quellen aber vermitteln unterschiedliche Kenntnisse in vielgestaltigen Formen. Aus ihnen sprechen die Vertreter der verschiedenen Klassen und von ihren voneinander zu unterscheidenden Klassenpositionen. Sie, sorgsam differenziert, zu erkennen, einzuschätzen und ihrer Bedeutung gemäß zu verwenden, erfordert ein parteiliches Herangehen.

Die bedeutendsten Quellen lehren uns, die Welt zu erkennen und zu verändern:

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus geben in ihren Werken mit der Analyse der allgemeinen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft den Schlüssel zum Verständnis der Geschichte. Die Werke der revolutionären Arbeiterführer und die Dokumente der revolutionären Arbeiterparteien untersuchen und erläutern die Grundprobleme einzelner Geschichtsperioden und die Entwicklung der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung wie auch der Bourgeoisie. Standardwerke zur deutschen Geschichte bzw. zur Geschichte der DDR vermitteln uns historische Grundkenntnisse und Maßstäbe.<sup>47</sup>

Andere Quellen vermitteln uns eine Fülle von Äußerungen und Tatsachen, so die Akten in den Betriebsarchiven mit Schriftwechsel, Protokollen und Aktennotizen. Nicht immer haben sie einen auf den ersten Blick zu bestimmenden Klasseninhalt, wie zum Beispiel jene aus den ersten Jahren nach 1945, in denen noch Kapitalisten und deren Interessenvertreter in den Betrieben saßen.

Historische Forschungsarbeit erfordert zahlreiche schriftliche Quellen und ihre Aufbewahrungsorte (in der Regel Bibliotheken, Archive und Registraturen) zu benutzen. Kein angehender Forscher der Betriebsgeschichte und erst recht kein Betriebshistoriker mit einiger Erfahrung darf diese Fülle erdrückend finden und etwa zu der Meinung gelangen, er würde niemals oder nie wieder betriebsgeschichtliche Darstellungen schreiben, weil er die Vielzahl dessen, worauf hier hingewiesen wird, nicht durcharbeiten könne. Bibliothekare und Archivare werden ihm immer verständige und hilfreiche Berater sein. Aber derjenige, der sich an der Erforschung einer Betriebsgeschichte beteiligt, sollte nie darauf verzichten, selbst in Bibliothekskatalogen und Bibliographien die vorhandenen oder erschienenen Veröffentlichungen zu erkunden sowie sich durch Bestandsverzeichnisse und Findbücher der Archive über deren Aktenbestände zu informieren. Die Betriebsarchive sowie die betrieblichen Schriftgutablagen (Registraturen und Altregistraturen) bieten in der Regel, minde-

<sup>47</sup> Z. B. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 - 8, a. a. O.; Thesen zum V. Historikerkongreß der DDR, in: ZfG 1972, Heft 10, S. 1228; weitere Literatur angegeben in: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970, Sonderband der ZfG, Berlin 1970.

stens aber für die Zeit nach 1945, die breiteste Quellengrundlage zur Erforschung der Betriebsgeschichte.<sup>48</sup>

In den Betriebsarchiven sollten auch die bisher im Betrieb gesammelten Erlebnisberichte von Arbeitern, besonders von Veteranen der Arbeiterbewegung, vorhanden sein. Wo noch nicht vorhanden, sollte eine solche Sammlung schnellstens angelegt werden, da die betriebsgeschichtliche Forschung aus diesen Berichten eine Fülle von Einzelheiten entnehmen kann, die weder aus Akten noch aus gedruckten Quellen hervorgehen. Die Zeit drängt besonders, da den zu Befragenden viele Einzelheiten aus dem Gedächtnis verlorengehen oder ihre Kenntnisse mit ihrem Tode für immer der Betriebsgeschichtsschreibung entzogen werden. Für die Sammlung von Erlebnisberichten und deren Auswertung sollten folgende Punkte berücksichtigt werden<sup>49</sup>:

1. Wenn es dem Berichtenden schwerfällt, selbst zu schreiben, sollte jemand anderes die Aufzeichnung (zunächst in Stenographie oder zweckmäßiger noch als Tonbandaufnahme) übernehmen.
2. Der Aufzeichnende muß sich für die Unterhaltung mit dem Berichtenden einen Überblick über die Geschichte des Betriebes aneignen und einen entsprechenden Fragespiegel ausarbeiten. Dieser kann zum Beispiel folgende Fragen umfassen: Beruf, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Eltern und Geschwister, Schul- und Berufsbildung, Organisiertheit in der Arbeiterbewegung, Teilnahme an revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse, an Streiks, am Widerstandskampf gegen Faschismus und Krieg, Teilnahme am Aufbau des Betriebes nach 1945, an der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, an der Bildung sozialistischer Brigaden, am Produktionsaufgebot, an der Patenschaftsarbeit in der LPG oder Teilnahme an der Bodenreform und der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande. Generell gilt: Je besser der vorbereitete Fragespiegel, desto genauer die Antworten.
3. Jeder Erlebnisbericht muß hand- oder maschinenschriftlich dem Berichtenden zur Vornahme eventueller Verbesserungen oder Ergänzungen vorgelegt und, mit dessen Unterschrift und dem Datum versehen, im Betriebsarchiv abgelegt werden.
4. Alle überprüfbaren Daten, Ereignisse und Zusammenhänge der Erlebnisberichte sollten möglichst sofort anhand von Quellen überprüft und gegebenenfalls gemeinsam mit dem Berichtenden, spätestens aber bei Auswertung der Erlebnisberichte für die Betriebsgeschichtsschreibung berichtigt werden.

Zu berücksichtigen bei den Arbeiten für die Betriebsgeschichte sind vor allem auch die Sammlungen von Erlebnisberichten sowie die daraus bereits vorhandenen Veröffentlichungen bei den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED, den Veteranenkommissionen des FDGB und den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der FDJ.

48 Zu einzelnen wichtigen Schriftgutkategorien in den Betriebsarchiven vgl. Radandt, Hans, Schriftwechsel mit Arbeitgeberverbänden - Quelle zur Betriebsgeschichtsschreibung über die Zeit des Kapitalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 4, S. 138 - 151; Schröder, Rudolf, Die Ausschußprotokolle der IG - Farben als Quelle zur Betriebsgeschichtsforschung über die Zeit des Kapitalismus, in: ebenda 1967, T. 1, S. 250 - 269; Bestände des Betriebsarchivs - Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung eines sozialistischen Großbetriebes für die Zeit nach 1945, dargestellt am Beispiel des VEB EAW Berlin-Treptow, in: ebenda 1970, T. 2, S. 225 - 243.

49 Einzelheiten zur Methodik der Sammlung von Erlebnisberichten vgl. Wächtler, Eberhard/Bartl, Willy, a. a. O.; Förster, Frank, Tonbandbefragungen von Bergarbeiter-veteranen im Senftenberger Braunkohlenrevier, in: Létopis, B 9/2 1962, S. 133.



Manche Dokumente und Materialien verschiedenster Art, die für die Darstellung der Betriebsgeschichte von Wichtigkeit sein könnten, befinden sich nicht im Betriebsarchiv, sondern in Privatbesitz, sei es in Händen von Arbeitern des Betriebes oder von Angehörigen früher in diesem Betrieb tätiger Arbeiter und anderer, meist ortsansässiger Bürger. Dieses Material gilt es aufzuspüren und für das Betriebsarchiv zu sichern oder wenigstens Fotokopien oder Abschriften anzufertigen.

Als sehr nützlich für die Betriebsgeschichtsschreibung hat es sich erwiesen, daß in den Betriebsarchiven Sammlungen von Zeitungsausschnitten aller Presseartikel über den jeweiligen Betrieb oder möglicherweise auch über den jeweiligen Industriezweig angelegt worden sind.

In gleicher Weise sind auch über die Probleme des Betriebes angefertigte Diplomarbeiten, Dissertationen, Habilitationen, Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte, aber auch die heutigen Betriebszeitungen der SED, die früheren Betriebszeitungen und Flugblätter der KPD und SPD, die kapitalistischen Firmengeschichten, Werkszeitungen und -zeitschriften für die Betriebsgeschichtsschreibung auszuwerten.

Es hat sich bewährt, daß viele Betriebsgeschichtskommissionen auch staatliche, Partei- und Gewerkschaftsarchive nach Material für ihre Betriebsgeschichte durchforscht haben. Weiterhin ist es erforderlich, die entsprechende Literatur für die nationale, regionale und Industriezweig-Geschichte zu berücksichtigen. Einen Überblick über die bestehenden Archive und Bibliotheken sowie Näheres über deren Bestände geben bereits vorliegende Handbücher.<sup>50</sup> Für die zur Erforschung der kapitalistischen Zeit erforderlichen biographischen und Firmen-Nachschlagewerke, die in allen Bibliotheken nur lückenhaft vorhanden sind, können Hinweise auf ihren Standort aus dem "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" entnommen werden.<sup>51</sup>

Die Arbeit mit den Quellen erfordert äußerste Sorgfalt beim Studium und bei der Materialsuche. Bereits bei der Suche und Auswahl der zu benutzenden Quellen sollte darauf geachtet werden, daß für die Untersuchung der jeweiligen Problematik eine möglichst vollständige und allseitige Materialsammlung geschaffen wird. Das aber ist nicht allein mit Fleiß und Ausdauer zu erreichen, wichtigstes Erfordernis hierfür ist ein kritisches Herangehen an die Quellen. Folgende Frage kann eine allgemeine Grundlage dafür bieten: Was wurde von wem in welchem Zusammenhang und welcher Zeit aus welchem Anlaß zu welchem Zweck geäußert, geschrieben, zitiert oder erwähnt?

Eine solche Fragestellung erleichtert es, sich in die Zusammenhänge hineinzudenken, die Werke der Klassiker und der revolutionären Arbeiterführer sowie die Dokumente der revolutionären Arbeiterparteien besser zu verstehen und für die Arbeit zu nutzen. Andererseits bieten die Antworten auf diese Fragen eine Möglichkeit, die Erkenntnisse einzuschätzen, die aus dem Tageskampf heraus zeit- und situationsbedingt formuliert sind und jene, welche später, wissenschaftlich analysierend, den gesamten gesetzmäßigen Entwicklungsprozeß berücksichtigen. Schließlich helfen diese Fragen, revisionistische oder sektiererische Haltungen zu erkennen oder auch die kapitalistische Apologetik zu entlarven.

50 Taschenbuch Archivwesen der DDR, hg. v. der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR, Berlin 1971; Jahrbuch der Bibliotheken, Archive und Informationsstellen der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Jg. 1964/65, hg. v. Deutschen Bibliotheksverband, Leipzig 1967.

51 Spezialverzeichnisse ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen Berliner Bibliotheken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 257 - 261 (von Hans Radandt); ebenda 1963, T. 4, S. 313 - 321 (von Renate Günther); ebenda 1965, T. 4, S. 301 - 303 (von Helmut Zschocke); ebenda 1967, T. 1, S. 409 - 420 (von Renate Günther).

## 9. Materialsammlung

Bei den folgenden Hinweisen wird davon ausgegangen, daß alle Mitglieder der Kommission in irgendeiner Weise an der Materialsammlung beteiligt sind. Daß dies nicht immer erforderlich ist, versteht sich von selbst. Die Kollegen, die später die Betriebsgeschichte schreiben sollen, müssen die Materialsammlung leiten und die wichtigen Materialien selbst durcharbeiten.

Der gesamten Arbeitstechnik muß von Anfang an eine bestimmte einheitliche Systematik zugrunde liegen, nach der sich alle Kommissionsmitglieder richten müssen. Es gibt dafür viele Möglichkeiten. Hier soll nur eine beschrieben werden. Andere können ebenfalls benutzt werden. Es kommt nur darauf an, daß die Systematik zweckmäßig ist und einheitlich eingehalten wird.

Ein keineswegs unwichtiger Teil der kollektiven Arbeit ist es, sich während der Materialsammlung gegenseitig auf bestimmte Bücher, Artikel, Akten, Dokumente oder Ausschnitte daraus aufmerksam zu machen, die dem einzelnen bei seiner Materialsuche in die Hände gelangen, nicht oder nicht allein zu dem von ihm bearbeiteten Gebiet gehören, dem anderen aber für sein Gebiet von Nutzen sein könnten.

Ebenso muß jedes Mitglied der Kommission bei der Materialsuche ständig darauf achten, ob sich unter dem Material Bilder, Zeichnungen, Statistiken usw. befinden, die möglicherweise für die Gestaltung der gesamten Betriebsgeschichte von Interesse sein könnten, und sich entsprechende Vermerke über die Fundstellen machen.

Für die kollektive Zusammenarbeit ist es unbedingt erforderlich, daß alle erarbeiteten Materialien (mit Ausnahme der Erlebnisberichte und der aus Privathand stammenden Dokumente, die im Betriebsarchiv benutzbar sein sollten) ständig allen Kommissionsmitgliedern zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen.

Eine Betriebsgeschichte wird nicht nur bis zu dem Tage geschrieben, an dem die Kommission die Arbeit aufnahm. Eine 1973 gebildete Kommission wird sich in der Regel das Ziel stellen, die Geschichte des Betriebes bis 1975 oder 1976 zu schreiben. Das bedeutet aber auch, daß die Zeit bis 1975 oder 1976 in dieser Betriebsgeschichte enthalten sein muß. Zweckmäßig ist daher, daß sich die Kommission schon zu Anfang der Materialsammlung Gedanken macht, wie das für künftige Jahre anfallende Material am günstigsten gesammelt werden kann. Der im Betrieb anfallende Schriftwechsel, die Protokolle usw. werden ohnehin in Registraturen oder im Betriebsarchiv aufbewahrt. Wie aber steht es mit Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln? Wer verfolgt das bei Reportagen des Rundfunks, des Fernsehfunks, bei Aufnahmen der DEFA für Dokumentarfilme anfallende Text- und Bildmaterial? Welche Vorsorge kann getroffen werden, Auseinandersetzungen im Betrieb, über die in der Regel weder Protokolle noch Schriftwechsel geführt werden, materialmäßig zu erfassen? Die Materialsammlung für die Betriebsgeschichte legen wir uns an, indem wir auf Schreibpapier oder Karteikarten der Formate DIN A 4 oder DIN A 5 das uns wichtig Erscheinende aus den Quellen heraus schreiben. Haben wir uns einmal für ein Format entschieden, sollten wir für die laufende Arbeit dabei bleiben. Zweckmäßig ist es, den Bogen oder die Karteikarte nur einseitig zu beschreiben. Das ist keine Papierverschwendung, sondern Zeitersparnis. Die Aufzeichnungen werden dadurch für die Arbeit übersichtlicher. Die freibleibende Rückseite kann überdies zu späteren Vermerken genutzt werden. So zum Beispiel, wenn wir bei späterer Durchsicht der benutzten oder anderer Quellen feststellen, daß wir uns zu bestimmten Punkten noch ausführlichere Auszüge oder Aufzeichnungen machen müssen. Die Aufzeichnungen müssen sauber und leserlich geführt werden. Jede Zettelwirtschaft ist zu vermeiden. Alle beschriebenen Bogen werden sofort in einem Klemmhefter, Schnellhefter oder Ordner (zweckmäßiger als Aktendeckel, aus denen sie herausfallen können) abgelegt, jede beschriebene Karteikarte wird in den Karteikasten gestellt. (Wenn künftig nur

noch von Bogen gesprochen wird, dann gilt es entsprechend auch für Karteikarten.) Die für die Materialsammlung benutzten Teilbestände aus Bibliotheken und Archiven müssen in dem gleichen Zustand belassen und wieder zurückgegeben werden. Jegliche Vermerke, auch Striche oder Zeichen in solchen Büchern oder Akten sind unstatthaft. Es versteht sich von selbst, daß aus Archivakten nichts entnommen werden darf, auch nicht vorübergehend. Die Ordnung und Paginierung der Schriftstücke in Akten darf nur der Archivar vornehmen. Zu Ausstellungszwecken sind Akten und andere Originaldokumente nur zu verwenden, wenn sie in verschlossenen Vitrinen untergebracht werden können. Soll ein Schreiben zur Ausstellung gelangen, das sich in einer gebundenen Akte befindet, muß die ganze Akte genommen und entsprechend aufgeschlagen werden. In keinem Falle ist es gestattet, ein Blatt aus einer solchen Akte herauszureißen oder herauszuschneiden. Veränderungen an dem auszustellenden Schreiben in irgendeiner Form sind verboten! Soll auf einen Satz besonders hingewiesen werden, kann ein aus Papier oder Pappe ausgeschnittener Pfeil an die entsprechende Stelle auf das Schreiben oder eine vergrößerte Fotokopie dieses Satzes in sinnentsprechender Anordnung neben dieses Schreiben gelegt werden. Ebenso kann auch mit aufgelegten schmalen Papierstreifen, Papierrahmen oder aufgesetzten Linsen gearbeitet werden. Sind einzelne Schreiben aus dem Betriebsarchiv, aus der Altregistratur (nur mit Genehmigung des Betriebsarchivars) oder aus anderen Aktenablagen des Betriebes (nur mit Genehmigung der zuständigen Abteilung!) entnommen, so dürfen sie nicht aufgeklebt, zerstochen oder beschnitten werden. Überall, wo sich eine dieser genannten oder ähnliche Veränderungen des Originalzustandes des Schreibens erforderlich machen würde, um die Wirkung des Schaustückes zu erhöhen, muß mit Fotokopien gearbeitet werden. Gleiches gilt für Dokumente aller Art, wie zum Beispiel Originalrisse, Bilder, deren Negative nicht mehr vorhanden sind, usw.

Für die Materialsammlung zur Betriebsgeschichte können Fotokopien der Archivalien angefertigt werden. Das ist vor allem erforderlich, wenn ein bestimmtes Dokument im Faksimile in der Veröffentlichung gezeigt werden soll. Für die übrige Arbeit kann die Verwendung von Fotokopien einen Vorteil haben, aber auch einen Nachteil bedeuten. Der Vorteil liegt darin, daß der gesammelte Text originalgetreu ist, wogegen sich in Abschriften manchmal Fehler einschleichen, wie versehentliche Auslassungen, andere Wörter an Stelle des Originaltextes, Schreibfehler usw. Viele Fotokopien, besonders die ganzer Protokolle, seitenlanger Briefe, von Kapiteln aus Büchern usw. bringen den Nachteil mit sich, daß später der wirklich aus ihnen zu verwendende Extrakt bzw. einzelne zu zitierende Stellen doch herausgeschrieben werden müssen. Hierbei muß also die Materialsammlung praktisch ein zweites Mal erfolgen. Fotokopien von Dokumenten aus Privathand gehören in erster Linie in das Betriebsarchiv, aber ein zweites Exemplar der Fotokopie kann auch in die Materialsammlung eingefügt werden.

In erster Linie kommen für unsere Materialsammlung Auszüge, das heißt wörtliche Abschriften bestimmter wichtiger Teile, oder aber Aufzeichnungen über die in einer Quelle gemachten Angaben in eigenen Worten in Frage. Sofern etwas kurz und prägnant formuliert ist, was für die Übernahme in die Betriebsgeschichte als Zitat oder auch nur als bei der Arbeit zu verwertendes Material geeignet erscheint, werden wir es wörtlich abschreiben, da das weniger Zeit erfordert als eine eigene Formulierung. Dabei muß es, um spätere Irrtümer zu vermeiden, genau wörtlich, ohne eigene Zusätze oder Abkürzungen abgeschrieben und in Anführungsstriche "... " gesetzt werden. Anführungen in diesem wörtlich übernommenen Text werden in halbe Anführungsstriche '...' gesetzt. Eine veraltete Schreibweise braucht nicht übernommen zu werden, entscheidend ist aber, daß das dann durchgehend einheitlich geschieht (zum Beispiel statt thun - tun). Dagegen dürfen veraltete Ausdrücke nicht durch neue ersetzt, umständlicher Stil nicht verbessert und keine Wortumstellungen vorgenommen werden. Werden für den Zusammenhang unwichtige Wörter oder Sätze ausgelassen, ist die betreffende Stelle mit drei Punkten zu kennzeichnen. Finden sich in den übernommenen Textstellen offensichtliche Schreib- oder Druckfehler, irrtümliche Angaben, ist es zweck-

mäßig, sich für die spätere Arbeit am Manuskript zu vermerken, daß es sich nicht etwa um einen eigenen Fehler beim Abschreiben handelt. Das kann zum Beispiel durch ein Ausrufungszeichen am linken Rand der wörtlichen Auszüge geschehen. Innerhalb einer wörtlichen Anführung sind sparsam gemachte eigene kurze Einfügungen in Klammern zu setzen und vor der zweiten Klammer mit dem Namenszeichen des Bearbeiters zu versehen.

Eigene Vermerke (zum Beispiel zum Zusammenhang, in dem die wörtlichen Auszüge in der benutzten Quelle stehen, oder zu ihrer Auswertung) werden als Absatz unter den Auszug gesetzt und zur Vermeidung von Irrtümern am Anfang durch Namenszeichen gekennzeichnet. Das gleiche gilt für eigene singemäße Zusammenfassungen des benutzten Materials. Dabei ist sorgfältig darauf zu achten, daß hier tatsächlich der Sinn wiedergegeben wird und nicht etwa wichtige Einschränkungen oder Zusätze, die manchmal auch auf anderen Seiten oder in Anmerkungen der gleichen Quelle stehen, außer acht gelassen werden.

Für Auszüge und Aufzeichnungen aus jeder neuen Quelle sollte ein anderer Bogen benutzt werden. Sind mehrere Bogen für eine Quelle erforderlich, sind sie oben in der Mitte von 1 an durchnummerieren. Auf dem ersten Bogen oben bzw. auf den Rückseiten der Fotokopien ist grundsätzlich die genaue Quellenangabe zu vermerken (Ausführlicheres dazu Abschnitt "Fertigstellung des Manuskripts und weitere Arbeiten"). Eine Kurzbezeichnung kann hier nur verwendet werden, wenn außerdem eine Quellenkartei geführt wird, die bei der Zusammenstellung eines Quellen- und Literaturverzeichnisses sehr nützlich sein kann. Auf dem zweiten und den folgenden Bogen zur gleichen Quelle ist eine selbstgewählte Kurzbezeichnung zu vermerken. Das erleichtert bei einem zufälligen Durcheinanderkommen, aber auch bei der späteren Arbeit am Manuskript das sofortige Erkennen der Quelle.

Während der Materialsuche sind die Aufzeichnungen systematisch nach Quellenarten und Fundorten zu ordnen. Dafür sind zum schnellen Auffinden entweder nummerierte Ordneinlagen oder selbstgefertigte "Zungen" (Pappstreifen, aus alten Aktendeckeln geschnitten, die im Ordner seitlich etwas über die Aufzeichnungen hinausstehen und dort beschriftet werden) zu verwenden.

Das Ordnungsschema kann zum Beispiel so aussehen:

1. Aufzeichnungen aus Büchern, möglichst alphabetisch nach Verfassern oder Herausgebern geordnet, anonyme Schriften vorweg. Sollten im Sonderfall viele anonyme Schriften ausgewertet worden sein, können sie alphabetisch nach dem ersten Substantiv im Titel gesondert geordnet werden. Entsprechendes gilt für ungedruckte Manuskripte, sofern sie nicht aus Archiven oder Registraturen stammen.
2. Aufzeichnungen aus Zeitungen und Zeitschriften, möglichst alphabetisch nach deren Namen geordnet;
3. Aufzeichnungen aus Akten, nach Archiven und anderen Beständen und darin nach Signaturen geordnet;
4. Aufzeichnungen von selbst gesammelten Erlebnisberichten;
5. Aufzeichnungen aus sonstigen Quellen, zum Beispiel solchen aus Privathänden;
6. Aufzeichnungen von und zu statistischem Material;
7. Aufzeichnungen zu möglicherweise für die Veröffentlichung der Betriebsgeschichte zu verwertenden Bildern, Zeichnungen, graphischen Darstellungen usw.;
8. Aufzeichnungen eigener Gedanken zur Darstellung des Inhalts der Betriebsgeschichte, Konzeption, Disposition und einzelne Vermerke.

In keinem Falle sollten Originaldokumente in diese Ablage aufgenommen werden.

Die vorgeschlagene Einteilung ermöglicht es, das aus einer bestimmten Quelle herausgezogene Material ohne langes Suchen zu finden.

Die unter den einzelnen Ziffern abgelegten Bogen werden in jeder Rubrik für sich in der rechten oberen Ecke mit Rotstift durchnummeriert. Vor die rote Seitenzahl wird die Ziffer der Rubrik mit einem Schrägstrich gesetzt, so daß also der erste Bogen bei Büchern mit 1/1, der bei Zeitungen und Zeitschriften mit 2/1 beginnt usw.

Dieses Vorgehen ermöglicht es, das während des Manuskriptschreibens neu hinzukommende Material unter der jeweiligen Rubrik hinzuzufügen.

Die roten Seitenzahlen aber können, welche weitere Materialordnung auch vorgenommen wird - in der Feindisposition oder auf Kartelkarten -, zur Bezeichnung der Seiten dienen, auf denen bestimmte Angaben enthalten sind.

Es gibt eine ganze Reihe von Anleitungsschriften allgemeiner Art für wissenschaftliches Arbeiten, denen weitere Hinweise zu entnehmen sind.<sup>52</sup>

## 10. Fertigstellung des Manuskripts und weitere Arbeiten

Die in der Feindisposition genannten Kapitel brauchen keineswegs in der vorgesehenen Reihenfolge nacheinander geschrieben zu werden, was sowieso nicht möglich wäre, wenn zum Beispiel jeder Kollege ein Kapitel schreibt. Die Bogen des Manuskripts sollten nur einseitig beschrieben werden, da die Rückseite für oftmals erfolgende Einschreibungen verwendet werden soll. Zudem wird es manchmal erforderlich sein, einzelne Bogen auseinanderzuschneiden, um bestimmte Absätze an anderen Stellen einzuordnen. Beim Auseinanderschneiden ist darauf zu achten, daß die Bezeichnung der Anmerkungen, auf die wir noch eingehen, nicht durcheinandergerät.

Bei Verwendung von wörtlichen Zitaten aus benutzten Quellen sind die bereits im vorigen Abschnitt gegebenen Hinweise zu beachten. Darüber hinaus sind für alle aus den Quellen in das Manuskript übernommenen Angaben - gleichgültig, ob sie wörtlich zitiert werden oder nicht - die Quellen in durchlaufend nummerierten Anmerkungen zu vermerken. Für Angaben aus Lexika, Enzyklopädiën, Geschichtstafeln, Lehrbüchern und ähnlichen allgemeinen Nachschlagewerken gilt diese Regel nur, wenn wörtlich zitiert wird oder wenn es sich dabei um ältere Werke handelt.

Die Quellenangabe muß umfassen:

### 1. Einzeldarstellungen

Verfasser oder Herausgeber (sofern bekannt), Titel, Band und, sofern dieser in zwei oder mehreren selbständigen Veröffentlichungen erschien, auch Halbband oder Teil, Verlag, Erscheinungsort, Erscheinungsjahr, Seite. Sind Erscheinungsort oder -jahr nicht in der Quelle angegeben, genügt hierfür der Vermerk: o. O. (ohne Ort) oder o. J. (ohne Jahr).

### 2. Periodische Veröffentlichungen

(Jahrbücher, Protokolle, Zeitschriften, Zeitungen usw.) Verfasser und Titel des Artikels, Titel der Veröffentlichung, Jahrgang, Erscheinungsort, gegebenenfalls Num-

<sup>52</sup> Eckermann, Walther/Mohr, Hubert, Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin 1966; Smitmans, Herbert, Studieren, aber wie?, Berlin 1970; Du und Dein Studium, v. einem Autorenkollektiv, Berlin 1970.

mer, Erscheinungstag, -monat oder -jahr, Seite. Bei größeren Zeitungen, die in zwei oder mehreren Ausgaben erscheinen und nicht alle Artikel in jeder Ausgabe oder am gleichen Tage enthalten, ist die Bezeichnung der Ausgabe hinzuzufügen (zum Beispiel beim "Neuen Deutschland": A oder B).

### 3. Akten

genaue Bezeichnung des Archivs, Aktennummer oder -signatur, Band, Blatt. Im einzelnen sind jeweils die Benutzungsbestimmungen des betreffenden Archivs zu beachten, die genaue Hinweise für die Quellenangabe der Akten enthalten.

Während das Manuskript geschrieben wird, sollte die Kommission auch überlegen, wer das Vorwort zur Veröffentlichung schreibt und was es enthalten soll. Im Vorwort sollte nicht nur den Mitarbeitern an dieser Veröffentlichung gedankt, sollten nicht nur die Betriebsangehörigen zur Mitarbeit an der betriebsgeschichtlichen Arbeit aufgerufen werden, sondern es sollte auch eine bis ins Detail gehende Schilderung erfolgen, wie es zu dieser Veröffentlichung kam. Wie entwickelte sich die betriebsgeschichtliche Arbeit im Betrieb, welche subjektiven und objektiven Schwierigkeiten galt es zu überwinden, welche Erfolge gab es, wie entstand der erste Plan zu einer solchen Veröffentlichung, und wie wurde er in die Tat umgesetzt, welche neuen Erfahrungen wurden bei der Erforschung und Popularisierung der Betriebsgeschichte gemacht, welche bisher unbeachtet gebliebenen Geschichtsquellen wurden ausgeschöpft, wie wurde in Diskussionen um die Fortführung der Arbeit gerungen? Eine echte Schilderung der Höhen und Tiefen, die die Verfasser bei ihrer Arbeit durchlebten, interessiert nicht nur die Betriebsangehörigen, kann sie zur Mitarbeit heranziehen oder durch den vorliegenden Erfolg auch auf ihrem Arbeitsgebiet anspornen, sondern vermittelt auch den Verfassern anderer betriebsgeschichtlicher Veröffentlichungen im gleichen Betrieb oder in anderen Betrieben die notwendigen Erfahrungen, die leider noch so oft verlorengehen, weil sie nicht schriftlich festgehalten werden.

Die fertiggestellten Manuskripte für die einzelnen Kapitel müssen von der gesamten Kommission gelesen und diskutiert werden. Sind die Manuskripte für alle Kapitel diskutiert, verbessert und überarbeitet, sollten zwei oder drei Kollegen beauftragt werden, sie noch einmal im Zusammenhang durchzulesen, um auf gute Überleitungen zwischen den einzelnen Kapiteln zu achten, sie, wenn notwendig, hinzuzufügen und um aufgetretene Wiederholungen zu streichen oder auszugleichen. Das Gesamtmanuskript ist der Betriebsparteileitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Werkleitung zur gemeinsamen Diskussion mit der Kommission zur Erforschung für die Betriebsgeschichte vorzulegen. Sind dann die Ergebnisse der Diskussion und die Hinweise der Gutachten, in entsprechender Weise berücksichtigt, in das Manuskript eingearbeitet worden, könnte - so meinen viele - der Druck beginnen. Aber wie sich jeder Betrieb die von ihm zu be- oder verarbeitenden Materialien in bester Qualität wünscht, so legen auch die Verlage und Druckereien großen Wert auf druckfertige Manuskripte. Zur Abgabe an den Verlag oder an die Druckerei ist das Manuskript sauber mit der Schreibmaschine zweizeilig und mit mehreren Kopien abzuschreiben, Schreibfehler sind leserlich auszubessern. Danach ist das Manuskript noch einmal sorgfältig zu überprüfen, ob es im Stil, in Rechtschreibung und Zeichensetzung, in der Gesamtförm den Anforderungen an eine Veröffentlichung standhalten kann. Spätere Änderungen in den Druckfahnen oder im Umbruch sind zwar technisch möglich, kosten aber Geld und Zeit! Besonders sorgfältig ist auch darauf zu achten, daß trotz der inzwischen erfolgten Veränderungen nach Diskussionen und Gutachten gute Überleitungen von einem Abschnitt oder Kapitel zum anderen erhalten geblieben sind. Keineswegs darf nur eine flüchtige Durchsicht des Manuskripts erfolgen, denn dann können beim Abschreiben versehentlich ausgelassene Wörter, Zeilen, Sätze oder Seiten unentdeckt bleiben!

Alle aus Quellen übernommenen Stellen - einerlei, ob wörtlich entnommen oder nicht - und auch die Quellenangaben selbst müssen noch einmal anhand der Originalquellen verglichen

werden. Es kommt vor, daß sich bei dem inzwischen mehrmaligen Abschreiben versehentlich ein Fehler eingeschlichen hat, der beim bloßen Überlesen oftmals nicht bemerkt werden kann. So können zum Beispiel Wort- oder Satzbeifügungen ausgelassen, Zahlen, Daten, Seitenangaben oder Namen falsch geschrieben sein. Es können sich auch eigene Formulierungen in die wörtlichen Zitate eingeschlichen haben, die dem jeweils Abschreibenden geläufiger waren als die Ausdrucksweise der zitierten Stelle. Auch Fußnoten oder Anmerkungen können durch neu eingesetzte Textstellen versehentlich verschoben worden sein, so daß eine Quellenangabe nicht mehr auf die richtige Quelle verweist, eine Erklärung für ein bestimmtes Ereignis nicht an der entsprechenden Stelle gegeben wird.

Danach kann das Manuskript an den Verlag oder an die Druckerei gegeben werden. Von dort kehrt es zuerst als Druckfahne, später als Umbruchexemplar zurück. Beides ist sorgfältig mit dem Manuskript zu vergleichen. Nicht nur Druckfehler können sich eingeschlichen haben, manchmal sind Wörter, Sätze oder Zeilen verstellt, Anmerkungen verschoben usw. Aber auch eigene, im Manuskript übersehene Fehler sind noch zu verändern. Eine Verbesserung soll nur mit den im "Duden" unter dem Kapitel Korrekturvorschriften gezeigten und erläuterten Korrekturzeichen vorgenommen werden. Jetzt kann die Betriebsgeschichte gedruckt werden und erscheinen.

Ein Geschichtsbuch ist damit geschaffen. Die Hauptarbeit der Betriebsgeschichtskommission wird dann in der politischen Arbeit mit diesem Buch liegen müssen. Dabei ist mit den Lektoraten bei den Bildungsstätten der SED eng zusammenzuarbeiten.

In der staatspolitischen Schulung, im Parteilehrjahr und in FDJ-Zirkeln können entweder geschichtliche Probleme anhand der betrieblichen Ereignisse diskutiert oder aber zur Diskussion über andere Themen mit herangezogen werden. Die Betriebsgeschichte soll aber auch über den Betrieb hinaus wirken, zum Beispiel in Vorträgen der Urania, in Jugendstunden, für die polytechnische Erziehung der Schüler, zur Einführung der neu in den Betrieb kommenden Lehrlinge.

Alle diese Vorträge sollen und dürfen nicht trockene Inhaltswiedergabe sein. Jedes Mitglied hat durch die eigene Arbeit an der Betriebsgeschichte nicht nur ein gutes Gesamtbild, sondern auch ein breites Wissen über die Betriebsgeschehnisse erworben. Vieles, was an Material gesammelt worden ist, wurde nur gekürzt oder zusammengefaßt in der Betriebsgeschichte veröffentlicht. Bei den Vorträgen kann vielleicht gerade dieses Material auch unter anderen Gesichtspunkten als in der Betriebsgeschichte geeignet verwertet werden. Zur Auflockerung der Vorträge können Tonbandaufnahmen von Erlebnisberichten und ebenso Diapositive von in der Betriebsgeschichte noch nicht veröffentlichten Bildern, graphischen Darstellungen, Faksimiles von Akten dienen.

Bei dieser Vortragstätigkeit und im weiteren betrieblichen Geschehen werden die Kommissionsmitglieder viele Anregungen für ihre weitere Arbeit erhalten; Die Geschichte wird weiter von arbeitenden Menschen gestaltet und muß später auch gerade von diesen geschrieben werden.

# Bibliographie



BIBLIOGRAPHIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTLICHER LITERATUR DER DDR

2. Lieferung

Theorie und Methodik

202.

Barthel, Rolf: Lenin über den Systemcharakter und die Widersprüche des Imperialismus. In: Probleme der Geschichtsmethodologie. - Berlin: Akademie-Verl. 1972. S. 173 - 98.

203.

Küttler, Wolfgang: Die Konzeption der "Industriegesellschaft" und die russische Geschichte bis 1917. Schwerpunkte und Grundzüge d. gegenwärtigen Rußlandgeschichtsschreibung in d. BRD. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 8, S. 982 - 1015.

204.

Maier, Lutz: Dialektik der Anpassung. Zu einigen neuen Problemen der Imperialismus-Analyse. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 4, S. 514 - 24.

205.

Nikolajew, Vadim: Forschung und Entwicklung im Imperialismus. Berlin: Akademie-Verl. 1972. 288 S.

206.

Rudolph, Klaus: Hauptwidersprüche in der kapitalistischen Produktionsweise. In: Dt. Außenpolitik Berlin, 16, 1971, 2. Sonderh., S. 201 - 10.

207.

Stepanov, Z. V.: Zu einigen methodologischen und methodischen Grundlagen der Betriebsgeschichtsschreibung anhand von Le-

ningrader Material. Übers. v. Ingrid Edelberg u. Fedor Kretschmar. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 183 - 94.

208.

Zwahr, Hartmut: Die Struktur des sich als Klasse konstituierenden deutschen Proletariats als Gegenstand der historischen Forschung. In: Probleme der Geschichtsmethodologie. - Berlin: Akademie-Verl. 1972. S. 235 - 69.

Bibliographien

209.

Sächsische Bibliographie. Zusammen-  
gest. v. Johannes Jandt u. a. Berichtsjahr 1970. Nachtr. 1961 ff. - Dresden: Sächsische Landesbibliothek, 1971, 274 S.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

210.

Dokumentensammlung zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Red.: Hans Weineck. T. 2. <1952 - 1963.> Der Beitrag d. Bezirkes Dresden zum Werden u. Wachsen d. Deutschen Demokratischen Republik. - Dresden: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kommission zur Erforschung d. Geschichte d. örtlichen Arbeiterbewegung; Staatsarchiv 1971. 90 S., Abb. 4<sup>0</sup>

211.

Jonas, Wolfgang; Müller, Hans-Heinrich; Nussbaum, Manfred: Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus. II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 7. bis 10. Sept. 1971 in Quedlinburg. In: Jb. Wirtschafts-gesch., Berlin, 1972, 1; S. 225 - 28.

212.

Kuntsche, Siegfried: Quellennachweise des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 333 - 37.

213.

Lohs, Karlheinz: Fritz Haber und der chemische Krieg. In: Z. Militärgesch., Berlin, 10, 1971, S. 432 - 45.

214.

Unger, Manfred: Der Gemeindebestand Reudnitz im Stadtarchiv - Quellen zur Geschichte eines Industrievorortes aus dem 19. Jahrhundert und zu den Anfängen proletarischer Kommunalpolitik. In: Arbeiter-Gesch. Stadt Leipzig, Leipzig, 9, 1971, 20, S. 23 - 43.

#### Mehrere Zeitabschnitte umfassend

215.

Barth, Ernst: Industriegeschichtliche Themen der Reihe "Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt". In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 307 - 15.

216.

Kuczynski, Jürgen: Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert. Eine problemgeschichtli-

che Studie. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 11 - 19.

217.

Bilz, H.: "Das Reifendreherhandwerk in der erzgebirgischen Spielzeugproduktion des Seiffener Gebietes". Eine volkskundliche Untersuchung zur Geschichte der Produktivkräfte. In: Wiss. Z. Humboldt- Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 20, 1971, 1, S. 99 - 126.

218.

Deubler, Heinz: Zur Geschichte der Konsumbrauerei Wetzdorf. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 17, 1971, 1/2, S. 11 - 15, Abb.

219.

Geiger, Walter: Kurze Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den Grenzen des heutigen Kreises Worbis von 1816 bis 1970. T. 2. Eine ökon.-geogr. Betrachtung. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 12, 1972, 1, S. 38 - 66, Taf., Kt. skizzen.

220.

Knapp, Wilhelm: Die BVG in der ersten Reihe. Aus der Betriebsgeschichte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Unt. Mitarb. v. Kurt Krautter u. Edith Karow. In: Berl. Arb.bewegung, Berlin, 1971, Apr., S. 46 - 63, Abb.

221.

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart. Bd. 21. Regi-ster zu d. Bd. 1 - 20. Von Ruth Hoppe. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. XLI, 332 S. (Kuczynski: Die Geschichte d. Lage d. Arbeiter unter d. Kapitalismus. T. 1.)

222.

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. T. 3. Zusammenfassung. Bd. 38. Literaturverzeichnis. Bearb. v. Ruth Hoppe. - Berlin: Akademie-Verl. 1972. VIII, 227 S.

223.

Kuczynski, Jürgen: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD. - Berlin: Dietz 1972. 567 S.

224.

Schneider, Erich: Von "Richters Fabrik" zum VEB Jenapharm, Ankerwerk Rudolstadt. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 17, 1971, 9/10, S. 186 - 97, Abb.

225.

Schober, Manfred: Arbeits- und Lebensverhältnisse der Waldarbeiter im Elbsandsteingebirge. In: Lyopis, R. C, Bautzen, 14, 1971, S. 90 - 119.

226.

Winkler, Willy: Die letzte Schiffmühle. - Bad Dübener Heide, Burg Dübener Heide 1971, 26 S., Abb.

bis 500

227.

Parain, Charles: Zur Problematik der Geschichte der Viehzucht im römischen Reich. Übers. v. Elli Mohrmann. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 165 - 73.

228.

Pečřrka, Jan: Die Landgüter der Milesier. Übers. v. Ursula Kreißig. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2. S. 55 - 61.

229.

Petruševski, M. D.: Zum Gesellschaftsaufbau der Mykenen. Die mykenische Form wa-na-so-i und ihre Bedeutung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 49 - 53.

230.

Pigulevskaja, N. V.: Zur Geschichte des Handels in und durch Südarabien im Altertum. Die historische Bedeutung der Inschrift RES 4337. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 145 - 48.

231.

Schönert-Geiss, Edith: Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Griechenland und der nördlichen Schwarzmeerküste im Spiegel der Münzfunde (6. - 1. Jahrh. v. u. Z.). In: Klio, Berlin, 53, 1971, S. 105 - 17.

232.

Schulz-Falkenthal, Heinz: Gegenseitigkeitshilfe und Unterstützungstätigkeit in den römischen Handwerker-genossenschaften. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle, 20, 1971, 1, S. 59 - 78.

233.

Schulz-Falkenthal, Heinz: Zur politischen Aktivität der römischen Handwerkerkollegen. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle, 21, 1972, 2. S. 79 - 99.

500 - 1789

234.

Berlekamp, Gesine: Zur Geschichte der Stralsunder Fayencemanufaktur und ihrer Erzeugnisse. 1. 2. - Diss. Greifswald 1971, II, 253 gez. Bl.; VII, 152 gez. Bl. 4<sup>o</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

235.

Donnert, Erich: Neue sowjetische Forschungen zur Wirtschafts- und Handelsgeschichte Nordrußlands am Beginn der Neuzeit. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 20, 1972, 3, S. 347 - 49.

236.

Jacobett, Wolfgang; Plaul, Hainer: Die Bauern im Kapitalismus. Bemerkungen zu der Studie von Jan Šořta, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 301 - 06.

237.

Krüger, Bruno: Die Landwirtschaft in der Frühzeit. Bemerkungen zu Herbert Jankuhn, Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit. Mit Beiträgen von Harald Jankuhn, Eberhard May und Ulrich Willerding. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, T. I, S. 317 - 20.

238.

Laube, Adolf: Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546. Seine Gesch., s. Produktionsverhältnisse, s. Bedeutung f. d. ges. Veränderungen u. Klassenkämpfe in Sachsen am Beginn d. Übergangsepoche v. Feudalismus z. Kapitalismus. - Habil. schr. Sekt. Gesch. Leipzig 1971. 558 gez. Bl. 4<sup>o</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

239.

Lemke, Heinz: Bemühungen um die Erweiterung des sächsisch-polnischen Warenaustauschs nach dem Frieden von Hubertusburg. In: Jb. Gesch. soz. Länder Europas, Berlin, 16, 1972, 1, S. 183 - 98.

240.

Müller, Hans-Heinrich: Wirtschaftshistorische und agrarökonomische Preisaufgaben der deutschen Akademien der Wissenschaften im 18. Jahrhundert. Überblick

und Tendenzen. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 183 - 214.

241.

Niebyl, Karl H.: The economic basis of social life and the Tudor and Stuart period. In: Z. Anglistik u. Amerikanistik, Berlin, 19, 1971, S. 155 - 63.

242.

Ruben, Walter: Probleme des Übergangs zum Feudalismus in Indien. In: Klio, Berlin, 53, 1971, S. 301 - 18.

243.

Widera, Bruno: Entstehung und Entwicklung des Feudalismus in der Ruß. In: Klio, Berlin, 53, 1971, S. 319 - 52.

#### 1789 - 1917

244.

Ballhaus, Jolanda: Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 95 - 115.

245.

Behm, Erika; Kuczynski, Jürgen: Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse <Böhmen und Mähren>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 215 - 23.

246.

Berthold, Rudolf: Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 261 - 67.

Erkenbrecher, Hans: Zur Entwicklung des Handwerks der Stadt Gotha in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. - Diss. Sekt. Geschichte Leipzig 1971. 201 gez. Bl., Abb. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

Godehardt, Helmut: Die quantitative Entwicklung der eichsfeldischen Leinwandproduktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 12, 1972, 1, S. 28 - 37.

Krause, Hans-Dieter: Gewerkschaften und politischer Kampf in Deutschland in den Jahren 1873/74. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 14, 1972, 1, S. 83 - 98.

Marx, Karl. - Ein neues Manuskript von Karl Marx. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 14, 1972, 3, S. 423 - 46.

Moll, Georg: Kapitalistische Bauernbefreiung und Industrielle Revolution. Zur Rolle des "Loskaufs". In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 269 - 75.

Obermann, Karl: Die Arbeitermigrationen in Deutschland im Prozeß der Industrialisierung und der Entstehung der Arbeiterklasse in der Zeit von der Gründung bis zur Auflösung des Deutschen Bundes <1815 bis 1867>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 135 - 81.

Pach, S. P.: Über die Rolle des "Loskaufs". Zum Beitrag von G. Moll. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 293 - 94.

Pfahl, Robert: Landarbeiterlöhne und ihre Bewegung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des ersten Weltkrieges. Eine Stud. z. Lage kontraktgebundener Landarbeiter auf d. domanialen Pachthöfen d. Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin. - Gesellschaftswiss. Diss. Rostock 1971. 147 gez. Bl., Anh.; Anl. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

Plötz, Monika: Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergarbeiter im niederschlesischen Steinkohlenrevier <1868 - 1902>. - Gesellschaftswiss. Diss. Bergakad. Freiberg 1971. III, 181 gez. Bl., Anh. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

Puskás, Julianna: Die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Produktion in Ungarn von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Einige Bemerkungen zu den allgemeinen und regionalen Aspekten der Entwicklung der Landwirtschaft in der ersten Etappe der Industrialisierung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 229 - 60.

Richter, Jörg: Freibergs Hüttenwesen im Zeitalter der industriellen Revolution <1800 bis 1870>. Unter bes. Berücks. d. Wirkens d. Chemikers Wilhelm August Lampadius. - Diss. Bergakad. Freiberg 1971. 155 gez. Bl., Abb., Taf. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

Schubert, Reiner: Ein Bericht A. v. Humboldts über den Bergbau am Roten Berge bei Kaulsdorf aus dem Jahre 1795. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 17, 1971, 11/12, S. 256 - 60.

Schumann, Egon: Die Herausbildung der Fabriken in Leipzig von 1830 bis 1871. - Diss. Sekt. Geschichte Leipzig 1971. 500 gez. Bl., Abb. 4<sup>0</sup>[Maschinenschr. vervielf.]

260.

Thal, Peter: Zum 200. Geburtstag von David Ricardo. Ricardos Theorie der komparativen Außenhandelsvorteile. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 21 - 39.

261.

Wolf, R.: Arbeit und Arbeitsgesellung der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellschaftswiss. R., Berlin, 20, 1971, 1, S. 83 - 98.

### 1917 - Gegenwart sozialistische Länder

262.

Dillwitz, Sigrid: Die Entwicklung des Arbeitsrechts für jugendliche Landarbeiter im Gebiet der heutigen DDR 1945 bis 1949. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 41 - 64.

263.

Ebert, Georg; Matho, Fred; Milke, Harry: Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplans - Ausdruck wissenschaftlich begründeter Wirtschaftspolitik der SED. In: Gesch. untern. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 14, 1972, 6, S. 505 - 19.

264.

Ebert, Georg; Matho, Fred; Milke, Harry: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Hauptaufgabe. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 6, S. 698 - 706.

265.

Engels, Heinrich: Zur Vervollkommnung der Bilanzierung der individuellen Konsumtion als wesentliches Element der planmäßigen Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 20, 1972, 2, S. 191 - 205.

266.

Freiberg, Paul: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Industrieländern und die antisozialistischen ideologischen Konzeptionen des Imperialismus. In: Jb. Gesch. soz. Länder Europas, Berlin, 16, 1972, 1, A. 139 - 59.

267.

Geidel, Karl-Heinz: Einige Probleme bei der Einbeziehung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in das ökonomische System des Sozialismus auf der Grundlage der Harmonisierung der gesellschaftlichen Forderungen mit den betrieblichen und individuellen Interessen. <Dargest. am Beisp. d. BSB d. EG HOB.> - Diss. Hochsch. f. Ökonomie Berlin 1971. VIII, 230 S., Anh.; Anl. 4<sup>0</sup>[Maschinenschr. vervielf.]

268.

Göhler, Edelgard; Weitkus, Otto: [1.] Die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen ökonomischen Integration und die Rolle der Interessen der sozialistischen Staaten im Integrationsprozeß. [2.] Die ständige Herbeiführung der Übereinstimmung der Interessen der sozialistischen Staaten als zentrales Problem der sozialistischen ökonomischen Integration. - Diss. Inst. f. Gesellschaftswiss. beim ZK d. SED Berlin 1971. 9, 86, 177 gez. Bl., Anh. 4<sup>0</sup>[Maschinenschr. vervielf.]

269.

Grüner, Gerhard: Die gegenwärtige Etappe der ökonomischen Zusammenarbeit im RGW. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 5, S. 574 - 83.

270.

Hauk, Roland: Grundfragen der Wirtschaftspolitik der KPdSU im 9. Fünfjahrplan der Sowjetunion. In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.wiss. R., Greifswald, 20, 1971, 3, S. 147 - 50.

271.

Huber, Gerhard; Hübler, Peter: Die sozialistische ökonomische Integration der Mitgliedsländer des RGW. In: Gesch. unt. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 14, 1972, 3, S. 210 - 20.

272.

Jahn, Wolfgang; Lemm, Hans-Jürgen; Pobbig, Werner: Gemeinsamer Kurs: sozialistische ökonomische Integration. Ein Übersichts- u. Informationsmaterial über d. Zusammenarb. d. Länder d. RGW insbes. zw. DDR u. UdSSR. - Berlin: Staatsverl. d. Deutschen Demokratischen Republik 1972. 143 S., Abb.

273.

Junghänel, Wolfgang: Die Bedeutung des komplexen Integrationsprogramms der RGW-Länder. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 17, 1972, 1, S. 47 - 67.

274.

Keller, Wolfgang; Kigyóssy-Schmidt, Eva: Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen der europäischen RGW-Länder von 1961 bis 1975. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 4, S. 542 - 47.

275.

Klemm, Volker: Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 107 - 35.

276.

Knoll, Rudolf: Die Betriebsgeschichtsschreibung in den volkseigenen Betrieben des Bezirkes Frankfurt<Oder>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 195 - 99.

277.

Kohlmei, Gunther: DDR und RGW. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 43 - 80.

278.

Krellenberg, Hans-Ulrich: Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945 - 1949. <Dargest. an d. Kr. Parchim u. Malchin.> - Gesellschaftswiss. Diss. Rostock 1971. 207, XXXXVIII gez. Bl., Taf.; Anl. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

279.

Laser, Kurt: Die Außenwirtschaftspolitik der UdSSR von 1933 bis 1935. In: Jb. Gesch. soz. Länder Europas, Berlin, 16, 1972, 1, S. 59 - 77.

280.

Mank, Wilfried: Zu Problemen der Rekonstruktion bestehender Industrierwerke. Darstellung d. Entwicklung d. VEB Blechverformungswerk Leipzig. - Diss. H. f. Arch. u. Bauw. Weimar 1971. XX, 227 gez. Bl., Taf., Anh. 4<sup>0</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

281.

May, Peter: Eine neue Etappe des sozialistischen Aufbaus in Kuba. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 2. Sonderh., S. 47 - 52.

282.

Mühlefeldt, Annemarie: Probleme der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und der sozialistischen Planung. In: Gesch. unt. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 14, 1972, 6, S. 519 - 24; 533 - 36.

283.

Nagel, Hans-Jürgen: Die Einbeziehung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die sozialistische Planwirtschaft beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 229 - 40.

284.

Postler, Erich: Jugend in der sozialistischen Landwirtschaft. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 4, S. 506 - 13.

285.

Radandt, Hans: Zur Darstellung des sozialistischen Aufbaus in Betriebsgeschichten. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 313 - 20.

286.

Roesler, Jörg: Die Rolle der Planung und Leitung bei der Umgestaltung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 213 - 27.

287.

Seifert, Helmut: Die Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED für die Aneignung, Anwendung und Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 155 - 82.

288.

Selbmann, Fritz: Anfänge der Wirtschaftsplanung in Sachsen. In: Beitr. Gesch. Arbeitsbewegung Berlin, 14, 1972, 1, S. 76 - 82.

289.

Stasiak, Rudi: Der Kampf der Werktätigen im Land Sachsen unter Führung der SED um die Festigung der volkseigenen Industrie und die Hilfe der sozialistischen Besatzungsorgane in der Periode von Ende 1946 bis Mitte 1948. Ein Beitr. z. Darst. d. antifaschist.-demokrat. Revolution. - Diss. Päd. H. Dresden 1971. VIII, 360 gez. Bl., Abb. 4<sup>0</sup>[Maschinenschr. vervielf.]

290.

Strohbach, Erich: Zwanzig Jahre demographische Entwicklung in der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 289 - 311.

291.

Sucharewski, B.: Die Wirtschaft der Sowjetunion - Wirtschaft des entwickelten Sozialismus. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 4, S. 465 - 78.

292.

Swoboda, Heinrich: Sozialistische ökonomische Integration in sowjetischen Publikationen. In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 5, S. 600 - 07.

293.

Szewczyk, Werner: Probleme der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse unter Führung der SED in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR <1955/1956 bis 1961/1962>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 81 - 106.

294.

Töpfer, Fritz: Welche Rolle spielt der transferable Rubel bei der ökonomischen Zusammenarbeit der RGW-Länder? In: Einheit, Berlin, 27, 1972, 6, S. 799 - 806.

295.

Zur Verkehrspolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 183 - 211.

296.

Wenda, Elvira; Wenda, Volker; Zschiedrich, Harald: Zu einigen Forschungsergebnissen in der Sowjetunion und in den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft über die internationale Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. <Literaturstudie>. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 20, 1972, 2, S. 246 - 60.



Winzer, Helmut: Zur führenden Rolle der Parteiorganisation bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Cottbus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 137 - 54.

1917 - Gegenwart  
kapitalistische Länder

298.

Burg, Helmut: Ausweg aus der Währungs-  
krise? Die imperialistische Währungskrise  
und die Verschärfung der allgemeinen Kri-  
se des Kapitalismus. In: Einheit, Berlin,  
27, 1972, 7, S. 934 - 41.

299.

Czollek, Roswitha: Wirtschaftspolitische  
Zielsetzung und Praxis des deutsch-faschi-  
stischen Okkupationsregimes in den balti-  
schen Sowjetrepubliken während des 2. Welt-  
krieges. 1.2. - Diss. Dt. Akad. d. Wiss.  
Berlin 1971. 295 Bl. in getr. Pag.; 26 gez.  
Bl. 4<sup>o</sup>[Maschinenschr. vervielf.]

300.

Fabiunke, Günter; Hofmann, Peter; Uhlig,  
Karl-Heinz: Der Binnenhandel im staats-  
monopolistischen Kapitalismus der BRD. -  
Berlin: Verl. Wirtschaft 1972. 240 S.

301.

Fiedler, Ernst: Die Theorie der Zentral-  
verwaltungswirtschaft - Leitbild imperia-  
listischer Propaganda und Politik gegen die  
sozialistische Planwirtschaft der DDR bis  
zur Mitte der sechziger Jahre. In: Jb. Wirt-  
schaftsgesch., Berlin, 1972, 2, S. 273 - 87.

302.

Fremberg, Joachim: Konkurrenz und staats-  
monopolistische Regulierung in der Luft- und  
Raumfahrtindustrie der USA und Westeuro-

pas <Großbritannien, Frankreich, West-  
deutsche Bundesrepublik> als Ausdruck  
der verstärkten ungleichmäßigen politi-  
schen und ökonomischen Entwicklung zwi-  
schen den imperialistischen Staaten. -  
Gesellschaftswiss. Diss. Berlin 1971.  
209 gez. Bl., Abb., Anh. 4<sup>o</sup>[Maschi-  
nenschr. vervielf.]

303.

Freytag, Georg: Das Kartellrecht - In-  
strument staatsmonopolistischer Regulie-  
rung. In: Staat u. Recht, Berlin, 21,  
1972, 1, S. 96 - 109.

304.

Hahn, Wolfgang; Schirmeister, Caspar:  
BRD Kapitalkonzentration - Konzentra-  
tion ökonomischer und politischer Macht.  
In: Dok. Zeit, Berlin, 24, 1972, 3, S. 3 -  
10.

305.

Halpap, Paul: Die Wirtschaftsexpansion  
der japanischen Monopole nach Latein-  
amerika. In: Dt. Außenpolitik Berlin, 16,  
1971, 2. Sonderh., S. 183 - 200.

306.

Höhme, Hans-Joachim: Innere Staatsver-  
schuldung - Labilitätsfaktor des Imperia-  
lismus. In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 11,  
S. 1309 - 13.

307.

Hoernle, Edwin: Zum Bündnis zwischen  
Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl sei-  
ner agrarpolit. Reden u. Schriften 1928 -  
1951. - Berlin: Dietz 1972, 600 S., Abb.

308.

Kätzel, Hans: Die Integrierung der Deut-  
schen Bundespost in das staatsmonopoli-  
stische Herrschaftssystem der Bundesre-  
publik Deutschland. Dargestellt an d. Nach-  
richtenverkehrspolit. auf d. Gebiet d. Or-  
ganisation u. Finanzierung. 1.2. - Diss.  
H. f. Verkehrsw. Dresden 1971, III, 232  
gez. Bl.; gez. Bl. 233 - 319. 4<sup>o</sup>[Maschi-  
nenschr. vervielf.]

309.

Maier, Lutz: Der staatsmonopolistische Kapitalismus - neue Erscheinungen. In: Probl. Friedens u. Sozialismus, Berlin, 15, 1972, 3, S. 390 - 400.

310.

Marx, Justina: Arbeitskraft, neue Technik, Monopolherrschaft. Die widersprüchliche Entwicklung d. Arbeitskraft unter d. Bedingungen d. wiss.-techn. Fortschritts u. d. kapitalist. Produktionsverhältnissen in d. BRD. - Berlin: Institut f. internationale Politik u. Wirtschaft 1971. 96 S. (DWI-Forschungsh. Jg. 6, 1971, 4.)

311.

Müller, Gerhard: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Westeuropa unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 277 - 89.

312.

Pade, Werner: Die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Argentinien in der Weimarer Republik [M. span. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.-wiss. R., Rostock, 20, 1971, 10, S. 67 - 83.

313.

Radandt, Hans: Der Wirtschaftsberater der deutschen Gesandtschaft in Bratislava - ein Vertreter der Interessen deutscher Konzerne im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 75 - 94.

314.

Rechtziegler, Emil: Die Bodenfrage und die staatsmonopolistische Bodenpolitik in der Landwirtschaft der BRD. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 20, 1972, 2, S. 225 - 45.

315.

Scheel, Heinz: Zu einigen Problemen der Entwicklung der chemischen Industrie von 1919 bis 1929. Unter bes. Berücks. d. Ent-

wicklung d. Dt. Solvay-Werke AG Bernburg. - Diss. Hochsch. f. Ökonomie, Sekt. Marxismus-Leninismus Berlin 1971. 228, 97 gez. Bl., Abb., Anl. 4<sup>o</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

316.

Schilling, Kurt: Aus der Gründerzeit des Greifenverlages. In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 17, 1971, 1/2, S. 4 - 7.

317.

Sommer, Ingeborg: Wissenschaftlich-technische Revolution und Strukturwandel in der Frauenarbeit von 1950 - 1968 in der Bundesrepublik Deutschland. - Diss. Sekt. Sozialist. Betriebswirtsch. T. U. Dresden 1971. III, 219 gez. Bl., Taf. 4<sup>o</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

318.

Tihanyi, János: Deutsch-ungarische Außenhandelsbeziehungen im Dienste der faschistischen Aggressionspolitik 1933 bis 1944. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 65 - 73.

#### 1917 - Gegenwart Entwicklungsländer

319.

Cortés, Alberto Baltra: Der Andenpakt und das Auslandskapital. Übers.: Martin Hog. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.-wiss. R., Rostock, 20, 1971, 9, S. 39 - 50.

320.

Graf, Dieter: Einige Probleme der Veränderung des geographischen Milieus, besonders der Bodenfruchtbarkeit, unter Bedingungen einer gewaltsam deformierten traditionellen Produktionsweise, dargestellt am Beispiel Ostafrikas. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 117 - 34.

321.

Halpap, Paul: Neue Tendenzen des Auslandskapitals im Industrialisierungsprozeß der Länder Lateinamerikas. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 9, S. 51 - 58.

322.

Kosarev, Evgenij A.: Zur Rolle Lateinamerikas in den internationalen ökonomischen Beziehungen. Übers. v. Reinhard Claußnitzer u. Karla Petsch. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 9, S. 31 - 37.

323.

Kuczynski, Jürgen: Drei wirtschaftshistorische Studien über Indien. Trends of Socio-Economic Change in India 1871 - 1961; V. B. Singh, Indian Economy, yesterday and today; P. Saha, Emigration of Indian Labour <1834 - 1900>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1972, 1, S. 297 - 99.

324.

Nabè, Mamadou: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Guinea seit der Erringung der politischen Unabhängigkeit und Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Wachstums auf dem weiteren nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. - Diss. Hochsch. f. Ökonomie Berlin 1971. III. 199 gez. Bl., Anh.; Anl. 4<sup>o</sup> [Maschinenschr. vervielf.]

325.

Nabè, Mamadou Lamine: Probleme der nichtkapitalistischen Entwicklung Guineas. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 17, 1972, 1, S. 113 - 24.

326.

Probleme der Entwicklung des Kapitalismus und der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in den Ländern Lateinamerikas. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 2. Sonderh., S. 211 - 19.

327.

Šeremet'ev, Igor K.: Zur Rolle des bürgerlichen Staates in der sozialökonomischen Entwicklung der Länder Lateinamerikas. Übers. v. Reinhard Claußnitzer u. Irene Krause. In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 9, S. 23 - 30.

328.

Zeuske, Max: Zur Struktur der Landwirtschaft in Lateinamerika und zur Rolle der Bauernschaft. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 2. Sonderh., S. 107 - 18

329.

Zuckermann, Brigitta: Das Euphratprojekt in der Syrischen Arabischen Republik und sein Einfluß auf die Territorialstruktur der syrischen Volkswirtschaft. In: Wiss. Z. Päd. Hochschule Potsdam, Potsdam, 15, 1971, 3, S. 417 - 22.

- Aleku, Panajotis, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Marxismus-Leninismus, Arbeitsbereich Politische Ökonomie des Kapitalismus, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- de los Angeles Ayón, María, Diplomhistoriker, Institut für Geschichte, Kubanische Akademie der Wissenschaften, Havanna.
- Buchheim, Gisela, Dr. rer. nat., Hochschuldozent, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Donnert, Erich, Dr. phil. habil., Ordentlicher Professor für Allgemeine Geschichte, Sektion Philosophie/Geschichte/Staatsbürgerkunde, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Abteilung Feudalismus, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fichman, F. I., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Hauptmitarbeiter, Institut der Völker Asiens, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leningrad.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lötsch, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Fachrichtung Sozialstruktur im Lehrstuhl marxistisch-leninistische Soziologie, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Mägdefrau, Werner, Dr. phil. Dr. sc., Hochschuldozent, Stellvertreter des Sektionsdirektors für Erziehung und Ausbildung, Sektion Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Müller-Mertens, Eckhard, Dr. phil. habil., Ordentlicher Professor, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Obermann, Karl, Dr. phil. habil., Prof. em., Berlin.
- Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Strenz, Wilfried, Dr. phil., Leiter der Abteilung Geographische Wirtschaftsge-  
schichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR,  
Berlin.

Tjul'panov, S. I., Prof. Dr. rer. oec. habil. Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls  
für Ökonomie des modernen Kapitalismus, Staatliche Universität Leningrad.

Vejc, G. M., Kandidat der Ökonomischen Wissenschaften, Dozent, Lehrstuhl für  
Politökonomie, Gorki-Institut, Leningrad.

Alexis, Paul, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Oberassistent, Institut  
für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

de los Angeles Ayón, María, Wirtschaftswissenschaftler, Institut für Geschichte,  
Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Müller, Gisela, Dr. rer. oec., Hochschullehrerin, Institut für Geschichte und Kul-  
turwissenschaften, Technische Universität Dresden.

Grossert, Erich, Dr. phil. habil., Ordinarius Professor für Allgemeine Geschich-  
te, Sektion für Geschichte, Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg.

Experte, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Assistent, Wissen-  
schaftsbereich für Geschichte, Abteilung für Geschichte, Zentralinstitut für Ge-  
schichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Wolman, Y. I., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Hauptamtlicher Assistent  
für Kultur, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leningrad.

Korzycki, Jürgen, Ordinarius Mitglied der Akademie der Wissenschaften der  
DDR, Berlin.

Lösch, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Fachrichtung Sozialökonomie im  
Forschungsinstitut für Geschichte, Institut für Geschichtswissenschaften,  
sozialwissenschaftliche Zentralstelle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Mehner, Werner, Dr. phil. Dr. sc., Hochschullehrer, Seminarleiter des Fak-  
ultätslehrers für Erziehung und Ausbildung, Sektion Geschichte, Friedrich-Schiller-  
Universität Jena.

Müller-Mertens, Eckhard, Dr. phil. habil., Ordinarius Professor, Sektion  
Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Müller, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Assistent,  
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Obermann, Karl, Dr. phil. habil., Prof. em., Berlin.

Häsel, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung für Wirtschaftsgeschichte,  
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

## СОДЕРЖАНИЕ

- Ю. Кучинский, Проблемы периодизации человеческой истории  
С.И. Тюльпанов, О деятельности государственных предприятий  
Г.Н. Вейц Индия  
П. Алеку, О развитии капитализма в Греции до Второй Мировой войны  
М. де лос Анжелес Айон, Рабочее движение в монополии до электричества в Гаване  
К. Оберманн, О классовой структуре и социальном положении населения Пруссии с 1846 до 1849 года  
Э. Доннерт, Об общественных воззрениях Дмитрия Голицына. Заметки об экономическом и общественном мышлении в России во второй половине 18 века  
В. Мегдефрау, О торговле Тюрингских городов вайдой и сукном в позднем средневековии  
И.Ф. Фихман, Рабы и работа рабов в позднеримском Оксирингосе /в продольном историческом разрезе/  
М. Лётш, Отдельные замечания к дискуссии о характере рабочего класса  
В. Штрэнц, Географическая среда и пространственная структура размещения - объекты исследования при изложении истории производительных сил  
С. Ешперлайн, Об истории средневекового города в Западной и Восточной Европе. Заметки к Бруно Видера. Градостроительство в домонгольской Руси  
М. Нуссбаум, Домонополистический экспорт капитала. Заметки по поводу Иоахим Май, Немецкий капитал в России в 1850 - 1894 гг.  
Г. Буххайм, НТМ. Серия по истории естественных наук, техники и медицины  
Е. Мюллер-Мертенс, Вопросы об исторических движущих силах к структурно-ориентированной социальной науке; направленные Гебхардту, Справочник немецкой истории  
Х. Радант, Советы для работы комиссий по истории предприятий  
Библиография экономико-исторической литературы ГДР - Второй выпуск

## CONTENTS

J. Kuczynski, Problems of demarking the main periods of the history of mankind	11
S. I. Tjul'panov/G. M. Vejč, The working of state enterprises in India	19
P. Aleku, On the development of capitalism in Greece up to World War II	37
M. de los Angeles Ayón, The working class movement in the electricity monopoly enterprise of Havana	59
K. Obermann, On the class structure and the social conditions of the population of Prussia 1846 to 1849	79
E. Donnert, Dmitri Golitsyn's view of society. Remarks on economic and social schools of thought in Russia in the latter half of the 18th century	121
W. Mägdefrau, On the wood and cloth trade of Thuringian towns in the late middle ages	131
I. F. Fichman, Slaves and slave work in the late Roman Oxyrhynchos (a long sectional survey)	149
M. Lötsch, Some observations on the debate concerning the character of the working class	209
W. Strenz, Geographic surroundings and regional structures - research objects in writing the history of productive forces	217
S. Epperlein, On the history of mediaval towns in Western and Eastern Europe. Comments on Bruno Widera: Towns in the pre-Mongolian Rus	223
M. Nussbaum, Pre-monopolist capital export. Observations pertaining to Joachim Mai: German Capital in Russia 1850 to 1894	233
G. Buchheim, NTM. Publication's series on the history of natural sciences, technology and medical science	237
E. Müller-Mertens, Questions regarding the driving forces in history and how they are dealt with in a structurally conceived social history, put to Gebhardt: Manual of German history	243
H. Radandt, Advice to the Commissions of Work's History	255
Bibliography of publications on economic history of the GDR, 2nd issue	289

## CONTENU

J. Kuczynski, Problèmes de la périodisation de l'histoire de l'humanité	11
S. I. Tjul'panov/G. M. Vejč, Observations sur l'activité des entreprises étatiques de l'Inde	19
P. Aleku, Remarques sur le développement du capitalisme en Grèce jusqu'à la deuxième guerre mondiale	37
M. de los Angeles Ayon, Le mouvement ouvrier dans les monopoles électriques de la Havane	59
K. Obermann, Sur la structure des classes et la situation sociale de la population en Prusse de 1846 à 1849	79
E. Donnert, Remarques sur la conception de la société de Dimitrij Golicyn. Observations sur la façon de penser en Russie, dans la deuxième moitié du 18 <sup>e</sup> siècle, en ce qui concerne l'économie et la société	121
W. Mägdefrau, Sur le commerce des pastels et des draps dans des villes thuringiennes à la fin du Moyen Age	131
I. F. Fichman, Esclaves et travaux des esclaves dans l'Oxyrhynchos bas-romain (vu dans une coupe longitudinale historique)	149
M. Lötsch, Quelques remarques par rapport à la discussion sur le caractère de la classe ouvrière	209
W. Strenz, Milieu géographique et distribution structurale d'installations industrielles dans l'espace - objets de recherches en exposant l'histoire des forces productives	217
S. Epperlein, Observations sur l'histoire de la ville médiévale en Europe occidentale et orientale. Remarques par rapport à l'article de Bruno Widera, La vie municipale en Ruš (Russie médiévale) pré-mongolique	223
M. Nussbaum, Exportation du capital avant l'époque des monopoles. Observations sur le livre de Joachim Mai qui s'intitule: Le capital allemand en Russie de 1850 à 1894	233
G. Buchheim, NTM. Collection pour sciences naturelles, technique et médecine	237
E. Müller-Mertens, Questions des forces d'impulsion à l'histoire sociale qui est orientée vers la structure, posées à M. Gebhardt, Manuel de l'histoire allemande	243
H. Radandt, Conseils pour le travail des commissions d'histoire d'entreprises	255
Bibliographie de littérature économique en RDA, deuxième suite	289



## SUMARIO

J. Kuczynski, Problemas de las Cesuras periódicas de la Historia de la Humanidad	11
S. I. Tjul'panov/G. M. Vejč, Acerca de las Actividades de las Empresas estatales en la India	19
P. Aleku, Acerca del Desarrollo del Capitalismo en Grecia hasta la Segunda Guerra Mundial	37
M. de los Angeles Ayón, El Movimiento obrero en el Monopolio de Electricidad en La Habana	59
K. Obermann, Acerca de la Estructura clasista y de la Situación social de la Población en Prusia desde 1846 hasta 1849	79
E. Donnert, Acerca del Concepto social de Dmitrij Golicyn. Observaciones refiriéndose al Pensamiento económico y social en Rusia en la segunda Mitad del Siglo XVIII	121
W. Mägdefrau, Acerca del Comercio de Hierbas isatídeas y de Paños de Ciudades turingenses en la Edad Media tardía	131
I. F. Fichman, Esclavos y Trabajo de Esclavo en el Oxyrhynchos (en corte longitudinal histórico)	149
M. Lötsch, Unas Observaciones acerca de la Discusión sobre el Carácter de la Clase obrera	209
W. Strenz, Ambiente geográfico y Posiciones estructurales del Espacio-Objetos de Investigación al describir la Historia de las Fuerzas Productivas	217
S. Epperlein, Acerca de la Historia de la Ciudad medieval en Europa del Oeste y del Este. Observaciones refiriéndose a Bruno Widera: El Sistema urbano en la Rus pre-mongol	223
M. Nussbaum, Exportación de Capitales en la Epoca antes del Capitalismo monopolio. Observaciones tocante a Joachim Mai: El Capital alemán en Rusia desde 1850 hasta 1894	233
G. Buchheim, NTM. Serie de Tratados sobre Historia de Ciencias físicas y naturales, de la Técnica y de la Medicina	237
E. Müller-Mertens, Preguntas de las Fuerzas motrices históricas a la Historia social investigando Problemas de la Estructura; dirigidas a Gebhardt, Manual de la Historica Alemana	243
H. Radandt, Consejos para las Actividades de las Comisiones de Historia de Empresas	255
Bibliografía sobre Literatura de Historia económica procedente de la RDA, Suministro segundo	289

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

J. Kuczynski

Hilfsmittel, Voraussetzungen, Parameter und Gesetzmäßigkeiten bei der Herausbildung des nationalen Marktes im Kapitalismus

H. Radandt

Die Vitkovicer Berg- und Eisenhütten-Gewerkschaft als Organisationszentrum der Reichswerke AG "Hermann Göring" für die Beherrschung der Eisen- und Stahlwirtschaft südosteuropäischer Länder

A. Grobelný

Die Breslauer Ost- und Südostforschung - eine staatsmonopolistische Einrichtung zur Unterstützung der faschistischen Expansion 1938 - 1945

O. Kaňá

Aktionen der deutschen Nationalisten im Industrieviertel Ostrau-Oberschlesien im Interesse des deutschen Imperialismus 1918 bis 1939

W. Strube

"Die gute Sache ist stärker". Zur Erinnerung an Justus von Liebig

V. Klemm

Zur Bedeutung des Werkes Justus von Liebig für die Entwicklung der Pflanzenproduktion

B. Kaulisch

Die Bildung des "Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen" im Jahre 1897. Ein Beitrag zum Problem der "Sammlungspolitik" beim Übergang zum Imperialismus

K. Obermann

Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849

E. Ch. Welskopf

Die Bedeutung der Arbeitsorganisation für die Entwicklung der Produktivkräfte im Altertum

H. Schulz-Falkenthal

Zu einigen Wesensmerkmalen und Erscheinungsformen der antiken Produktion

J. Kuczynski

Ein neues Unternehmen der Wirtschaftshistoriker Englands

H. Lehmann

Eine hervorragende Quesnay-Ausgabe. François Quesnay, Ökonomische Schriften

K.-P. Johne

Zum Problem von Sklaverei und Kolonat in der römischen Landwirtschaft. Bemerkungen zu Norbert Brockmeyer, Arbeitsorganisation und ökonomisches Denken in der Gutswirtschaft des römischen Reiches